

**Mario Candeias
Alex Demirović
(Hrsg.)**

Europe – what's left?

**Die Europäische Union
zwischen Zerfall, Autoritarismus
und demokratischer Erneuerung**



Candeias / Demirović (Hrsg.)
Europe – what's left?

Mario Candeias, Dr. rer. pol., ist Politikwissenschaftler und Ökonom, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Redakteur der Zeitschrift LuXemburg. Seine Forschungsschwerpunkte sind Krise des Neoliberalismus / Finanzkapitalismus, Transformationen kapitalistischer Produktions- und Lebensweise, Varieties of 'Postneoliberalism', Prekarisierung und Organisierung. Neuere Publikationen: mit Eva Vöpel: „Plätze sichern! *ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland*, Hamburg, <http://www.rosalux.de/publication/40321/plaetze-sichern.html>; mit Michael Brie: *Rückkehr der Hoffnung. Für eine offensive Doppelstrategie*, in: LuXemburg-online, <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/rueckkehr-der-hoffnung-fuer-eine-offensive-doppelstrategie>.

Alex Demirović, geb. 1952, ist Senior Fellow der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Redaktionen von PROKLA und LuXemburg. Arbeitsschwerpunkte: Demokratie- und Staatstheorie, kritische Theorie der Gesellschaft, Intellektuelle, Bildung und Wissen. Neuere Veröffentlichungen u.a.: *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation* 2016; Herausgeber der AkG-Bände *Was ist „der Stand des Marxismus“? Soziale und epistemologische Bedingungen der kritischen Theorie heute* mit Sebastian Klauke und Etienne Schneider 2015, *Das Subjekt – zwischen Krise und Emanzipation* mit Christina Kaindl und Alfred Krovzoa 2010 und *Kritik und Materialität* 2008; mit Heike Walk *Demokratie und Governance. Kritische Perspektiven auf neue Formen politischer Herrschaft* 2011.

Mario Candeias / Alex Demirović (Hrsg.)

Europe – what's left?

Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus
und demokratischer Erneuerung

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2017

© 2017 Verlag Westfälisches Dampfboot

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster

Druck: Rosch-Buch Druckerei GmbH, Scheßlitz

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-89691-850-5

Inhalt

<i>Mario Candeias / Alex Demirović</i> Vorwort	7
<i>Frank Deppe</i> Die Krise der Europäischen Union – deutsche Hegemonie – europäische Linke	12
<i>Judith Dellheim</i> Zur Kritik der Demokratie und der Linken in der Europäischen Union	28
<i>Hans-Jürgen Bieling</i> Das EU-Imperium: Struktur, Funktionsweise und Transformation	49
<i>Lukas Oberndorfer</i> Zwischen Normal- und Ausnahmestaat: Der Autoritäre Wettbewerbsetatismus und die Krise der Demokratie in Europa	70
<i>Andreas Fisahn</i> Europäische Fliehkräfte	93
<i>Etienne Schneider</i> Der Euro – Kern der Krise oder nachrangiges Problem? Zur Bedeutung der Währungsfrage im Kontext von ungleicher europäischer Entwicklung, Euro-Krise und hierarchischer internationaler Arbeitsteilung	115
<i>Thomas Händel / Frank Puskarev</i> Last exit: EU – Sozial oder Zerfall	134
<i>Thomas Sablowski</i> Die Widersprüche der europäischen Integration und die Linke	151
<i>Bernd Kasperek / Matthias Schmidt-Sembdner</i> Towards Democracy. Die Bewegung der Migration und die Demokratisierung des europäischen Projektes	175
<i>Juliane Spitta</i> Breaking Europe. Das europäische Dilemma	192
<i>Stefanie Mayer / Birgit Sauer</i> Kulturkampf 2.0. 'Anti-Genderismus' als Strategie gegen Gleichstellung und sexuelle Rechte in Europa	211

<i>Cornelia Hildebrandt</i> Zur parteipolitischen Linken in Europa	229
<i>Kolja Möller</i> Revolutionäre Reform? – Auf der Suche nach einer europäischen Verfassungspolitik	251
<i>Frieder Otto Wolf</i> Wie kann aus der gegenwärtigen Krise heraus ein konstitutiver Prozess der EU erkämpft werden?	266
<i>Giuseppe Caccia / Sandro Mezzadra</i> Desintegration Europas oder konstituierender Prozess? Krise, Notstandsregierung und die Aussicht auf eine demokratische Neuerfindung	289
<i>Mario Candeias</i> Den Dritten Pol sichtbar machen. Autoritäres Europa und die Reorganisation der europäischen Linken	315
Autor_innen	340

Vorwort

„Zerfall der EU oder demokratische Reorganisation von links: wie weiter mit Europa?“ hieß eine Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 13. und 14. November 2015 in Berlin. Der vorliegende Band versammelt zahlreiche Texte, die dort zur Diskussion gestellt wurden. Seither unterliegen die Verhältnisse in Europa einer teilweise atemberaubend hohen Veränderungsdynamik, in der Regel nicht zum Guten.

Das Jahr 2015 hatte am 25. Januar hoffnungsvoll mit dem Erfolg von Syriza bei den griechischen Parlamentswahlen und der Ernennung von Alexis Tsipras zum neuen griechischen Ministerpräsidenten begonnen. Damit wurde den Protesten der griechischen und europäischen Bevölkerung gegen die Austeritätspolitik von einer Regierung und auf der offiziellen politischen Bühne der EU Ausdruck verliehen. Sehr schnell wurde jedoch klar, daß die Euro-Gruppe, die EZB, die Kommission und die deutsche Regierung nicht bereit waren, das demokratische Votum für eine linke Alternative zu akzeptieren. Mit massivem Druck – vor allem mit den Mitteln der Kreditgewährung – und gegen jede wirtschaftliche Rationalität wurden die Spielräume der griechischen Regierung immer weiter eingeschränkt und die Umsetzung der Vorgaben der „Troika“ erzwungen. Ausdrücklich wurde in den Medien und von Politikberatern als Ziel festgehalten, zu verhindern, dass in Griechenland die linke Regierung Erfolg hätte und damit zu einem Modell auch für Spanien und Portugal, im Weiteren auch für Frankreich oder Italien werden könnte. Befürchtet wurde von den starken neoliberalen Kräften, dass ihre austeritätspolitischen Maßnahmen nicht länger durchsetzbar sein könnten, die die Bedingungen der Kapitalverwertung verbessern sollen. Neben fiskal- und haushaltspolitischen Zielen ging es um die Privatisierung öffentlichen Eigentums, um den Abbau sozialstaatlicher Institutionen, um die Deregulierung des Arbeitsmarkts: Schwächung der Gewerkschaften, Lockerung des Kündigungsschutzes, Absenkung der Löhne, Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Es wurde deutlich, daß eine linke Politik allein auf nationaler Ebene und auf der Grundlage eines vergleichsweise ökonomisch und politisch schwachen Landes wie Griechenland kaum erfolgreich gegen die großen Länder und die EU-Institutionen durchgesetzt werden könnte, wenn sie keine Unterstützung finden würde. Von der Sozialdemokratie in Deutschland war sie ohnehin nicht zu erwarten; aber auch François Hollande und Matteo Renzi erwiesen sich nicht als solidarisch und hilfreich, sondern ordneten sich der neoliberalen Ausrichtung der europäischen Politik unter. Die Erwartung, daß die südeuropäisch-mediterranen Mitgliedsstaaten eine Art politischen Block bilden könnten, wurde enttäuscht.

Für Renzi und Hollande sowie ihre Parteien hat sich dies nicht ausgezahlt, ihre Politik stieß auf enorme Proteste in der Bevölkerung, ein Teil hat sich weiter nach rechts orientiert, der PS wird bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich verlieren, Renzi hat das Referendum über eine Verfassungsreform bereits verloren.

Tsipras hatte sich für seine gegen die Auflagen der europäischen Institutionen gerichtete Politik mit dem OXI-Referendum vom 5. Juli 2015 noch einmal die Unterstützung durch die griechische Bevölkerung geholt. Diese hat er zwar erhalten, doch das Votum war ambivalent: die Bevölkerung war gegen die Auflagen, aber wollte ebensowenig einen Austritt aus der Euro-Zone wie aus der EU. Am 20. September erklärte sich Tsipras bereit, ein drittes Memorandum zu unterzeichnen und die Auflagen der „Troika“ zu erfüllen. Wie dieser Vorgang zu bewerten sei, war Gegenstand konfliktreicher Diskussionen in der europäischen Linken. Doch ob es sich um eine Niederlage oder ein komplexes taktisches Manöver handelte, das durchaus noch Möglichkeiten für eine linke Politik enthält – der europäischen Linken wurde drastisch vor Augen geführt, dass der Euro ein gesellschaftliches Verhältnis mit zwingender Macht ist und die Machtverhältnisse insgesamt transnationalisiert sind. Spielräume für eine linke Politik innerhalb der Euro-Zone sind denkbar gering, die Kontrollmechanismen der europäischen Institutionen sehr wirkungsvoll. Die politische Willensbildung auf nationaler Ebene, die Bedeutung des Parlaments und die Entscheidungshoheit der gewählten Regierungen werden durch eine Vielzahl von politischen Regelungen und Kontrollmechanismen auf europäischer Ebene stark eingeschränkt, die in den verschiedenen Maßnahmenpaketen wie Two-Pack, Six-Pack, Europäisches Semester verabschiedet wurden: Schuldenbremse, Defizitziele, Prüfung der einzelstaatlichen Haushalts durch die Kommission, Privatisierung oder Deregulierung.

Auf europäischer Ebene war linke Politik nicht erfolgreich durchzusetzen, gleichzeitig jedoch wurde die nationalstaatliche Grundlage demokratischer Prozesse geschwächt. Für die Linke ergab sich daraus eine widersprüchliche Einschätzung: Erneuerung Europas bis hin zu einer neuen Konstitution oder aber Rückkehr zum Nationalstaat und nationalen Währungen. „Europe? What’s left...?“ hieß ein europäischer Strategie-Ratschlag der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Juni 2016. Hier sollten verbindende Perspektiven und Praxen entwickelt werden, um Spaltungen der gesellschaftlichen Linken zu überwinden – ein zäher Prozess.

Aufgrund der beharrlich und gegen den Widerstand der Bevölkerungen verfolgten und erzwungenen neoliberalen Politik kam es einigen Ländern zu einer erheblichen Verschärfung der rechtlichen und polizeilichen Maßnahmen

gegen die Proteste. Vor dem Hintergrund der Anschläge auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ und einen jüdischen Supermarkt am 7. und 8. Januar 2015 wurde aufgrund der Anschlagsserie am 13. November 2015, die unmittelbar auch die Diskussionen der Tagung überschattete, in Frankreich der Notzustand ausgerufen und das Demonstrationsrecht drastisch eingeschränkt. Darüber hinaus zeichnen sich Elemente einer autoritärstaatlichen Entwicklung aufgrund der Erfolge von autoritär-populistischen Parteien und Regierungen ab. In Ungarn und in Polen werden die Medien und die Justiz von den Regierungen in besonderer Weise drangsaliiert und unter Kontrolle gebracht. Mit einer Politik der Grenzsicherungen und –kontrollen als Maßnahmen gegen Asylsuchende und Flüchtlinge aus dem Nahen Osten, die seit 2014 vermehrt in die EU kommen, werden vor allem nationalstaatliche Kontrolldispositive wieder gestärkt und damit rechten politischen Forderungen entsprochen. In einer Reihe von Mitgliedsstaaten wie Frankreich, Niederlande, Finnland, Schweden, Dänemark, Österreich sind autoritär-populistische Parteien sehr erfolgreich. In Großbritannien konnte sich UKIP und der ultra-rechte Flügel der Tories mit ihrer Forderung nach einem Brexit durchsetzen. In der Bundesrepublik konnte die Alternative für Deutschland mit teilweise beachtlichen Ergebnissen in einige Landtage und schon 2014 ins Europa-Parlament einziehen. Alle diese Parteien stehen für eine Auflösung der Europäischen Union und eine Rückkehr zu nationalstaatlicher Souveränität und nationalen Währungen. Diese Tendenz wird verstärkt durch die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Er begrüßte die Entscheidung der Briten vom Juni 2016, die EU zu verlassen und plädierte auch für die Auflösung der Union.

Die europäische Kommission, die deutsche und die französische Regierung reagieren auf diese Entwicklungen besorgt. Die deutsche Kanzlerin sagte nach der Wahl von Trump Kooperation zu, verband sie aber gleichzeitig mit der Bedingung, daß sie nur auf der Grundlage der Werte von Demokratie, Freiheit, Würde unbesehen der Herkunft, der Hautfarbe, des Geschlechts und der sexuellen Orientierung stattfinden könne. Doch ist es eher unwahrscheinlich, daß dieses Bekenntnis selbst die Grundlage eines neuen Kompromisses sein kann. Denn die von der deutschen Regierung so massiv verfolgte Austeritätspolitik hat gerade die Bereitschaft, ein solches Bekenntnis von Seiten der Regierenden zur Demokratie und demokratischen Lebensverhältnissen ernst zu nehmen, geschwächt. Die Glaubwürdigkeit ist gering – zumal es sich weiterhin unmittelbar mit der Fortsetzung der Freihandelspolitik und TTIP sowie dem Ausbau der NATO verbindet nach dem Motto: Europa müsse nun erwachsen werden und selbst für seine Sicherheit sorgen. Eine gewisse Überzeugungskraft könnten solche

Sorgen nur erlangen, wenn Deutschland tatsächlich seine Wirtschaftspolitik grundlegend revidieren würde: stärkere Investitionen im Inland, Abrücken vom Fetisch der Wettbewerbsfähigkeit, Ausbau der sozialen Infrastrukturen, radikale Umverteilung und Weitergabe der Produktivitätsfortschritte an die Bevölkerung durch höhere Einkommen, Senkung der Arbeitszeiten, bessere Ausbildung, größere sozialstaatliche Abfederung von Arbeitsmarktrisiken; und wenn demokratische Beteiligungsrechte auf allen Ebenen und in den unterschiedlichen Institutionen stabilisiert und gestärkt würden.

Das bürgerliche Lager selbst ist gespalten. Es gibt die proeuropäischen Kräfte, die durchaus neoliberal weiter machen wollen wie bisher. Es gibt andere, die die Notwendigkeit zu einer sozialen Kurskorrektur sehen. Neben proeuropäischen Kräften gibt es starke, autoritär-populistische Kräfte, die Abstand von der EU nehmen und ihrerseits für einen Austritt aus der EU eintreten. Die EU und die europäischen Staaten werden noch weiter unter Druck geraten, wenn Trump und Putin tatsächlich eine neue Allianz eingehen sollten. Denn dann kann auch Putin noch weit mehr auf die politischen Entwicklungen in der EU Einfluss nehmen als dies jetzt schon der Fall ist durch Kontakte mit dem Führungspersonal rechter Parteien wie FPÖ oder FN und deren finanzielle Unterstützung, durch die mediale Propaganda über Fernsehen und soziale Medien, die vor allem in russlanddeutsche Kreise hinwirkt, oder die durchaus wahrscheinliche Einflussnahme auf Wahlen mittels Hackerangriffen. Die Entwicklungen in der Türkei seit Sommer 2016 setzen nicht nur dort direkt die Demokratie außer Kraft, indem die Presse- und Wissenschaftsfreiheit beseitigt wird und relevante Kräfte der Opposition inhaftiert wurden. Bemerkenswert ist ja auch, wie die türkische Regierung zielstrebig Verwirrung über den Bedeutungsgehalt von Demokratie betreibt und damit auch Einfluss auf die deutsch-türkischen Lebenszusammenhänge nimmt.

Die gesamte Konstellation ist von zahlreichen Widersprüchen durchzogen. Auch die Linke ist gespalten und steht vor erheblichen konzeptionellen und strategischen Problemen. Angesichts der jüngeren Erfahrung, aber auch, weil die EU historisch wenig demokratisch war, den Kapitalinteressen und vor allem den Interessen weniger Mitgliedsländer diente, gibt es viele Vorbehalte gegen die EU. Viele linke Parteien, Bewegungsorganisationen und linke Intellektuelle betrachten die EU mit Skepsis und können sich eine Rückkehr zum Nationalstaat vorstellen, weil hier die Handlungsfähigkeit als größer eingeschätzt wird. Aus historischen Gründen unterstützen andere Teile der Linken eine Fortsetzung und Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses. Ein wichtiges Moment ist das der Friedenssicherung, auch wenn die NATO und EU-Mitgliedsländer die

Vereinbarungen mit Russland gebrochen haben, keine Truppen in den früheren Staaten des Warschauer Paktes zu stationieren. Vor allem auch die Perspektive eines internationalistischen Entwicklungs- und Demokratisierungsprojekts gilt weiterhin als verlockend. Entsprechend gibt es zahlreiche Vorschläge, die von Reformen, partiellen Rücknahmen der EU-Regelungswerke über eine demokratische Erneuerung bis zu einer demokratischen Neugründung der EU reichen. Das vorliegende Buch will den Stand der Analysen zur Entwicklung der EU in der Krise und zur Diskussion um linke Strategien zusammenführen und fragt eben im doppeldeutigen Sinn: „Europe? What’s left ...?“

Mario Candeias, Alex Demirović

Frank Deppe

Die Krise der Europäischen Union – deutsche Hegemonie – europäische Linke

Ein auch nur flüchtiger Blick in die inzwischen fast 60-jährige Geschichte der europäischen Integration belehrt schnell, dass schon in der Gründungsphase Auseinandersetzungen zwischen den großen Staaten (Frankreich, BRD, Großbritannien) um die Durchsetzung nationaler Interessen und um hegemoniale Positionen in der Gemeinschaft an der Tagesordnung waren. Solche Konflikte führten auch immer wieder zu tiefen Krisen im Integrationsprozess (vgl. Deppe 1976a; Kirt 2001). Die gegenwärtige Krise der EU wird freilich als besonders dramatisch, ja als „Dauerzustand“ und als „Existenzkrise“ (NZZ vom 20. 4. 2016) wahrgenommen. Für Joschka Fischer (SZ vom 6.5.2016) „scheint der Krisenmodus [...] seit 2009, als die von Amerika kommende Finanzkrise die Euro-Zone in ihren Grundfesten erschütterte, [...] die neue Normalität Europas geworden zu sein. Denn seitdem folgt Krise auf Krise, und nichts spricht dafür, dass sich dies in naher Zukunft ändern wird“. Angesichts der Flüchtlingskrise und angesichts der Wiederkehr von Nationalismus, Rassismus und Ausgrenzung in der EU erinnert gleichzeitig der Papst Franziskus daran, dass „die europäische Identität immer eine dynamische und multikulturelle Identität [...] war und ist“. Darüber hinaus spricht er mit Blick auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung von „hässlichen Wunden Europas“, die ihrerseits zum Legitimationsverfall des europäischen Projektes beitragen. Dazu gehört nicht nur der Umgang mit den Flüchtlingen, sondern auch die zunehmende Armut und die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem junger Menschen (ebd.).

Die Vielzahl der kontroversen Stimmen aus dem „Lager“ der europäischen Linken, die nach dem Griechenland-Debakel noch lauter und aufgeregter geworden sind, verdeutlicht jedoch zunächst einmal die Schwäche und die ideologische (immer auch sektenhafte) Aufsplitterung der europäischen Linken. Diese nüchterne Feststellung sollte aber auch als Chance genutzt werden, die Kontroversen in diesem Bereich einmal nicht als Terrain des Kampfes um die programmatische Führerschaft der europäischen Linken zuzuspitzen. Die eigenen Schwächen beim Begriff dieser tiefgreifenden Krisenkonstellation, vor allem aber bei der Umsetzung

der Kritik in praktische Politik bzw. in programmatische Orientierungspunkte linker Politik in Europa sind daher fester Bestandteil dieser Krisenkonstellation.

1.

In den Krisen der 1960er und 1970er Jahre manifestierte sich der Widerspruch zwischen transnationaler Vergesellschaftung und Markterweiterung auf der einen und der steigenden Interventionsnotwendigkeit des nationalen Staates, des nationalen keynesianischen Wohlfahrtsstaates (Bob Jessop) auf der anderen Seite. Vor allem in Perioden ökonomischer Krisen nahmen seit dem Ende der 1960er Jahre (Stichwort: „Fordismuskrise“) defensive nationalstaatliche Reaktionen zu. Diese Rolle des Nationalstaates wurde durch die ungleiche ökonomische und politische Entwicklung zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft gefestigt. Gleichzeitig war der Nationalstaat Adressat des „fordistischen Klassenkompromisses“ bei der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates, in dem sich die Stärke der nationalen Arbeiterbewegung widerspiegelte. So wird die Dynamik der politischen Integration immer wieder blockiert. Die Kräfteverhältnisse der Klassen auf der nationalen Ebene („Klassenkämpfe in Europa“) sowie die weltpolitischen Machtverhältnisse und Ambitionen nationaler Regierungen wirken ihrerseits auf diese Dynamik ein. Die Krisen der 1960er Jahre illustrieren diese These über den Krisencharakter der Integration: De Gaulles Politik des leeren Stuhls“ Mitte der 1960er Jahre sowie das Scheitern des Projektes einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie des – von der europäischen Sozialdemokratie betrieben – Projektes eines „Sozialunion“ Anfang der 1970er Jahre.

2.

Die „Post-Maastricht-Krise“ der EU nach 1991 verfestigt sich hingegen in einer neuen geschichtlichen Konstellation (Deppe 1993). Sie steht im Zusammenhang

- 1.) des großen weltpolitischen Umbruchs, des Endes der Systemkonkurrenz und des kalten Kriegs sowie des Aufstiegs Ostasiens mit der VR China in der Weltwirtschaft und der Weltpolitik;
- 2.) der Durchsetzung des Binnenmarktprogramms '92, das der französische Sozialist Jacques Delors als Präsident der EU-Kommission vorantrieb;
- 3.) des Siegeszuges neoliberaler Politik (Deregulierung, Privatisierung, Arbeitsmarktflexibilisierung) auf der nationalen Ebene, der Krise des nationalen Wohlfahrtsstaates, der Niederlagen des linken Flügels der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften in Europa,

4.) der Entfesselung der globalen Finanzmärkte und der darin eingeschlossenen 'Stärkung des „Dollar-Wall-Street-Regimes“ (Peter Gowan) bzw. des „American Empire“ (Leo Panitch und Sam Gindin).

Auf den ersten Blick schien die These von der „Post-Maastricht-Krise“ wenig überzeugend. Schließlich setzte nach Maastricht eine beispiellose Integrationsdynamik ein. In der sog. „Lissaboner Erklärung“ im Jahre 2000 waren die Regierungschefs der erweiterten Union – in der Mehrheit Sozialdemokraten – vom Geiste einer „Europhorie“ erfüllt. Die Union hatte sich nach Ost- und Südosteuropa erweitert. Die Wirtschafts- und Währungsunion mit der auf die Kernstaaten beschränkten Einführung des Euro und der Errichtung der Europäischen Zentralbank (EZB) markierte einen bedeutenden Schritt auf dem Wege der Vergemeinschaftung nationaler Souveränitätsrechte und der Ausbildung von Elementen europäischer Staatlichkeit (vgl. Bieling/Hüttmann 2016). Dazu wurde gerade eine Verfassungsreform vorbereitet, die die Institutionen und die Entscheidungsverfahren an die neuen Verhältnisse anpassen sollte (z.B. Mehrheitsentscheidungen im Rat).

Die Staats- und Regierungschefs begriffen – natürlich mit Blick auf das kommende Jahrhundert – die EU als ein außergewöhnliches Erfolgsprojekt. Auf dem nunmehr verallgemeinerten kapitalistischen Weltmarkt und in der Weltpolitik sollte die EU – neben den anderen Großmächten – die Rolle eines „global players“ übernehmen. Das Projekt EU war attraktiv, denn es gab (und gibt) immer noch Beitrittskandidaten. Es präsentierte sich jetzt auch als mögliche Alternative zum US-amerikanischen und ostasiatischen Kapitalismusmodell und brachte sich damit auch in die globalen Konkurrenzverhältnisse und Machtkämpfe ein. In der Selbstbeschreibung wurde eine spezifische Kombination von wirtschaftlicher Macht und einem hohen Niveau sozialer Sicherungen gepriesen. Die EU verfüge über stabile demokratische Institutionen einschließlich der Anerkennung der Menschenrechte und wirke damit als Modell für die Überwindung von zwischen- und innerstaatlichen Konflikten und Kriegen der Vergangenheit. Schließlich propagierte die EU – im Blick auf die weltpolitischen Konflikte und daher auch kritisch gegenüber der „Weltgendarmen“-Rolle der USA – eine Außenpolitik, bei der Konfliktprävention durch Verhandlungen und Verträge militärische Interventionen möglichst vermeiden soll. Das war – vor gut einem Jahrzehnt – noch die optimistische Selbstbeschreibung des europäischen Projektes auf dem Weg zum „Global Player“!

Die Diagnose einer Post-Maastricht-Krise stützte sich darauf, dass an der Oberfläche die Legitimation des europäischen Projektes zunehmend erodierte. Eine extrem niedrige Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament,

das Scheitern eines Referendums zu den europäischen Verträgen in Frankreich sowie der Zuwachs negativer Einstellungen beim sog. „Eurobarometer“ signalisierten diese Erosion (Beckmann u.a. 2006). Dabei nahm die Spaltung zwischen einem europaskeptischen „Volk“ und den politischen Klassen bzw. den europafreundlichen Fraktionen der herrschenden Klasse zu. Darin reflektierten sich jetzt immer deutlicher die Widersprüche der „Globalisierung“ und der neoliberalen Politik, die den Strukturwandel in den Mitgliedstaaten wie in der Union nach 1991 charakterisierten (Röttger 1999; Ziltener 1999). Der „neuer Konstitutionalismus“ (Stephen Gill) ging vom Primat der Marktregulierung und eines Wettbewerbskonstitutionalismus aus. Dieser macht sich nicht nur im erweiterten Binnenmarkt, sondern auch – vermittelt des Wettbewerbsdrucks (auf Löhne, sog. Lohnnebenkosten) sowie der Deregulierungs- und Privatisierungspolitik – vor allem im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge (Alterssicherung, Gesundheit, aber auch Bildung, Wissenschaft, Wohnen usw.) – geltend. Hans-Jürgen Bieling (2004: 128) hat schon früh die zwei wesentlichen Merkmale der „neuen europäischen Ökonomie“ benannt: „Zum einen [...] ein qualitativer Sprung von der Marktliberalisierung zur Marktintegration, d.h. die zunehmende regulative Angleichung und Verzahnung der nationalen Wirtschaftsräume; und zum anderen – damit verbunden – eine veränderte Komplementaritätsstruktur von europäischer Integration und nationaler Regulierung.“

Die Erosion der Legitimation des Projektes – vor allem bei den subalternen Volksklassen – war eben darauf zurückzuführen, dass die Verwerfungen des „neuen Konstitutionalismus“ – soziale Spaltungen, Unsicherheit, Prekarisierung, Erhöhung des Drucks auf die Arbeitsmärkte durch die Osterweiterung, Ankündigung der Liberalisierung der Dienstleistungen („Bolkestein-Initiative“) – nunmehr im Zusammenhang mit der EU-Dynamik und der darin eingeschlossenen neuen Ungleichheitsdimension (neue Mitglieder in Ost- und Südosteuropa) auf der einen und der Einführung des Euro erfahren wurden. War die Zustimmung zum europäischen Projekt lange Jahre mit der Erwartung auf selbstverständliche Wohlfahrtssteigerungen verbunden, so projizierten jetzt viele Menschen ihre sozialen Ängste auf die Entwicklung und Politik der EU. Darin reflektierten sich – eher im Norden der EU – auch Elemente eines „Wohlfahrtschauvinismus“, der sich bis in die Gegenwart in den rechtspopulistischen Bewegungen artikuliert. Wer sich durch eigene Leistung einen – wie auch immer bescheidenen – Wohlstand erarbeitet hatte (verbunden mit privater Verschuldung beim Bau eines Eigenheims, dem Kauf eines PKWs oder einer Wohnungseinrichtung), begann nun, Gefahren von außen (z.B. BilligarbeiterInnen aus Osteuropa oder Flüchtlinge vom Balkan), aber auch den „Euro“ zu fürchten.

3.

In den Debatten über die Post-Maastricht-Krise wurde gelegentlich zwischen sog. Entwicklungskrisen und Bestandskrisen unterschieden. Die Dynamik des Kapitalismus wie die der EU-Entwicklung beruht ja gerade darauf, dass – so hatte es schon Marx gesehen – die Krisen auch einen „Reinigungscharakter“ haben. In ihnen werden die Bedingungen für einen neuen Aufschwung, für neue Stabilität (in der Regel verbunden auch mit einer Neujustierung des Verhältnisses von Akkumulation und politischer Regulation, abhängig von den Kräfteverhältnissen der Klassen) geschaffen. Der Kapitalismus braucht solche Herausforderungen durch Krisen, aber auch durch die Gegenmacht der sozialistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung, um sich immer wieder zu erneuern. Darin liegt gleichsam das Geheimnis seiner Dynamik und Überlebenskraft (Boltanski/Chiapello 2003: 68 ff.). Bestands- oder Existenzkrisen führen allerdings an den Rand der Auflösung oder des Zusammenbruchs von Rechtsordnungen und Institutionen. Der Übergang von der ökonomischen Krise in die politische Krise (oder gar eine Revolution) hängt freilich von einer Vielzahl von Faktoren ab.

Nach Etienne Balibar (2015: 23 ff) muss die derzeitige europäische Krise als eine „organische Krise“ begriffen werden, als eine Hegemoniekrise oder „Krise des Staates in seiner Gesamtheit“ (Gramsci). Diese zeichnet sich durch zwei Merkmalskomplexe aus: 1. durch wirtschaftliche und soziale Faktoren sowie durch eine „moralischer Dimension“ (Legitimationsverfall); 2: es gibt keine „Rückkehr zu vorher bestehenden Formen, es sei denn in reaktionärer Form“. Balibar fährt fort: „Die Krise hat sich in eine Art Sackgasse manövriert und muss nun durch einen Bruch oder die Erfindung von etwas Neuem überwunden werden.“ Hier wird dann immer wieder die berühmte Formulierung von Gramsci (1991: 354) über das „Interregnum“ zitiert. Gramsci, der sich mit seiner Überlegung auf die Zwischenkriegsperiode des vergangenen Jahrhunderts bezog, meinte damit eine „Schwellenzeit“ und eine „Autoritätskrise“: „Wenn die herrschende Klasse den Konsens verloren hat, das heißt, nicht mehr ‚führend‘, sondern einzig ‚herrschend‘ ist, Inhaberin der reinen Zwangsgewalt, bedeutet das gerade, dass die großen Massen sich von den traditionellen Ideologien entfernt haben, nicht mehr an das glauben, woran sie zuvor glaubten usw. Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zu Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen.“¹

1 In der Vorrede zur „Phänomenologie des Geistes“ (1807) hatte Hegel (1952: 15/16) – noch unter den Nachwirkungen der Französischen Revolution nach 1789 – das Bewusstsein vom „Schwellenzeitalter“ wie folgt charakterisiert: „Es ist übrigens

Was aber zeichnet die Krise als „organisch“ – im Unterschied zu den früheren Entwicklungskrisen – aus?

Die EU ist einerseits als führende Handelsmacht der Welt eingebunden in die ungelösten Probleme einerseits der Bewältigung der Finanz- und Schuldenkrise, andererseits der Stagnationstendenzen in großen Mitgliedstaaten wie Frankreich, Italien und Spanien. Mit der WWU und der Einführung des Euro hat sich die sozialökonomische Spaltung zwischen den „reichen“ und den „armen“ EU-Staaten sowie zwischen den Ländern mit positiver und negativer Handelsbilanz verstärkt. Die Eurokrise wurde nach 2008 dadurch ausgelöst, dass gerade die armen Staaten, die sich gegen die Krise und steigende Arbeitslosigkeit zur Wehr setzten, an die Grenzen der Insolvenz gerieten und damit nicht nur das Bankensystem, sondern das System des Euro selbst gefährdeten.

Der „Rettungsschirm“, der jetzt aufgespannt wurde, ist mit der Austeritätspolitik verbunden, die a) die betroffenen Länder tiefer in Stagnation und Krise (vor allem soziale und moralische Krise) treibt, b) die Demokratie (Souveränität von nationalen Parlamenten, Volksabstimmungen etc.) drastisch beschränkt, und c) mit externem Druck verbunden ist, der massive Privatisierung und Deregulierung, vor allem aber auch Abbau von sozialen Rechten erzwingt (Lehndorff 2014).

In diesem Zusammenhang steht auch das Problem der deutschen Hegemonie. Diese stützt sich einerseits auf die ökonomische Vormachtposition („Exportweltmeister“ mit einem Schwerpunkt in der Industrie), andererseits auf die Durchsetzung der deutschen Vorstellungen über Austeritätspolitik („Schuldenbremse im eigenen Lande“ und in der EU). Diese Politik wurde am Beispiel Griechenlands brutal durchgesetzt – auch, um linken Alternativen von vornherein in die Schran-

nicht schwer zu sehen, dass unsre Zeit eine Periode der Geburt und des Übergangs zu einer neuen Periode ist. Der Geist hat mit der bisherigen Welt seines Daseins und Vorstellens gebrochen und steht im Begriffe, es in die Vergangenheit hinab zu versenken, und in der Arbeit seiner Umgestaltung. Zwar ist er nie in Ruhe, sondern immer in fortschreitender Bewegung begriffen. Aber wie beim Kinde nach langer stiller Ernährung der erste Atemzug jene Allmählichkeit des nur vermehrenden Fortgangs abbricht – ein qualitativer Sprung, – und jetzt das Kind geboren ist, so reift der sich bildende Geist langsam und stille der neuen Gestalt entgegen, löst ein Teilchen des Baus seiner vorhergehenden Welt nach dem anderen auf, ihr Wanken wird nur durch einzelne Symptome angedeutet; der Leichtsinn wie die Langeweile, die im Bestehenden einreißen, die unbestimmte Ahnung eines Unbekannten sind Vorboten, dass etwas anderes im Anzuge ist. Dies allmähliche Zerbröckeln, das die Physiognomie des Ganzen nicht verändert, wird durch den Aufgang unterbrochen, der, ein Blitz, in einem Male das Gebilde der neuen Welt hinstellt.“

ken zu verweisen. Einerseits wurde dabei Zwang ausgeübt, der europafeindliche und -skeptische (auch gegen die deutsche Vorherrschaft gerichtete) Stimmungen verstärkte. Andererseits wurde deutlich, dass die sog. „Europäisierung“ inzwischen ein Niveau erreicht hat, auf dem sich Elemente einer europäischen Staatlichkeit (zur Durchsetzung der Austeritätspolitik, vor allem aber mit der Politik der EZB²) herausgebildet haben³. Gleichzeitig haben sich grenzüberschreitende Koalitionen der Bourgeoisie gebildet, die die deutsche Führung akzeptieren und darüber ggf. linke Regierungen im eigenen Lande unter Druck setzen wollen. Schließlich unterstützen sie die Orientierung auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen bzw. der nationalen Ökonomie auf dem Weltmarkt – nach dem Vorbild des „deutschen Modells“⁴. Entdemokratisierung bedeutet hier die Verselbständigung von Exekutivgewalten im nationalen wie im europäischen politischen System (Kommission, EZB, Eurogruppe). Die Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisen – verstärkt durch die Angriffe des Terrorismus im eigenen Land – beschleunigt den Übergang vom Sicherheits- zum Ausnahmezustand.

Die deutsche Vormachtstellung, die in erster Linie auf der überlegenen Wirtschaftskraft des Landes beruht,⁵ unterscheidet sich von früheren Ansätzen des

-
- 2 „Wenn die ‘unabhängige’ EZB der entsprechenden nationalen Zentralbank den Geldhahn zudreht, weil ihr die politische Orientierung einer neuen Regierung nicht passt, geht dem inländischen Bankensystem das Geld aus und die inländische Wirtschaft den Bach runter – so einfach ist das“ (Dräger 2015: 12). Oskar Lafontaine (Junge Welt vom 4.10.2015): „Es gibt keine Möglichkeit, eine Politik zur Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerung zu machen, solange die demokratisch nicht kontrollierte EZB unter dem Dach der europäischen Verträge das Bankensystem eines Landes lahmlegen kann“.
 - 3 „Europäisierung von Staatlichkeit“ vollzieht sich nicht nur über die EZB, sondern auch über die direkten Eingriffe in die Haushaltssouveränität der Mitgliedstaaten, dazu die bereits vergemeinschafteten Politikfelder wie z.B. die Handelspolitik, die beim TTIP- und CETA-Abkommen betroffen ist. Natürlich ist auch der EuGH Teil der europäisierten Staatlichkeit. Er ist nicht nur für die Einhaltung der Verträge, sondern auch für die Umsetzung der Verordnungen und Richtlinien der EU in nationale Gesetzgebung zuständig.
 - 4 Die sog. „Reform“ der Arbeitsgesetzgebung in Frankreich wird von den Sozialisten Hollande (Präsident) und Valls (früherer Premierminister) immer wieder mit dem Hinweis auf die Reformen in Deutschland unter Schröder (Agenda 2010) gegen den heftigen Widerstand der Gewerkschaften und sozialer Bewegungen im eigenen Lande durchgesetzt (vgl. Syrovatka 2016).
 - 5 Beim „Wirtschaftsgipfel“ der Süddeutschen Zeitung im November 2015 formulierte Marcel Fratzscher, Chef des DIW: „Deutschland braucht ein starkes Europa, um in

„Griffs nach der Weltmacht“ (Fritz Fischer) zunächst einmal dadurch, dass die ökonomischen Machtressourcen die militärisch-politischen Machtressourcen (im Hinblick auf die Krisen in der Welt) deutlich übersteigen. Daher sind sie zugleich mit Risiken verbunden, die mit der konjunkturellen Entwicklung des Weltmarktes, vor allem in China und den BRICS-Staaten verbunden sind. Die „Exportweltmeister“ sind in Perioden der Weltmarktkrise besonders gefährdet, wenn die Nachfrage aus dem Ausland einbricht. Darüber hinaus provoziert die gewaltsame Durchsetzung dieser Vormacht Gegenstimmungen und Gegenbewegungen, die sich sowohl gegen die EU als auch gegen Deutschland richten. Dabei darf nicht unterschätzt werden, wie die „alten Großmächte“ Frankreich und Großbritannien (im Hintergrund die USA) auf diese Verschiebungen in den inneren Machtkonstellationen und Führungsstrukturen der EU reagieren werden.⁶ Gleichzeitig zwingen die Verträge und das System der EU-Institutionen auch die deutschen Regierungen immer wieder dazu, kooperative Lösungen im Krisenmanagement herbeizuführen und dabei auch Kompromisse zu schließen (Crome 2015). Das hängt natürlich auch von den inneren Kräfteverhältnissen ab – also von einem starken Druck, der von sozialen Bewegungen, Teilen der Gewerkschaften, der Linken und aus anderen Parteien ausgeht.

Diese drei Dimensionen der „organischen Krise“ artikulieren sich auf der Oberfläche in ziemlich heftigen und z. T. dramatischen Widersprüchen. Dabei stellt sich in der Tat immer wieder die Frage, ob die EU – in ihrer derzeitigen Verfassung und Machstruktur – diese Krise überstehen wird. Auf der einen Seite dominiert die Brutalität „von oben“ bei der Durchsetzung des Krisenmanagements und die – unter Draghi – immer wichtiger gewordene Rolle der EZB als supranationale Institution. Auf der anderen Seite haben die zentrifugalen Tendenzen offensichtlich an Stärke gewonnen. Die deutliche Renationalisierung nicht nur in den neuen Mitgliedstaaten im Osten und Südosten (Polen, Ungarn) verbunden mit dem Aufschwung von nationalistischen und rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien. Die Kampagne für den Brexit wurde überwiegend von solchen Stimmungen beeinflusst. Mit den Wahlerfolgen der AfD im Frühjahr

der Welt eine Stimme zu haben“. Paul Achtleitner, AR-Vorsitzender der Deutschen Bank, ergänzt: „Die Deutsche Bank macht das, wofür sie gegründet wurde, also die Expansion der deutschen Industrie zu begleiten. Heute unterstützt die Bank die europäische Industrie im globalen Wettbewerb“ (Süddeutsche Zeitung vom 21./22. November 2015: 26f).

6 Die konservativen Befürworter eines „Brexit“ in Großbritannien, aber auch Marine Le Pen vom Front National wenden sich explizit gegen die deutsche Vorherrschaft in der EU.

2016 hat sich dieser Trend auch in Deutschland manifestiert. In der Flüchtlingskrise seit dem Herbst 2015 haben sich diese Tendenzen schlagartig verstärkt: die Überforderung der EU-Institutionen (Schengen, Dublin), die Renationalisierung (hier schon mit der Infragestellung deutscher Führung verbunden) auf der einen, der Aufschwung rechtspopulistischer Kräfte auf der anderen Seite. Daher scheint eine Bewältigung dieser Krise durch eine Vertiefung der politischen Integration völlig illusionär. Ebenso geringe Chancen dürften wohl angesichts solcher Tendenzen dem von Wolfgang Schäuble und anderen vertretenen konservativen Plan zukommen, nach dem die Integration durch eine europäische Wirtschaftsregierung, eine gemeinschaftliche Fiskalpolitik – ergänzt um demokratische Elemente wie die Wahl eines europäischen Präsidenten – vertieft werden soll.

Nach Etienne Balibar zeichnet sich eine „organische Krise“ dadurch aus, dass es – als Antwort auf diese Widersprüche – keine einfache Rückkehr zum „Vorkrisen-Zustand“, sondern nur den „Bruch“ gibt. Das heißt: Ein Rückzug auf den „Binnenmarkt“, verbunden mit dem Verzicht auf den Euro und auf weitere Elemente europäische Staatlichkeit, würde zusätzliche Brüche oder Katastrophen erzeugen! Der Imperativ „Too Big to Fail!“ hatte schon in der Krise nach 2008 die Rettung des Bankensystems angeleitet. Der Zusammenbruch von Teilen des europäischen Bankensystems oder auch nur das Versagen der Steuerungselemente der EZB würde jetzt jenen Widerspruch zwischen der grenzüberschreitenden Zentralisierung von Macht auf der einen und der Verstärkung zentrifugaler Tendenzen auf der anderen Seite notwendig verstärken. Gleichzeitig würde ein aus deutscher Sicht erfolgreiches Krisenmanagement erneut die Orientierung auf die wirtschaftliche und machtpolitische Rolle der EU als Global Player unterstreichen, aber auch die inneren Zerfallsprozesse und Widersprüche politisch schärfer artikulieren – eben mit der Stärkung von nationalistischen Kräften, die die Mitgliedschaft in der EU infrage stellen und/oder sich in ihren Staaten dem Aufbau autoritärer Regime widmen. In diesem Dilemma befindet sich auch die deutsche Politik! Eine europäische Antwort auf Demokratieverfall, Nationalismus und Rassismus muss allerdings mit der „deutschen Politik“ brechen! Diese setzt verstärkt auf ein Bündnis mit den USA und die Stärkung der NATO, um die Weltherrschaft des Westens gemeinsam zu sichern. Auch diese strategische Allianz, die US-Präsident Obama in Hannover im April 2016 beschworen hat,⁷ wird mit den inneren Krisen- und Erosionsprozessen der Europäischen Union ebenso konfrontiert werden wie mit dem immer stärker werdenden Antiameri-

7 “I’ve come here, the heart of Europe, so say that the United States, and the entire world, needs a strong and prosperous and democratic and united Europe.” (Applause)

kanismus in weiten Teilen der Welt⁸. Durch die Wahl von Donald Trump ist allerdings auch dieses Projekt erst einmal in Frage gestellt.

4.

Wie aber geht die europäische Linke, die sich links von der Sozialdemokratie formiert hat, mit diesen Herausforderungen um? Ende 2015 fand sich in der Presse ein Schaubild mit dem Titel: „Reiseführer durchs linke Europa“. Die sozialdemokratisch regierten Staaten waren rot markiert. In 4 Staaten gibt es – so wird dabei behauptet – starke linke Bewegungen, in Portugal, Spanien, Deutschland mit der „Linken“ und in Großbritannien mit dem neuen Labour Chef Jeremy Corbyn. Ein Land wird von der radikalen Linken regiert: Griechenland mit Syriza und Alexis Tsipras. Mir scheint das Vordringen der Linken, das in diesem Schaubild mit „rot“ auch optisch untermalt ist, reichlich überzeichnet; denn die Mehrzahl der Regierungen, die von Sozialdemokraten geführt werden bzw. an denen sie beteiligt sind, betreiben – zumal in den Institutionen der EU – keine Politik, die als Alternative zur deutschen Hegemonie verstanden werden könnte. Vielleicht reflektiert sich darin ja auch bei den Autoren dieses Schaubildes die Überraschung bzw. die Befürchtung darüber, dass es in Europa – punktuell sogar erfolgreiche – Bewegungen und Parteien gibt, die das Ende der Austeritätspolitik und einen Schuldenschnitt verlangen, die den Kampf gegen die Armut und die sozialen Spaltungen, damit ein Programm der Umverteilung von oben nach unten, in den Mittelpunkt stellen, die einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft fordern, die die Eigentumsfrage im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge politisieren und sich für eine Außen- und Sicherheitspolitik engagieren, die die von den USA dominierten Herrschaftsansprüche „des Westens“ in Frage stellt.

Allerdings sind nicht nur in den genannten Staaten, sondern auch in vielen anderen Ländern im vergangenen Jahrzehnt Demokratiebewegungen entstanden (manche auch wieder geschwächt worden), in denen sich die Kritik a) an der Krise der repräsentativen Demokratie (oder an autoritären Herrschaftsformen),

8 Allerdings darf (auch von der Linken) nicht übersehen werden, dass diese deutsche Hegemonie in einem EU-System funktioniert, das – nach den Erfahrungen der beiden Weltkriege – darauf angelegt war, „To keep Germany down, and Communism out“, wie es einmal ein US-Diplomat in den 50er Jahren formulierte. Natürlich scheint dieses Ziel im Blick auf die heutige deutsche Führungsrolle in Europa auf der „Kopf gestellt“ (vgl. dazu Deppe 2014). Dennoch muss auch Herfried Münkler (2015), der für die selbstbewusste Übernahme dieser Führungsrolle plädiert, zugeben, dass deutsche Vormacht in Europa stets auf Elemente der „soft power“ zurückgreifen muss.

mit b) der Kritik an den neuen Klassenverhältnissen (Spaltungen zwischen Arm und Reich) sowie an den darauf beruhenden (gesellschaftlichen und politischen) Machtverhältnissen manifestiert. Von einer Veränderung der Machtverhältnisse in Europa sind diese Ansätze noch weit entfernt – dennoch, vor wenigen Jahren hätte ein solcher „Reiseführer“ nicht erstellt werden können.

Auch in verschiedenen linken Projekten, die sich als Antwort auf die Krise verstehen (vgl. Dräger 2015), spielt die Demokratiefrage eine große Rolle. Jannis Varoufakis fordert eine „Demokratisierung der ganzen EU“, Etienne Balibar plädiert dafür, „Weichen zu stellen für eine Demokratisierung jenseits des sozialen (National-)Staats“ und „für die Gesellschaft und die Institutionen praktische Alternativen zur Herrschaft des Finanzsystems auszumachen, und zwar von der kommunalen bis zur transnationalen, ja globalen Ebene“ (Balibar 2015: 34). Jürgen Habermas fordert eine formelle demokratische Verfassung für Europa. Für die politisch handelnden Akteure sind solche Vorschläge „jenseits des Nationalstaates“⁹, aber auch jenseits der (objektiven) Realität des EU-Institutionen- und Rechtssystems – als langfristige Perspektiven – gewiss hilfreich. In der konkret-historischen Situation – auf den verschiedenen Ebenen des europäischen Mehrebenensystems von Politik – bieten sie freilich wenige Ansatzpunkte für praktische Politik. Nach der Knebelung und Demütigung von Griechenland ist die Kluft zwischen der Kritik der herrschenden Verhältnisse in der EU und einer auf diese Realität bezogene Strategie der Transformation oder gar der Umwälzung dieser Verhältnisse noch größer geworden. Das gilt auch für die Anhänger von Plan A, die eine „Neugründung Europas“ und damit zahlreiche Veränderungen im Bereich der Fiskalpolitik, Steuerpolitik, von Finanztransfers zwischen armen und reichen Regionen, eine Steuer auf Finanztransaktionen usw. fordern (vgl. Euromemo 2016 sowie den Blog „Europa neu begründen“).

Steffen Lehndorff (2014: 37) hält fest: „Ein Institutionengebäude wie das von Maastricht, das fast alle Ampeln für neoliberale Politik auf grün stellt, aber die für Sozialstandards und für gegenseitige Unterstützung und Annäherung der Volkswirtschaften auf rot oder bestenfalls gelb blinken, kann nicht ohne harte Konflikte, Krisen und Brüche reformiert werden.“ Natürlich gilt dies auch für die Anhänger von Plan B. Denn eine Rückkehr zum EWS mit flexiblen Wechselkursen, autonomen nationalen Zentralbanken und damit zu Freiräumen für

9 Raul Zelik (Neues Deutschland vom 7.11.2015): „Die Linke denkt viel zu oft und viel zu exklusiv in Kategorien von Staats- und Regierungsmacht. Demokratisierung als Vergesellschaftung von Macht hingegen ist ein Prozess, der genau diese Kategorien bürgerlicher Herrschaft in Frage stellt“.

eine Politik zur Verbesserung der sozialen Lage der „subalternen Klassen“ verlangt eine Veränderung oder gar Umwälzung der politischen Kräfteverhältnisse auf der europäischen wie der nationalen Ebene. Diese Kluft zwischen Ziel und Realität öffnet sich aber noch weiter bei der Forderung jener Linken, die – mit Blick auf das Griechenlanddebakel – für einen Ausstieg aus der EU und/oder dem Euro plädieren. Einige der bedeutendsten Marxisten aus dem angelsächsischen Bereich (Perry Anderson, Leo Panitch, Tariq Ali) sehen ihre – schon immer vertretene – grundsätzliche Kritik am kapitalistischen und undemokratischen „Gen“ der EU bestätigt. Dabei negieren sie freilich, dass sich durch die Entwicklung der EU das Verhältnis von Nationalstaatlichkeit und transnationaler Politik grundlegend verändert hat. Außerdem wird diese Position immer mit der Frage konfrontiert sein, wie sie ihren Internationalismus, der über Europa hinausgreift, gegen die – sehr viel mächtigere – nationalistische Europakritik von rechts abgrenzen. In der Brexit-Kampagne hat sich dieser Widerspruch sehr deutlich manifestiert!

Auch im System – in den Machtverhältnissen und den Entwicklungstendenzen – der Integration verdichteten sich Kräfteverhältnisse der Klassen und zwischen den Staaten. Es gab vor 1945 sozialistische Projekte für Europa mit unterschiedlichen Akzentuierungen – z.B. von Leo Trotzki, von der deutsche Sozialdemokratie in ihrem Heidelberger Programm von 1925, das „Manifest von Ventotone“, verfasst von Gefangenen Mussolinis während des Zweiten Weltkrieges etc.). Nach 1948/49 – im Kalten Krieg und der Systemkonkurrenz – waren die Schritte der Integration allerdings von den westeuropäischen Kapitalinteressen (und den konservativen politischen Kräften) zugleich durch die Politik der USA dominiert. Allerdings, der fordistische Klassenkompromiss, d.h. auch die Macht der westeuropäischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften beeinflusste die Konstruktion der Integration und die Anerkennung einer – wie auch immer begrenzten bzw. nationalstaatlich gesicherten – sozialen Dimension. Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen im Ergebnis der Klassenkämpfe reflektierten sich selbstverständlich in der Europapolitik der 1970er Jahre, als sich auch innerhalb der kommunistischen Bewegung – zuerst bei der italienischen KP – die Haltung gegenüber der EG änderte (vgl. Deppe 1976b). Später gab es im Zusammenhang der Politik des französischen Sozialisten Jacques Delors partielle Fortschritte auf dem Gebiet der Wirtschaftsdemokratie (Euro-Betriebsräte) und der Sozialpolitik. Als Bestandteil des Binnenmarktprogramms '92 wurde auch eine „Charta der sozialen Grundrechte“ proklamiert, die die Grundrechte – einschließlich des Streikrechtes – klarer definiert als z.B. das deutsche Grundgesetz. Im Zuge des „neuen Konstitutionalismus“ sowie der „wettbewerbsstaatlichen“ Reorganisation der EU haben sich jedoch die Kräfteverhältnisse im EU-System (wie in den Nati-

onalstaaten) zugunsten der Konzerne und der neoliberalen Politik und Ideologie verschoben. In der Krise nach 2008 kumulierten sich die Widersprüche, die dieser Formation eigen sind. Selbstverständlich wird sich eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse nach links – nicht nur im Sinne des oben genannten „Reiseführers“, sondern gestützt durch die Kraft sozialer Bewegungen „von unten“, die die Demokratie auf der Ebene der Zivilgesellschaft („Selbstverwaltung“) mit Leben erfüllen – auch im System der Institutionen und in der Politik der EU niederschlagen.

Die Option für eine radikale „europäische Demokratiebewegung“ (jenseits der Nationalstaaten) erweckt spontan Sympathien; gleichwohl wird sie zu Recht als völlig illusionär kritisiert! Selbstverständlich gab und gibt es großartige Ansätze (z.B. die Bewegung gegen das Freihandelsabkommen TTIP) grenzüberschreitender sozialer Bewegungen. Dennoch bleibt auch hier die Kluft zwischen der Kritik an der EU und der Macht zu ihrer Veränderung gewaltig. Die Bewegungen der vergangenen Jahrzehnte jenseits – oder „unterhalb – des Nationalstaates (Arbeitslosenmärsche, gewerkschaftliche Aktionen gegen die sog. Bolkestein-Richtlinie, aber auch: die Sozialforen, Aktionen beim französischen Referendum über den Lissabon-Vertrag) wurden nur dann registriert, wenn sie die Kraft entwickelten, nationale Kräfte- und Machtverhältnisse verändern zu können. Die „Vielstimmigkeit“ in der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament vermittelt ja immer wieder das nüchterne Bild von den unterschiedlichen nationalen Einstellungen gegenüber der EU und zur Veränderung ihrer Politik und ihrer Institutionen.

Trotz der „Vielstimmigkeit“ besteht also ein gemeinsames Problem: Auf der einen Seite sollte uns die sich zu Recht radikalisierte Kritik an der EU daran hindern, allzu blauäugigen Bekenntnissen zu „Europa“ zu folgen. Auf der anderen Seite sind die Kräfte zur Umsetzung dieser Kritik nach wie vor schwach. Selbst die Rolle einer Opposition, die in der Öffentlichkeit für eine radikale Veränderung der EU-Politik wirbt und die zugleich soziale Bewegungen unterstützt, die gegen die Folgen dieser Politik sogar gelegentlich praktische Verbesserungen „vor Ort“ durchsetzen können (Mieten, Kündigungen, Flüchtlinge etc.), bleibt schwach – denn die Erpressung von Syriza wäre wahrscheinlich bei einer stärkeren Mobilisierung der Solidarität in Europa nicht möglich gewesen.

1. Welche Szenarien sind aber vorstellbar, in denen diese Kluft geschlossen würde? Wie haben sich eigentlich in der Geschichte – in der Krisengeschichte des 20. Jahrhunderts – Veränderungen, Umbrüche in den Machtkonstellationen vollzogen, die dann auch die Kluft zwischen der Kritik und einem Politikwechsel geschlossen bzw. verkürzt haben? Ein erstes Szenario geht

davon aus, dass das Krisenmanagement des Rates und der Kommission¹⁰ zum Erfolg führen. Der Bestand der EU (mit einer Wirtschaftsregierung) bleibt gesichert, es kommt zu einem erneuten weltweiten Konjunkturaufschwung. Die Linke bleibt marginal. Diese Variante halte ich allerdings für die am wenigsten wahrscheinliche.

2. Der herrschende Block reagiert mit Gewalt (auch mit Krieg nach außen oder „Krieg im Innern“ nach massiven terroristischen Anschlägen) sowie mit der Ausschaltung der Demokratie auf die Unfähigkeit, die sozialökonomische und politische Krise zu lösen und den zunehmenden Druck von unten abzuwehren. Die demokratischen Kräfte und die Linke in Europa müssen die Verhinderung dieses Szenarios als eine ihrer wichtigsten Aufgaben anerkennen und dabei auch neue Formen der grenzüberschreitenden Kooperation entwickeln.
3. Die Fähigkeit, zu regieren, zerfällt „von oben“ – die Institutionen der EU sind nicht mehr in der Lage, auf Krisenprozesse zu reagieren. Die Krisenprozesse in der Peripherie und im Zentrum nehmen zu, zentrifugale Tendenzen verstärken sich (Nationalismus, Exitoptionen). In einer solchen Situation sind die nationalen Regierungen (wie im Jahre 2009) gezwungen, „Notprogramme“ aufzulegen. Diese würden ja zweifelsohne in die Richtung von Plan B gehen, wobei dessen Inhalte durch die nationalen Kräfteverhältnisse zwischen rechts und links bestimmt werden.
4. Denkbar wäre freilich auch ein Positionswechsel innerhalb des herrschenden Blocks. Der Abschied von der Austeritätspolitik und dem Marktradikalismus setzt voraus, dass die Spaltungen innerhalb des herrschenden Blocks – zwischen angebots- und nachfrageorientierten „Philosophien“, zwischen Marktradikalen und Linkskeynesianern – zunehmen und dass sich angesichts des zunehmenden Widerstandes von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, aber auch angesichts des Erstarkens von linken Parteien bei Wahlen (mit der Chance auf Regierungsveränderungen) Allianzen für eine neue Politik bilden, die zugleich auf das Erstarken von nationalistischen und rassistischen Bewegungen reagieren. Dabei spielt die Entwicklung in der europäischen Sozialdemokratie eine zentrale Rolle. Werden sich linke Kräfte durchsetzen und einen Programmwechsel der Sozialdemokratie etwa auf der Grundlage der Analysen von Paul Krugman oder Joseph Stiglitz begründen, die gleichzeitig auch Koalitionen mit Kräften links der Sozialdemokratie mög-

10 Vgl. dazu z.B. den „Bericht der 5 Präsidenten (Jean-Claude Juncker, Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi und Martin Schulz): Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden, Brüssel 2015.

lich machen? Solche Spaltungen im herrschenden Block und neue Allianzen, die Mehrheitsverhältnisse auf Regierungsebene verändern könnten (für einen Schuldenschnitt, für ein Ende der Austeritätspolitik, für Transfers bzw. einen „europäischen Marshall-Plan“) würden natürlich auch die Kräfteverhältnisse in den Institutionen der EU verändern! Dem Siegeszug des Keynesianismus nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 (vor allem in den USA) ging ebenfalls ein solcher Paradigmen- und Strategiewechsels im herrschenden Block.

Mir scheint, dass dieses 4. Szenario angesichts der *derzeitigen* Konstellationen auch als strategische Option für die Linke in der EU angemessen wäre. Sie würde uns in die Lage versetzen, keine künstlichen Gegensätze oder gar Ausschließungsmechanismen zwischen zivilgesellschaftlichen Basisbewegungen, gewerkschaftlichen Kämpfen und der Stärkung politischer Parteien der Linken, die für die Bildung linker Regierungen (auch in solchen Allianzen) eintreten, zu konstruieren. Und gleichzeitig würde uns eine solche strategische Orientierung davor schützen, wiederum einen künstlichen Gegensatz zwischen nationalstaatlich und europäisch (bzw. transnational-global) aufzubauen.

Die gesamte Konstruktion der EU ist darauf angelegt, dass im Mehrebenensystem Elemente von europäischer Staatlichkeit und die Nationalstaaten als die „Herren des Verfahrens“ neu verbunden sind und auch neue Widerspruchskonstellationen erzeugen. Damit muss sich auch das Bundesverfassungsgericht immer wieder herumschlagen. Auf der Ebene europäischer Staatlichkeit ist die Klassenmacht der transnationalen Bourgeoisie gestärkt; auf dieser Ebene ist die Klassenmacht der Arbeiterbewegung, die Macht der politischen Linken und der sozialen Basisbewegungen besonders deutlich zurückgegangen. Daher muss es – so formuliert Steffen Lehnendorff (2014: 35) – „auf nationaler Ebene massiven Druck für die Durchsetzung von Reformprojekten geben, damit die auf europäischer Ebene unvermeidlichen Konflikte vom Zaun gebrochen werden können, um die dort errichteten Blockaden für die Verwirklichung nationaler Reformprojekte zu überwinden“.

Literatur

- Balibar, Etienne (2015), Europa und die Nationalstaaten, in: Baier, Walter u.a. (Hrsg), Vereintes Europa – geteiltes Europa, Hamburg, 23-38.
- Beckmann, Martin/Deppe, Frank/Heinrich Mathis: In schlechter Verfassung? Ursachen und Konsequenzen der EU-Verfassungskrise, in: Prokla, 36 (2006), 307-324.
- Bieling, Hans-Jürgen (2004): Europäische Integration: Determinanten und Handlungsmöglichkeiten, in: Joachim Beerhorst u.a. (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt am Main, 128-152.

- Bieling, Hans-Jürgen/Große Hüttmann, Martin (Hrsg.) (2016): Europäische Staatlichkeit, Wiesbaden.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Eve (2003), Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Crome, Erhard (2015), Deutschland in Europas Mitte. Umriss einer neuen Hegemonie, in: Berliner Debatte, Initial, 26 (2015), 124-142.
- Deppe, Frank (1976a): Westeuropäische Integration als Krisenprozess, in: ders. (Hrsg.): Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln, 9-70.
- (1976b): Proletarischer Internationalismus und die Europapolitik der kommunistischen Parteien, in: ders. (Hrsg.): Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976.
- (1993): Von der „Europhorie“ zur Erosion – Anmerkungen zur Post-Maastricht-Krise der EG, in: Frank Deppe/Michael Felder: Zur Post-Maastricht-Krise der Europäischen Gemeinschaft (EG), Arbeitspapier Nr. 10, Forschungsgruppe europäische Gemeinschaften (FEG), Marburg, 7-62.
- (2014), Imperialer Realismus? Deutsche Außenpolitik. Führungsmacht in neuer Verantwortung, Hamburg.
- Dräger, Klaus (2015), Die europäische Linke nach dem Kampf um Griechenland: Plan A, Plan B, Plan C, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 104, Dezember 2015, 2-12.
- EuroMemo 2016. EuroMemoGruppe, Wege zur Bewältigung der Krisen in Europa, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 3/2016.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1952): Phänomenologie des Geistes, Hamburg, Vorrede.
- Kirt, Romain (Hrsg.) (2001): Die Europäische Union und ihre Krisen, Baden-Baden.
- Lehndorff, Steffen (Hrsg.) (2014): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien, Hamburg.
- Münkler, Herfried (2015): Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa, Hamburg.
- Röttger, Bernd (1999): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation, Münster.
- Syrovatka, Felix (2016): Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise, Wiesbaden.
- Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration, Münster.

Judith Dellheim

Zur Kritik der Demokratie und der Linken in der Europäischen Union

Das demoskopisch ermittelte „Vertrauen“ der Bürgerinnen und Bürger in die EU-Institutionen ist drastisch gesunken: von bereits problematischen 50 Prozent im Jahre 2004 auf 31 Prozent im Jahre 2015 (Eurobarometer 2015, 8). Das ist leicht erklärbar mit dem antidemokratischen Agieren der Herrschenden, für das die Erpressung der griechischen Regierung vom Juli 2015 und der Umgang mit den CETA- und TTIP-Verhandlungen exemplarisch sind. Nationalistische Kräfte erstarben und gehen mit Gewalt gegen Menschen außerhalb ihrer jeweiligen „nationalen Gemeinschaft“ vor. Sie stellen die Fortexistenz der EU in Frage und ziehen zahlreiche Verbitterte an. Der linke Ruf nach Demokratisierung der EU verhallt praktisch ungehört, und Initiativen wie Diem25, überhaupt die Praxis einer gelebten Solidarität mit sozial Schwachen, insbesondere mit Flüchtlingen, bleiben insgesamt in der gesellschaftspolitischen Defensive. Es wäre also nach den Ursachen hierfür zu fragen. Dies will dieser Text, der auf die Frage fokussiert, inwiefern und warum die Entscheidungen über die EU (und ihre Vorläufer) von Interessen an der Reproduktion globaler Herrschaftsverhältnisse oder aber von Interessen an der Lösung von gesellschaftlichen bzw. globalen Problemen bestimmt waren und sind. Er will die Linken insgesamt, also alle emanzipativ-solidarischen Kräfte, zu einer kollektiven Auseinandersetzung mit der Entwicklung der EU und mit ihrer eigenen Geschichte in deren Zusammenhang motivieren. Denn dies ist eine unabdingbare Voraussetzung für die gegenwärtige Arbeit an politischen Strategien. In dieser Perspektive thematisiert der Text insbesondere „kritische Zäsuren“, „kritische Etappen“ und „kritische Szenarien“, wobei drei (zusammengehörende) Schwerpunkte besonders interessieren: die Handlungsmöglichkeiten der Linken an den historischen Scheidewegen der EU und ihre praktizierten und möglichen Strategien, um an solchen „Weggabelungen“ die Entwicklungsrichtung der EU zu verändern – in Richtung auf die Ziele, selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch verantwortungsvoll leben zu können, und diese Ziele angesichts des Antagonismus von Demokratisierung der EU und Diktaten der Kapitaloligarchien durchzusetzen.

Kritisch-politökonomisches Herangehen an die Demokratiefrage

„Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt [...] Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter.“ (Marx 1890: 765) Dieser „stumme Zwang“ geht von einer als solcher begriffenen existenziellen Abhängigkeit der „Arbeitnehmer“ vom „Arbeitgeber“ aus, der seinerseits auf Erfolg in der Konkurrenz bzw. „am Markt“ angewiesen ist. So scheinen sie alle im selben Boot zu sitzen. Mächtige „Arbeitgeber“ als Industrie- und Finanzkapitalisten bilden Kapital-Gesellschaften, um zur Behauptung und Erlangung von Profiten, Konkurrenzvorteilen, Macht und „Handlungsfähigkeit“ Projekte im Inland und Ausland realisieren zu können. Da kooperiert der Kapitaleigentümer, der die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit in der Warenproduktion organisiert, mit dem Kapitaleigentümer, der die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit und die Umverteilung von Einkommen und Vermögen über die Bewegung von zinstragendem Geldkapital organisiert. Die kooperierenden und konkurrierenden Kapitaleigentümer in der Produktions- und Finanzsphäre „organisieren sich“ – mit ihren Managern und mit ihren Partnern „im Staat“, „in der Politik“ und in der Zivilgesellschaft, in der Justiz, im Militär bzw. „Sicherheitsbereich“, in der Beratung und Buchführung, in der Wissenschaft und Kultur, in den Medien und auf den Feldern des Lobbying. Sie vermehren dadurch die Zahl der Ausgebeuteten und vervielfältigen die Praktiken der Ausbeutung. Sie haben hochgradigen Anteil an der Dynamik der Produktions- und Konsumstrukturen (Arbeit, Ernährung, Wohnen, Mobilität, Freizeit). Sie treiben – lokale Existenzen zerstörend und Menschen ausgrenzend – die Entwicklung von Beziehungen zwischen den Individuen in sich verändernden Regionen voran. Es sind vor allem die Finanzsphäre und der Militär- bzw. Sicherheitsbereich mit ihren Verflechtungen in den High-Tech-Bereich, in das Energie- und Transportwesen, in das Agribusiness hinein und mit ihren Verknüpfungen „zur Politik“, welche die trans- und internationale Vergesellschaftung machtvoll vorantreiben. Insbesondere die Kapitaloligarchien lösen den größten Flächen- und Ressourcenverbrauch und die stärkste Umweltverschmutzung aus und realisieren dabei die höchsten Renditen. Sie prägen den individuellen wie gesellschaftlichen Lebensalltag und organisieren die Zustimmung der sozial, politisch, kulturell, weltanschaulich, ethnisch und sexuell differenzierten Gesellschaftsmitglieder zu einem beständigen „Weiter so!“. Dabei konkurrieren die Bürgerinnen und Bürger als Arbeiterinnen und

Arbeiter mit unterschiedlicher Qualifikation und in unterschiedlichen Sozialverhältnissen um „Arbeit“ (d.h. um Arbeitsaufträge mit ganz unterschiedlichen Formen der Erbringung und Vergütung ihrer „Leistung“). Als Steuerzahlende, Kundinnen und Kunden, Versicherte, EigentümerInnen, Vermögende und WertpapierbesitzerInnen sind sie daran interessiert, dass die „Leistung“ der Anderen möglichst billig ist und sie selbst maximal an der Kapitalverwertung partizipieren. Als Wählerinnen und Wähler suchen sie das beste Personal für die Verwaltung des *Status quo*. Sie meinen, sich um sich selbst als Einzelne und um die eigene Familie kümmern zu müssen, „machen ihr Ding“ und versagen vielfach jenen, die bedürftig sind, und auch jenen, die „anders leben“ wollen, die Solidarität. Dabei müssten sie doch mehrheitlich danach streben, sich von diesen Ausbeutungs- und Konkurrenzverhältnissen, von den Bedrohungen, die aus der Verzweiflung, Wut und fundamentalistischen Instrumentalisierung der Unterlegenen hervorgehen (können), und von den Zwängen sozialer und ökologischer Zerstörung geradezu zu befreien. Auf dieser Grundlage darf ein potenziell breites Interesse „im Volk“ (und erst recht bei den Linken) an der Frage vorausgesetzt werden, wie „unsere Demokratie“ oder eben „unsere undemokratischen Zustände“ mit der EU verbunden sind.

„Demokratie“ wird oft mit Bezug auf Lincoln als „Balance zwischen den interdependenten Werten ‘Freiheit’ und ‘Gleichheit’“ und zu garantierender „Kontrolle“ (Bühlmann et al. 2012: 118) erklärt. Vielfach werden „neun Funktionen“ diskutiert, welche diese Werte realisieren: „Individuelle Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Öffentlichkeit, Wettbewerb, Gewaltenkontrolle, Regierungsfähigkeit, Transparenz, Partizipation und Repräsentation“ (ebd.: 123). Die Ansprüche und Begriffe können sehr verschieden gefüllt werden. Dafür nur zwei Beispiele:

- 1) Wird „Öffentlichkeit“ als öffentliche Diskussion und Debatte, als Verwaltung, Einrichtung zur Organisation und Realisierung von gesellschaftlichem Zusammenhang interpretiert, so zeigen sich schnell mit gesellschaftlichen Macht- und Eigentumsverhältnissen verknüpfte Probleme (Brangsch 2010; Wolf 2012). Zur Sicherung von gesellschaftlichem Zusammenhalt gehören die Bildungs-, Gesundheits-, Vorsorge- und Kommunikationssysteme und Medien. Wessen und welche Arbeit wird hier wie durch wen organisiert, realisiert und vergütet? Durch wen werden die Arbeitsergebnisse angeeignet und kommen wem letztendlich wie zugute?
- 2) „Regierungsfähigkeit“ zeigt sich im Vermögen, gesellschaftlichen Konsens zu erhalten bzw. zu stiften, indem man vom Grundsatz her gesellschaftlichen *Status quo* reproduziert. Wessen Interesse dominiert hier?

Demokratie kann als ein Zustand definiert werden, in dem Freiheit, Gleichheit, Kontrolle und die Funktionen ihrer Realisierung zumindest *formal* für alle Bürgerinnen und Bürger (und unter den gegebenen Verhältnissen primär für alle Wareneigentümerinnen und Wareneigentümer) gelten. Sie sind als Gesellschaftsmitglieder im System der gesellschaftlichen Hierarchien befangen, das auf dem konkreten Territorium lebenden sozialen Gruppen Freiheit, Gleichheit und Kontrolle real verstellt. Wird daher Demokratie als „institutionalisierte Kontrolle von Herrschaftsentscheidungen und Entscheidungsmaßstäben durch die davon Betroffenen“ (Demirović 2007: 62) im zuvor entwickelten Kontext gesehen, reflektieren die Beispiele Griechenland und CETA/TTIP nicht lediglich „Demokratiedefizite“, sondern die Herrschaft von Kapitaloligarchien. Demokratie wäre letztendlich danach zu beurteilen, ob sie die Überwindung gesellschaftlicher Hierarchien erlaubt und befördert. Sie wäre also dialektisch zu denken und auf alle Ebenen zu beziehen (Balibar 2016: 167, 171). Die Schaffung und Erschließung der Möglichkeiten, eine sozial und ökologisch nachhaltige Vergesellschaftungs- und Lebensweise einleiten und realisieren – d.h. Gesellschaft transformieren – zu können, wird hier als „gesellschaftliche Demokratisierung“ begriffen. Diese ist als Negation des von Macpherson beschriebenen „Besitzindividualismus“ und als eine Kritik an bürgerlicher Demokratie zu bestimmen, welche die Kapitalverhältnisse und damit deren „stummen Zwang“ fetischisiert. Sie ist zugleich Kritik dieser bestimmten Verhältnisse und aller gesellschaftlichen Hierarchien insgesamt. Denn diese bestimmen die konkreten Lebensbedingungen der Menschen nach ihrer Stellung im gesellschaftlichen Arbeits- und Aneignungsprozess, ihrer sozialen, ethnischen und kulturellen Herkunft, ihrem Geburtsort und Lebensmittelpunkt, ihrem Geschlecht, ihrem Alter, ihrer körperlichen und mentalen Verfasstheit, ihrer Konfession und politischen Orientierung. Gesellschaftliche Demokratisierung ist daher nicht zuletzt auch Kritik an der Europäischen Union, so wie sie real existiert – und diese Kritik beginnt mit der Frage nach der herrschaftlichen Prägung der Geschichte der EU. Für diese Geschichte ist die Herausbildung und weitere Entwicklung von Kapitaloligarchien hochgradig relevant.

Die historische Kontinuität in gliedernde Abschnitte, Etappen bzw. Epochen zu teilen, wird als eine der wichtigsten Aufgaben der Geschichtsschreibung gesehen. Diese Aufgliederung erfolgt oft nach besonderen Ereignissen bzw. „Zäsuren“, weshalb nach dem Leitmotiv und den Kriterien für derartige Unterteilungen zu fragen ist. Sie sind jedenfalls mit der politischen Orientierung, dem Anliegen und Verständnis von Geschichte wie mit der Methode der

Analysierenden verbunden (Sabrow 2013). Die vom Mainstream benannten Zäsuren lassen die Analyse und Kritik der komplexen Herrschafts- bzw. Machtverhältnisse außen vor, insbesondere die Verhältnisse der primären und der sekundären Ausbeutung. Die Markierung von Zeitabschnitten, um dadurch die Entwicklung von gesellschaftlichen Problemen, Machtverhältnissen und damit Bedingungen zur Demokratisierung zu artikulieren, wird hier *kritische* Zäsur genannt. Anknüpfend an die Beispiele Griechenland und CETA/TTIP wäre also nach den kritischen Zäsuren in der Entwicklung der EU als *europäischer* und *globaler* Akteur zu fragen.

Eine derartige kritische Zäsur ist das Produkt eines Zusammentreffens von gesellschaftlichen Faktoren, denen sehr verschiedene politische Akteure Rechnung tragen müssen. Aber sie ist kein zwangsläufiges Ergebnis bisheriger gesellschaftlicher Entwicklung. Oft fallen mehrere relevante historische Ereignisse, die als kritische Zäsuren gesehen werden können, in einen Zeitraum. Eine solche Phase wird hier pragmatisch „*kritische* Etappe“ genannt. Bis zum Zustandekommen einer kritischen Zäsur bzw. Etappe sind ausgehend von den bestehenden gesellschaftspolitischen Kräftekonstellationen verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten mit ebenfalls verschiedenen Konsequenzen möglich. Derartige Entwicklungsmöglichkeiten werden in „*kritischen Szenarien*“ als solche dargestellt werden. Diese sind in dreifacher Hinsicht „kritisch“:

- 1) als Abgrenzung von der Begriffsverwendung durch den Mainstream;
- 2) als theoretische Kritik an Herrschafts- und Machtverhältnissen, die sich auf konkret abgelaufene Entwicklungen bezieht, die ihrerseits in Ausgang von den gesellschaftspolitischen Kräftekonstellationen auch anders hätten verlaufen können;
- 3) als Instrument für die Entwicklung einer emanzipativ-solidarischen Politik, welche die gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnisse praktisch kritisiert – d.h. sie angreift, indem sie auf ihre strukturelle Zurückdrängung und letztendliche Überwindung zielt.

In der folgenden Darstellung beziehen sich „kritische Szenarien“ auf einen künftigen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren, und fokussieren auf politische Auseinandersetzungen in den nächsten bis zu fünf Jahren und vor allem zum jetzigen Zeitpunkt. Dabei interessieren insbesondere Fragen gesellschaftlicher Demokratisierung als politische Auseinandersetzung mit den Herrschaftsstrategien der Kapitaloligarchien.

Auf dieser Grundlage sind immer wieder die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten mit ihren Konsequenzen zu diskutieren – und das tatsächliche Verhalten der Linken mit seinen Folgen zu analysieren. Und immer wäre auch die

Selbstkritik dieser Linken mit der Arbeit an kritischen Szenarien und politischen Strategien zu verbinden.

Die im Text vorgestellten kritischen Zäsuren und Etappen dienen lediglich als ein Angebot für eine weitere Diskussion, die dazu beitragen, linkes Geschichtsverständnis von „jedem Rest von Mechanizismus und Fatalismus“ zu „reinigen“ (Gramsci 1991: 1734).

Kritische Zäsuren und kritische Etappen in der Entwicklung der EU

Die Beschäftigung mit Zeittafeln, -leisten, -strahlen oder *timelines* zur Entwicklung der EU zeigt, dass diese häufig bloß die Erfolge offizieller Politik kommunizieren bzw. eine chronologische Auflistung von mehr oder weniger ideologisch ausgewählten Ereignissen darstellen. So zeigt die Übersicht der Bundeszentrale für politische Bildung zur „europäischen Einigung“¹ Daten zur EU und zur NATO als parallele, aber nicht miteinander verbundene Angelegenheiten. Sie nennt Aufstände in Ungarn und Polen wie den Prager Frühling, aber nicht den Vietnamkrieg und die 68er-Demokratiebewegung im Westen. „The Timeline European Union“² gibt eine faktenreiche Übersicht, aber der Krieg gegen Jugoslawien wird ausgeblendet. Das gilt auch für „Die Geschichte der Europäischen Union“ auf der Website der EU-Institutionen³.

Für die Geschichte der EU mit ihren Auswirkungen auf die Entwicklung sozialer bzw. gesellschaftlicher und globaler Probleme interessieren insbesondere jene kritischen Zäsuren, die für die Dynamik von trans- und internationalen Verhältnissen signifikant sind. Sie sind wiederum relevant mit der Finanzsphäre und dem Bereich des Militärischen bzw. der Sicherheit verbunden und gehen auch spezifisch auf zentrale technologische Entwicklungen zurück. Die kritischen Zäsuren in der bisherigen EU-Geschichte sind wesentlich mit dem Umgang der Herrschenden und Regierenden mit solchen Ereignissen wie Krisen und Kriegen und auch mit Höhepunkten in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen verbunden. In dieser Hinsicht lassen sich zwei große Zeitabschnitte (oder Hyperetappen) ausmachen: die Zeit des Kalten Krieges (I) und die Zeit seit dem Ende der sozialistischen Versuche (II).

Der erste Abschnitt kann dann weiter in zwei kritische Etappen und in die ersten Jahre einer dritten Etappe unterteilt werden:

1 <http://www.bpb.de/shop/lernen/falter/148505/zeitleiste-die-europaeische-union>.

2 <http://timelines.ws/countries/EUROUNION.HTML>.

3 http://europa.eu/about-eu/eu-history/index_de.htm#goto_6.

- a) die unmittelbare Vorgeschichte und die Gründung der EU-Vorläufer (von 1948 bis zur Umsetzung der Römischen Verträge von 1957);
- b) die sozialen Auseinandersetzungen in den 1960er Jahren und die globale Krise in den 1970er Jahren, sowie die Veränderungen in Westeuropa;
- c) die neoliberale Wende (von Mitte der 1980er bis zur zweiten Hälfte der 1990er Jahre).

Für den zweiten Abschnitt bis heute können der längere Teil von c) sowie zwei weitere kritische Etappen benannt werden;

- d) die Kursnahme auf den Aufstieg der EU zu einem führenden globalen Akteur, die Großerweiterung von NATO und EU (seit Mitte/Ende der 1990er Jahre bis 2007);
- e) die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die Euro-Krise und die EU-Krise (seit 2008).

Die folgenden sehr knappen Ausführungen beschränken sich auf die Nennung historischer Fakten⁴ und Überlegungen zu deren Aufgliederung. Der Text verzichtet weitgehend auf Bemerkungen zur konkreten Verfasstheit und zum Agieren der Linken. Denn diese Analyse und Kritik sollten gemeinsam erfolgen.

„Wir haben mehr als 50 Prozent des Reichtums der Welt, aber nur 6 Prozent ihrer Bevölkerung. Diese Disparität ist vor allem zwischen uns und [...] Asien besonders gewaltig [...]. Unsere Aufgabe in der kommenden Periode besteht darin, eine Struktur von Verhältnissen auszuhecken, die es uns ermöglicht, diese [...] Disparität ohne zunehmende Beeinträchtigung unserer nationalen Sicherheit aufrechtzuerhalten.“ (Kennan 1948, zitiert nach Bhagwat 2010) Seit dem Sieg der USA im Zweiten Weltkrieg ist diese sich selbst gestellte Herausforderung trotz aller US-Erfolge in der „Systemauseinandersetzung“ allein schon aus demographischen und Ressourcenverbrauchsgründen⁵ weiter gewachsen. Die Fragen, die es bis zum Ende des Kalten Krieges in Westeuropa und dann auch in Mittel- und Osteuropa immer wieder zu beantworten galt und gilt, sind: Will

4 Neben eigenen Studien werden hier die Websites von wikipedia <https://de.wikipedia.org/>, der EU <http://eur-lex.europa.eu> und der Bundesanstalt für politische Bildung <https://www.bpb.de/> genutzt.

5 Mittlerweile beträgt der Anteil der USA an der Weltbevölkerung 4,4 Prozent, der der EU 7,1. In Asien leben ca. 60 Prozent der Weltbevölkerung. Auf die USA entfallen fast 20 Prozent des globalen Energieverbrauchs und gegenwärtig ca. 16 Prozent der globalen Kohlendioxidemissionen. Geschichtlich betrachtet, sind es 30 Prozent der CO₂-Emissionen. Für die EU betragen die Gegenwarts-Werte 12,5 und 10.

man zu einer solchen „Struktur von Verhältnissen“ gehören? Will man unter der Führung bzw. in Abhängigkeit von einer mehr oder weniger weit entfernten globalen Macht bzw. von schwer kalkulierbaren Kapitaloligarchien gegen die Lebensinteressen der Weltbevölkerungsmehrheit Tatsachen setzen? Inwiefern können Dominanz- und Hegemonieverhältnisse, Ziele und Methoden in der „Struktur von Verhältnissen“ verändert und alternative Konzepte realisiert werden? Damit sind auf Grund der Vergesellschaftungsprozesse, der Produktions- und Konsumtionsstrukturen gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen um Lebensweisen verbunden: Dabei geht es insbesondere um Finanzmärkte, internationale und soziale Sicherheitssysteme, um ökonomische Ressourcen und natürliche Lebensbedingungen.

I. Zur „Systemkonkurrenz“ bzw. zu westeuropäischer Kooperation unter US-Kontrolle

a) Neue europäische Akteure entstehen; Kalter Krieg wird forciert (1948 bis zur Umsetzung der Römischen Verträge von 1957)

1951 wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS) ins Leben gerufen. Die Gründungsmitglieder Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande waren nicht nur Angehörige des von den USA initiierten Europarates, sondern auch, mit Ausnahme der Bundesrepublik Deutschland (BR) Mitglieder des antisowjetisch angelegten militärischen Brüsseler Pakts und der NATO. Sie waren Begünstigte des Marshall-Plans, der US-amerikanischen Einfluss in Westeuropa gestärkt hat und zugleich amerikanische Kapitaloligarchien stärkte. Belgien, Frankreich, Italien und die Niederlande setzen noch jahrzehntelang ihre brutale Kolonialpolitik fort. Aber das ist rasch in Vergessenheit geraten – auch etwa Diem25 spricht einseitig vom Friedensprojekt EGKS (Diem25 2016). Mit der Umsetzung des EGKS-Gründungsvertrages entstehen 1952 neue Strukturen. Dazu gehören der Rat der nationalen Minister, der ausschließlich einstimmig Beschlüsse fassen kann, und die Gemeinsame Versammlung aus 78 von den nationalen Parlamenten gewählten Abgeordneten. Diese hat ausschließlich beratende Funktionen, sowie gewisse Kontroll- und Informationsrechte. Aufgrund der Existenz dieser Versammlung (und der ebenfalls vereinbarten Vertretung von Beschäftigten) sind die linken Kräfte herausgefordert, nach Handlungsmöglichkeiten in der EKGS zu suchen. Auch die 1953 unterzeichnete Europäische Menschenrechtskonvention bietet ihnen politische Ansatzpunkte.

Mitten im sich zuspitzenden Kalten Krieg und im Angesicht des Erstarkens der politischen Unabhängigkeitsbewegungen in den europäischen Kolonien gründen 1957 die EGKS-Staaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Gemeinschaft zur friedlichen Nutzung der Atomenergie (Euratom). Der EWG-Vertrag zielt auf den Abbau interner Handelshemmnisse und die Errichtung eines gemeinsamen Marktes im Verlaufe von 12 bis 15 Jahren, auf die freie Bewegung von Gütern und Dienstleistungen, Personen und Kapital, auf eine gemeinsame Zoll- und Handelspolitik, sowie auf eine gemeinsame Agrar- und Verkehrspolitik. Die EWG wird analog der EGKS aufgebaut. Die Gemeinsame Versammlung und der Gerichtshof der EGKS werden ebenfalls zuständig für die EWG und Euratom. Die Zahl der Versammlungsglieder steigt auf 142.

Mit den neuen europäischen Akteuren werden die Bedingungen für konkrete Kapitalgesellschaften verbessert und neue wirtschaftliche Großprojekte geschaffen. Die damit verknüpften öffentlichen Aufträge, Investitionen und „Sicherheitsansprüche“ (insbesondere im Rahmen von Euratom) bewirken eine gewisse Zentralisierung von wirtschaftspolitischen Entscheidungen und der Produktionsentwicklung. Sie haben durchaus konkrete Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Konsumtionsstrukturen und Lebensweisen. Sie potenzieren vor allem destruktive soziale und ökologische Auswirkungen, auch außerhalb der EWG.

b) Dramatische politische Auseinandersetzungen, neoliberale Wende in den USA, Veränderungen in Westeuropa

Während die Konflikte im Kalten Krieg (Kubakrise, Vietnamkrieg) und um die Kolonialpolitik zunehmen, wachsen die demokratischen Proteste gegen die herrschende Politik und Forderungen nach gesellschaftlicher Demokratisierung kommen auf. 1969/70 verständigen sich die EG-Staaten (1967 erfolgte der Zusammenschluss von EGKS, EWG und Euratom zur Europäischen Gemeinschaft [EG]) auf die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), ohne den Fokus auf zivile Konfliktbearbeitung und -prävention zu legen. 1972 erscheint der erste Bericht des Club of Rome zur Überlastung der globalen Ökosysteme und fordert zur Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Lebensweisen heraus. Die Linken können sich dabei auf die Europäische Sozialcharta des Europarates beziehen. Ihre Handlungsbedingungen verändern sich gravierend, als bei postfordistischen Entwicklungen 1973 infolge der kriegsbedingten US-Haushalts- und Finanzkrise das Bretton-Woods-System zusammenbricht. Aufgrund des Anstiegs der Erdölpreise und des Machtgewinns der OPEC fließen

Dollars der Rohstoffexporteure in westliche Banken und Unternehmen. Preissteigerungen für die Verbraucher, Spekulationen auf die Zukunft des Dollar und Liquiditätsgewinne der Banken potenzieren dann auch Forderungen nach neuen Bereichen und Bedingungen für Geldanlagen. Die im Sicherheitsbereich der USA entwickelte Mikroelektronik wird in die zivile Produktion, in das Finanzwesen, in die Renten- und Sozialsysteme eingeführt. Neue Strategien der Herrschenden, neue Technologien und neue Gesetze zugunsten der Finanzmarktakteure bzw. Konzerne lösen eine fortschreitende Einbeziehung der Bevölkerung in die Mobilisierung von Akkumulationsquellen für das Kapital der Oligarchien aus. Sich globalisierende Finanzmärkte steigern ihre relative Selbständigkeit. Die Rolle der Transnationalen Konzerne (TNCs) in der Weltwirtschaft wächst, ein System von Liberalisierung und Deregulierung, Privatisierung und Finanzialisierung, sowie von Freihandel und Investitionsschutz breitet sich aus. Das hat dann Konsequenzen für die Entwicklung der gesellschaftlichen Lebensweise, mit neuen individuelle Freiheiten.

Diese Entwicklungen in den USA, die in eine neue Runde des Wettrüstens eingetreten sind, rufen bei den Mächtigsten in der wachsenden EG (1973: Beitritt der NATO-Gründungsmitglieder Dänemark und Großbritannien, dessen Kolonialmacht schwindet, und Irlands, 1981: Beitritt des NATO-Mitglieds Griechenland) Aktivitäten hervor, die darauf abzielen, mit den USA mitzuhaltten. Hier und dort ist die ökonomische und politische Rolle von Kapitaloligarchien gewachsen. Aber es gibt in der EG relevante Akteure, die einen starken Staatssektor und großes öffentliches Interesse an der EG wollen. Es werden direkte EP-Wahlen, aber keine demokratischen Konsultationen eingeführt. Die erste direkte EP-Wahl findet 1979 statt (434 Abgeordnete). Im selben Jahr tritt das Europäische Währungssystem ohne Großbritannien in Kraft. Das Land beteiligt sich auch nicht am Schengener Abkommen (1985), das auf freien Grenzübergang in der EG zielt.

Der Druck auf die Linken zu einer gemeinsamen EG-Kritik und zur Arbeit an gesellschaftspolitischen Alternativen im europäischen Maßstab, die individuelle Freiheit, globale Gerechtigkeit und Solidarität miteinander verbinden, wächst damit objektiv immer weiter.

c) Die neoliberale Wende der EG

1986 werden die NATO-Länder Spanien und Portugal EG-Mitglieder und in diesem Jahr wird die Einheitliche Europäische Akte (EEA) unterzeichnet. Mit der EEA soll die EG über die Entwicklung ihres Binnenmarktes bis 1992

zum erfolgreichen globalen Akteur werden, der sich am US-Wirtschaftsmodell orientiert. Sie drängt, Kapitalverkehrskontrollen abzubauen und erweitert die EG-Zuständigkeiten auf Forschung und Entwicklung, Umwelt und die EPZ. Die neuen Möglichkeiten für das EP (518 Mitglieder), an der Gesetzgebung mitzuwirken, sollen das öffentliche Interesse an diesem westeuropäischen Herrschaftsprojekt steigern. Die Linken können sich in ihrem Engagement für eine andere Lebensweise nun auf Gorbatschows Konzept vom gemeinsamen Europäischen Haus und den Bericht der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“ beziehen. Aber das „sozialistische Lager“ erweist sich als unfähig zu demokratischer Erneuerung und implodiert. Die den mittel- und osteuropäischen Staaten erteilten Auflagen für den Erhalt von Krediten waren zuvor durch Weltbank und IWF an den hochverschuldeten Entwicklungsländern erprobt worden und begünstigen die weitere Stärkung global expandierender westlicher Kapitaloligarchien. Bevölkerungsmehrheiten in Osteuropa nehmen brutale neoliberale „Reformen“ hin, sie hoffen auf die „westliche Lebensweise“.

Die in den USA Herrschenden arbeiten weiter am massiven Ausbau der „Struktur von Verhältnissen“ nach Kennan. Sie wollen sich befähigen, einzugreifen, wo und wann es ihnen zweckmäßig scheint. Die Linken hätten weiterhin die Aufgabe, engagiert für Abrüstung und zivile Konfliktprävention wie -lösung einzutreten und gesellschaftspolitische Alternativen zu organisieren.

II. Die Zeit seit der Niederlage der sozialistischen Versuche

Im Januar 1991 entscheidet die US-Regierung über die militärische Intervention am Golf. An dem Bündnis sind acht EG-Mitglieder, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn beteiligt. Die NATO ermöglicht 1992 „Out-of-Area“-Einsätze. Der 1993 in Kraft getretene Maastrichter Vertrag (EUV), der die Europäische Union gründet, und die politische Integration ermöglicht, beschließt die Vollendung des Binnenmarkts, sowie die Einführung einer einheitlichen Währung bis zum 1. Januar 1999. Damit orientiert er auf die stark forcierte Kapitalliberalisierung, die monetäre Konvergenz der Wirtschaftspolitiken, die Schaffung der EZB und weiterer Institutionen der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Der EUV begründet die Zusammenarbeit in sechs neuen Politikbereichen: transeuropäische Netze (TEN), Industriepolitik, Verbraucherschutz, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Kultur. Er führt die Unionsbürgerschaft ein, die zur Staatsbürgerschaft des jeweiligen Mitgliedslandes hinzutritt, und erweitert die individuellen Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Er bestimmt, dass die Union ihre Entscheidungen „möglichst bürgernah“ trifft. Die Rechte

des EP, seine Beteiligung an Entscheidungsprozessen, inklusive Mitbestimmung bei der Wahl der Europäischen Kommission, werden erweitert. Deren Amtszeit wird der EP-Legislaturperiode angepasst. Die Rolle der europäischen Parteien wird anerkannt. Die regionale Dimension der Zusammenarbeit in der EU wird gestärkt und ein Ausschuss der Regionen geschaffen. Die neuen Festlegungen zu Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit im Europäischen Rat (ER) erhöhen dessen Handlungsfähigkeit. Der EVU zielt auf globale Konkurrenzfähigkeit, umfassende „sicherheits-politische“ Handlungsfähigkeit und Schutz vor unerwünschtem Betreten der EU. Mit dem EUV werden die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Machtpositionen der neoliberalen Akteure bzw. der Kapitaloligarchien relevant gestärkt. Mit den TEN wird die Entwicklung zentralisierter, sozial und ökologisch zerstörerischer Wirtschaftsstrukturen forciert. Es entstehen aber auch neue Handlungsmöglichkeiten für die Linken im offiziellen politischen System. Sie können sich auf fünf Dokumente der UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (1992) beziehen. Vor allem aber müssen sie mit Protesten, Forderungen und Konzepten auf die „Jugoslawien-Kriege“ und neoliberale „Reformen“ reagieren.

d) Kursnahme auf den Aufstieg der EU zur dynamischsten Weltwirtschaftsregion, die Großerweiterung der EU und der Großausbau der NATO

1995 werden Österreich, Schweden und Finnland EU-Mitglieder. 1999 erfolgt der NATO-Beitritt erster MOE-EU-Kandidaten. Die NATO bombardiert ohne UN-Mandat Serbien. 1999 tritt der Euro in den internationalen Zahlungsverkehr und der Amsterdamer Vertrag tritt in Kraft. Dieser verschärft die Regeln zur monetären Konvergenz der Wirtschaftspolitiken, verstärkt alle Komponenten der „Sicherheitspolitik“ und verallgemeinert das Schengener Abkommen. Die Entscheidungen im ER werden vereinfacht und die Mitentscheidungsrechte des EP erweitert. 1999 wird ebenfalls der Aktionsplan für Finanzdienstleistungen, der das US-amerikanische Modell imitiert, beschlossen.

Der ER, der zur Jahrtausendwende fast ausschließlich aus sozialdemokratischen Repräsentanten besteht, beschließt im Frühjahr 2000 in Lissabon ein auf zehn Jahre (bis 2010) angelegtes Strategieprogramm. Die EU soll „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt werden, [...] der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“ (ER 2000). Im Februar 2001 wird der Vertrag von Nizza unterzeichnet. Er schafft die Voraussetzungen für die EU-Erweiterung und sichert die Beschlussfähigkeit

durch den ER. Er führt die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) in das EU-Recht ein.

Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Freihandel, Eigentums- und Investitionsschutz für Mitglieder von Kapitaloligarchien werden forciert.

In Reaktion auf die Terroranschläge in den USA vom 11.9.2001 ruft die NATO den Kollektiven Verteidigungsfall aus, Anti-Terror-Gesetze werden beschlossen. Am Krieg gegen Afghanistan sind 15 EU-Mitglieder und 11 EU-Kandidaten beteiligt. Der NATO-Gipfel beschließt im Herbst 2002 die Response Force mit einer Sollstärke von 25.000 Soldaten. Im März 2003 beginnen die USA und Großbritannien mit einer Koalition der Willigen einen neuen Krieg gegen den Irak. Dazu gehören fünf EU-Mitglieder und 10 EU-Kandidaten. Im Frühjahr 2004 werden weitere MOE-EU-Kandidaten NATO-Mitglieder.

Mit der enormen EU-Erweiterung vom Mai 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern – bis auf Malta und Zypern alles NATO-Staaten) und ihrer Fortsetzung 2007 (die NATO-Mitglieder Bulgarien und Rumänien) entstehen erneut und noch gravierender als bei der Süderweiterung (Griechenland, Portugal, Spanien) EU-Mitglieder zweiter Klasse (eingeschränkte Freizügigkeit, geringere Fördermittel für den Agrarbereich, geringere Repräsentanz bei der Institutionenbesetzung). Dabei wuchsen mit den Aufnahmebedingungen die ökonomischen und sozialen Probleme der neuen EU-Mitglieder und die sozialökonomischen wie territorialen Ungleichheiten in der EU. Die Verwertungsbedingungen der global agierenden Kapitaloligarchien sind jedoch noch günstiger geworden. Die Lebensweise in den einstigen EGKS-Staaten und Großbritannien ist nicht verallgemeinerbar. Die Frage nach linken Alternativen wird immer dringlicher, zumal auch in der EU-Nachbarschaft die soziale Problematik sich immer dramatischer stellt.

e) Seit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise mit der Euro- und EU-Krise; Lissabon-Vertrag und EU2020, „Umbrüche“

„Im September 2008 wurde die Weltwirtschaft von einer Finanzkrise betroffen, die zu einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern führte [...] Durch den [...] Lissabon-Vertrag werden die Organe und Einrichtungen der EU modernisiert, und die Arbeitsweise der Union [...] wesentlich effizienter“ (siehe Fußnote 3). Er regelt jene Fragen, die wegen des 2005 in französischen und niederländischen Referenden gescheiterten Verfassungsvertrages ungeklärt blieben: Die Grundrechtecharta wird durch einen Verweis verbindlich. Ausnahmeregelungen gelten für Großbritannien und Polen. Die Rechte des EP (751

Mitglieder) werden erweitert und die Europäische BürgerInneninitiative (BI) eingeführt. Aber vor allem entwickelt der Vertrag als solcher die neoliberale Orientierung der EU-Entwicklung weiter und schreibt sie als solche fest, insbesondere den „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ (Europäische Union 2010: C 83/96) sowie die Pflicht der EU-Mitglieder, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern (ebd: C 83/38). Ein demokratischer Politikwechsel und eine tatsächliche Demokratisierung sollen unmöglich werden. Für die Linken nimmt das Spannungsverhältnis zwischen der weiteren Erschwerung ihrer Wirkungsbedingungen durch neoliberale Regelungen und dem Gewinn an Handlungsmöglichkeiten im parlamentarischen System der EU dramatisch weiter zu. Die EU-Institutionen wollen auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, deren „Durchschlagen“ auf die EU auf die eigene Politik und das ihr dienende Recht zurückgeht, auf eine Weise antworten, durch die die EU als neoliberaler globaler Akteur gestärkt wird. Darauf fokussiert die Strategie EU2020, die Nachfolgerin der Lissabon-Strategie. Sie soll die wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Bedingungen für TNC mit Sitz in der EU verbessern. Allerdings nutzen die EU-Institutionen das ihnen eingeräumte Recht zum Schutz der Union vor den Krisenfolgen in der politischen Praxis nicht, sondern fügen sich dem Führungsanspruch der wichtigen Mitgliedstaaten, unter denen Deutschland immer mehr in den Vordergrund rückt.

Im Frühjahr 2010 erklären die drei größten US-amerikanischen Ratingagenturen, deren Eigentümer an den wirtschaftsstärksten US-Unternehmen beteiligt sind, griechische Staatsanleihen zu Ramsch. Die Bankenkrise mündet in eine staatliche Zahlungsfähigkeits- bzw. Haushalts- und dann „Eurokrise“. Außerhalb der EU-Verträge werden in enger Kooperation mit dem IWF Finanzinstitutionen geschaffen, die insbesondere das Eigentum und Vermögen der Mächtigen in den EGKS-Gründerstaaten und Großbritannien sichern. Sie reichen unter strikten Auflagen Finanzmittel an in Zahlungsschwierigkeiten geratene Euro-Länder aus, wenn dies für die Stabilität der WWU geboten ist. Die Auflagen werden in einem makroökonomischen Anpassungsprogramm vereinbart und folgen den Prinzipien von IWF und Weltbank für Hilfen an Entwicklungsländer und ehemals „sozialistische“ Staaten. „Krisenländer“ insbesondere Griechenland werden teilweise außerhalb des EU-Rechts gestellt. Funktionale Defizite der WWU werden moderat abgebaut, aber zugleich repressive Elemente ausgebaut. „Europapolitisch ist die gegenwärtige Schuldenkrise zweifellos das, was man [...] eine *critical juncture* nennt [...] Die Frage, die dabei zur Beantwortung ansteht, ist keine geringere als die, wie die zukünftige EU mit der auf absehbare Zeit zementierten Übermacht der internationalen Finanzmärkte, dem enormen

wirtschaftlichen Gefälle zwischen ihren Mitgliedstaaten, der wirtschaftlichen und politischen Dominanz Deutschlands, und dem sich bereits abzeichnenden Bedeutungsverlust der Kommission sowie der Neutralisierung der nationalen Demokratie durch inter- und supranationale Institutionen, die in erster Linie den Kapitalmärkten verpflichtet sind, umgehen wird.“ (Beckert/Streeck 2012) Regierende und Parlamente, die zu großen Teilen zu den – wesentlich globalisierten – Kapitaloligarchien gehören, haben im eigenen Interesse einen Deal für die Reichen und die Konzerne, insbesondere für die Banken bzw. die Finanzkonzerne, geschlossen. Sie haben dabei eine Hierarchisierung der EU-Bürgerinnen und -Bürger nach ihrer Staatsbürgerschaft vorangetrieben. Das Kriterium dafür ist der Standort von TNC. Mit dem Fiskalpakt 2012 und dem Two-Pack hört der Haushalt der EU-Mitglieder endgültig auf, deren Angelegenheit zu sein. Alle bereits bestehenden Regeln zu Sanktionen werden weiter verschärft und neue geschaffen. Alternativen (wie von Galbraith/Stuart/Varoufakis 2013 vorgeschlagen) werden auch dann nicht zugelassen, wenn die EU insgesamt durch sie gewinnen würde. Die erpresste „Vereinbarung“ zu Griechenland, getroffen in einem informellen Gremium, soll die Unmöglichkeit von demokratischen Richtungsänderungen demonstrieren.

Die von den globalen Krisen in den arabischen Nachbarländern noch forcierten sozialen Probleme mündeten 2011 in einen „Frühling“, der nur punktuell mehr Demokratie, und insgesamt noch mehr Gewalt bringt. Während zahlreiche Menschen zunächst einmal in den Westen wollen, zwingt expandierende und eskalierende Gewalt Millionen Menschen zur Flucht. Aber 2011 und 2015 wird die EU-Nachbarschaftspolitik am Primat der eigenen Interessen fortgeschrieben. Den Flüchtlings-Ankunfts-EU-Ländern wird Solidarität versagt, EU-Flüchtlingsdeals werden zum Kampf gegen Flüchtlinge und in Europa werden wieder Mauern gebaut.

Seit 2008 und dann seit 2010 (Lissabonner NATO-Gipfel) eskalieren die Provokationen der NATO gegen Russland („Raketenschirm“), das imperial agiert und reagiert. Die Probleme erfahren eine drastische Zuspitzung mit dem Putsch gegen Janukowytch und der Abtrennung der Krim von der Ukraine. Die global Herrschenden sehen Russland insbesondere als europäischen BRICS-Staat und den BRICS-Verbund als einen globalen Konkurrenten. Gegen diesen sind die Assoziierungsabkommen der EU mit den umfassenden und vertieften Freihandelszonen, das TTIP und TPP mit ihrer starken militärischen Dimension sowie andere Handels- und Investitionsschutzabkommen gerichtet. Die Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO erhält 2016 mit einer intensivierten Kom-

munikation und Kapazitätsbündelung bei forcierter EU-Militarisierungspolitik eine neue bedrohliche Qualität, ebenso die NATO-Aktivitäten an der Grenze zu Russland.

Das Zusammentreffen verschiedener, über komplexe Zusammenhänge miteinander verbundener Probleme forciert das in den USA, in der NATO und in der EU dominierende Prinzip „Der Stärkere nutzt die sich ihm bietende Möglichkeit, seine Stärke zu stärken“. Dabei sind die destruktivsten Kräfte – einerseits Kapitaloligarchien und neoliberale Scharfmacher in den verschiedenen Institutionen, andererseits Nationalisten, Rechtspopulisten und -extremisten, politische und religiöse Fundamentalisten – weiter erstarkt und artikulieren ihre widerstreitenden Interessen: „Mehr Europa“ bei noch mehr Deregulierung/Privatisierung/Freihandel und Investitionsschutz im Interesse der Herrschenden oder Schrumpfung und Auflösung der EU zugunsten „des Nationalen“. Mit dem Referendum gegen einen weiteren Verbleib Großbritanniens in der EU wurde im Juni 2016 deren Weiterbestand und -entwicklung auch ganz praktisch in Frage gestellt.

Den Linken in der EU gelang und gelingt es kaum, ihre demokratischen Proteste gegen die herrschende „Krisenbearbeitung“, die Erfolge der südeuropäischen Genossinnen und Genossen, die lokalen wie regionalen Solidarpraktiken, die Initiativen zur Unterstützung der Flüchtlinge, die Kämpfe von Kurdinnen und Kurden, die friedens- und antifaschistischen Aktionen, die Aktionen für Klima- und Umweltgerechtigkeit ... auf eine Weise weiterzutreiben, dass dadurch emanzipativ-solidarische Aktivitäten miteinander verknüpft werden und auch zunehmend öffentliches Denken und gesellschaftliches Leben beeinflussen. Das verbindende Moment könnte die mit der Schuldenproblematik erneuerte demokratische Diskussion zu alternativen gesellschaftlichen Lebensweisen sein. Die auf den UN-Konferenzen 2015 vereinbarten Nachhaltigkeits- (September) und Klimaziele (Dezember) könnten bei all ihrer Ambivalenz dabei gezielt genutzt werden.

Ein Fazit und einige Anmerkungen zu kritischen Szenarien

Balibar kann zugestimmt werden, wenn er zwei große kritische Zäsuren in der Geschichte der EU ausmacht, an denen die Linken die europäische und globale Geschichte einschneidend hätten verändern können (Balibar 2016: 187ff):

- 1) Der Zusammenbruch der sozialistischen Versuche, der in sich die Chance barg zu einer militärischen Abrüstung, sowie zu einem Eintritt in eine demokrati-

sche Gesellschaftstransformation im Interesse all jener, die selbstbestimmt in Würde und in einer intakten Natur leben wollen und jedem Menschen das Recht darauf zuerkennen.

- 2) Der offene Ausbruch der globalen Finanzkrise; mit ihr wurde ein Akkumulationssystem in Frage gestellt, das die Organisation globalisierter primärer Ausbeutung über globalisierte Umverteilung (sekundäre Ausbeutung) realisiert und dabei unübersehbare die menschheitliche Existenz bedrohende Zerstörung hervorbringt.

Beide Male öffnete sich ein *window of opportunity*, in dem in den Augen von hochrelevanten Bevölkerungsgruppen bzw. -mehrheiten das „weiter so!“ der Herrschenden, ihre Ideologie und Politik, und damit die behauptete Alternativlosigkeit der bestehenden Produktions-, Konsumtions-, Herrschaftsstrukturen zweifelhaft geworden sind. Auf dieser Grundlage können wir hier, gestützt auf Herbert Marcuse (Marcuse 1964: 236ff) die These vertreten, dass auf Grund der herausgebildeten Komplexität der gesellschaftspolitischen Herrschaftsverhältnisse und Produktionsweise mit ihrem „stummen Zwang“ tiefgehende grundsätzliche Transformationsprozesse nur über dramatische tief- und weitgehende soziale Erschütterungen (Kriege, Naturkatastrophen, Existenzkrisen) eingeleitet werden könnten – vorausgesetzt die emanzipativ-solidarischen (bzw. auf neue Weise sozialistischen) Akteure werden im Kampf gegen Demokratie- und Sozialabbau, gegen Krieg und Naturzerstörung, für gerechte Problemlösungen, für ein selbstbestimmtes Leben in Würde, solidarischem Miteinander und intakter Natur in ihren Gesellschaften hegemonial.

Diese mögliche Perspektive wirft die Frage nach kritischen Entwicklungsszenarien auf – im Kontrast zu den Szenarien des Mainstreams, der sie in Ausgang vom Militärischen verallgemeinert, um Überraschungen vorzubeugen und um das eigene interessengeleitete Handeln auf mögliche Entwicklungen einzustellen. Dabei werden z. B. Berechnungen von Varianten für konkrete Investitionen zur Steigerung von Energieeffizienz und Reduzierung von klimaschädigenden Emissionen genutzt. Die Daten und Berechnungen sind vielfach auch für die Arbeit an kritischen Szenarien interessant. Diese Arbeit ist zunächst radikale Auseinandersetzung mit der mechanizistischen Denkweise, der gemäß die fortschreitende Zuspitzung von gesellschaftlichen Widersprüchen zwangsläufig zum Untergang der kapitalistischen Produktionsweise führe (Kautsky) und mit einem Denken, das Zukünfte als Folgen von zufälligen Entwicklungen sieht (moderner Okkasionalismus). Kritische Szenarien gehen von einer radikalen Analyse und Kritik dynamischer gesellschaftlicher Hierarchien und ihren Folgen für die sozialen und ökologischen Lebensbedingungen der Menschen aus. Dabei interessieren uns der

theoretische, ideologische und politische Umgang der Akteure in der EU mit dieser Problematik, sowie die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse, in deren durch politische Auseinandersetzungen bzw. alternatives Akteurshandeln vorangetriebener Entwicklung überhaupt erst kritische Zäsuren entstehen können. Die mit ihnen verknüpften Ereignisse und Folgen lösen dann eine weitergehende Dynamik in den sich zunehmend gesellschaftspolitisch zuspitzenden Auseinandersetzungen aus. Dabei interessieren uns insbesondere das politische Verhalten und Agieren der verschiedenen Akteure in Bezug auf die Beziehungen zwischen der EU und den USA, sowie der NATO, auf die Kriege und militärischen Konflikte in der südlichen und östlichen Nachbarschaft, auf die Schuldenproblematik und die Entwicklung der Eurozone, bzw. auf den Umgang mit den „Krisenländern“ und dabei insbesondere mit Griechenland, auf den Brexit und auf die anstehenden Entscheidungen über die EU-Mitgliedschaft bzw. die Akzeptanz der EU-Regeln, auf die sozialen und demographischen Spannungen um Geschlechter- und Generationenverhältnisse, auf die Aufnahme von Flüchtlingen, auf die Freizügigkeit, die Armut bzw. die sozialen Mindeststandards und die „innere Sicherheit“, auf den Klimadeal von Paris, auf die internationalen Abkommen über Finanz- und Warenmärkte sowie über den Investitionsschutz, und auf die politischen Entscheidungsprozesse. Ein demokratischer Politikwechsel in Deutschland hin zu tatsächlichen Schritten einer Demokratisierung könnte manche Verhältnisse in der EU zum Tanzen bringen. In Deutschland wie in der EU kämpfen heute mehr oder weniger konservative oder moderne, totalitäre oder tolerante Neoliberale mit ihren unterschiedlichen Beziehungen zu verschiedenen globalisiert agierenden Kapitaloligarchien, mehr oder weniger gewaltbereite bzw. gegenüber Faschismus offene Nationalisten, sowie politische und religiöse Fundamentalisten um die Durchsetzung ihrer Interessen und Vorstellungen. Mehr oder weniger liberal, sozial und ökologisch orientierte AnhängerInnen des *status quo* beobachten, handeln und wägen Wahlentscheidungen ab. Die solidarisch-emanzipativen Kräfte sind in der gesellschaftspolitischen Defensive und versuchen mehr oder weniger intensiv und erfolgreich, ihre Positionen zu artikulieren und Widersprüche auszunutzen, um die Gewalt gegen Menschen nicht weiter zu eskalieren, sondern zu mindern, um demokratische, soziale und ökologische Standards zu verteidigen und auszubauen und zu diesem Zweck das Öffentliche zu erhalten, zu demokratisieren und zu mehren. Bei zunehmenden globalen Instabilitäten, bei anhaltender Destabilisierung der EU und ihrer Mitglieder, insbesondere durch rechtspopulistische Kräfte und regionale separatistische Bewegungen, wächst das Gewicht der NATO und damit auch der „Sicherheitsproblematik“. Dabei wächst aber auch das Gewicht Deutschlands und einer repressiven „Stabilitäts-

politik“, die sich an „Globalisierungsgewinnen“ durch Austerität, Kontrolle und Sanktionen, durch Deregulierung/Privatisierung/Finanzialisierung/Freihandel und Investitionsschutz einerseits und durch Militarisierung und Überwachung andererseits orientiert. Es gewinnen dabei ganz konkrete Kapitaloligarchien, die mehr oder weniger direkt auf die Kooperation mit Akteuren im Staat bzw. in den EU-Institutionen setzen können. Bei einem „Abbrechen“ und „Zerbrechen“ der Eurozone und/oder der EU würden diese Oligarchien mehr oder weniger wichtige Kooperationspartner und -effekte verlieren. Sie könnten aber immer noch ökonomische Verluste nach unten abwälzen. Sie wären (noch intensiver) an Kooperationen im Rahmen der NATO interessiert und mehr oder weniger auch an der Kooperation mit extremen Nationalisten. Demokratie-, fremden- und minderheitenfeindliche sowie antiökologische Politik würde in jedem Fall gestärkt. Ein vollständiger, mehr oder weniger weitgehender Erhalt der EU mit dem vollständigen (oder weitgehendem) Fortbestand der Eurozone wäre bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen mit einem *muddling through* ohne weitergehende Perspektiven verbunden. Dabei würde das Gewicht konkreter regionaler Interessen und Tendenzen zu einer selektiven Integration weiter zunehmen.

Weil mit der Entwicklung der EU Vergesellschaftungsprozesse schon weit vorangeschritten sind und ein Abbrechen oder Zerfallen der EU (und der WWU) die Expansion zerstörerischer Gewalt bedeuten würde, müssen die Linken am Erhalt der WWU und der EU interessiert sein. Weil eben diese Vergesellschaftung in ihrer spezifischen Form soziale wie ökonomische Ungleichheit, sowie Unsicherheit in der EU gemehrt hat, drohen heute das Abbrechen bzw. Zerfallen der EU. Eine nachhaltige Stabilisierung der EU muss daher deren Konstruktion grundlegend verändern. Dabei geht es um mehr als „nur“ eine Minderung sozialer und ökonomischer Ungleichheit und Unsicherheit in der EU, sondern ebenso in ihrer Nachbarschaft und weltweit. Die Bedingungen für eine nachhaltige Stabilisierung der EU lassen sich durchaus angeben: Eine Demokratisierung zugunsten der Opfer und der solidarischen Kräfte auf allen Ebenen, bei einem entsprechendem Wachstum des Öffentlichen, eine kontinuierliche Anhebung der sozialen und ökologischen Mindeststandards und somit eine kulturell aufgeschlossene Integrationspolitik, sowie insgesamt die Orientierung an den von der UN-Generalversammlung im Herbst 2015 vereinbarten Zielen nachhaltiger Entwicklung (SDGs), eine Sicherheits- und Entspannungspolitik, sowie eine erneuerte Nachbarschaftspolitik, deren Inhalte endlich dieser Bezeichnung entsprechen. Ergo: Die nachhaltige Stabilisierung der EU verlangt die radikale Auseinandersetzung mit den Akteuren neoliberaler Politik und damit mit den Kapitaloligarchien, eine Abkehr von Austerität/Deregulierung/Privatisierung/

Finanzialisierung/Freihandel und Investitionsschutz und daher auch eine solidarische und gerechte Regelung der öffentlichen Schulden, die überfällige Regelung der Intra-EU-Transfers und eine weitreichende WWU-Reform. Die Bedingungen dafür sind allerdings heute hochgradig ungünstig. Sie können nur durch eine Linke verbessert werden, die zunehmend solidarisch handelnd, strategie- und handlungsfähig wird und die deswegen als visionär und als kulturell attraktiv erfahren wird. Diese Linke müsste gegenwärtig ein punktuelles Bündnis mit den mehr demokratisch, sozial und ökologisch orientierten AnhängerInnen des *status quo* zustande bringen und dabei klarstellen, dass sie konsequent demokratisch ist, d.h. wirklich auf allen Ebenen Demokratisierung will. Eine einladende Diskussion und Arbeit zu kritischen Zäsuren bzw. Etappen und kritischen Szenarien, sowie zu Konzepten solidarischer Lebensweisen (mit den Schwerpunkten Selbstbestimmung, Wohnen, Mobilität, Arbeit, Freizeit und neu gefasster Sicherheit) könnten dafür hilfreich sein.

Literatur

- Bhagwat, Vishnu (2010): The Weaponization of Space: Corporate Driven Military Unleashes Pre-emptive Wars, Oktober 2010, unter: www.globalresearch.ca/the-weaponization-of-space-corporate-driven-military-unleashes-pre-emptive-wars/21432.
- Balibar, Etienne (2016): Europa: Krise und Ende?, Münster.
- Beckert, Jens/Streck, Wolfgang (2012): Die Fiskalkrise und die Einheit Europas, <http://www.bpb.de/apuz/59759/die-fiskalkrise-und-die-einheit-europas?p=all>.
- Brangsch (2010): Überlegungen zu Veränderungen des Staates in der Krise, in: Günter Krause (Hrsg.): Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderungen für Transformation, Berlin, 41-61.
- Bühlmann, Marc/Giebler, Heiko/Merkel, Wolfgang/Müller, Lisa/Weßels, Bernhard (2012): Demokratiebarometer: ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, ZfVP, Nr. 6, 115-159.
- Dellheim, Judith/Frieder Otto Wolf (2016): Europe - What's left? Working on the strategies, <http://www.rosalux.de/news/42677/europe-whats-left-working-on-the-strategies.html>.
- Demirović, Alex (2007): ... ist das noch demokratisch?, in: Michael Brie (Hrsg.): Schöne neue Demokratie: Elemente totaler Herrschaft, Berlin, 55-75.
- Diem25 (2016): Die EU muss demokratisiert werden. Oder sie wird zerfallen! http://diem25.org/wp-content/uploads/2016/02/diem25_german_long.pdf.
- Dreyer, Iana, Stang Gerald (2013): Foresights in Governments – practices and trends around the world, Yearbook of European Security YES 2013, Brussels.
- Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes, 23./24. März, http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm.

- Europäische Union (2010): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in: Amtsblatt der Europäischen Union, Mitteilungen und Bekanntmachungen, C83, Brüssel.
- Eurobarometer (2015): Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Standard-Eurobarometer 84, Brüssel.
- Galbraith, James, Holland, Stuart, Varoufakis, Yanis (2013): A Modest Proposal for Resolving the Eurozone Crisis, Version 4.0, <https://varoufakis.files.wordpress.com/2013/07/a-modest-proposal-for-resolving-the-eurozone-crisis-version-4-0-final1.pdf>.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte, Bd. 7, Hamburg.
- Joint Research Centre (JRC): Scenario building, online guide http://forlearn.jrc.ec.europa.eu/guide/4_methodology/meth_scenario.htm.
- Marcuse, Herbert (1964): Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Springe.
- Marx, Karl (1873): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: Marx-Engels-Werke, Bd. 23, Berlin 1962.
- Sabrow, Martin (2013): Zäsuren in der Zeitgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3. 6.2013, URL: <http://docupedia.de/zg/>.
- Wolf, Frieder Otto (2012): Nachwort 2010/2011: Die Rückkehr des Staates, die Intersektorialität der Kämpfe, das Gemeinsame der Neuen Zeit und die Suche nach gemeinsamen Perspektiven, in: Frieder Otto Wolf: Rückkehr in die Zukunft – Krisen und Alternativen, Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster, 366-424.

Hans-Jürgen Bieling

Das EU-Imperium: Struktur, Funktionsweise und Transformation

“The European Union is, as it has been, not a super-state ... At the same time, we are not either an international organization ... We are what some authors call the first ‘non-imperial empire’.”

Barosso, zitiert in: Colomer 2016: i

1. Einleitung

Als sich der vormalige Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, auf einer Pressekonferenz im Juli des Jahres 2007 positiv auf die Konzeption eines europäischen Imperiums bezog, erzeugte er bei allen Anwesenden, einschließlich der neben ihm sitzenden Margot Wallström, damals Kommissarin für institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie, gewisse Irritationen. Tatsächlich griff er mit seinen Aussagen aber nur eine Diskussion auf, die in unterschiedlichen Kommunikationsarenen – in der unmittelbaren Politikberatung wie auch in der Wissenschaft – bereits vor der großen Krise der Europäischen Union an Bedeutung gewonnen hatte. Ein zentraler Impuls stammte dabei von Robert Cooper – wichtiger Berater von Javier Solana, dem ersten Hohen Repräsentanten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) –, der die Europäische Union schon vor geraumer Zeit als ein „Imperium neuen Typs“ charakterisiert hatte (Cooper 2003: 26ff). Er hob damit hervor, dass die EU einige Merkmale früherer Imperien, so etwa des Römischen oder Osmanischen Reichs, aufweist – unscharfe, zum Teil variierende Außengrenzen, ein auffälliges Integrations- und Machtgefälle oder auch eine ausgeprägte soziokulturelle Heterogenität –, ohne dass sich allerdings die nationalstaatlichen Organisationsformen einfach auflösen. Ganz im Gegenteil, sie werden durch die imperiale Ordnungsstruktur überformt und in ihrer Operationsweise strukturiert. Entsprechend ist in der wissenschaftlichen Diskussion über die EU auch häufig von einem „postmodernen“ (Cooper 2002), „posthegemonialen“ (Beck/Grande 2004:

85f), „post-westfälischen“ (Schneckener 2005), „neu-mittelalterlichen“ (Zielonka 2006) oder auch „kosmopolitischen“ (Grande 2012) Imperium die Rede, das die Machtgelüste der Nationalstaaten zähmt und im Sinne einer „normative power“ (Manners 2002) der friedlichen Verallgemeinerung von „good governance“, also von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten zuarbeitet.

Die konzeptionellen Überlegungen zum EU-Imperium haben die integrati-onstheoretische Debatte insofern belebt, als sie – jenseits der eher vagen Debatte über die EU als Staatenverbund, als Mehrebenensystem oder System sui generis – darauf zielen, die spezifischen politisch-institutionellen Organisationsmuster und Handlungsformen der EU genauer zu fassen und zu charakterisieren (Behr/Stivachtis 2015). Sie haben dabei einige Facetten und Merkmale in den Blick genommen, die in der institutionalistisch dominierten EU-Forschung oft allzu leicht übersehen worden sind. In den nachfolgenden Ausführungen werden zunächst die in der Imperium-Debatte gewonnenen Einsichten skizziert (2), bevor es dann um die Defizite der zumeist recht formalistisch angelegten Konzeptionen des EU-Imperiums geht. Im Zentrum der Kritik stehen die oberflächlichen Annahmen über die politökonomische und politisch-institutionelle Funktionsweise der EU, die im Umkehrschluss eine kapitalismus- und staatstheoretische Fundierung der Konzeption des EU-Imperiums erforderlich machen (3). Eine solche, doppelte Fundierung lenkt die Aufmerksamkeit nicht nur abstrakt auf die inneren Widersprüche und Spannungen und den krisengetriebenen Reproduktionsmodus, sondern auch auf die weitreichende, empirisch fassbare Transformation des EU-Imperiums (4). Diese Transformation folgt dem Muster einer „passiven Revolution“ (Gramsci 1991–2002: 1242ff), d.h. einer von oben initiierten, inkrementell-molekulare Anpassungen bewirkenden Stabilisierung der europäischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse. Angesichts der fort-dauernden Krise steht die Nachhaltigkeit der „passiven Revolution“ allerdings zur Disposition. Zugleich fällt es progressiven oppositionellen Kräften nach wie vor schwer, klar fokussierte europapolitische Handlungsstrategien zu entwickeln (5).

2. Die Europäische Union: ein Imperium neuen Typs?

Zwischen der kritischen, durch Michel Foucault und den Postoperaismus inspi-rierten Empire-Debatte im Anschluss an Michael Hardt und Toni Negri (2002) und den konzeptionellen Überlegungen zum EU-Imperium gibt es kaum Berüh-rungspunkte. So lässt sich auch nur insofern eine Parallele oder Ähnlichkeit fest-stellen, als beide Debatten das Empire oder Imperium gegenüber der politischen Organisationsform des Nationalstaats profilieren. Die Empire-Debatte verweist

darauf, dass die vielfältigen grenzüberschreitenden, transnationalen Netzwerke der Macht und Kontrolle oft kein klar identifizierbares organisatorisches Zentrum mehr haben, das Denken in strikt nationalstaatlichen Kategorien mithin obsolet machen. Auch die stärker institutionalistisch orientierten Beiträge illustrieren die Aktualität und Plausibilität der Konzeption des Imperiums nicht selten in Abgrenzung zur Konzeption des Nationalstaats. Um den organisatorischen Aufbau von Imperien zu illustrieren, werden im Kontrast zum Nationalstaat eine ganze Reihe spezifischer Merkmale identifiziert (Beck/Grande 2004: 89ff; Münkler 2005: 16ff; Zielonka 2006: 143ff):

- Ein erstes Merkmal bezieht sich auf die Formen und den Charakter der Außengrenzen. Während Nationalstaaten diese Grenzen zumeist sehr eindeutig definieren und zugleich vielfältige Kontrollinstrumente entwickeln, sind die Außengrenzen von Imperien nicht besonders klar und, bedingt durch die unterschiedliche Reichweite der politischen Handlungsfelder, auch variabel definiert. Diese Unklarheit und Variabilität zeigt sich im Fall der EU unter anderem darin, dass sich im Zuge der Assoziierungs- und Erweiterungspolitik – oder prospektiv mit dem Vollzug des Brexits – die Außengrenzen wiederholt verschoben haben, dass die EU-Bürger – etwa aufgrund von Übergangsfristen oder der Zugehörigkeit zum Schengen-Gebiet – über unterschiedliche Rechte verfügen, oder dass sich einige Mitgliedstaaten der gemeinsamen Währung und Geldpolitik entzogen haben.
- Zweitens ist der moderne Nationalstaat durch eine weitgehende Zentralisierung politischer Macht gekennzeichnet. Dies zeigt sich nicht zuletzt im Gewalt- und Steuermonopol. Imperien weisen keine derartige Zentralisierung auf, so dass auch das Gewalt- und Steuermonopol häufig nicht vorhanden oder zumindest relativiert ist. Im Fall der EU gibt es mit Blick auf das Gewaltmonopol mit EUROPOL eine europäische Polizeibehörde und im Kontext der ESVP, der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, inzwischen zwar einige Instrumente der zwischenstaatlichen Koordination, und auch in der Fiskalpolitik ist die Abstimmung intensiviert worden. Letztlich verfügen die Mitgliedstaaten aber über eine beträchtliche steuerpolitische Gestaltungsfreiheit. Überdies bleibt die EU finanziell darauf angewiesen, dass die Mitgliedstaaten in bescheidenem Maße spezifisch definierte Anteile der Mehrwertsteuer, der Zolleinnahmen sowie des Bruttoinlandsproduktes (BIP) an sie weiterleiten.
- Ein drittes Merkmal betrifft die bestehende Rechts- und Sozialordnung. Diese ist innerhalb von Nationalstaaten einheitlich und allgemein gültig verfasst. In Imperien bestehen in der Folge sukzessiver Expansionsrunden – und der

Persistenz spezifischer Rechtstraditionen, normativer Präferenzen und sozialpolitischer Organisationsprinzipien – häufig unterschiedliche Rechts- und Sozialordnungen nebeneinander (Höpner 2013). Dies gilt auch für die EU, in der mit Blick auf den EG-Binnenmarkt zwar darauf hingewirkt wird, weite Bereich der öffentlichen Infrastruktur (Energie, Transport und Verkehr oder Post- und Telekommunikation) markt- und wettbewerbskompatibel zu transnationalisieren (Bieling/Deckwirth/Schmalz 2008) und dabei auch die tradierten nationalen Rechts- und Sozialordnungen – nicht zuletzt die wohlfahrtsstaatlichen Regime – zu modernisieren und kompatibel zu machen, ohne letztere, d.h. die Sozial- und Tarifsysteme, allerdings in einem tiefgreifenden Sinne angleichen zu können.

- Die Schwierigkeiten, eine solche Angleichung voranzutreiben, werden durch ein weiteres Merkmal erschwert. So sind Imperien im Unterschied zu Nationalstaaten, deren Praktiken daraufhinwirken, die soziokulturelle Homogenität zu stärken (Anderson 1990), durch eine ausgeprägte Heterogenität der sozialen und kulturellen Reproduktionsmuster gekennzeichnet. In der Folge einer schnellen Expansion bestehen in Imperien unterschiedliche lokale, regionale oder nationale politische Kulturen, Rechtstraditionen, religiöse Präferenzen, Kommunikationsformen oder auch Formen der sozialen Sicherung nebeneinander. Eine derartige Heterogenität lässt sich auch in der EU finden, die seit den 1970er Jahren in vier größeren Erweiterungsrunden von ursprünglich 6 auf inzwischen 28 – nach dem Brexit 27 – Mitgliedstaaten angewachsen ist.
- Ein fünftes Merkmal besteht darin, dass es den Nationalstaaten zumeist gelingt, der ungleichen Entwicklung zwischen den unterschiedlichen Regionen entgegenzuwirken, indessen sich Imperien schwer tun, eine gewisse regionale Balance herzustellen. Mangels einer übergreifenden Ordnungsstruktur sind sie entsprechend durch ein internes Macht- und Integrationsgefälle, also Zentrum-Peripherie-Beziehungen gekennzeichnet. In der EU ist der ungleiche Stellenwert der einzelnen Mitgliedstaaten in der Vergangenheit durch institutionelle Mechanismen und begrenzte Transferzahlungen – z.B. eine rotierende Ratspräsidentschaft, eine Überrepräsentanz kleiner Länder in EU-Organen, die Stimmengewichte und Abstimmungsmodalitäten im Rat und EU-Parlament oder auch die Politik der Strukturförderung – partiell abgedeutet worden. Zugleich gibt es neben dem unterschiedlichen ökonomischen Gewicht der Länder des Zentrums aber auch eine Vielzahl informeller Praktiken – so etwas die deutsch-französische Gipfeldiplomatie –, die den formalen Ausgleich unterlaufen und die EU-internen machtpolitischen Abstufungen erkennbar werden lassen.

- Sechstens schließlich nehmen Nationalstaaten – zumindest was die formalen Verfahrensweisen und Fragen der wechselseitigen Anerkennung betrifft – für sich in Anspruch, die angrenzenden Länder und Regionen als gleichberechtigte Verhandlungs- und Gesprächspartner zu betrachten. Imperien wännen sich hingegen oft – gestützt auf eine zivilisatorische Mission oder eine nachahmenswerte Lebensweise (Posener 2007) – ökonomisch, politisch und kulturell überlegen (Bieling 2010). Auch die EU kann sich von einem derartigen Überlegenheitsgefühl keineswegs frei machen. Hierauf verweisen unter anderem die identitätsstiftenden Diskurse über die eigene Rolle einer Zivil- oder Friedensmacht oder „normative power“ (Manners 2002), diverse Strategiepapiere – so etwa das handelspolitische Strategiepapier „Global Europe“ (European Commission 2006) – oder auch der Verlauf der Erweiterungsrounden sowie die Praxis der Nachbarschaftspolitik.

Obgleich die militärisch-gewaltsamen Konnotationen, die den Imperium-Begriff begleiten, abschreckend wirken, haben ihn in den letzten Jahren auffällig viele Wissenschaftler aufgegriffen. Den gemeinsamen Referenzpunkt der Diskussion bildet die Frage, in welchem Maße sich die Eigenschaften der EU mit der Konzeption des Imperiums angemessen erfassen lassen. Während einige Beobachter sich dieser Frage auch im historischen Vergleich nähern (Münkler 2005; Marks 2012; Engels 2014) – z.B. zwischen dem Römischen Reich und der EU – suchen andere nach theoretischen Spezifizierungen. Übergreifend ist dabei die Auffassung vorherrschend, dass – wie eingangs bereits angesprochen – die formale Organisation und Operationsweise der EU zwar sehr stark an die älteren Imperien erinnert, letztlich die EU aber ein „Imperium neuen Typs“ repräsentiert: zum einen aufgrund des Fortbestands und der Überformung der nationalen Staatlichkeit; und zum anderen aufgrund seiner kooperativen und kosmopolitischen Orientierung.

Diese Charakterisierung ist auf den ersten Blick plausibel und zutreffend, genauer betrachtet aber auch stark idealisierend. Wichtige und problematische Prozesse und Eigenschaften des EU-Imperiums werden beiseitegeschoben und verdrängt oder sogar durch fragwürdige Argumentationsfiguren gerechtfertigt. Dies betrifft zum einen die den meisten Diagnosen des EU-Imperiums zugrundeliegende Konzeptualisierung der europäischen Ökonomie. Deren Operationsweise erscheint in liberaler Perspektive als nahezu ausschließlich harmonisch, zivilisierend und friedensstiftend (Beck/Grande 2004: 125ff). Die der Ökonomie eingeschriebenen Machtverhältnisse und Interessenlagen und die durch den – nach innen wie nach außen wirkenden – kapitalistischen Expansionsdrang induzierten Krisen und Konflikte werden häufig übergangen. Sofern derartige

Krisen und Konflikte nicht mehr zu leugnen sind, werden sie primär auf externe Schocks oder die instabilen Verhältnisse in der europäischen Peripherie oder in angrenzenden Regionen zurückgeführt (Münkler 2005: 39ff). Zum anderen ist aber auch das den meisten Konzeptionen des Imperiums zugrunde liegende Verständnis von Staat und Staatlichkeit problematisch. Dieses ist nicht nur recht statisch angelegt, d.h. in der Jellinekschen Trias von Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt strikt an die nationale Ebene gekoppelt (Jellinek 1922). Der Nationalstaat erscheint – aufgrund der ihn kennzeichnenden national-kulturellen Identität, Machtkonzentration und bestehender zwischenstaatlicher Rivalitäten – auch als zentrale Quelle expansiver imperialistischer Strategien, indessen Imperien weniger einer imperialistischen als imperialen Handlungsrationalität folgend allein den eigenen Bestandsschutz im Auge haben.

3. Politökonomische und staatsrechtliche Fundierung

Diese Darstellung der EU als einem defensiven oder reaktiven Akteur ist zumindest irritierend. Sie wird zuweilen noch durch eine sehr positive Lesart der übergeordneten „Mission“ – im Fall der EU: mit der Förderung von Demokratie, der Durchsetzung von Menschenrechten und anderen Elementen des „good governance“ – verstärkt, die zu einer Selbstbindung, zumindest Kanalisierung der auswärtigen politischen Aktivitäten anhalte (Münkler 2005: 127ff). Derartige, diskursiv vermittelte Prozesse der regionalen Identitätsbildung sind keineswegs bedeutungslos. Wenn sie jedoch losgelöst oder jenseits der bestehenden politökonomischen Reproduktion und der durch diese generierten Interessen und strategischen Erwägungen diskutiert werden, verwandeln sie sich nur allzu leicht in eine Legitimationsideologie zur Rechtfertigung machtpolitischer Kontroll- und Expansionsbestrebungen. Der Mangel an kritischer Analyse verweist mithin auf grundlegende theoretisch-konzeptionelle Probleme. Offenkundig wird in der Debatte über das EU-Imperium die strukturierende Wirkung der europäischen politische Ökonomie, einschließlich der spezifischen Muster der kapitalistischen Akkumulations- und Krisendynamik, tendenziell ausgeblendet; und auch die staatsrechtlichen Überlegungen – sofern sie überhaupt entfaltet werden – zeigen sich nur unzureichend in der Lage, die Dimensionen einer entstehenden supranationalen Staatlichkeit einzufangen.

3.1. Staatlichkeit im EU-Imperium

Tatsächlich bedarf es insgesamt, nicht nur in der Imperium-Debatte, einer weitreichenden Revision herkömmlicher staatsrechtlicher Konzeptionen. Diese orientieren sich zumeist sehr stark am Model des Nationalstaats. Dieser erscheint als ein spezifisch institutionalisierter Handlungsraum, der als Ausdruck der bereits angesprochenen Jelinekschen Trias aus Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsmacht, d.h. gestützt auf das Gewalt- und Steuermonopol und ein sehr umfangreiches Arsenal an politischen Kompetenzen und Instrumenten, auf die gesellschaftliche und internationale Entwicklung strategisch einwirkt. Eine solche Sichtweise ist in den staatswissenschaftlichen Disziplinen weit verbreitet und einflussreich. Tatsächlich wird dabei jedoch ein Verständnis von staatlicher Macht unterstellt, das deren Organisationsformen in hohem Maße als autonom, zentralisiert und statisch beschreibt; und schaut man genauer hin, so lässt sich ein derartiger konzeptueller Zugriff nur schwerlich aufrecht erhalten. Ein erster Schritt besteht demzufolge darin, das vorherrschende Staatsverständnis zu dekonstruieren und den heteronomen, dezentralen und dynamischen Charakter der staatlichen Organisationsformen analytisch einzufangen und auf die EU zu beziehen.

In der wissenschaftlichen Diskussion gibt es viele interessante und hilfreiche Überlegungen, die in diese Richtung weisen. Nicht wenige beziehen sich auf Michel Foucault und dessen Ausführungen zur Allgegenwart des Staates und der kapillarförmigen Verästelung sozialer Machtbeziehungen, nicht zuletzt auf die Konzeption der Governementalität als spezifische Verknüpfung politisch institutionalisierter Regierungsformen und gesellschaftlicher Mentalitäten (Foucault 1983: 113ff; Foucault 2000). Andere verweisen auf Poulantzas (1978: 126), der sich in seiner Staatstheorie – zumindest partiell – positiv auf diese Gedanken von Foucault bezieht und den Staat als ein von Machtknoten und Machtnetzen durchzogenes Feld sozialer Kräfte konzipiert. Und wieder andere haben im Zuge der post-weberianischen Staatsdiskussion die mehrdimensionale „interaktive Einbettung“ der staatlichen Apparate in gesellschaftliche Reorganisationsprozesse hervorgehoben (Seabrooke 2001; Migdal/Schlichte 2005). Vor allem drei Dimensionen erscheinen in diesem Kontext als besonders aufschlussreich:

- Die erste Dimension betont die gesellschaftliche Bedingtheit, also die Heteronomie anstatt Autonomie staatlichen Handelns. Sie bezieht sich mithin auf das kompetitiv-kooperative Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft, oder neo-gramscianisch formuliert: auf die komplexe Operationsweise des Staat-Zivilgesellschaft-Komplexes (Cox 1981).
- In der zweiten Dimension wird das räumliche Zusammenspiel von staatlichen und gesellschaftlichen Praktiken und Diskursen akzentuiert. Zwar reproduzie-

ren einige Diskurse und Praktiken immer auch das Leitbild einer einheitlichen und zentralisierten Staatsmacht, zugleich wird dieses Leitbild durch die Vielfalt der gesellschaftlichen Aktivitäten, d.h. durch die dezentrale Einbettung des Staatshandelns, aber auch fortwährend in Frage gestellt.

- In einer dritten Dimension wird schließlich die Dynamik, also die permanente Neujustierung von Staatlichkeit hervorgehoben. Mit anderen Worten, der Zweck, die Operationsweise und der Charakter des Staates stehen nicht einfach fest, sondern befinden sich – stimuliert durch Formen der gesellschaftlichen Einflussnahme sowie durch Proteste und Kritik – in einem fortlaufenden Prozess der inkrementellen, in Phasen der Krise und des Umbruchs mitunter aber auch dramatischen Reorganisation.

Die aufgeführten Revisionen führen zu einer deutlich veränderten Vorstellung von Staat und Staatlichkeit. War das klassische Modell des Staates noch durch die Merkmale der Autonomie, der Zentralität und einer gewissen Statik gekennzeichnet, so treten nun die Eigenschaften der Heteronomie, Dezentralität und Dynamik in den Vordergrund. Indem diese Eigenschaften stärker gewichtet werden, verschiebt sich zugleich der begriffliche Fokus weg vom Staat und hin zur Staatlichkeit (Bieling/Große Hüttmann 2016). Auch diese konzeptionelle Verschiebung ist keineswegs trivial. Sie öffnet vielmehr den Weg zu einem Staatsverständnis, das sich gegenüber neuartigen staatlichen Organisationsformen, oder allgemeiner formuliert: neuen Formen politischer Autorität jenseits der nationalen Handlungsebene aufgeschlossen präsentiert.

Dies gilt auch für die Keimformen einer entstehenden europäischen Staatlichkeit (Demirović 2000; Bieling 2010: 46ff; Wissel 2015: 47ff). Im engeren Sinne bestehen diese in dem Ensemble supranationaler Organisationen und Agenturen wie z.B. der EU Kommission, dem EU-Parlament, dem EuGH, der EZB, Frontex und einer Vielzahl regulativer Ausschüsse. Darüber hinaus ist aber auch das bestehende Primär- und Sekundärrecht, d.h. der gültige EU-Vertrag mitsamt Verordnungen und Richtlinien, als Ausdruck einer europäischen Staatlichkeit zu begreifen, zumal mit den institutionellen und rechtlichen Verhältnissen zum Teil sehr weitreichende gemeinschaftliche politische Kompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten verbunden sind. Dessen ungeachtet scheuen nicht wenige Beobachter davor, von einer europäischen Staatlichkeit zu sprechen. Vor allem zwei Aspekte werden dabei angeführt: zum einen der Sachverhalt, dass die EU selbst über keinen verpflichtungsfähigen Unterbau der administrativen Implementation verfügt (Felder 2001), also selbst von der Folgebereitschaft der nationalen Verwaltungen abhängig ist; und zum anderen eine – aufgrund der fehlenden gemeinsamen Erfahrungs-, Erinnerungs- und

Kulturgemeinschaft – nur schwach ausgebildete europäische Identität (Kielmannsegg 1996).

Diese Begrenzungen sind sicherlich zu berücksichtigen. Daher ist auch nicht von einem EU-Staat, sondern von einer sich ausbildenden europäischen Staatlichkeit die Rede. Diese besteht im Kern aus einer begrenzten supranationalen Rechtsstaatlichkeit (Bieling 2007). So gewährt das EU-System vielfältige bürgerliche Freiheitsrechte, indessen die Aspekte der Gewaltenteilung und demokratischen Kontrolle allenfalls rudimentär vorhanden sind. Der Fokus und der soziale Charakter der europäischen Staatlichkeit korrespondieren inhaltlich stark mit den inhaltlichen Vorgaben des „neuen Konstitutionalismus“. Diesen Begriff hatte Stephen Gill (1998: 5) entwickelt, um die veränderten (verfassungs-) rechtlichen Grundlagen und häufig sehr restriktiv definierten Prioritäten der politischen Entscheidungsfindung zu markieren. Der „neue Konstitutionalismus“ ist danach bestrebt,

“to separate economic policies from broad political accountability in order to make governments more responsive to the discipline of market forces and correspondingly less responsive to popular-democratic forces and processes. New constitutionalism is the politico-legal dimension of the wider discourse of disciplinary neoliberalism. Central objectives in this discourse are security of property rights and investor freedoms, and market discipline on the state and on labour to secure ‘credibility’ in the eyes of private investors, e.g. those in both the global currency and capital markets.”

In Ergänzung zu den diskursiven Formen lassen sich nicht zuletzt die Prozesse der vertrags- bzw. verfassungsrechtlichen Verankerung marktliberaler Entscheidungsvorgaben als Genese einer supranationalen Staatlichkeit begreifen, die sich mit Hilfe der von Nicos Poulantzas entwickelten Verdichtungs-Konzeption – gleichsam eine metaphorisch-kondensierte Variante der Konzeption der „interaktiven Einbettung“ – interpretieren lässt. Nach Poulantzas (1978: 119) ist der Staat demzufolge

„nicht als ein sich selbst begründendes Ganzes [zu begreifen], sondern [...] als ein Verhältnis, genauer als die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisses [...], das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt“.

In der EU stellt sich dieser Verdichtungsprozess nun freilich etwas anders als im nationalen Kontext dar. In Anlehnung an die Überlegungen von Ulrich Brand und Christoph Görg (2003: 222f), die sich mit den Prozessen der Institutionalisierung und Regime-Bildung in der internationalen oder globalen Arena befasst haben, ist entsprechend von einer „Verdichtung zweiter Ordnung“ auszugehen. Die supranationalen Vereinbarungen sind dabei das Resultat einer komplexen Verdichtung, auf die zum Teil zwischenstaatliche, zum Teil aber auch transnationale

gesellschaftliche Dynamiken einwirken. In letzteren reflektiert sich nicht zuletzt der Einfluss nicht-staatlicher transnationaler Wirtschaftsinteressen – transnationalen Konzernen (TNKs), Wirtschaftsverbänden oder Rating-Agenturen –, die mithin auch die soziale und politische Orientierung der supranationalen Staatlichkeit des EU-Imperiums maßgeblich bestimmen.

3.2. Kapitalistische Krisen- und Expansionsdynamiken

Verweist bereits die Operationsweise der supranationalen Staatlichkeit auf den spezifischen kapitalistischen Charakter des EU-Imperiums, so tritt dieser noch stärker hervor, wenn auch die politökonomischen Leerstellen der Imperium-Diskussion gefüllt werden. Diese bewegt sich, wie bereits angedeutet, im Spannungsfeld von normativen – auf die Verallgemeinerung von „good governance“, also die Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten ausgerichteten – Motiven einerseits und sicherheits- und geopolitischen Erwägungen, die vor allem um Fragen der territorialen Stabilisierung kreisen, andererseits. Ob und inwiefern die normative und sicherheitspolitische Ausrichtung der EU auch durch sozio- und politökonomische Interessenlagen, Strategien und Krisenprozesse beeinflusst wird, gelangt in der Imperium-Diskussion nicht, zumindest nicht systematisch in den Blick. Letztlich lässt sich die Entwicklung und Operationsweise des EU-Imperiums aber nur dann verstehen, wenn auch die politökonomischen – die Interessen, Strategien und Identitäten der politischen Akteure maßgeblich strukturierenden – Transformationsprozesse seit den 1970er Jahren in die Betrachtung mit einbezogen werden. Der Einfachheit halber lassen sich hierbei zwei miteinander verknüpfte Dimensionen unterscheiden:

Die eine Dimension verweist auf die globalen politökonomischen Umbrüche im Anschluss an den Zusammenbruch des Bretton Woods Systems, d.h. des Systems fester, an den US-Dollar – und indirekt an das Gold – gekoppelter Wechselkurse in Verbindung mit einer weitgehenden politischen Kontrolle der Kapitalmärkte. Wie der von John Gerard Ruggie (1982) geprägte Begriff des „eingebetteten Liberalismus“ verdeutlicht, korrespondierte – im transatlantischen Wirtschaftsraum – die politisch-institutionelle Einhegung der Finanzmärkte mit relativ umfassenden Formen der arbeits- und wohlfahrtsstaatlichen Regulation. Letztere gerieten dann aber in dem Maße unter einen verstärkten Anpassungsdruck, wie sich die fordistische Wachstumskonstellation auflöste, marktliberale Konzeptionen an Einfluss gewannen und die politisch-institutionelle Einhegung der Finanzmärkte erodierte. Unter den Bedingungen flexibler Wechselkurse und einer erhöhten internationalen Kapitalmobilität entfaltete sich ein Prozess der

kompetitiven Finanzmarktderegulierung (Helleiner 1994: 123ff). Im Laufe der 1980er und 1990er Jahre waren die Regierungen vermehrt darauf bedacht, die nationalen Finanzmärkte durch eine Lockerung regulatoriver Auflagen und Abgaben attraktiver zu machen, um ausländisches Kapital anzuziehen und die eigene Ökonomie und Währung zu stärken. Dies galt insbesondere für die USA, die diese Entwicklung durch die Aufwertung des US-Dollars zusätzlich befeuerten. Peter Gowan (1999) sprach in diesem Sinne von der Genese eines „Dollar-Wall Street-Regimes“ (DWSR), dessen Spielregeln – offene Kapitalmärkte, freie Wechselkurse und die internationale Währungskonkurrenz – durch die US-Regierung, die Fed, viele Finanzunternehmen und andere an der Wall Street aktive Konzerne definiert und gestützt wurden.

Die andere Dimension reflektiert zugleich, dass dieser Wandel der globalen, vornehmlich transatlantischen währungs-, finanz- und wirtschaftspolitischen Spielregeln den Wandel der kapitalistischen Reproduktionsmuster förderte. So kristallisierte sich auch in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Anschluss an die Fordismuskrise ein transnationaler Finanzmarktkapitalismus heraus (Demirović/Sablowski 2011; Dörre/Rackwitz 2016). Dieser zeichnet sich allgemein durch eine strukturell starke Rolle der Geldvermögensbesitzer und veränderte – vielfach transnationalisierte, vermehrt über die Kapitalmärkte vermittelte – Gläubiger-Schuldner-Beziehungen aus. Die veränderte Organisation dieser Beziehungen zeigt sich unter anderem in der zunehmend bedeutsamen Rolle spezifischer Akteursgruppen: z.B. der institutionellen Anleger (Versicherungen, Investment- und Pensionsfonds), der Hedge Fonds und Private Equity Fonds, der Investmentbanken, Wirtschaftsberatungsfirmen oder Rating-Agenturen (Epstein 2001: 5). Darüber hinaus hat sich auch das klassische Kreditgeschäft verändert, und die Regierungen und „normalen“ Industrie- und Dienstleistungsunternehmen orientieren sich vermehrt an den Parametern der Kapital- und Kreditmärkte. Nicht selten wird dieser Wandel mit Verweis auf die Prozesse der Finanzialisierung, d.h. der zunehmenden Durchdringung der nicht-finanziellen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche, illustriert (Heires/Nölke 2014). Konkret stützt sich diese Entwicklung zum einen auf die Prozesse der Kreditexpansion durch günstigere Vergabekonditionen (Deregulierung, Basel II) und die Nutzung neuer Instrumente wie Kreditkarten, Subprime-Kredite, Verbriefung oder Kapitalmarktanleihen, zum anderen aber auch auf die Öffnung von bislang nicht-finanzialisierten Sphären für Finanzmarktgeschäfte: etwa im Zuge der (Teil-)Privatisierung der Alterssicherung und öffentlichen Infrastruktur, der Shareholder Value Orientierung der börsennotierten Unternehmen oder der Erschließung neuer Anlagesphären in Gestalt von Immobilien- und Rohstoffmärkten, Umweltzertifikaten oder Start-up-Unternehmen.

Die aufgeführten Phänomene lassen sich akkumulationstheoretisch recht griffig als spezifische Formen einer finanzmarktvermittelten „neuen Landnahme“ charakterisieren (Dörre 2009). Diese entfaltet sich als eine Art Gegenreaktion auf den tendenziellen Fall der Profitrate, d.h. die durch die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals strukturell erschwerten Verwertungsbedingungen des Kapitals. In Ergänzung zu anderen Gegentendenzen – längere und flexiblere Arbeitszeiten, verbilligte Importe von Rohstoffen und Vorprodukten oder beschleunigter Kapitalumschlag – zeichnen sich die Prozesse der Finanzialisierung dadurch aus, dass sie sich sehr rasch und flexibel vollziehen, dass sie grundsätzlich keine Sphäre ausklammern und dass sie sich – ermöglicht durch die hohe Mobilität des Finanzkapitals – vielfach auch grenzüberschreitend entfalten. Hierdurch wird es auch möglich, auf die Wertschöpfungsprozesse in anderen Gesellschaften und Regionen zuzugreifen, d.h. einen Teil der generierten Werte in Gestalt von Zinsen, Aktien und Dividenden den Geldvermögensbesitzern in den wohlhabenden Ländern zuzuleiten. Unter den Bedingungen des transnationalen Finanzmarktkausalismus werden mithin die Dynamiken der ungleichen Entwicklung einschließlich des Wandels der internationalen Arbeitsteilung – im europäischen wie globalen Maßstab – spezifisch akzentuiert (Jäger/Springler 2015).

Der politische Charakter der finanzkapitalistischen Durchdringung manifestiert sich – vor allem in Zeiten der Krise – in zahlreichen verteilungspolitischen Konflikten, aber auch grundsätzlicher in konkurrierenden strategischen Konzeptionen der wirtschaftlichen Entwicklung. So lässt sich im Rückblick recht gut rekonstruieren, dass der Übergang in den Finanzmarktkausalismus durch politische Weichenstellungen im Kontext der europäischen Integration systematisch gefördert worden ist (Bieling 2003): zunächst durch eine ganze Reihe sektoraler Richtlinien im EG-Binnenmarkt, dann durch Impulse einer verstärkten Vernetzung europäischer Risikokapitalmärkte, ferner durch die erhöhte grenzüberschreitende Transparenz der WWU und einen umfassenden Aktionsplan für Finanzdienstleistungen, und schließlich auch durch die Lissabon-Strategie und die kapitalmarktgestützte Reform der sozialen Sicherungssysteme. Die diversen Initiativen einer schrittweisen Vertiefung der europäischen Finanzmärkte waren arbeits- und sozialpolitisch und auch demokratiepolitisch höchst folgenreich (Crouch 2008). Zugleich trugen sie dazu bei, die finanzkapitalistische Verflechtung im transatlantischen Wirtschaftsraum zu intensivieren. Zumindest partiell hatte sich die europäische Ökonomie verstärkt in das globale Dollar-Wall Street-Regime, und damit indirekt auch in den US-amerikanischen Kapitalkreislauf integriert (Cafruny/Ryner 2007). Letztlich verwundert es daher

wenig, dass die sich in den USA entfaltende Finanzkrise auch sehr rasch und heftig die finanzkapitalistische Struktur des EU-Imperiums erfasste.

4. Transformation des EU-Imperiums in der Krise

Allerdings vollzog sich die Übertragung der Finanzkrise ungleich und ungleichzeitig. Sie erfasste erstens vor allem jene Länder sehr rasch und heftig, deren Ökonomien in hohem Maße finanzialisiert und sehr stark in das DWSR eingebunden waren. Darüber hinaus gerieten zweitens – etwas zeitverzögert – aufgrund der tiefen Rezession in den USA und vermittelt über die Handelsbeziehungen auch die exportabhängigen Sektoren in die Krise. Die Dauer der Krise erklärt sich drittens schließlich aber vor allem durch EU-interne Probleme, insbesondere durch die ungleiche Entwicklung der nationalen Kapitalismusmodelle und den asymmetrischen Charakter der ökonomischen Interdependenzen (Becker/Jäger 2012). Beide Aspekte haben sich im Zuge der Erweiterung und Vertiefung der europäischen Integration vielfach zugespitzt. Sie verweisen auf spezifische Muster der transnationalen Arbeitsteilung und äußern sich unter anderem in einer ungleichen Leistungsfähigkeit der nationalen Wirtschaftsräume – auseinanderdriftenden Produktivitätskennziffern, Inflationsraten und Leistungsbilanzen – und hiermit korrespondierenden transnationalen Gläubiger-Schuldner-Beziehungen.

Diese Strukturen reflektieren sich nicht nur in der Art und Weise, wie sich die transatlantische Finanzkrise in der EU entfaltet, d.h. verallgemeinert und verstetigt hat, sondern auch noch in den Prioritäten des europäischen Krisenmanagements. Die Verallgemeinerung und Verstetigung der Krise ist vor allem durch eine wiederholte Verschiebung, Erweiterung und Überlagerung der Krisendimensionen gekennzeichnet. So wurde aus der Finanzkrise rasch eine veritable ökonomische Krise, die ab dem Jahr 2010 – im Zuge des Krisenmanagements war ein Großteil der privaten Kredite in öffentliche Kredite umgewandelt worden – auch häufig als Staatsschulden- und Eurokrise bezeichnet wurde. In Ergänzung zu den ökonomischen Krisenaspekten mehrten sich vielfach zudem – verstärkt durch die austeritätspolitische Orientierung – die Phänomene einer „sozialen Krise“ in Gestalt einer ansteigenden Erwerbslosigkeit, einer sehr hohen Jugenderwerbslosigkeit und einer weiter wachsenden sozialen Ungleichheit, d.h. Tendenzen der sozialen Spaltung und Ausgrenzung. Vor dem Hintergrund der von den europäischen Exekutivapparaten durchgesetzten Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Stabilisierung sowie arbeits- und sozialpolitischen Anpassung (Bieling/Buhr 2015) übersetzte sich die ökonomische und soziale Krise nicht selten, in erster Linie in den Ländern mit umfangreichen Struktur Anpassungspro-

grammen, auch in eine Krise der Demokratie. Doch nicht nur hier wurden in den Parlamentswahlen die etablierten Parteien abgestraft; auch in den Ländern des vergleichsweise stabilen Zentrums gewannen nationalistisch-populistische Kräfte an Zulauf. In diesem Kontext wurde der Prozess der europäischen Integration vermehrt politisiert, allerdings aus zum Teil sehr konträren Motiven: Während in den Leistungsbilanzüberschuss-, also Gläubigerländern der nationalistisch-populistische Protest die schwindende Bereitschaft zum Ausdruck bringt, sich an den Kosten der europäischen Krise zu beteiligen, artikulieren die eher linkspopulistischen Diskurse in der südeuropäischen Peripherie die fehlende Fähigkeit, noch weitere Strukturanpassungen realisieren zu können. Im Ergebnis mündet dieses Auseinanderdriften der Krisenerfahrungen und Krisendiskurse somit auch in eine Krise der europäischen Integration. Den politischen Entscheidungsträgern fällt es – bedingt durch die Konstruktionsfehler der europäischen Integration und die Prozesse der ungleichen inneren Entwicklung – zunehmend schwer, tragfähige gemeinschaftliche Antworten auf die skizzierten Krisenphänomene zu finden.

Dies ist nun freilich nicht so zu interpretieren, dass die EU im Krisenverlauf untätig gewesen ist. Im Gegenteil, es wurden eine ganze Reihe Maßnahmen und Reformen ausgehandelt, die sich vereinfacht wie folgt systematisieren lassen (Bieling 2013a):

- Zunächst ging es in der ersten Phase des Krisenmanagements darum, durch eine Politik der Bankenrettung (Ad-hoc-Maßnahmen und Rettungsschirme) das Kreditsystem zu stabilisieren und durch Konjunkturprogramme den Einbruch der Wirtschaftstätigkeit abzumildern.
- Dann konzentrierte sich in der zweiten Phase ab dem Frühjahr 2010 die Aufmerksamkeit zum einen darauf, die austeritätspolitische, auf Fragen der Wettbewerbsfähigkeit fokussierte Reformagenda zu implementieren: durch die Kontrolle der nationalen Haushaltspolitik im Rahmen des europäischen Semesters, eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gemäß der Vorgaben des sog. Sixpacks, durch den Fiskalpakt, also die Verallgemeinerung der deutschen Schuldenbremse, sowie durch die Politik der Troika gegenüber den auf zusätzlich Finanzhilfen angewiesenen Schuldnerstaaten (Konecny 2012). Zum anderen wurden in bescheidenem Maße auch Elemente einer Haftungsgemeinschaft geschaffen – in Gestalt des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der Bankenunion oder der expansiven EZB-Politik –, um den Anpassungsdruck in den Krisenländern etwas zu moderieren.
- Parallel zu den aufgeführten Schritten veränderte sich zudem die Regulierung der Finanzmärkte. Die realisierten Maßnahmen blieben hinter den ursprünglich angekündigten Initiativen einer umfassenden Reregulierung allerdings

deutlich zurück. Im Kontext der weiterhin schwelenden Finanzkrise gelang es den Verbänden der Finanzindustrie recht gut, die meisten Vorschläge zu verwässern und – wenn auch zum Teil weniger lukrativ – die alten Geschäftsmodelle in der Finanzwelt zu erhalten.

Alles in allem haben die ergriffenen Maßnahmen nur zu einer begrenzten – mutmaßlich vorübergehenden – Stabilisierung des europäischen Wirtschaftsraumes mit beträchtlichen ökonomischen, sozialen und demokratiepolitischen Kosten geführt. Sie entsprechen damit recht gut dem Interpretationsraster einer – unvollkommenen, sich in Schwierigkeiten befindenden – „passiven Revolution“. Antonio Gramsci (1991–2002: 1242ff) hatte die Konzeption einer „passiven Revolution“, d.h. einer „von oben“ oder „von außen“ initiierten inkrementellen Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsformation ohne grundlegende Änderung der bestehenden Machtverhältnisse, mit Bezug auf unterschiedliche Kontexte entwickelt. Die Ursachen des inkrementell-unvollständigen Wandels konnten Gramsci zufolge einer defizitären Produktivkraftentwicklung oder – dies scheint vor allem auf das EU-Imperium zuzutreffen – einem Mangel an politisch-strategischen Organisationskapazitäten geschuldet sein (Buci-Glucksmann 1981: 60ff). In beiden Fällen gelingt es den sozialen Kräften nicht, die gesellschaftliche Entwicklung im Sinne einer hegemonialen Führung zu reorganisieren.

Für das EU-Imperium ist diese Entwicklung höchst folgenreich. Die Verschiebungen in den Macht- und Kräfteverhältnissen der vergangenen Jahrzehnte werden weiter, zum Teil sogar beschleunigt fortgeschrieben. Dies gilt strukturell zum einen für die Beziehungen zwischen dem transnationalen (Finanz-)Kapital und den Gewerkschaften, die sich dem krisenbedingt verschärften Wettbewerbsdruck angesichts der vielfach prekären Beschäftigungsformen und sinkender Organisationsgrade zumeist nur punktuell effektiv entgegenstemmen können; zum anderen aber auch für die Beziehungen zwischen den Regierungen des Zentrums, d.h. den sog. nordischen Staaten und der – vornehmlich südeuropäischen – Peripherie, die bedingt durch die eigene ökonomische Schwäche kaum eigenständig definierte Modernisierungspfade beschreiten kann (Kerwer 2016). Die asymmetrisch strukturierten Beziehungen erstrecken sich darüber hinaus zunehmend auch auf das Zentrum selbst, insbesondere auf die deutsch-französischen Beziehungen. Hier ist schwer zu übersehen, dass im Verlauf der Krise die französische Position – die zumeist auch einen Brückenschlag zu den anderen südeuropäischen Nachbarn repräsentierte – strategisch kaum zum Zuge kam, während die deutsche Regierung in Kooperation mit den nordischen Überschuss- und Gläubiger-Ländern und der Europäischen Kommission die europäische Reformagenda sehr stark zu prägen vermochte. Mit dieser Machtverlagerung und Durchsetzung einer ordo-liberal

inspirierten Wettbewerbs- und Austeritätskonzeption korrespondiert ein Wandel des europäischen Institutionengefüges. In diesem sind einige Institutionen – so vor allem die EZB, Teile der Kommission und die Eurogruppe – unverkennbar aufgewertet worden, während das Europäische Parlament wie auch die nationalen Parlamente deutlich an Einfluss verloren haben (Puntscher Riekmann 2016). Diese Entwicklung hat neben der Krise des Migrationsregimes und der weiten Ausstrahlung anti-islamischer Diskurse sicherlich mit dazu beigetragen, dass sich in den meisten europäischen Gesellschaften nationalistisch-populistische Kräfte im Aufschwung befinden. Diese Kräfte mögen kurzfristig den imperialen Charakter – vor allem die innere Heterogenität und das Zentrum-Peripherie-Gefälle – bekräftigen. Da sie aber auf eine strikte intergovernmentale Ordnung hinarbeiten, fördern sie ebenso wie die sozioökonomischen und demokratiepolitischen Krisen letztlich die Prozesse des inneren Zerfalls und der Desintegration (Bieling 2013b).

5. Politische Handlungsoptionen

Angesichts des skizzierten Verlaufs der europäischen Krise, erscheint die Zukunft des EU-Imperiums nach wie vor als ungewiss. Offenbar hat das Krisenmanagement keine nachhaltig tragfähigen ökonomischen und institutionellen Strukturen hervorgebracht, sondern den Weg in die integrationspolitische Sackgasse fortgesetzt. Die Formen einer autoritär-marktliberalen, auf Austerität und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Staatlichkeit sind gestärkt worden, indessen die auf sozialen Ausgleich und Kohäsion zielenden wohlfahrtsstaatlichen Organisationsformen weiter erodieren. In der Konsequenz verallgemeinern sich – in fast allen sozialen Milieus – soziale Unsicherheiten, d.h. Abstiegsängste und wohlfahrtschauvinistische Behauptungskämpfe. Die europapolitische Diskussion steht entsprechend im Zeichen eines neuen, das EU-Imperium tendenziell aufspirenden Widerspruchs: Auf der einen Seite stehen dabei die Verfechter einer liberal-kosmopolitischen EU. Sie wollen den Integrationspfad der vergangenen Jahrzehnte fortschreiben, d.h. die marktliberal programmierte, durch passende Formen einer supranationalen Rechtsstaatlichkeit flankierte Wirtschaftsverfassung bekräftigen, sind in Notstandszeiten aber auch vielfach bereit, diese Verfassung autoritär, d.h. durch ein exekutivlastiges Krisenmanagement, zu stabilisieren. Auf der anderen Seite formieren sich – nicht nur, aber auch mit Verweis auf die weiter forcierte Aushöhlung der nationalen Institutionen der Demokratie und des Wohlfahrtsstaates – die Anhänger einer ethno-nationalen politischen Konzeption. In Gestalt nationalistisch-populistischer Bewegungen und Parteien

schließen sie weitergehende europäisch-gemeinschaftliche Antworten auf die fortbestehenden Krisen kategorial aus und treten für einen Rückbau, mitunter sogar für die Auflösung der geschaffenen EU-Staatlichkeit ein.

In dem Maße, wie dieser Widerspruch die politischen Diskussionen strukturiert, fällt es grundsätzlich schwer, tragfähige Auswege aus der Krise zu entwickeln. Vor allem aber gelingt es den sozial- und demokratiepolitisch engagierten Kräften kaum noch, sich im politischen Diskurs Gehör zu verschaffen und als eigenständige dritte oder vierte Handlungsoptionen wahrgenommen zu werden. Entsprechend stellt sich die Frage, ob und wie diese Artikulationsfähigkeit und Wahrnehmbarkeit im europäischen Kontext (wieder-)herzustellen ist. Eine attraktive programmatische Agenda und überzeugende, auch politikfeldspezifische Reformvorschläge – etwa mit Blick auf die Steuerpolitik, die Industrie- und Strukturpolitik oder die Finanzmarktregulierung – wären diesbezüglich zweifelsohne hilfreich. Tatsächlich sind hierzu in den vergangenen Jahren und Monaten einige Vorschläge – so etwa in den jährlichen Papieren der Euromemo-Gruppe – zusammengetragen worden. Ebenso wichtig, derzeit vielleicht sogar noch wichtiger sind, aber auch Antworten auf die Frage, wie derartige Vorschläge und Ideen in den öffentlichen Raum effektiv transportiert werden können. Nicht unwichtig ist dabei die Verknüpfung zweier Ansatzpunkte: Der eine Ansatzpunkt besteht darin, die bestehende, im Alltagsbewusstsein großer Bevölkerungsgruppen verankerte Kritik der europäischen Zustände aufzugreifen und in Gestalt von transnational koordinierten Protesten, Demonstrationen und Streiks für eine progressive Politisierung des EU-Imperiums zu nutzen.

Damit dies gelingt, ist es zugleich aber auch notwendig, eine politisch-institutionelle Reformidee zur Förderung europäischer Öffentlichkeiten zu entwickeln. Die progressive Politisierung hätte auf dem Weg hierhin vor allem zwei Sachverhalte zu problematisieren: Der eine Sachverhalt besteht in der ungleichen, aber aufeinander bezogenen kapitalistischen Entwicklung in der EU (Jäger/Springler 2015), die offenkundig divergierende politökonomischen Krisen und Interpretationen begünstigt. Dieser Divergenz wäre durch transnationale Kohäsionselemente im Rahmen der bereits angesprochenen materialen Reformvorschläge entgegenzuwirken. Der andere problematische Sachverhalt besteht in der geringen Responsivität des EU-Systems. Dieses ist durch eine ausgeprägte Konsens-, zumindest Kompromissorientierung (Mair 2007) gekennzeichnet, so dass es – jenseits der Entgegensetzung von national versus europäisch – kaum möglich ist, alternative politische Handlungsoptionen sichtbar und prozessierbar zu machen. Tatsächlich bilden politisch – dem linken oder rechten Lager – zurechenbare Alternativen aber eine zentrale Voraussetzung für die Genese einer transnationalen Öffent-

lichkeit. Ein möglicher Schritt in diese Richtung bestünde – zumindest für den Euroraum – in der Etablierung einer von den Fraktionen des Europäischen Parlaments gewählten und kontrollierten Wirtschaftsregierung. Weitere Elemente einer demokratiepolitischen Reformagenda könnten hinzukommen: so etwa transnationale Referenden, gestärkte zivilgesellschaftliche Beteiligungsformen oder Formen einer regional verankerten Wirtschaftsdemokratie. Die Realisierung derartiger Schritte böte keine Garantie, so aber doch eine Chance, die Perspektive eines durch die Stabilisierung der WWU und des EU-Imperiums geförderten administrativ-autoritären Herrschaftsverbunds abzuwehren.

Literatur

- Anderson, Benedict (1990): *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*, Frankfurt/New York.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2004): *Das kosmopolitische Europa*, Frankfurt am Main.
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes (2012): *Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on the Interaction of European Varieties of Capitalism*, in: *Competition & Change* 16(3), 169-187.
- Behr, Hartmut/Stivachtis, Yannis A. (Hg.) (2015): *Revisiting the European Union as Empire*, London.
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): *Social Forces in the Making of the New European Economy: the Case of Financial Market Integration*, in: *New Political Economy* 8(2), 203-224.
- (2007): *Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung – Staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer neo-gramscianischen Internationalen Politischen Ökonomie*, in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden, 143-160.
- (2010): *Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union*: Wiesbaden.
- (2013a): *Das Projekt der „Euro-Rettung“ und die Widersprüche des europäischen Krisenkonstitutionalismus*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 20(1), 89-103.
- (2013b): *Die krisenkonstitutionalistische Transformation des EU-Imperiums: zwischen autoritärer Neugründung und innerem Zerfall*, in: *Das Argument* 55(1/2), 34-46.
- Bieling, Hans-Jürgen/Buhr, Daniel (Hg.) (2015): *Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*, Frankfurt/New York.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina/Schmalz, Stefan (2008): *Liberalisierung und Privatisierung in Europa. Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union*, Münster.
- Bieling, Hans-Jürgen/Große Hüttmann, Martin (2016): *Zur Einführung: Staatlichkeit in der Europäischen Union in Zeiten der Finanzkrise*, in: Bieling, Hans-Jürgen/

- Große Hüttmann, Martin (Hg.): Europäische Staatlichkeit: zwischen Krise und Integration, Wiesbaden, 11-30.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): Postfordistische Naturverhältnisse. Konflikte um genetische Ressourcen und die Internationalisierung des Staates, Münster.
- Buci-Glucksmann, Christine (1981): Gramsci und der Staat. Für eine materialistische Theorie der Philosophie, Köln.
- Cafruny, Alan/Ryner, Magnus (2007): Europe at Bay. In the Shadow of US Hegemony, Boulder; London.
- Cooper, Robert (2002): The new liberal imperialism, in: The Observer (Online Version), 7. April.
- (2003): The Breaking of Nations. Order and Chaos in the Twenty-First-Century, New York.
- Colomer, Joseph M. (2016): The European Empire, http://works.bepress.com/josep_colomer/111/.
- Cox, Robert W. (1981): Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory, in: Millennium 10(2), 126-155.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main.
- Demirović, Alex (2000): Erweiterter Staat und europäische Integration. Skizzenhafte Überlegungen zur Frage, ob der Begriff der Zivilgesellschaft zur Analyse der Veränderung von Staatlichkeit beitragen kann, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrations- und Staatstheorie, Münster, 51-72.
- Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2011): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, in: Prokla 42(1), 77-106.
- Dörre, Klaus (2009): Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarktkapitalismus, in: Dörre, Klaus/Lessenich, Stephan/Rosa, Hartmut (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt am Main, 21-86.
- Dörre, Klaus/Rackwitz, Hans (2016): Finanzmarkt-Kapitalismus – Entstehung, Dynamik, Krisenpotenziale, in: Politikum 2(2), 4-16.
- Engels, David (2014): Auf dem Weg ins Imperium. Die Krise der Europäischen Union und der Untergang der römischen Republik, Berlin.
- Epstein, Gerald A. (2001): Introduction: Financialization and the World Economy, in: Epstein, Gerald A. (Hg.), Financialization and the World Economy, Cheltenham, 3-16.
- European Commission (2006): Global Europe: competing in the world, http://ec.europa.eu/trade/issues/sectoral/competitiveness/global_europe_en.htm.
- Felder, Michael (2001): Die Transformation von Staatlichkeit. Europäisierung und Bürokratisierung in der Organisationsgesellschaft, Wiesbaden.
- Foucault, Michel (1983): Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, Frankfurt am Main.

- (2000): Die Gouvernamentalität; in: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt am Main, 41-67.
- Gill, Stephen (1998): European Governance and New Constitutionalism: Economic and Monetary Union and Alternatives to Disciplinary Neoliberalism in Europe, in: *New Political Economy*, 3(1), 5-26.
- Gramsci, Antonio (1991–2002): Gefängnishefte, Hamburg.
- Grande, Edgar (2012): Das europäische Imperium und seine Grenzen, in: Olaf Asbach (Hg.): Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft, Wiesbaden 2012, 255-274.
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance*, London; New York.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a.M.
- Heires, Marcel/Nölke, Andreas (Hg.) (2014): *Politische Ökonomie der Finanzialisierung*, Wiesbaden.
- Helleiner, Eric (1994): *States and the Reemergence of Global Finance: From Bretton Woods to the 1990s*, Ithaca; London.
- Höpner, Martin (2013): Soziale Demokratie? Die politökonomische Heterogenität Europas als Determinante des demokratischen und sozialen Potenzials der Europäischen Union, in: *Europarecht Beiheft 1/2013*, 69-89.
- Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (Hg.) (2015): *Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures*, London; New York.
- Jellinek, Georg (1922): *Allgemeine Staatslehre*, 3. Auflage, Berlin.
- Kielmannsegg, Peter Graf (1996): Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Europäische Integration*, Opladen, 47-71.
- Kerwer, Dieter (2016): Ein Imperium im Wandel? Wie die Eurokrise die Europäische Union verändert, in: Bieling, Hans-Jürgen/Große Hüttmann, Martin (Hg.): *Europäische Staatlichkeit: zwischen Krise und Integration*, Wiesbaden, 71-89.
- Konecny, Martin (2012): Die Herausbildung einer neuen Economic Governance als Strategie zur autoritären Krisenbearbeitung in Europa – gesellschaftliche Akteure und ihre Strategien, in: *Prokla* 42(3), 377-394.
- Mair, Peter (2007): Political Opposition and the European Union, in: *Government and Opposition* 42(1), 1-17.
- Manners, Ian (2002): Normative power Europe: a contradiction in terms?, in: *Journal of Common Market Studies* 40(2), 235-258.
- Marks, Gary (2012): Europe and its Empires: From Rome to the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 50(1), 1-20.
- Migdal, Joel S./Schlichte, Klaus (2005): Rethinking the State, in: Klaus Schlichte (Hg.): *The Dynamics of States – The Formation and Crises of State Domination*, Aldershot, 1-40.
- Münkler, Herfried (2005): *Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom Alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten*, Berlin.

- Posener, Alan (2007): *Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss*, München.
- Poulantzas, Nicos (1978): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie*, Hamburg.
- Puntscher Riekmann, Sonja (2016): *Geld und Souveränität. Zur Transformation der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten durch die Finanz- und Fiskalkrise (2008-2013)*, in: Bieling, Hans-Jürgen/Große Hüttmann, Martin (Hg.): *Europäische Staatlichkeit: zwischen Krise und Integration*, Wiesbaden, 203-221.
- Ruggie, John Gerard (1982): *International Regimes, Transactions and Change: Embedded Liberalism and the Postwar Economic Order*, in: *International Organization* 36(2), 379-416.
- Schneckener, Ulrich (2005): *Die Zivilmacht Europa und die prä-westfälische Herausforderung*, SWP Diskussionspapier FG 8, Berlin.
- Seabrooke, Leonard (2001): *US Power in International Finance. The Victory of Dividends*, Houndmills et al.
- Zielonka, Jan (2006): *Europe as Empire. The Nature of the Enlarged European Union*, Oxford.

Lukas Oberndorfer

Zwischen Normal- und Ausnahmestaat: Der Autoritäre Wettbewerbsetatismus und die Krise der Demokratie in Europa

“Elections cannot be allowed to change anything.”

Wolfgang Schäuble in der Euro-Gruppe am 11. Februar 2015¹

„Die [griechische] Regierung muss die Institutionen zu sämtlichen Gesetzesentwürfen in relevanten Bereichen mit angemessenem Vorlauf konsultieren und sich mit ihnen abstimmen, ehe [...] das Parlament befasst wird.“

Erklärung des Euro-Gipfels in Brüssel am 12. Juli 2015)

Das Ausmaß an Zwang, welches gegen das linke Regierungsprojekt in Griechenland in Stellung gebracht wurde, lässt erahnen, welche Herausforderung es für die Fortsetzung der neoliberalen Entwicklungsweise dargestellt hat. Auf Basis der mit der Besetzung des Syntagma-Platzes Ende Mai 2011 einsetzenden *gesellschaftlichen* Umbrüche in Griechenland (Candeias/Völpel 2014: 143ff) hatten die „feindlichen“ subalternen Klassen im Jänner 2015 den demokratischen Augenblick genutzt und in Form des Wahlerfolges von Syriza auch auf Ebene des staatlichen Terrains einen Sieg errungen. Mit dem Eindringen der gegenhegemonialen Kräfte in die griechische Regierung und der darüber vermittelten Präsenz *im* europäischen Staatsapparate-Ensemble (Buckel/Fabian/Kannankulam/Wissel 2014) standen die mit der Hegemoniekrise des Neoliberalismus verstärkt einsetzenden europäischen Kämpfe nicht mehr nur „aus der Distanz innerhalb des Staates“ (Poulantzas 2002: 173).

1 Varoufakis, The Defeat of Europe, Le Monde diplomatique, August 2015: 2.

Die zentralen Akteure des europäischen Blocks an der Macht begriffen schnell, dass mit diesem Ereignis weit mehr als die Regierung eines Landes, das nicht einmal zwei Prozent der Wirtschaftsleistung der Union ausmacht, auf dem Spiel stand. Zum ersten Mal seit dem nur zwei Jahre andauernden Versuch eines „projet socialiste“ unter François Mitterand, welches die französische Linke 1981 unter Ankündigung eines „Bruches mit dem Kapitalismus“ in Angriff nahm (Lipietz 1991: 29ff), trat eine Regierung an, die glaubhaft eine Alternative zur neoliberalen Politik aufbauen wollte. Die Hoffnung, dass das gemeinsame Eingreifen in den Lauf der Dinge wirklich etwas verändern kann – eine Hoffnung, die zu Beginn des Neoliberalismus in Europa, mit der Niederlage des Bergarbeiter_innenstreiks 1985 unter Thatchers Losung „There is no alternative“ (TINA) in den englischen Kohlegruben begraben wurde – schien zurückgekehrt.

Nichts dokumentiert die Erwägungen innerhalb des europäischen Blocks an der Macht besser als die Überlegungen des Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk, der erklärte, Angst vor der ideologischen und politischen Ansteckungsgefahr zu haben, die von Griechenland ausgehen könne. Von dort aus würde eine „radikal linke Illusion“ genährt, „dass es möglich ist, eine Alternative zum gegenwärtigen EU-Wirtschaftsmodell zu schaffen (...). Ich kann spüren, dass es vielleicht keine revolutionäre Stimmung gibt, aber so etwas wie eine weitverbreitete Ungeduld. Wenn Ungeduld von einem individuellen zu einem gesellschaftlich erfahrenen Gefühl wird, ist das der Einstieg in Revolutionen.“²

In dieser Aussage lässt sich eine Sensibilität für jenen Prozess erkennen, der seit 2011 – wenn auch *äußerst* ungleichzeitig (Becker 2012: 471f) – innerhalb des europäischen Staatsapparate-Ensembles eingesetzt hat: „In jedem Land ist der Prozess ein anderer, obwohl der Inhalt der gleiche ist. Und der Inhalt ist die Hegemoniekrise (die eintritt), weil breite Massen (...) urplötzlich von der politischen Passivität zu einer gewissen Aktivität übergegangen sind und Forderungen stellen, die in ihrer unorganischen Komplexität eine Revolution darstellen“ (Gramsci 1996: 1578).

In diesem Kontext hätte schon eine im Verhandlungswege errungene Reduktion der Schulden und etwas mehr Spielraum für Investitionen in öffentliche und soziale Infrastruktur eine Kettenreaktion in Südeuropa nach sich gezogen, indem sie den Bewegungen zu einer neuen Konjunktur verholfen, weitere Linksrregierungen wahrscheinlich gemacht und damit die gesamte Krisenpolitik der letzten fünf Jahre in Frage gestellt hätte. Angesichts der Gefahr einer Ausweitung dieser effektiven Brüche (Poulantzas 2002: 287) zu einer Infragestellung

2 Financial Times v. 16. 7. 2015 (Übersetzung L.O.).

der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer gegenwärtigen europäischen Verfasstheit entschieden sich die Krisenstäbe des europäischen Blocks an der Macht, die mit 2011 einsetzende politische Restauration (Oberndorfer 2012a) noch entschiedener voranzutreiben.

Schon mit dem Wahlsieg setzte eine mediale und politische Schlammschlacht gegen das linke Regierungsprojekt ein, die nicht nur durch ihre Einseitigkeit, sondern auch aufgrund der Einhelligkeit zwischen rechten und linksliberalen Kommentator_innen auffiel (Lorey/Raunig 2015: 11). „Mehr Erwachsensein“ forderte die Präsidentin des IWF von den griechischen Verhandler_innen³, die Euro-Gruppe bezeichnete diese als „Amateure“ und „Schulbuben“.⁴ Angesichts des Referendums bewertete der Ressortleiter für Politik des deutschen Spiegel Griechenland schließlich als eine „verwirrte Nation“, von der vernünftige Entscheidungen nicht mehr zu erwarten seien,⁵ während die größte linksliberale Zeitung in den Niederlanden einen Kommentar abdruckte, in dem ein Wirtschaftsprofessor meinte, Griechenland sei nicht reif für die Demokratie, „es braucht eine Diktatur“⁶.

Im Fall Griechenlands bereitete dieser offen repressive Diskurs den Boden für die Aufrichtung von weiteren „institutionellen Präventivdispositiven“ (Poulantzas 2002: 238f), die darauf gerichtet waren, die gegenhegemoniale Ausrichtung des linken Regierungsprojektes einzuhegen und schließlich aufzuheben. Schon wenige Tage nach dem Wahlsieg von Syriza kündigte die EZB an, griechische Staatsanleihen nicht mehr als Sicherheiten zu akzeptieren. Das griechische Bankensystem war damit von den Mitteln aus der Emergency Liquidity Assistance (ELA) abhängig, über deren Erhöhung der EZB-Gouverneursrat entscheidet. Darüber hinaus blockierte die Euro-Gruppe nach Antritt der neuen Regierung die Auszahlung fälliger Kredittranchen aus dem zweiten „Hilfsprogramm“. Durch diese Entscheidungen trockneten das griechische Bankensystem und der Staat aufgrund mangelnder Liquidität schrittweise aus, Kapitalflucht und die Zurückhaltung von Investitionen nahmen drastisch zu (Sablowski 2015). In den Verhandlungen drohten die Institutionen mehrfach, einen völligen Bankenkollaps herbeizuführen, sollte die griechische Regierung nicht einlenken (Varoufakis 2015).

3 FAZ v. 2.7.2015.

4 Die Welt v. 24.4.2015.

5 Roland Nelles, Referendum in Griechenland: Die verwirrte Nation, Der Spiegel v. 27.6.2015.

6 Harry Verbon, Griekenland heeft dictatuur nodig, de Volkskrant v. 26.8.2015.

Die Entscheidung, die griechische Bevölkerung über die Annahme der Bedingungen für die Auszahlung weiterer Kredittranchen im Wege eines Referendums demokratisch entscheiden zu lassen, beantwortete die Euro-Gruppe innerhalb eines Tages mit dem „Beschluss“, das Programm für Griechenland nicht zu verlängern, und lieferte der EZB damit die Rechtfertigung, die ELA-Mittel nicht weiter zu erhöhen.⁷ Die intendierten Folgen traten ein. Die griechischen Banken mussten geschlossen und Abhebungen mit Hinblick auf die verbleibende Liquidität begrenzt werden, der Zahlungsverkehr und damit die Wirtschaft begannen einzubrechen. „Mit diesen Maßnahmen“, so der Chefökonom des EGB, „sollte die Botschaft ausgesendet werden, dass die düsteren Folgen der Austeritätspolitik allemal dem Desaster vorzuziehen sind, das die Institutionen bereit sind anzurichten, wenn eine Regierung es wagt, den Rahmen der Orthodoxie zu verlassen.“ (Janssen 2015)

Beachtlich ist, dass das europäische Staatsapparate-Ensemble diese Gewaltmittel weitgehend abseits der dafür vorgesehenen demokratischen Verfahren und im Widerspruch zu geltendem Recht aufrichtete. Selbst Martin Hellwig vom Max-Planck-Institut und ehemaliges Beiratsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft beurteilt das Vorgehen der EZB als europarechtswidrig: „Das Gefügigmachen von Mitgliedsregierungen gehört nicht zu den Zielen und Aufgaben des Eurosystems.“ (Hellwig 2015) Die Entscheidung, den griechischen Zahlungsverkehr zum Erliegen zu bringen, fiel entgegen der bisherigen Praxis nicht einstimmig bzw. fand unter Ausschluss des griechischen Finanzministers statt. Auf die Frage, ob dies rechtlich möglich sei, antwortete ein Beamter des juristischen Dienstes: „Die Eurogruppe existiert nicht innerhalb des Europarechts. Sie ist eine informelle Gruppe. Daher existieren keine Regeln, die ihren Präsidenten beschränken“ (Varoufakis 2015). Rechtlich betrachtet ist diese Antwort mehrfach problematisch. Denn die Eurogruppe ist durch das Protokoll Nr. 14 zu den Europäischen Verträgen geregelt, welches unzweifelhaft einen Teil des europäischen Primärrechts bildet. Richtig ist, dass es sich bei der Eurogruppe um eine informelle Formation handelt (Geiger/Kahn/Kotzur 2010, Rn. 1). Dies wirft allerdings die Frage auf, wie ein Gremium, dem *keinerlei* Beschlusskompetenz zukommt, Entscheidungen über das Wohlergehen ganzer Volkswirtschaften treffen kann?

Wie in einem Brennglas bündeln sich in den Entwicklungen seit dem Wahlerfolg von Syriza jene Verschiebungen und Umbrüche, die ich im Anschluss an Nicos Poulantzas begrifflich als autoritärer Wettbewerbssetatismus zu fassen versucht habe

7 Erklärung der Euro-Gruppe v. 27. 6. 2015, <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eurogroup/2015/06/27> (1.8.2015).

(Oberndorfer 2012). Diese mit der Hegemoniekrise der neoliberalen Integrationsweise einsetzende neue Normalform des europäischen Staatsapparate-Ensembles ist – wie ich im Laufe des Beitrags anhand der Entwicklungen ab 2012 zeigen möchte – gekennzeichnet „durch massive staatliche Eingriffe zur Bewältigung der Krise, dem Verfall der repräsentativen Demokratie sowie durch vielfältige Einschränkungen der sogenannten formalen Freiheiten [...]. Angesichts der sich durch die Krise aufstufenden Instabilitäten, des schmelzenden Konsenses und der dadurch zunehmenden Kämpfe der Subalternen bietet der autoritäre Wettbewerbsetatismus eine Lösung durch repressive Herrschaftstechniken an, indem er neue ‘institutionelle Präventivdispositive’ entwickelt.“ (Oberndorfer 2012: 54ff)

Die mit der finanziellen Erpressung für eine breite Öffentlichkeit wahrnehmbar hervortretenden Momente des autoritären Wettbewerbsetatismus weisen die gleichzeitige Stärkung und Schwächung von Staatlichkeit auf, die mit der gegenwärtigen Phase der europäischen Integration verbunden ist. Auch wenn die repressive Verhärtung des Staatsapparate-Ensembles „erschreckend real“ ist (Poulantzas 2002: 233), enthüllt sie gleichzeitig das Gewaltpotential kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse und ihr Spannungsverhältnis zur Demokratie und öffnet dadurch Perspektiven für Kritik und Widerstand

Dennoch: Der gigantische Druck, der gegen das linke Regierungsprojekt aufgebaut wurde, hat letztlich dazu geführt, dass die Führungsspitze von Syriza Bedingungen zugestimmt hat, die wenig anderes bedeuten als eine Fortsetzung der bisherigen Krisenpolitik. Die dadurch bewirkte Spaltung von SYRIZA und die damit verbundene Spaltung der Bewegungen, welche bereits im Frühjahr 2015 in Brüssel angedacht wurde (Spiegel/Hope 2015), bestätigt besonders augenfällig Poulantzas’ Analyse, dass die Staatsapparate den Block an der Macht organisieren und vereinheitlichen, „indem sie die beherrschten Klassen ständig desorganisieren und spalten“ (2002: 171).

Die Seite der politischen Restauration war vorerst erfolgreich. Das gibt uns die Zeit für ein notwendiges Stück Arbeit: für die Untersuchung der Ursachen, die in diese Niederlage geführt haben. Allen voran mit Poulantzas soll daher im Folgenden das Terrain und die es kennzeichnende strukturelle Selektivität (Poulantzas 2002: 165) vermessen werden, auf dem und in der um soziale Emanzipation zu ringen ist. Dazu widme ich mich dem Spannungsverhältnis von Demokratie und Kapitalismus und den damit angesprochenen Metamorphosen des kapitalistischen Staates, die das zentrale Thema in der Arbeit von Nicos Poulantzas bilden (1). Die gegenwärtige Phase, in der es zu einer transnationalen Beschränkung der formalen Demokratie kommt, lässt sich – so meine These – als autoritärer *Wett-*

*bewerbs*etatismus begrifflich fassen. Er ist die Antwort auf die Hegemoniekrise der neoliberalen Integrationsweise, welche die Entfaltung der Wirtschaftskrise innerhalb der EU nach sich gezogen hat (2). Abschließend versuche ich einen Ausblick zu geben, welche Konsequenzen sich aus der Krise der Demokratie als Terrain für soziale Kämpfe ziehen lassen (3).

1. Das Spannungsverhältnis von Demokratie und Kapitalismus: Normalform, Ausnahmestaat und autoritärer Etatismus

Der Frage, warum es in kapitalistischen Gesellschaften zu Einrichtung, Einschränkung und Wiederbelebung der Demokratie kommt, ist jüngst Sonja Buckel nachgegangen (Buckel 2016). Im Wege einer Rekonstruktion der einschlägigen materialistischen Theoriebildung legt sie dabei den Kern des Spannungsverhältnisses von Kapitalismus und Demokratie frei: Erst die formale Demokratie ermögliche die politische Herrschaft der Bourgeoisie trotz ihrer inneren Spaltungen. Die Demokratie erweist sich, so Marx, als die einzige Staatsform, worin das „allgemeine Klasseninteresse“ der Bourgeoisie „sich zugleich die Ansprüche ihrer besonderen Fraktionen wie alle übrigen Klassen der Gesellschaft unterwarf“ (Marx 1852/1960: 159). Weil sich erst auf dem Terrain staatlicher Demokratie eine langfristige Strategie herausbilden kann, welche die Interessen der unterschiedlichen Kapitalfraktionen in einem instabilen Kompromissgleichgewicht zusammenbindet, wird sie zur „unumgängliche(n) Bedingung ihrer gemeinsamen Herrschaft“ (ebd.: 159).

Dabei wirkt der Parlamentarismus, wie Buckel herausarbeitet, als „Relais zur Universalisierung“ (Buckel 2016: 22), das gegensätzliche Interessen in allgemeine Gedanken verwandelt (Marx 1852/1960: 153). Diese Marxsche Überlegung greift Gramsci auf und verarbeitet sie in seiner Hegemonietheorie: Politische und kulturelle Führung könne die bürgerliche Klasse nur dann erreichen, wenn es ihr gelänge, ihr borniertes „korporatives Interesse“ zu transzendieren und dadurch in ein politisches Interesse zu verwandeln (Gramsci 1992: 496). Erst durch diese Katharsis, die nur durch partielle Zugeständnisse an die Subalternen möglich werde, gelingt es ihr, eine universelle Ebene der Hegemonie zu erlangen und ihre Ideologie im ganzen Gewebe der Gesellschaft zu verbreiten (Gramsci 1992: 495f).

Allerdings liegt der umfassende Widerspruch der bürgerlichen Verfassung, wie Marx betont, darin, dass sie jener Klasse deren *gesellschaftliche* Ausbeutung sie verewigen will, das allgemeine Stimmrecht gewährt. Die formale Demokratie könne die Subalternen damit zumindest potentiell in den Besitz der *politischen* Macht bringen und es ihnen darüber ermöglichen, die Grundlagen der bürger-

lichen Gesellschaft herauszufordern. Unter den Eindrücken der Entwicklungen in Frankreich, die in der Abschaffung der Republik durch Louis Bonaparte mündeten, schlussfolgert Marx daher, dass die bürgerliche Klasse „im Kontext einer politischen Krise bereit ist“, um ihre gesellschaftliche Macht unversehrt zu erhalten, „die demokratischen Errungenschaften und letztlich sogar ihre politische Macht wieder aufzugeben“ (Marx 1852/1975: 136).

Wohl kein anderes Gesamtwerk einer_s marxistischen Theoretiker_in kreist derart zentral um dieses Spannungsverhältnis von Demokratie und Kapitalismus und liefert einen so reichhaltigen theoretischen Werkzeugkasten zur Untersuchung der demokratischen Konjunktur wie jenes von Nicos Poulantzas. Im Kern von „Faschismus und Diktatur“ (1970/1973), „Die Krise der Diktaturen. Portugal, Griechenland, Spanien“ (1975/1977) und der „Staatstheorie“ (2002) steht die Analyse der Perioden und Formen bürgerlicher Herrschaft. „Eine Theorie des kapitalistischen Staates“ insistiert Poulantzas, „muss die Metamorphosen ihres Gegenstandes kennen“ (2002: 154).

Auf Basis dieser Arbeit betont Poulantzas, anknüpfend an Marx und Luxemburg (1918/2000), die Notwendigkeit für die Linke, den parlamentarisch-demokratischen Staat zu verteidigen, weil er durch die mit ihm verbundenen Freiheitsrechte Terrains für emanzipative Kämpfe eröffnet, für deren Garantie sich andere Formen noch nicht herausgebildet haben (Demirović 2007: 147).

Diese Normalform des kapitalistischen Staates kennzeichnet sich Poulantzas zufolge durch hegemoniale, das heißt auf Konsens beruhende, Herrschaftsstrategien aus, die durch repräsentative demokratische Institutionen mit allgemeinem Wahlrecht, konkurrierenden Parteien und Gewaltentrennung möglich werden. Die Setzung von Recht erfolgt auf Grundlage einer Verfassung. Das sind die Verfahrensweisen, die Relais zur Vermittlung der gegensätzlichen Interessen bieten und damit einen stabilen und vorhersehbaren Rahmen für die Kapitalakkumulation ermöglichen. Ausnahmestaaten schaffen hingegen das Wahlprinzip, das Mehrparteiensystem und die Rechtsstaatlichkeit ab und durchbrechen die Verfassung (Poulantzas 1970/1973: 343ff; 1975/1977: 102f). Während die Normalform des Staates Perioden entspricht, in denen bürgerliche Herrschaft stabil und sicher ist, stellen ausnahmeförmige Regierungstechnologien Antworten auf eine Krise der Hegemonie dar (1970/1973: 58ff; 1975/1977: 82ff).

Vor dem Hintergrund der 1973 einsetzenden Weltwirtschaftskrise und der dadurch sich verdichtenden Hegemoniekrise des Fordismus entwickelte Poulantzas das Konzept des autoritären Etatismus (ausführlich dazu Oberndorfer 2012a). Die

Beobachtungen von Poulantzas vollzogen sich nicht nur vor der Hintergrundfolie eines „Double-Dips“ (zwei aufeinander folgenden Rezessionen) mit einer daran anschließenden Stagnation, welcher der Verlaufsform der gegenwärtigen wirtschaftlichen Entwicklung gleicht, sondern konnten auch schon die politischen Rückkopplungen der ökonomischen Krise einbeziehen. Die Worte, mit denen Poulantzas diesen Zusammenhang beschreibt, lassen sich daher nicht zufällig auf die Einschätzung der aktuellen Krise des europäischen Staatsapparate-Ensembles übertragen: „Die *gesamte gegenwärtige Phase* ist durch das bemerkenswerte Anwachsen der *generischen* Elemente der politischen Krise und der Krise des Staates gekennzeichnet, ein Anwachsen, das mit der ökonomischen Krise des Kapitalismus verbunden ist.“ (Poulantzas 2002: 253)

Wie oben skizziert argumentiert Poulantzas, dass Formen des Ausnahmestaates Reaktionen auf *spezifische* krisenhafte *Konjunkturen* darstellen. Da sich seiner Einschätzung nach mit dem von ihm beobachteten gesellschaftlichen Bruch in Anschluss an 1973 Krisentendenzen als *dauerhafte* Merkmale des Kapitalismus herausbilden, versteht er den autoritären Etatismus *nicht* als Form des Ausnahmestaates, sondern als *neue* Normalform des Staates. Wesentliche Merkmale des Ausnahmestaates koexistieren mit den „normalen“ Merkmalen des kapitalistischen Staates und modifizieren diese – es kommt zu einer Symbiose und ständigen Funktionsüberschneidung (Jessop 2006: 58).

Was damit gemeint ist, wird deutlich, wenn man die zentralen Kennzeichen betrachtet, die mit dieser Entwicklungstendenz verbunden sind: Äußerst verdichtet (für eine ausführliche Darstellung siehe Oberndorfer 2012a) lassen sich vier zentrale Momente des autoritären Etatismus feststellen: Die Legislative verliert bedeutend an Macht gegenüber der Exekutive, dies wird zweitens begleitet durch ein „Schwinden der Rechtsstaatlichkeit“ (Jessop 2006: 56; Poulantzas 2002: 247). Drittens lässt sich ein Bedeutungsverlust der Parteien feststellen, die zunehmend nicht mehr die gesellschaftlichen Interessen in die Produktion von Hegemonie einspeisen, sondern vielmehr den Staat gegenüber der Bevölkerung repräsentieren (Poulantzas 2002: 259ff). Viertens kommt es, wie John Kannankulam Poulantzas (2008: 246ff) auf den Punkt bringt, zu einer zunehmenden Verlagerung der Entscheidungsfindung hin zu informellen, „parallel operierenden Machtnetzen, welche die offiziellen und formalen Wege und Kanäle umgehen“ (ebd.: 20).

Diese Darstellung zeigt, dass es im autoritären Etatismus nicht wie in Formen des Ausnahmestaates zur *völligen* Aufhebung der Verfahren der formalen Demokratie kommt, sondern zu deren Einschränkung, Durchbrechung und Überlagerung. Auch wenn die Verwaltung schon immer der *zentrale* Ort zur

Ausarbeitung des instabilen Kompromissgleichgewichts des Herrschaftsgefüges war, wird durch die Schwächung der repräsentativen Demokratie diese Rolle von der Exekutive nahezu ausschließlich monopolisiert. Der durch die Parteien und Parlamente vermittelte komplexe zivilgesellschaftlich-staatliche Konsensbildungsprozess wird unterlaufen, indem die dominanten Interessen nun nicht mehr auf dem parlamentarischen Schauplatz zu 'nationalen' Interessen ausgearbeitet werden, vielmehr sind die „verschiedenen ökonomischen Interessen [...] nun unmittelbar in der Verwaltung präsent und werden dort als solche umgesetzt“ (Poulantzas 2002: 247). Sogar die marginale Berücksichtigung der Forderungen der Subalternen in der Ausarbeitung staatlicher Politik wird so immer zweifelhafter.

2. Das europäische Staatsapparate-Ensemble und der autoritäre Wettbewerbsetatismus

„Niemand kann über seine Zeit hinaus“ hält Poulantzas mit Hinblick auf Gramsci fest (Poulantzas 1980, 70). Und so konnte auch Poulantzas die Phase, in welcher der Neoliberalismus sich ab Anfang der 1980er als *konstruktives* Projekt (Overbeek 2000: 182f) im Leben der Subalternen verankern konnte, nicht vorhersehen. Genauso wenig war für ihn absehbar, dass es im Rahmen der EU gelingen würde, den Binnenmarkt, die Währungsunion und die periphere Integration Süd- und Osteuropas als konkrete, *auf Konsens basierende* Projekte des Neoliberalismus umzusetzen, die sich als „im Allgemeininteresse“ stehende Lösung drängender sozialer, volkswirtschaftlicher und politischer Probleme (Bieling/Steinhilber 2000: 106) in Szene setzen konnten und sich zur *hegemonialen* „wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise“ zusammenfügten (Ziltener 1999: 132ff).

Gerade darin liegt ein weiterer Grund, warum sich der poulantzianische Theorierahmen zur Analyse der *gegenwärtigen* Phase empfiehlt: In dem Moment, in welchem der Neoliberalismus zunehmend seine konstruktiven, führenden Elemente (Gramsci 1992: 496) verliert, indem die wettbewerbliche Ideologie als „inneres Bindeglied“ zerbricht (Poulantzas 2002: 271), entwickelt sich eine gesellschaftliche Konstellation, die den autoritären Etatismus nicht nur re-aktualisiert, sondern ihm erst zu seiner vollen Entfaltung verhilft. Daher habe ich angesichts der schon 2011 zu beobachtenden Hegemoniekrise der neoliberalen Entwicklungsweise und der damit verbundenen institutionellen Verschiebungen vorgeschlagen, die gegenwärtige *Phase der europäischen Integration* als autoritären *Wettbewerbsetatismus* begrifflich zu fassen (Oberndorfer 2012a).

Aufgrund der Anfang der 1980er verstärkter einsetzender Internationalisierung und Europäisierung von Staatlichkeit (Bieling 2004; Brand/Görg/Wissen 2007; Wissel 2007), die dazu geführt hat, dass sich innerhalb der EU nationalstaatliche Herrschaft als *eine* Ebene des europäischen Staatsapparate-Ensembles re-konfiguriert hat (Buckel/Fabian/Kannankulam/Wissel 2014), sind die institutionellen Präventiv-Dispositive im autoritären Wettbewerbsetatismus allerdings auf *unterschiedlichen* Maßstabsebenen angesiedelt.

Es überrascht dabei nicht, dass die *ökonomischen* Bausteine der Krisenpolitik auf der *europäischen* Ebene des Gesamtensembles eingerichtet werden (siehe dazu 2.2). Denn die strukturellen Selektivitäten dieses Terrains erschweren es den Bewegungen und den Gewerkschaften, diese Politiken zu beeinflussen bzw. in Frage zu stellen (Horn/Wigger 2013: 202f). Umgekehrt sind die *direkt-repressiven* Instrumente gerade auf der nationalstaatlichen Ebene des europäischen Staatsapparate-Ensembles angesiedelt, da diese immer noch das zentrale Terrain von sozialen Bewegungen bildet. So erfolgt auch die Neuzusammensetzung und Neuaufrichtung dieser Dispositive (siehe dazu 2.1) im Wesentlichen auf der Ebene der Nationalstaaten und im *Wechselverhältnis* zur Tiefe der sie kennzeichnenden Staatskrisen (Caceres/Oberndorfer 2013).

2.1. Die Neuzusammensetzung von direkt repressiven Präventivdispositiven auf der nationalen Ebene des europäischen Staatsapparate-Ensembles

Paradigmatisch für die Errichtung neuer repressiver Instrumente steht das Anfang Juli 2015 in Spanien in Kraft getretene „Gesetz der bürgerlichen Sicherheit“. Seither kann etwa die Verbreitung von Fotografien von Polizisten, das Verbrennen der spanischen Fahne und die Teilnahme an Spontandemos zur Verhinderung von Wohnungsräumungen mit einer Ordnungsstrafe von bis zu 30.000 Euro belegt werden – über deren Verhängung nicht Gerichte, sondern Polizeibehörden entscheiden. Der zuständige UN-Sonderberichterstatter kommt in einem Bericht zu dem Schluss, dass das neue Gesetz „den Kern des Rechts auf Versammlungsfreiheit verletzt, indem es eine große Spanne von Handlungen und Verhaltensweisen unter Strafe stellt, die essentiell sind für die Ausübung von Grundrechten.“⁸ Rechte „die man erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden“ (Poulantzas 2002: 232). Dass diese in ganz Europa – wenn auch äußerst ungleich – sich vollziehende Etablierung neuer, *direkt* repressiver Präventivdispositive

8 <http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=15597&LangID=E> (1.8.2015)

(Dopplinger/Kretschmann 2014; Petzold/Pichl 2013; Adensamer/Sagmeister 2015) eine Antwort auf die 2011 einsetzenden Kämpfe der Subalternen darstellt, gestand Felip Puig, der damalige katalonische Innenminister schon 2012 offen ein: „Wir brauchen ein System, das den Demonstranten Angst macht.“⁹

Fünf Jahre nach den Platzbesetzungen in Spanien sah sich auch die französische Regierung mit einer massiven Bewegung konfrontiert. Die im Wege der 2011 neu eingerichteten New Economic Governance der EU (im konkreten Fall das Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten – siehe dazu die Darstellung im folgenden Abschnitt) erzwungene „Arbeitsmarktreform“ stieß die Nuit-Debout-Bewegung an. Unter der Losung „Gegen das Arbeitsgesetz und seine Welt“ adressierte die zu Beginn vor allem von Schüler_innen und gut ausgebildeten Prekären getragene Bewegung nicht nur die neoliberalen Reformen, sondern auch die mit der Krise verschärft einsetzende Entdemokratisierung. Ähnlich wie in Spanien war es erst diese Bewegung der Platzbesetzungen und des gesellschaftlichen Aufbruchs, welche auch die Mobilisierung der „linken“ Gewerkschaften nach sich zog und in eine Streikbewegung mündete, die im Mai 2016 sogar Benzinengpässe hervorrief.

Die Antwort des Staates verlief ähnlich repressiv (dazu ausführlich Oberndorfer 2016) wie in jenen europäischen Staaten, in denen sich der Einbruch der Ökonomie besonders rasch und tief vollzog und eine weitreichende politische Krise nach sich zog: Den am Tag nach den Terroranschlägen vom 13.11.2015 verhängte Ausnahmezustand (*état d'urgence*) setzte die sozialdemokratische Regierung, obwohl er aufgrund einer völlig anderen Gefahrenlage ausgerufen wurde, zum Verbot von (Groß-)Demonstrationen und Hausarresten für Gewerkschaftsaktivist_innen ein. Die gegen die Bewegung zum Einsatz gebrachte massive Polizeigewalt legitimierte Premierminister Manuel Valls mit einer Paraphrase der Aussage von Felip Puig, welche die staatliche Verpflichtung auf das Verhältnismäßigkeitsprinzip relativierte: „Es gibt keine Anweisung zur Zurückhaltung!“¹⁰

2.2 Die im Anschluss an die Krise auf der europäischen Ebene eingerichteten ökonomischen Präventivdispositive

Im Bereich der *ökonomischen* Präventivdispositive kam es mit der 2011 in Kraft getretenen „New Economic Governance“ zu einer teilweisen Europäisierung

9 Moll: „Wir brauchen ein System, das den Demonstranten Angst macht“, in: Süddeutsche Zeitung, 21.4.2012.

10 Le Parisien v. 19.5.2016.

der im südeuropäischen Laboratorium erprobten Politik von einschneidenden Kürzungen bei sozialer Infrastruktur und Wettbewerbsfähigkeit durch innere Abwertung (Senkung von Mindestlöhnen, Dezentralisierung der Tarifsysteme und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes). Die abgesperrt von populärer Kritik auf europäischer Ebene vollzogene und daher vom damaligen Kommissionspräsidenten auch als „stille Revolution“ (Barroso 2010) bezeichnete Beschlussfassung von sechs weitreichenden EU-Rechtsakten beinhaltet im Wesentlichen die Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und ein *neues* Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten (detailliert dazu Oberndorfer 2015).

Das neue Verfahren ermöglicht es der europäischen Exekutive – *ohne* Mitbestimmungsrechte der Parlamente (auf nationaler als auch auf europäischer Ebene) –, einen Mitgliedstaat beim Vorliegen eines übermäßigen Ungleichgewichtes auf die Vorlage eines „Korrekturmaßnahmeplans“ zu verpflichten. Dessen Nichtumsetzung mit der Verhängung von Geldbußen sanktioniert werden kann. Dass die Kommission zuletzt mehreren Mitgliedstaaten im Rahmen dieses Verfahrens die Senkung ihrer Mindestlöhne und ihrer Leistungen bei Arbeitslosigkeit, die Verlagerung der Tarifvertragsverhandlungen auf die betriebliche bzw. regionale Ebene sowie Privatisierungen empfahl (ebd.: 195ff), zeigt an, welche Ungleichheiten hier bekämpft werden sollen (Schulten/Müller 2013): Das Verfahren zielt auf wettbewerbsstaatliche Angleichung durch innere Abwertung.

2013 kam es zu einer Ergänzung der Economic Governance durch zwei weitere Verordnungen (sogenanntes Twopack), welche einerseits der Kommission das Recht geben, nationale Haushaltspläne nicht zu genehmigen, wenn sie diese mit den Fiskalregeln der Union (dem verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt, den Maastricht-Kriterien und dem Fiskalpakt) als unvereinbar erachtet (Oberndorfer 2015: 200f) und andererseits *den Anschein* erwecken soll, die Kommission operiere im Rahmen der Troika nach rechtlich geregelten Verfahren. Ebenfalls 2013 trat der Fiskalpakt in Kraft. Da die entsprechenden Konsenserfordernisse zu seiner Beschlussfassung innerhalb der europäischen Verträge nicht gegeben waren, erfolgte eine Flucht ins Völkerrecht. Der Fiskalpakt verpflichtet die Vertragsparteien auf die Einführung von Schuldenbremsen (Nulldefizit) und von automatischen Korrekturmechanismen, sollten diese nicht eingehalten werden (detailliert dazu Oberndorfer 2012c).

2.3 Das Muster des autoritären Wettbewerbsetatismus

Die Analyse der seit 2010 beschlossenen ökonomischen und direkt repressiven Dispositive und der dahinter liegenden Umbrüche legen das Muster des auto-

ritären Wettbewerbsetatismus frei, das Asoka Wöhrmann, „Chefstrategie“ der größten deutschen Fondsgesellschaft, bereits vier Jahre vor der weitgehenden Entmachtung des griechischen Parlaments, anschaulich skizziert hat: „Wenn Europa überleben will, müssen klare Regeln her. Und wer sie bricht, dem wird die Souveränität entzogen. Das können wir uns heute kaum vorstellen.“¹¹

Nahezu jeder Bestandteil dieser Aussage beschreibt ein Moment des autoritären Wettbewerbsetatismus. Allein der Begriff der Souveränität verschleiert den Kern der gegenwärtigen Entwicklungen. Auch wenn der enge Horizont des juristischen Diskurses es meist nicht zu erfassen vermag, ist „die nationalstaatliche Souveränität“ schon lange im europäischen Staatsapparate-Ensemble aufgegangen. Der autoritäre Wettbewerbsetatismus vereinfacht den Zugriff *exekutiver* Staatsapparate (unter *Einschluss* der Regierungen der Mitgliedstaaten) auf die noch auf nationalstaatlicher Maßstabebene verankerten sozialen (Grund-)Rechte. Er ist daher kein „Angriff Brüsseler Bürokraten“ oder „neoliberaler Zirkel“ auf „den Nationalstaat“ (so in der Tendenz Streeck 2013: 239). Vielmehr lässt er sich als Ausdruck der sich durch die Hegemoniekrise beschleunigt re-konfigurierenden Kräfteverhältnisse im europäischen Block an der Macht verstehen, der auf die zunehmenden Kämpfe der Subalternen trifft und dadurch das europäische Staatsapparate-Ensemble durch den Einbau ausnahmeförmiger Momente auf neue Weise zusammensetzt.

Es kommt dabei *erstens* zu einer *Entwertung jener politischen Terrains*, auf denen die Forderungen der Subalternen noch vergleichsweise günstige Resonanz finden. Parlamente und die „Parteien an der Macht“ sind kaum noch mehr als Orte, in denen – wenn überhaupt – die Imperative des europäischen Staatsapparate-Ensembles, deren *Teil* die Exekutiven der nationalstaatlichen Maßstabebenen sind, mit dem Schein repräsentativ-demokratischer Legitimität versehen werden. Auch wenn die mit der Erklärung des Euro-Gipfels verordnete Entmachtung des griechischen Parlaments sicher eine der brutalsten Beschneidungen parlamentarischer Rechte ist, die sich im ökonomischen Zentrum seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vollzieht, lässt sich diese Stoßrichtung zur Einschränkung parlamentarischer Rechte in *allen* ökonomischen Bausteinen der Krisenpolitik auffinden: Die im Fiskalpakt und im verschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt enthaltenen Fiskalregeln sind äußerst schwer abänderbar. Während der Stabilitäts- und Wachstumspakt, da er auf EU-Verordnungen beruht, noch vergleichsweise einfach durch eine qualifizierte Mehrheit neu aufgesetzt werden kann, braucht es aufgrund des völkerrechtlichen Charakters des Fiskalpaktes für seine Abänderung die *Einstimmigkeit* aller Vertragsparteien. Angela

11 „Interview, in: „Die Presse“ v. 25.11.2011.

Merkel hat daher nicht grundlos festgestellt, beim Fiskalpakt gehe es darum, dass „Schuldenbremsen dauerhaft in die Rechtsordnungen eingefügt werden, so dass sie bindend und ewig gelten.“¹² Weder das europäische noch das nationalstaatliche Parlament können von sich aus diese „klaren Regeln“ abändern und sind so zumindest relativ – denn ein Bruch dieser Regeln ist immer möglich – gegenüber dem Druck sozialer Bewegungen isoliert.

Darüber hinaus wird nun ein genuin europäischer *Exekutiv*apparat der „geheiligten Stätte [...] legislativer Macht“, welche die „volonté général“ (Poulantzas 2002: 247) verkörpert, übergeordnet. Denn das Twopack ermächtigt die Kommission, die Haushaltspläne der Parlamente zu untersagen, wenn sie gegen die oben genannten *Fiskal*regeln verstoßen, und das Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten erlaubt der europäische Exekutive nun auch in der *Wirtschaftspolitik* den nationalen Parlamenten vorzugeben, welche „Reformen“ sie zu beschließen haben. Gleichzeitig sieht *kein einziger* Baustein der Krisenpolitik eine Aufwertung des Europäischen Parlaments vor. Die zentrale Konfliktachse des autoritären Wettbewerbsetatismus lautet daher nicht ‘Europäische Union vs. Nationalstaat’, sondern ‘europäisches Staatsapparate Ensemble vs. (repräsentative) Demokratie’.

Die *zweite* Tendenz, die den autoritären Wettbewerbsetatismus kennzeichnet, ist damit bereits weitgehend beschrieben, denn die ausgeprägte Entkopplung des europäischen Staatsapparate-Ensembles von Bindungen, welche ihm die Subalternen noch *vergleichsweise* einfach im Wege parlamentarischer Demokratie aufzwingen konnten, führt zu einer massiven Aufwertung der europäischen Exekutive. Diese muss aber weiter differenziert werden: So kommt es genau besehen *nicht generell* zur Stärkung *der* Exekutive. Vielmehr werden mit den im ECOFIN-Rat bzw. in der Eurogruppe vertretenen nationalen Finanzministerien, der Europäischen Zentralbank und der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Kommission gerade jene Staatsapparate aufgewertet, die besonders neoliberal und maskulinistisch konfiguriert sind (Klatzer/Schlager 2012: 23ff). Einen starken Bedeutungsverlust erleiden hingegen die Generaldirektion Beschäftigung und Soziales der Kommission und die nationalstaatlichen Sozialministerien, deren Rolle zunehmend in der Verwaltung des durch die neoliberale Krisenpolitik verursachten Elends liegt. Darüber hinaus ermöglicht nicht zuletzt die Umgehung von Konsenserfordernissen, die Flexibilisierung der unterschiedlichen Maßstabsebenen und die Informalisierung des Apparate-Ensembles (siehe dazu

12 Ö1-Morgenjournal v. 31.1.2012.

die folgenden Absätze), dass auch Apparate der dominanten Staaten – allen voran jene der Bundesrepublik Deutschland – an Macht gewinnen.

Drittens lässt sich beobachten, dass es zu einer weiteren Flexibilisierung des Verhältnisses der unterschiedlichen Maßstabebenen und einer Informalisierung des europäischen Staatsapparate-Ensembles kommt. Sie soll den dominanten Staatsapparaten und den in ihnen eingeschriebenen Fraktionen eine optimale Ausnützung und Verschiebung der Ebenen ermöglichen und damit die Durchsetzung ihrer Interessen erleichtern. So kann dem Widerspruch der Subalternen auf diese Weise strategisch wechselnd eine Empfehlung des Rates bzw. der Kommission, eine Maßnahme 'ihrer' Regierung, ein interiorisierter 'Verwalter' des Gesamtensembles¹³, die EZB mit der Drohung des Nichtankaufs von Staatsanleihen¹⁴ bzw. der Lahmlegung des Zahlungsverkehrs – oder ohne institutionelle Vermittlung – direkt die Drohung der Finanzmärkte in Form eines angekündigten 'Downgrading' entgegentreten.

Das *vierte* Moment, des autoritären Wettbewerbsetatismus ist das Schwinden der Rechtsstaatlichkeit (Jessop 2006: 56). Auf nationaler Ebene lässt sich dies in der beschriebenen Neuzusammensetzung der repressiven Apparate beobachten, die mit einer massiven Einschränkung der Grundrechte einhergeht, die – nochmals mit Poulantzas gesprochen – „man erst wirklich schätzen lernt, wenn sie einem genommen werden“ (Poulantzas 2002: 232). Auf der europäischen Ebene des Staatsapparate-Ensembles artikuliert sich diese Tendenz in dem Umstand, dass die ökonomischen Bausteine der Krisenpolitik im Wege des autoritären Konstitutionalismus errichtet wurden (Oberndorfer 2015). Um die mit einer Änderung der europäischen Verträge verbundenen Konsenserfordernisse zu umgehen, werden Instrumente neoliberaler Wirtschaftspolitik *rechtswidrig* in die „europäische Verfassung“ (europäischen Verträge) eingepresst („New Economic Governance), oder es erfolgt – nach dem Modell des Fiskalpaktes – die vollständige Flucht aus dem Europarecht. Seit 2011 vollzieht sich eine „Verfassungsgebung im Notstandsmodus“ (Rödl 2012: 5), die Carl Schmitt „erschreckende Aktualität [zu] verleihen scheint“ (Joerges 2012: 377). Die *punktuellen* Durchbrechung bestehender Normen und Verfahren der Rechtsetzung und damit die Erosion zentraler Kategorien der Rechtsform werden in der gegenwärtigen Phase ubiquitär – *alle* oben geschilderten ökonomischen Bausteine stehen in wesentlichen Teilen

13 Z.B. von Mario Monti in Italien und Loukas Papadimos in Griechenland.

14 Für die „Rettung“ von Italien und Spanien durch den mittelbaren Ankauf von Anleihen legte die EZB strikte Bedingungen zugrunde und verlangte deren Umsetzung durch Notstandsverordnungen (Caceres/Oberndorfer 2013).

im Widerspruch zum geltenden Europarecht (Oberndorfer 2015). Aufgrund dieses Bruchs mit Momenten der formalen Demokratie ist auch der Begriff der Post-Demokratie nicht mehr zur Erfassung der gegenwärtigen Phase geeignet. Denn Crouch hält fest, dass es in der Post-Demokratie zwar zu einer Erosion substantieller Mitbestimmung kommt, dabei aber die Verfahren der formalen Demokratie *unangetastet* bleiben (2004: 22).

Der Stabilitätsgrad, der notwendig ist, damit ein Kräfteverhältnis „in Form eines allgemeinen Normensystems“ geregelt werden kann, welches seinen eigenen Transformationsbereich festsetzt, ist nicht mehr vorhanden (Poulantzas 2002: 248). Die im Entstehen begriffenen „klaren Regeln“ zur „Rettung Europas“ sind daher nicht mehr mit der Begrifflichkeit des „neuen Konstitutionalismus“ zu fassen, mit der Stephen Gill (1998: 5ff) die europarechtskonforme und zumindest von *passivem* Konsens getragene Verstärkung neoliberaler Dogmen in der europäischen Verfassung beschrieben hat. Angesichts zunehmend durch die Exekutive geprägter, punktueller „Rechtsetzung“, die ohne „verfassungsrechtliche“ Grundlage erfolgt, muss die Begrifflichkeit radikalisiert werden. Vor dem Hintergrund des wegbrechenden Konsenses entfaltet sich ein *autoritärer* Konstitutionalismus.

3. Demokratischer Aufbruch zur radikalen Transformation von Staatlichkeit

Das Ausmaß der Zwangsinstrumente, die im Rahmen des autoritären Wettbewerbsetatismus gegenüber dem griechischen Regierungsprojekt, auf nationaler und auf europäischer Maßstabsebene in relativ kurzer Zeit in Stellung gebracht wurden, ist beachtlich. Die damit verbundene Stärkung der strukturellen Selektivitäten des Staates gegenüber den Forderungen sozialer Bewegungen scheinen die Perspektive auf eine emanzipative Entwicklung völlig zu verstellen.

Nimmt man aber die oben dargelegten Überlegungen zu einer kritischen Theorie der Demokratie in Anschluss an Marx ernst, ergibt sich ein differenzierteres Bild: Denn mit der Beschränkung formaler Demokratie zerstört der europäische Block an der Macht auch jene Relais, Verfahren und Orte der Hegemonieproduktion, die das reibungslose Funktionieren bürgerlicher Herrschaft im ökonomischen Zentrum erst ermöglichen (Poulantzas 1968/1980: 42ff.). Die Ausarbeitung der bornierten korporativen Interessen der unterschiedlichen Kapitalfraktionen zu einer gemeinsamen langfristigen Strategie, die in der Lage ist, die Subalternen zu binden oder zumindest zu passivieren, gestaltet sich immer „stockender, verborgener und ruckweiser“ (Poulantzas 2002: 276).

Aufbauend auf Poulantzas lässt sich daher feststellen, dass der autoritäre (Wettbewerbs-)Etatismus mit einer gleichzeitigen Stärkung und Schwächung des Staates verbunden ist: Da die ihn kennzeichnenden Transformationen die generischen Elemente der Krise verschärfen, stärkt und schwächt er den Staat zugleich. Diese Schwächung und Krise „eröffnen der Linken neue Möglichkeiten“ (Poulantzas 2002: 121).

Allerdings eröffnen der autoritäre Wettbewerbsetatismus und die Hegemoniekrise des Neoliberalismus, die er zu bearbeiten sucht, keineswegs nur emanzipatorische Perspektiven – dies wurde außerhalb Europas zuletzt am Wahlsieg von Donald Trump greifbar. Im Fall der Verdichtung der Krisenelemente kann ein Feld für offene „Gewaltlösungen, für die Aktivität obskurer Mächte, repräsentiert durch die Männer der Vorsehung oder mit Charisma“ (Gramsci 1996: 1578) entstehen. In Momenten des Übergangs zum Ausnahmestaat, so Gramsci, wechselt die „traditionell führende Klasse (...) äußerst schnell und gleichsam blitzartig (...) unter die Fahne einer einzigen Partei“ (ebd.). Auch wenn sie dabei „womöglich Opfer“ erbringen muss und sich mit „demagogischen Versprechungen einer ungewissen Zukunft“ aussetzt, behält sie dabei aber dennoch die Macht (Gramsci 1996: 1578). Die erneute Konjunktur des Rechtspopulismus seit der Krise lässt in manchen Ländern Europas (insbesondere Frankreich, Österreich, Schweden, Ungarn und neuerdings auch in Deutschland) Parteien entstehen, die nicht zuletzt aufgrund ihrer Massenbasis, das Potential für einen solchen „fliegenden Wechsel“ aufweisen.

Auch wenn Poulantzas darauf insistiert, dass der autoritäre Etatismus als neue Normalform des kapitalistischen Staates keinesfalls mit einem Ausnahmestaat oder einem Faschisierungsprozess in eins zu setzen ist, betont er dennoch, dass in ihm Repressionsinstrumente hergestellt und Durchbrechungen der Demokratie normalisiert und eingeübt werden, welche *im Fall* eines Prozesses hin zu einem Ausnahmestaat zu Verfügung stehen (Poulantzas 2002: 239). Dieser Prozess werde zwar nicht allmählich, unbeobachtbar und auf „kaltem Wege“ einsetzen, denn die Errichtung eines Ausnahmestaates impliziere immer einen Bruch. Doch als Beschlagnahme des Staates von außen, würde sich dieser Prozess unter den gegebenen Bedingungen nicht vollziehen, „vielmehr wird es sich um einen Bruch im Inneren des Staates an Nahtlinien handeln, die in seiner gegenwärtigen Konfiguration längst vorgezeichnet sind“ (ebd.).

Gerade deswegen kritisiert Poulantzas eine Linke, die sich nicht entschieden für die Verteidigung, die Ausweitung und Vertiefung der Freiheiten und Institutionen der repräsentativen Demokratie einsetzt und diese mit der Entfaltung von Formen der direkten Demokratie und der Selbstverwaltung von unten verbindet

(Poulantzas 1970/1973: 165ff; ders. 2002: 283). Für diese Strategie steht auch die Feststellung von Alex Demirović, dass sich die Verlaufsform formaler Demokratie nicht als linearer Erosionsprozess gestalte, sondern vielmehr ein zyklisches Muster aufweise (Demirović 2013: 200). Jede Entdemokratisierungswelle bringt neue Demokratiebewegungen hervor (Buckel 2016: 21), welche die Widersprüche politisieren, die sich durch die Einschränkung formaler Demokratie ergeben und zum Fehlen einer „langfristigen Strategie des Blocks an der Macht, zur kurzfristigen Führung und zum Mangel an einem globalen politisch-ideologischen Projekt oder einer Gesellschaftsvision“ führen (Poulantzas 2002: 276).

Und in der Tat verschärft das europäische Staatsapparate-Ensemble mit seinen martialisch errungenen Siegen die Hegemoniekrise der wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise und bietet damit zahlreiche Ansatzpunkte der Politisierung in emanzipativer Perspektive – und zwar in allen gesellschaftlichen Instanzen. Für jeden dieser Bereiche möchte ich als abschließenden Ausblick diese Vertiefung der organischen Krise kurz an *einzelnen Beispielen* skizzieren:

1. *Ökonomisch* ist die äußert erfolgreich durch das europäische Staatsapparate-Ensemble betriebene Strategie der inneren Abwertung entgegen einer häufig vertretenen keynesianischen Sichtweise aus der Perspektive eines *rein bornierten korporativen* Interesses sinnvoll, denn darüber kann die Profitabilität des produzierenden Kapitals wiederhergestellt werden (Stützle 2013: 344ff). Für die Stabilität des europäischen Blocks an der Macht wird dies aber spätestens dann zum Problem, wenn *gleichzeitig* alle anderen Quellen der Nachfrage versiegen. Denn parallel zur inneren Abwertung, welche den Konsum der Lohnabhängigen senkt, wird durch den Stabilitäts- und Fiskalpakt die Politik der Austerität vorangetrieben, welche die öffentliche Nachfrage brutal einschränkt, um den Imperativen der Finanzmärkte zu entsprechen. Und auch die Ausweitung der Verschuldung, die nach der Krise wohl nur durch eine Vergemeinschaftung der Haftung wieder in Gang zu setzen wäre, scheitert an der Fragmentierung des europäischen Staatsapparate-Ensembles. All das erhöht die Abhängigkeit von *externer* Nachfrage und den Druck diese anzueignen. Dass deren beständige und ausreichende Ausweitung gesichert ist, scheint gegenwärtig mehr als fraglich. Eine Entwicklung, die 2015 durch die Finanzkrise und Abkühlung der Nachfrage in Asien greifbar wurde, welche die letzte Säule der Nachfrage unterspülen und allen voran das deutsche Exportmodell unter Druck bringen könnte. Der nächste ökonomische Krisenschub ist daher vorprogrammiert.

2. *Politisch* scheint es über die Flexibilisierung und Informalisierung des europäischen Staatsapparate-Ensembles gelungen zu sein, die „Oppositionszentren“

(Poulantzas 2002: 174) der Subalternen *innerhalb* des Staates zu isolieren und zu umgehen. Doch dadurch ist, wie sich etwa an der Einbindung des IWF in die Troika, mit der Deutschland eine solidarische Krisenpolitik von Anfang an verhindern wollte, zeigen lässt, die Herstellung einer kohärenten und einheitlichen Linie erschwert worden. Und so sehr auch die Durchsetzung der Entmachtung des griechischen Parlaments die Gewaltpotentiale des europäischen Staatsapparate-Ensembles deutlich macht, verzahnt es sich dadurch, dass es in Hinkunft alle Entscheidungen genehmigt, noch stärker mit dem wahrscheinlichen Scheitern des dritten „Hilfspaktes“.

3. *Ideologisch* konnte die Herausforderung, die vom linken Regierungsprojekt ausging, nur zum Preis der tiefgreifenden Zerstörung jener Mythen bewältigt werden, welche bisher den „Europa-Diskurs“ prägten. Spätestens in der „Verhandlungs“nacht vom 12. auf den 13. Juli 2015 traten die im europäischen Staatsapparate-Ensemble verdichteten Herrschaftsverhältnisse des europäischen Kapitalismus und ihr Spannungsverhältnis zur Demokratie so offen zu Tage, dass diese von einer breiten europäischen Öffentlichkeit wahrgenommen, kritisiert und in den sozialen Medien mit den Hashtags #ThisIsACoup und #ThisIsNotMyEurope¹⁵ versehen wurden – eine Bewertung, die linksliberale Intellektuelle im Anschluss nachvollzogen (Krugmann 2015). Die Aussage, dass sich das europäische Staatsapparate-Ensemble auf den Werten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gründe (Art. 2 EU-Vertrag), scheint allgemein wahrnehmbar in Frage gestellt zu sein.

Diese Beispiele aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen zeigen, wie die Interventionen des europäischen Staatsapparate-Ensembles zwar bisher verhindern können, dass sich die Kräfteverhältnisse grundlegend ändern, dabei aber gleichzeitig neue Krisen, Widersprüche und Widerstand produzieren. Dem autoritären Wettbewerbsetatismus „mislingt nicht nur die Erfassung der Massen in seinen disziplinarischen Ketten (...). Er provoziert vielmehr eine (...) wahrhaftige Explosion demokratischer Ansprüche.“ (Poulantzas 2002: 277)

Auch wenn daher mit der Niederwerfung des linken Regierungsprojekts in Griechenland am 12. Juni 2015 der „erste Akt des revolutionären Dramas auf dem europäischen Kontinent“ (Engels 1851/1988: 5) zu Ende gegangen ist, spricht einiges – unter anderem die progressiven Stadtregierungen in Spanien, die Be-

15 #ThisIsACoup: how a hashtag born in Barcelona spread across globe, in: The Guardian v. 13.6.2015.

wegung rund um Jeremy Corbyn im Vereinigten Königreich, das Aktivwerden vieler Menschen im Rahmen der durch das europäische Staatsapparate-Ensemble zu verantwortenden Migrationskrise und die völlig überraschend entstehende Nuit-Debout-Bewegung in Frankreich (Oberndorfer 2016) – dafür, dass dies noch nicht der letzte Akt des europäischen Frühlings war.

Die nach dem Ende des ersten Aktes verlangsamte Zeitmatrix gibt möglicherweise den Raum für ein notwendiges Stück Arbeit: „Für die Untersuchung der Ursachen, die unweigerlich sowohl zu der letzten Erhebung wie zu ihrem Mißlingen führten. Ursachen, die nicht in den zufälligen Bestrebungen, Talenten, Fehlern, Irrtümern oder Verräterreien einiger Führer zu suchen sind, sondern in dem allgemeinen gesellschaftlichen Zustand [...]. Alle Welt weiß heutzutage, daß jeder revolutionären Erschütterung ein gesellschaftliches Bedürfnis zugrunde liegen muß, dessen Befriedigung durch überlebte Einrichtungen verhindert wird. [...] Sind wir also einmal geschlagen, so haben wir nichts anderes zu tun, als wieder von vorn anzufangen.“ (Engels 1851/1988: 5)

Literatur

- Adensamer, Angelika/Sagmeister, Maria (2015): Die umkämpfte Verfassung – Kommentar zum Polizeilichen Staatsschutzgesetz, in: *juridikum* 3/2015, 301-308.
- Barroso, José Manuel (2010): Rede am European University College, 18. Juni 2010.
- Becker, Joachim (2012): Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU, in: *Prokla* 168, 467-476.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster, 102-130.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): Verdichtungen zweiter Ordnung – Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive, in: *Prokla* 147, 217-234.
- Buckel, Sonja (2017): Dialektik von Kapitalismus und Demokratie heute, in: Eberl, Oliver/Salomon, David (Hrsg.): *Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie*, Wiesbaden
- Buckel, Sonja/Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2014): Theorien, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: *Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa* (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik – Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung*, Bielefeld, 15-86.
- Caceres, Imayna/Oberndorfer, Lukas (2013): Spanien und die Neuzusammensetzung von Zwang und Konsens im autoritären Wettbewerbsetatismus, in: *juridikum* 4/2013, 453-462.

- Crouch, Colin (2004) *Postdemokratie*, Bonn.
- Demirović, Alex (2007): *Nicos Poulantzas – Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*, Münster.
- (2013): *Multiple Krisen, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung*, in: *Prokla* 171, 193-215.
- Dopplinger, Lorenz/Kretschmann, Andrea (2014): *Zur Produktion gefährlicher Räume*, in: *juridikum* 1/2014, 19-28.
- Engels, Friedrich (1851/1988): *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*, in: *MEW*, Berlin, S. 5
- (1852/1960): *Revolution und Konterrevolution in Deutschland*, *MEW* 8, Berlin.
- Geiger, Rudolf/Kahn, Daniel-Erasmus/Kotzur, Markus (2010): *Art 137 AEUV*, in: Geiger, Rudolf/Kahn, Daniel-Erasmus/Kotzur, Markus (Hg.): *EUV/AUEV-Kommentar*, München.
- Gramsci, Antonio (1992); (1996): *Gefängnishefte*, Hamburg.
- Hellwig, Martin (2015): *Notstand oder Erpressung*, in: *Handelsblatt* vom 3.7.2015.
- Horn, Laura/Wigger, Angela (2013): *Ungleiche Entwicklung und politischer Widerstand – auf zu einem europäischen Frühling?*, in: *Das Argument* 301, 200-2009
- Janssen, Ronald (2015): *Questions For The Left From The Greek Debacle*; Online unter: <http://www.socialeurope.eu/2015/07/questions-left-greek-debacle/>
- Jessop, Bop (2006) *Kapitalistischer Staatstyp und autoritärer Etatismus – Poulantzas Staatstheorie als moderner Klassiker*, in: *Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo* (Hg.): *Poulantzas lesen*, Hamburg, 48-64.
- Kannankulam, John (2008): *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus – Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas*, Hamburg.
- Klatzer, Elisabeth/Schlager, Christa (2012) *Genderdimensionen der neuen EU-Economic Governance*, in: *Kurswechsel* 1/2012, 23–35.
- Krugmann, Paul (2015) *Killing the European Project*, http://krugman.blogs.nytimes.com/2015/07/12/killing-the-european-project/?_r=0 2015
- Lorey, Isabell/Raunig, Gerald (2015): *Das gespenstische Potenzial der potere constituente – Vorbemerkungen zu einem europäischen konstituierenden Prozess*, in: *Negri, Antonio/Sánchez Cedillo, Raúl*: *Für einen konstituierenden Prozess in Europa*, 9-39
- Lipietz, Alain (1991): *Governing the Economy in the Face of International Challenge – From National Developmentalism to National Crisis* in: *J.F. Hollifield/G. Ross* (Hg.): *Searching the new France*, London/New York, 17-42
- Luxemburg, Rosa (1918/2000): *Zur russischen Revolution*. Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd. 4, Berlin.
- Marx, Karl (1852/1960): *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte*. *MEW* 8, Berlin.
- (1850/1969): *Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850*. *MEW* 7, Berlin.
- Oberndorfer, Lukas (2012a): *Hegemoniekrise in Europa – Auf dem Weg zu einem autoritären Wettbewerbsetatismus?*. In: *Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa* (Hg.): *Die EU in der Krise*, Münster.

- (2012b): Die Renaissance des autoritären Liberalismus? Carl Schmitt und der deutsche Neoliberalismus vor dem Hintergrund des Eintritts der „Massen“ in die europäische Politik, in: Prokla 168, 413-431
- (2012c): Der Fiskalpakt – Umgehung der „europäischen Verfassung“ und Durchbrechung demokratischer Verfahren?, in: juridikum 2/2012, 168-181.
- (2015): From new constitutionalism to authoritarian constitutionalism – New Economic Governance and the state of European democracy, in: Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (Hg.): Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures, New York, 186-207.
- (2016): Europa und Frankreich im Ausnahmezustand? in: Prokla 185
- Overbeck, Henk (2000): Auf dem Weg zu einer neo-gramscianischen Theorie der europäischen Integration, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster 162-188.
- Petzold, Tino/Pichl, Maximilian (2013): Räume des Ausnahmerechts: Staatliche Raumproduktionen in der Krise am Beispiel der Blockupy-Aktionstage 2012, in: Kriminologisches Journal 3/2013, 211-227.
- Poulantzas, Nicos (1968/1980): Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt am Main
- (1970/1973): Faschismus und Diktatur – Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München
- (1974/1975): Klassen im Kapitalismus heute, Berlin
- (1975/1977): Die Krise der Diktaturen – Portugal, Griechenland, Spanien, Frankfurt am Main
- (2002): Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus, Hamburg
- (1979): „Es geht darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen!“ – Interview mit Nicos Poulantzas, in: Prokla 37, 127-140.
- (1980) Marxismus zwischen Sozialdemokratie und realem Sozialismus in Bischoff, Joachim/Kreimer, Jochen (Hg.) Annäherungen an den Sozialismus – Strategien eines dritten Weges zum Sozialismus , Hamburg, 55-74.
- Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2013) A New European Interventionism? The Impact of the New European Economic Governance on Wages and Collective Bargaining, in: Natali, David/Vanhercke, Bart (Hg.) Social Developments in the EU, Brussels.
- Streek, Wolfgang (2013) Gekaufte Zeit – Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin
- Spiegel, Peter/Hope, Kerin, Frustrated officials want Greek premier to ditch Syriza far left, Financial Times v. 5. April 2015
- Sablowski, Thomas (2015): Ja zur Demokratie, nein zur Austeritätspolitik in ganz Europa, <http://www.rosalux.de/publication/41614/> (1.8.2015)
- Stützle, Ingo, Austerität als politisches Projekt – von der monetären Integration Europas zur Eurokrise, Münster 2013

- Varoufakis, Yanis (2015): The Defeat of Europe, in: *Le Monde diplomatique* August 2015.
- Wissel, Jens (2007) *Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen*, Baden-Baden.
- Ziltener, Patrick (1999): *Strukturwandel der europäischen Integration*, Münster.

Andreas Fisahn

Europäische Fliehkräfte

I. Anwachsen der Fliehkräfte

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: „Die europäische Union befindet sich in einer existenziellen Krise.“ Dabei ist Krise im Zweifel der falsche Ausdruck, weil mit Krise etymologisch ein Wendepunkt gemeint ist, der zu neuen Entscheidungen und Entwicklungen führt. Weder aber ist ein Wendepunkt absehbar, sondern eher ein Durchwursteln und „weiter so“, noch sind grundlegende, neue Entscheidungen erwartbar. Es zeichnet sich vielmehr eine Art Zerbröseln des institutionellen Rahmens der EU ab, weil die zentrifugalen Tendenzen nicht mehr durch integrative Momente kompensiert werden können. Die Symptome für die Fliehkräfte innerhalb der Union sind allgegenwärtig und bestimmen den Diskurs der europäischen Politik.

An erster Stelle ist die Flüchtlingspolitik zu nennen, weil sie die Dissonanz so offensichtlich gemacht hat und dies weiterhin machen wird, wenn sie auch nicht grundlegend für die europäische Krise ist. Es ist nicht gelungen, einen halbwegs realistischen Verteilungsschlüssel für die Flüchtlinge, die nach europäischem Recht ein Bleiberecht haben, durchzusetzen – auch weil sich die Staaten ohne EU Außengrenzen, voran Deutschland, vorher auf Kosten der südlichen Staaten die Flüchtlinge „vom Hals gehalten“ haben. Weiter haben Ungarn und Polen nicht nur in der Flüchtlingsfrage die Befolgung europäischer Rechtsvorschriften mehr oder weniger offen aufgekündigt – jedenfalls solcher, die den Ländern keine Vorteile bringen. Cameron hat für Großbritannien weitere Spezialbedingungen der Mitgliedschaft in der EU ausgehandelt, Frankreich und Italien arbeiten derweil daran, die Maastricht-Kriterien und alle folgenden, unsinnigen Stabilitätspakte aufzuweichen. Dabei ist die zentrale Achse Paris-Berlin mindestens beschädigt worden, wenn nicht zerbrochen. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat Macht usurpiert, die ihr vertraglich nicht zusteht. Nach den europäischen Verträgen soll sie nur Geldpolitik betreiben; sie stabilisiert den Euro aber nur wenig kaschiert durch theoretisch verbotene Interventionen auf den Anleihemärkten und befasst sich als Teil der Troika außer mit Geldpolitik auch mit fast allen

Politikfeldern. In Griechenland und Portugal sind Regierungen gewählt worden, die offen bekunden, den wirtschaftspolitischen Konsens der EU nicht mehr zu teilen. Die mittelosteuropäischen Staaten haben – veranlasst durch die Flüchtlingsfrage – eine Allianz wieder aufleben lassen, die Visegrad-Gruppe. Dies wird die Machtverteilung und Politik in Europa absehbar deutlich verändern. Diese Liste ließe sich fortsetzen, interessanter erscheint es aber, die Ursachen für diese Symptome zu ergründen.

Die zentrifugalen Kräfte sind auf unterschiedliche Ebenen zu finden: Erstens zerstört sich die EU durch ihren eigenen Erfolg, d.h. die Zustimmung in der Bevölkerung sinkt, weil die in den Verträgen angestrebte Wettbewerbsdynamik effektiv entfacht wurde. Zweitens sind mit der Krise die trotz der Integration fortbestehenden, nur übertünchten Differenzen auf eine Weise bearbeitet worden, welche diese zu Widersprüchen und offenen Konflikten verschärft haben. Deutschland hat durch seinen Versuch, als dominante europäische Macht im eigenen Interesse Krisenlösung durch Austerität zu betreiben, desintegrierende Ergebnisse produziert, ohne dass sich eine neue Form der Hegemonie oder Kooperation abzeichnet. Diese Thesen sind zu explizieren.

II. Das Unbehagen an der Wettbewerbsordnung

1. Wettbewerbsordnung

Seit den 1980er Jahren wurde die Staatengemeinschaft in Europa Schritt für Schritt in eine neoliberale Wettbewerbsordnung überführt. Die EWG entwickelte sich von einer interventionistisch orientierten Zollunion zur wettbewerbsorientierten, neoliberalen Europäischen Union, in der nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Staaten miteinander konkurrieren. Schon im Jahre 1981 starteten der deutsche Außenminister Genscher und sein italienischer Kollege Colombo eine Initiative, deren Intention die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes war, der 1987 mit der Einheitlichen Europäischen Akte als „Raum ohne Binnengrenzen“ vertraglich festgeschriebene Zielsetzung der Europäischen Gemeinschaften wurde. Der Binnenmarkt wurde ausgestaltet als Wettbewerbsordnung, in der zunächst die Unternehmen der Mitgliedstaaten konkurrieren sollen, was, so die Theorie, am Ende zu einer Wohlstandsmehrung für alle führen soll. Der Lissabonner Vertrag beschwört gleich an vier verschiedenen Stellen, dass die Wirtschaftspolitik der EU – so Art. 120 AEUV – „im Einklang mit dem Grundsatz einer *offenen Marktwirtschaft* mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird,“ stehen solle.

Dies wird nicht nur proklamiert, sondern in den Verträgen durchdekliniert, von der Priorität der Geldwertstabilität über Subventionsverbote bis hin zu der Einforderung von Wettbewerb bei der Nutzung der Infrastrukturnetze. Die EU wollte, um „wettbewerbsfähigste Raum der Welt“ zu werden, eine Ordnung ohne „Wettbewerbsverzerrungen“ schaffen. Eine solche Ordnung braucht Regeln unmittelbar für den Wettbewerb wie ein europäisches Kartellrecht oder Regeln zur Beseitigung von Regeln, also die Regulierung der Deregulierung. Zentral war die Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse, was durch die Harmonisierung, Anerkennung oder die Abschaffung von Anforderungen an die Beschaffenheit oder Sicherheit von Produkten ermöglicht wurde. Ein Binnenmarkt braucht schließlich gemeinsame Regeln, um mittelbar gleiche Bedingungen für die Konkurrenten zu schaffen.

Die Dienstleistungsfreiheit der Europäischen Verträge wurde genutzt, um Unternehmen die Möglichkeit zu eröffnen, über Landesgrenzen hinweg ArbeitnehmerInnen zu Bedingungen des Entsendestaates anzubieten. Sie wurde von der Kommission als Vehikel eingesetzt, um einen europäischen Arbeitsmarkt in dem Sinne zu schaffen, dass Unternehmen ihre Dienstleistungen zu Tarifen des Heimatlandes anbieten. Die Idee war, dass beispielsweise rumänische Stahlbauer in Schweden nach rumänischen Tarifen entlohnt werden. Die Rechtsprechung des EuGH verstärkte diesen Effekt des Lohndumpings, indem sie Tarifregelungen in nationalen Gesetzen, welche die Bindung an die Tariflöhne am Ort der Arbeitsleistung vorsahen, für europarechtswidrig erklärte (EuGH 2007: Rs. C-346/05), und indem sie – in den Fällen Viking (EuGH 2007: Rs. C-438/05) und Laval (EuGH 2007: Rs. C-341/05) – das Streikrecht zu Gunsten der Europäischen Wirtschaftsfreiheiten ausgehebelt hat. Das muss zu einem innereuropäischen Lohnwettbewerb führen, der die Länder mit höheren Löhnen unter Lohndruck setzt, d.h. Lohndumping provoziert. Der Kampf darum, inwieweit durch Mindestlöhne und Tarifbindungen die Dienstleistungsfreiheit eingeschränkt werden darf, ist noch nicht ausgefochten.

Das Pendant zur Dienstleistungsfreiheit, welche den Arbeitskräfteexport der Unternehmen schützt, ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit, d.h. das Recht der EU Bürger, sich in jedem Mitgliedstaat Arbeit zu suchen und sich anzusiedeln. Auch dieses Recht ist gegenwärtig scharf umkämpft, etwa in der Frage, welche Sozialansprüche BürgerInnen aus anderen Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen können.

Das europäische Recht schreibt den Mitgliedstaaten vor, private Konkurrenz in Bereichen zuzulassen, die bis dahin als öffentliche Dienstleistungen erbracht wurden, so bei Post, Telefon oder Eisenbahn. Der Wettbewerb braucht nicht nur einen Abbau der Zollschranken und von Einfuhrbeschränkungen, sondern muss

dem Prinzip der Nichtdiskriminierung folgen. Der Binnenmarkt ist konzipiert als Wettbewerbsordnung, die Konkurrenz erst einführt und „Wettbewerbsverzerrungen“ ausschließen, also gleiche Bedingungen für die Unternehmen, egal aus welchem Mitgliedstaat sie kommen, einführen soll. Zum Zwecke der Herstellung eines europäischen Binnenmarktes werden die Rechtsordnungen der Mitgliedstaaten über das Europarecht angeglichen. Das bringt relevante demokratische und soziale Probleme mit sich, die anschließend zu diskutieren sind.

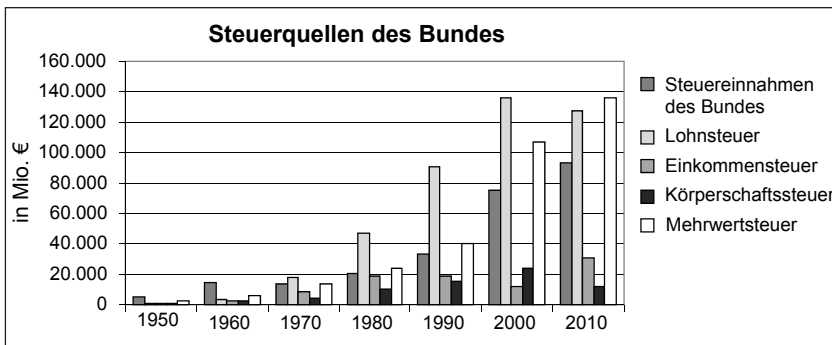
Um den Wettbewerbsmechanismus vollständig zu erfassen, ist es zunächst wichtig festzuhalten, dass es zwei wichtige Ausnahmen von der Harmonisierung gibt: Steuern und Soziales. Im Bereich des Steuerrechts kann die EU nur einstimmige Entscheidungen und diese nur über indirekte Steuern treffen (Art. 113 AEUV). Die Kompetenzvorschriften im AEUV zur Sozialgesetzgebung sind etwas komplizierter als die kurze Kompetenzvorschrift im Bereich des Steuerrechts. Auch hier wird mit Einstimmigkeitsregeln gearbeitet, werden die Kompetenzen explizit enggefasst und Schutzklauseln etwa für kleine und mittlere Unternehmen normiert. Kurz: Es gibt zwar Kompetenzen der EU im Bereich der Sozialgesetzgebung, aber sehr eingeschränkte. Keine Kompetenz gibt es im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, Arbeitslosen-, Renten- und Krankenversicherung, so dass diese ausschließlich national geregelt werden.

Der Wettbewerb des EU-Binnenmarktes findet keineswegs nur zwischen den Unternehmen statt, sondern auch zwischen den Nationalstaaten als Konkurrenz um Unternehmensansiedlungen. Die Kohl-Regierung hat dies in den 1990er Jahren geradezu zum Regierungsprogramm erhoben: Good Governance ist gute Standortpolitik. Das war nicht konservative Ideologie, sondern folgte zwingend aus den strukturellen Vorgaben der europäischen Verträge. Die Nationalstaaten werden zu Standorten: Politik reduziert sich auf die Bereitstellung günstiger Standortfaktoren – der Staat wird zum Wettbewerbsstaat (Hirsch 1998). Wenn aber weite Bereiche des Wirtschaftsrechts harmonisiert sind, kann der Wettbewerb, die Standortkonkurrenz nur in den nicht harmonisierten Bereichen stattfinden, d.h. im Steuerrecht und Sozialrecht. Standortwettbewerb im Steuerrecht lässt aber nur eine Entscheidung offen: Die Unternehmenssteuern, oder allgemeiner gesprochen: die Belastungen für die Unternehmen senken.

Irland und einige östliche EU Länder haben die Unternehmenssteuer radikal gesenkt oder eine Flat-Tax eingeführt. Sie haben folgerichtig gehandelt, d.h. die Konstruktion der EU-Verträge ernst genommen oder ausgenutzt. Luxemburg hat ähnlich „konsequent“ gehandelt, nur hat es die Unternehmenssteuer nicht allgemein gesenkt, sondern mit einzelnen Großkonzernen individuelle Steuersätze ausgehandelt. Das war mittelalterliche Praxis, weil der Fürst nur die

Steuern erheben konnte, die er auch durchsetzen konnte, und widerspricht der Forderung nach der Allgemeinheit der Gesetze, die ein wesentliches Element des Rechtsstaates ist. Die Regierung Schröder hat die strukturellen Bedingungen der EU richtig erkannt und neben dem Spitzensteuersatz faktisch auch die Unternehmenssteuer gesenkt. Ihr „großes Verdienst“ lag aber in der Senkung der Sozialausgaben für die Unternehmen. Die Rente wurde teilprivatisiert, d.h. vom Umlagesystem auf die kapitalgedeckte Rente umgestellt, an der die Unternehmen natürlich nicht beteiligt sind. Die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems wurde aufgegeben, indem der Beitragssatz für die Unternehmen gedeckelt wurde, während er auf Seiten der Beschäftigten nach oben offen ist. Schließlich wirkten die Hartz-„Reformen“ wie ein umfangreiches Lohnsenkungsprogramm.

Verallgemeinert man diesen Gedanken, dann findet die Standortkonkurrenz der Staaten in den Bereichen statt, in denen es keine europäische Harmonisierung gibt. Und diese Politikbereiche sind vor allem Steuern und Soziales. So entsteht im Standortwettbewerb der Mitgliedstaaten notwendig ein Druck auf diese Politikfelder, der sich in einem „race to the bottom“ verwirklicht, was am Beispiel der Steuereinnahmen gut exemplifiziert werden kann. Im Jahre 1950 hatte der bundesrepublikanische Fiskus aus der Lohnsteuer etwa die gleichen Einnahmen aus der Lohn- wie aus der Einkommenssteuer und die Körperschaftssteuer wich nur wenig davon ab. Das Verhältnis dieser Steuereinnahmen zueinander hat sich bis heute radikal verschoben. Die Einkommensteuer macht noch ein Viertel der Lohnsteuer aus und die Körperschaftssteuereinnahmen sind auf ein Zehntel der Lohnsteuereinnahmen gesunken. Gleichzeitig sind die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer, die die unteren Einkommen stärker belastet als die Reichen, höher als die aus der Lohnsteuer.



Quelle: BMF und eigene Berechnungen

Wenn die Standortkonkurrenz durch Wettbewerb um niedrige Steuern zu einer Umverteilung von unten nach oben führt, hat dies zwei Konsequenzen. Den Staatshaushalten brechen die Einnahmen weg. Zweitens bewirkt die Umverteilung nach oben – neben anderen Faktoren –, dass Kapital akkumuliert wird, das nach neuen Anlagemöglichkeiten und günstigen Verwertungsbedingungen sucht. Es findet sie u.a. auf den Finanzmärkten mit ihren hohen Gewinnmargen im Spekulationsgeschäft. Diese Form der Verwertung setzt aber entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen voraus, welche die EU in den 1990er Jahren ausbuchstabierte.

Im Bereich der Kapitalverkehrsfreiheit wurde durch Deregulierung harmonisiert und damit den Vorgaben der Verträge gefolgt. Hier normieren die Verträge ein Liberalisierungsgebot, und auch im Verhältnis zu Drittstaaten ein Re-Regulierungsverbot (Art. 63f AEUV). Entsprechend wurde agiert: Kapitalverkehrskontrollen in unterschiedlicher Form wurden von den Mitgliedstaaten in den 1990er Jahren abgeschafft. Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs erreichte hierzulande mit dem Investmentmodernisierungsgesetz der rot-grünen Koalition aus dem Jahre 2003 einen gewissen Höhepunkt. Veranlasst durch eine Änderung der OGAW-Richtlinie (EWG 1985/611) wurden in Deutschland bestimmte Geschäftspraktiken erlaubt, die typisch für Kapitalfonds sind, deren Ausbreitung dann von Franz Müntefering als Einfall der „Heuschrecken“ beklagt wurde.

Unkontrollierte Finanzmärkte ermöglichen es den Beziehern hoher Einkommen, sich der Besteuerung in den Nationalstaaten zu entziehen, was die Einnahmesituation des Staates weiter verschlechtert. Unkontrollierte Finanzmärkte schaffen einen virtuellen Reichtum, der von den Menschen, die reale Werte produzieren, bedient werden muss. Sie schaffen eine extreme Umverteilung zu den leistungslosen Vermögensbesitzern. Unkontrollierte Finanzmärkte generieren nicht mehr kalkulierbare und beherrschbare Risiken in Form von „fantasievollen“ Papieren, Zertifikaten und vielfältigen Möglichkeiten der Spekulation.

Eine nachhaltige Re-Regulation der Finanzmärkte, wie sie nach dem Finanzmarktcrash 2008 von den G20 angekündigt wurde, hat nicht stattgefunden. Die Re-Regulierung der Finanzmärkte wurde nicht nur deshalb zum Rohrkreier, weil die Interessen der Banken und anderer Spieler im globalen Kasino der Finanzwirtschaft mächtig sind. Vielmehr hat sich die Spekulation, d.h. der Vermögenseffekt der Spekulation, zum Akkumulationsmodell entwickelt, das durchaus auch „realwirtschaftliche“ Effekte zeigt. Denn der gewonnene Spekulationsgewinn kann, solange das Roulette sich dreht, in der Welt der wirklichen Waren ausgegeben werden und wirkt damit auf die Konjunktur. Dieses Akkumulationsregime ist allerdings offensichtlich mit Widersprüchen verbunden, weil es mit einer Umverteilung nach oben verbunden ist, so dass die Massennachfrage

sinkt. Die deutsche Antwort besteht in der Exportorientierung, die wiederum kein verallgemeinerbares Modell sein kann. Kurz: Die EU Verträge sichern auch mit der Kapitalverkehrsfreiheit das neoliberale Regime ab.

Schließlich ist zum Verständnis der gegenwärtigen Prozesse zentral, dass mit dem Maastrichter Vertrag von 1993 eine gemeinsame Währung für einen heterogenen Wirtschaftsraum auf den Weg gebracht und mit der Einführung als Bargeld 2002 Wirklichkeit wurde. Es hat sich herumgesprochen, dass der Euro – zum Teil im vollen Bewusstsein der handelnden Akteure – mit Konstruktionsfehlern in die Welt gesetzt wurde. Eine gemeinsame Währung gerät in Schwierigkeiten, wenn sich Produktivität und Inflation in verschiedenen Regionen unterschiedlich entwickeln. Nun zeigen die Regionen auch innerhalb der Nationalstaaten eine unterschiedliche Entwicklungsdynamik, was ein Vergleich etwa von Hessen mit Mecklenburg zeigt. Das bleibt irrelevant, weil der Raum von außen als einheitlicher Wirtschaftsraum gesehen wird und beispielsweise Staatsanleihen zu gleichen Bedingungen aufgelegt werden können. Das ist beim Euro (bislang immer noch) anders. Tatsächlich ist es der Konstruktionsfehler, eine einheitliche Währung ohne einheitliche Ökonomie zu schaffen, das heißt, wenn nationale Rechnungslegung, Leistungsbilanz, nationaler Verzinsung von Staatsanleihen und anderes fortbestehen. Gleichzeitig werden ökonomische Anpassungsprozesse durch Abwertung ausgeschlossen, so dass die Divergenzen sich anders „entladen“ müssen, eben durch Druck auf Löhne und Sozialleistungen hier, Verschuldung da oder durch Blasenbildung. Kurz: die einheitliche Währung hätte eine solidarische Staatengemeinschaft oder anders ausgedrückt, eine Transferunion gebraucht. Die aber passte nicht ins Bild des neoliberalen Integrationsprozesses.

2. Die EU destruiert ihre eigenen Voraussetzungen

a) Stilllegung des demokratischen Prozesses und politische Abstinenz

Mit der europäischen Wirtschaftsverfassung werden soziale Auseinandersetzungen in der EU und in den Nationalstaaten um die richtige Wirtschafts- und Sozialpolitik weitgehend stillgelegt. Die Europäischen Verträge sind auf eine bestimmte, eine neoliberale Wirtschafts- und Sozialordnung festgelegt, die im demokratischen Prozess nicht mehr zur Disposition steht. In der Europäischen Union wurde mit den Verträgen eine bestimmte wirtschaftspolitische Doktrin in den Rang verfassungsrechtlicher Vorgaben gehoben.

Die Verfassungen von Gesellschaften sind zu verstehen als normative Fixierung eines Kräfteverhältnisses. Im Laufe der Entwicklung verschieben sich die

Kräfteverhältnisse in der Regel in die eine oder andere Richtung. Die Verfassung wird teilweise entsprechend geändert. Sie bildet aber zu anderen Teilen auch eine Schranke der Anpassung an die gesellschaftliche Entwicklung und stellt eine Art Widerstand gegen gesellschaftliche Veränderung dar – das gilt in beide Richtungen, Verfassungen errichten Schranken gegen emanzipatorische, sozialreformerische Veränderungen wie gegen „passive Revolutionen“, den reaktionären, autoritären oder auch neoliberalen Umbau der Gesellschaft. Der Kompromiss einer Verfassung umfasst immer verschiedene Aspekte. Das Grundgesetz beispielsweise zeigt deutlich den Einfluss der Kirchen in Deutschland, wenn etwa gefordert ist, dass der Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist und in „Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt“ werden soll (Art. 7 GG). Der Verfassungskompromiss bezieht sich immer auch auf die Wirtschaftsordnung, Verteilungsfragen oder den Einfluss von Kapital und Arbeit.

Dabei ist es wichtig hervorzuheben, dass das GG wirtschaftspolitisch neutral ist und sowohl den Schutz des Eigentums garantiert (Art. 14) als auch die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien erlaubt (Art. 15). Dagegen kennt die europäische Verfassung keinen Vergesellschaftungsartikel. Vielmehr umgekehrt: neben den oben erwähnten Grundfreiheiten, die als Wirtschaftsfreiheiten zu charakterisieren sind, kennt die Europäische Grundrechtecharta etwas, das dem GG unbekannt ist, nämlich ein „Grundrecht auf unternehmerische Freiheit“ (Art. 16). Die Verfassungsordnung des Grundgesetzes hält den Raum für den demokratischen Streit um die richtige Wirtschaftspolitik offen. Sie normiert Voraussetzungen für eine „faire“ politische Auseinandersetzungen, so dass – zumindest theoretisch – die Minderheit zur Mehrheit werden und ihre – bis dahin dissidente – wirtschaftspolitische Konzeption durchsetzen kann, d.h. das GG ist offen für Regierungs- und Politikwechsel. Ein Politikwechsel ist im Rahmen der europäischen Union weitgehend ausgeschlossen, die wirtschaftspolitische Grundstruktur wird in den Verträgen geregelt und ist damit der demokratischen Willensbildung entzogen. Das bedeutet: ihrem materiellen Gehalt nach genügt die europäische Konstitution Anforderungen an eine parlamentarische Demokratie nicht. Auch hinsichtlich des prozeduralen Gehalts der Demokratie lassen sich für die Europäische Union demokratische Defizite konstatieren, weil ihr institutionelles Arrangement demokratischen Anforderungen nicht entspricht. Zunächst besteht kein gleiches Wahlrecht in einem doppelten Sinne. Immer noch sind die Wahlverfahren in den Mitgliedstaaten unterschiedlich¹ und es

1 Es werden die unterschiedlichen nationalen Wahlsysteme angewendet, Verhältniswahl oder Mehrheitswahl, was durch die nationale Gesetzgebung entschieden wird.

stellen sich unterschiedliche, nämlich nationale Parteien zur Wahl. Wichtiger ist aber, dass es kein gleiches Stimmrecht in der EU gibt. Eine Abgeordnete des europäischen Parlaments (EP) vertritt in Deutschland wie Frankreich 857.000, in Luxemburg 83.000 und in Malta 67.000 UnionsbürgerInnen. Das heißt, eine Abgeordnete aus Deutschland oder Frankreich vertritt überschlägig mehr als zehnmals so viele WählerInnen wie eine Abgeordnete aus Luxemburg oder Malta. Der demokratische Grundsatz „one man, one vote“ gilt bei der Wahl zum Europäischen Parlament nicht. Die Mindestvoraussetzung demokratischer Wahl ist nicht erfüllt. Das BVerfG meint deshalb euphemistisch: die EU sei erheblich „überföderalisiert“.

Da das EP von den UnionsbürgerInnen gewählt wird, ist es das direkt legitimierte Organ der EU. Der Rat ist als Europäischer Rat, also als Versammlung der Regierungschefs der Mitgliedstaaten, in der Mehrheit nur indirekt legitimiert, nämlich durch die nationalen Parlamente. Anderes gilt für den französischen Präsidenten, der durch Direktwahl gewählt ist, also besser legitimiert ist als die deutsche Bundeskanzlerin. Der Ministerrat, also das Organ der Fachminister, ist in der Regel nur auf der zweiten Stufe legitimiert, weil die Minister nicht vom Parlament gewählt, sondern in der Regel vom Regierungschef berufen werden. Ihre Legitimation ist also von der des Premiers abgeleitet. Der Ministerrat ist aber das zentrale Gesetzgebungsorgan der EU. Er muss allen Europäischen Gesetzen, also Richtlinien und Verordnungen, zustimmen. Das EP muss weiterhin nicht bei allen Gesetzgebungsverfahren zustimmen, damit das Gesetz Geltung erlangt. Genauso wichtig ist: Die Kommission hat das Initiativrecht. Doch gilt das nur formal. Denn die wichtigen Rechtsakte werden im Rat auf den Weg gebracht und von der Kommission erarbeitet. Der Vorschlag geht dann wieder zunächst an den Rat. Dieser hat also das erste Zugriffsrecht. Erst im zweiten Akt geht das Gesetz an das EP, das sich mit einem schon ausgehandelten Kompromiss auseinandersetzen muss. Hier Änderungen anzubringen, ist schwieriger, als in der ersten Phase der Kompromissfindung. Es gilt die alte Skat-Regel: Wer schreibt, der bleibt. Das schlechter legitimierte Organ ist also das primäre im Prozess der Gesetzgebung, während das besser legitimierte Parlament nur das sekundäre Organ ist. Die Kommission, also die europäische Administration, wird vom Rat ausgewählt und muss vom Parlament nur bestätigt werden. Entscheidend

In Deutschland hat das BVerfG 2011 die Fünf-Prozent-Klausel für die Europawahl „gekippt“. Darauf beschloss der Gesetzgeber Anfang Juli 2013 eine Drei-Prozent-Klausel für die Europawahl, der es aber ebenfalls an der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung fehlt, so dass auch sie verworfen werden dürfte.

sind denn auch die politischen Mehrheiten im Rat, nicht die im Parlament, auch wenn der Rat bei der Auswahl des Kommissionspräsidenten das Ergebnis der Wahlen zum Europäischen Parlament „berücksichtigen“ soll (Art. 17 VII EUV). So stellt auch die Wahl und Auswahl der Administration das Verhältnis der Legitimationsdichte beider Organe auf den Kopf.

Das hat Auswirkungen auf die realen Formen der gesellschaftlichen und parlamentarischen Willensbildung. Die Form der Willensbildung in der „sozialen Marktwirtschaft“ der frühen BRD lässt sich als asymmetrische Kooperation charakterisieren, die ein korporatistisches Arrangement zwischen Kapital und Arbeit, angereichert durch weitere gesellschaftliche Gruppen wie etwa die Kirchen beinhaltete. Kernstück der Kooperation war die repräsentative Demokratie. Zwei große Parteien bündelten die pluralistischen Interessen und waren gegen Störungen durch die 5%-Klausel im Wahlrecht geschützt. Der Aufstieg der Grünen war ein Symptom und Katalysator für den Zerfall des bis dahin existierenden Kompromisses. Die asymmetrische Kooperation setzte auf die Verständigung der und mit den „Sozialpartnern“, wofür die „konzertierte Aktion“ charakteristisch war, mit der ein makroökonomisch abgestimmtes Verhalten der relevanten Akteure, d.h. von Regierung, Gebietskörperschaften, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Bundesbank durch aufeinanderfolgende Gesprächsrunden erreicht werden sollte. Karl Schiller sprach von einem „Tisch der gesellschaftlichen Vernunft“. Kennzeichnend für diese Phase der Kooperation war auch die Schaffung von pluralistisch besetzten Gremien. Zentral etwa die Rundfunkräte der öffentlich rechtlichen Medien, die das oberste für die Programmkontrolle zuständige Aufsichtsgremium bilden. In ihnen sind die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen vertreten. Die Räte existieren noch immer, ihre Bedeutung als Instanzen der gesellschaftlichen Absprache ist aber nach der Einführung privater Medien geringer geworden. Diese Form pluralistischer Beteiligung war nur beschränkt demokratisch, weil nach geschätzter sozialer Macht, nicht nach Anzahl der organisierten Mitglieder mitbestimmt werden durfte. Im pluralistischen Rundfunkrat sind etwa Gewerkschaften und Unternehmerverbände paritätisch vertreten, obwohl die Größe der Organisationen, gemessen an der Zahl der Mitglieder, bekanntlich sehr unterschiedlich ist. Deshalb lässt sich das als asymmetrische Kooperation kennzeichnen, die den Einfluss der ökonomisch mächtigen Gruppen sichert, aber immerhin die „Unteren“ mit einbezieht und damit auf Kompromisse abzielt.

Diese Form asymmetrischer Kooperation ist verdrängt worden und macht einem Pluralismus der „Eliten“ Platz. Das heißt erstens, dass die ökonomischen und politischen „Eliten“ mehr oder weniger unter sich bleiben, wenn Entschei-

dungen getroffen und gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven bestimmt werden. Diese Eliten bilden allerdings keineswegs einen monolithischen Block, sondern sind in sich pluralistisch. Dieser Pluralismus wird auch akzeptiert und nicht etwa repressiv oder autoritär „gleich geschaltet“, d.h. die unterschiedlichen Interessen innerhalb der „Eliten“, die Fraktionen innerhalb der ökonomisch Mächtigen bleiben bestehen und können ihren Einfluss geltend machen.

Die Verschiebung wesentlicher Entscheidungen auf die EU hat bedeutenden Anteil am Wandel der politischen Kultur oder an der Form politischer Herrschaft auch in den Nationalstaaten. Das Demokratiedefizit der Union, das in der nachrangigen Rolle des Parlaments zum Ausdruck kommt, lässt sich als andere sprachliche Fassung der Verschiebung von Kompetenzen auf „Eliten“ verstehen. Formal werden die Rechtsakte zwischen den Spitzen der nationalen Administrationen und der europäischen Administration ausgehandelt. Dabei sind die „nationalen Interessen“ immer schon auf die Interessen der ökonomischen Eliten zugeschnitten. Das ist einerseits Folge der Strukturentscheidungen der EU, die als Wettbewerbsstaat konstruiert ist, in dem die nationalen Volkswirtschaften im Wettbewerb miteinander stehen. Brauchte man einen Beweis für diese Inkorporierung ökonomischer Interessen, reichte beispielsweise ein Blick auf das Gefeilsche um die Anzahl der Zertifikate, die an Verschmutzungsrechten im Rahmen des Emissionshandelssystems ausgegeben wurden.

Andererseits erfolgt auch eine tatsächliche Koordination der Eliten auf nationaler Ebene wie auf europäischer Ebene. Entscheidungen werden auf Gremien neben den demokratisch legitimierten Gremien übertragen. Auf europäischer Ebene wurden vor dem Lissaboner Vertrag tertiäre Rechtsakte² im sog. Komitologie-Verfahren gesetzt. Das bezeichnet ein Verfahren, bei dem Experten – oder anders gesagt: Lobbyisten – aus den Nationalstaaten die Kommission beraten haben und teilweise auch an der Entscheidung beteiligt waren. Das heißt, die Lobbys hatten großen Einfluss auf diese Rechtsakte der Union, bestimmten an Stelle des Parlaments deren Richtung und inhaltlichen Details. Die informelle – und undemokratische, weil ungleiche – Einflussnahme ist im Komitologie-Verfahren formalisiert.

Im Lissaboner Vertrag haben sich die vertraglichen Grundlagen für das Sekundärrecht geändert. Die Kommission ist gestärkt worden, ihr Recht, Durchführungsbestimmungen durch tertiäres Recht zu setzen, also administrative

2 Tertiäre Rechtsakte betreffen Durchführungsbestimmungen der Kommission. Im AEUV wird zwischen delegierten Rechtsakten (Art. 290) und Durchführungsrechtsakten unterschieden, für die jeweils die Kommission zuständig ist.

Normsetzung zu betreiben, ist stärker geworden. Sie arbeitet aber weiter mit den „Experten“ und Sachverständigen, also den Lobbys zusammen. Ein Lobbyist der Zuckerindustrie schätzt, dass 96 Prozent der europäischen Regelungen als delegierte Rechtsakte, d.h. aufgrund einer Ermächtigung an die Kommission, verabschiedet wurden. Das scheint etwas hoch gegriffen und ist dem Blickwinkel des Akteurs geschuldet. Aber es ist zu erwarten, dass die vom EP verabschiedeten Rechtsvorschriften zu Rahmenrecht verkommen, das eine Fülle von Ausführungsvorschriften verlangt, und Ermächtigungen für delegierte Akte enthält. Der Lobbyist jammert: „Das Abgleiten der europäischen Regelungen hin zur sekundären³ Rechtssetzung ist eine Herausforderung, die für alle Interessenvertreter wichtig ist, da sich ihre Berufsausübung noch weiter erschweren wird. Viele werden dabei herausfinden, dass sich das Lobbying bei delegierten Rechtsakten oder Durchführungrechtsakten in vielerlei Hinsicht von der klassischen EU-Interessenvertretung unterscheidet: Es ist viel gezielter, in Raum und Zeit konzentrierter und weitaus anspruchsvoller.“ (Guéguen 2013)

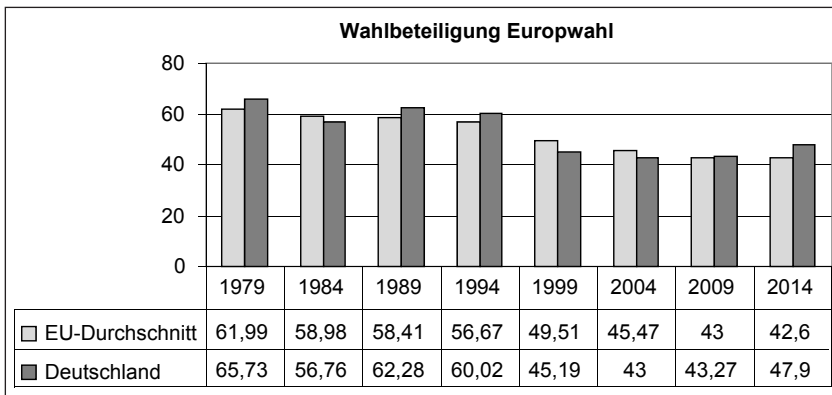
So funktionieren im neuen Arrangement pluralistischer „Eliten“ die Repräsentativorgane formal weiter, aber faktisch wird Macht auf legale, elitär besetzte Gremien übertragen, die durch eine Überrepräsentanz der ökonomisch mächtigen Gruppen gekennzeichnet sind. Entscheidungen erfolgen legal durch konstitutionell vorgesehene Organe, aber faktisch werden Entscheidungen ausgelagert. Ökonomisch ohnmächtige Gruppen werden als Feigenblatt integriert, während die mächtigen Gruppen in ihrer Pluralität vertreten werden. Damit ist eine Verschiebung gegenüber dem asymmetrischen Korporatismus der frühen Bundesrepublik verbunden, und an die Stelle sozialer Integration tritt Abschottung der Macht. Die Entscheidungen der EU schlagen sich als scheinbarer Sachzwang unter dem Stichwort „Unvereinbar mit Europarecht“ in der nationalen Politik nieder und höhlen die Substanz auch der nationalen Demokratie aus. Der Anteil des Showbiz in der Politik muss sich zwangsläufig erhöhen, wenn nationalstaatliche Politik in ihren Entscheidungsbefugnissen europäisch limitiert wird.

b) Weg in sozialdarwinistischen Nationalchauvinismus

Die „Alternativlosigkeit“ der Wirtschaftsordnung und das institutionelle Demokratiedefizit führen dazu, dass die EU insgesamt entpolitisiert wird. Die Frage der Politik „Wie wollen wir leben?“ ist keine relevante Frage für die BürgerInnen, wenn es um ihre Beziehung zur EU geht. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament

3 Gemeint ist delegierte, tertiäre Rechtssetzung.

stehen keine Personen zur Wahl, die unterschiedliche Programme verkörpern, die sie in der EU umsetzen könnten. Im Ergebnis dürfte eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung die Namen der EU-KommissarInnen noch weniger kennen als diejenigen der BundesministerInnen. Eine demokratische Auseinandersetzung um die Richtung europäischer Politik gibt es schon deshalb nicht, weil es kein einheitliches Wahlsystem gibt und sich nationale Parteien zur Wahl stellen. Allgemeiner gesagt: Mit der Wahl zum EP ist keine politische Richtungsentscheidung verbunden. Wo das Parlament als Gesetzgeber tätig ist, wird in der real existierenden EU die politische Differenz nicht sichtbar oder nachvollziehbar. Die Öffentlichkeit ist mit Blick auf die Europapolitik, oder schlimmer: es gibt keine europäische Öffentlichkeit, in der eine europäische Willensbildung stattfinden könnte. Das Problem ist ein strukturelles und nur zweitrangig eines der nationalen Traditionen. Wenn der Rat nationalstaatliche Interessen vertritt und die Regierungen die Verhandlungen im Rat als Vertretung nationalstaatlicher Interessen kommunizieren, bleibt kein Raum für eine europäische Öffentlichkeit – sie bleibt gespalten in nationalstaatliche Öffentlichkeiten. Wenn zum EP nationalstaatliche Parteien kandidieren, liegt es nahe, die nationalstaatlichen Fragen zum Maßstab der Wahl zu machen und dies auch entsprechend zu kommunizieren. Wenn eine europäische Öffentlichkeit entstanden ist, dann in Form von Lobbyorganisationen. Das bedeutet aber auch, dass es einen strukturellen Nachteil „subalterner“ Interessen gibt, sich in Europa zu artikulieren. Die „Elite“, etwa Konzernvorstände, sprechen die moderne lingua franca, also Englisch, was man von den Repräsentantinnen der unteren Klassen, soweit sie sich organisiert haben oder organisieren lassen, nicht behaupten kann. Vor allem aber kostet die europäische Vernetzung und



Quelle: BMF und eigene Berechnungen

Übersetzung Geld, so dass die Organisationen der „Elite“ wiederum im Vorteil sind. Es gibt strukturelle Machtasymmetrien in der Europäischen Öffentlichkeit oder eben eine Dominanz der Wirtschaft.

Das Fehlen von Entscheidungsmöglichkeiten, die strukturelle Entpolitisierung und die Benachteiligung „subaltern“ Schichten und Gruppen haben sich zunächst in einer Abstinenz von Wahlen bemerkbar gemacht.

Mit den Europawahlen 2014 und den Landtagswahlen 2016 stieg die Wahlbeteiligung in Deutschland, weil die AfD am rechten Rand viele Wähler mobilisieren konnte. Die Wahlerfolge der AfD bedeuten in einer schlechten Weise die Anpassung an die europäische Normalität, die ihrerseits auch eine Wirkung der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialordnung in Europa ist.

Die Implementation der Wettbewerbsordnung in der Europäischen Union war aus der Sicht der Apologeten vergleichsweise erfolgreich. Es gelang, einen Konkurrenzkampf zwischen den Staaten und Unternehmen zu entfachen. In der europäischen Konstitution ist strukturell ein Wettlauf zwischen den Staaten um niedrige Steuern, genauer gesagt: Unternehmenssteuern, und um niedrige Sozialabgaben, genauer: niedrige Sozialkosten für das Kapital, verankert. Dies wurde oben schon angesprochen. Der konstitutionell induzierte Druck auf Steuern und Sozialabgaben hat im Ergebnis gleichartige Wirkungen. Er führt zu einer Umverteilung von unten nach oben. Deren Existenz muss nicht mehr bewiesen und diskutiert werden, empirische Belege dafür gibt es zuhauf (vgl. Piketty 2015). Die Umverteilung wird meist durch einen Vergleich der Einkommen oder Vermögen der unteren und oberen Schichten diagnostiziert. Aufgrund des Wettlaufs um die niedrigsten Unternehmenssteuern sinken, das muss man hinzu denken, auch die Steuereinnahmen des Staates, zumindest steigen sie nicht proportional zum privaten Reichtum. Dies lässt im allgemeinen Bewusstsein einen Kürzungsdruck auf die öffentlichen Haushalte als plausibel erscheinen, welcher die direkte Umverteilung, also das Anwachsen der Einkommen oben zulasten der Einkommen unten, verstärkt, weil Transferleistungen der unterschiedlichen Formen, von den Zuschüssen für öffentliche Schwimmbäder bis zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus, erste Opfer der Kürzungsorgien sein müssen. Auch das ist relevant, wenn man die Umverteilung in ihrer vollen Dimension erfassen will: Die Systeme der sozialen Sicherheit wurden in den Ländern des rheinischen Kapitalismus verstümmelt, in den Ländern des mitteleuropäischen Manchesterkapitalismus erst gar nicht aufgebaut.

Interessant ist nun die subjektive Verarbeitung dieser Entwicklung und der zu Grunde liegenden strukturellen Zwänge. Erfasst wird, dass die Zustimmung zur EU bei Meinungsumfragen sinkt. Der Tagesspiegel meldete im Januar 2016:

„Erstmals sieht laut Umfrage eine Mehrheit (48 Prozent) hierzulande pessimistisch in die Zukunft der EU, während 46 Prozent optimistisch in die europäische Zukunft schauen. Zum Vergleich: Im Mai 2015 hatten sich noch 60 Prozent optimistisch geäußert, während sich 34 Prozent pessimistisch zeigten. Dass in Deutschland die Schwarzseher mittlerweile in der Mehrheit sind, liegt keineswegs im EU-Trend. Denn im Durchschnitt der EU-Staaten zeigten sich nach der letzten Eurobarometer-Umfrage 53 Prozent optimistisch und 41 Prozent pessimistisch.“ (Meier 2016) Von der „schlechten Stimmung“ profitieren rechte Parteien. In ganz Europa haben sich als Reaktion auf den marktradikalen Umbau der Gesellschaft sozialdarwinistische Bewegungen oder Parteien bilden und etablieren können. Die prekärer werdende oder so empfundene soziale Situation wird neoliberal verarbeitet, das heißt: individualistisch, nicht kollektiv, egoistisch nicht solidarisch. Der neoliberale Konsens ist den Individuen in Mark und Bein gefahren, wurde „erfolgreich“ internalisiert und wird in der Krise keineswegs infrage gestellt, die Interpretation der Entwicklung nur leicht verschoben. Das neoliberal sozialisierte Individuum stellt nicht den marktkonformen Individualismus infrage, sondern fordert „faire Wettbewerbsbedingungen“ gegenüber den zugewanderten Dumpinglöhnern, wobei es keinen Unterschied macht, ob sie aus Mitteleuropa aufgrund der europäischen Freizügigkeitsregeln oder als politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge einwandern. Die zu niedrigsten Preisen angebotene Arbeitskraft wird – im Kern durchaus rational – als Bedrohung der eigenen erreichten sozialen Situation wahrgenommen. Statt nun um gleiche Löhne zu kämpfen, also eine solidarische, kollektive Lösung anzustreben, verlegt sich das neoliberale Individuum auf Ausgrenzung. Der Kapitalismus wird nicht infrage gestellt, sondern Schutz vor unerwünschter (sozialer) Konkurrenz gefordert. Das neoliberale Individuum verteidigt nicht die Sozialsysteme, sondern missbilligt Sozialleistungen für die „Anderen“, die „Neuen“, die nicht dazu gehören, die „zu Hause bleiben“ sollen. Es wendet sich nicht gegen Umverteilung von unten nach oben, denn das neoliberale Individuum will selbst nach oben oder sich oben fühlen. Es will einen Teil des Kuchens für sich, will sich als „etwas Besseres“ fühlen. Dazu braucht es „die Anderen“, die in der marktwirtschaftlichen Hackordnung noch weiter unten stehen und die logischerweise dort bleiben sollen, nicht „hoch kommen“ dürfen. So ergibt sich ein fürchterliches Amalgam aus neoliberalen Individualismus und sozialdarwinistischem Nationalchauvinismus.

Die EU untergräbt durch ihren Marktradikalismus ihre eigenen Voraussetzungen. Der Neoliberalismus musste in der EU marktliberalen Vorstellungen mit politischem Liberalismus verbinden, d.h. die Akzeptanz des Anderen als gleich und die Anerkennung von Menschenrechten, einschließlich religiöser und

politischer Toleranz. In der EU musste der Neoliberalismus – anders als etwa in Südamerika, wo Wirtschaftsliberalismus mit politischer Diktatur verschmolzen – diese Verbindung eingehen, denn der Binnenmarkt ließ sich nur unter Anerkennung gleichwertiger Nationen verwirklichen und setzte eine entsprechende politische Öffnung auch in der Gesellschaft voraus. Nationale Ressentiments gegen die jeweils anderen Nationen der EU passen nicht mit einem gemeinsamen Markt zusammen. Die Kooperation verlangt die Überwindung alter nationalistischer Abgrenzungen. Wenn die EU eins kann, dann Antidiskriminierung, die vom Wirtschaftsrecht auch auf andere Rechtsmaterien durchschlug. Eine in diesem Sinne politische Liberalität lässt sich mit sozialdarwinistischem Nationalchauvinismus nicht vereinbaren. Wenn dieser aber dem Wirtschaftsliberalismus entspringt, dann folgt: Wirtschaftsliberalismus und politischer Liberalismus sind unvereinbar. Der Erster untergräbt durch seine asozialen Ergebnisse die Mindestvoraussetzungen des Letzteren. Der nationalistische Sozialdarwinismus als Reaktion auf die von der europäischen Konkurrenzordnung produzierten sozialen Verwerfungen ist in der „Mitte der Gesellschaft“ der Bundesrepublik angekommen, lässt sich mit ca. 15% Stimmenanteil der AFD als Protagonistin dieser Ideen nicht mehr tabuisieren und auch nicht entzaubern. Das hat zur Konsequenz, dass auch in der Bundesrepublik die Absetzbewegungen von der EU eine nationalchauvinistische Interpretation in der politischen Arena erhalten. Der nationalchauvinistische Block forciert inzwischen in fast allen Mitgliedstaaten der Union die regierungsamtliche Aufgabe der europäischen Solidarität oder – etwas schwächer formuliert – des europäischen Konsenses, welcher der neoliberalen Integration gelegentlich Vorrang vor bestimmten nationalen Interessen einräumte.

III. Maßnahmestaat und halber Hegemon

1. Autoritäre Wirtschaftsregierung und Maßnahmestaat

Die Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 führte zu einer neuen Konfiguration der Institutionen und Kräfteverhältnisse innerhalb der Europäischen Union. Zunächst wurden als Antwort auf den Wirtschaftseinbruch europaweite Investitionsprogramme aufgelegt und Bankenrettungsschirme aufgespannt, wobei allerdings national und nicht europäisch agiert wurde. Eine Verschiebung setzte mit der – ideologisch von der Finanzkrise abgetrennten – „Schuldenkrise“ ein, die allerdings nur einige Staaten existenziell traf. Zunächst wurde neben den Verträgen und Institutionen der Union ein neues Regime etabliert, das gleichwohl mit deren Rechten und Organen verflochten ist. Statt der Unionsmethode wurde die

intergouvernementale Vereinbarung mittels völkerrechtlicher Verträge gewählt, was „den Vorteil“ hat, dass das EP und die nationalen Parlamente ihren Einfluss weitgehend verlieren.⁴ Die Etablierung der Austeritätspolitik ist „exekutivlastig“ (Bieling 2014: 45). Das ist die erste Dimension des Übergangs zu einer autoritären Wirtschaftsregierung.

Die zweite Dimension bezieht sich auf den Inhalt der Verträge. Relevant wurden hier der Pakt für den Euro (-Plus) und der Fiskalvertrag. Im Rahmen der europäischen Gesetzgebung wurden das „Six Pack“ und das „Two Pack“ beschlossen. Kanzlerin Merkel hatte im Januar 2013 in Davos einen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit gefordert. Ähnliches schlug das Kommissionspapier zu „Convergence and Competitiveness Instruments“ und der Bericht der fünf Präsidenten „Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“ vor (Juncker u.a. 2015). Es sollten vertragliche Vereinbarungen über Maßnahmen zur Umsetzung der „länderspezifischen Empfehlungen“ zwischen Kommission und Mitgliedstaaten geschlossen werden. Die fünf Präsidenten der Union wollen die administrative und demokratisch nicht legitimierte Kontrolle der Haushalte durch die Einführung „nationaler Räte“ oder „Stellen“ zur Überwachung der wirtschaftlichen Entwicklung des Mitgliedstaates verstärken und über den nationalen einen europäischen Finanzausschuss etablieren, der die Gesamtkontrolle wahrnimmt. Alles bewegt sich in Richtung einer zentralistisch, europäischen Kontrolle der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die nationalen Parlamente würden endgültig auf das Abnicken der europäischen Vorgaben reduziert. Mit dem neuen Regime wird von der EU direkt in Politik- und Regelungsfelder eingegriffen, die bisher den Mitgliedstaaten und den Sozialvertragsparteien vorbehalten waren (Lemb/Urban 2014: 43). An die Stelle des strukturell indizierten race to the bottom im Bereich Sozialleistungen und Unternehmenssteuer soll dieser nun zentral von der EU gesteuert werden mit dem Ziel, Wettbewerbsfähigkeit durch niedrige Löhne und Abgaben herzustellen.

Eine zentralistische Kontrolle der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde für die Euro-Schuldnerstaaten etabliert. Im Gegenzug zu unterschiedlichen Formen der Kreditvergabe seitens der Euro-Staaten⁵ und dem Aufkauf

4 Der Bundestag muss den Verträgen zustimmen, aber es gilt dann immer hop oder top, denn Verträge durchlaufen nicht das „normale“ nationale Gesetzgebungsverfahren mit Änderungsanträgen.

5 Zunächst wurden bilaterale Kredite an Griechenland vergeben, dann über völkerrechtliche Verträge „Rettungsschirme“ gespannt, zunächst der vorläufige EFSF und darauf aufbauend der auf Dauer gestellte ESM.

von Staatsanleihen durch die EZB mussten sich die Schuldnerländer verpflichten, ein Memorandum of Understanding (MoU) mit der Troika abzuschließen. Diese MoU enthielten detaillierte Kürzungsprogramme für den jeweiligen Nationalstaat und betrafen neben dem Sozialsystem und öffentlichem Dienst auch tarifliche Lohnhöhen und Renten. Mit dem Diktat einer Austeritätspolitik wurde die Entdemokratisierung der Politik greifbar. Die Troika verlangt von den Parlamenten, dass die Vorgaben getreu umgesetzt werden. Die Bevölkerung hat keinen Einfluss und muss die Folgen der Politik erleiden (ausführlich Fisahn 2014: 44 ff). Von einem demokratischen Prozess lässt sich nicht mehr sprechen.

Im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde ein europäischer Maßnahmestaat institutionalisiert, der sich dadurch auszeichnet, dass abstrakt allgemeine gesetzliche Regelungen durch konkrete Anordnungen, individuelle Befehle, die dann nur für einzelne Staaten Geltung haben, ersetzt werden. Ernst Fraenkel hat den Begriff des Maßnahmestaates eingeführt, den er vom Rechtsstaat und der Herrschaft des allgemeinen Gesetzes abgrenzt. Das frühe NS-Herrschaftssystem bezeichnet er als Doppelstaat, in dem Maßnahme- und Rechtsstaat noch nebeneinander existierten. Unter Maßnahmestaat verstand er ein Herrschaftssystem, das „durch keinerlei rechtliche Garantien eingeschränkt ist“ (Fraenkel 1974: 21). Die allfällige Abgrenzung ist nicht erforderlich; das Ausmaß der Willkür ist offenkundig nicht vergleichbar. Aber wenn der Maßnahmestaat durch die Herrschaft der konkreten, individuellen Anordnung zu charakterisieren ist, die neben den allgemeinen, gleichermaßen verbindlichen Regeln existiert, dann hat sich die EU mit dem Troika-Regime und anderen Maßnahmen deutlich von demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entfernt, neben dem Rechts- ein Maßnahmeregime etabliert, das parlamentarische Kompetenzen leer laufen lässt. Deshalb lässt sich dieses System als autoritäre Wirtschaftsregierung bezeichnen. Die Staaten und die Union werden damit nicht autoritäre Staaten im bisher bekannten Sinne, also wie Diktaturen in Südamerika oder die griechische Obristendiktatur, weil im Übrigen, neben den Troika-Maßnahmen, das Rechtssystem weitgehend funktioniert und auch Grundrechte im Großen und Ganzen respektiert werden – jedenfalls noch, d.h. eine Verschärfung der Widersprüche macht auch Eingriffe in die demokratischen Rechte in einzelnen Mitgliedstaaten der EU wahrscheinlicher. Die deutsche Bundesregierung war treibende Kraft einer Politik der Krisenverschärfung und des Umbaus der EU in Richtung einer autoritären Wirtschaftsregierung, womit sie den Modus der europäischen Integration zerstörte oder zumindest gefährdet hat.

2. Verlust der Hegemonie und Zerbröseln der Union

Die europäische Integration erfolgte auf der Grundlage des Konsensprinzips, was schon deshalb zentral war, weil die Europäischen Verträge, das europäische Verfassungsrecht, von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden müssen, also die Zustimmung aller Parlamente oder in einigen Ländern auch die Mehrheit im Volksentscheid erforderlich ist. Die Rechtsetzung durch die EU wurde mit dem Lissaboner Vertrag in den meisten Bereichen auf Entscheidung durch qualifizierte Mehrheiten umgestellt. Dennoch bleibt der Konsens zentral für die Entscheidungsfindung in der EU, weil diese auf die Folgebereitschaft der Mitgliedstaaten angewiesen ist. Der Union fehlt ein Gewaltmonopol, das die Befolgung von europäischen Rechtsvorschriften im Zweifel erzwingen könnte. Die Differenzen, Interessenunterschiede und Divergenzen in der Entwicklung dürfen also keine Dimensionen annehmen, welche die Folgebereitschaft unterminiert oder den unausgesprochenen Konsens, europäischen Entscheidungen zu folgen, zerstört. Nun hat die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 die Differenzen, die bis dahin übertüncht werden konnten, sichtbar werden lassen. Die Divergenzen, die in und nach der Krise sichtbar wurden, sind in der Struktur der Union angelegt.

Die Ökonomie eines Staates beruht nicht nur auf dem im engeren Sinne ökonomischen Faktoren, also Produktivkräfte, Ressourcen usw., sondern auch auf den rechtlichen Rahmenbedingungen, unter denen sich diese Ökonomie entwickelt. Das ist banal und der Ansatz der Europäischen Union ist es gerade, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu harmonisieren, um so einen „gemeinsamen Binnenmarkt“ mit gleichen, marktradikal konzipierten Wettbewerbsbedingungen zu etablieren. Dem liegt die Annahme zugrunde dass durch gleiche Regeln und die marktförmiger Konkurrenz Differenzen ausgeglichen würden und langfristig Konvergenz, also das berühmte Gleichgewicht, eintritt. Abelshäuser u.a. haben gezeigt, dass die Ökonomie eines Staates keineswegs nur durch die genannten Faktoren charakterisiert werden kann, sondern eine weitaus tiefere Pfadabhängigkeit besteht. Der These zufolge entwickeln sich unterschiedliche Wirtschaftskulturen in langfristigen historischen Prozessen und werden nur durch ebenso langfristige Prozesse modifiziert. Wie langfristig diese Prozesse anzusetzen sind, wird deutlich, wenn Abelshäuser annimmt, die Hanse habe in der Tiefe des historischen Verlaufs einen gemeinsamen Wirtschaftsraum begründet, der etwa durch gegenseitiges Vertrauen in die Vertragseinhaltung zu charakterisieren ist, während die staatliche Gewährleistung oder sonstige Sicherheitsmechanismen im geschäftlichen Verkehr nur ausnahmsweise in Anspruch genommen werden (vgl. Abelshäuser 2012: 39f).

Ein Blick auf die Mitgliedstaaten der EU bestätigt die These von der Differenz der Wirtschaftskulturen. Von denen existieren offenbar recht unterschiedliche

nebeneinander und werden durch den Marktmechanismus nur oberflächlich einander angeglichen. In Zentraleuropa, etwa von Rostock bis Mailand und von Bordeaux bis Wien, hat sich ein Modell des rheinischen Kapitalismus etabliert, von dem zwar einige Bestandteile, die Sozialsysteme oder die Kooperation der „Sozialpartner“ geschwächt wurden, das sich in seinen Resten jedoch vom Wirtschaftsmodell in Mittelosteuropa unterscheidet. In den ehemals zum RWG⁶ gehörenden neuen Mitgliedsstaaten, die ihre zügige Aufnahme in die EU vor allem geopolitischen Interessen verdanken dürften, hat sich ein Manchesterkapitalismus östlicher Prägung durchgesetzt, der soziale oder ökologische Rücksichtnahmen kaum kennt, bei dem die EU sogar „rassische“ oder ethnische Diskriminierungen – gegenüber Russen in den baltischen, gegenüber Zigeunern in den osteuropäischen Staaten – duldet. Der liberalkapitalistische Umbau amalgamierte mit den autoritären Bestandteilen des Sowjetsystems zu einer spezifischen, rücksichtslosen Variante eines Liberalkapitalismus, der in Großbritannien aufgrund anderer Traditionen ein anderes Gesicht erhalten hat und sich vom östlichen Kapitalismus insbesondere durch die Dominanz des Finanzkapitals unterscheidet. Die südlichen Staaten der EU sind immer noch durch eine größere Bedeutung der informellen Ökonomie gekennzeichnet, während in Skandinavien Reste des Volksheims einen Unterschied zum rheinischen Kapitalismus markieren. Dabei kommt es nicht auf die Wertung an, die bei Abelshäuser sehr deutlich wird, sondern nur auf die Feststellung der Tatsache, dass es unterschiedliche Entwicklungspfade gibt, welche die Gesellschaften und Ökonomien weiter prägen und die nun sichtbaren Widersprüche miterklären können. Die später einsetzende Diskussion um die „varieties of capitalism“ nimmt diesen Ansatz auf, denkt aber oft nicht in der historischen Dimension. Diese Unterschiede zwischen den europäischen Wirtschaftskulturen konnten in der EU bisher durch Zugeständnisse, die zum allseitigen Vorteil gereichten, überbrückt werden und Kompromisse ausgehandelt werden. Der gegenseitige Vorteil basiert teilweise auf der Grundstruktur des Austausches – finanzielle Zuwendungen etwa aus Strukturfonds oder dem EU-Agrarhaushalt werden etwa gegen Marktöffnungen „getauscht“. Das ist die eine Seite.

Darüber hinaus sind aber die Beziehungen innerhalb der EU unter dem Blickwinkel ungleicher Machtverteilung und von Hegemonie zu beurteilen. Frankreich und Deutschland hatten bis zum Ausbruch der Krise 2008 gemeinsam eine hegemoniale Rolle übernommen. Die Herstellung von Konsens geschieht innerhalb hegemonialer Beziehungen nicht ausschließlich durch einen handfesten, materiellen Ausgleich unterschiedlicher Interessen, durch ein System von

6 Das bezeichnet den ehemals mit der Sowjetunion verbundenen Wirtschaftsraum.

Geben und Nehmen. Hegemonie bedeutet Einbindung durch Zugeständnisse und durch Überzeugung bzw. Überredung aufgrund der bestehenden Machtverhältnisse. In der hegemonialen Konstellation wird die Bindung an den Hegemon durch teilweise Unterordnung unter die herrschenden Vorstellungen, Sichtweisen, Konzeptionen zur autonomen Angelegenheit, zum Eigeninteresse der mit der Hegemonialmacht verbundenen Staaten. In der EU ergaben sich durch die Vormachtstellung von Frankreich und Deutschland Konsenssituationen, die nicht den Interessen aller Beteiligten entsprangen und auch nicht auf Austausch beruhten. Die Hegemonie hielt die Staatengemeinschaft dennoch zusammen. In der Krise verlor die Beziehung Deutschland Frankreich an Substanz, und Deutschland allein konnte die Rolle des Hegemon nicht übernehmen, sondern verharrte in einer halbhegemonialen Stellung. Das bedeutet: Deutschland ist zwar so stark, dass keine Politik ohne seine Zustimmung stattfinden kann, aber gleichzeitig zu schwach, um die eigenen Vorstellungen weiter durchsetzen zu können.

Der Hegemonieverlust wurde im Verlaufe der Flüchtlingsbewegungen des Jahres 2016 offensichtlich. Eine europäische Lösung und „Lasten“verteilung war nicht mehr möglich. Ursache für die Dissonanz lag in der Flüchtlingspolitik selber. Mit den Dublin-Abkommen hatten die Mittelstaaten sich der Verantwortung für Flucht und Migration entzogen. Vereint worden war, dass Flüchtlinge in dem EU Staat bleiben sollen, den sie zuerst betreten. Das ist in der Regel nicht Deutschland oder Österreich. Eine große Anzahl von Flüchtlingen landete zunächst in Italien, wofür Lampedusa zum Symbol wurde. Dem Drängen der italienischen Regierung zu einer anderen, gerechteren Verteilung zu kommen, hatte sich die Bundesregierung 2014 und Anfang 2015 noch verweigert. Weil Bundesfinanzminister Schäuble gleichzeitig den Zuchtmeister für Europa abgab und unerbittlich Kürzungsprogramme und eine Austeritätspolitik einforderte, wundert es nicht, dass die europäischen Staaten der deutschen Kanzlerin nicht folgten, als diese im Herbst 2015 eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge anmahnte. Der Verlust der Hegemonie ist dabei nicht auf dieses Politikfeld beschränkt, wie eingangs diskutiert wurde. Das muss man keineswegs bedauern, aber die gesellschaftliche Linke in Europa ist zu heterogen und nicht stark genug, um ein anderes, soziales und demokratisches Europa durchzusetzen. Profiteure der Krise sind nationalchauvinistische Bewegungen, denen die gesellschaftliche Linke bisher wenig entgegenzusetzen hat.

Im Ergebnis zeichnen sich unterschiedliche Alternativen zur weiteren Entwicklung der EU ab. Erstens ist ein „weiter so“ ein Auffangen der Krisensymptome im Modus des neoliberalen Durchwurstelns denkbar. Die Verharrungskräfte, der Institutionen und die noch vorhandene Stärke des neoliberalen Lagers spre-

chen dafür. Zweitens ist eine Renationalisierung unter national-chauvinistischen Vorzeichen denkbar, die verbunden sein kann mit drittens einem Zerbröseln der EU. Das meint die Institutionen, der Rahmen bleibt bestehen, aber die Staaten verabschieden sich sukzessive von den Verpflichtungen, betreiben Rosinenpickerei. Diese dritte Variante, das Zerbröseln, ist auch ohne Stärkung der national-chauvinistischen Kräfte denkbar. Eine demokratische und soziale Reform der EU ist die vierte mögliche Entwicklung, um die es aber unter gegebenen Kräfteverhältnissen schlecht bestellt ist.

Literatur

- Abelshauer, Werner (2012): Ricardo neu gedacht, in: ders./Gilgen/Leutsch (Hg.): Kulturen der Weltwirtschaft, Göttingen, 29-58.
- Bieling, Hans Jürgen (2014): Europäische Austeritätspolitik – Ein Beispiel für die Exekutivlastigkeit des europäischen Entscheidungsprozesses?, in: Deutschland & Europa, Heft 67, 44-49.
- Fisahn Andreas (2014): Nur in guten Zeiten – Grenzen der EZB in der Krise und die Grundlagen der Europäischen Union, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): Wider das Recht, Berlin, 11-50.
- Fraenkel, Ernst (1974): Der Doppelstaat. Recht und Justiz im „Dritten Reich“ Frankfurt/M. 1974.
- Guéguen, D. (2013): Komitologie: „Das neue System ist schlechter“, <http://www.euractiv.de/section/wahlen-und-macht/opinion/komitologie-das-neue-system-ist-schlechter/> (Zugriff 2.9.16).
- Hirsch, Joachim (1998): Vom Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin.
- Juncker/Tusk/Dijsselbloem/Draghi/Schulz (2015): Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden, https://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/5-presidents-report_de_0.pdf (Zugriff 2.9.16).
- Lemb, W./Urban Hans Jürgen (2014): Ist die Demokratie in Europa noch zu retten? Plädoyer für einen radikalen Pfadwechsel in der Europapolitik und der Europäischen Union, in: Buntenbach/Bsirské u.a.: Ist Europa noch zu retten?, 42-54, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2014.
- Meier, A. (2016): Die Deutschen haben den Europa-Blues, Tagesspiegel vom 26.01.2016, <http://www.tagesspiegel.de/politik/eurobarometer-die-deutschen-haben-den-europa-blues/12880562.html> (Zugriff 2.9.16).
- Piketty, Th. (2015): Das Kapital, München 2015.

Etienne Schneider

Der Euro – Kern der Krise oder nachrangiges Problem?

Zur Bedeutung der Währungsfrage im Kontext von ungleicher europäischer Entwicklung, Euro-Krise und hierarchischer internationaler Arbeitsteilung

Die Abfolge tiefgreifender politischer Ereignisse scheint sich immer stärker zu beschleunigen. Dies gilt gerade mit Blick auf die Entwicklung der EU. Im ersten Halbjahr 2015 – mit der Wahl von Syriza und dem griechischen ‘Oxi’ – befanden sich die Hoffnungen auf einen linken Bruch mit der Austeritätspolitik auf ihrem Höhepunkt – nur um dann durch die Niederwerfung der von Syriza geführten Regierung tief erschüttert zu werden. Einige Wochen darauf nahm der ‘Sommer der Migration’ seinen Anfang. Inzwischen wurde er mit einer zunehmenden Verschärfung des europäischen Grenzregimes und einer immer offeneren Außerkraftsetzung des Grundrechts auf Asyl beantwortet. Im Juni 2016 folgte schließlich mit dem Brexit-Votum der bisher wohl sichtbarste Ausdruck einer tiefgreifenden Krise der EU, die den Fortbestand des europäischen Integrationsprojekts zunehmend infrage stellt.

Angesichts dieser Beschleunigung der Ereignisse wirkt die Diskussion innerhalb der Linken atemlos (PROKLA 2016). Die Linke hinkt der schnellen Abfolge dieser Ereignisse eher hinterher als ihrerseits die Ereigniskonstellation voranzutreiben und mit eigenen Initiativen zu prägen. Das führt zum Bemühen, den Rhythmus der Interventionen selbst zu beschleunigen, noch aktivistischer und hektischer zu werden. Gerade jetzt bräuchte es aber die Zeit und Konzentration, um grundlegende strategische Fragen der europäischen Linken jenseits des kurzfristigen Horizonts der Ereignisse neu zu stellen. Eine dieser Fragen ist die Haltung der Linken zum Euro, die nach dem Scheitern von Syriza einige Monate intensiv diskutiert wurde (vgl. Nölke 2015; Mélenchon et al. 2015), mittlerweile jedoch schon wieder von anderen Debatten überlagert und verdrängt wird.

Trotz der Ereignisdichte überrascht diese Verdrängung. Denn auf den ersten Blick lässt sich eigentlich recht einfach begründen, warum die Linke den Euro oder allgemein die Währungsfrage spätestens seit den Ereignissen in Griechenland im Sommer 2015 als ein „Schlüsselproblem“ (so die Initiative Eurexit 2016)

betrachten sollte: Nachdem es Syriza als linker, d.h. links von der Sozialdemokratie stehender Kraft gelungen war, erstmals seit der Mittelmeer-Regierung Anfang der 1980er Jahre in Frankreich und dem Siegeszug des Neoliberalismus in Europa zentrale Regierungspositionen in einem europäischen Land zu besetzen¹, konnten die dominanten Kräfte auf europäischer Ebene die neue griechische Regierung schlichtweg mittels der Deckelung der Liquiditätszufuhr an das griechische Bankensystem über die Europäische Zentralbank (EZB) an der kurzen Leine führen. Genau genommen funktionierte dies so, dass die EZB im Februar 2015 eine Ausnahmeregelung beendete, nach der sie bis dato griechische Staatsanleihen trotz ihrer Herabstufung auf 'Ramsch-Niveau' für ihre Refinanzierungsgeschäfte mit den Banken akzeptiert hatte. Die EZB begründete diesen Schritt explizit politisch: Es sei unmöglich, „von einem erfolgreichen Abschluss des [Troika-] Programms auszugehen“. Der Ausschluss griechischer Staatsanleihen von den Refinanzierungsgeschäften der EZB hatte besonders für den griechischen Bankensektor weitreichende Konsequenzen, da dieser – wie die meisten Bankensektoren in der Eurozone – überwiegend Staatsanleihen 'seines' Landes aufgekauft hatte. Da griechische Staatsanleihen als Sicherheiten bei den Refinanzierungsgeschäften ausfielen, wurden griechische Banken – durch zunehmende Kapitalflucht nach dem Regierungsantritt von Syriza ohnehin bereits geschwächt – in der Folge von 'Notkrediten' der EZB abhängig, deren Volumen vom EZB-Rat jede Woche aufs Neue genehmigt werden musste.

Zugespielt ließe sich also sagen, dass dieser Mechanismus die EZB in die Lage versetzte, die Liquiditätszufuhr an das griechische Bankensystem 'per Knopfdruck' einzustellen und damit nicht nur die Banken, sondern den gesamten Zahlungsverkehr und damit letztlich die Wirtschaft des Landes zusammenbrechen zu lassen – wovon sie nach der Ankündigung des Referendums am Ende auch nicht zurückschreckte. Durch die Einbindung Griechenlands in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), das heißt ohne eigene Zentralbank und damit verbundene Kontrolle über das Kreditsystem, verfügte Syriza demzufolge über so gut wie keinen politischen Handlungsspielraum, um mit der erzwungenen Austeritätspolitik zu brechen. Im Rahmen des Euro war Syriza erpressbar und der Agenda von EZB, Eurogruppe und Internationalem Währungsfonds (IWF) schlichtweg ausgeliefert. Vor diesem Hintergrund erscheint aus linker Perspektive ein Bruch mit dem Euro beziehungsweise die konsequente Vorbereitung eines solchen Schritts mit Blick auf zukünftige Regierungsprojekte

1 Eine Ausnahme bildet die ambivalente Erfahrung der Linksinregierung in Zypern 2008 bis 2013.

als alternativlos, um überhaupt wieder Spielräume für progressive wirtschaftspolitische Alternativen zurückzugewinnen – eine Position, die aktuell vor allem unter dem Schlagwort ‘Lexit’, also „Left Exit“ diskutiert wird. Doch gerade diese Schlussfolgerung ist – aus ernstzunehmenden Gründen – heftig umstritten.

Die Bedeutung der Währungsfrage

Eine Reihe von Einwänden bezieht sich zunächst auf Probleme, die sich unmittelbar aus den Turbulenzen eines einseitigen Austritts, zumal eines kleinen, peripheren Landes im Rahmen der europäischen Arbeitsteilung wie Griechenland, ergeben würden. So würde die zu erwartende Abwertung der Drachme ‘2.0’ die Versorgungslage der griechischen Bevölkerung aufgrund der schwachen Produktionsbasis und damit verbundener Importabhängigkeiten dramatisch verschlechtern. Gleichzeitig würden die Guthaben kleiner SparerInnen entwertet, während große Vermögen zur Wertsicherung längst ins Ausland transferiert wurden. Die Außenverschuldung sowohl des öffentlichen wie auch des privaten Sektors stiege schlagartig an, ein deshalb nötiger einseitiger Schuldenschnitt würde das Land von den internationalen Finanzmärkten abschneiden oder wiederum in die Abhängigkeit internationaler Kreditgeber wie des IWF treiben – dann aber unter noch schlechteren Verhandlungsbedingungen als zuvor (so z.B. Bischoff et al. 2015; Bischoff/Radke 2016).

Eine Reihe weiterer Einwände problematisiert die Zuspitzung der Diskussion auf die Währungsfrage selbst. Eine Debatte über die Konsequenzen aus dem Scheitern von Syriza, die in Form von Bekenntnissen ‘für’ oder ‘gegen’ den Euro geführt wird und sich in technischen Regierungsfragen ergeht, verstelle die eigentlich entscheidenden Fragen wie die Mobilisierung einer gesellschaftlichen Bewegung, die tiefgreifende soziale Transformationsprozesse trägt und die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse von unten verschiebt (so bspw. Blockupy goes Athens 2015). Die europäische Linke laufe auch – gerade angesichts ihrer Uneinigkeit in diesem Punkt – Gefahr, sich an der Währungsfrage zu spalten, anstatt Kräfte in dieser kritischen Phase zu bündeln und gemeinsame strategische Perspektiven zu entwickeln (Kipping 2015). Joachim Bischoff und Björn Radke (2016: 137ff) argumentieren darüber hinaus, dass die Währungsdiskussion zu einer Verengung der Problemlage auf die Sphäre der Zirkulation führe, während die tieferliegenden Ursachen der Krise auf der Ebene der Produktionsverhältnisse angesiedelt seien. Obwohl diese Einwände unterschiedliche Gesichtspunkte betonen, haben sie eines gemeinsam: Sie plädieren dafür, die Währungsfrage – wenn überhaupt – als nachrangiges Problem zu betrachten.

Geht man zu Marx zurück, ist diese Position überraschend. Für Marx ist Geld insofern zentral, als es „den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhang, die gesellschaftliche Substanz“ repräsentiert und herstellt (MEGA II.2/20, Gr 874, zit. nach Heinrich 2011: 232). Dahinter steht die Überlegung, dass im Kapitalismus Arbeit in erster Linie als private Arbeit verrichtet wird. Erst im Austausch der privat produzierten Waren gegen Geld entscheidet sich, ob die privaten Arbeiten als Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit anerkannt werden. Geld ist innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise also nicht nur eine Ware unter anderen, die den Tausch erleichtert, aber letztlich nachrangig für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bleibt. Vielmehr handelt es sich um „jenes Band, das die kapitalistische Gesellschaft im Innersten zusammenhält“ (Sablowski/Schneider 2013: 1) und ihre verschiedenen, an sich unkoordinierten Produktionseinheiten miteinander vermittelt (ausführlich Heinrich 2011: 196ff). Die Form der Regulation des Geldes, also die Währungsfrage, lässt sich daher nicht als Phänomen an der ‘Oberfläche’ der Zirkulation abtun. Dies ist insofern auch kein rein theoretisches Glasperlenspiel, als – wie ich weiter unten ausführen möchte – die Teilnahme am Euro weitreichende Konsequenzen für die Produktionsstrukturen in der südeuropäischen Peripherie hatte.

Auch die institutionalistische Theorietradition begründet Zweifel an der Vorstellung, die Währungsfrage sei ein nachrangiges Problem. Sie hat vielfach darauf hingewiesen, dass Geldordnungen *Herrschaftsordnungen* darstellen. Geld ist in der institutionalistischen Tradition insofern – entgegen der neoklassischen Annahme einer ‘Neutralität des Geldes’ – niemals neutral. Vielmehr werden monetäre Räume als soziale und politische Konstruktionen betrachtet, in die sich Macht- und Kräfteverhältnisse eingeschrieben haben (grundlegend Ingham 2004). Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion bildet da keine Ausnahme: Der Euro ist nicht einfach nur ein interessenneutrales, länderübergreifendes Zahlungsmittel, sondern basiert auf weitreichenden institutionellen Festschreibungen, die sich im Zuge der monetären Integration Europas ausgebildet haben (Wahl 2015: 33). Demzufolge ist auch der Euro, wie es Martin Höpner (2015a) treffend zugespitzt hat, keine Einrichtung, „die sich je nach Kräfteverhältnis demokratisch und sozial oder aber autoritär und neoliberal aufladen lässt“. Vielmehr ist die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion neben dem Binnenmarktprojekt der zentrale, aber in der politischen Diskussion oft verdrängte Stützpunkt eines autoritär-neoliberalen europäischen Integrationsprojektes. Das betrifft, wie ich im nächsten Abschnitt ausführen möchte, nicht nur die fiskalpolitische Flankierung des Euro, also den Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie die Verschärfung der fiskalpolitischen Restriktionen im

Rahmen von Fiskalpakt und *Economic Governance* (vgl. Syrovatka 2016: 87ff), sondern den Kern des monetären Integrationsprojektes selbst: den supranationalen Charakter der Gemeinschaftswährung und die spezifische Konstruktion des Europäischen Systems der Zentralbanken.

Der Euro – kein ‘Konstruktionsfehler’, sondern ‘neoliberale Zwangsjacke’ *par excellence*

Selbst wenn man die Einschätzung teilt, dass der Euro eine neoliberale Konstruktion ist, muss daraus jedoch – um noch einen letzten Einwand gegen die Lexit-Position aufzugreifen – nicht zwangsläufig eine Strategie des Austritts abgeleitet werden. Denn was einmal politisch konstruiert wurde, lässt sich schließlich auch dekonstruieren, modifizieren oder – gemäß der Perspektive einer ‘Neugründung Europas von unten’ – ganz neu aufbauen. Entscheidend sind hierfür letztlich nicht Fragen der Geld- und Währungspolitik, sondern die politischen Kräfteverhältnisse in der EU. Das Sympathische dieses Einwandes liegt auf der Hand: Europa bleibt als transnationaler Horizont linker Politik bestehen – die Tradition des Internationalismus in der ArbeiterInnenbewegung muss nicht zugunsten eines ‘Rückfalls’ in vergangene Zeiten nationalstaatlicher Partikularismen geopfert werden. Allerdings vernachlässigt diese Argumentation meines Erachtens einen entscheidenden Punkt: die *ungleiche Entwicklung* innerhalb der EU und die damit verbundene *Ungleichzeitigkeit* in den Krisendynamiken und den politischen Mobilisierungszyklen (Becker 2012): Während sich im Zuge der Krise in der südeuropäischen Peripherie² insbesondere in Griechenland und Spanien sowie – in geringerem Maße – in Portugal starke linke Bewegungen und Parteien entwickelten, blieb die Dynamik politischer Mobilisierung im Hinblick auf eine grundlegende Veränderung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

2 Mit Blick auf die Eurokrise hat sich die Unterscheidung von Zentrum und Peripherie inzwischen alltagssprachlich etabliert (Weissenbacher 2015: 86f). Daran mag irritieren, dass die Eurozone insgesamt in der internationalen hierarchischen Arbeitsteilung eindeutig dem Zentrum zuzuordnen ist. Nichtsdestoweniger weisen die internen Verhältnisse des Euroraums ähnliche Dynamiken von Zentrum und Peripherie wie das Verhältnis zwischen Globalem Norden und Globalem Süden auf. In globaler Hinsicht müssen die Ökonomien der südeuropäischen Peripherie – also Griechenland, Portugal und Spanien – im Anschluss an die weltstheoretischen Arbeiten jedoch eher als „Semi-Peripherie“ beschrieben werden, da sie auch ihrerseits Dominanzeffekte gegenüber anderen Ökonomien ausüben (für Spanien Huke 2016: 98, grundlegend Wallerstein 2004).

in den Zentrumsländern Deutschland, Österreich oder den Niederlanden, aber auch in Mittel- und Osteuropa schwach.

Die dieser Ungleichzeitigkeit zugrunde liegenden ungleichen Entwicklungsmuster in Europa reichen bis vor die Integration der südeuropäischen Peripherie in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zurück, entwickelten jedoch mit ihrem Beitritt zum europäischen Binnenmarkt und innerhalb der WWU eine grundlegend neue Dynamik: Das Entwicklungsmodell des ‘peripheren Fordismus’ (Lipietz 1987: 78f, 113ff), dem die südeuropäische Peripherie nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die frühen 1970er, abhängig von Kapital- und Industriegüterimporten aus Westeuropa und den USA, folgte, geriet mit dem ‘Ölpreisschock’ 1973 in die Krise und brachte die Diktaturen in Portugal, Griechenland und Spanien zu Fall (vgl. Seers et al. 1979; Poulantzas 1977). Die darauf folgenden Beitritte dieser Länder zur EWG (Griechenland 1981, Portugal und Spanien 1986) sollten die Transition zu parlamentarisch-demokratischen Regierungssystemen absichern und die Staatsapparate modernisieren, verschärften jedoch die asymmetrischen Entwicklungsmuster zwischen ‘ungleichen Partnern’. Mit dem Wegfall von Handelsbarrieren war die vergleichsweise schwache industrielle Basis der südeuropäischen Peripherie der Preiskonkurrenz und den Übernahmen von Seiten der weltmarktorientierten Unternehmen der europäischen Zentrumsökonomien weitgehend schutzlos ausgeliefert³, sodass in den 1980er bzw. – im Falle Portugals – 1990er Jahren ein Prozess der ‘vorreifen’ Deindustrialisierung einsetzte (vgl. für Spanien López/Rodríguez 2012; für Griechenland Louri/Minoglou 2001: 400f; für Portugal Rodrigues/Reis 2012, zum Begriff der ‘vorreifen’ Deindustrialisierung Weissenbacher 2014).

Die Teilnahme der südeuropäischen Peripherie am Euro vertiefte diese Ungleichgewichte noch weiter und leitete eine zweite Phase der Deindustrialisierung ein. Denn mit dem Euro fiel das letzte Instrument zum Schutz der Industrien der europäischen Peripherie in der Weltmarktkonkurrenz weg: die Abwertung des Wechselkurses (Becker et al. 2015). Entscheidend war hierbei, dass sich *innerhalb* des gemeinsamen europäischen Währungsraums die Inflationsraten unterschiedlich entwickelten, wobei die Inflationsraten in der südeuropäischen Peripherie deutlich über jenen der früher so genannten ‘Hartwährungsländer’, allen voran

3 Die Entwicklung einiger nord- und südosteuropäischer Ökonomien, insbesondere der baltischen Länder sowie Rumäniens und Bulgariens, ist in dieser Hinsicht durchaus vergleichbar.

Deutschlands, lagen.⁴ Dies hatte zwei weitreichende Konsequenzen mit Blick auf die ungleichen Entwicklungsmuster in Europa: Zum einen war der Außenwert des Euro im Verhältnis zum Preisniveau der südeuropäischen Peripherie drastisch überbewertet und – spiegelbildlich – für Deutschland, Österreich und den Niederlanden unterbewertet⁵, was jeweils mit einem starken Verlust bzw. einer starken Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit verbunden war. Zum anderen führten die vergleichsweise hohen Inflationsraten in der südeuropäischen Peripherie angesichts der weitgehenden Konvergenz nominaler Zinssätze im Euroraum zu einem äußerst niedrigen Realzinsniveau. Dies stimulierte einen enormen kreditfinanzierten Boom mit starkem Wirtschaftswachstum, zumal mit dem Wegfall des Wechselkursrisikos innerhalb des Euroraums die letzte verbleibende Barriere gegenüber Kapitalzufluss aus den Zentren der Eurozone weggefallen war (für Spanien Huke 2016: 88ff; für Griechenland Stathakis 2010: 110; weniger ausgeprägt in Portugal Mortágua 2012). Beide Entwicklungen verschärften die Zahlungsbilanzungleichgewichte in der südeuropäischen Peripherie: Während die Erosion preislicher Wettbewerbsfähigkeit die Exporte einbrechen lies und Importabhängigkeiten verstärkte, regten Kreditausweitung und externer Kapitalfluss die Nachfrage und damit den Import an. Im Rahmen des „finanzdominierten Akkumulationsregimes“ in Europa (Demirović/Sablowski 2013) überdeckte diese Finanzialisierung der südeuropäischen Peripherie aufgrund des kreditfinanzierten Booms bis Mitte (Portugal) bzw. Ende (Griechenland, Spanien) der 2000er Jahre insofern tieferliegende Ungleichgewichte und Krisentendenzen, die sich jedoch bereits vor dem Ausbruch der Krise in wachsenden Zahlungsbilanzungleichgewichten niederschlugen (vgl. auch Becker/Jäger 2012).

Für die Haltung der Linken zum Euro ist diese Konstellation ungleicher Entwicklung aus zwei Gründen zentral. Erstens polarisiert die gegensätzliche Auswirkung des Euro auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit nationalstaatlicher Ökonomien aufgrund von Über- bzw. Unterbewertung tendenziell auch die

4 Die Ursachen für die höheren Inflationsraten in der südeuropäischen Peripherie sind umstritten. Während einige AutorInnen (wie Höpner 2013) die stärkere Lohnentwicklung, die von weniger korporatistischen und damit kämpferischen Gewerkschaften durchgesetzt werden konnte, für entscheidend halten, verweisen andere (vgl. Feigl/Zuckerstätter 2012: 23ff) darauf, dass die Unternehmen ihre Preise nicht nur in Reaktion auf eine höhere Kostenbelastung steigerten, sondern die Inflation ihrerseits durch die Vergrößerung ihrer Profitspannen antrieben.

5 Der genaue, damit verbundene Auf- und Abwertungsbedarf zum Ausgleich der Inflationsdifferenziale wird – je nach Studie – mit bis zu 35 Prozent Abwertung (Portugal) und 25 Prozent Aufwertung (Deutschland) angegeben (Goldman Sachs 2012).

materiellen Interessen der Lohnabhängigen im Euroraum. Dies erklärt, warum die Diskussion über den Euro gerade in Deutschland und Österreich, deren starke Exportsektoren vom Euro wegen der Unterbewertung und der internationalen Bedeutung des Euro⁶ profitiert haben, neben der ideellen Überfrachtung der Gemeinschaftswährung⁷ so heikel ist: Eine offene Infragestellung des Euro stünde nach der Niederwerfung der Syriza-Regierung mittels der EZB zwar auf der politischen Tagesordnung, läuft aber Gefahr, auf vehementen Widerstand insbesondere von Seiten der Gewerkschaften im Exportsektor zu stoßen (vgl. Höpner 2015b). Der Aufruf, Europa neu zu begründen (2016), oder die Orientierung auf eine Reform des Euro stellen vor dem Hintergrund dieser Spannungen Kompromissformeln dar.

Zweitens: Die damit verbundene politische Perspektive steht jedoch vor dem gravierenden Problem, dass mit den ungleichen Entwicklungsmustern verschiedene Krisendynamiken und damit letztlich auch verschiedene Verläufe politischer Krisen und Mobilisierungen verbunden sind – so wenig sich politische Krisen auf ökonomische Krisen reduzieren oder aus ihnen ableiten lassen.⁸ Zugespitzt bedeutet das, dass progressive Kräfte auf kurze und mittlere Sicht nicht in den Luxus kommen werden, eine Mehrheit der Regierungen im Euroraum zu stellen. Wenn überhaupt ergeben sich Spielräume auf der Ebene einzelner Nationalstaaten in der südeuropäischen Peripherie, wie im Frühjahr 2015 in Griechenland, oder – in schwächerer Form – aktuell in Portugal oder womöglich mit Podemos in Spanien (Vogel 2016).

Im Rahmen der WWU sitzen (potenzielle) Linksregierungen in Südeuropa jedoch in der 'perfekten Zwangsjacke'.⁹ Da sich die EZB im Rahmen der sup-

6 Aufgrund der Spezialisierung in Segmenten hoher technologischer Komplexität sind gerade die deutschen Exporte weniger preiselastisch als jene der europäischen Peripherie. Aus Sicht der exportorientierten europäischen Zentrumsökonomien fällt daher die Rolle des Euro als internationaler Währung gegenüber den Vorteilen der Unterbewertung besonders stark ins Gewicht.

7 So gilt der Euro oftmals – gemäß Merkels Diktum „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ – als materielle Inkorporation der europäischen Idee, aufgeladen mit der „postnationalen Heilsattribution“ (Streeck 2015: 382) einer friedlichen Kooperation im Rahmen einer europäischen Staatengemeinschaft.

8 So konnte die Linke gerade in jenen südeuropäischen Ländern Terrain gewinnen, in denen bis in die 1970er Jahre Diktaturen herrschten. Der Widerstand von links und der letztlich erfolgreiche Sturz der Diktaturen verleiht der Linken eine ganz andere Stellung in der jüngeren Geschichte und der politischen Kultur in Griechenland, Portugal und Spanien als in anderen europäischen Ländern.

9 So Mariana Mortágua auf der Konferenz *Historical Materialism* in London, 7.11.2015.

ranationalen Geldordnung an den Durchschnittsbedingungen im Euroraum orientiert, wird sich keine aus Sicht der südeuropäischen Peripherie günstigere Geld- und Währungspolitik durchsetzen lassen – beispielsweise in Richtung einer Reduktion der Überbewertung des Euro oder gar einer selektiven Kreditpolitik zur Unterstützung bestimmter Sektoren der südeuropäischen Ökonomien in der Weltmarktkonkurrenz. Denn der EZB-Rat, der sich als höchstes Organ der EZB nach einem recht komplizierten Rotationsprinzip zusammensetzt (vgl. EZB 2014), trifft seine Entscheidungen nach dem Prinzip der einfachen Mehrheit, sodass einzelne, zumal periphere Länder der Eurozone kaum Einfluss auf die EZB-Politik nehmen können. Die monetaristische Konstruktion der EZB verschärft dieses Problem noch weiter: Denn die so genannte ‘Unabhängigkeit’ der EZB, wonach diese selbst noch den schwachen Elementen parlamentarischer Demokratie und Kontrolle auf europäische Ebene entzogen ist, verbietet Regierungen einzelner Mitgliedsstaaten, die nationalen ZentralbankpräsidentInnen, die die Länder der Eurozone im EZB-Rat vertreten, auszutauschen oder ihnen politische Weisungen zu geben. Im Falle der EZB geht diese Separierung von demokratischen Entscheidungsprozessen, welche Stephen Gill (1998) als „Neuen Konstitutionalismus“ bezeichnete, sogar noch weiter: Selbst im Falle einer Mehrheit progressiver Regierungen in der Eurozone ließe sich nicht zwangsläufig eine Veränderung der Geldpolitik erwirken, weil der EZB-Rat *allein dem Statut der EZB* verpflichtet ist. Dieses schreibt eine einseitige Orientierung an monetaristischen Prinzipien wie dem Primat der Preisstabilität gegenüber allen anderen wirtschaftspolitischen Zielen¹⁰ sowie am Verbot monetärer Staatsfinanzierung¹¹

10 Inflation muss auch im Rahmen einer linken Wirtschaftspolitik vermieden oder doch sehr niedrig gehalten werden. Moderate Inflationsraten über dem auch im Vergleich zu den anderen wichtigen Zentralbanken restriktiven 2%-Ziel der EZB könnten jedoch durchaus in Kauf genommen werden, um Spielraum für die Verfolgung anderer wirtschaftspolitischer Ziele zu eröffnen.

11 Das Verbot monetärer Staatsfinanzierung trug bis zu seiner Umgehung durch das so genannte OMT-Programm der EZB im Herbst 2012 entscheidend zur Eskalation der so genannten „Staatsschuldenkrise“ bei, weil die EZB – anders als etwa die US-amerikanische Fed oder die *Bank of Japan* – in der Krise keine Staatsanleihen aufkaufte, um dem Spekulationsdruck der Finanzmärkte entgegenzuwirken. Eine alternative Geldpolitik von links sollte das Instrument der Finanzierung des öffentlichen Sektors über die Zentralbank jedoch auch nur vorsichtig einsetzen, denn ansonsten droht die Gefahr, dass gesellschaftliche Verteilungskonflikte um die Finanzierung öffentlicher Ausgaben und Investitionen über den Mechanismus der monetären Staatsfinanzierung umgangen werden, was letztlich stark inflationstreibend wirken kann (Werber 2015).

fest. Da das Statut als Primärrecht gilt, welches sich nur einstimmig verändern lässt, könnte eine einzelne Regierung in der EU als neoliberale Trutzburg eine Revision des monetaristischen EZB-Statuts (zumindest theoretisch) blockieren.

Vor allem aber wäre der EZB-Rat gegenüber einzelnen Linksregierungen in Südeuropa weiterhin in der Lage, wie im oben beschriebenen Falle Griechenlands im Sommer 2015, jeden Moment die Liquiditätszufuhr zu deckeln, um eine disidente Linksregierung zum Einlenken zu zwingen – indem die EZB ihre Funktion als ‘Lender of Last Resort’ also dafür einsetzt, als ‘Preventer of Last Resort’ gegenüber einem linken Bruch mit der Austeritätspolitik zu agieren. Öffentlich weitgehend unbeachtet beschränkt das Drohpotenzial dieses Mechanismus aktuell auch die politischen Spielräume der portugiesischen Mitte-Links-Regierung aus sozialdemokratischem *Partido Socialista*, dem *Bloco de Esquerda* und dem *Partido Comunista Português*: Da von den vier größten Rating-Agenturen lediglich die kanadische DBRS eine Bonitätseinstufung oberhalb des ‘Ramsch-Niveaus’ erhält, besteht die Gefahr, dass portugiesische Staatsanleihen wie die griechischen im Februar 2015 von den Refinanzierungsoptionen der EZB ausgeschlossen werden (Ulrich/Stierle 2016). Mit anderen Worten endet der Spielraum der demokratisch gewählten portugiesischen Regierung für einen vorsichtigen Bruch mit der Austeritätspolitik genau dort, wo eine einzelne Rating-Agentur die Kreditwürdigkeit Portugals gefährdet sieht (zum politischen Charakter der Ratings von Rating-Agenturen vgl. Sablowski 2010: 234ff).

Möglichkeiten und Probleme eines einzelnen Exits von links

Auch wenn der Bruch mit dem Euro an sich noch kein progressiver Schritt ist, wird er unausweichlich sein, wenn es darum geht, auf mittlere Sicht angesichts der ungleichen Entwicklungsmuster im Kontext der hierarchischen europäischen Arbeitsteilung überhaupt wieder Spielräume für alternative (Wirtschafts-)Politik zurückzugewinnen. Dabei geht es noch nicht einmal um weitreichende Transformationsschritte, sondern schlichtweg um eine Reversion jener austeritätspolitischen Maßnahmen, die die Sicherstellung von Grundbedürfnissen gefährden: die Rücknahme von Rentenkürzungen und Mindestlohnsenkung, Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten und zu Gesundheitsversorgung, ausreichende Finanzierung des öffentlichen Bildungssystems usw.

Der Bruch mit dem Euro und damit verbunden die Rückkehr zu einer unabhängigen Zentralbank ist jedoch selbst mit einer Reihe von Problemen verbunden. Zwar würde die EZB ihr ultimatives Druckmittel – die Einstellung der Liquiditätszufuhr – verlieren. Die Hoffnungen auf weitreichende Spielräume für

„Währungsabwertung und Rückgewinnung nationaler Zinssetzungsautonomie“ (Nölke 2013) unterschätzen jedoch die Restriktionen, die sich aus der (semi-) peripheren Einbettung der südeuropäischen Ökonomien in die internationale Arbeitsteilung und aus der Internationalisierung des Kapitals seit den 1970er Jahren ergeben. Diese Restriktionen gehen weit über die bereits angesprochenen Turbulenzen hinaus, die sich unmittelbar nach einem Ausstieg durch die Abwertung einer wiedereingeführten Währung im Süden ergeben würden, d.h. eine schlagartige Teuerung der Importe, die Verschlechterung der Versorgungslage, der Anstieg der Außenverschuldung und die Entwertung kleiner Sparguthaben.

Die weiterreichenden, mittel- und langfristigen Restriktionen und damit verbundenen Schwierigkeiten wurden im volkswirtschaftlichen Mainstream als „Policy-Trilemma“ beschrieben (Krugman/Obstfeld 2009: 650): Es lassen sich immer nur zwei der drei Ziele Wechselkursstabilität, eigenständige Geldpolitik und freier Kapitalverkehr gleichzeitig realisieren. Eine expansive Geldpolitik, beispielsweise zur Konjunkturstimulierung nach der jahrelangen austeritätspolitisch verfestigten Rezession, würde bei offenem Kapitalverkehr gemäß der Zinsparitätentheorie zu Kapitalabfluss führen, weil die Zinssätze und damit die Renditeerwartungen im Ausland höher lägen. Dies wiederum würde die Nachfrage nach der neuen Währung auf den Devisenmärkten senken und sie unter Abwertungsdruck setzen.

Gerade dieser Abwertungseffekt wird von BefürworterInnen eines Lexit in der Regel nicht nur als unproblematisch, sondern angesichts der aktuellen Überbewertung des Euro aus Sicht der südeuropäischen Peripherie sogar als wünschenswert angesehen. Denn Abwertungen können positive Effekte haben, indem sie die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern und dadurch Exporte fördern sowie gleichzeitig Importe verteuern und damit zur Importsubstitution anregen. Ob sich diese positiven Effekte aber tatsächlich einstellen, hängt von einem entscheidenden Faktor ab: dem Grad der *strukturellen Importabhängigkeit*. Können Importe nicht – wie es in großen, diversifizierten Zentrumsökonomien der Fall ist – durch eigene Produktion, also die Reaktivierung bestehender ungenutzter Kapazitäten, ersetzt werden, führt die Verteuern der Importe nicht zu Importsubstitution, sondern zu wachsenden Leistungsbilanzdefiziten, die durch Außenhandelsbeschränkungen gedrosselt werden müssten. Denn wachsende Leistungsbilanzdefizite bedeuten eine Erhöhung der Außenverschuldung, die – sofern sie in Fremdwährung denominiert ist – wiederum mit jeder Abwertung steigen würde. Letztlich hängt vom Grad der strukturellen Importabhängigkeiten auch ab, ob sich eine Abwertung positiv auf die Exporte auswirkt: Wenn die Exportsektoren im Rahmen transnationaler Produktionsketten ihrerseits stark

auf Importe von Produktionsmitteln angewiesen sind, überwiegen auch mit Blick auf die Exportförderung die negativen Effekte.

Nach der oben skizzierten jahrzehntelangen Erosion der produktiven Basis in der südeuropäischen Peripherie im Rahmen von Binnenmarkt- und monetärer Integration bilden strukturelle Importabhängigkeiten gerade im Hinblick auf Technologie und Industriegüter die Achillesverse einer Exit-Strategie, wie u.a. Economakis et al. (2015) in einer detaillierten Untersuchung der griechischen Wirtschaft gezeigt haben. Der Verlust preislicher Wettbewerbsfähigkeit angesichts der Überbewertung des Euro aus Sicht der südeuropäischen Peripherie lässt sich insofern nicht einfach durch den Ausstieg aus dem Euro, gefolgt von einer Abwertungsstrategie, rückgängig machen, da dies die Reaktivierung von produktiven Kapazitäten voraussetzen würde, die nach zwei Wellen der Deindustrialisierung, jeweils nach dem Beitritt zum Binnenmarkt und zur Eurozone, nicht mehr existieren – oder aufgrund der peripheren Einbettung in die europäische Arbeitsteilung nie bestanden. Daher stellt die fehlende nicht-preisliche bzw. 'strukturelle' Wettbewerbsfähigkeit aus Sicht der südeuropäischen Peripherie ein noch größeres Problem als der Verlust der preislichen Wettbewerbsfähigkeit seit der Einführung des Euro dar (vgl. auch Müller et al. 2015).

Ein (Wieder-)Aufbau produktiver Kapazitäten, verbunden mit Schritten in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation (Brand 2014), würde eine selektive Abkopplung vom Konkurrenzdruck des europäischen Binnen- und des Weltmarktes durch die Regulierung des Außenhandels und des Kapitalverkehrs erfordern. Ein Austritt aus dem Euro hätte deshalb wenig Aussicht auf Erfolg ohne die Bereitschaft, auch mit anderen Dimensionen des europäischen Integrationsprojekts, insbesondere dem freien Verkehr von Kapital, Waren und Dienstleistungen, zu brechen¹² (vgl. auch Heine/Sablowski 2015: 588). Im Hinblick auf die 'Rückgewinnung' geld- und währungspolitischer Spielräume ist jedoch auch diese dritte Option des „Policy Trilemmas“ – also feste Wechselkurse und geldpolitische Autonomie unter Beschränkung des Kapitalverkehrs – nicht

12 Ein Problem bildet hierbei sicherlich die Frage der innereuropäischen Migration. So argumentiert Varoufakis (2016), dass die Lexit-Position zwangsläufig auf ein Ende der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit und damit auf die Wiedereinführung von Grenzzäunen hinausläuft. Klar ist, dass eine eigenständige Industriepolitik unter Bruch mit dem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital die Wiedereinführung von Grenzkontrollen bedeuten würde. Das Recht auf Migration muss dadurch jedoch nicht außer Kraft gesetzt werden. Langfristig sollte es darum gehen, die wirtschaftliche Situation in der südeuropäischen Peripherie derart zu verbessern, dass die Emigration und der damit verbundene „brain drain“ zurückgeht.

ohne Probleme. So sehr Kapitalverkehrskontrollen graduell Spielräume eröffnen könnten, wie die Erfahrung vieler Schwellenländer zeigt, so wenig lassen sich die außenwirtschaftlichen Restriktionen durch Kapitalverkehrskontrollen vollständig außer Kraft setzen: Zum einen lassen sich Umgehungsversuche nur durch eine komplette, auch außenhandelspolitische Abschottung einer nationalen Ökonomie unterbinden (Spiegel 2012), was insbesondere aus der Perspektive kleinerer, außenhandelsabhängiger Ökonomien schwierig ist. Zum anderen setzen Kapitalverkehrskontrollen angesichts der hohen Transaktionsbeträge loyale, wenig korruptionsanfällige Verwaltungsapparate voraus, auf die gerade eine innerhalb des Staates anfangs in der Regel schwach verankerte Linksregierung kaum setzen könnte.

Am Ende gibt es zum Ausstieg aus dem Euro aus der Perspektive der südeuropäischen Peripherie angesichts der ungleichen Entwicklungskonstellation keine Alternative, soll der EZB die Macht genommen werden, austeritätspolitische Vorgaben mittels der Einstellung der Liquiditätszufuhr erzwingen zu können. Die beschriebenen Widrigkeiten machen einen solchen Entwicklungsweg für ein einzelnes Land der südeuropäischen Peripherie jedoch äußerst prekär und für eine Linksregierung politisch riskant. Denn bis Schritte in Richtung einer produktiven, sozial-ökologischen Rekonstruktion greifen, muss kurz- und mittelfristig eine mühsame Transformationsperiode durchlaufen werden, in der Außenhandelsbeschränkungen die Möglichkeiten für Konsum und Partizipation am technologischen Fortschritt insbesondere der Mittelklassen einschränken. Die Gefahr, dass neoliberale oder gar faschistische Kräfte die Oberhand gewinnen, bevor ein solch langfristig angelegter Transformationsprozess Früchte trägt, lässt sich kaum überschätzen.

Die Strategie eines kooperativen Bruchs mit der Eurozone

Eine vielversprechende, wenn auch voraussetzungsvolle Alternative zu diesem prekären und riskanten Entwicklungsweg bietet nur die Strategie eines kooperativen Bruchs mit der Eurozone im Bündnis mehrerer Linksregierungen in Südeuropa. Der Vorteil einer solchen Konstellation läge darin, dass Schritte in Richtung Desintegration und Abkopplung vom neoliberal-monetaristischen Integrationsprojekt durch neue Formen der Kooperation abgesichert werden könnten (ähnlich Wahl 2016).

Freilich handelt es sich hierbei nicht um das wahrscheinlichste Szenario. Vielmehr erscheinen eine autoritär-neoliberale Vertiefung der Integration in Form von austeritätspolitischer Überwachung der öffentlichen Ausgaben und ‘innerer

Abwertung' oder aber der Zerfall der WWU auf Betreiben rechtspopulistischer und nationalistischer Kräfte als realistischere Szenarien (Heine/Sablowski 2015: 585ff). Die Strategie eines kooperativen Bruchs ist dennoch nicht völlig aus der Luft gegriffen. Denn immerhin hat die Linke in Spanien, Portugal und – trotz des Rückschlags im Sommer 2015 – auch in Griechenland zumindest das Potenzial, die wirtschaftliche und politische Entwicklungsrichtung ihrer Gesellschaften in den kommenden Jahren zu prägen. Das Problem der ungleichen ökonomischen und politischen Entwicklung stellt sich zwar auch innerhalb der Ländergruppe der südeuropäischen Peripherie, aufgrund ihrer vergleichbaren peripheren Einbettung in die europäische Arbeitsteilung und Geschichte jedoch nicht in gleicher Weise wie mit Blick auf die gesamte Eurozone oder EU.

Darüber hinaus würde ein Bündnis von Linksregierungen in Südeuropa, die mit einzelnen Schritten in Richtung Desintegration die dominante autoritär-neoliberale Integrationsweise in Frage stellen, eine Bruchlinie vertiefen, die sich ohnehin bereits abzeichnet: Auf der einen Seite orientiert sich der deutsche Exportsektor zunehmend von der Eurozone weg (Heine/Sablowski 2015). Damit schwindet auch die Kompromissbereitschaft des deutschen Machtblocks mit Blick auf gemeinsame Haftungen und Transferzahlungen zur Überwindung der Ungleichgewichte im Euroraum. Das Projekt einer 'Vertiefung' der WWU in Richtung einer „Fiskalunion“, wie sie aktuell auf der Grundlage des so genannten Fünf-Präsidentenberichts (Juncker et al. 2015) auf EU-Ebene diskutiert wird und auch von keynesianischer Seite immer wieder zur Behebung des 'Konstruktionsfehlers' des Euro vorgeschlagen wurde, hat vor diesem Hintergrund kaum Aussicht auf Erfolg. Den Widerstand von deutscher Seite bereits antizipierend, betont der Bericht, dass eine gemeinsame Fiskalkapazität selbst auf lange Sicht keine „dauerhaften Transferleistungen zwischen Ländern oder nur in eine Richtung bewirken“ (ebd.: 17) und nur am „Höhepunkt eines Prozesses der Konvergenz“ eingerichtet werden sollte. Eine solche Konvergenz könnte jedoch – entgegen der neoklassischen Annahme, dass vertiefte Märkte zu 'natürlichen' Gleichgewichtszuständen tendieren – nur das Ergebnis umfangreicher¹³ Transfermechanismen sein, die öffentliche Investitionen zum Aufbau von Industrie- und Dienstleistungsstrukturen in der europäischen Peripherie ermöglichen.

13 Wolfgang Streeck (2015) berechnet, dass die Transferzahlungen mindestens den Umfang der Transferleistungen von West- nach Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung erreichen müssten, lediglich um die Divergenzen nicht noch größer werden zu lassen. Um einen Konvergenzprozess einzuleiten, wären noch darüber hinausgehende Mittel notwendig.

Auf der anderen Seite formiert sich in Südeuropa selbst auf Kapitaleseite vermehrt Widerstand gegen die Austeritätspolitik und den Euro (Financial Times 2016). Beides deutet darauf hin, dass sich die Spannung zwischen dem ehemaligen nördlichen Hartwährungsblock um Deutschland mit einem gemessen an ihrem Preisniveau unterbewerteten Euro einerseits und den südlichen Ländern mit einem aus ihrer Sicht überbewerteten Euro andererseits in den nächsten Jahren verschärfen werden, so sehr relevante Teile der Machtblöcke in Südeuropa in der Vergangenheit auch am Programm der austeritätspolitischen Strukturanpassung festgehalten und dieses verteidigt haben. Mit dem Südeuropa-Gipfel im September 2016 in Athen könnte sich nun erstmals eine Einkreisung Deutschlands durch verstärkte Süd-Süd-Kooperation abzeichnen, die der deutsche Machtblock immer verhindern wollte.

Vor diesem Hintergrund ginge es im Rahmen der Strategie eines kooperativen Bruchs darum, diese Bruchlinie in eine progressive Richtung zu vertiefen. Die Infragestellung des Euro wäre hierbei – und darin liegt der entscheidende Unterschied zu konservativer Eurokritik – nur der erste Schritt in Richtung weiterreichender Transformation – eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine linke Alternative zur dominanten austeritätspolitischen Krisenbearbeitung. Neben der gegenseitigen Stützung der Wechselkurse neuer Währungen auf den Devisenmärkten und der gemeinsamen Überwachung des Kapitalverkehrs läge der Vorteil eines kooperativen Ausstiegs darin, industriepolitische Spielräume für eine sozial-ökologischen Rekonstruktion der Produktionssysteme durch ein höheres Niveau nicht-hierarchischer transnationaler Arbeitsteilung und technologischer Zusammenarbeit erweitern zu können. Dies würde wiederum die Grundlage dafür bilden, soziale Infrastruktur insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Kinderbetreuung auszubauen, zu demokratisieren und an menschlichen Bedürfnissen statt an maximaler Kosteneffizienz auszurichten. Ausgehend von der Kontrolle über das Kreditsystem mittels einer eigenständigen Zentralbank und der Vergesellschaftung des Bankensektors ließen sich demokratische Entscheidungsprozesse über Investitionen und den Einsatz der gesellschaftlichen Produktionsmittel vertiefen. Entscheidend für den Erfolg eines solchen Bruchs wären letztlich auch Bündnisse mit progressiven Kräften über Europa hinaus im Rahmen einer Strategie der kollektiven ‘Self-Reliance’, um mit einer koordinierten autozentrierten Entwicklungsstrategie aus der hierarchischen internationalen Arbeitsteilung auszubrechen, neue Kooperationsbeziehungen aufzubauen und die ökonomische und politische Dominanz der Zentrumsökonomien in Europa sowie global zurückzudrängen. Das würde bedeuten, Europa als transnationalen Horizont linker Strategie zu relativieren – aber nicht im Sinne

einer Rückkehr zum Nationalstaat, sondern im Sinne einer Re-Orientierung auf neue transnationale Bündnisse.

Die Linke im deutschsprachigen Raum tut sich mit einer solchen Perspektive erfahrungsgemäß schwer – vielleicht auch, weil sie ihr die Möglichkeit nimmt, sich als Teil einer stärkeren südeuropäischen Linken zu imaginieren und sich so über ihre eigene Schwäche hinwegzutäuschen. Ihre Rolle könnte aber angesichts der Bedeutung der deutschen und österreichischen Produktionsstrukturen und deren hoher technologischer Komplexität durchaus bedeutend sein, wenn es darum geht, die hierarchische europäische (und globale) Arbeitsteilung im Rahmen einer alternativen, kooperativen, sozial-ökologisch ausgerichteten Industriepolitik zu überwinden. Das Kernproblem liegt jedoch darin, dass diese Strategie darauf hinauslaufen würde, die deutschen und österreichischen Exportüberschüsse abzubauen, was sie fast unausweichlich in Widerspruch zu den Gewerkschaften in den Exportsektoren bringen würde. Umso wichtiger wäre es, Strategien einer industriepolitischen, sozial-ökologischen Transformation auch der europäischen Zentrumsökonomien zu entwickeln, die den Verlust von Exportüberschüssen und damit verbundenen Verteilungsspielräumen durch die Stärkung qualitativer Komponenten des Lebensstandards begegnet – und diese in den Entwurf einer umfassenden sozialistischen Transformationsperspektive einbettet.

Literatur

- Becker, Joachim (2012): Blindstellen: ungleiche Entwicklung und ungleiche Mobilisierung in der EU, in: PROKLA 42(3).
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes (2012): Integration in Crisis: A Regulationist Perspective on the Interaction of European Varieties of Capitalism, in: Competition and Change 16(3).
- Becker, Joachim/Jäger, Johannes/Weissenbacher, Rudy (2015): Uneven and dependent development in Europe: The crisis and its implications, in: Jäger, Johannes/Springler, Elisabeth (Hg.): Asymmetric Crisis in Europe and Possible Futures. Critical political economy and post-Keynesian perspectives, Abingdon/New York.
- Bischoff, Joachim/Händel, Thomas/Radke, Björn/Troost, Axel/Wolf, Harald (2015): Rückkehr zur Drachme ist keine Lösung, in: Neues Deutschland online 19.08.2015.
- Bischoff, Joachim/Radke, Björn (2016): „isch over“? Griechenland und die Eurozone. Syrizas Kampf gegen die neoliberale Hegemonie, Hamburg.
- Blockupy goes Athens (2015): „Die Niederlage verstehen heisst den Sieg vorbereiten“ – Das griechische Dilemma und wir, online: <https://blockupy.org/6147/die-niederlage-verstehen-heisst-den-sieg-vorbereiten-das-griechische-dilemma-und-wir/>, letzter Zugriff: 11.12.2015

- Brand, Ulrich (2014): Transition und Transformation. Sozialökologische Perspektiven, in: Brie, Michael (Hg.): *Futuring, Perspektiven der Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*, Münster.
- Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2013): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, in: Atzmüller, Roland et al. (Hg.): *Fit für die Krise? Perspektiven der Regulationstheorie*, Münster.
- Economakis, George/Markaki, Maria/Anastasiadis, Alexios (2015): *Structural Analysis of the Greek Economy*, in: *Review of Radical Political Economics* 47(3).
- Eurexit (2016): *Aufruf. Eine Alternative zum Euro*, online: <http://eurexit.de/aufruf>, letzter Zugriff: 10.10.2016.
- Europa neu begründen (2016): *Das Flüchtlingsdrama: ein Appell zum Umsteuern. In Europa und in Deutschland*, online: <http://www.europa-neu-begrunden.de/>, letzter Zugriff: 10.10.2016.
- EZB (2014): *Rotation der Stimmrechte im EZB-Rat. 1.12.2014*, online: <https://www.ecb.europa.eu/explainers/tell-me-more/html/voting-rotation.de.html>, letzter Zugriff 05.05.2016.
- EZB (2015): *Eligibility of Greek bonds used as collateral in Eurosystem monetary policy operations. 4.02.2015*, online: <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2015/html/pr150204.en.html>, letzter Zugriff: 05.05.2016.
- Feigl, Georg/Zuckerstätter, Sepp (2012): *Wettbewerbs(des)orientierung. WWWFor-Europe. Welfare Wealth Work, Policy Paper Nr. 2.*
- Gill, Stephen (1998): *New Constitutionalism, Democratisation and Global Political Economy*, in: *Pacifica Review*, 10(1).
- Goldman Sachs (2012): *European Economics Analyst. 12/01, Part 1.*
- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2015): *Zerfällt die Europäische Währungsunion? Handels- und Kapitalverflechtungen, Krisenursachen und Entwicklungsperspektiven der Eurozone*, in: *PROKLA* 45(4).
- Heinrich, Michael (2011): *Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution und klassischer Tradition*, Münster.
- Höpner, Martin (2015a): *Den linken Euro gibt es nicht*, in: *Neues Deutschland online*, 17.08.2015.
- (2015b): *„Eine offene Euro-Debatte könnte die Gewerkschaften zerreißen“*. Ein Interview mit Martin Höpner, in: *Junge Welt*, 28.11.2015.
- Huke, Nikolai (2016): *„Sie repräsentieren uns nicht.“ Soziale Bewegungen und Krisen der Demokratie in Spanien*, Dissertation an der Philipps-Universität Marburg.
- Ingham, Geoffrey (2004): *The Nature of Money*, Cambridge/Malden.
- Juncker, Jean-Claude/Tusk, Donald/Dijsselbloem, Jeroen/Draghi, Mario/Schulz, Martin (2015): *Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden*, Brüssel.
- Kipping, Katja (2015): *Austerix statt Grexit*. In: *Neues Deutschland online*, 05.09.2015.

- Krugman, Paul R./Obstfeld, Maurice (2009): *International Economics. Theory & Policy*. 8. Ausgabe, Boston et al.
- Lipietz, Alain (1987): *Mirages and Miracles. The Crisis of Global Fordism*, London.
- López, Isidro/Rodríguez, Emmanuel (2012): Das spanische Modell, in: PROKLA 42(1).
- Louri, Helen/Minoglou, Ioanna Pepelasis (2001): A Quantitative Exploration on the Determinants of (De-)Industrialisation: The case of Greece, in: *International Review of Applied Economics*, 15(4).
- MEGA = Marx-Engels-Gesamtausgabe, Berlin.
- Mélenchon, Jean-Luc/Fassina, Stefano/Konstantopoulou, Zoe/Lafontaine, Oskar/Varoufakis, Janis (2015): Für einen Plan B in Europa.
- Mortágua, Mariana (2012): The Portuguese Debt Crisis: Deconstructing Myths, in: Papadopoulou, Elena/Sakellariadis, Gabriel (Hg.): *The Political Economy of Public Debt and Austerity in the EU*, Athen.
- Müller, Torsten/Schulten, Thorsten/Zuckerstätter, Sepp (2015): Wages and Economic Performance in Europe, in: Van Gyes, Guy/Schulten, Thorsten (Hg.): *Wage Bargaining under the New European Economic Governance*, Brüssel.
- Nölke, Andreas (2015): Abschied vom Euro? Europas Linke nach der Griechenlandkrise, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 9/2015.
- Poulantzas, Nicos (1977): *Die Krise der Diktaturen*. Portugal, Griechenland, Spanien, Frankfurt/Main.
- PROKLA (2016): Ausnahmezustand – Barbarei oder Sozialismus? Heft 4/2016.
- Rodrigues, João/Reis, José (2012): The Asymmetries of European Integration and the Crisis of Capitalism in Portugal, in: *Competition and Change* 16(3).
- Sablowski, Thomas (2010): Ratings: Die politische Ökonomie der Kreditwürdigkeit, in: Belina, Bernd/Miggelbrink, Judith (Hg.): *Hier so, dort anders. Raumbezogene Vergleiche in der Wissenschaft und anderswo*, Münster.
- Sablowski, Thomas/Schneider, Etienne (2013): *Verarmung made in Frankfurt/M. Die Europäische Zentralbank in der Krise*. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 6/2013.
- Seers, Dudley/Schaffer, Bernard/Kiljunen, Marja-Liisa (1979) (Hg.): *Underdeveloped Europe: Studies in Core-Periphery Relations*, Hassocks.
- Spiegel, Shari (2012): How to Evade Capital Controls... And Why They Can Still Be Effective, in: Gallagher, Kevin P./Griffith-Jones, Stephany/Ocampo, José Antonio (Hg.): *Regulating Global Capital Flows for Long-Run Development*, Boston.
- Stathakis, George (2010): The fiscal crisis of the Greek Economy, in: *Kurswechsel* 3/2010.
- Streeck, Wolfgang (2015): Warum der Euro Europa spaltet statt zu einigen, in: *Leviathan* 43(3).
- Syrovatka, Felix (2016a): *Die Reformpolitik Frankreichs in der Krise. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik vor dem Hintergrund europäischer Krisenbearbeitung*, Wiesbaden.
- Ulrich, Alexander/Stierle, Steffen (2016): Troika 2.0. in Portugal?, in: *Neues Deutschland online*, 27.04.2016.

- Varoufakis, Yanis (2016): Wenn wir nicht nachgeben. Die europäische Linke nach dem Brexit: Die Perspektive der DiEM25-Bewegung, Neues Deutschland online 05.09.2016.
- Vogel, Steffen (2016): Spanien und Portugal: Der linke Aufbruch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/2016.
- Wahl, Peter (2015): Linke Sakralisierung von Euro und EU, in: Sozialismus 10/2015.
- (2016): Linker Ausbruch: Europas Dritter Weg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2016.
- Wallerstein, Immanuel (2004) *World-System Analysis. An Introduction*, Durham/London.
- Weissenbacher, Rudy (2014): From Dependent Industrialization to Peripheral De-Industrialization in Europe. Considerations from Development Studies. Beitrag zur Euromemo-Konferenz 2014.
- (2015): Periphere Integration und Desintegration in Europa: Zur Aktualität der „Europäischen Dependenzschule“, in: *Journal für Entwicklungspolitik* 31(3).
- Werber, Bert (2015): Mögliche Grenzen monetärer Staatsfinanzierung, in: *Kurswechsel* 1/2015.

Thomas Händel / Frank Puskarev

Last exit: EU – Sozial oder Zerfall

„Man kann es spüren. Etwas Altes endet, etwas Neues beginnt“, sagte der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, kurz nach dem Brexit-Referendum in einem Interview.¹ Ist das alte Europa bald tot? Das Neue ist jedenfalls noch nicht entschieden.

Was wir derzeit erleben sind Resultate einer Politik, deren Gefahren seit Jahren beschrieben wurden. Maastricht-Verträge und Lissabon-Strategie verpflichten die EU auf das neoliberale Dogma einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb. Daran hat bisher auch die vorangestellte Zielbeschreibung einer „in hohem Maße wettbewerbsfähigen, sozialen Marktwirtschaft“ nichts geändert.

Europa erscheint heute als ein Konkurrenz Europa, in dem zwischenstaatliche Solidarität wohl nur noch bei konvergenten Wirtschaftsinteressen oder aber mit mehr oder minder fragwürdigen Deals herzustellen ist. Nicht erst seit Beginn der Krise wurden die ökonomischen Gräben in Europa vertieft. So konzentriert sich nach der Krise z.B. die gewerbliche Produktion in der EU zu 30 Prozent in Deutschland, in Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien zusammen zu rund 40 Prozent. Die restlichen 30 Prozent verteilen sich auf die weiteren 23 EU-Länder.²

Bereits seit 2008 ist in Europa die Industrieproduktion nicht nur rückläufig, es fand auch eine Polarisierung innerhalb Europas statt. Während in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Irland die Industrieproduktion 2014 so hoch war wie vor der Krise, hat sich die Produktion in weiten Teilen Nord- und Zentraleuropas nicht erholt. Frankreich, Großbritannien, Schweden, Dänemark und Finnland erlitten Rückgänge von 10 Prozent und mehr. Am stärksten traf

1 <http://www.bild.de/politik/ausland/donald-tusk/unsere-feinde-werden-champagner-trinken-46262200.bild.html> Abgerufen am 19.10.2016.

2 Für die Entwicklungen in den europäischen Industrien vergl.: WIIW, European Competitiveness Report. A 'Manufacturing imperative' in the EU – Europe's position in global manufacturing and the role of industrial policy.

es die südeuropäischen Länder: in Italien, Spanien und Griechenland war der industrielle Output 25 Prozent niedriger als 2008.³

Gleichzeitig sieht das vorwiegend aus Europa heraus operierende Kapital seine Interessen extrem gefährdet. Europa habe seinen Wettbewerbsvorsprung gegenüber anderen Weltregionen wesentlich eingebüßt. Schon vor der letzten Europawahl forderte deshalb BDI-Präsident Grillo die EU auf, „die Stärkung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit zu einem Kernpunkt der nächsten europäischen Legislaturperiode zu machen“.⁴ Auch die Debatte um die sogenannte neue Generation von Freihandelsabkommen, CETA, TiSA und insbesondere TTIP liefert Belege dafür: „Es wird für die EU und USA wohl die letzte Chance sein, einen operativen Rahmen für den Handel festzusetzen, bevor die Schwellenländer in Asien, Afrika, Indien und im Nahen Osten eine stärkere Rolle und mehr Einfluss in der Weltwirtschaft gewinnen.“⁵ Ein wirklicher Sozialstaat ist dabei nur hinderlich.

In dieser verschärften innereuropäischen und internationalen Konkurrenzsituation wurde Austeritätspolitik in den Mitgliedstaaten und in der EU-Politik zur Brechstange für die Beseitigung sozialer Rechte in den Mitgliedstaaten und zum Umverteilungsmotor von unten nach oben. In der wohlhabendsten Periode der Geschichte des Kontinents sind Ungleichheit, Armut und Ausgrenzung in der EU erheblich gewachsen. 24 Mio. Menschen sind arbeitslos, in den sog. Krisenstaaten über die Hälfte der Jugendlichen. Nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten ist noch in „Normalarbeit“, sprich in einer unbefristeten, tariflich entlohnten Arbeit – und zwar in allen Mitgliedstaaten.⁶ Beinahe 80 Prozent der wenigen neuen Jobs in Europa sind prekäre Arbeit. Gleichzeitig wurden Arbeits- und Sozialrechte in mehr als 20 Mitgliedstaaten der EU zum Teil massiv eingeschränkt.

Einkommensungleichheit nimmt rapide zu. Soziale Unsicherheit verhindert bis weit in die Mittelschicht hinein eine vernünftige Lebensplanung. Armut ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Rund ein Viertel der Menschen in Europa – 124,5 Mio.⁷ – waren 2014 arm oder armutsgefährdet.⁸

3 Vgl. Euromemorandum 2015.

4 Deutsche Welle, 21.03.2014).

5 Edward Bowles, Europe Standard Chartered Bank und Mitglied des TTIP-Beraterstabes der Europäischen Kommission in einer EU/US-Konferenz im EP 2014.

6 https://bibliothek.wzb.eu/wzbrief-arbeit/WZBriefArbeit132012_allmendinger_giesecke_hipp_leuze_stuth.pdf.

7 http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-datasets/-/t2020_50.

8 <https://www.welt.de/wirtschaft/article122585467/Jeder-vierte-EU-Buerger-ist-von-Armut-bedroht.html>.

Politik- und Wirtschaftseliten treiben dennoch die Unterordnung der Politik unter den, von den Finanzmärkten getriebenen Kapitalismus voran. Die „marktkonforme Demokratie“ Angela Merkels nimmt immer mehr dort Gestalt an, wo sie nicht gleich durch mehr oder weniger autoritäre Despotie ersetzt werden kann: Kontroll- und Eingreifmöglichkeiten von Politik, also der Nationalstaaten, der Regionen und Kommunen, der Gesellschaft als Ganzes, wurden systematisch eingeschränkt und die Menschen der Macht der weitgehend unkontrollierten Finanzmärkte ausgeliefert. Über die europäische Ebene wurden u.a. weder Steuersenkungs-Wettlauf und unkontrollierter Kapitalverkehr noch die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge verhindert. Das Ergebnis: Demokratieabbau und die Zerstörung sozialstaatlicher Perspektiven. Dies gefährdet, zunehmend sichtbar, das friedliche Zusammenleben und die Sicherheit. Aggression und Abschottung sind europaweit wachsende Phänomene.

Die Vision eines umfassenden sozialen Europas⁹ gerät immer weiter hinter den Horizont. Diese EU verliert das Vertrauen und die Billigung der Menschen. Der so genannte Brexit ist eben auch die Folge der Austeritätspolitik. Und ein Fanal. Menschen reagieren in ihrer Enttäuschung über die herrschende Klasse irrational. Nicht jede souveräne Entscheidung ist auch souverän, schrieb Augstein.¹⁰

Das Referendum in Großbritannien, wachsende Bewegungen gegen die Austeritätspolitik wie Syriza in Griechenland oder Podemos in Spanien, allerdings auch die stärker werdenden nationalistischen Parteien von rechts haben der Europäischen Kommission einen gehörigen Schrecken eingejagt. Juncker räumt ein, seine Kommission sei die „der letzten Chance“. Ein neues Layout, eine etwas schönere Verpackung soll also her. Vieles deutet auf ein 'Weiter mit ganzer Kraft – aber mit sozialem Dressing' hin. Das wird nicht nur nicht reichen – es bleibt ein 'Weiter so' auf dem falschen Weg.

Es lohnt also durchaus, sich noch einmal den Ursachen und Symptomen dieser aktuellen Krise der europäischen Integration zu widmen, wenn schon Kommission und Mitgliedstaaten diese wahlweise ausblenden, billigend in Kauf nehmen oder gar bewusst herbeiführen.

Dies lässt sich exemplarisch am britischen Fall veranschaulichen. Den Schwenk vom Nachkriegs-Sozial- zum neoliberalen Nachtwächterstaat hat schon Margret Thatcher vollzogen. Den radikalen Umbau des britischen Sozialstaats begann

9 Vgl. „Sozialismus“ 1/2009 „Europa neu begründen“.

10 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/brexit-die-eu-muss-sich-aendern-jakob-augstein-kolumne-a-1100552.html>, abgerufen am 22.10.2016.

sie sogar noch vor dem EU-Beitritt 1973, als sie als Bildungsministerin in einer ihrer ersten Amtshandlungen die Schulmilch strich und nur mit großem Druck davon überzeugt werden konnte, wenigstens den Jüngsten diese Grundversorgung zuzugestehen. Später senkte „Thatcher [...] Steuern, strich Subventionen, kürzte Staatsausgaben. Kohlegruben und Stahlwerke wurden reihenweise geschlossen“.¹¹

Es waren und sind diese Einschnitte ins Sozialsystem, gepaart mit der Vernachlässigung der industriellen Basis zugunsten des Londoner Finanzplatzes, welche den britischen Staat um seine Glaubwürdigkeit und die Unterstützung seiner Bürger brachte. Die Europäische Union war zwar zu jeder Zeit beliebter Blitzableiter, von Beginn an aber haben alle britischen Regierungen darauf geachtet, möglichst zu jeder Regulierung und Kontrolle eine Ausnahme für das Königreich auszuhandeln und den neoliberalen Kahlschlag ganz ohne Zutun der EU erledigt.

Diese Ausnahmen dienten dann im Umkehrschluss der EU und ihren Institutionen auch als Begründung, weitere Einschnitte in Sozialsysteme zu verabreden oder Aufweichungen von Finanzmarkt- oder Verbraucherschutz-Regelungen vorzuschlagen. Es ging schließlich um die Wettbewerbsfähigkeit; je nach Diskussionstand mal um die des Kontinents oder eben der Inselökonomie. Und erst beim letzten dieser schmutzigen Deals haben sich offenbar alle Beteiligten verkalkuliert, „verzockt“ wäre wahrscheinlich das angemessenere Wort. Die britischen BürgerInnen haben den Finger erhoben und gesagt: bis hierher und nicht weiter. Wir haben genug, dieses ‘rein-in-die-Kartoffeln-raus-aus-den-Kartoffeln’ machen wir nicht mehr mit. Der Versuch, durch die Austritts-Erpressung der EU, weitere Einschnitte in die Sozialsysteme abzapfen, gleichzeitig aber die Unverzichtbarkeit der Mitgliedschaft in der EU zu predigen, ist gescheitert.

Die von Cameron ausgehandelten weiteren Ausnahmen von europäischen Regelungen zum Schutz von ArbeitnehmerInnen, die Streichung von Lohnzuschüssen für EU-Ausländer hätten letztlich nicht zu einem sozialeren Großbritannien geführt. Andere Mitgliedstaaten wie z.B. Deutschland spendeten zügig entsprechend Beifall und hatten die Blaupausen für vergleichbare Gesetze schon in der Schublade. Die deutsche Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat erst jüngst genau ein solches Gesetz in Berlin vorgeschlagen. Insofern ist diese politische Weitsicht des britischen Elektorsats durchaus beachtlich, auch wenn die Reaktion an die falsche Adresse geht.

11 <http://www.dw.com/de/margaret-thatcher-die-eiserne-lady/a-16729163>, abgerufen am 21.10.2016.

Die Umbrüche in der EU infolge dieser Politik sind allerdings schon länger erkennbar. In Ungarn wurde die Rechtsregierung Orbán erst durch nicht eingehaltene Versprechen der Vorgängerregierungen und einem strikt neoliberalen Programm nach dem EU-Beitritt möglich. In Frankreich, ließen mehr als einmal Präsidenten errungene Mehrheiten für soziale Politik nicht nur ungenutzt verstreichen, sondern taten geradezu das Gegenteil von dem, was sie vor der Wahl versprochen. François Hollands Wahlversprechen, den Fiskalpakt nicht zu unterzeichnen, wurde keine fünf Wochen alt. Und in den nordischen Staaten, in denen das früher als vorbildlich eingestufte Sozialsystem sukzessive „wettbewerbsfähig“ gemacht, also eingestampft wurde und damit wie in vielen anderen Staaten vor allem Europafeinde und Rechtsextreme gestärkt wurden.

Als Kulminationspunkt all dieser nicht eingehaltenen Versprechen dürfte die Finanzmarkt-Krise seit 2008 betrachtet werden, bei der Billionen Euro zur Rettung von Banken aus den öffentlichen Haushalten in private Taschen umverteilt wurden, um denen Vermögen und Profite zu retten, die sich bei waghalsigen Investitionen und mit immer neuen Finanzkonstrukten verzockt hatten. Bis heute haben sich die Europäische Union und ihre Wirtschaft, ihre Banken und nicht zuletzt die öffentlichen Haushalte nicht von diesem Fiasko europäischer Deregulierung erholt. Bei der Rettung der Menschen vor und aus Armut, bei der Schaffung sozialen Gleichgewichts tun sich die EU und ihre Mitgliedstaaten ungleich schwerer.

In Brüssel bekommt man es derweil mit der Angst zu tun. Ein Scheitern der europäischen Idee und ihrer institutionellen Materialisierung „Europäische Union“, das fürchten viele, führt zurück in kleinstaatliche Barbarei. Dennoch deutet alles auf ein „Augen zu und durch“ hin.

Die fünf Präsidenten – Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission, Donald Tusk, Präsident des Rates, Jeroen Dijsselbloem, Präsident der Euro-Gruppe, Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank, und Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments – hatten 2015 bereits weitreichende Pläne vorgelegt, wie die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) vertieft und bis 2025 vollendet werden soll.

Nach deren Auffassung muss der Schwerpunkt der Regelungsmechanismen hin zu den EU-Institutionen verlagert werden, um eine „solide und krisenfeste Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion zu gewährleisten. Dazu gehört die Schaffung eines Euroraum-weiten Schatzamtes (*treasury*) und die gemeinsame Ausübung von Souveränitätsrechten.“ Die praktische Umsetzung des Berichts der fünf Präsidenten in rechtlicher und institutioneller Hinsicht soll demnach unverzüglich beginnen. Im Frühjahr 2017 sollen die erzielten Fort-

schritte bewertet und die nächsten erforderlichen Schritte skizziert werden. Dann werden „die rechtlichen, wirtschaftlichen und politischen Vorbedingungen für die erheblich weiterreichenden Maßnahmen erörtert, die für die Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion erforderlich“ erachtet werden. Bekundet wird zwar der Anspruch, dass Arbeitsmärkte und Sozialsysteme aller Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets gut funktionieren und nachhaltig sein müssen. „Bessere Arbeitsmärkte und leistungsfähige Sozialsysteme sowie sozialer Zusammenhalt“ sollen demnach „im Zentrum dieses Prozesses der Konvergenz in Richtung widerstandsfähigerer wirtschaftlicher Strukturen sein“.¹²

Eine erste Maßnahme dieses Berichts, die Empfehlung der Europäischen Kommission vom November 2015, in jedem Euro-Mitgliedstaat künftig eine sogenannte unabhängige nationale Stelle zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit (*competitiveness authority*) zu schaffen, erwies sich allerdings als ein Rohrkrepierer. Der Versuch, über diese Wettbewerbsräte mit politischen Empfehlungen in die Tarifautonomie einzugreifen, scheiterte (vorerst) am Widerstand der Gewerkschaften.

Der Ausbau der *Economic Governance* geht einher mit einem Rückbau der Europäischen Union. Mit Programmen wie „Bessere Rechtsetzung“ und Refit (Stoiber-Gruppe) sollen „gesetzgeberische Lasten“ insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe abgebaut werden. Der Verdacht, dass es sich dabei im Wesentlichen um Sozial- und Arbeitsrechtsstandards handelt, ist nicht von der Hand zu weisen.

Dieser Intention widerspricht auch ein anderer Tenor des „Fünf-Präsidenten-Berichts“ zur Vollendung der WWU nicht wirklich, der erklärt, man wolle den Fokus stärker auf Beschäftigung und Soziales setzen. Der Rückbau von sozialen Schutzrechten zur „besseren Förderung von Beschäftigung“ ist ein bekannter Tenor von Regierungen und der rechten Seite des Europaparlaments. Sogar der Ministerrat der Arbeits- und Sozialminister fordert, die „Sozialpolitik soll ihr volles Potenzial nutzen und soziale und beschäftigungspolitische Herausforderungen für die Erreichung der gemeinsamen Sozial- und Beschäftigungsziele in der Europa-2020-Strategie“ angehen.¹³

Dem folgte eine – zunächst überraschende – Charme-Offensive von Jean-Claude Juncker mit der Ankündigung eines sozialen „Triple A“ für Europa. Nun

12 Alle Zitate aus Der Bericht der fünf Präsidenten „Plan zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas ab Juli 2015“, Brüssel, 22.Juni 2015.

13 <http://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6643-2016-INIT/en/pdf>, abgerufen am 01.11.2016.

hat die Europäische Kommission eine Initiative zur Einführung einer europäischen Säule sozialer Rechte gestartet. Dies hatte Juncker bereits im September 2015 angekündigt: »[Wir müssen] die Arbeiten an einem fairen und wahrhaft europäischen Arbeitsmarkt vorantreiben. [...] In diesem Zusammenhang möchte ich eine europäische Säule sozialer Rechte entwickeln, die die sich verändernden Realitäten in den europäischen Gesellschaften und in der Arbeitswelt widerspiegelt. Und die uns als Kompass für eine erneute Konvergenz innerhalb des Euroraums dienen kann. Die europäische Säule sozialer Rechte sollte das ergänzen, was wir gemeinsam zum Schutze der Arbeitnehmer in der EU erreicht haben. Ich erwarte, dass die Sozialpartner in diesem Prozess eine zentrale Rolle einnehmen. Ich glaube, wir tun gut daran, mit dieser Initiative innerhalb des Euroraums zu beginnen und anderen EU-Mitgliedstaaten anzubieten, sich anzuschließen, wenn sie es wünschen.«¹⁴

Der Vorschlag beinhaltet zwanzig Politikfelder, die über die eingeschränkten EU-Kompetenzen im Sozialen hinausgehen. In drei Kapiteln „Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang“, „faire Arbeitsbedingungen“ sowie „angemessener und nachhaltiger Sozialschutz“ werden Positionen referiert, die zumindest einen guten Anfang darstellen. Der Haken: Das fertige Dokument wird nach derzeitigem Stand keine Rechte schaffen, die vor Gericht einklagbar sind. Sie sollen nur „als Bezugsrahmen für das Leistungsscreening der teilnehmenden Mitgliedstaaten im Beschäftigungs- und Sozialbereich fungieren“ und sollen „Reformen auf nationaler Ebene vorantreiben und insbesondere als Kompass für eine erneute Konvergenz innerhalb des Euroraums dienen“.¹⁵ Noch befindet sich dieser Vorschlag in der Konsultationsphase. Erst danach will die Kommission sich endgültig verhalten. Eins ist schon heute klar: So bleiben darf er jedenfalls nicht. Mit ‘sozialem Dressing auf altem Salat’ respektive einem unverbindlichen Sozial-Knigge werden die Menschen in Europa nicht zu überzeugen sein.

Wohin der Weg einer autoritäreren *Economic Governance* führen könnte, zeigt das Agieren der sogenannten „Institutionen“ Europäische Zentralbank, Internationaler Währungsfonds, Europäische Kommission und Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) im Fall Griechenland. Dort werden über die politischen Vereinbarungen zur Gewährung von Krediten dieser Institutionen Reformen erpresst, die weit in die Souveränität des Mitgliedstaates eingreifen, sie gar mit

14 Jean-Claude Juncker, Rede zur Lage der Union, Europaparlament September 2015.

15 <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?qid=1457706909489&uri=COM:2016:127:FIN>, abgerufen am 21.10.2016.

dem letzten *Memorandum of understanding* fast völlig außer Kraft gesetzt hat.¹⁶ Mit jeder Tranche der Hilfskredite wurden und werden neue Zumutungen für die griechische Bevölkerung gefordert.

Gesonderte Unternehmenstarifverträge mit Abweichungsmöglichkeiten von den Flächentarifverträgen, die Abschaffung des Günstigkeitsprinzips, die Aussetzung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung und das Recht für nicht-gewerkschaftliche Arbeitnehmervertretungen, in Unternehmen Tarifverträge abzuschließen, und vieles mehr hatten verheerende Wirkungen. Zwischen 2011 und 2014 wurden EU-weit 1100 Tarifverträge abgeschlossen. An 70 Prozent waren nicht-gewerkschaftliche Interessenvertreter beteiligt, 98,5 Prozent davon beinhalten Lohnkürzungen und Lohnstopps.¹⁷ Griechenland steht aktuell vor den Verhandlungen über die neuen Arbeitsgesetze des Landes. Eine unabhängige Expertenkommission empfiehlt ebenso wie eine Arbeitsgruppe des Europäischen Parlaments die Rückkehr zur Tarifautonomie und zu Flächen- und Branchentarifverträgen. Ob die sog. „Institutionen“ aber so leicht von ihrem Kurs der neoliberalen Re-Regulierung abzubringen sein werden, darf bezweifelt werden.

Ein weiterer Beleg für wachsende Interessenkonflikte in der EU ist die Auseinandersetzung um die Arbeitnehmerentsendung. Die Europäische Kommission hat angekündigt, den wachsenden Missbrauch der Entsenderichtlinie künftig verhindern zu wollen. Bisher hieß es, dies sei ein Problem der Umsetzung in den Mitgliedstaaten und im Übrigen eigentlich zu vernachlässigen. Doch schon während sich Parlament und Rat mit einer auf dieser Argumentation fußenden Durchsetzungsrichtlinie befassten, kamen vielen Beteiligten Zweifel. Die Entsendung von mehr als 2 Mio. Beschäftigten ist derzeit das größte Einfallstor für Lohndumping.¹⁸

Der nun vorliegende halbherzige Reparaturvorschlag hat nicht nur spürbare Differenzen in der Kommission offenbart, er hat auch einen massiven Konflikt zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten produziert. Während sich vor allem die Mehrheit der Westeuropäer für die angekündigten Änderungen ausspricht, formulieren osteuropäische Mitgliedstaaten strikte Ablehnung. 14 Parlamente in 11 Mitgliedsstaaten halten Maßnahmen gegen Lohndumping nicht

16 http://ec.europa.eu/economy_finance/assistance_eu_ms/greek_loan_facility/pdf/01_mou_20150811_en.pdf.

17 Vgl. Schulten, „Chancen für einen Wiederaufbau“ FES-Studie 9/2015.

18 Vgl. <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=14965&langId=en>, abgerufen am 22.10.2016.

nur für einen Verstoß gegen die Binnenmarktfreiheiten. Sie fordern darüber hinaus das Subsidiaritätsprinzip ein. Demnach wäre das ausschließlich eine Frage der nationalen Zuständigkeit. Noch hat die Europäische Kommission vor, ihren Vorschlag aufrechtzuerhalten.

Nicht zufällig kritisiert sogar der Geschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB), Harald Schröder, die wachsende organisierte Kriminalität in seiner Branche und belegt das mit dem Missbrauch der Arbeitnehmerentsendung. Entsendeagenturen und Briefkastenfirmen nutzen in wachsendem Maße die osteuropäischen Mitgliedstaaten als Plattform und machen die Arbeitnehmerentsendung – oftmals Hand in Hand mit den jeweiligen Regierungen – zum profitablen Geschäftsmodell auf dem Rücken der Beschäftigten. Während Unternehmen aus anderen europäischen Mitgliedstaaten, nicht selten flankiert von löchrigen und unzulänglichen europäischen Rechtsvorschriften und Schutzstandards, durch Lohndumping Aufträge akquirieren und öffentliche Ausschreibungen gewinnen, ziehen ortsansässige Unternehmen, weil tarifgebunden, häufig den Kürzeren. Wenn bei öffentlichen Ausschreibungen der eine Anbieter geltende Arbeitsgesetze und Tarifverträge respektiert, der konkurrierende Anbieter aber mit Unterauftragnehmern und niedrigeren Lohn- und Arbeitskonditionen wirbt, steht der Verlierer schnell fest. Der Billigere erhält auch nach europäischem Recht den Vorzug. Lohndumping, auch mit entsandten Beschäftigten, wird durch die oben erwähnten europäischen Rechtsvorschriften nicht verhindert. Das schürt die Schmutzkonkurrenz und damit auch die Wut und Abschottungstendenzen von Beschäftigten, deren Arbeitsplatz dadurch in Gefahr gerät.

Trotz aller sozialen Attitüden: Der Rückbau der EU, die sich wesentlich nur noch um die Sicherung der Besitzverhältnisse, innere und äußere Sicherheit, und vor allem um die Optimierung der Kapitalinteressen kümmert, ist auf dem Weg. Alles andere soll weiter und noch konsequenter den Nationalstaaten vorbehalten sein. Darauf deutete eine grundsätzliche Rede von Jean-Claude Juncker zur Lage der Union im Europäischen Parlament im September 2016 hin.¹⁹ Sie gab den Auftakt für den EU-Gipfel in Bratislava, der einen Weg aus der von Juncker als „existenziell“ bezeichneten Krise der EU weisen sollte.²⁰

19 Vgl. Rede zur Lage der Union, 14. September 2009 https://ec.europa.eu/priorities/state-union-2016_de, abgerufen am 21.10.2016.

20 Vgl. <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2016/09/16-informal-meeting/>, abgerufen am 21.10.2016.

Die neue Strategie der EU hat im Wesentlichen die Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit und eine neue Afrikastrategie zum Inhalt, eine Betonung, die deutlich an die klassischen Überschriften des neoliberalen „Nachtwächterstaates“ erinnert. Die erheblich stärkere Sicherung der europäischen Außengrenzen und eine verstärkte militärische Zusammenarbeit mit dem Aufbau von Truppenverbänden lassen darauf schließen. Die neue „europäische strategische Investitions-offensive“ innerhalb und vor allem außerhalb der EU soll erheblich verstärkt, die Finanzmittel verdoppelt werden. Die angekündigte „neue Afrikastrategie“ wird wohl kaum die dringend nötige Entwicklungspolitik für die Verbesserung der Lebensgrundlage der Menschen auf diesem Kontinent zum Ziel haben, sondern wohl eher die stärkere Durchsetzung von Rohstoff- und damit Kapitalinteressen (z.B. gegen China). Vieles deutet darauf hin, dass es sich dabei jedenfalls um den Aufbau von Pufferstaaten gegen die Zuwanderung auf den europäischen Kontinent handeln wird. Die jüngst bekannt gewordenen Pläne der Bundesregierung für neue Aufnahmelager für Flüchtlinge u.a. in Tunesien weisen darauf hin.

Gleichzeitig sollte bei den großen sozialen Herausforderungen wie der Bekämpfung von Armut und Jugendarbeitslosigkeit im EU-Haushalt auf Initiative von Mitgliedstaaten und Europäischer Kommission massiv gekürzt werden. Im Parlament regte sich deswegen massiver Widerstand. Der Beschäftigungsausschuss des Europaparlaments hat dem vehement widersprochen. Ganz offensichtlich ist zwischen den Institutionen der EU und den Mitgliedstaaten ein heftiger Interessenkonflikt um die Finanzierung der ausgegebenen Versprechen entbrannt. Die Durchsetzung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ und die „sozialen Rechte“ wurden in der Rede Junckers nur noch beiläufig erwähnt.

Noch kaum abgebildet werden derzeit die am Horizont schon erscheinenden Folgen der vierten industriellen Revolution, heute mit Industrie 4.0 umschrieben. Durch Digitalisierung und Vernetzung werden Prozesse optimiert, bisher vom Menschen durchgeführte Arbeit von Robotern übernommen und ganze Produktionszyklen automatisiert. Auch im Dienstleistungs- und im Gesundheitsbereich werden künftig Computer und Roboter hochqualifizierte Tätigkeiten übernehmen. Wirtschaftsvertreter erwarten alleine in Deutschland eine Produktivitätssteigerung von bis zu 40 Prozent in den nächsten zehn Jahren. Selbst wenn das nur zum Teil eintritt, werden nach den historischen Erfahrungen die Auswirkungen für die Beschäftigung gravierend sein. Auch nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus 2015 dürften in Deutschland mit dem digitalen Wandel in der Produktion in den kommen-

den Jahren deutlich mehr Arbeitsplätze vernichtet als neue geschaffen werden. Wissenschaftliche Studien auch aus den USA und Großbritannien gehen davon aus, dass nahezu jeder Arbeitsplatz von der Digitalisierung betroffen sein wird.²¹ Wenn auf dem *World Economic Forum* in Davos 2016 von zu befürchtenden Arbeitsplatzverlusten in Millionenhöhe die Rede war, gehört das sicher nicht in die Sphäre von Übertreibungen – wohl eher zum Gegenteil.

Wenn aber die Zentren der vierten industriellen Revolution dort sein werden, wo heute die meisten digitalen Qualifikationen vorzufinden sind und die industrielle Infrastruktur schon jetzt hoch entwickelt ist, wird das dort sein, wo heute schon die Leuchttürme der industriellen Wertschöpfung stehen (siehe oben) Das Niveau der, bei den Menschen vorhandenen, entsprechenden digitalen Kompetenzen differiert zwischen den europäischen Mitgliedstaaten erheblich. Das wird zu einem weiteren – nicht nur ökonomischen – Auseinanderdriften der europäischen Staaten mit unabsehbaren politischen Folgen führen.

Von einer tiefgreifenden Einsicht in die Notwendigkeit einer umfassenden politischen Regulierung dieser Entwicklung ist auf europäischer Ebene nichts erkennbar – auf mitgliedstaatlicher Ebene allerdings auch nicht. Diese müsste nicht nur die Fragen einer europäischen Investitionspolitik in neue Arbeit und ein strategisches Konzept einer europäischen Industrie- und Dienstleistungspolitik aufgreifen, sondern auch Überlegungen beinhalten, die zu verrichtende Arbeit fair auf möglichst viele Menschen zu verteilen – Stichwort Arbeitszeitverkürzung – und die erzielten Produktivitätsgewinne in gesellschaftliche Defizitbereiche und Entwicklung zu investieren.

Der EU-Gipfel im September 2016 in Bratislava hat diese Fragen nicht einmal berührt, aber alle Befürchtungen bestätigt. Dort heißt es: „Zahlreich sind die vor uns liegenden gemeinsamen Herausforderungen: Menschen, die besorgt über einen gefühlten Mangel an Kontrolle sind und Ängste im Zusammenhang mit Migration, Terrorismus sowie wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit haben. Diese Fragen müssen in den nächsten Monaten mit Vorrang angegangen werden.“²² Die Schwerpunkte sind also, hier leidlich verklausuliert dargestellt, Unterbindung der Migration und die Sicherung der Außengrenzen, innere und äußere Sicherheit, verstärkte militärische Zusammenarbeit. Zu mehr Gemein-

21 Vgl. Ingo Matuschek „Industrie 4.0, Arbeit 4.0 – Gesellschaft 4.0?; eine Literaturstudie, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2016.

22 <http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2016/09/16-informal-meeting/>.

samkeiten reicht es in der sich derzeit den Menschen anbietenden EU nicht mehr. Der derzeitige EU-Ratsvorsitzende, der Slowakische Außenminister Ivan Korčok, bestätigt dies: „Wir waren nicht zu einer komplexeren Antwort fähig, deshalb haben wir uns auf das Machbare beschränkt.“²³

Das im Oktober 2016 vorgelegte Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2017 bestätigt alle Befürchtungen: Konkret legt die Kommission 2017 die Schwerpunkte auf eine europäische Agenda für Migration, den Kampf gegen den Terrorismus, die Energieunion, den digitalen Binnenmarkt, die Kapitalmarktunion sowie (unzureichende) Versuche für eine einheitlichere Unternehmensbesteuerung. Im Fokus stehen die Vertiefung des Binnenmarkts und die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion. Die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch eine optimierte Handelsstrategie und Handelsschutzinstrumente und die bereits in der Bratislava-Erklärung angekündigte neue Afrikastrategie (s.o.) vervollständigen die Agenda. Ferner stehen die Umsetzung des „Europäischen Aktionsplans im Verteidigungsbereich“ und die Schaffung eines Europäischen Verteidigungsfonds auf der Tagesordnung.²⁴

Während die „Säule für soziale Rechte“ nun etwas konkretere Maßnahmen einschließlich legislativer Vorschläge enthalten könnte, erhielt der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit einen den großen Ankündigungen widersprechenden Dämpfer: Vorschläge des Beschäftigungsausschusses für eine deutlich verbesserte finanzielle Ausstattung dieser Programme im EU-Haushalt wurden zeitgleich zur Vorstellung des Arbeitsprogrammes im Plenum des Europaparlaments in weiten Teilen abgelehnt. Der Tenor ist klar: „In dieser herausfordernden Zeit müssen wir stärker zusammenarbeiten und dazu beitragen, die Bürger Europas zu schützen, zu befähigen und zu verteidigen“, erklärte der Vize-Präsident der Europäischen Kommission, Frans Timmermans, in der Debatte zum Kommissions-Programm.²⁵

Mehr noch sagt der Ausblick auf anstehende konstitutionelle Veränderungen. Wie bereits im 5-Präsidenten-Bericht angekündigt wollte man bis zum 60. Jahrestag der „Römischen Verträge“ im März 2017 Maßnahmen zur Reform der EU mit 27 Mitgliedstaaten vorlegen. Unter dem Titel „eine starke Union auf Basis einer soliden Wirtschafts- und Währungsunion“ (WWU) laufen bereits die Arbeiten zum Weißbuch über die Zukunft Europas, das sich mit der zweiten Phase der Vertiefung der WWU unter den neuen politischen und demographischen Rahmenbedingungen befassen wird. Dies soll sowohl eine Überprüfung des

23 Persönliche Mitschrift aus einer Aussprache im Europäischen Parlament.

24 Vgl. http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_de.htm.

25 Persönliche Mitschrift aus einer Aussprache im Europäischen Parlament.

Stabilitäts- und Wachstumspaktes beinhalten als auch die Absicht, den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der WWU in wesentlichen Teilen in den Rechtsrahmen der EU einzufügen. Eine geplante Überprüfung des Europäischen Finanzaufsichtssystems (ESFS) zur Erhöhung der Wirksamkeit und Effizienz der Aufsicht auf makro- und mikroökonomischer Ebene scheint dabei der Minimalkonsens zu sein.²⁶

Bliebe es dabei, wäre eine Chance vertan, diese EU tatsächlich zu reformieren und die Webfehler der europäischen Einigung zu beseitigen. Ein Scheitern des europäischen Projektes wäre damit wahrscheinlich programmiert.

Drei Entwicklungslinien für die künftige EU scheinen denkbar:

1. Die Kernstaaten der bisherigen EU verständigen sich auf einen Kurs, der auf allenfalls modifizierten vertraglichen Grundlagen eine autoritärere Durchsetzung der bekannten neoliberalen *Governance* verfolgt – mit sozialem Dressing. Mittelfristig würde diese Verfahrensweise mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu zweitens führen;
2. Die EU zerfällt zeitnah und hinterlässt eine europäische Kleinstaaterei mit Rückkehr alter Nationalismen, Abschottung und der wachsenden Gefahr militärischer Auseinandersetzung zur Lösung ökonomischer Probleme – auch in Europa;
3. Es gelingt, eine Bewegung zu schaffen, die aus den Fehlentwicklungen Lehren zieht, also auf den Ruinen des alten ein neues demokratisches, solidarisches und soziales Europa konzipieren, errichten und kollektiv gestalten will.

Zu Letzterem allerdings wären zuvorderst politischer Wille und entsprechende Initiativen nötig – auf nationaler und europäischer Ebene, vor allem aber in und zwischen den politischen Formationen des Mitte-Links-Lagers. Noch ist die Linke in diesem Prozess zwar nicht völlig sprachlos, aber vielstimmig und deswegen leicht zu ignorieren. Für ein klares Alternativkonzept wäre umgehend eine Verständigung nötig.

An Vorschlägen für einen alternativen Entwicklungspfad der europäischen Union mangelt es eigentlich nicht. Beispielhaft seien hier das Euro-Memorandum, DiEM25 oder die Arbeiten von Jürgen Habermas, Etienne Balibar, Andreas Fischer-Lescano u.a. genannt. Wohl aber fehlen eine gemeinsame Verständigung und vor allem der Versuch, europäische Reichweite zu gewinnen und eine pan-europäische Kampagne auf Basis einer gemeinsamen Strategie zu entfachen. Die einen beschränken sich auf papierne Proklamationen, bei den nächsten findet die Bewegung in Konferenzsälen statt, andere starten elitäre Top-Down-Prozesse,

²⁶ Vgl. http://ec.europa.eu/atwork/key-documents/index_de.htm.

während der Rest auf eine Erneuerung Europas „von unten“ wartet wie in Samuel Becketts „Warten auf Godot“.

Jüngst haben gar Sigmar Gabriel und Martin Schulz ein Positionspapier veröffentlicht, das den stolzen und anspruchsvollen Titel „Europa neu gründen“²⁷ (sic!) trägt. Eine interessante Schrift, die über das bisherige blanke „Mehr Europa“ in Teilen deutlich hinausreicht und dennoch einige Mängel aufweist. Der Gravierendste: die Einsicht, dass der heutige Zustand Europas wesentlich der Austeritätspolitik geschuldet ist, die von etlichen sozialdemokratischen Regierungen bzw. Mitregierungen mitgetragen wurde. Dabei geht es gerade nicht um ritualisierte Schuldeingeständnisse oder Canossa-Gänge, wie sie gelegentlich von sich besonders linientreu verstehenden Linken eingefordert werden, sondern um eine klare Analyse politischer Fehler, die notwendig dafür ist, den Weg einer gesellschaftlichen Verständigung zu öffnen.

Die Einsicht wäre einfach, hat doch der Chefökonom der Europäischen Kommission, Jan in't Veld, bereit 2014 in einer Studie²⁸ die Effekte der Austeritätspolitik in der Eurozone für die Jahre 2011 bis 2013 berechnet: Wachstumsverluste von 8 Prozent in Griechenland, 6,9 Prozent in Portugal, 5,4 Prozent in Spanien, 4,9 Prozent in Italien, 4,8 Prozent in Frankreich, 4,5 Prozent in Irland und 2,6 Prozent in Deutschland waren die Folge. Dies allein ist ein ausreichender Beleg für die Notwendigkeit, die herrschenden Maximen zu ändern.

Doch augenscheinlich erwarten die Autoren selbst keine größere Resonanz. Diesbezügliche Aktivitäten waren denn auch nicht zu verzeichnen. Dabei wäre es lohnend, dieses Papier zum Anlass zu nehmen und die Chance für eine offene Debatte mit der europäischen Sozialdemokratie zu ergreifen. Das könnte die oben skizzierten Prozesse durchaus in Gang bringen. Immerhin dürfte manchen langsam dämmern: Ebenso wie auf nationaler Ebene eine grundlegende positive Veränderung der herrschenden Politik auf längere Sicht nur durch eine rot-rot-grüne Koalition – mit allen Mängeln, Risiken und Kompromissen, die Koalitionen mit sich bringen – zu erreichen sein wird, ist es in Europa absurd, eine solche Veränderung ohne ein notwendigerweise noch breiteres Bündnis in absehbarer Zeit ohne oder gar gegen die Sozialdemokraten resp. Europäischen Sozialisten schaffen zu wollen.

27 https://www.spd.de/.../Sonstiges__Papiere_et_al_/PK_Europa_Paper.

28 https://www.researchgate.net/publication/280485955_The_potential_growth_impact_of_structural_reforms_in_the_EU_A_benchmarking_exercise.

Insofern hat Yanis Varoufakis, ehemaliger Finanzminister Griechenlands, der mit einer neuen Bewegung sicher zum Kreis der eingangs dieses Abschnitts genannten Protagonisten gehört, leider Recht, wenn er verlangt, die Linken müssten „erst die Krise bewältigen, bevor wir uns wieder streiten“. Er verweist auf Parallelen zu den 1930er Jahren, als es nicht gelungen sei, „eine große Allianz gegen Rechts zu bilden. Wir dürfen diesen Fehler nicht wiederholen“, so der Mitgründer der relativ neuen linken Europabewegung DiEM25. Varoufakis warb für „eine vereinigte und humanistische Linke in Europa, die den Menschen Hoffnung gibt“. Dazu sei es wichtig, dass Marxisten mit Libertären, Grüne mit Progressiven der Mitte kooperierten. Eine Alternative zur herrschenden Politik, die immer tiefer in die ökonomische Krise führe und damit politische Geister der Vergangenheit heraufbeschwöre, werde aus vielen Farben bestehen müssen.²⁹

Die linken europäischen Parteien, ob in der „Europäischen Linken“ oder in der darüber hinaus reichenden Parlamentsfraktion der „Vereinigten europäischen Linken/Nordisch Grüne Linke“, sind dabei mehrheitlich derzeit leider eher Sandkörner im Getriebe als Triebfedern zur Entwicklung eines solchen Prozesses. Während erstere schon seit längerem im politischen Winterschlaf verharret und außer einigen Resolutionen eigentlich keine spürbare Impulse entwickelt, hat letztere aufgrund der Heterogenität und eigentlichen Unvereinbarkeit der politischen Positionen, lange bestehenden Rivalitäten und mangelnder Bereitschaft, gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln, geringere bis gar keine Ausstrahlungskraft außerhalb der Mauern des Europäischen Parlaments.

Die wesentlichen Elemente einer gemeinsamen Strategie und Kampagne sind unschwer zu finden, sofern man sich vorher auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner verständigt: ein Rückweg in die Froschperspektive des Nationalstaates ist keine moderne linke Perspektive – weder historisch, ökonomisch, ökologisch, humanitär noch friedenspolitisch und erst recht nicht gesellschaftlich. Sich auf eine, die Menschen überzeugende und anziehende, europäische und vor allem parteiübergreifende Strategie zu verständigen und damit den Grundstein für eine Bewegung zu legen, mit dem Ziel, diese mehrheitsfähig – hegemonial – zu machen, ist sicher nicht einfach. Aber es ist, einmal mehr, die historische Berufung der gesellschaftlichen Linken. Die Kernpunkte liegen auf der Hand und finden sich – in unterschiedlicher Akzentuierung – in diversen Schriften und Positionspapieren aus allen Parteienfamilien der gesellschaftlichen Linken in Europa:

29 Zit. aus <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1025838.varoufakis-fuer-eine-grosse-allianz-gegen-rechts.html>.

1. Eine neue europäische Wirtschaftspolitik: Investieren statt kaputtsparen und die ungleiche Entwicklung in den Mitgliedstaaten ausgleichen;
2. Eine europäische Beschäftigungspolitik: Gute Arbeit fördern und schaffen, von der die Menschen eigenständig und frei von Armut leben können;
3. Eine wirkliche Sozialunion: Ausbau und Angleichung der sozialen Sicherheit mit Mindeststandards, die vor Armut schützen und eine umfassende öffentliche Daseinsvorsorge;
4. Die strikte politische Kontrolle der Finanzmärkte
5. Eine koordinierte Steuerpolitik, ein gemeinsames Schuldenmanagement und die Wiederherstellung des Vorrangs der Politik über die Wirtschaft;
6. Eine wirkliche Friedenspolitik: Abrüstung, Umstellung der Rüstungswirtschaft auf zivile Produktion und eine wirkungsvolle und nachhaltige Entwicklungspolitik;
7. Eine weitere Demokratisierung: die Stärkung des Europaparlaments, der Schaffung einer echten zweiten Kammer, direkt gewählt über die Regionen Europas und die Wahl einer demokratisch kontrollierten, europäischen Regierung.

Es muss um ein Europa der solidarischen Regionen gehen, das sukzessive die geschaffene Konkurrenz der EU-Mitgliedsstaaten – und damit letztlich der Menschen – ersetzt. Dies mit politischen Maßnahmen zu untersetzen, ist die jetzt anstehende Aufgabe von Verständigungsprozessen. Eine klare Konzeption, eine überzeugende Erzählung ist nötig, sonst wird der Prozess – und damit die Linke – zwischen autoritär-neoliberal à la Merkel/Schäuble oder rechtsnational à la Marine Le Pen/Wilders/Orban u.a. zerrieben. Gerüst dieses neuen sozialen wie solidarischen Europas ist und bleibt die Europäische Union. Hier liegt die Basis, auf der Veränderung erkämpft werden muss. Dies wird letztlich nicht ohne Veränderung der vertraglichen Grundlagen funktionieren. Die ersten Schritte jedoch lassen sich, politische Mehrheiten vorausgesetzt, schon heute und unter den gegebenen Umständen realisieren. Auch die bestehenden vertraglichen Grundlagen sind so gestaltet, dass sie politischen Gestaltungsspielraum geben. Es muss neben der oben skizzierten politischen Weichenstellung neu diskutiert werden, welche Kompetenzen auf welcher Ebene am besten angesiedelt sind. Isolierte Währungsdiskussionen dagegen verschleiern eher die Sicht auf die dahinterliegenden Probleme, als dass sie sinnvoll etwas zur Lösung beitragen.

An diesen Punkten trennt sich übrigens auch die Spreu vom Weizen. Im Zweifel muss letztlich jenen Mitgliedstaaten, die sich diesem Weg verweigern, die am alten System der gegenseitigen Konkurrenz und sozialen Abwärtsspirale festhal-

ten wollen, die Tür gewiesen werden. Jene, die glauben, im nationalstaatlichen Rahmen mehr und besser gestalten zu können, müssen dies, wie nun Großbritannien, weiter tun können. Niemand kann und sollte gezwungen werden. Eine solche Nachjustierung brächte allerdings tatsächlich einen neuen europäischen Mehrwert und könnte die Menschen in Europa wieder durch Taten überzeugen, an alte Versprechen von Frieden, Freiheit und Wohlstand für alle anknüpfen. Es geht also weder um mehr noch um weniger, es geht um ein anderes, ein besseres, ein im umfassenden Sinn soziales Europa.

Kürzlich schrieb Jakob Augstein: „Etwas Neues beginnt. Aber was? Ein neues Versprechen tut Not. Die EU wurde auf den Trümmern des Faschismus errichtet. Heute muss sie auf den Trümmern des Kapitalismus neu errichtet werden. Das Versprechen der europäischen Gründung lautete: Nie wieder Krieg! Heute muss es lauten: Nie wieder Ungerechtigkeit! Damals ging es gegen Gewalt und Hass. Heute muss es gegen Arbeitslosigkeit und Armut gehen. Ein soziales Europa – das ist die moderne Variante des Gründungsversprechens vom friedlichen Europa. Und es ist das einzige Versprechen, mit dem sich die rechte Revolution noch aufhalten ließe.“³⁰ Er könnte leider Recht behalten.

30 Jakob Augstein, Spiegel online 23.06.2016.

Thomas Sablowski

Die Widersprüche der europäischen Integration und die Linke

Das Projekt der europäischen Integration steckt gegenwärtig in der tiefsten Krise seiner Geschichte. Der Umgang mit den Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 stellt die Europäische Union vor eine Zerreißprobe: Einerseits hat die Durchsetzung der Austeritätspolitik in der europäischen Peripherie massenhaften Widerstand der beherrschten Klassen hervorgerufen. Andererseits haben sich auch die Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen vertieft. Nicht nur der Ausbau gemeinschaftlicher Haftungsmechanismen bei Banken- und staatlichen Finanzkrisen, der mit der Schaffung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) und der Bankenunion verbunden war, war und ist innerhalb der herrschenden Klassen heftig umstritten. Vielmehr stehen die Entwicklungsrichtung der Europäischen Union und das Verhältnis von nationalen bzw. intergouvernementalen und supranationalen Instanzen generell zur Debatte. Während die führenden Kräfte die Austeritätspolitik und diverse vertragliche Veränderungen der *Economic Governance* der EU trotz des zunehmenden Widerstands von verschiedenen Seiten noch – mehr oder minder gewaltsam – durchsetzen konnten, gelang es in der Flüchtlingspolitik kaum noch, eine gemeinsame Linie zu finden. Alleingänge einzelner Regierungen prägten die Entwicklung. Das Referendum über den „Brexit“ hat die Krise der EU nochmals verschärft. Wird der Austritt Großbritanniens aus der EU vollzogen (worauf gegenwärtig alles hindeutet), so handelt es sich um einen Wendepunkt in der Geschichte der europäischen Integration. Trotz – und wegen – vieler Krisen ist es seit den 1950er Jahren zu einer sukzessiven Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften gekommen. Jetzt scheinen erstmals die Erosionstendenzen zu überwiegen. Insbesondere die Europäische Währungsunion wird in ihrer gegenwärtigen Gestalt zunehmend in Frage gestellt.

Angesichts dieser Entwicklungen befindet sich die Linke in einem Dilemma: Sie hat seit jeher den neoliberalen und undemokratischen Charakter der EU kritisiert, aber auch die Illusionen, die mit dem Rückzug auf Vorstellungen nationaler Souveränität angesichts einer sich immer mehr vertiefenden internationalen

Arbeitsteilung und einer Vielzahl nur global zu lösender Probleme verbunden sind. Trotz oftmals ähnlicher Kritiken an den herrschenden Zuständen verfolgen Linke in Bezug auf die EU unterschiedliche Strategien: Die einen wollen die EU sozial und demokratisch reformieren, andere werben für den Austritt aus der Währungsunion oder aus der EU. Die seit langem existente Spaltung der europäischen Linken in der Frage der Europapolitik hat sich durch die Krisenpolitik der EU in den letzten Jahren und durch die Erfahrungen mit der Syriza-Regierung in Griechenland noch einmal deutlich verschärft.

Im Folgenden sollen zunächst die Widersprüche der europäischen Integration beleuchtet werden, die der jüngsten Krise zugrunde liegen. Dabei geht es insbesondere um die politisch-ökonomischen Triebkräfte der europäischen Integration und Desintegration, das sich vermindernde Gewicht der EU in der kapitalistischen Weltwirtschaft und die ungleiche Entwicklung in der EU. Im Anschluss daran soll die Entwicklung der Klassenkämpfe in der EU seit dem Ausbruch der Krise resümiert werden, und schließlich sollen aus dieser Analyse Schlussfolgerungen für eine Strategie der sozialistischen Transformation gezogen werden.

Triebkräfte der europäischen Integration und Desintegration

In Teilen der Linken wird die Europäische Union mit dem Argument verteidigt, „Europa“ sei ein „Friedensprojekt“. Die Vorstellung ist weit verbreitet, dass die europäische Integration nach den zwei verheerenden Weltkriegen dazu beigetragen habe, weitere Kriege zwischen den Staaten Europas zu verhindern. Der reale Prozess der europäischen Integration hatte und hat jedoch wenig mit idealistischen Vorstellungen vom „Friedensprojekt Europa“ zu tun. Ein Bezug zwischen diesem Topos und der Entwicklung der europäischen Integration besteht höchstens insofern, als die französische Regierung mit ihren europapolitischen Initiativen versuchte, das wiedererstarkende Deutschland unter Kontrolle zu halten (Busch 1978: 13ff). Die Regierung der BRD zielte demgegenüber – bis hin zur Zustimmung zur Währungsunion im Kontext der Vereinigung der beiden deutschen Staaten – gerade darauf, Souveränität zurückzugewinnen. Als die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951 auf Initiative des Leiter des französischen Planungsamts Jean Monnet und des französischen Außenministers Robert Schuman gegründet wurde, wollte die Regierung Frankreichs die deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Aufsichtsbehörde unterstellen, um längerfristig Zugriff auf die deutsche Kohle zu erhalten und so die Modernisierung und Expansion der einheimischen

Stahlindustrie abzusichern. Die Adenauer-Regierung stimmte dem im Mai 1950 vorgelegten Plan von Monnet und Schuman zu, weil sie darin einen Weg sah, um die Souveränität über das Ruhrgebiet, das sich unter der Kontrolle der internationalen Ruhrbehörde befand, und das Saarland, das von Frankreich kontrolliert wurde, zurückzuerlangen (vgl. Ambrosius 1998: 79ff). Die US-amerikanische Regierung unterstützte die Gründung der EGKS wie auch die Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 im Rahmen ihrer antikommunistischen Eindämmungs- und *Roll Back*-Politik gegenüber der Sowjetunion. Die westeuropäische Integration war insofern zugleich auch Moment der Spaltung Europas und des Kalten Kriegs (Busch 1978: 11ff; Ambrosius 1998: 73ff; Bieling 2010: 58ff).

Abstrahiert man von den konkreten historischen Umständen der Bildung der Europäischen Gemeinschaften, so kann gesagt werden, dass die europäische Integration wie andere regionale Integrationsprojekte in der Expansion und Internationalisierung des Kapitals wurzelt (vgl. Deppe 1975; Busch 1978; Cocks 1980). Das Kapital entwickelt sich auf der Basis eines Systems von Nationalstaaten, tendiert aber zugleich dazu, alle Grenzen zu überschreiten und einen Weltmarkt herzustellen. Innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft ist die Dichte internationaler ökonomischer Verflechtungen unterschiedlich stark und zwischen benachbarten Ländern und Regionen aufgrund relativ niedriger Transportkosten tendenziell besonders ausgeprägt. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte erweisen sich die nationalen Märkte zunehmend als zu eng und das Interesse an der Liberalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs nimmt zu. Die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und die Integration auf der ökonomischen Ebene erfordern auch eine entsprechende politische Regulation. Der Nationalstaat ist die wichtigste Instanz der Regulation des Kapitalismus, doch mit der zunehmenden Internationalisierung des Kapitals wird auch eine internationale Regulation notwendig. Sie findet in verschiedenen, sich nicht wechselseitig ausschließenden, sondern miteinander verknüpften Formen statt, die immer umstritten sind. Denn vom Abschluss internationaler Freihandelsverträge bis zur Schaffung von supranationalen Staatsapparaten geht es dabei immer auch um die Realisierung spezifischer nationaler Interessen und die Reproduktion imperialistischer Machtbeziehungen. Wenn es in der Entwicklung der europäischen Integration eine Konstante gibt, so die, dass die beteiligten Staaten dadurch unter den jeweiligen historischen Bedingungen versucht haben, optimale Bedingungen für die Kapitalakkumulation zu schaffen. Die europäische Integration war und ist also in erster Linie ein Projekt der herrschenden Klassen, um ihr Kapitalverwertungsinteresse auf einer höheren Stufe zu realisieren.

Regionale Integrationsprojekte sind unter dem Gesichtspunkt der kapitalistischen Reproduktion ambivalent, weil sie einerseits eine grenzüberschreitende Regulation kapitalistischer Verhältnisse verwirklichen, andererseits aber neue Grenzen etablieren: Jedes regionale Integrationsprojekt ist nicht nur ein Zusammenschluss von Staaten, sondern schließt zugleich andere Staaten aus und erzeugt dadurch Konflikte. Daher stoßen regionale Integrationsprojekte häufig auf den Widerstand von Staaten, die an ihnen nicht beteiligt sind. Die ersten Ansätze internationaler Integration in Europa scheiterten nach dem Ersten Weltkrieg an diesem Widerspruch. So widersetzte sich Großbritannien 1930 einer Zollunion zwischen den skandinavischen Ländern und den Benelux-Staaten; 1931 verhinderte Frankreich eine deutsch-österreichische Zollunion (Ambrosius 1998: 68). Auch der aktuelle Konflikt zwischen der EU und Russland bezüglich der Ukraine zeugt von diesem Problem. Im Kampf für und gegen bestimmte Integrationsprojekte artikuliert sich die kapitalistische Konkurrenz; dabei kämpfen die nationalen Regierungen in der Standortkonkurrenz um die Reproduktion des Kapitals und möglichst optimale Verwertungsbedingungen für die Unternehmen auf ihrem Territorium.

Die Triebkräfte der europäischen Integration sind gleichzeitig auch die Triebkräfte der europäischen Desintegration, wie im Folgenden ausgeführt werden soll: Die Entwicklung der Produktivkräfte und die Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung führen einerseits zu einem Widerspruch zwischen globaler und europäischer Integration, andererseits zu einer zunehmend ungleichen Entwicklung im Inneren der EU, die diese zu zerreißen droht.

Der Bedeutungsverlust Europas

Die gegenwärtige Krise in Europa und die herrschende Krisenpolitik haben viel mit dem relativen Bedeutungsverlust der alten kapitalistischen Zentren Europas innerhalb des sich verändernden globalen Kapitalismus zu tun. Von 1991 bis 2015 sank der Anteil der EU-Länder am globalen Sozialprodukt in Kaufkraftparitäten gemessen von 27,2% auf 15,3%¹. Dies ist nicht durch eine Schrumpfung der Produktion in der EU bedingt, sondern durch das stärkere Wachstum in außer-europäischen Regionen, insbesondere in der (Semi-)peripherie der kapitalistischen Weltwirtschaft. Namentlich der Aufstieg Chinas hat die ökonomischen und politischen Verhältnisse im globalen Kapitalismus und auch innerhalb der EU

1 Nach Daten der IMF World Economic Outlook database vom April 2016, vgl. <http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2016/01/weodata/download.aspx>.

gravierend verschoben. Für eine Reihe von Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion haben schon vor der jüngsten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise Regionen außerhalb der Währungsunion als Handelspartner und als Zielgebiete für ausländische Direkt- und Portfolioinvestitionen im Vergleich zur Eurozone zunehmend an Bedeutung gewonnen. Durch die jüngste Krise und die Krisenpolitik haben die Handels- und Kapitalverflechtungen innerhalb der Eurozone für diese Länder nochmals erheblich an Gewicht verloren (vgl. Heine/Sablowski 2015; Heine 2016).

Dadurch ändern sich die Sicht der Kapitalisten auf die EU und die Währungsunion und ihre Kosten-Nutzen-Kalkulationen im Hinblick auf deren Aufrechterhaltung bzw. Weiterentwicklung. Die Bedeutung der EU und der Eurozone wird zur Bedeutung der jeweiligen nationalen Räume sowie zu den Regionen außerhalb der EU in Relation gesetzt. Für Kapitale, deren Verwertungsbasis vor allem im nationalen Raum ist, stellt sich die Lage anders dar als für Kapitale, die ihren Kreislauf vorwiegend im europäischen Raum vollziehen, und für diese ist die Situation wiederum anders als für Kapitale, die im globalen Raum zirkulieren. Das sich ändernde Kräfteverhältnis zwischen diesen verschiedenen Fraktionen beeinflusst die Positionen der jeweiligen nationalen Machtblöcke und ihr Verhältnis zur EU.

In den Ländern, die in der EU Nettozahler sind, bzw. in den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen sinkt die Bereitschaft, für den Zusammenhalt der EU und der Währungsunion die notwendigen Mittel aufzubringen. Diese notwendigen Mittel müssten aber tendenziell angesichts der zunehmend ungleichen Entwicklung in der EU wachsen (s.u.). Dieser Widerspruch wird immer mehr zum Problem für Strategien zur Vertiefung der europäischen Integration.

Auch die Wirtschaftsverbände, die an der EU in ihrer jetzigen Form festhalten wollen oder sogar eine Strategie der Vertiefung der Integration verfolgen, wie der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), tun dies nicht unbedingt alleine wegen der Relevanz des europäischen Binnenmarktes, sondern mit Blick auf die Bedeutung der EU als geopolitischer Akteur. Ihre Befürchtung ist, dass die einzelnen europäischen Länder in Verhandlungen mit den USA, China, Japan, Russland etc. zu wenig Gewicht haben. Dies gilt umso mehr angesichts der oben erwähnten globalen Verschiebungen und nachdem sich die USA verstärkt dem asiatisch-pazifischen Raum zuwenden. Die Befürchtung, gegenüber den USA und China isoliert zu werden, ist sicherlich ein Faktor, der die EU zusammenhält.

Die Kampagne für den Brexit zeigt aber auch, wie stark die Kräfte sind, die aus den globalen Machtverschiebungen andere Schlussfolgerungen ziehen. Zwar haben sich die britischen Wirtschaftsverbände vor dem Referendum praktisch

alle für den Verbleib in der EU ausgesprochen, aber in Meinungsumfragen zeigte sich, dass insbesondere ca. 40% der kleinen und mittleren Unternehmen für den Austritt aus der EU waren. Und die halbe bürgerliche Presse plädierte für den Brexit. Es ist nicht überraschend, dass ausgerechnet Großbritannien als erstes Land die EU verlassen möchte. Großbritannien war kein Gründungsmitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, sondern trat ihr erst vor dem Hintergrund des Niedergangs des britischen Empire und der Krise des Fordismus bei. Das Land nahm traditionell eine Zwischenposition zwischen Kontinentaleuropa und den USA ein, und die britischen Kapitalisten wollten nie mehr als eine europäische Freihandelszone. Supranationale Regelungen, die der Ausbeutung gewisse Grenzen setzen, wie z.B. die EU-Arbeitszeitrichtlinie, waren ihnen schon immer ein Dorn im Auge. Im Vergleich zu anderen Kapitalistenklassen waren sie schon immer stark global orientiert. Die Deindustrialisierung des Landes und das große Gewicht der Londoner City, des Finanzsektors, haben diese Tendenz noch verstärkt. Der Anteil der Warenexporte in andere EU-Länder am britischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank von 10,2% im Jahr 2002 auf 7,2% im Jahr 2015. Im EU-Durchschnitt lag der Anteil der Intra-EU-Exporte am BIP im Jahr 2015 mit 21,8% mehr als dreimal so hoch wie in Großbritannien. Der Anteil der Warenexporte in Länder außerhalb der EU am BIP stieg dagegen im gleichen Zeitraum in Großbritannien von 6,4% auf 9%, im EU-Durchschnitt von 8,6% auf 12,2% (European Commission 2016: 85).

Die ungleiche Entwicklung in der EU

Die internationale Arbeitsteilung ist hierarchisch strukturiert, und dies gilt auch für die innereuropäische Arbeitsteilung. Drei Formen der internationalen Arbeitsteilung, die historisch aufeinander folgten und sich gegenwärtig zugleich überlagern, können unterschieden werden (vgl. Lipietz 1998: 134ff): Die erste internationale Arbeitsteilung ist eine zwischen verschiedenen Branchen, die sich aufgrund von natürlichen (z.B. klimatischen) oder historisch-gesellschaftlichen Bedingungen in verschiedenen Ländern angesiedelt haben. So wird z.B. in Griechenland Olivenöl produziert, während in Deutschland der Maschinenbau eine große Bedeutung hat. Die zweite internationale Arbeitsteilung resultiert aus der Aufspaltung komplexer Produktionsprozesse in Teilarbeiten, die auf der Suche nach maximaler Profitabilität dort angesiedelt werden, wo die günstigste Relation zwischen Produktionskosten und Produktqualität besteht. So bleiben die Produktentwicklung und die Konzeption von Produktionsprozessen in der Regel in den kapitalistischen Zentren, während die Fertigung von Produkten und

insbesondere arbeitsintensive Prozesse zunehmend an Niedriglohnstandorte in der Peripherie verlagert werden. Neben den genannten Formen der *interindustriellen* und der *intraindustriellen* Arbeitsteilung existiert heute noch eine dritte Form der internationalen Arbeitsteilung, die auf der Koexistenz verschiedener Regulationsweisen beruht. Es geht dabei „weder darum, ganz unterschiedliche Produkte auf unterschiedliche Art und Weise zu produzieren (wie im ersten Typus der internationalen Arbeitsteilung), noch darum, sich auf unterschiedliche Aufgaben innerhalb des gleichen Paradigmas und der gleichen Industrie zu spezialisieren (wie im zweiten Typus), sondern vielmehr darum, ähnliche Produkte *auf verschiedene Weise* zu produzieren“ (ebd.: 139). Es konkurrieren beispielsweise verschiedene Automobilhersteller in Deutschland, Frankreich und Italien miteinander, wobei zugleich die nationalen Formen der Regulation von Arbeit zueinander in Konkurrenz gesetzt werden. Aber nicht nur das: Die transnationalen Konzerne inszenieren auch eine konzerninterne Standortkonkurrenz. So besitzt z.B. General Motors Montagewerke in Deutschland und in Polen, in denen im Prinzip die gleichen Automodelle hergestellt werden können.

Deutschland steht in der hierarchischen Arbeitsteilung der EU an der Spitze, nicht nur weil es die größte Volkswirtschaft ist und den am breitesten gefächerten Produktionsapparat hat, sondern weil es insbesondere im Maschinen- und Anlagenbau eine führende Stellung aufweist, d.h. ein Schrittmacher bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität ist. Der Anteil Deutschlands an der Bruttowertschöpfung der verarbeitenden Industrie in der EU ist von 27,7% im Jahr 1999 auf 30,5% im Jahr 2013 gestiegen (eigene Berechnungen auf der Basis der Ameco-Datenbank). Frankreich als die zweitgrößte Volkswirtschaft in der EU weist demgegenüber seit jeher erhebliche Defizite im Maschinen- und Anlagenbau auf, die bereits in den 1970er Jahren ein zentrales Thema in der französischen Diskussion über die Internationalisierung des Kapitals waren und sich Anfang der 1980er Jahre als ein gravierendes Problem für die linkskeynesianische Politik der Mitterrand-Regierung erwiesen (vgl. Deubner u.a. 1979; Schneider 2017). Im unteren Bereich der Hierarchie, in der innereuropäischen Peripherie konkurrieren zahlreiche süd- und osteuropäische Staaten mit einem mehr oder weniger niedrigen Lohnniveau um die Ansiedlung von industrieller Produktion. Dabei hat sich nach dem Wegfall des „eisernen Vorhangs“ die Lage für Portugal, Spanien und Griechenland, die erst seit den 1960er Jahren in größerem Maße zu Anlagefeldern für Kapital aus den Zentren geworden waren, durch die zunehmende Konkurrenz in Osteuropa und Asien erheblich verschlechtert. Einige osteuropäische Staaten sind demgegenüber nach der Deindustrialisierung in den 1990er Jahren verstärkt in die Produktionsnetzwerke fokaler Unternehmen aus

den kapitalistischen Zentren integriert worden. So ist der Anteil der Visegrad-Staaten an der Bruttowertschöpfung der verarbeitenden Industrie in der EU von 3,5% im Jahr 1999 auf 6,9% im Jahr 2013 gestiegen (eigene Berechnungen auf Basis der Ameco-Datenbank).

Auf längere Sicht wird es aufgrund der steigenden Arbeitsproduktivität und der wachsenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals möglich, den Europäischen Binnenmarkt bzw. den Europäischen Wirtschaftsraum mit einer sinkenden Zahl von Arbeitskräften und Fabriken bzw. ausgehend von immer weniger Produktionsstandorten zu versorgen. Die Tendenz der ungleichen Entwicklung und der Marginalisierung von peripheren Räumen innerhalb der EU bzw. des EWR wird sich daher noch verstärken. Die Tendenzen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der wachsenden Konzentration und Zentralisation des Kapitals gelten natürlich allgemein, unabhängig von der europäischen Integration. Der Europäische Binnenmarkt und erst recht die Europäische Währungsunion verstärken aber – wie Freihandelsabkommen ganz allgemein – die Wirkung dieser Tendenzen, die ansonsten durch die Existenz nationaler Grenzen, durch Zölle und andere Handelshemmnisse beschränkt und modifiziert wird, und beschleunigen die damit einher gehenden Entwicklungen.

In der Währungsunion ist es entgegen den Erwartungen ihrer neoliberalen, monetaristischen Befürworter nicht zu einer vollständigen Aufhebung der national unterschiedlichen Inflationsraten gekommen, auch wenn eine gewisse Konvergenz zu verzeichnen war. Die Annahme, dass die Inflation im Wesentlichen von der Geldmenge abhängt und insofern über die EZB gesteuert werden könnte, ist ohnehin falsch. In den Mitgliedstaaten der Währungsunion mit überdurchschnittlichen Inflationsraten steigen die Preise stärker, d.h. ihre internationale Konkurrenzfähigkeit sinkt, während die preisliche Konkurrenzfähigkeit in den Ländern mit unterdurchschnittlichen Inflationsraten steigt. Diese relativen Verschiebungen in der Konkurrenzfähigkeit können in der Währungsunion anders als sonst bei Nationalstaaten nicht durch Auf- und Abwertungen ausgeglichen werden. Für die Länder mit relativ hohen Inflationsraten und sinkender Konkurrenzfähigkeit ist der Euro also überbewertet, für die Länder mit niedrigen Inflationsraten und steigender Konkurrenzfähigkeit ist der Euro unterbewertet.

Gleichzeitig wirkt sich die Zinspolitik der EZB auf die Mitgliedstaaten der Währungsunion angesichts ihrer unterschiedlichen Inflationsraten zwangsläufig unterschiedlich aus: Orientiert sich der nominale Leitzins der EZB an der durchschnittlichen Inflationsrate, so kommt es in den Ländern mit einer überdurchschnittlichen Inflationsrate zu niedrigeren Realzinsen und in den Ländern mit einer unterdurchschnittlichen Inflationsrate zu höheren Realzinsen.

In den Ländern mit den höheren Inflationsraten und niedrigeren Realzinsen, die in der Regel die höheren Wachstumsraten aufweisen, wird die Kreditaufnahme attraktiver und das Wachstum zusätzlich angeheizt. In den Ländern mit den niedrigeren Inflationsraten und entsprechend höheren Realzinsen, wo das Wachstum in der Regel niedriger ist, wird das Wachstum zusätzlich abgebremst. Die EZB kann mit ihrer einheitlichen Geldpolitik also der unterschiedlichen Situation in den einzelnen Ländern grundsätzlich nicht gerecht werden. Vor dem Ausbruch der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise waren es insbesondere die südeuropäischen Länder, die höhere Inflationsraten aufwiesen und in denen der Kreditboom aufgrund niedriger Realzinsen das Wachstum anheizte. Dieser Boom wurde auch durch internationale Kapitalzuflüsse befeuert. Er überdeckte die strukturellen Schwächen des Produktionsapparats dieser Länder und ihre sinkende internationale Konkurrenzfähigkeit und führte zur Aufblähung einzelner Sektoren wie z.B. der Immobilienwirtschaft in Spanien (vgl. Schneider 2017 und Schneider in diesem Band).

Mit der Finanzkrise, der mit ihr verbundenen Neubewertung der Kreditrisiken durch die Kapitaleigner und der Austeritätspolitik werden diese wachsenden Diskrepanzen in der Währungsunion auf gewaltsame Weise eingedämmt – die Kosten haben die beherrschten Klassen zu tragen. Die strukturellen Krisenursachen bleiben dabei weiterhin bestehen. Die Währungsunion kann auf längere Sicht in der gegenwärtigen Form nicht bestehen bleiben: Entweder sie zerfällt, oder es werden stärkere Ausgleichsmechanismen zwischen den Mitgliedstaaten etabliert, wie sie normalerweise innerhalb von Nationalstaaten existieren – etwa in Form einer Transferunion, einer gemeinsamen Sozialversicherung oder einer supranationalen Fiskalpolitik, gekoppelt mit einer entsprechenden Industrie- und Strukturpolitik. Die Bereitschaft, solche Ausgleichsmechanismen zu finanzieren, die in den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen ohnehin gering ist, nimmt aber wie schon gesagt ab.

Zwar wurden mit der EFSF, dem ESM und der ultralockeren Geldpolitik der EZB Mechanismen für eine Erweiterung der Kreditbeziehungen in der Eurozone und für eine Vergemeinschaftung der Kreditrisiken geschaffen, doch diese Maßnahmen zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion reichen keineswegs aus, um die wachsenden inneren Spannungen zu reduzieren. Vor allem wurden die Effekte dieser Maßnahmen auch dadurch konterkariert, dass sie gleichzeitig – nicht nur in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten, sondern in der gesamten EU – seit Ende 2010 mit der Austeritätspolitik verbunden wurden, die eine Reihe von Ländern noch tiefer in die Krise getrieben hat. Vor allem Deutschland und die anderen Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen

hätten stattdessen die Löhne stärker steigern müssen bzw. umfangreiche staatliche Investitionsprogramme realisieren müssen, um den Zusammenhalt der EU und der Währungsunion zu fördern. Nichts dergleichen geschah, vielmehr wurde der Austeritätspolitik mit den neuen Regelungen zur *Economic Governance* der EU quasi Verfassungscharakter verliehen. Die neuen Vereinbarungen („Six Pack“, „Two Pack“, Europäisches Semester, Fiskalpakt) wirken auf den Binnenmarkt noch stärker deflationär als die früheren Regelungen der europäischen Verträge zur Wirtschafts- und Währungsunion.

Die Klassenkämpfe in der EU

In Zeiten der Krise, der Rezession oder Stagnation nehmen die Klassenkämpfe schärfere Formen an als in Zeiten der Prosperität. Es kommt zu Massentlassungen, die Erwerbslosigkeit steigt – mit all ihren negativen Folgen für die Lohnabhängigen. Es wird schwieriger, Arbeitskämpfe zu führen und Tarifverträge durchzusetzen. Die Reallöhne stagnieren oder sinken, die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich. Steigt der Druck auf die Lohnabhängigen ohnehin durch die Automatismen der kapitalistischen Krisendynamik, so zielt die Austeritätspolitik darauf ab, diesen Druck weiter zu erhöhen, um die Profitabilität des Kapitals wiederherzustellen und so die Bedingungen für einen neuen Aufschwung der Kapitalakkumulation zu schaffen. Dabei sind die Angriffe auf die Lohnabhängigen in der Regel umso härter, je schwerer ein Land von der Krise getroffen wird. In der osteuropäischen Peripherie war die Austeritätspolitik vom Beginn der Krise an das Mittel der Wahl, um die Akkumulationsschwäche zu kurieren. Während in Westeuropa noch Konjunktur- und Bankenrettungspakete geschnürt wurden, wurden in Osteuropa brutale Haushalts- und Lohnkürzungen durchgesetzt.

Die deutsche Bundesregierung forderte bereits im Herbst 2009, kurz nachdem der Tiefpunkt der „Großen Rezession“ in den kapitalistischen Zentren erreicht worden war, im Kreise der G20 eine Rückkehr zur Politik der Haushaltskonsolidierung. Die „Griechenlandkrise“ bzw. die „Eurokrise“ gaben der deutschen Regierung dann die Gelegenheit, ihre Vorstellungen innerhalb der EU durchzusetzen. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass die deutsche Regierung nicht nur im Interesse des deutschen Kapitals agierte, sondern im Interesse der weltmarktorientierten Kapitalfraktionen in der gesamten EU. Anders wäre es auch nicht erklärbar, dass alle Regierungen den autoritär-neoliberalen Veränderungen der *Economic Governance* zustimmten (oder im Falle des Fiskalpakts fast alle).

Was sind nun die Ergebnisse der Krise und der Austeritätspolitik? Wie haben sich die Klassenverhältnisse vor und nach der Krise in Europa verändert? Die

offizielle Arbeitslosenrate stieg in der EU-28 von 7% im Jahr 2008 auf 10,9% im Jahr 2013 und betrug 2015 noch 9,4%. Nur in Deutschland, Großbritannien, Malta und Ungarn war die Arbeitslosenrate im Jahr 2015 niedriger als im Jahr 2008. In etlichen Ländern, darunter auch die großen EU-Länder Frankreich und Italien, hat sich die Zahl der Erwerbslosen fortlaufend erhöht. Am höchsten war die Arbeitslosenrate 2015 in Griechenland mit 24,9% und in Spanien mit 22,1% (European Commission 2016: 14f; Müller/Platzer 2016: 17). Dort, wo nach der „großen Rezession“ die Beschäftigung wieder zunahm, handelte es sich zum großen Teil um prekäre Arbeitsverhältnisse. Die Lohnabhängigen waren gezwungen, Teilzeitarbeit oder befristete Arbeitsverhältnisse zu akzeptieren (Müller/Platzer 2016: 18).

Aufgrund der steigenden Massenarbeitslosigkeit und der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse ging der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den meisten EU-Ländern zurück (ebd.: 19f). Die Schwächung der Lohnabhängigen wurde durch die staatliche Krisenpolitik zusätzlich forciert. Die Austeritätspolitik zielt eben keineswegs nur auf die staatliche Haushaltskonsolidierung, sondern auch auf die Wiederherstellung der Profitabilität des Kapitals. Ideologisch wird diese Politik damit begründet, dass die Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“ notwendig sei und dass es dazu der Lohnsenkungen und einer „Flexibilisierung“ der Arbeit bedürfe. Gerade in den von der Krise am härtesten betroffenen EU-Ländern sind daher die Tarifsysteme regelrecht zerstört worden. Staatliche Eingriffe zielten beispielsweise auf die Absenkung von Mindestlöhnen, einen generellen Lohnstopp, die Reduzierung von Überstundenzuschlägen, die Verminderung des Kündigungsschutzes, die Erleichterung befristeter Arbeitsverträge, die Reduzierung von Sozialleistungen, die Einschränkung der Reichweite von Tarifverhandlungen bzw. die Dezentralisierung des Tarifsystems oder die Einschränkung von Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung (ebd.: 22; vgl. auch Busch et al. 2013; Hermann 2013; Lehdorff 2014). Dieser gesellschaftliche Umbau zugunsten des Kapitals fand nicht einfach in den einzelnen Staaten unabhängig voneinander statt, sondern wurde auf der EU-Ebene koordiniert und erfolgte im Rahmen der neuen *Economic Governance*, die im Zuge der Krise in der EU eingeführt wurde. Am stärksten wurden dabei die Staaten getroffen, die aufgrund von Refinanzierungsschwierigkeiten mit der EU und dem IWF „Memoranda of understanding“ vereinbart hatten, in denen sie sich zu Lohnsenkungen, Entlassungen im öffentlichen Dienst, dem Abbau von Sozialleistungen, Privatisierungen etc. verpflichteten. Doch nicht nur die Länder, die der Troika von IWF, EZB und Europäischer Kommission unterworfen wurden, führten derartige Maßnahmen durch. Für alle EU-Länder werden nun im Rahmen des der makroökonomischen

Koordinierung dienenden „Europäischen Semesters“ auf Vorschlag der Europäischen Kommission vom Rat der EU jährlich länderspezifische Empfehlungen verabschiedet, die im Wesentlichen auf mehr „Wettbewerbsfähigkeit“, d.h. die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Senkung der Löhne zielen. Zwar sind die Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters rechtlich nicht verbindlich, gleichwohl wurden sie laut Müller und Platzer (2016: 23) bisher z.B. von 13 Mitgliedstaaten genutzt, um die Tarifpolitik zu beeinflussen. Im Jahr 2013 wurden von 142 Empfehlungen 12% umgesetzt (ebd.).

Der Verlauf der Krisenproteste

In Folge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben Massenproteste und politische Streiks seit 2007 deutlich zugenommen und 2011 einen Höhepunkt erreicht (Gallas u.a. 2012; Karatasli u.a. 2015). Nach dem Jahr 2011, das durch den arabischen Frühling, die Platzbesetzungen in Spanien und Griechenland und schließlich die weltweite Occupy-Bewegung geprägt war, ebte die Protestwelle ab, auch wenn es danach immer wieder bedeutende Massenmobilisierungen in einzelnen Ländern gegeben hat. Nach einer Darstellung des European Trade Union Institute (ETUI)² gingen 2010 durch Streiks im gewichteten Durchschnitt der erfassten europäischen Länder 70 Arbeitstage pro 1000 Beschäftigte verloren. Seitdem war die Zahl der verlorenen Streiktage deutlich rückläufig und bewegte sich im Zeitraum 2011-2015 zwischen 23 und 40 Streiktage pro 1000 Beschäftigten. Im Jahr 2010 wurden in Europa 14 Generalstreiks angedroht oder durchgeführt, während die Zahl in den Folgejahren sank (2011: 8, 2012: 12, 2013: 9, 2014: 5). Betrachtet man einzelne Länder, so zeigen sich allerdings stärkere Ungleichzeitigkeiten. So erreichten etwa landesweite Streiks gegen die Austeritätspolitik in Portugal und Spanien 2012 ihren Höhepunkt, in Belgien 2014.

Durch Massenbewegungen verbessert sich häufig die Organisierung der Lohnabhängigen; alte Organisationen erneuern sich oder neue Organisationen entstehen – dies gilt auch für die jüngste Krise. Die sozialen Bewegungen kondensieren aber im Kräfteverhältnis der politischen Parteien zeitverzögert, d.h. progressive Parteien können noch gestärkt werden, wenn die Bewegung, der sie ihren Aufstieg verdanken, schon rückläufig ist. Dies gilt für die Bewegung gegen die Agenda 2010 und die Entstehung der WASG bzw. der Partei DIE LINKE in

2 Vgl. <http://www.etui.org/Topics/Trade-union-renewal-and-mobilisation/Strikes-in-Europe-version-3-July-2016>.

Deutschland, und es gilt m.E. auch für den Aufstieg von Syriza und Podemos. Es gibt allerdings auch Situationen, in denen die (Regierungs-)Politik linker Parteien selbst neue Massenbewegungen befördern kann. So hat z.B. die Umsetzung des Sofortprogramms der Regierung Allende in Chile Anfang der 1970er Jahre dazu geführt, dass ArbeiterInnen sich verstärkt organisiert haben und weitergehende Forderungen gestellt haben. Die Hoffnung, dass eine ähnliche Situation nach der Übernahme der Regierung durch Syriza in Griechenland entstehen könnte, hat sich jedoch nicht erfüllt – die Regierungspolitik von Syriza hat vielmehr zu einer Passivierung der subalternen Klassen beigetragen, wenn man von der kurzen Episode der Mobilisierung für das Referendum im Juli 2015 absieht. Die moderate Regierungspolitik von Syriza und das Scheitern der Verhandlungsstrategie der Regierung haben auch die Aussichten für eine Regierungsübernahme der Linken in anderen Ländern verschlechtert. Die Grenzen der progressiven Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in Europa sind inzwischen deutlich geworden. In Griechenland war die ökonomische, soziale und politische Krise am tiefsten und die Bedingungen für einen Bruch mit dem Neoliberalismus waren am stärksten herangereift. Griechenland ist das einzige Land der EU, in dem die Linke die Chance hatte, die Regierungspolitik maßgeblich zu gestalten. In Portugal und Spanien sind die Bedingungen im Vergleich zu Griechenland noch schlechter gewesen. In Portugal konnte die Linke durch ihre Tolerierung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung immerhin eine Abmilderung der Austeritätspolitik und gewisse Maßnahmen zur Armutsbekämpfung durchsetzen. In Spanien wurde nicht mehr als ein politisches Patt auf der nationalen parlamentarischen Ebene erreicht, wobei die letzten Wahlen gezeigt haben, dass sich die Kräfteverhältnisse dort jetzt wieder zu Ungunsten der Linken verschieben.

Von der Niederlage der Lohnabhängigen zur Faschisierung?

Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg folgt auf eine epochale Niederlage der Arbeiterklasse eine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach rechts (Poulantzas 1970; Redaktion Prokla 2016; Weber 2016). Bemerkenswert ist, dass die Rechtsverschiebungen sich nicht auf von der Krise gebeutelte Länder beschränken, sondern inzwischen auch Länder wie Deutschland und Schweden erfassen, in denen die unmittelbaren Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise relativ begrenzt blieben.

Der Aufstieg der Rechten hat mindestens zwei Gründe, die unterschieden werden müssen: Zum einen resultiert er aus der Hegemoniekrise innerhalb der Machtblöcke. Die Prozesse der Globalisierung und der europäischen Integra-

tion haben zwar die hegemonialen, transnational orientierten Fraktionen des Monopolkapitals innerhalb der Machtblöcke in den vergangenen Jahrzehnten erheblich gestärkt, doch die jüngste Krise zeigt, wie fragil deren Hegemonie ist. Es gelingt den von diesen Fraktionen beherrschten Wirtschaftsverbänden und den von ihnen unterstützten politischen Parteien in der Krise immer weniger, eine Politik zu formulieren, die innerhalb der Machtblöcke verallgemeinerungsfähig ist. Die schwächeren, nichtmonopolistischen, stärker auf den nationalen Raum konzentrierten Kapitalfraktionen haben aus unterschiedlichen Gründen Probleme mit der herrschenden Krisenpolitik. In den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen befürchten sie, dass neoliberale ordnungspolitische Prinzipien verwässert werden, dass die Steuern steigen und ihr Akkumulationsspielraum eingeschränkt wird, wenn immer mehr Ressourcen aufgebracht werden müssen, um den Zusammenhalt der Währungsunion oder der EU zu gewährleisten. Auch Teile des exportorientierten Kapitals gehen davon aus, dass sie für die Umsetzung ihrer Strategien die Währungsunion bzw. die EU nicht unbedingt benötigen. So hat z.B. in Deutschland der Verband „Die Familienunternehmer“ in Bezug auf die Politik gegenüber Griechenland und der EU Positionen vertreten, die sich von denen des BDI deutlich unterscheiden (vgl. Heine/Sablowski 2013). Auch in Bezug auf die Flüchtlingspolitik gab es Gegensätze unter den Wirtschaftsverbänden, etwa zwischen der liberalen Position des BDI und der restriktiven Position des Bundesverbandes Mittelständische Wirtschaft (BVMW). Durch die AfD werden diese abweichenden Positionen nun auf der parlamentarischen Ebene stärker repräsentiert.

In den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten kommt es aus anderen Gründen ebenfalls zur Kritik der schwächeren Kapitalfraktionen an der EU. Hier wird vor allem die Währungsunion zunehmend kritisch gesehen, weil sie viele Unternehmen der Vernichtung preisgibt, indem sie ausschließt, dass unterschiedliche Entwicklungen der Konkurrenzfähigkeit zwischen den Ländern der Eurozone durch Auf- und Abwertungen von Währungen ausgeglichen werden können, wie dies noch unter dem Europäischen Währungssystem der Fall war. Aber auch die (wenigen) Elemente supranationaler Regulierung von Arbeit durch die EU werden für das Kapital dort zum Problem, wo sie höhere soziale und ökologische Standards beinhalten als die, die auf der nationalen Ebene existieren oder durch entsprechende Regierungsmaßnahmen durchgesetzt werden könnten.

Der zweite Grund für den Aufstieg der rechten Parteien ist die Unfähigkeit der linken Parteien und Gewerkschaften, die Interessen der Lohnabhängigen wirksam gegen die neoliberalen Angriffe zu verteidigen. Insbesondere die Industriearbeiter, die die Effekte der kapitalistischen Konkurrenz in den Betrieben

tagtäglich am eigenen Leib zu spüren bekommen und denen seit Jahrzehnten unter glaubwürdiger Androhung der Vernichtung ihrer Existenz immer neue Zugeständnisse abgepresst werden, fühlen und wissen, dass die neokeynesianischen und neosozialdemokratischen Programme der Linken nicht umgesetzt werden können, solange unklar ist, wie sie zu dem „Sachzwang Weltmarkt“ in Beziehung gesetzt werden. Für die Arbeiter sind Nationalismus und Internationalismus zwei unterschiedliche Strategien, ihre Interessen zu verteidigen – und der Nationalismus, die Abschottung nach außen, gegen Migranten und Flüchtlinge als zusätzliche Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und gegen alle anderen Zumutungen der Globalisierung erscheint gegenwärtig leichter realisierbar als eine internationalistische Strategie. Die Arbeiter haben sich von der traditionellen Sozialdemokratie zunehmend abgewendet, seitdem diese eine Wende in Richtung neoliberaler Angebotspolitik vollzogen hat. Die neoliberale Wendung der Sozialdemokratie war aber nicht lediglich ein politischer Fehler, ein Irrtum, der einfach korrigiert werden könnte. Vielmehr war sie ein Resultat der Erkenntnis, dass die traditionellen sozialdemokratischen Positionen unter den Bedingungen freier Kapitalmobilität und verschärfter Weltmarktkonkurrenz nicht mehr aufrechterhalten werden können. Die neoliberale Wendung der Sozialdemokratie entsprach ihrem Wesen, das darin besteht, Interessen der Lohnabhängigen nur nach Maßgabe der Restriktionen der Kapitalakkumulation zu vertreten. Die neuen linken Parteien wie DIE LINKE, Syriza und Podemos konnten teilweise den Raum besetzen, der durch den Niedergang der traditionellen Sozialdemokratie frei wurde. Sie werden aber wie diese enden, wenn sie keine andere, nicht-sozialdemokratische Antwort für das Problem finden, wie die Interessen der Arbeiter unter den Bedingungen einer zunehmend vertieften internationalen Arbeitsteilung verteidigt werden können³.

Die Programme der neuen rechten Parteien stehen in vieler Hinsicht im Widerspruch zu den Interessen der hegemonialen, transnational orientierten Kapitalfraktionen. Es ist dennoch nicht auszuschließen, dass die neuen rechten Parteien in dem einen oder anderen Land zukünftig die Regierung übernehmen oder sich an Regierungskoalitionen beteiligen. In einigen Ländern wie Österreich oder Italien war dies bereits in der Vergangenheit der Fall. Aufgrund der

3 Die konzeptionelle Schwäche der Linken in Bezug auf die Fragen der internationalen Arbeitsteilung und die Weltmarkteinbindung nationaler Gesellschaftsformationen ist nicht das einzige Problem. Das Verhältnis der Linken zur Arbeiterklasse ist auch aus vielen anderen Gründen gebrochen, die hier nicht erörtert werden können. Für Frankreich hat Didier Eribon dazu in seinem Buch „Rückkehr nach Reims“ eine interessante Analyse vorgelegt.

Interessenkonflikte zwischen den rechts-nationalistischen Programmen und den hegemonialen Kapitalfraktionen ist allerdings anzunehmen, dass zukünftige Rechtsregierungen ihre Programme nicht voll umsetzen können werden, sondern die Interessen der hegemonialen Kapitalfraktionen in ihrer Praxis werden berücksichtigen müssen. Im Übrigen könnte das paradoxe Resultat des Aufstiegs der neuen Rechten sein, dass die dominanten Staatsparteien, wie z.B. die CDU in Deutschland, trotz ihrer Wählerverluste als Regierungskräfte sogar gestärkt werden, da kaum noch eine Regierung ohne sie gebildet werden kann.

Trotz des Brexits ist zunächst einmal nicht von einem raschen Zerfall der EU auszugehen – dafür steht für die hegemonialen Kapitalfraktionen zu viel auf dem Spiel. Allerdings ist auch keine Lösung der Krise der EU absehbar. Eine Strategie der Vertiefung der europäischen Integration ist, soweit dafür Änderungen der EU-Verträge notwendig sind, aufgrund der damit verbundenen Risiken (Volksabstimmungen in mehreren Ländern etc.), gegenwärtig praktisch nicht umsetzbar. Außerdem sind beispielsweise weitreichende Finanztransfers, wie sie notwendig wären, um die Wirkungen der ungleichen Entwicklung zu kompensieren, auch nicht im Interesse der hegemonialen Kapitalfraktionen in den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen. Das wahrscheinlichste Szenario ist insofern, dass die Herrschenden versuchen werden, der Krise mit einem weiteren „muddling through“ zu begegnen, und dass es gar keine grundlegenden Veränderungen geben wird, solange sich die Krise nicht drastisch verschärft. Die Regierungen suchen derzeit nach Gemeinsamkeiten, und sie finden sie angesichts der geopolitischen Konflikte und der Bedrohungen durch den Terrorismus vor allem im Bereich der Sicherheitspolitik. Der Ausbau der repressiven Staatsapparate (Geheimdienste, Polizei, Militär) wird voraussichtlich eines der Projekte sein, in dem die Regierenden Handlungsfähigkeit und den Zusammenhalt der EU demonstrieren können. Des Weiteren wird es vermutlich verstärkt gemeinsame Initiativen im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik und der Infrastrukturentwicklung geben (Digitalisierung etc.). Das ist zwar im Prinzip nichts Neues, aber auf diesem Feld lassen sich am ehesten Kompromisse finden zwischen den gegenläufigen fiskalpolitischen Interessen der EU-Länder und dem von allen geteilten Ziel der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sowie dem Interesse des Kapitals, die entsprechenden Kosten auf den Staat abzuwälzen.

Das Verhältnis der Linken zur EU

Die Diskussion, ob die Linke sich für regionale Integrationsprojekte im Allgemeinen und für die europäische Integration im Besonderen stark machen soll,

ist nicht neu. Dabei wird häufig nicht genau differenziert, ob es sich um eine regionale Integration unter kapitalistischen oder unter sozialistischen Vorzeichen handelt, wie W.I. Lenin bereits 1915 in seinem Artikel „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ kritisierte. Unter kapitalistischen Verhältnissen, so Lenin, könnten die Vereinigten Staaten von Europa nichts anderes sein als ein zeitweiliges Abkommen der europäischen Kapitalisten „darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien *gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte“ (Lenin 1915: 345). Sie wären „eine Organisation der Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Amerikas“. „Die Vereinigten Staaten der Welt (nicht aber Europas)“ seien „jene staatliche Form der Vereinigung und der Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verknüpfen – solange nicht der vollständige Sieg des Kommunismus zum endgültigen Verschwinden eines jeden, darunter auch des demokratischen, Staates geführt haben wird“ (ebd.). Daher sei die Losung der Vereinigten Staaten von Europa falsch (ebd.: 346).

Leo Trotzki sprach sich dagegen 1923 für die Forderung nach „Vereinigten Staaten von Europa“ neben der Forderung nach „Arbeiter- und Bauernregierungen“ aus. Damit meinte er allerdings keine europäische Integration auf kapitalistischer Grundlage, wie sie von Lenin kritisiert worden war, sondern „Vereinigte Staaten der europäischen Arbeiter und Bauern“ oder eine „Union der Arbeiter- und Bauernrepubliken Europas“. Trotzki zielte mit dieser „Übergangsparole“ auf eine von der russischen Revolution ausgehende sozialistische Umwälzung in Kontinentaleuropa, die nach seiner damaligen Einschätzung in nächster Zukunft möglich war. Die innere Stabilität der amerikanischen Bourgeoisie schätzte er demgegenüber als so hoch ein, dass „die Aussichten für eine Revolution in Amerika in die Ferne von Jahrzehnten“ rücken würde. Die Ungleichzeitigkeit der politischen Entwicklung machte es aus Trotzki's Sicht notwendig, von einer europäischen „Arbeiter- und Bauernförderer“ zu sprechen und nicht nur von einer sozialistischen Weltföderation. Es gehe „hier nicht um die künftige sozialistische Weltwirtschaft, sondern um die Frage, wie das gegenwärtige Europa aus der Sackgasse herauskommen könnte“, in die es durch den Weltkrieg und die mit ihm verbundene wirtschaftliche Zerrüttung geraten war.

Linke, die heute die Europäische Union verteidigen, beziehen sich gelegentlich auf das *Manifest von Ventotene*, in dem Altiero Spinelli, Ernesto Rossi und Eugenio Colorni aus dem faschistischen Kerker heraus 1941 die europäische Einheit als Ziel proklamierten. Auch im Manifest von Ventotene war allerdings ähnlich wie bei Trotzki eine europäische Einigung auf sozialistischer Basis gemeint, wenngleich sich die Autoren kritisch gegen die allgemeine Verstaatli-

chung oder Kollektivierung der Produktion wandten und eher eine Mischung verschiedener Eigentumsformen anvisierten: „Ein freies und vereintes Europa ist die unausweichliche Voraussetzung für die Durchsetzung der modernen Kultur, deren Entwicklung die totalitäre Epoche aufgehalten hat. [...] Die europäische Revolution muß sozialistisch sein, um unseren Bedürfnissen gerecht zu werden; sie muß sich für die Emanzipation der Arbeiterklasse und die Schaffung menschlicherer Lebensbedingungen einsetzen.“

Die heutige EU stellt eine Strategie sozialistischer Transformation vor neue Herausforderungen. Der europäische Binnenmarkt und die Währungsunion sind, so wie sie in den EU-Verträgen kodifiziert und im europäischen Staatsapparateensemble verankert sind, im wesentlichen Mechanismen, die kapitalistische Konkurrenz in und zwischen den Mitgliedsstaaten zu verschärfen und so die Kapitalakkumulation zu steigern. Die neoliberale, wettbewerbsstaatliche Integrationsweise⁴ der EU hebt die Schranken der Ausbeutung der Arbeitskraft, die durch nationale Grenzen, nationale Produktionsbedingungen und nationale Währungen gegeben waren, teilweise auf und verhindert zugleich, dass auf europäischer Ebene neue Schranken für die Ausbeutung gesetzt werden. So wird z.B. durch den Binnenmarkt ein einheitlicher Raum für die freie Zirkulation von Waren, Kapital und Arbeitskräften hergestellt, so dass die Konkurrenzbedingungen im Binnenmarkt weitgehend den Konkurrenzbedingungen innerhalb eines Nationalstaats entsprechen. Durch die Währungsunion wird die Wirkungsweise des Binnenmarkts nochmals gesteigert, indem die Möglichkeit entfällt, unterschiedliche Entwicklungen der Arbeitsproduktivität und der preislichen Konkurrenzfähigkeit zwischen den Mitgliedstaaten durch Auf- und Abwertungen von Währungen auszugleichen. In geldpolitischer Hinsicht haben die Mitgliedstaaten der Währungsunion den gleichen Status wie ansonsten Regionen innerhalb eines Nationalstaats (vgl. Heine/Herr 2006). Auch der nationale fiskalpolitische Handlungsspielraum wird durch die Währungsunion stark eingeschränkt. So schlägt der internationale Konkurrenzdruck voll auf Löhne und Arbeitsbedingungen durch. Verstärkt wird dieser Mechanismus weiter durch das Subsidiaritätsprinzip und die „negative Integration“ in der EU, d.h. den weitgehenden Verzicht auf die supranationale Regulierung von Arbeitsbedingungen, sowie durch das Fehlen von supranationalen Gewerkschaften und Tarifverhandlungen. Durch die freie Kapitalmobilität und dadurch, dass die Mitgliedsländer ihre jeweiligen nationalen Regulationsweisen im Prinzip wechselseitig als gleichwertig anerkennen,

4 Vgl. zum Strukturwandel der europäischen Integration und zur neoliberalen, wettbewerbsstaatlichen Integrationsweise Ziltener 1999; Bieling 2010; Stützle 2013.

wird tendenziell ein „race to the bottom“ bezüglich der Arbeitsbedingungen in Gang gesetzt.

Diese in den EU-Verträgen und im institutionellen Aufbau der Währungsunion verankerten Mechanismen sind schon früh und hellsichtig von AutorInnen wie Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf (1993) oder Klaus Busch (1994) kritisiert worden. Die genannten Personen, die früher Gegner der Währungsunion waren, sind heute allerdings vehemente Gegner eines Ausstiegs aus der Währungsunion oder einer Rückkehr zu einem System fester Wechselkurse ähnlich dem Europäischen Währungssystem (EWS) und argumentieren dabei teilweise ganz anders als früher, ohne dass die Gründe dafür im Einzelnen immer nachvollziehbar sind (vgl. z.B. Altvater 2013; Busch u.a. 2016: 41ff). Ein Beispiel: In seinem Vergleich der lohnpolitischen Implikationen des EWS und der Währungsunion kam Busch 1994 zu dem Ergebnis, „daß in einem System veränderbarer Wechselkurse die sozialen Kosten der Paritätsveränderung gering sind: Bei einer gegebenen Abwertungsrate der heimischen Währung ist nur eine unterproportionale Absenkung der heimischen Reallöhne notwendig. Dagegen haben die abhängig Beschäftigten in einer Wirtschafts- und Währungsunion, in der die Lohnflexibilität das entscheidende Anpassungsinstrument wird, die gesamte Last der Kompensation zu tragen“ (ebd.: 105). Jüngst argumentierten Busch u.a. (2016: 41ff) dagegen, dass es angesichts der bei der nominalen Abwertung einer Währung notwendigen Reallohnsenkung gar keinen Vorteil eines Systems fester, aber veränderbarer Wechselkurse gegenüber der inneren Abwertung gebe, wie sie in der Währungsunion erfolgt.

Die neoliberale Integrationsweise, die in den EU-Verträgen festgeschrieben ist, ist de facto auf regulärem Wege kaum noch veränderbar, denn Änderungen des Primärrechts setzen Einstimmigkeit unter den Mitgliedstaaten voraus, und eine Vetomacht, auf die sich das Kapital stützen kann, wird sich sicherlich immer finden lassen, solange noch die kapitalistische Produktionsweise dominiert. Strategien, die EU von innen heraus sozial und demokratisch grundlegend zu reformieren, sind daher illusionär⁵. Kleinere Veränderungen und Zugeständ-

5 Dies gilt übrigens sowohl für Programme zur Vertiefung der Integration, wie sie z.B. jüngst von Busch u.a. (2016) vorgelegt wurden, als auch für die Perspektive einer kooperativen Rückkehr zu einem System fester, aber veränderbarer Wechselkurse ähnlich dem EWS, wie sie etwa von Wolfgang Streeck (2013: 246ff) oder Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas (2015: 128ff) favorisiert wird. Denn die Währungsunion ist in ihrer gegenwärtigen Form keine Fehlkonstruktion, sondern funktional für die Interessen der dominanten Kapitalfraktionen. Es ist nicht absehbar, dass die herrschenden Akteure bereit wären, sich auf die von Busch u.a. oder Streeck,

nisse der Herrschenden sind innerhalb der kapitalistischen Hegemonie durch sich verändernde Kräfteverhältnisse natürlich möglich, aber keine grundlegende Richtungsänderung im Sinne eines Bruchs mit dem Neoliberalismus oder Kapitalismus.

Ebenso illusionär ist die Vorstellung, in einem Mitgliedstaat innerhalb der Währungsunion einen Bruch mit dem Neoliberalismus vollziehen zu können, wie die Erfahrung der Syriza-Regierung gezeigt hat. Solange im EZB-Rat eine liberal-konservative Mehrheit herrscht, die einer linken Regierung feindlich gegenüber steht, ist letztere jederzeit durch die Drohung erpressbar, die Liquiditätszufuhr zu unterbrechen.

Wie aber ist dann der Bruch mit dem Neoliberalismus oder gar eine sozialistische Transformation überhaupt möglich? Lohnt es sich noch, auf nationaler Ebene für linke Regierungen zu kämpfen, wenn diese doch nichts ausrichten können? Die Antwort kann nur sein, dass ein Bruch mit dem Neoliberalismus bzw. eine sozialistische Transformation auch den Bruch mit der Währungsunion und der EU einschließen muss. Eine linke Regierung kann nur dann eine linke Politik realisieren, wenn sie über eine eigene Zentralbank verfügt und das Kreditsystem kontrolliert. Angesichts der ungleichen politischen Entwicklungen in der EU ist es kaum vorstellbar, dass es in der ganzen EU gleichzeitig zu Volksaufständen und zu linken Regierungen kommt. Es ist notwendig, weiterhin Land für Land um einen Politikwechsel zu kämpfen bzw. der in ganz Europa notwendige Politikwechsel kann wahrscheinlich nur ungleichzeitig vollzogen werden und muss in einem Land beginnen. Sollte es wieder zu einer linken Regierung kommen, so wird diese sich nur halten und tatsächlich linke Politik durchsetzen können, wenn sie aus der Währungsunion austritt, Kapitalverkehrskontrollen einführt und auch durch eine selektive Devisenpolitik oder ähnliche Maßnahmen in den freien Warenverkehr eingreift. Dies bedeutet de facto einen Bruch nicht nur mit der Währungsunion, sondern mit den EU-Verträgen.

Ein Austritt aus der Währungsunion alleine ist ein notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Realisierung linker Politik. Ein Austritt aus der Währungsunion ohne weitergehende Maßnahmen kann vielmehr auch Teil eines konservativen Projekts sein, wenn es nur darum geht, die nationale Wettbewerbsfähigkeit durch eine Abwertung der nationalen Währung zu erhöhen. Der „Lexit“ impliziert dagegen aufgrund der zu erwartenden Reaktionen der

Flassbeck und Lapavistas vorgeschlagenen Alternativen einzulassen. Ebenso wenig ist absehbar, dass eine soziale Bewegung von unten in der gesamten EU gleichzeitig die politischen Bedingungen für derartige Veränderungen schaffen könnte.

Kapitaleigner wie Kapitalflucht, Investitionsstreiks, Spekulation gegen die nationale Währung etc., sowie aufgrund der absehbaren Konsequenzen wie z.B. Verteuerung lebensnotwendiger Importe radikale Maßnahmen, um negative Auswirkungen für die Lohnabhängigen möglichst zu begrenzen. Die in fremden Währungen fakturierten Auslandsschulden würden im Wert steigen, und die nationalen Banken würden zusammenbrechen. Sie müssten vergesellschaftet werden, und der Schuldendienst gegenüber dem Ausland müsste verweigert werden. Die Zentralbank und die Geldpolitik müssten demokratisch kontrolliert werden. Es wäre illusionär zu glauben, dass die nationale Bourgeoisie bzw. eine bestimmte nichtmonopolistische, auf den nationalen Markt fokussierte Fraktion der Bourgeoisie eine solche Politik unterstützen würde. Der Versuch, ernsthaft mit dem Neoliberalismus zu brechen, kann aufgrund der dabei zu erwartenden Folgewirkungen und der notwendigen Radikalisierung sehr schnell den Bruch mit dem Kapitalismus auf die Tagesordnung setzen – oder eben scheitern. Das bedeutet aber auch, dass ein „Lexit“ nur im Kontext einer Hegemonie der Arbeiterklasse sinnvoll und durchführbar ist. Diese war in Griechenland 2015 offensichtlich nicht gegeben, und sie ist auch heute nirgends in der EU gegeben. Ein von der Linken initiiertes Austritt aus der Währungsunion steht also aktuell nicht auf der Tagesordnung. Dies anzuerkennen bedeutet aber nicht, auf die Diskussion der Probleme der EU und der Währungsunion zu verzichten. Im Gegenteil, die notwendigen Schritte, um linke Politik im nationalen Rahmen auch außenwirtschaftlich absichern zu können, müssen vorbereitet werden und selbst Teil eines Hegemonieprojekts sein. Die gegenwärtige Konfusion in der Linken in Bezug auf diese Fragen steht dem entgegen und zeigt, wie notwendig diese Diskussion ist.

Auf längere Sicht ist eine sozialistische Transformation in einem Lande alleine aufgrund der internationalen Arbeitsteilung und der Abhängigkeit von ausländischen Ressourcen kaum möglich. Wenn es aber in einer Reihe von Ländern zum Bruch mit der kapitalistischen Produktionsweise kommt, so können neue internationale Verbindungen jenseits des Marktes geknüpft werden und es können auch neue Formen regionaler Integration entstehen.

Die Kämpfe um Hegemonie auf der nationalen und auf der europäischen Ebene schließen sich keineswegs aus, sondern bedingen einander. Die Linke muss sich zugleich für den Bruch mit den EU-Verträgen einsetzen und auf der europäischen Ebene Allianzen für die Neubegründung Europas von unten aufbauen. Es gilt zu prüfen, ob es gemeinsame Übergangs- bzw. Richtungsforderungen gibt, die den Interessen der beherrschten Klassen in den verschiedenen Teilen Europas trotz der enormen Unterschiede zwischen den Ländern gerecht

werden. Dies ist keineswegs einfach. Beispielsweise muss im Einzelfall geklärt werden, inwieweit Forderungen nach einheitlichen Standards bei Löhnen und Arbeitsbedingungen für die Lohnabhängigen in den verschiedenen Ländern plausibel sind. Eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen auf höchstem Niveau ist einerseits wünschenswert, andererseits können Schritte in diese Richtung unter kapitalistischen Bedingungen die ökonomische Marginalisierung peripherer Räume noch beschleunigen und als Protektionismus der Zentren wahrgenommen werden. Denkbar wäre etwa eine Verstärkung der gewerkschaftlichen Bemühungen um eine Koordination nationaler Tarifpolitiken auf europäischer Ebene, angelehnt an das Koordinierungsmodell des früheren Europäischen Metallgewerkschaftsbundes; eine Orientierung an dem von Klaus Busch (2011) vorgeschlagenen „Korridormodell“ für die Weiterentwicklung von Sozialleistungen; eine Kampagne für einen bedarfsdeckenden „living wage“, die einerseits den enormen Lohnunterschieden in Europa Rechnung trägt und andererseits auf einen gemeinsamen Kampf für die Anhebung der (Mindest-) Löhne in allen Ländern orientiert. Maßstab für die Forderungen kann jedoch nicht sein, inwieweit sie unter kapitalistischen Bedingungen realisierbar sind. Entscheidend ist vielmehr, ob sie sich zur politischen Mobilisierung eignen und massenhaft aufgegriffen werden. Die Entwicklung gemeinsamer Forderungen auf europäischer Ebene macht nur Sinn als Teil einer Praxis des Kampfes für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen. Im Allgemeinen mangelt es der Linken weniger an Programmen, als an einer Praxis, die Macht entfaltet. Eine Fokussierung auf Wahlen und parlamentarische Politik ist hier ebenso verkürzt wie eine Fokussierung auf die Organisation singulärer außerparlamentarischer Protestereignisse. Wichtig wäre es, diese stärker mit gewerkschaftlichen Kämpfen und der dauerhaften politischen Organisation im Alltag zu verbinden. Dabei dürften die lokale und die nationale Ebene ein höheres Gewicht haben als die europäische Ebene – in Abwandlung eines Slogans der globalisierungskritischen Bewegung könnte man auch sagen: Europäisch denken – lokal handeln.

Literatur

- Altvater, Elmar (2013): Der politische Euro. Eine Gemeinschaftswährung ohne Gemeinschaft hat keine Zukunft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (Hg.): Demokratie oder Kapitalismus? Europa in der Krise. Berlin, 31-39.
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1993): Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Tarifpolitik nach Mauer und Maastricht. Münster.
- Ambrosius, Gerold (1998): Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien. Frankfurt am Main.

- Bieling, Hans-Jürgen (2010): Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union. Wiesbaden.
- Busch, Klaus (1978): Die Krise der Europäischen Gemeinschaft. Frankfurt am Main.
- (1994): Europäische Integration und Tarifpolitik. Lohnpolitische Konsequenzen der Wirtschafts- und Währungsunion. Köln.
- (2011): Das Korridormodell – relaunched. Ein Konzept zur Koordinierung wohlfahrtstaatlicher Politiken in der EU. Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08247.pdf>.
- et al. (2013): Euro crisis, austerity policy and the European Social Model. How crisis policies in Southern Europe threaten the EU's social dimension. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- u.a. (2016): Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union. Hamburg.
- Cocks, Peter (1980): Towards a Marxist theory of European integration, in: International Organization, vol. 34, issue 1, 1-40.
- Deppe, Frank (Hg.) (1975): Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Zur politischen Ökonomie der westeuropäischen Integration. Reinbek bei Hamburg.
- Deubner, Christian u.a. (1979): Die Internationalisierung des Kapitals. Frankfurt am Main/New York.
- Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin.
- European Commission (2016): Statistical Annex of European Economy, Spring 2016. Brüssel.
- Flassbeck, Heiner/Lapavitsas, Costas (2015): Nur Deutschland kann den Euro retten. Frankfurt am Main.
- Gallas, Alexander u.a. (2012): Politische Streiks im Europa der Krise. Hamburg.
- Heine, Frederic (2016): Der europäische Kapitalismus im Ungleichgewicht. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin.
- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2013): Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin
- (2015): Zerfällt die Europäische Währungsunion?, in: Prokla 181, 45. Jg., Nr. 4, 563-591.
- Heine, Michael/Herr, Hansjörg (2006): Die Europäische Währungsunion im Treibsand, in: Prokla 144, 36. Jg., Nr. 3, 361-379.
- Hermann, Christoph (2013): Crisis, structural reform and dismantling of the European social model(s), Working Paper no. 26/2013, Berlin: Institute of International Political Economy.
- Karatasli, Sahan Savas u.a. (2015): Class, Crisis, and the 2011 Protest Wave: Cyclical and Secular Trends in Global Labor Unrest, in: Immanuel Wallerstein, Christopher Chase-Dunn, Christian Suter (Hg.), *Overcoming Global Inequalities*. New York: Paradigm.

- Lehndorff, Steffen (Hg.) (2014): Spaltende Integration. Der Triumph gescheiterter Ideen in Europa – revisited. Zehn Länderstudien. Hamburg.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1915): Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: ders.: Werke, Bd. 21, Berlin 1972, 342-346.
- Lipietz, Alain (1998): Die neuen Beziehungen von Zentrum und Peripherie. Die Beispiele Amerika und Europa im Kontrast, in: ders.: Nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters“. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Berlin/Hamburg, 116-154.
- Müller, Torsten/Platzer, Hans-Wolfgang (2016): Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen im Europa der Krise, in: Frank Bsirske u.a. (Hg.): Gewerkschaften in der Eurokrise. Hamburg, 10-44.
- Poulantzas, Nicos (1970): Faschismus und Diktatur. München.
- Redaktion Prokla (2016): Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand, in: Prokla 185, 46. Jg., Nr. 4, 507-542.
- Schneider, Etienne (2017): Raus aus dem Euro, rein in die Abhängigkeit. Perspektiven und Restriktionen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb der Währungsunion. Hamburg.
- Spinelli, Altiero u.a. (1941): Manifest von Ventotene. Zitiert nach der Fassung im Internet: http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Geschichte/bis1950/Pdf/Manifest_Ventotene.pdf.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin.
- Stützle, Ingo (2013): Austerität als politisches Projekt. Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise. Münster.
- Trotsky, Leo (1923): Über die Aktualität der Parole „Vereinigte Staaten von Europa“. In: Ders., Europa und Amerika. Zwei Reden, Berlin: Neuer Deutscher Verlag 1926, 92-100 (russ. Original in Prawda, Nr. 144, 30.6.1923), zitiert nach der Fassung im Internet: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1923/06/vse.htm>.
- Weber, Klaus (2016): schreiben, als ob alles davon abhinge... Notizen zur Faschisierungsfrage, in: Das Argument 318, 58. Jg., Heft 4, 383-500.
- Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Münster.

Bernd Kasperek / Matthias Schmidt-Sembdner

Towards Democracy

Die Bewegung der Migration und die Demokratisierung des europäischen Projektes

Die epochalen Migrationen im Jahr 2015, verkörpert durch die so genannte Balkanroute, über die knapp eine Million MigrantInnen von der Türkei aus bis nach Österreich, Deutschland und Skandinavien gelangten, markieren mehr als nur einen tiefen Bruch in der Verfassung des europäischen Grenzregimes. An den politischen Kontroversen um die zukünftige Stoßrichtung des europäischen Grenzregimes offenbart sich auch die aktuelle Krise des europäischen Projekts. Die derzeit wahrnehmbare, bisher jedoch stark fragmentierte Rückentwicklung zu nationalen Migrations- und Grenzpolitiken wie auch eine gegenläufige forcierte weitere Europäisierung und Zentralisierung von Entscheidungsprozessen in der EU korrespondiert einerseits mit dem Auftauchen neuer nationalistischer politischer Akteure in Europa und dem Liebäugeln mit einem Austritt aus der EU, paradigmatisch in der Rhetorik und dem Ergebnis der Kampagne für einen Brexit identifizierbar. Andererseits korrespondiert die Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen in den EU-Institutionen wie Rat und Kommission mit der autoritären Durchsetzung der Austerität als Krisenbewältigungsstrategie im Rahmen der Krise der Staatsfinanzen in der EU seit 2008 (vgl. Kasperek 2016).

Dieser kurze Befund der multiplen europäischen Krisen der letzten Jahre resoniert mit der Analyse der „Vielfachkrise“ (Bader et al. 2011), in der die AutorInnen neben der Akkumulationskrise des finanzierten kapitalistischen Modells, der sozial-ökologischen Krise und der Krise der Reproduktion auch die Krise der parlamentarischen Demokratie hervorheben. Letzterem Aspekt, nicht auf die Form des Parlamentarismus beschränkt, möchten wir uns in diesem Beitrag widmen. Wir beginnen mit einer kursorischen Diskussion der Krise des europäischen Grenzregimes und nähern uns dann den Bewegungen der Migration mit Bayats Begriff der *nonmovements*. Anschließend diskutieren wir an dem Fallbeispiel Dublin eine konkrete Krisendynamik des Grenzregimes und die Rolle der Migration darin, um abschließend den politischen Raum zu bestimmen, den diese konkreten Kämpfe um Teilhabe und die Versuche, sie zu kontrollieren, in Europa geschaffen haben.

Denn die Migrationen nach Europa haben nicht nur das Grenzregime in eine Krise gestürzt. Sie haben erneut die Frage nach gesellschaftlicher Teilhabe und politischen und sozialen Rechten aufgeworfen, indem sie den Despotismus der europäischen Grenze vorgeführt haben. Etienne Balibars Forderung nach einer Demokratisierung der Grenze (1999) aufgreifend zeigen wir, wie jene, die qua Definition aus dem demokratischen Prozess in Europa ausgeschlossen sind, diesen schon längst mitgestalten und damit gleichzeitig die Frage nach dem Anteil der Demokratie am europäischen Projekt stellen.

Der Sommer der Migration und die Krise des europäischen Grenzregimes

Im Rückblick auf die Migrationen des Jahres 2015 fällt vor allem auf, dass die Institutionen des europäischen Grenzregimes vollkommen unvorbereitet auf den Sommer der Migration (Kasperek/Speer 2015) reagierten. Zwar befanden sich Migrations- und Grenzpolitik bereits ganz oben auf der politischen Agenda, dennoch waren die konkreten Vorhaben auf ganz andere Regionen und Konstellationen gerichtet. Die neue Europäische Kommission unter Jean-Claude Juncker, die im Herbst 2014 ihre Arbeit aufnahm, definierte Migrations- und Grenzpolitik als eine ihrer Haupt-Prioritäten. Dies spiegelte sich auch in der Besetzung der Kommission wider. So wurde etwa der neue Posten eines Kommissars für Migration geschaffen und mit dem ehemaligen griechischen Verteidigungsminister Dimitris Avramopoulos besetzt. Auch dem ersten Vizepräsidenten der Kommission, Frans Timmermans, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, wurden migrationspolitische Kompetenzen zugeordnet. Auf diese Weise entstand innerhalb der neuen Juncker-Kommission ein einflussreiches migrationspolitisches Cluster.

Diese neue Schwerpunktsetzung der Kommission stellt jedoch keinen Aufbruch der EU in der Frage der Migrations- und Grenzpolitik dar. Vielmehr handelte es sich um ein träges Reagieren auf die migrationspolitischen Dynamiken der vergangenen Jahre. Die Schengener Verträge von 1985 und 1990 hatten eine vertragliche Grundlage für eine europäisierte Grenzpolitik geschaffen. Ihre Inkorporation in den EU-Rahmen durch den Vertrag von Amsterdam (1997), der nun auch migrationspolitische Regelungskompetenzen auf die EU-Ebene zog, stellte den Ausgangspunkt des europäischen Migrations- und Grenzregimes dar, wie wir es heute verstehen. Neben einer Europäisierung des Grenzschutzes durch die Schaffung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex im Jahr 2004 ist diese Entwicklung auch durch die Proklamation eines Gemeinsamen Europä-

ischen Asylsystems (GEAS) charakterisiert. Strategisch ging die Entwicklung einerseits in die Richtung hochtechnologisierter Grenzen unter Einbeziehung von europäischen Datenbanken, andererseits wurde nach außen vor allem eine Externalisierung des Grenzschutzes durch die Einbindung so genannter Drittstaaten verfolgt und in einer Reihe von Prozessen vorangebracht. EU-intern fungierte vor allem das Dublin-System als technisierter Verteilungsmechanismus für asylsuchende Personen. Durch Fünf-Jahres-Programme, zuletzt das so genannte Stockholmer Programm von 2009 (vgl. Ratfisch 2015), sollten diese Entwicklungen vorangetrieben werden.

Zeitgleich mit dem Einbruch der Krise der europäischen Staatsfinanzen gerät auch das Europäische Migrations- und Grenzregime in eine Krise. Wenngleich wir keinen direkten kausalen Zusammenhang zwischen diesen Krisen sehen, so ist die zeitliche Nähe selbst doch kein Zufall. Zu Recht wurde die Krise der europäischen Staatsfinanzen als die größte Herausforderung für das europäische Projekt beschrieben. Die langjährigen und intensiven Versuche, diese Krise zu bewältigen, gingen mit einem Stocken des Vergemeinschaftungsprozesses allgemein einher. Davon betroffen waren insbesondere die Migrations- und Grenzpolitiken der Union. Ab 2010 lässt sich eine Stagnation in diesem Politikfeld konstatieren.

Nach unserem Dafürhalten lassen sich vier maßgebliche Entwicklungen skizzieren, die die Krise verursacht haben. An erster Stelle ist dabei der Zusammenbruch des mediterranen Grenzregimes in Folge der sozialen und demokratischen Aufbrüche des so genannten Arabischen Frühlings zu nennen. Der Sturz des tunesischen Diktators Ben Ali im Januar 2011 katalysierte nicht nur Bewegungen, deren Auswirkungen, nicht zuletzt der syrische Bürgerkrieg, bald weltweit spürbar waren, sondern befeuerte auch den bis heute anhaltenden libyschen Bürgerkrieg. Mit dem neuen Tunesien und dem weiterhin instabilen Libyen kamen dem EU-Grenzregime zwei für die Migrationskontrolle im Mittelmeer zentrale Kooperationspartner abhanden. Darüber hinaus kam es nach der Revolution in Tunesien zu einem zweiten, diesmal wortwörtlichen Aufbruch, der rund 30.000 junge Tunesier (in der Tat weitestgehend junge Männer) über das Meer nach Italien führte und die ersten spürbaren Zeichen einer Krise des Schengener Systems verursachte (vgl. Cuttitta et al. 2011).

Als zweite Entwicklung, ist die Verrechtlichung der europäischen Seegrenze im Jahr 2012 durch das so genannte Hirsi-Urteil (Hirsi Jamaa et al. ./ Italien) des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) (2012) zu benennen. In dem Urteil wurde festgestellt, dass MigrantInnen im Niemandsland der Grenze oder in den exterritorialen Räumen auf hoher See nicht rechtlos sind, sondern dass die einschlägigen internationalen Normen des Völkerrechts weiterhin Gül-

tigkeit entfalten. Insbesondere wurde Italien wegen eines Verstoßes gegen das Non-Refoulement-Gebot (Verbot von *pushback*-Operationen in Richtung von Staaten, in denen die grundlegenden Rechte von Flüchtlingen nicht gewährleistet sind) auf Grund der Praxis der italienischen Küstenwache, Flüchtlingsboote auf hoher See nach Libyen zurückzudrängen, verurteilt (vgl. Buckel 2013). In ihrer Konsequenz stellt diese Entscheidung, die nach über einem Jahrzehnt der beharrlichen und qualvollen Migrationen über das Mittelmeer gefallen ist, eine große Herausforderung für das europäische Grenzregime dar, delegitimiert sie doch eine zentrale Strategie der Europäischen Union und manifestiert zugleich die Unmöglichkeit einer Rückkehr zum Status Quo des mediterranen Grenzregimes.

Die dritte Entwicklung ist die zunehmende Erosion des Dublin-Systems, welches 2011 mit dem faktischen Ausscheiden Griechenlands aus dem Dublin-System beginnt (vgl. Kasperek 2015a). Das sich damit abzeichnende Scheitern des EU-internen Verteilungsmechanismus für Asylsuchende nimmt die Auseinandersetzungen des Jahres 2015 vorweg, als sich mehr und mehr EU-Mitgliedstaaten weigern, Asylsuchende überhaupt oder zumindest in realistischen Maßen aufzunehmen. Das Potential dieser Entwicklungen, das Schengener System in eine schwerwiegende Krise zu stürzen, war bis 2013 nur schwer abzusehen. Zu speziell und zu fachspezifisch muteten die anschließenden Diskussionen um mögliche Reformen des Dublin-Systems oder auch des Schengener Grenzkodexes an.

Doch die beiden großen Bootsunglücke vor Lampedusa im Oktober 2013, bei denen rund 500 Menschen ihr Leben lassen mussten, katapultierten die Verfassung des europäischen Grenzregimes, wie auch seine tödlichen Folgen, in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Im Anschluss an die Katastrophen versprach die damalige EU-Kommission unter Leitung von José Manuel Barroso nicht nur eine Neuorientierung der – bis dato von einer versicherheitlichten Logik dominierten – europäischen Grenzpolitik. Die italienische Marine-Operation *Mare Nostrum* verkörperte diese Neuorientierung hin zu einer Politik des Humanitarismus, welche die Rettung von Menschenleben über den Grenzschutz, also die Abwehr von MigrantInnen um jeden Preis, stellte, dem Grenzschutz aber auch auf Grund des nun proklamierten Imperativs der Rettung von Leben eine neue Legitimität verlieh. Die humanitaristische Wende ging dabei einher mit einer neuen Skandalisierung der informellen migrantischen Mobilitätslogistik, in deren Folge es zu militärischen See-Operationen (EUNAVFOR MED/Sophia im zentralen Mittelmeer und der NATO-Einsatz in der Ägäis) gegen Schlepper und Schleuser kam.

Mare Nostrum blieb jedoch ein nationaler Alleingang Italiens, der von den übrigen EU-Staaten und der Kommission kritisch beäugt wurde. Nach einem

Jahr wurde *Mare Nostrum* daher auch durch die Frontex-geführte Operation Triton ersetzt, die nun wieder den Grenzschutz verfolgt und nur widerwillig die Rettung von Menschenleben auf hoher See betreibt (vgl. Kasparek 2015b). Erst die nächste schwere Tragödie auf hoher See, als im April 2015 rund 800 Menschen an einem Tag im Mittelmeer ertranken, zementierte die humanitaristische Agenda im zentralen Mittelmeer, wenngleich diese Teil eines kontrollpolitischen Kontinuums war, welches von der libyschen Küste bis über die Alpen hinweg reicht und Kontrollstrategien auf See und an Land miteinander verwebt, wie Charles Heller und Lorenzo Pezzani schlüssig darlegen können (Heller/Pezzani 2016).

Sofern im Frühjahr 2015 ein turbulenter Sommer der Migration erwartet wurde, wurde angenommen, dass er geographisch erneut zwischen Libyen und Italien stattfinden würde. Die Migrationsroute über die Ägäis nach Griechenland und weiter über den Balkan bis nach Zentraleuropa war seit 2010 im Wesentlichen verschlossen und wurde nur von wenigen Personen genutzt. In Bezug auf Griechenland lag die europäische Aufmerksamkeit ausschließlich auf der neuen Syriza-ANEL-Regierung, und hier vor allem auf den Verhandlungen mit den europäischen Institutionen im Rahmen der Euro-Krise. So enttäuschend auch letztendlich die Bilanz der Syriza-geführten Regierung ausgefallen ist, so ist ihr doch zugute zu halten, dass sie zentrale repressive Aspekte des euro-griechischen Grenzregimes, nämlich die *pushback*-Operationen der griechischen Küstenwache, das ausgedehnte Internierungssystem für MigrantInnen wie auch die Kriminalisierung der Weiterreise stillschweigend abgeschafft und damit erst die Voraussetzungen für den Sommer der Migration geschaffen hat.

So kam es, dass ab dem frühen Sommer eine stetig wachsende Zahl von Personen sich von der Türkei auf die griechischen Inseln in der Nähe der türkischen Küste begab und von dort ihre Weiterreise durch Mazedonien, Serbien und Ungarn nach Österreich, Deutschland und Skandinavien organisierte und antrat. Diese Bewegung entfachte eine solche Dynamik und Vehemenz, dass zentrale Prämissen deutscher wie auch europäischer Migrationspolitik von heute auf morgen fallengelassen werden mussten und eine umfassende Destabilisierung des Grenzregimes eintrat, die auch bis heute nicht grundsätzlich behoben ist. Die vielfach von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel beschworene „europäische Lösung“, die vor allem als Gegenentwurf zu einem Zusammenbruch des Schengener Systems der Abschaffung von Binnengrenzkontrollen zu lesen ist, materialisierte sich vor allem in einem mehr als fragwürdigen Deal mit der türkischen Regierung, der auch nach dem auf den gescheiterten Militärputsch folgenden zivilen Putsch nicht von der Europäischen Union in Frage gestellt wird. Auch wenn diese Tatsache für sich genommen kein schlüssiger Beweis für

den anti-demokratischen Charakter des europäischen Grenzregimes ist, so ist sie doch ein weiterer Beleg dafür, dass das Grenzregime ganz wesentlich durch autokratische Elemente gestützt wird.

Der spannendste Effekt des Sommers der Migration ist unserer Meinung nach jedoch, dass die Migrationen die Frage nach gesellschaftlicher Teilhabe mit neuer Vehemenz aufgeworfen haben. Auch wenn es sich in den meisten Fällen um Flucht aus den vom syrischen Bürgerkrieg betroffenen Gebieten handelt, so sind die vielfachen Migrationsprojekte dennoch nicht auf die Rettung des bloßen Lebens zu reduzieren. In der Flucht findet sich immer die Hoffnung nicht nur lediglich auf ein Leben, sondern auch auf ein besseres Leben. Diese Fluchtmigrationen haben damit auch erneut das Grenzregime herausgefordert, das schließlich im Sommer 2015 größtenteils in sich zusammenbrach. Weder der jahrzehntelange technische Ausbau der Grenze noch die Vielzahl an europäischen Institutionen und Mechanismen konnten die Menschen in diesem Sommer oder in den Jahren zuvor aufhalten.

Autonomie der Migration und die nonmovements

Analysieren wir die gegenwärtige Migration nach Europa im Kontext der weltweiten sozialen und politischen Bewegungen, so sind sie ohne Zweifel unter die Vielzahl von neuen sozialen und demokratischen Bewegungen zu subsumieren, die seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise 2008 sichtbar geworden sind. Folglich dürfen wir auch die Migrationsbewegung nicht auf das bloße Retten des eigenen Lebens reduzieren, wenn Menschen beispielsweise vor dem Krieg in Syrien fliehen: Deren Entscheidungen, nach Europa zu gehen, sich dort den Steuerungsversuchen im europäischen Grenzregime zu entziehen und somit die vorhandenen Modi der Bevölkerungskontrolle zu unterlaufen und zu destabilisieren, begründen die Perspektive auf Migration als soziale Bewegung. Im Rückgriff auf Yann Moulier Boutangs These von der Autonomie der Migration (Moulier Boutang 2007; siehe auch Hess/Tsianos 2010, 243) lässt sich die Migration sogar als der Erstbeweger in der Konstitution des Grenz- und Migrationsregimes beschreiben, wenn die Beharrlichkeit der Migration, sich durch die Migration den bestehenden Formen der Vergesellschaftung zu entziehen (Bojadžijev/Karakayalı 2007, 209), gebührend gewürdigt werden soll. Auf diese Art und Weise werden die Politiken der Kontrolle und der Verhinderung von Migration immer wieder erschüttert und ihnen werden Neujustierungen und Transformationen abverlangt.

Doch um die Bewegung der Migration als „soziale Bewegung“ begreifen zu können, ist es schwierig, auf den klassischen Definitionsbereich der sozialen Be-

wegungsforschung zurückzugreifen. Den Beteiligten der Migrationsbewegungen eine gemeinsame Ideologie, ein geteiltes politisches Ziel oder eine gemeinsame Organisation zu unterstellen, wäre irreführend und fehlerhaft. In Anbetracht einer ähnlichen Problemkonstellation entwickelte der Soziologe Asef Bayat (2010), ausgehend von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen in den postkolonialen Autokratien der 1980er Jahre im Nahen Osten, das Konzept der *nonmovements*: Es zielt darauf ab, „unkonventionelle“ Formen des Handelns und im Speziellen des Widerstandes, die nicht in unsere westlich geprägten Kategorien zur Analyse und Interpretation von sozialen und politischen Bewegungen passen, zu verdeutlichen. Bayats Begriff passt damit insbesondere für eine Analyse der ersten Phase des Arabischen Frühlings. Darüber hinaus halten wir das Konzept für sehr geeignet, um die subversiven und destabilisierenden Dynamiken und Prozesse zu benennen und analytisch zu fassen, welche von den Migrationsbewegungen ausgelöst werden. Dabei stellt Bayats Begriff der *nonmovements* und die Charakterisierung der Migration als soziale Bewegung in der Perspektive der Autonomie der Migration nur oberflächlich einen Widerspruch dar. Denn beiden semantischen *moves* geht es um das Insistieren auf einen sozialen und politischen Gehalt der analysierten gesellschaftlichen Phänomene. Bei Bayat bedeutet dies eine Abgrenzung von einem engen Bewegungsbegriff (wie er etwa im Begriff der neuen sozialen Bewegungen aufscheint), während die Autonomie der Migration darauf besteht, dass Migration nicht nur eine räumliche Bewegung, sondern eben auch eine soziale Bewegung darstellt, die zu gesellschaftlichen Transformationen beiträgt.

Bayat verweist mit den *nonmovements* selber explizit auf die internationale Migration und bietet an, sie als dynamische Kraft für sozialen Wandel neu zu denken und in Beziehung zu gesellschaftlichen Transformationsprozessen zu setzen. Er grenzt sich von der klassischen Forschung zu sozialen Bewegung ab: *nonmovements* beziehen sich auf kollektive Aktionen von nicht-kollektiven Akteuren. Damit möchte Bayat verdeutlichen, wie beispielsweise die internationale Migration geprägt ist von geteilten Praktiken, ausgeführt von einer großen Zahl an Menschen, ohne dass sich ihre Akteure unter einer gemeinsamen Organisation oder einer gemeinsamen Ideologie vereinen würden (ebd.: 3f, 14). Es handelt sich bei *nonmovements*“ also nicht um eine verhältnismäßig kleine Zahl von Personen, die sich organisiert, um Druck auf Autoritäten auszuüben. Es sind die „gewöhnlichen“ Praktiken, die trotz möglicher Sanktionen unmittelbar vollzogen werden – wie beispielsweise Grenzübertritte nach und innerhalb Europas trotz deren Illegalisierung. Entscheidend für die *nonmovements* ist, dass diese Praktiken von vielen Menschen gleichzeitig vollzogen werden, auch

wenn sie immer fragmentiert bleiben. Trotz dieser Fragmentierung sind sie mehr als die Summe der jeweils individuellen Handlungen der Akteure und können im Sinne von Normalisierungen oder Legitimierungen bestimmter Praktiken gesellschaftliche Veränderungen bewirken (ebd.: 20). Insbesondere mit Blick auf die Migrationsbewegungen ist es uns wichtig festzuhalten, dass diese Veränderungen dabei weder von den Bewegungen im Gesamten noch vom Einzelnen intendiert sein müssen: Sie können auch als nicht-intendierte Handlungsfolge im Prozess der Migration verstanden werden und behalten trotzdem jene politische Kraft, deren transformativer Charakter nicht zuletzt im Sommer der Migration sichtbar geworden ist.

Auch mit Hinblick auf die Dystopie einer gänzlich undurchdringbaren Grenze und auf die fortgesetzten Kämpfe um das Ausmaß ihrer relativen Durchlässigkeit, wie wir sie auch wieder bei den aktuellen Migrationsbewegungen und den Versuchen, sie zu kontrollieren, feststellen können, wird ein wichtiger Aspekt der *nonmovements* aufgegriffen. Nach Bayat entwickeln sich die *nonmovements* vor allem, da sie „Zonen der relativen Freiheit“ besetzen, welche Staaten trotz ihres Wunsches nach einer omnipräsenten Stellung aufgrund mangelnder Instrumente, Kapazitäten und Fähigkeiten zur totalen Kontrolle offenlassen müssen. Diese Zonen der relativen Freiheit werden jedoch nicht einfach nur besetzt, sondern müssen entdeckt oder auch selbst geschaffen werden (ebd.: 25f).

Sich die Bewegung der Migration als ein solches *nonmovement* zu vergegenwärtigen ist nicht nur ein möglicher Weg, um die Rolle der Migrationsbewegungen in der Konstitution des europäischen Grenzregimes zu theoretisieren. Das Bewusstsein über das Vorhandensein jener *nonmovements* fordert auch dazu auf, die Entwicklungen der letzten Jahre und die aktuellen politischen Dynamiken in und um den Schengenraum aus der Perspektive der Bewegung der Migration zu betrachten und ihren Einfluss auf das Scheitern europäischer Kontroll- und Steuerungsversuche nachzuzeichnen. Um den Prozess des Scheiterns zu verdeutlichen, müssen wir also die vielen verschiedenen Kämpfe um Mobilität und die diversen (migrantischen) Widerstandspraktiken als Ausgangspunkt – und damit die Frage nach der Entstehung von Solidarität und politischer Handlungsfähigkeit sowie deren sozialpolitische Konsequenzen in den Blick nehmen. Die Dynamiken an öffentlichen Plätzen wie Bahnhöfen, improvisierten Camps an Grenzübergängen oder auch *detention centres* werden somit zum Ausgangspunkt derjenigen gesellschaftlichen Transformationen, für die wir uns interessieren. So schreibt auch Asef Bayat, dass eines der Hauptmerkmale der *nonmovements* in den „passiven Netzwerken“ liegt: denn Solidarität baut sich nicht nur in legalen Institutionen oder etablierten aktivistischen Netzwerken auf, sondern eben

auch an öffentlichen Plätzen – seien es Parks, Bushaltestellen oder eben auch Flüchtlingslager (ebd.: 22).

Die Krise des Grenzregimes aus der Perspektive der Migration

Wie lässt sich nun der Befund der Krise des europäischen Grenzregimes mit dieser Perspektive der Migration als sozialer Bewegung, die Politik entfacht, vereinen? Ist das Scheitern der europäischen Migrationspolitik im Sommer 2015 tatsächlich auf die Bewegungen der Migration zurückzuführen oder wäre auch eine alternative Lesart, die den Kontrollverlust als beispielsweise dem Stocken des Europäisierungsprozesses immanent deuten würde, denkbar? Ohne die konkrete Verfasstheit des europäischen Projekts und insbesondere dessen Verlauf seit dem Ausbruch der Euro-Krise außen vor zu lassen, kann der jeweils konkrete Beitrag der Migrationen zu den oben skizzierten Krisendynamiken des Grenzregime nicht genug betont werden. Dies wollen wir exemplarisch anhand der Krise des Dublin-Systems, des Kernstücks des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, skizzieren.

Die Dublin-III-Verordnung soll die Zuständigkeit für die Durchführung von Asylverfahren in Europa regeln. Dafür ist eine Vielzahl hierarchisch festgelegter Kriterien vorgesehen, die festlegen, welcher Mitgliedstaat für die Bearbeitung eines Asylverfahrens verantwortlich ist. In der Praxis hat sich dabei der Ort der ersten Einreise als zentrales Kriterium herausgestellt. Es soll Asylsuchende dazu zwingen, ihren Asylantrag in dem Land zu stellen, welches sie zuerst betreten haben (Meyerhöfer et al. 2014: 152). Damit sollen sogenannte „Sekundärbewegungen“ und das mehrfache Stellen von Asylanträgen in verschiedenen Mitgliedstaaten verhindert werden (Buckel 2013: 65). Um allerdings das Kriterium der Ersteinreise wirkmächtig werden zu lassen, benötigte die EU ein Instrument zur Feststellung der Migrationswege. So wurde im Jahre 2003 die Schaffung der ersten EU-weiten Fingerabdruckdatenbank namens Eurodac beschlossen, die erst zwischen den Jahren 2005 und 2007 ihre Effizienz entwickelte. Mit ihr wurden Abschiebungen auf Grundlage der Dublin-Verordnung ermöglicht, da fortan die Registrierung von MigrantInnen in anderen nationalen Asylsystemen über das Abgleichen der Fingerabdrücke nachgewiesen werden konnte (Kasperek 2015a: 64).

Der Logik eines „Verursacherprinzips“ folgend sind es also in erster Linie die Mitgliedstaaten an den europäischen Außengrenzen, welche für die überwältigende Mehrheit der Asylanträge zuständig sein sollen, da sie die Einreise der Asylsuchenden nicht verhindern konnten. Während sich hier bereits ein grundlegendes Problem der Dublin-Verordnung abzeichnet, nämlich die fehlende

strukturelle Balance in der europäischen Verteilungspolitik (Kasperek 2015a: 62ff), waren es vor allem die widerständigen Praktiken von MigrantInnen und damit die Kämpfe der Bewegung der Migration, die das Dublin-System sukzessive zum Scheitern brachten.

Das System produzierte, ganz anders als von der Europäischen Union postuliert, eine höchst mobile und gleichzeitig ausgeschlossene Bevölkerung in Europa (ebd.: 64), die Biographien zahlreicher MigrantInnen waren geprägt von regelmäßigen Abschiebungen zwischen den Mitgliedstaaten. Dass sich MigrantInnen dem Dublin-System und damit dem eigentlichen Herzstück der europäischen Asylpolitik (Hess et al. 2014: 24) entziehen und so das System in den vergangenen Jahren schrittweise destabilisierten, ist daher nicht weiter verwunderlich. Hier müssen in erster Linie die verschiedenen Kämpfe vor Gericht genannt werden, also Klagen gegen Abschiebungen auf Grundlage der Dublin-Verordnung. Immer wieder erstritten sich von Abschiebung bedrohte MigrantInnen das Recht, in einem Land bleiben zu dürfen und erzwangen so ein neues Asylverfahren. Besonders herauszuheben sind dabei zwei Urteile des EGMR. Ein von Belgien nach Griechenland abgeschobener Afghane prozessierte im Jahr 2011 gegen seine Abschiebung und bekam Recht: Der als M.S.S. gegen Belgien und Griechenland bekannt gewordene Fall ging mit seinem Urteil in die Geschichte ein und hatte weitreichende Konsequenzen für das gesamte Dublin-System. In Folge des Gerichtsurteils, welches Griechenland „systemische Mängel“ im Asylsystem attestierte, setzten nahezu alle Mitgliedstaaten Abschiebungen nach Griechenland auf Grundlage der Dublin-Verordnung aus (Meyerhöfer et al. 2014: 152). Damit war eine wichtige „Achse“ des innereuropäischen Abschiebesystems durchbrochen.

Mit dem Prozess Tarakhel gegen die Schweiz kam 2014 ein weiteres entscheidendes Urteil hinzu. Der EGMR entschied im Falle einer afghanischen Familie mit sechs Kindern, dass ihre Abschiebung aus der Schweiz nach Italien auf Grundlage der Dublin-Verordnung als nicht rechtmäßig einzustufen sei. Die schweizerischen Behörden hätten im Vollzug der Abschiebung nicht sichergestellt, dass Italien die nötige Bereitstellung einer angemessenen Unterbringung für die abgeschobene Familie nachkommt. Daher wurde auf Grundlage des Verbotes unmenschlicher und entwürdigender Behandlung nach Artikel 3 der europäischen Menschenrechtskonvention die Schweiz schuldig gesprochen (EGMR 2014). Seither sind Abschiebungen von Familien mit Kindern nach Italien auf Grundlage der Dublin-Verordnung für die Behörden sehr schwierig geworden – und das Dublin-System wurde einmal mehr in seiner Effizienz gestört.

Auch wenn die beiden Gerichtsurteile als Meilensteine im Scheitern des Dublin-Systems verstanden werden können, müssen gerade die widerständigen

Praktiken jenseits von Gerichten und die Beharrlichkeit von MigrantInnen, sich den administrativen Maßnahmen zur Durchführung von Abschiebungen zu widersetzen, beachtet werden. Mit Sitzblockaden und Protestkundgebungen von AktivistInnen und der Bereitschaft von Betroffenen, sich gegen Abschiebungen zur Wehr zu setzen, kam es in den vergangenen Jahren zu vielen erfolgreichen Verhinderungen von innereuropäischen Abschiebeversuchen. Darüber hinaus sind wir in den vergangenen Jahren immer wieder Menschen begegnet, die aus Angst vor einer Dublin-Abschiebung ihre Fingerabdrücke manipulierten, indem sie sich selbst mit Schleifpapier, Säure oder Glasscherben an den Fingerkuppen verletzten und so eine Unkenntlichkeit der eigenen Abdrücke erreichen wollten.

Auch für die MigrantInnen, die im Dezember 2012 die Wiener Votivkirche besetzten, nahmen die Fingerabdrücke eine zentrale Rolle in ihren Protest ein: Wenn ihre Forderungen nach Grundversorgung, Arbeitserlaubnis und Abschiebestopp nicht erfüllt würden, sollten zumindest ihre Fingerabdrücke aus dem Eurodac-System gelöscht werden. Damit verbanden die Protestierenden das Recht auf Bewegungsfreiheit mit dem Recht auf ihre eigene Datensouveränität (Kasperek/Tsianos 2013: 65f).

Eine zentrale Rolle im Widerstand gegen das Dublin-System nimmt auch das Kirchenasyl ein. Zwischen 2014 und 2015 stieg die Zahl derjenigen MigrantInnen, die sich in Deutschland für den Weg des Kirchenasyls entschieden. Diese Steigerung ist vor allem auf diejenigen zurückzuführen, die mit der Gefahr einer Dublin-Abschiebung konfrontiert waren (BAG Asyl in der Kirche 2016). Die Dublin-III-Verordnung sieht vor, dass Asylsuchende innerhalb von sechs Monaten in das Land zurückgeschoben werden können, in dem sie bereits registriert worden waren. Das Kirchenasyl war und ist daher eine Möglichkeit, diese sechsmonatige Frist zu überstehen und im Anschluss einen rechtmäßigen Asylantrag in Deutschland stellen zu können. Im Februar 2015 entbrannte eine heftige Debatte, da Innenminister Thomas de Maizière und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Kirchenasyl als eine Form des „Untertauchens“ bewertet sehen wollten. Dies hätte eine Ausweitung der Überstellungsfrist auf 18 Monate, oder sogar einen Neubeginn der Frist nach dem Ende des Kirchenasyls bedeutet (Lorenz 2015: 15f). Aus aktivistischen und kirchlichen Kreisen wurde starke Kritik an diesen Plänen zur Entwertung des Dublin-Kirchenasyls geübt. Letztendlich scheiterten diese Pläne (EKD 2015).

Abschließend müssen wir noch auf den Aufbruch tausender MigrantInnen vom ungarischen Bahnhof Keleti über Österreich nach Deutschland im Sommer 2015 blicken. Ende August gelangte ein internes Dokument des BAMF an die Öffentlichkeit, in der eine Leitlinie zur Aussetzung von Dublin-Verfahren bei

syrischen Staatsangehörigen formuliert wurde. Als Leitlinie hatte es – im Gegensatz zu einer möglichen Anordnung – keine rechtliche Grundlage (Pro Asyl 2015), als internes Dokument noch keine (zumindest offizielle) Zustimmung des Innenministeriums. Auch Bundeskanzlerin Merkel sprach nach der Veröffentlichung des Dokuments zwischenzeitlich von einem „Missverständnis“. Trotzdem verbreitete sich die Nachricht über die Aussetzung der Dublin-Verfahren rasend schnell und die Forderung der in Ungarn festsitzenden MigrantInnen, nach Deutschland weiterreisen zu dürfen, wurde stärker. Nur wenige Tage nach dem Erscheinen des Dokumentes erreichten die ersten MigrantInnen den Hauptbahnhof in München, der *Spiegel* hatte bereits einen Onlineartikel mit dem Titel „Wie ein Gerücht Tausende auf die Züge lockte“ (Spiegel Online 2015) veröffentlicht. Die Protestierenden am Budapester Bahnhof hatten aus einem „Gerücht“ also eine Tatsache geschaffen. Das deutsche Innenministerium schaffte erst am 21. Oktober die Wende und verkündete, dass ab diesem Zeitpunkt auch für SyrerInnen das Dublin-Verfahren wieder Anwendung finden sollte (Tagesschau 2015) – doch das faktische Scheitern des Dublin-Systems konnte damit schon längst nicht mehr verhindert werden.

Der Zerfall des Dublin-Systems zeigt eindrucksvoll, wie die Kämpfe und Proteste von MigrantInnen und damit die Bewegung der Migration das Scheitern der europäischen Migrationskontrolle in den letzten Jahren vorangetrieben hat. So wurde nicht nur unmittelbarer Widerstand gegen Abschiebungen geleistet, sondern auch die wenigen rechtlichen Spielräume genutzt, die europäisches und nationales Recht einräumen. Die Auseinandersetzungen um das Dublin-System dienen daher auch als gutes Beispiel zu zeigen, wie MigrantInnen die von Bayat untersuchten „Zonen der relativen Freiheit“ identifizieren, besetzen oder selbst kreieren.

Migration und Demokratie

Wir haben anhand der Krise des Dublin-Systems herausgearbeitet, wie eine am Reißbrett entworfene Systematik, die ein vordergründig politisches Problem technisch lösen sollte, auf Grund einer Vielzahl unsichtbarer Politiken und Widerstandshandlungen der Betroffenen scheiterte. Doch reicht uns dieser Befund noch nicht *per se*, um damit das demokratische Defizit des europäischen Projektes zu demonstrieren. Denn formal-demokratisch ist an dem Dublin-System erstmal wenig zu kritisieren. Die Art und Weise etwa, in der es zustande gekommen ist (vgl. Lorenz 2013), ist ein Paradebeispiel für die Europäisierung von Politikfeldern in Europa.

Was uns vielmehr interessiert, ist das offensichtliche und extrem weite Auseinanderklaffen der widerstrebenden politischen Interessen, die die gegenwärtige Krise des Dublin-Systems verursacht haben. Dies verweist zwar auch auf die zu Tage tretende Spaltung zwischen dem Norden und dem Süden/Süd-Osten der EU (vgl. Kasparek/Tsianos 2013), aber besonders intensiv auf die offene Missachtung der Begehren und Forderungen der von dem Dublin-System betroffenen MigrantInnen. Der mobilisierende Effekt des Dublin-Systems ergibt sich aus der Weigerung der MigrantInnen, an Orten zu verweilen, an denen sie aus den grundlegendsten politischen und sozialen Rechten ausgeschlossen sind; und ihre vielfache Weiterwanderung innerhalb der EU ist der konkrete Versuch, sich diese offensiv anzueignen. Hierbei geht es einerseits um die Erlangung eines Rechtsstatus, der nicht nur formal einen Aufenthalt in der EU ermöglicht, sondern auch Zugang zu einer notwendigen sozialen Grundversorgung wie Unterkunft, Essen, Gesundheitssystem und Bildung (schon in so grundlegenden Formen wie etwa Sprachkurse) und letztendlich Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht.

Diese elementaren Forderungen, die in einer demokratisch verfassten Gesellschaft nicht in Frage gestellt sein sollten, wurden jedoch von dem Dublin-System niemals verhandelt. Die oben dargestellten höchstrichterlichen Entscheidungen lassen nun auch genau diese Interpretation zu: Abseits eines abstrakten Umverteilungssystems für Asylsuchende und MigrantInnen wurden die sozialen und letztendlich auch politischen Dimensionen dieser biopolitischen Maßnahmen nie ausreichend angedacht und berücksichtigt und müssen nun über einen Rückgriff auf die in der EU geltenden Grund- und Menschenrechte gleichsam in das Dublin-System hineingeschleust werden. Dies ist durchaus eine beachtliche Entwicklung; denn hier wird die staatliche Verpflichtung zu einer sozialen Grundsicherung nicht aus einem Sozialstaatsprinzip abgeleitet, sondern aus der Europäischen Grundrechtecharta und Europäischen Menschenrechtskonvention. Offen bleibt die Frage, ob sich aus dieser sehr spezifischen Konstellation eine verallgemeinerbare Strategie ergibt, die neoliberale Prägung des europäischen Projekts zu verdrängen.

Diese Kluft zwischen den migrantischen elementaren Forderungen nach Teilhabe und ihrer technokratischen De-thematisierung durch das Dublin-System sehen wir als das grundlegende demokratische Defizit europäischer Migrationspolitik. Die grundlegende Forderung nach Demokratie muss eine Politik ergeben, die in einen Dialog mit ihren Subjekten eintritt, ihre Forderungen hört und diese in politische Maßnahmen umsetzt. Dieses demokratische Prinzip kann nach unserem Dafürhalten nicht einfach mit einem Verweis auf fehlende Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltstitel vom Tisch gewischt werden. Es ist

letztendlich, was Balibar mit der Demokratisierung der Grenze (1999) gefordert hat. Denn die Grenze oder das Grenzregime, welches mit seinen Institutionen und Praktiken über die eigentliche, enge Grenze hinausgreift, ist zu einem maßgeblichen Faktor des Regierens von (mobiler) Bevölkerung in der EU geworden. Die Kritik an dem Grenzregime und seinen Institutionen darf sich hier nicht in der Frage einer demokratischen Kontrolle erschöpfen, sondern muss – ganz grundlegend – den antidemokratischen und despotischen Charakter des Grenzregimes herausarbeiten. Dieser ergibt sich aber eben nicht aus der Frage, wer etwa im *management board* von Frontex sitzt, sondern ganz konkret aus der Tatsache, dass all jene Menschen, Balibars „kommenden BürgerInnen Europas“, keinen Anteil an der Formulierung der Politiken haben, die ihr Leben so grundsätzlich und tiefgreifend beeinflussen und beeinträchtigen.

Diesen antidemokratischen Charakter des europäischen Grenzregimes, oder allgemeiner der westfälischen Grenzen an und für sich, ließe sich nun auch anhand der anderen Krisenmomente des europäischen Grenzregimes, wie wir sie oben skizziert haben, herausarbeiten. Dies wäre allerdings nicht mehr als bloß Kritik. Unter dem Rückgriff auf die Perspektive der Autonomie der Migration und auch der *nonmovements* können wir jedoch argumentieren, dass die Krisenmomente jeweils Ergebnis widerständiger Praxen der Aneignung und Einforderung von Teilhabe sind. Damit stellt sich für uns weniger die Frage, ob es dem Grenzregime gelingen wird, den Widerstand der Migrationen und damit die Migrationen schlechthin zu brechen, zu unterwandern oder zu inkorporieren. Vielmehr ergibt sich für uns daraus die Einsicht, dass das Grenzregime auf Grund seines antidemokratischen Charakters seine eigenen Krisen generiert und dies auch in Zukunft tun wird.

Die von der EU-Kommission vorgelegten Pläne „Back to Schengen – A Roadmap“, welche mittelfristig bis zum Ende diesen Jahres die bis auf weiteres tolerierten Grenzkontrollen verschiedener Nationalstaaten an den Schengener Binnengrenzen beenden sollen (Europäische Kommission 2016a und 2016b), ist eng mit der geplanten Reformierung und Verschärfung des Dublin-Systems verbunden (Europäische Kommission 2016c), welches einem Despotismus in der europäischen Asylpolitik gleichkommt (vgl. Pro Asyl 2016). Trotz der offensichtlichen Dysfunktion hält die EU also an einem System fest, das, so wie der EU-Türkei-Deal, beispielhaft für ihre antidemokratischen Reaktionen auf die Bewegungen der Migration des Sommers 2015 und darüber hinaus ist.

Die Beharrlichkeit der Migration wird auch diese neue Politik herausfordern und damit die Frage nach Teilhabe, des Anteils an der Gesellschaft und letztendlich der Demokratie nicht nur an den Grenzen Europas, sondern im Herzen des

Projekts aufwerfen. Allein aus diesem Grund sollten sie nicht isoliert betrachtet werden. So wie der Arabische Frühling erst in der Form erstarkter Migrationen nach Europa und dann in der Form der Bewegungen der Plätze nach Europa kam, so ist das Projekt der Demokratisierung der Grenze gleichzeitig ein Projekt der Demokratisierung Europas. Es fällt aktuell in eine Zeit der sich verschärfenden Widersprüche, in der eine Vision und eine Praxis eines demokratischen und sozialen Projekts für Europa, welches nicht an den Grenzen Europas Halt macht, notwendiger denn je ist.

Literatur

- Bader, Pauline/Becker, Florian/Demirović, Alex/Dück, Julia (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus, in: Alex Demirović, Julia Dück, Florian Becker, Pauline Bader (Hrsg.): *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg.
- Balibar, Etienne (1999): *Le Droit de Cité Ou L' Apartheid?*, in: ders./Costa-Lascoux, Jacqueline/Chemillier-Gendreau, Monique und Emmanuel Terray (Hg.), *Sans-papiers: L'Archaïsme Fatal*, Sur Le Vif, 89–116.
- BAG Asyl in der Kirche (2015): Aktuelle Zahlen: Kirchenasyle bundesweit. URL: <http://www.kirchenasyl.de/aktuelles/>.
- Bayat, Asef (2010): *Life as Politics. How ordinary people change the Middle East*, Stanford.
- Bojadžijev, Manuela/Karakayalı, Serhat (2007): Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode, in: Transit-Migrations-Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld.
- Buckel, Sonja (2013): „Welcome to Europe“. Die Grenze des europäischen Migrationsrechts. Juridische Auseinandersetzungen um das „Staatsprojekt Europa“, Bielefeld.
- Cuttitta, Paolo/Dietrich, Helmut/Kasperek, Bernd/Speer, Marc/Tsianos, Vassilis (2011): Die Grenze demokratisieren, in: *Kritische Justiz* 44 (3), Baden-Baden.
- Europäische Kommission (2016a): *Back to Schengen – A Roadmap*. URL: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/schengen/docs/communication-back-to-schengen-roadmap_en.pdf.
- (2016b): *Back to Schengen: Commission takes next steps towards lifting of temporary internal border controls*. URL: http://europa.eu/rapid/press-releaseIP-16-1627_en.htm.
- (2016c): *Towards a sustainable and fair Common European Asylum System*. URL: http://europa.eu/rapid/press-releaseIP-16-1620_en.htm.
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) (2012): *Case of Hirsi Jamaa and Others v. Italy*.
- (2014): *Decision TARAKHEL v. SWITZERLAND*. URL: <http://hudoc.echr.coe.int/webservices/content/pdf/001-148070?TID=hgffdqytsr>

- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (2015): Kirchen begrüßen Kurskorrekturen bei Kirchenasyl. URL: https://www.ekd.de/presse/pm24_2015_kirchen_begruesen_kurskorrekturen_bei_kirchenasyl.html.
- Heller, Charles/Pezzani, Lorenzo (2016): Ebbing and Flowing: The EU's Shifting Practices of (Non-) Assistance and Bordering in a Time of Crisis. URL: <http://near-futuresonline.org/ebbing-and-flowing-the-eus-shifting-practices-of-non-assistance-and-bordering-in-a-time-of-crisis/>
- Hess, Sabine/Tsianos, Vassilis (2010): Ethnographische Grenzregimeanalyse. Eine Methodologie der Autonomie der Migration, in: Sabine Hess, Bernd Kasparek (Hg.): Grenzregime. Diskurse/Praktiken/Institutionen in Europa, Berlin & Hamburg.
- Hess, Sabine/Heimeshoff, Lisa-Marie/Kron, Stefanie/Schwenken, Helen/Trzecia, Miriam (2014): Grenzregime II. Migration/Kontrolle/Wissen. Transnationale Perspektiven, Hamburg.
- Kasparek, Bernd/Tsianos, Vassilis S. (2013): Out of control? Schengen und die Krise, in: Sebastian Friedrich/Patrick Schreiner (Hg.): Nation – Ausgrenzung – Krise. Kritische Perspektiven auf Europa, Münster.
- Kasparek, Bernd/Speer, Marc (2015): Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration. URL: <http://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/>
- Kasparek, Bernd (2015a): Complementing Schengen: The Dublin System and the European Border and Migration Regime, in: Christian Matheis/Harald Bauder (Hg.): Migration Policy and Practice: Intervention and Solutions, Basingstoke.
- (2015b): Was war Mare Nostrum? Dokumentation einer Debatte um die italienische Marineoperation. In: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1 (1). <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/11.kasparek-mare-nostrum-debatte.html>.
- (2016): Das europäische Grenzregime. Regieren im Ausnahmezustand, in: LuXemburg 01/2016.
- Lorenz, David (2013): Die Verhandlungen um Dublin III. Eine Historisch-Materialistische Analyse der Auseinandersetzung um die Zuständigkeit für Asylverfahren in Europa. Masterarbeit, Goethe-Universität Frankfurt.
- (2015): Von Dublin-Domino bis Kirchenasyl. Kämpfe um Dublin III, in: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (1).
- Meyerhöfer, Andreas/Hartl, Ulrich/Lorenz, David/Neumann, Sebastian/Oeser, Adrian (2014): „Dublin II kippen!“. Kämpfe um selbstbestimmte Migration in Europa, in: Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analyse kritischer Europaforschung, Bielefeld.
- Moulier Boutang, Yann (2007): Europa, Autonomie der Migration, Biopolitik, in: Marianne Pieper/Thomas Atzert, Serhat Karakayali/Vassilis Tsianos (Hg.): Empire und die biopolitische Wende. Die internationale Diskussion im Anschluss an Hardt und Negri, Frankfurt & New York.

- Pro Asyl (2016): Geplante Reform des Dublin-Systems: Verschärfungen stellen Flüchtlinge schutzlos. URL: <https://www.proasyl.de/news/geplante-reform-des-dublin-systems-verschaerfungen-stellen-fluechtlinge-schutzlos/>
- (2015): Dublin-Verfahren für Syrerinnen und Syrer generell ausgesetzt? URL: http://www.proasyl.de/de/news/detail/news/dublin_verfahren_fuer_syrerinnen_und_syrer_generell_ausgesetzt/.
- Ratfisch, Philipp (2015): Zwischen nützlichen und bedrohlichen Subjekten. Figuren der Migration im europäischen 'Migrationsmanagement' am Beispiel des Stockholmer Programms. In: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1 (1). URL: <http://movements-journal.org/issues/01.grenzregime/07.ratfisch--nuetzliche-bedrohliche-subjekte-stockholm-migrationsmanagement.html>.
- Spiegel Online (2015): Syrische Flüchtlinge in Bayern: Wie ein Gerücht Tausende auf die Züge lockte. URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/zuege-mit-syrien-fluechtlingen-aus-ungarn-aerger-in-der-eu-a-1050917.html>.
- Tagesschau (2015): Wider Dublin-Verfahren für Syrer. URL: <https://www.tagesschau.de/inland/fluechtlinge-syrien-dublin-verfahren-101.html>.

Juliane Spitta

Breaking Europe

Das europäische Dilemma

Europa droht auseinanderzufallen. Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise befindet sich zumindest die EU in einem Strudel multipler Krisen (vgl. Demirović, Dück et al. 2011). Die europäische Gegenwart erscheint in einem permanenten Ausnahmezustand. Zwar hat das Gespenst des Scheiterns Europa schon begleitet, lange bevor die finanzpolitische Stabilität, der Anstieg von Migrationsbewegungen oder *Gre-* und *Brexit* auf die Agenda traten, doch Ausmaß und Intensität der gegenwärtigen Verwerfungen offenbaren eine neue Dimension des Stabilitätsverlusts. Die einzelnen Krisen weisen über ihre jeweilige Bedeutung hinaus und bezeugen die grundlegende Prekarität politischer Ordnungs- und Identifikationsmodelle.

Das bringt den Krisenbegriff, der im Normalfall verwandt wird, um temporäre Phänomene zu beschreiben, an seine Grenzen und wirft die Frage auf, vor welche Herausforderungen dieser zur Regel gewordene Ausnahmezustand die Linke in Europa stellt? Das Wissen um die Prekarität von Herrschaftsverhältnissen wird oftmals mit Hoffnungen auf politischen Wandel verbunden. Die Entwicklungen der jüngsten Zeit nähren jedoch Zweifel daran, ob die Form der Veränderung in eine emanzipatorische Richtung weisen wird. Doch bevor in diesem Text nach Chancen und Risiken des Stabilitätsverlusts gefragt wird, stehen strukturelle Probleme des Krisendiskurses im Vordergrund, dessen Ausrichtung auf den Begriff der Identität die politisch-ökonomischen Herausforderungen der Gegenwart ebenso überblendet wie innere Widersprüche und Antagonismen.

Europa ist gekennzeichnet von einer Diskrepanz zwischen Politik und politischer Imagination. Es gelingt den Narrationen kollektiver Subjektivierung immer weniger, mit politischen Transformationen Schritt zu halten, sodass gemeinschaftliche Selbstbilder mehr als andernorts mit der Schwierigkeit konfrontiert sind, sich an die Geschwindigkeit der Veränderungen anzupassen. Die Entwicklung der EU zu einer postdemokratisch autoritären Ordnung nationaler Wettbewerbsstaaten, in der parlamentarische Entscheidungsstrukturen zugunsten ökonomisch-technokratischer Gremien und intergouvernementaler Organe

zurückgedrängt werden, hat den Abstand zwischen Identitätsvorstellungen und politischer Realität vergrößert. In der Folge wird heute allerorts die Verengung der Europa-Debatte auf wirtschaftliche bzw. politisch-institutionelle Themen beklagt und gefordert, die Grundfesten europäischer Identität (wieder) in den Blick zu nehmen. Dabei verfangen sich diejenigen praxistheoretischen Ansätze, die darauf abzielen, den Abstand zwischen realer Prekarität und imaginärer Fülle zu überbrücken, wiederholt in den Fallstricken des Identitätsbegriffs, da sie Lösungen für ein Problem anstreben, das weniger Ausdruck einer Krise als konstitutiv für gemeinschaftliche Selbst-Bildungsprozesse ist.

Es fehlt dem Europadiskurs nicht an Identitätsoffensiven, sondern an Zugängen, die die Möglichkeiten und Grenzen kollektiver Identifizierungsprozesse kritisch betrachten. Zudem läuft ein Großteil der Ansätze Gefahr, sich mithilfe einer tautologischen Re-Animation dysfunktionaler Gemeinschaftsbilder in einer destruktiven Zirkularität zu verfangen. Nicht zuletzt der gegenwärtige Anstieg von rechtspopulistischen und nationalchauvinistisch-autoritären Parteien¹ offenbart, wie überdeterminierte Identitätsversprechen dazu beitragen, die Probleme einer politischen Ökonomie zu verschleiern, die stetig steigende Ungleichheiten und einen zur Regel werdenden Krisenzustand befördert.

Im Folgenden wird an drei Themenfeldern aufgezeigt, welche Auswirkung die Fixierung des politischen Diskurses auf den Identitätsbegriff hat. Zunächst werden allgemeine Debatten um das Selbstverständnis Europas nachvollzogen. Es folgt eine kritische Reflexion des Diskurses um den Begriff der Postdemokratie in Europa. Drittens werden diejenigen Verteidiger des *Projekts Europa* kritisiert, die im Anschluss an imaginäre Identitätsbestimmungen einen expansiven Werteuniversalismus vorantreiben und dabei die konstitutive Krise des Eigenen genauso verkennen wie den Eurozentrismus der postkolonialen Vernunft. Der Text schließt mit einem Ausblick auf politische Handlungsperspektiven jenseits des identitären Paradigmas.

Europa als politische Imagination

Im Ringen um das Selbstverständnis Europas ist *Identität* ein fast unumstrittener Leitbegriff, der als Bindeglied einer ansonsten heterogenen Debatte fungiert.

1 Der Sieg von Donald Trump und auch die Entwicklungen in der Erdoğan-Türkei machen deutlich, dass es sich bei diesem Phänomen nicht um ein Europa-spezifisches handelt.

Ein Zitat von Robert Menasse veranschaulicht, inwiefern europäische Politik untrennbar mit der Suche nach Identität und Grenzen verbunden ist:

„Wenn man auf einer Europakarte alle politischen Grenzen, die es im Lauf der geschriebenen Geschichte je gegeben hat, mit einem schwarzen Stift einzeichnet, dann liegt am Ende über diesem Kontinent ein so engmaschiges schwarzes Netz, dass es fast einer geschlossenen schwarzen Fläche gleichkommt. Welche schwarze Linie dieser schwarzen Fläche kann da augenfällig als natürliche Grenze gelten? (Menasse 2012: 7)

Menasse dient diese Verbildlichung, die er durch rote Linien ergänzt, die das Schwarz überschreiben und jede Frontlinie eines Krieges in Europas markieren, zur Illustration dessen, was er als historischen Vernunftgrund der EU bezeichnet. Jenseits dieses Bekenntnisses zur Union offenbart sein Bild die Permanenz der Krise sowie das Spannungsfeld zwischen der politisch-imaginären Kontingenz staatlicher Ein-Grenzungen auf der einen und der realen Grausamkeit ihrer Wirkungsmacht auf der anderen Seite.

Betrachten wir die europapolitischen Debatten der letzten Jahre, so fällt auf, dass unabhängig davon, ob auf einen postnational-föderal verfassten Bundesstaat, einen nationalen Staatenbund oder eine Neubegründung Europas abgezielt wird, die meisten Autoren durch die Vision einer politischen Identität, die als bewusste Form der Verbindung begriffen wird, geeint sind. So besteht jenseits politischer Differenzen von Agamben, Bauman, Beck und Habermas, über Bernard-Henri Lévy, Olivier Roy bis hin zu Slavoj Žižek unerwartete Einigkeit darüber, dass Europa in der jetzigen Form zum Scheitern verurteilt ist, da ihm eine „Seele“ fehle und seine Bevölkerung nicht durch das Bewusstsein einer gemeinsamen Zugehörigkeit geeint sei (vgl. Agamben 2013; Bauman 2015; Beck 2012; Derrida 2003; Habermas 2008, 2011, 2014; Lévy 2013; Roy 2014; Žižek 2013).

Dabei hatte Derrida bereits 1992 gewarnt, dass die Vorstellung eines politischen Subjekts, das sich begegne und (s)eine geistig-kulturelle Identität wiederfinde, nicht nur, aber besonders in Europa, gefährlich sei (vgl. Derrida 1992: 10).² Derrida verwies auf die Vergangenheit dieses Kontinents (Kolonialismus, Imperialismus, Holocaust, politische und ökonomische Dominanz) und rief Fallstricke ins Gedächtnis, die den Begriff der (kulturellen und/oder politischen) Identität auszeichnen und mit seiner Verankerung in der präsenzmetaphysischen Tradition zusammenhängen.

2 Derrida partizipierte 2003 durch den mit Habermas veröffentlichten Aufruf *Unsere Erneuerung* selbst an einer derartigen Identitätsnarration.

„Mein zweites Axiom lautet: Es ist einer Kultur eigen, dass sie nicht mit sich selber identisch ist. [...] dass sie [...] nur insoweit die Gestalt des Subjekts annehmen kann, als sie mit sich selber nicht identisch ist, als sie, wenn Sie so wollen, mit sich differiert [différence avec soi]. Es gibt keine Kultur und keine kulturelle Identität ohne diese Differenz mit sich selbst. [...] Unter diesen Umständen ist das Von-sich-selber-sich-Unterscheiden [différence à soi], das Von-sich-selber-sich-Trennen und -Entfernen ebenfalls ein Bei- oder Mit-sich-(Von-sich-)Differieren [différence (d') avec soi], dem „Bei-Sich“ innewohnend und zugleich nicht auf es zurückführbar. Es hält die Heimstätte des „Bei-Sich“ zusammen und teilt sie auch unwiderruflich. In Wahrheit hält es sie nur zusammen, und bezieht sie auf sich selbst, um sie auf diesem Abweg, auf diese Abweichung hin zu öffnen.“ (Derrida 1992: 2)

Die ursprünglich selbstgegenwärtige Präsenz, das Zentrum des Identitätsbegriffs, bleibt für Derrida stets abwesend. Eine zeit-räumliche Unterschiedenheit verhindert, dass Übereinstimmung erreicht wird. So bleibt Identität ausstehend, *im Kommen* und wird zugleich zu einem Objekt der Begierde, das unerreichbar und doch strukturbildend für die politische Imagination ist.

In der Folge oszillieren Selbstbilder im Politischen zwischen der imaginären Vorstellung einer selbstgenügsamen Einheit und einer von Prekarität, Krise und Uneinheitlichkeit geprägten Wirklichkeit. Die Übereinstimmung von Anspruch und Realität erweist sich hier als unmögliche Zielvorstellung, deren Bindekraft sich gleichwohl in dem Maße potenziert, in dem die Lücke nicht als unüberbrückbar anerkannt, sondern im Modus der romantischen Sehnsucht als Provisorium verstanden wird. In Abgrenzung davon gehen postmarxistische Ansätze der Ideologietheorie wie Althusser, Žižek oder Laclau davon aus, dass keine objektive Realität jenseits der (politischen) Imagination existiert, die verdeckt, falsch repräsentiert oder verkannt wird. Dieser Lesart zufolge besteht das imaginäre Verhältnis zu Welt nicht darin, in einer *falschen* Realität zu leben, sondern darin, einen Zustand anzustreben, in der Imago und Realität miteinander übereinstimmen. Die abgeschlossene Vorstellung von Identität wird damit zur zentralen Verknennung (vgl. Laclau 2002: 23f, 174f).

Die Verknennung ist keine individuell falsche Wahrnehmung, sondern ein kollektives Problem, von Marx als Fetisch beschrieben. Anders als beim Warenfetisch hängt die Verknennung in diesem Fall nicht mit dem Doppelcharakter der Ware, sondern mit der historisch gewordenen Struktur der Identitätsbildung zusammen. Dieser Gedanke birgt politische Sprengkraft, denn wird der Versuch aufgegeben, die Lücke zwischen Politik und einer Imagination durch Formen der Identitätspolitik zu schließen, bedeutet das nicht weniger, als die Zielvorstellung

einer europäischen Identität (nach den Maßgaben des klassischen Identitätsbegriffs) grundlegend in Zweifel zu ziehen.

Europäische Identitätsdebatten in Vergangenheit und Gegenwart

Der Bezug auf den Leitbegriff der Identität sowie auf Bindungsmodelle, die eine Sehnsucht nach Einheit und Sicherheit bedienen und diese mit dem Versprechen auf kollektive Erbauung verbinden, zählt zu den klassischen Reaktionen in Krisenzeiten (vgl. Baumann 2009: 9f. Spitta 2013: 15f). Heute zeigt sie sich am Erstarken der politischen Rechten sowie des fundamentalistischen Islams. Jeweils Ausdruck von Radikalisierungsprozessen der *Überflüssigen*³ bezeugen sie die Fragmentierung von Zugehörigkeits- und Repräsentationssystemen, die Bindkraft von kollektiven Identitäts- und Sinnstiftungsversprechen und den Mangel an funktionalen Selbstbildern. Der Aufstieg des Rechtspopulismus, die jüngsten Terroranschläge und bis in die politische Mitte verbreitete Ressentiments weisen zudem darauf hin, dass religiöse, kultur-rassistische oder nationalchauvinistische Identitätskonzepte in Europa ebenso wenig der Vergangenheit angehören wie Islamophobie, die Angst vor Überfremdung und Identitätsverlust.

Betrachten wir die Grundlagen des bürgerlich-demokratischen, regierungsrationalen Europadiskurses und befragen die Leitbilder derjenigen, die im Ringen um das Verständnis dessen, was Europa ist, worauf es gründet und wohin es steuert, über eine Form der Diskursmacht verfügen, erkennen wir, dass ihre Konzeptionen zwar offener und pluraler sind, sich hinsichtlich ihres Bezugs auf den Begriff der Identität aber nicht grundlegend unterscheiden. Beispielshaft dafür sind die Debatten um Habermas' europapolitische Visionen.

Habermas hatte bereits Ende der 1980er Jahre im Kontext des deutschen Historikerstreits eine postnationale Vision europäischer Gemeinschaftsidentität dargestellt. 1991 konkretisierte er in *Staatsbürgerschaft und nationale Identität* seinen Begriff des *Verfassungspatriotismus*. Er positionierte sich gegen nationaldeutschen Gemeinschaftsenthusiasmus und forderte eine Bindung an demokratisch verfasste Normen und universal-aufklärerische Werte sowie die langfristige Ausrichtung auf eine *europäische Vereinigung*. Dieser Verfassungspatriotismus steht für ein konstruktivistisch-deontologisches Modell politischer Identifizierung, das gegen nationalistisch-romantischen Partikularismus gerichtet ist und versucht, politische

3 Zu einer marxistischen Analyse des Begriffs der Überflüssigen vgl. die Reflexionen über das Surplus-Proletariat der Freunde und Freundinnen der klassenlosen Gesellschaft (2015: 34-59).

Identifikation universalistisch-voluntaristisch zu begründen. Habermas greift weder liberal-kapitalistische Ordnungsmodelle noch die Grundlagen des politischen Identitätsdiskurses an. Dass politische Gemeinschaften kollektive Identitäten herausbilden können und müssen, stellte er nie in Frage. Seine Überlegungen basieren auf einem identitätspolitischen Leitmotiv und zielen auf die selbstbewusste Vereinigung bürgerlicher Subjekte (vgl. Habermas 1992, 2008, 2011, 2014).

In öffentlichen Debatten wurden Habermas' Schriften trotzdem vehement angegriffen. Seine Kritiker wandten ein, das Konzept sei abstrakt, da kollektive Identität sich nicht ohne vopolitische Grundlagen, kulturalistische Genealogien und ohne den Bezug auf nationale Zusammengehörigkeit stiften lasse. Einem Gemeinwesen, das auf rational-kosmopolitischer Verpflichtung und formalethischen Werten basiere, fehle die *Seele*, es sei die Kopfgeburt eines Intellektuellen, der kein Verständnis für die affektive Dimension von Zusammengehörigkeit habe. Habermas drohe den Einzelnen und die Gemeinschaft zu entwurzeln und sie in eine permanente Identitätskrise auszustoßen (vgl. Böckenförde 1995; Kronenberg 2006: 210f). Habermas und seine Verteidiger standen unter Rechtfertigungsdruck und bemühten sich, die „Leere“ des Konzepts aufzufüllen (vgl. Glotz 2005; Fetscher 1988: 112). In den folgenden Jahren wurden Habermas und Sternberger vermischt und der Begriff des Verfassungspatriotismus zum Teil des Vokabulars von Leitkultur und Nationalbewusstsein. Dort leistete er einen Beitrag zum innerdeutschen Normalisierungsdiskurs (vgl. Lammert 2006; Kronenberg 2006; Di Fabio 2005, Bahr 2003).

Bereits in den 1990er Jahren verlief diese Debatte analog zu der um europäische Identität. Auch hier argumentierte Habermas mit dem Begriff der *Postnationalität* und forderte eine rationale identitätspolitische Bindung an universal-formale Werte, eine *Verfassung für Europa* sowie den Ausbau der *Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie* (vgl. Habermas 1992, 2008, 2011, 2014 und 2015; Weiler 1999: 337). Ausgehend von der Überzeugung, dass es möglich sei, sich auf der Basis von universalen Werten und Pluralität miteinander zu identifizieren, lesen sich seine Schriften als Versuch, den Abstand zwischen Imagination und Politik durch die Stärkung von Demokratie und mithilfe der Bindekraft partizipativ-bürgernaher Ordnungsmodelle zu überbrücken. Die Kritik, die gegen ihn z.B. von Weiler, Scharpf, Böckenförde, Grimm, Streeck, Offe oder Lübke geäußert wurde und die unter dem Stichwort *no-demos*-These zusammengefasst wird, bestreitet diese Möglichkeit und sieht das europäische Dilemma in fehlendem Zusammengehörigkeitsgefühl. Leitsatz dieser Kritik war *“If there is no demos, there can be no democracy”* (Weiler 1999: 337; vgl. Majone 1998 und 2011). Analog zur innerdeutschen Debatte wurde Habermas

vorgeworfen, sein Konzept sei abstrakt und verkenne die vorpolitisch-affektive Dimension politischer Bindungen (Lübbe 1994; Grimm 1995 und 2012; Offe 1998 und 2000; Streeck 1995, Scharpf 1999).

„Demokratie gründet sich immer auf eine der Verfassung vorgegebene konsensuale Bestimmung ihres kollektiven Subjektes, auf eine die Individuen verbindende kollektive Identität. (...) In dem jeder demokratischen Verfassung zugrundeliegenden Axiom der Volkssouveränität steckt begrifflich und gedanklich die Prämisse, dass die Antwort auf die Frage, wer das Volk sei, von dem ‘alle Gewalt ausgeht’, immer schon gegeben ist, bevor Staatsgewalt demokratisch organisiert werden kann. (...) Nur eine gemeinsame, übergreifende Identität aller Entscheidungsbetroffenen macht die Unterscheidung zwischen dem zustimmungsfähigen Entscheidungsrecht der Mehrheit und der nicht zustimmungsfähigen Fremdherrschaft möglich.“ (Kielmansegg 1992: 23)

Das Fehlen eines Staatsvolkes, wie es in Nationalstaaten vorkomme, sei konstitutiv, da nur ein quasi-natürliches, gemeinschaftliches Band eine Form von Solidarität evoziere, die in Krisenzeiten belastbar sei.⁴ Habermas entgegnete, dass Identität nie vorpolitisch gegeben, sondern auch in Nationalstaaten hervorgerufen und gefördert worden sei (Habermas 2014: 529f). Sein zweckrational-selbstbewusster Versuch, die identitäre Lücke zu schließen, erscheint zeitgemäßer als die Klagen der Euroskeptiker. Denn die Rückkehr zum Nationalstaat ist heute weder politisch noch ökonomisch im Sinne der herrschenden Klasse; das haben die Reaktionen der Wirtschaftsverbände auf die zeitweilige Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Zuge der Flüchtlingskrise gezeigt ebenso wie die Kalkulationen der Kosten, die Grenzkontrollen und ein Ende des Schengen-Abkommens mit sich brächten. Habermas' Ansatz, politischen Verbindungen die Imagination eines vorpolitischen Ursprungs zu entziehen, um funktionale politische Identitäten konstruieren zu können, entspricht den Maßgaben der Realpolitik. Er stärkt die politische Rationalität der EU-Institutionen, indem er eine universalistisch-prinzipienethische Antwort auf postdemokratische Legitimitätskrisen präsentiert. Doch verfängt sich auch sein Versuch, die EU zu einigen, in den Fallstricken des Identitätsbegriffs. Wie seine Gegner orientiert sich auch Habermas an einem Ideal, das in eine zum Scheitern verurteilte Annäherungsbewegung mündet und eine paradoxe Zeitlichkeitsform nach sich zieht, deren praktische Konsequenz es ist, dass politische Imaginationen zwischen einer

⁴ Ein Argument, das auch in der sogenannten Schulden-Krise in Griechenland geäußert wurde und heute vielfach verwandt wird, um sich gegen Aufnahme und Integration geflüchteter Menschen auszusprechen.

nie gewesenen Vergangenheit und einer unerreichbaren Zukunft oszillieren. Die konstitutiven Dilemmata des Identitätsbegriffs bleiben unangetastet.

Das Versprechen der Post-Demokratie

Colin Crouch konstatierte in seinem Buch *Postdemokratie*, dass die Realität der Demokratie immer weiter von ihren Idealen abweiche. Er problematisiert den Einfluss einer ökonomischen Elite, bestimmter Lobbygruppen und Medienkonzerne auf das politische Geschehen sowie den Umstand, dass wichtige Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Im Anschluss an Crouch wird heute die neoliberale Orientierung einer finanzialisierten politischen Ökonomie und die einseitige Ausrichtung der Union auf wirtschaftliche Vereinheitlichung beklagt, da diese Phänomene den Abstand zwischen Institutionen und Bevölkerung vergrößerten. Wiederum sind sich Kritiker und Befürworter der Europäischen Integration weitgehend einig: der Einfluss des ökonomischen auf das politische Geschehen wird als unzulässige Vermischung getrennter Dimensionen angesehen. Es gehe darum, durch ordnungspolitische Eingriffe *auseinanderzuhalten, was auseinander gehört*. Beispielhaft zeigen das in den letzten Jahren die Debatten im *Leviathan* (vgl. Habermas 2014, 2015; Scharpf 2015; Grimm 2015; Möllers 2015) oder in den *Blättern* (vgl. den Sammelband „Kapitalismus oder Demokratie“ (2013), in dem die Kontroverse zwischen Altvater, Beck, Bofinger, Habermas, Hickel, Negt, Offe, Preuß, Streeck, Urban und anderen abgedruckt ist). Die meisten Autoren stimmen trotz entgegengesetzter Lösungsvorschläge überein, dass der demokratische Staat in Europa seine Rolle (wieder) einnehmen und die Wirtschaft regulieren müsse.

Doch die Vorstellung einer *echten* Demokratie vor der von der Ökonomie verunreinigten Post-Demokratie gründet auf einer Idealisierung vergangener demokratischer Realitäten. Der (demokratische) Staat war auch in Zeiten des fordistischen Wohlfahrtsstaats kein neutrales Gegenüber der (kapitalistischen) Ökonomie. Analog zum Verlust einer nie besessenen europäischen Identität wird ein verlorener (oder bedrohter) europäischer Kapitalismus, ein humaner *Dritter Weg* imaginiert, der dem „Raubtierkapitalismus“ und der amerikanischen „Zocker-Mentalität“ gegenübergestellt wird (u.a. Beck 2012; Habermas 2003, 2008; Schulz 2013; Streeck 2015; Vattimo 2005; Žižek 2014).⁵

5 Demirović erkennt diesbezüglich, dass ein zentrales Problem des Begriffs der Postdemokratie darin besteht, auf ein bürgerlich-politisches Verständnis der Demokratie verengt zu sein (vgl. Demirović 2013: 206).

Der durch seine Eingängigkeit bestehende Begriff der Postdemokratie hält ebenso nur scheinbar eine Neuerung bereit wie die postnationalistisch-voluntaristischen Versuche der Identitätsbildung. Die Auswüchse des Kapitalismus werden in den Bereich der Finanzspekulation verwiesen. Doch in den Forderungen nach staatlicher Regulation wird übersehen, dass Finanzmarkt und Realökonomie Teil desselben ökonomischen Verhältnisses sind und es weder die Möglichkeit gibt, zum Kapitalismus *vor* seiner neoliberalen Verzerrung zurückzukehren noch zur *echten* Demokratie. Solange der demokratische Staat als neutrales Gegenüber postpolitischer Verzerrungen anvisiert wird, bleibt die Kritik unterkomplex und partizipiert an dem zum Scheitern verurteilten Versuch, die politische Imagination mit der realen Politik in Übereinstimmung zu bringen.

Werteuniversalismus und idealisierte Vergangenheit

Wirklich problematisch wird die Sehnsucht nach der Demokratie vor ihrer postdemokratischen Verzerrung, wenn die Idealisierung der europäischen Geschichte mit politischer Instrumentalisierung einhergeht. Beispielhaft ist die Kritik Ulrich Becks am postdemokratisch-machtstrategischen Utilitarismus gegenwärtiger Politiker unter dem Stichwort *Merkiavellismus*. Dieser habe gemeinsam mit einer übereilten Erweiterungspolitik, dazu beigetragen, dass die europäischen Ideale über Bord geworfen wurden und Europa aus den Fugen geraten sei. Die Anklage vermischt sich mit einer Romantisierung der europäischen Geschichte, die das *Wunder des Friedens* und eine vergangene Politikergeneration idealisiert und historische Schatten ausblendet (Beck 2012: 14. Vgl. auch Grimm 2015: 226f; Habermas 2013, 2014; Offe 1998, 2014; Scharpf 2011). Die Probleme dieser Diktion werden an der Ghandi zugeschriebenen Antwort auf die Frage deutlich „What do you think about western civilisation?“. „It would be a good idea.“. Imaginiert wird das historisch-heroische Bild einer europäischen Vergangenheit, die in der erinnerten Form nie existiert hat. Aus dieser Inszenierung werden politisch-ethische Besitzansprüche abgeleitet und scheinbar humanistisch legitimierte Forderungen nach einer Universalisierung der europäischen Wertetradition gestellt (vgl. Spivak 2008).

In den letzten Jahren haben sich viele Autoren zu Verteidigern des *Projekt Europas* aufgeschwungen. Doch die Geschichte Europas bzw. der EU eignet sich nur für eine ethisch-politische Erfolgsnarration, wenn strukturelle und manifeste Gewaltverhältnisse verschleiert werden. Abgesehen von wenigen Ausnahmen (bspw. Balibar) offenbaren die Europaenthusiasten kein kritisches Geschichtsverständnis, sondern bezeugen die vielfältigen Möglichkeiten, *ein-gedeutete* Va-

riationen europäischer Geschichte politisch zu instrumentalisieren. So betonten Agamben, Beck, Habermas, Lévy, Savater, Vattimo und Žižek in unerwarteter Einigkeit die Besonderheit Europas als Geburtsort von Philosophie, Demokratie, Menschenwürde, Aufklärung, modernem Recht und Wissenschaft und verweisen die Schattenseiten der europäischen Geschichte in ihren Selbstbildungen auf eine Nebenrolle. Bereits die europäische Inbesitznahme dieser Leistungen ist umstritten, doch sie dient den Autoren nicht nur als Identitätsgrundlage: Aus dem vermeintlich originär-europäischen Wertekanon werden Forderungen abgeleitet, die trotz gradueller Unterschiede alle auf die Ausweitung des europäischen Machtbereichs abzielen (vgl. Agamben 2013; Beck 2012; Lévy 2013; Vattimo 2005; Savater 2005; Žižek 2014). Habermas fordert seit seinem Aufruf zur *Erneuerung Europas* in immer neuen Variationen ein avantgardistisches Kerneuropa auf, sich auf seine Werte zu besinnen, Anspruch auf deren universelle Gültigkeit zu formulieren und eine stärkere Rolle in der Weltpolitik einzunehmen. Die herausgestellten Besonderheiten der europäischen Geschichte (wohlfahrtsstaatlicher Kapitalismus, der den Staat vor den Markt und Solidarität vor Leistung setzte, eine Technikskepsis, die mit dem Bewusstsein über die Ambivalenz des Fortschritts einhergehe, eine Abkehr vom Recht des Stärkeren sowie Friedensorientierung) münden in eine Abgrenzung von den USA und dienen als Legitimation für eine europäische Hegemonialpolitik (Vgl. Habermas; Derrida 2003).⁶

Einem derart eurozentrischen Bezug auf den Begriff des Universalismus gelingt es weder, der *Dialektik der Aufklärung* noch der produktiven Leistung *des Anderen* Rechnung zu tragen, noch, die vielfältigen politischen, kulturellen und philosophischen Einflüsse auf die Genese vermeintlich europäischer Werte und deren Verbindung mit der Geschichte von Kolonialismus, Imperialismus und der weltweiten Ausbreitung des Kapitalismus kenntlich werden zu lassen. Ersichtlich wird die Kontinuität eines postkolonialen Vernunftbegriffs (vgl. Spivak 2013). Dass auch kritisch intendierte Positionen sich in dessen Fallstricke verfangen, zeigt Zygmunt Bauman: In *Europa – Ein unvollendetes Abenteuer* entwickelt er aus einer Auseinandersetzung mit den historischen Verwerfungen europäischer Identität die perfide Forderung nach einer neuen Vorbildfunktion. Allein die

6 Die Kritik an Habermas' Abgrenzung gegenüber den USA bezieht sich drauf, dass diese bei ihm (ebenso wie bei Agamben, Beck, Savater, Vattimo oder Žižek) vorrangig dazu dient, ein positives Selbstbild zu generieren. Sie impliziert kein Einverständnis mit der US-Politik, die an dem postkolonialen Werteimperialismus mindestens in genauso problematischer Weise partizipiert wie die EU.

Logik der globalen Verantwortung helfe, Europa auf das *neue Abenteuer* vorzubereiten, das ihm bevorstehe. Europa müsse *einmal mehr* in die Rolle eines *globalen Vorbilds* schlüpfen, um *seine Werte ebenso wie seine politisch-ethischen Erfahrungen demokratischer Selbstregierung in die Welt zu tragen* (Bauman 2015: 186).

Denselben Tenor stimmen Habermas, Beck, Vattimo, Savater, Agamben oder Žižek an, wenn sie (aus unterschiedlicher Perspektive) die Verteidigung der einzigartigen, europäischen Werte fordern und Europa als „*Ort der Freiheit, der Rechtsstaatlichkeit und des Wohlstands anpreisen*“ (Beck 2012: 16). Auf die Spitze getrieben wird das in Žižeks Plädoyer für einen „*strategischen Eurozentrismus*“: „Wollen wir in einer Welt leben, in der die einzige Wahlmöglichkeit die zwischen der amerikanischen Zivilisation und der entstehenden chinesischen autoritär-kapitalistischen Alternative ist? [...] Denn den einzigen Fremdkörper, den es [das amerikanische multikulturalistische globale Empire] tatsächlich nicht assimilieren kann, ist die europäische Moderne.“ (Žižek 2014: 19) Žižek, kein Verteidiger der Politik der EU, nennt sein Eintreten für einen linken, universalistischen Eurozentrismus strategisch, begründet sein Konzept aber mit einer originär europäischen Identität, die den ideologischen Überschuss des „strategischen“ Moments kenntlich macht: „OK, es gehört zur Political Correctness, Europa die Schuld an allem zu geben: Imperialismus, Kolonialismus und Sklaverei. Aber Europa hat – und lasst uns darauf stolz sein – der Menschheit etwas Wunderbares gegeben. Die Ideen des radikalen Egalitarismus und der radikalen Demokratie, des Feminismus etc. Das ist der Kern der europäischen Identität und das steht heute auf dem Spiel.“ (Žižek 2014: 123)

Mit emanzipatorischem Gestus idealisiert und instrumentalisiert Žižek die europäische Vergangenheit und begründet mit universalistischer Rhetorik den geschichtspolitischen Anspruch auf eine europäische Wertetradition. Er verleugnet dabei den Anteil der (kolonialen) Anderen an der Herausbildung dieser Werte ebenso wie die (strukturelle) politische und ökonomische Gewalt, die ihre Durchsetzung begleiteten. Diese Doppelung aus moralischem Paternalismus und eurozentrischem Universalismus führte bereits 1961 dazu, dass Frantz Fanon dazu aufrief, dieses Europa zu verlassen, das seinen eigenen Ansprüchen nicht genüge und nicht aufhöre, „*vom Menschen zu reden und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft, an allen Ecken seiner eigenen Straßen, an allen Ecken der Welt*“. Sein Buch, ein Aufruf an die Kolonisierten, dem menschenrechtlichen Universalismus der europäischen Werte zu misstrauen, sollte sichtbar machen, „*mit welchen Leiden die Menschheit jeden der Siege des europäischen Geistes bezahlt hat*“ (Fanon: [1961] 1995: 263, vgl. Konecny 2015).

Die Grenzen Europas

Die Verdammten dieser Erde sind mehr als ein Zeitdokument der antikolonialen Befreiungsbewegung. Mit seiner von Hegelmarxismus und Psychoanalyse geprägten Theorie verwies Fanon in den 1960er Jahren auf die historische Enteignung, die in die Textur der europäischen Identität eingeschrieben ist und deren verhängnisvolle Dialektik vom späteren Postkolonialismus analysiert wurde. Europa war nie es selbst, denn das, was Europa genannt wird, ist Ergebnis eines gewalttätigen Produktionsprozesses, in dem sich das Innere der europäischen Identität in einer spannungsgeladenen Wechselseitigkeit mit der projektiven Imagination seines Anderen herausbildete. Die besondere Relevanz des Anderen für den Prozess der europäischen Selbstbildung beschrieb Edward Said: "The Orient is not only adjacent to Europe; it is also [...] the source of its civilizations and languages, its cultural contestant and one of its deepest and most recurring images of the Other. In addition, the Orient has helped to define Europe (or the West) as its contrasting image, idea, personality, experience. [...] The Orient is an integral part of European material civilization and culture." (Said [1978] 1983: 4)

Das Außen weist über seine abgeleitete und sekundäre Funktion hinaus. Es hat immer schon das, was als Innen definiert wird, mitgestaltet und die Eindeutigkeit seiner Grenzen in Frage gestellt. Die Abwehrkämpfe gegen seinen Einfluss bezeugen ebenso wie die erbitterten Versuche, das Innen zu schützen, es zu begrenzen und seine Identität zu definieren, die Brüchigkeit der Gegenwart des Eigenen. Die phantastische Identität Europas wird mithilfe historischer Überblendungen aufrechterhalten. Die stets präsente Angst vor dem Verlust des Eigenen ist wie die (reale oder fiktive) Bedrohung der *inneren Sicherheit* wiederkehrendes Symptom einer verdrängten Abhängigkeit. Dies ist kein Thema der Vergangenheit, denn der Traum von der europäischen Welt erscheint heute fragiler denn je; gerade das befördert den Rechtspopulismus. Das Wissen um die Prekarität der gegenwärtigen Ordnung ist sein Lebenselixier.

In Europa manifestiert und personalisiert sich dieser Andere derzeit in der Figur des Geflüchteten. Als Außen im Innen vereint er in den Projektionen, die sich um seine Person ranken (Bedrohung des Wohlstands und des (sozialen) Friedens einerseits, hilfsbedürftiges Opfer und Adressat humanistischer Werte andererseits), die Ambivalenzen eines Identitätsdiskurses, dem es weder gelingt, das Andere einzuverleiben, noch, es vollständig fern zu halten. Die unvermittelte Dialektik dieses Phänomens spiegelt sich wider in der Gleichzeitigkeit von freiwilliger Hilfe und brennenden Flüchtlingsheimen sowie in dem schnellen Umschlagen der Willkommens- in eine Verabschiedungskultur. In vielen Ereignissen

seit dem kurzen *Sommer der Migration* manifestiert sich diese Gleichzeitigkeit von verbalem Humanismus und faktischer Barbarei. Die medial inszenierten Ereignisse des Herbstes 2015 brachten Bilder hervor: von im Mittelmeer ertrunkenen Kindern, vom *March of Hope* über ungarische Autobahnen und von frierenden Menschen vor dem Berliner LAGESO. Diese Motive veranschaulichen eindrücklicher als viele Analysen den Widerspruch zwischen menschenrechtlich-humanistischem Anspruch und der politischen Realität Europas – und sie zeigen die faktischen Grenzen vermeintlich universaler Werte.

Alain Badiou kritisierte, es sei paradox, dass die Europäer meinten, sie befänden sich in einer Krise, wo doch die Geflüchteten in einer Krise seien und nicht Europa (Badiou 2015). Sicher wirken die europäischen Befindlichkeiten angesichts des Leids der Geflüchteten grotesk, doch die Selbst-Wahrnehmung ist nicht falsch: Zwar haben die existentiellen Ängste nur bedingt eine reale Grundlage, da Ausmaß, Verbreitung und Reichweite in keiner rationalen Relation zu den faktischen Problemen stehen, die die Anwesenheit weniger Millionen Geflüchteter in Europa mit sich bringt. Doch die Angst ist Ausdruck des verdrängten Wissens um die Unerreichbarkeit des Eigenen. Es handelt sich um eine doppelte Abwesenheit: Das Eigene, das gefährdet zu sein scheint, wurde nie besessen, d.h. es ist auf der Ebene der Identität abwesend. Die Unmöglichkeit hat aber noch eine weitere Ebene: Die Geflüchteten weisen die Europäer auf etwas hin, dass sie nicht wahrhaben wollen: ihr wohlstandskapitalistischer Traum ist bedroht. Bedroht von innen und außen, durch diejenigen, auf deren Rücken er gebaut wurde. Jenseits von Moral und Gerechtigkeit ist die Identitätskrise Symptom der Erkenntnis, dass die globale Ungleichverteilung des Reichtums und damit der europäische Wohlstand auch mit Gewalt nicht auf Dauer verteidigt werden kann.

Verlassen wir Europa?

Was folgt daraus für die Linke? Sicherlich können politisch-imaginäre Selbstbilder generiert werden, die den Abstand zwischen Politik und Imago weniger als einen Mangel begreifen. Die vorangegangenen Analysen haben jedoch gezeigt, dass auch alternative Konzepte Gefahr laufen, sich in den Fallstricken überdeterminierter Identitätsversprechen zu verfangen. Sinnvoller erscheint es, sich von diesem Identitätsdiskurs mit seiner selbstbezüglichen Zirkularität abzuwenden und den Blick neu auszurichten. Alternative Perspektiven müssen gleichwohl einer paradoxen Semantik Rechnung tragen: Im Sinne eines selbstgenügsamen Kollektivsubjekts existiert Europa nicht. Die Paradoxie besteht nun darin, dass *obwohl es Europa nicht gibt, Europa hier und jetzt der Fall ist*. Trotz einer konstitu-

tiven Abwesenheit auf der Ebene der Identität ist Europa Akteur und Handlungsraum in einer Welt, die umfassend und gewaltsam europäisch gemacht wurde. Fanons kämpferische Aufforderung *Europa zu verlassen*, ist historisch wichtig und dennoch keine Handlungsoption. Vielmehr lässt sich aus seinem Appell und der Erkenntnis, dass Innen und Außen als Teile desselben in der globalisierten Welt weniger denn je auseinander zu halten sind, die Aufforderung ableiten, eine politische Praxis jenseits von Eurozentrismus zu entwickeln.

Wenn von Europa zu sprechen stets bedeutet, von der Welt zu sprechen, wird auch die Linke daran gemessen werden, ob es ihr gelingt, Antworten auf Globalisierungsprozesse zu finden, die die Welt im Blick haben. Es kann nicht die Schlussfolgerung sein (wieder) zu „europäischen Abenteuern“ (Bauman) aufzubrechen. Vielmehr gilt es, in dieser Welt, in der Kriege und globale Disparitäten zunehmen und die von Europa und den USA ausgehende Politik mitnichten dazu beiträgt, Fluchtursachen zu bekämpfen und Verteilungsgerechtigkeit zu befördern, die Verantwortung Europas für ökonomische Ungleichheiten, Kriege und für politisch destabilisierte Regionen ins Zentrum von Theorie und Praxis zu rücken. Das Dilemma Europas ist die Krise der Welt.

Neben Kriegen und der Chaotisierung ganzer Regionen (an denen die USA und die EU entscheidende Mitschuld tragen), sind es kapitalistische Ausbeutung, Perspektivlosigkeit, Ungleichheit und der wachsende Überschuss an Arbeitskraft, der Menschen weltweit in Konkurrenz setzt. Das befeuert Abstiegsängste und Spaltungen, Chauvinismus und Rassismus. Zugleich wird deutlich, dass die eingängige Formel *das Problem heißt Rassismus*, die Tiefendimension der gegenwärtigen Probleme nicht zu erfassen vermag. Die weltweiten Fronten zwischen Überflüssigen und potentiell Überflüssigen sind kein Phantasma, sondern kapitalistische Realität und die Form, in der sich die soziale Frage heute stellt. Und wo diejenigen, die noch das Privileg haben, ausgebeutet zu werden, mit denen, die nur noch das nackte Leben haben, weder Ziel noch Interesse teilen, entstehen keine gemeinsamen Kämpfe, sondern Ängste und Ressentiments, die von rassistischen Scharfmachern kanalisiert werden können. Im Angesicht dieser nationalistisch-autoritären Spaltungen steht zur Debatte, *wie* es gelingen wird, die von Marx beschworenen unabhängigen Interessen eines globalen Proletariats hervorzuheben (vgl. Freunde und Freudinnen der klassenlosen Gesellschaft 2016). Die Suche nach Antworten ist ein Schlüssel zum Erfolg gegen Rechtspopulismus. Ein erster Ansatz besteht in der Abwendung von Identitätsdiskursen. Die Erkenntnis der real oder gefühlt Abgehängten in Europa, dass in einer aus den Fugen geratenen Welt weder der eigene Bedeutungsverlust mithilfe der Imagination einer wahlweise nationalen oder christlich-abendländischen Identität

abzuwenden ist noch die Grenzen auf Dauer vor dem globalen Elend geschützt werden können, kann Türöffner für eine globale Form der Solidarität sein.

Kann ein neuer Begriff des Universalismus, der nicht mehr versucht, partikuläre Werte, die als europäische Errungenschaften imaginiert werden, zu verallgemeinern und in den Rest der Welt zu exportieren,⁷ einen Beitrag dazu leisten? Wallerstein und Badiou versuchen sich an einer derartigen Neujustierung:

„Heute sind wir mit der Frage konfrontiert, wie wir den europäischen Universalismus – diese letzte widersinnige Rechtfertigung der bestehenden Weltordnung – überwinden und zu etwas gelangen, das weit schwieriger zu erreichen ist: zu einem universalen Universalismus, der essentialistische Charakterisierungen der gesellschaftlichen Realität ablehnt, der sowohl das Allgemeine und das Besondere historisiert und [...] der es uns erlaubt, mit einem höchst klinischen und skeptischen Blick all jene Rechtfertigungen zu betrachten, die für den Interventionismus der Mächtigen gegen die Schwachen vorgebracht werden.“ (Wallerstein 2010: 91)⁸

Dieser Universalismus, der nicht von der Rationalität des Westens ausgehen und die restliche Welt im theoretischen Geist der nachholenden Entwicklung als temporäre Abweichung bestimmen dürfte, müsste die eigenen Widersprüche thematisieren und zum Ausgangspunkt neuen Denkens machen. Der Universalismus-Begriff dient in aktuellen Konflikten vielfach dazu, Ausschlüsse zu legitimieren und Alterität zu leugnen. Doch Balibar zufolge kann dennoch nicht auf ihn verzichtet werden, da seine Logik es Ausgeschlossenen und Unterdrückten erst ermöglicht, für ihre Rechte zu kämpfen und sich im Namen von Prinzipien aufzulehnen, die offiziell Gültigkeit haben, ihnen in der historischen Praxis aber verweigert werden. Balibar verbindet die Theorie des Universalismus mit seinem Konzept der „Égaliberté“, der Gleichfreiheit, die eine *universale* Bezeichnung ist, für das Recht, Rechte zu haben. Er plädiert für eine „*Verlagerung von einer „naturalistischen“ Form des Menschenrechtsdiskurses (die Menschen sind von Natur aus frei und gleich) zu einer historischen Form [...], in der die Universalität als*

7 Dass politische Gegner zuweilen scharfe Analysten sind, obwohl sie aus richtigen Beobachtungen grundlegend falsche Schlüsse ziehen, zeigt sich, wenn Carl Schmitt die Rationalität des klassischen Universalismus zusammenfasst: „*Menschheit ist nur ein besonders brauchbares ideologisches Instrument imperialistischer Expansion und in ihrer ethisch-humanitären Form ein spezifisches Vehikel des ökonomischen Imperialismus.*“ (Schmitt 1932: 55).

8 Der Begriff des Europäischen Universalismus schließt bei Wallerstein die USA mit ein, was gerade im Hinblick auf die Rolle der USA als maßgeblicher Verursacher globaler Konflikte, die sich wiederum in den Fluchtbewegungen spiegeln, eine bedeutende Einbindung ist.

begründet in der Kontingenz des Aufstandes selbst, oder, wenn Sie das vorziehen, im Kampf statt in ihrer Essenz, erscheint.“ (Balibar 2007).

Die Logik der Universalität wird damit zur treibenden Kraft, die sich in Forderungen wie in der nach dem *Anteil der Anteillosen* (Rancière) ausdrückt. Dieser mit dem Begriff des Universalen verbundene, unbedingte Einschluss zielt über das Begriffspaar von Identität und Differenz hinaus. Jenseits von Identität und abseits des Antagonismus von Innen und Außen verweist er auf das Leitmotiv der globalen Gerechtigkeit. Am grundlosen Grund der notwendig erfolglosen Suche nach politischer Identität liegt dann nicht die verlorene Ursprünglichkeit, sondern die Erkenntnis, dass eine Lösung der Krise, die nicht von realen Problemen ablenkt, die freie Entwicklung eines jeden zur Bedingung der Entwicklung aller machen muss.

Angesichts der defensiven Rolle, in der die sich die Linke in Europa befindet, erscheinen diese Losungen abstrakt. Emanzipatorische Artikulationen entfalten heute kaum emotionale Bindekraft. Doch wenn die Linke sich weder mit Habermas zum diskursiven Arm der Bundeszentrale für Politische Bildung machen noch die nur verbal humanistische Politik der deutschen Bundeskanzlerin verteidigen oder sich auf ein populistisches Wettrüsten mit der *AFD* oder dem *Front National* einlassen will, so kann eine (strategische) Zusammenarbeit in und mit den EU-Institutionen keine Perspektive sein. Linke Handlungsoptionen bestehen darin, Kämpfe gegen dieses EU-Europa zu unterstützen und Menschen zu vernetzen, die nicht an nationalistischen Spaltungen partizipieren und stattdessen versuchen, universalistische Theorien in die Praxis umzusetzen.

Literatur

- Agamben, Giorgio (2013): Se un impero latino prendesse forma nel cuore d'Europa, in: La Repubblica vom 15. März 2013.
- Badiou, Alain (2015): Politik ist dasjenige, was außerhalb des Staates stattfindet, in: WOZ vom 15.10.15.
- Bahr, Egon (2003): Der deutsche Weg. Selbstverständlich und normal, München.
- Balibar, Etienne (2007): Universalismus, Diskussion mit Alain Badiou, in: EIPCP 02/2007, <http://eipcp.net/transversal/0607/balibar/de>, (Zugriff 02.04.2016).
- (2016): Europa: Krise und Ende?, Münster.
- (2013): A new Europa can only come from the bottom up, in Open Democracy, <https://www.opendemocracy.net/etienne-balibar/new-europe-can-only-come-from-bottom-up>, (Zugriff 26.04.2016).
- Blätter für deutsche und internationale Politik (2013): Demokratie oder Kapitalismus? Europa in der Krise, Berlin.

- Bauman, Zygmunt (2015): *Europa. Ein unvollendetes Abendueuer*, Hamburg.
- (2009): *Gemeinschaften. Über die Suche nach Sicherheit in einer bedrohlichen Welt*, Berlin.
- Beck, Ulrich (2012): *Das deutsche Europa*, Berlin.
- Böckenförde, Hans (1995): *Die Nation. Jenseits von Herkunft, Muttersprache und Religion*, in: FAZ vom 30. September 1995.
- Demirović, Alex (2013): *Multiple Krise, autoritäre Krise und radikaldemokratische Erneuerung*, in: PROKLA 171, 43. Jg., Heft 2
- Demirović, Alex/Dück, Julia et al. (Hg.)(2011): *VielfachKrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg.
- Derrida, Jacques (1992): *Das andere Kap. Die vertragte Demokratie. Zwei Essays zu Europa*, Frankfurt am Main.
- Di Fabio, Udo (2005): *Kultur der Freiheit*, München.
- Fanon, Franz (1987) [1961]: *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt a. M.
- Fetscher, Iring (1988): *Deutsche Identität und Gefährdungen der Demokratie*, in: Gauly, Thomas (Hg.): *Die Last der Geschichte. Kontroversen zur deutschen Identität*, Köln.
- Freunde und Freundinnen der klassenlosen Gesellschaft (2015): *Reflexionen über das Surplus-Proletariat*, in: Kosmoprolet, Berlin.
- (2016): *Subtile Härte. Anmerkungen zur Flüchtlingskrise II*, in: Konkret 11/16.
- Glötz, Peter et al. (2005): *Patriotismus von links*, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Berlin.
- Grimm, Dieter (1995): *Does Europe Need a Constitution?*, in: *European Law Journal* 1.
- (2012): *Die Zukunft der Verfassung II*, Berlin.
- (2014): *Die Stärke der EU liegt in einer klugen Begrenzung*, in: FAZ vom 10. August 2014.
- (2015): *Auf der Suche nach Akzeptanz. Über Legitimationsdefizite und Legitimationsressourcen der Europäischen Union*, in: *Leviathan* 43, 3.
- Habermas, Jürgen (1992): *Staatsbürgerschaft und nationale Identität*, in: derselbe, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts*, Frankfurt am Main.
- (2008): *Ach Europa*. Frankfurt am Main.
- (2011): *Zur Verfassung Europas. Ein Essay*, Berlin.
- (2014): *Warum der Ausbau der Europäischen Union zu einer supranationalen Demokratie nötig und wie er möglich ist*, in: *Leviathan* 42, 4.
- (2015): *Der Demos der Demokratie – eine Replik*, in: *Leviathan* 43, 2.
- Habermas, Jürgen; Derrida Jacques (2003): *Unsere Erneuerung. Die Wiedergeburt Europas*, in: FAZ vom 31.05. 2005.
- Kielmansegg, Peter Graf (1992): *Lässt sich die Europäische Gemeinschaft demokratisch verfassung?*, in: *Europäische Rundschau* 22.
- Konecny, Martin (2015): *Verlassen wir Europa*, in: *Moosaik* <http://mosaik-blog.at/verlassen-wir-europa/> (Zugriff 02.07.16).

- Kronenberg, Volker (2006): Patriotismus in Deutschland, Wiesbaden.
- Laclau, Ernesto (2002): Emanzipation und Differenz, Wien.
- Lammert, Wolfgang (Hg.) (2006): Verfassung – Patriotismus – Leitkultur. Was unserer Gesellschaft zusammenhält, Hamburg.
- Lévy, Bernard-Henri (2013): Europa oder Chaos. Manifest, <http://www.arte.tv/de/europa-oder-chaos-das-manifest-von-bernard-henri-levy/7275206,CmC=7276108.html> (Zugriff 17.12.15).
- Lübbe, Hermann (1994): Abschied vom Superstaat. Vereinigte Staaten von Europa wird es nicht geben, Berlin
- Majone, Giandomenico (2011): Political and Normative Limits to Piecemeal Integration. Rethinking the European Project after the Crisis of Monetary Union, Keynote Lecture at RECON Concluding Conference, Oslo
- (1998): Europe’s Democratic Deficit, in: *European Law Journal* 1.
- Menasse, Robert (2012): Der europäische Landbote, Wien.
- Möllers, Christoph (2015): Krisenzurechnung und Legitimationsproblematik in der Europäischen Union., in *Leviathan* 43, 3.
- Offe, Claus (1998): Demokratie und Wohlfahrtsstaat: Eine europäische Regimeform unter dem Stress der europäischen Integration, in: Streeck, Wolfgang (Hg.): *Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie*, Frankfurt a. M.
- (2000): The Democratic Welfare State in an Integrating Europe, in: Greven, M. T.; Pauly, L. W. (Hg.): *Democracy beyond the State? The European Dilemma and the Emerging Global Order*, Lanham.
- (2014): *Europe entrapped*, Cambridge.
- Risse, Thomas (2014): No demos? Identities and public spheres in the Euro crisis, in: *Journal of Common Market Studies* 52, 6.
- Roy, Olivier (2014): Jugend ohne Gott, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 29./30. November 2014.
- Said, Edward (1995): *Orientalism. Western Concepts of the Orient*, London.
- Scharpf, Fritz (1999): *Governing in Europe: Effective and Democratic?*, Oxford.
- (2011): Monetary Union, fiscal crisis and the pre-emption of democracy, in: *Journal for Comparative Government and European Policy* 9, 2.
- (2015): Das Dilemma der supranationalen Demokratie in Europa, in: *Leviathan* 43, 1.
- Schmitt, Carl (1932): *Der Begriff des Politischen*, Berlin.
- Spitta, Juliane (2013): *Gemeinschaft jenseits von Identität? Über die Renaissance einer paradoxen Idee*, Bielefeld.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (2013): *Kritik der postkolonialen Vernunft. Hin zu einer Geschichte der verrinnenden Gegenwart*, Stuttgart.
- (2008): *Righting Wrongs – Unrecht richten: Über die Zuteilung von Menschenrechten*, Berlin.
- Streeck, Wolfgang (1995): Neo-Voluntarism: A New European Social Policy Regime? *European Law Journal* 1.

- (2013): *Gekaufte Zeit – die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*, Berlin.
 - (2015): *Wie wird der Kapitalismus enden?*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3.
 - (2015a): *Warum der Euro Europa spaltet statt es zu einigen*, in: *Leviathan* 43, 3.
- Wallerstein, Immanuel (2010): *Die Barbarei der anderen. Europäischer Universalismus*, Berlin
- Weiler, Joseph/Halter, Ulrich/Mayer, Franz (1995): *European Democracy and its Critique*, in: Hayward, Jack (Hg.): *The Crisis of Representation in Europe*, London.
- Žižek, Slavoj/Horvat, Srećko (2014): *Rettet Europa vor den Rettern. Was will Europa*, Hamburg.

Stefanie Mayer / Birgit Sauer

Kulturkampf 2.0

'Anti-Genderismus' als Strategie gegen Gleichstellung und sexuelle Rechte in Europa

In der aktuellen Forschung zum 'Anti-Genderismus' (Hark/Villa 2015), dem Kampf rechts-katholischer, konservativer und rechtsextremer Kräfte gegen Gleichstellungspolitiken in Bezug auf Geschlecht und Sexualität, herrscht in einem Punkt weitgehender Konsens, der sich – in aller Kürze – folgendermaßen zusammenfassen lässt: Der Erfolg des Anti-Genderismus ist als Reaktion auf umfassende gesellschaftliche Prekarisierungstendenzen und dem damit verbundenen Verlust von Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der politischen Eliten zu verstehen. Veränderungen der Geschlechterverhältnisse stehen paradigmatisch für eine umfassende Destabilisierung, die sich als Folge des neoliberalen Umbaus in europäischen Staaten einstellt (beispielhaft Wimbauer 2015; Grzebalska 2016). Dieser Befund verdeutlicht bereits, dass es sich beim Anti-Genderismus um mehr handelt als um die Ablehnung spezifischer politischer Maßnahmen, auch wenn sich politische Mobilisierungen in der Praxis stets an konkreten Anlässen entzünden – bekanntestes Beispiel sind hier die breiten Proteste gegen die *Ehe für alle* in Frankreich im Jahr 2013. Anti-Genderismus ist daher in einem breiteren gesellschaftlichen Kontext zu sehen und nicht *nur* als Reaktion auf Erfolge feministischer, queerer und lesbischwuler Bewegungen zu verstehen – auch wenn diese und andere Emanzipationsbewegungen ohne Zweifel zum Aufbrechen starrer Ordnungsvorstellungen in puncto Geschlechterverhältnisse und Sexualitäten beigetragen haben. Damit wird auch erklärbar, warum sich die anti-genderistische Agitation keineswegs auf Staaten beschränkt, in denen in den letzten Jahren (nicht zuletzt auf gesetzlicher Ebene) Gleichstellungstendenzen festzustellen sind, sondern auch dort Erfolge feiert, wo „the process of women's empowerment and the emancipation of the LGBT community has been uneven, fragile, and far from revolutionary“ (Korolczuk 2015: 52), wie Elzbieta Korolczuk am Beispiel Polens ausführt.

Wird die Mobilisierungskraft dieser rechten Agitation in Relation zu größeren Tendenzen der Verunsicherung gestellt, die auch die Prekarisierung von Erwerbs-

arbeit, die Erosion traditioneller Familienformen und den selektiven Abbau von Sozialpolitik betreffen (Wimbauer 2015), lässt sich der Anti-Genderismus als Einsatz in einem umfassenden Kampf um die Transformation europäischer Gesellschaften, um politische Macht und um Hegemonie konzeptualisieren (Laclau/Mouffe 2001: 129) und als Kampf um oder besser: gegen die Demokratisierung liberaler Demokratien in Europa. Wir möchten im Folgenden zeigen, dass in diesen Auseinandersetzungen neben Geschlechterverhältnissen und Sexualitäten auch Vorstellungen von Demokratie, vom Verhältnis zwischen Staat und Bürger_innen und von gesellschaftlicher Ordnung auf dem Spiel stehen.

Wenn wir den Kampf gegen die 'Gender-Ideologie' als Ausdruck eines rechten Kampfes um gesellschaftliche Hegemonie verstehen, bleibt zu fragen, warum gerade der Begriff Gender in den letzten Jahren in unterschiedlichen internationalen, nationalen und lokalen Kontexten zu einem solchen Kristallisationspunkt wurde. Wie kommt es, dass die unterschiedlichen Kontexte zwar die jeweiligen Ausprägungen des Kampfes bestimmen – etwa in Bezug auf den jeweiligen Stellenwert religiöser und säkularer Argumentationslinien oder in Bezug auf die Nutzung oder Distanzierung von offen homophoben Argumenten –, sich jedoch in transnationaler Perspektive sehr viele Gemeinsamkeiten zeigen lassen? Wir arbeiten in diesem Beitrag einige der Charakteristika heraus, die für die erfolgreiche transnationale Verbreitung des Anti-Genderismus insbesondere in Europa zentral erscheinen, und beleuchten, wie diese in unterschiedlichen nationalen Kontexten artikuliert werden. Zunächst möchten wir auf einige Hintergründe aktueller anti-genderistischer Artikulationen eingehen und einige der diskursiven Linien nachzeichnen, an die diese heute anschließen. Damit lässt sich gleichzeitig ein grober Überblick über einige zentrale Gruppen von Akteur_innen und Stichwortgeber_innen gewinnen, auch wenn die Breite der Mobilisierungen und die jeweiligen Allianzen je nach nationalem Kontext stark divergieren. Abschließend diskutieren wir, welche Implikationen der Anti-Genderismus für die Demokratisierung von Geschlechterverhältnissen bzw. für eine (geschlechter-)demokratische Perspektive in der EU hat.

Eine katholische Erfindung und ihre Verbreitung

In seiner heute gängigen, diffamierenden Funktion wurde der Begriff 'Gender-Theorie'¹ – im deutschsprachigen Raum meist 'Gender-Ideologie' – von der

1 Davon abzugrenzen wäre eine neutrale Verwendung des Begriffs, die unter 'Gender-Theorie' schlicht die theoretische Arbeit der Gender Studies versteht. Auch der Begriff

katholischen Kirche Mitte der 1990er Jahre in Reaktion auf die Debatten um die Integration des Gender-Konzepts in die Abschlussdokumente der UN-Konferenzen in Kairo 1994 und Beijing 1995 geprägt (vgl. hier und zum Folgenden Marschütz 2014; Paternotte 2014, 2015; Favier 2015). Konsolidiert wurde die katholische Position zum Begriff Gender schließlich Anfang der 2000er Jahre in einer Reihe kirchlicher Schreiben. Sehr deutlich ist das vom *Päpstlichen Rat für die Familie* im Jahr 2000 herausgegebene Dokument *Ehe, Familie und 'faktische Lebensgemeinschaften'* formuliert, das die vermeintlichen Gefahren der konstruktivistischen 'Gender-Ideologie' folgendermaßen beschreibt:

„Jede sexuelle Einstellung, und damit auch die Homosexualität, sei so zu rechtfertigen. Die Gesellschaft müsse sich ändern, um in der Gestaltung des Gesellschaftslebens anderen Geschlechtern neben dem männlichen und dem weiblichen Platz zu machen.“ (Päpstlicher Rat für die Familie 2000)

Diese Position des Vatikans wurde in den folgenden Jahren in einer Reihe von Veröffentlichungen bestätigt und 2003 in der italienischsprachigen Originalausgabe des *Lexikon Familie. Mehrdeutige und umstrittene Begriffe zu Familie, Leben und ethischen Fragen* (Päpstlicher Rat für die Familie, deutsche Übersetzung 2007) in nicht weniger als drei Artikeln, die sich explizit dem Begriff Gender widmen, ausführlich dargelegt. Die Entwicklung dieses gleichsam globalen katholischen Diskurses zeigt, dass der Begriff 'Gender-Ideologie' von vornherein in umfassendem Sinn gegen Emanzipationsbewegungen und gegen sexuelle und reproduktive Rechte in Stellung gebracht wurde. Dabei setzte dieser Diskurs an älteren Debatten und Bewegungen aus dem katholischen Milieu an – etwa an den breiten Kampagnen gegen Abtreibung –, reartikulierte diese jedoch in einem größeren diskursiven Rahmen.

In Bezug auf die Ausarbeitung des Diskurses der 'Gender-Ideologie' lassen sich der Vatikan und mit diesem verbundene katholische Intellektuelle als zentrale Akteur_innen ausmachen, und in vielen europäischen Ländern sind die Kirche und katholische Laienorganisationen auch zentrale Triebkräfte in konkreten Anti-Gender-Mobilisierungen. Die hier entwickelten diskursiven Muster fanden im Lauf der 2000er Jahre allerdings weitere, nicht nur territoriale, sondern auch soziale Verbreitung, so dass sich die gleichen Argumentationslogiken auch bei anti-genderistischen evangelikalischen Gruppen oder in der russisch-orthodoxen

'Genderismus' wurde ursprünglich von Erving Goffman in kritischer Absicht geprägt (Goffman 1977: 305). Heinz-Jürgen Voss versuchte jüngst den Begriff 'Gender-Ideologie' in der öffentlichen Debatte neu zu besetzen und als Bezeichnung für die Herrschaftspraxis 'natürlicher' Vergeschlechtlichung zu etablieren (Voss 2016).

Kirche finden lassen. Zu diesem Gleichklang tragen nicht zuletzt transnationale Akteursnetzwerke bei. Beispielhaft lässt sich das *World Council of Families* anführen, das bereits 1995 als US-russisches Projekt gegründet wurde und heute die weltweit größte Anti-LGBTIQ-Organisation² darstellt (Moss i.E.). Der russische Zweig des *World Council* genießt die Unterstützung Wladimir Putins und der orthodoxen Kirche, wird von einer Reihe russischer Oligarchen finanziell gefördert und bringt auf seinen Kongressen Teilnehmer_innen aus ganz Europa, den USA und Russland zusammen. Im Umfeld des *World Council of Families* entstand auch der homophobe, in zehn Sprachen übersetzte Propagandafilm *Sodom* – eine russische Produktion über die angeblich fatalen Folgen schwul-lesbischen Lebens im Westen, der u.a. US-amerikanische, italienische und deutsche ‘Expert_innen’ bzw. ‘Betroffene’ der ‘Gender-Ideologie’ zu Wort kommen lässt (ebd.). Eine der international prominenten Figuren, die hier auftritt, ist die deutsche Publizistin Gabriele Kuby, die in den 1990er Jahren zum Katholizismus konvertierte und deren 2006 erschienenes Buch *Gender-Revolution – Relativismus in Aktion* (Kuby 2006) ebenso wie ihre späteren Veröffentlichungen wesentlich zur Popularisierung des katholischen Diskurses beitrugen. Durch rasche Übersetzungen ihrer Publikationen und durch ihre Vortragsreisen – u.a. wurde Kuby 2013 von den slowakischen und den polnischen Bischöfen zu Vorträgen eingeladen – etablierte sie sich, gerade in den Kirchen postkommunistischer Länder, als „die’ katholische Antwort auf heutige Herausforderungen im Bereich der Ehe-, Familien- und Sexualmoral“ (Marschütz 2014; vgl. auch Choluž 2015: 221; Korolczuk 2015: 47).

Die Rolle der katholischen Kirche für die Ausbildung und Verbreitung anti-genderistischer Diskurse ist also kaum zu überschätzen. In manchen nationalen Kontexten sind es denn auch insbesondere die religiösen Institutionen, die den Diskurs gegen die ‘Gender-Ideologie’ führen und vorantreiben – so in der Slowakei und in Polen (in beiden Ländern veröffentlichten die Bischöfe im Dezember 2013 einschlägige Hirtenbriefe; Marschütz 2014; Mađarova 2015) oder in Spanien und Italien, wo bereits 2005 und 2007 anti-genderistische Großdemonstrationen stattfanden (Paternotte 2015). In anderen nationalen Kontexten agiert die katholische Kirche hingegen zurückhaltender und stellt den religiösen Aspekt der Mobilisierungen in den Hintergrund – und zwar sowohl in personeller Hinsicht, wo vordergründig unabhängige Initiativen aufgebaut werden, als auch in Bezug auf Argumentationsstrategien, die säkularisiert werden und (natur-)wissenschaftliche Gesichtspunkte aufbieten (Kuhar 2014; Stambolis-

2 LGBTIQ steht für lesbisch, schwul (gay), bisexuell, trans- und intersexuell sowie queer.

Ruhstorfer/Tricou i.E.). Knapp zusammengefasst, kann die katholische Kirche als zentrale Stichwortgeberin des Anti-Genderismus verstanden werden, der es jedoch gelungen ist, diesen Diskurs regional und sozial so zu verbreitern, dass er auch in anderen religiösen und in säkularisierten Kontexten anschlussfähig wird.

Der katholische Diskurs der 'Gender-Ideologie' konnte nicht nur an frühere katholische Mobilisierungen (insbesondere an den Anti-Abtreibungsaktivismus) anschließen, sondern auch an andere anti-feministische und homophobe politische Strömungen wie die Männer- und Väterrechtsbewegungen (Weiss 2013). Hier wird die Flexibilität des Anti-Genderismus besonders deutlich, der in diesen Kontexten nicht die Sexualmoral, sondern die vermeintliche 'Verweiblichung' der Gesellschaft und die damit einhergehende Diskriminierung von Männern respektive Vätern in den Vordergrund stellt. Ähnlich wie der Diskurs der 'Gender-Ideologie' lässt sich auch die Rede von einer angeblichen 'Krise der Männlichkeit', die oftmals mit einem aggressiven Maskulinismus einhergeht, im Kontext aktueller Prekarisierungstendenzen als gleichsam „verschobener Ersatz für Gesellschaftskritik“ analysieren (Pohl 2013: 134; vgl. auch Weiss 2013, 2015), d.h. als ein Diskurs um den Verlust von einstigen Gewissheiten. Neben dieser strukturellen Ähnlichkeit lässt sich zudem das Interesse an der Aufrechterhaltung patriarchal geprägter Geschlechterverhältnisse als gemeinsamer Ausgangspunkt bestimmen. In diesem Sinn gelingt es dem Anti-Genderismus, an anti-feministische Positionen in ihrer ganzen Breite anzuknüpfen.³ Dies trägt allerdings auch zur inhaltlichen Unschärfe des Begriffs bei – ein Fakt, der als „kalkulierte Ambivalenz“ (Engel/Wodak 2013) aus der Analyse rechtspopulistischer Strategien bekannt ist. Ambivalente Aussagen erlauben je nach adressiertem Publikum unterschiedliche Interpretationen und halten dabei stets die Möglichkeit offen, nur bestimmte Auslegungen gelten zu lassen und alle anderen als Unterstellung und Diffamierung abzustreiten.

Es lassen sich mehrere Gruppen von Akteur_innen identifizieren, die anti-genderistische Argumentationsmuster aufgreifen und auf unterschiedlichen politischen Ebenen und mit unterschiedlichen Strategien einsetzen. Katholische Amtsträger haben – in der Form der oben bereits erwähnten Hirtenbriefe – unmittelbar in den öffentlichen Diskurs interveniert. Sie haben aber auch breite Mobilisierungen vorangetrieben, die ihrerseits häufig den konfessionellen

3 Einige Autor_innen gehen von einer Verschiebung anti-feministischer hin zu anti-genderistischen Diskursen aus (Maihofer/Schutzbach 2015). Wir würden demgegenüber argumentieren, dass es sich beim Anti-Genderismus in erster Linie um eine aktuelle Erscheinungsform des Anti-Feminismus handelt.

Charakter in den Hintergrund drängten und sich als Graswurzelbewegungen 'besorgter Bürger_innen' inszenierten – nicht zuletzt unter Nutzung des von sozialen Bewegungen in den letzten Jahrzehnten entwickelten Aktionsrepertoires (Stambolis-Ruhstorfer/Tricou i.E.). Neben Protestveranstaltungen im öffentlichen Raum gehört dazu auch die kompetente Nutzung digitaler Möglichkeiten, wie sie etwa die mehrsprachige konservative Online-Petitionsplattform *CitizenGo* bietet (Hodžić/Bijelić 2014: 11; vgl. auch Korolczuk 2015: 47). *CitizenGo* spielte u.a. in der konzertierten Kampagne gegen den sogenannten *Estrela-Report* – den *Bericht über sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte* (Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter 2013) – im Europäischen Parlament eine wesentliche Rolle. In einer von der konservativen europäischen Lobbying-Organisation *European Dignity Watch* (EDW) koordinierten Kampagne wurden etwa 90.000 E-Mails mit der Aufforderung, gegen den Bericht zu stimmen, an Europäische Parlamentarier_innen bzw. an Mitglieder des *Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter* gesandt (Hodžić/Bijelić 2014: 18). Im Zentrum stand die im Bericht enthaltene Forderung, einen legalen und sicheren Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen als Frage der Menschenrechte zu behandeln. Der *Estrela-Report* wurde am 10. Dezember 2013 im Europäischen Parlament abgelehnt und statt dessen eine von der Fraktion der Europäischen Volkspartei (European People's Party, EPP) und den Europäischen Konservativen und Reformern (European Conservatives and Reformists, ECR) vorgelegte Entschließung verabschiedet, die explizit die nationale 'Souveränität' über Fragen reproduktiver und sexueller Rechte bestätigte. Eine wenige Monate später durchgeführte und nicht weniger massive Online-Kampagne gegen den so genannten *Lunacek-Report* (*EU-Fahrplan zur Bekämpfung von Homophobie und Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität*, Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres 2014), bei der sogar über 200.000 E-Mailnachrichten versendet wurden, konnte die Annahme des Berichts Anfang Februar 2014 nicht verhindern (Hodžić/Bijelić 2014: 18f). Amir Hodžić und Nataša Bijelić, die diese neo-konservativen Akteur_innen und ihre Aktivitäten auf nationaler und europäischer Ebene untersuchten, konstatieren, dass sich deren Organisationsformen durch „blurred lines between civil initiatives, organizations of civil society and political parties“ auszeichnen (ebd.: 12), die in der Mobilisierung der Öffentlichkeit und im gezielten Lobbying zusammenspielen.

Neben religiösen, (katholisch-)konservativen und männerrechtlerisch motivierten Akteur_innen sind schließlich rechtspopulistische und rechtsextreme Gruppierungen zu nennen, die den Anti-Genderismus vorantreiben und die

gerade im deutschsprachigen Raum als sehr relevant einzuschätzen sind. Das deutlichste Beispiel liefert hier wahrscheinlich Österreich, wo die Debatte um die 'Gender-Ideologie' erstmals 2008 durch eine Publikation der deutschnationalen, nicht-religiösen FPÖ-Politikerin Barbara Rosenkranz (2008) mit dem Titel *MenschInnen. Gender-Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen* angestoßen wurde. Doch auch in Deutschland vertreten die Parteien AfD und NPD ebenso wie die PEGIDA-Bewegung Spielarten des Anti-Genderismus (Blum 2015; Ganz 2015; Lang 2015), und Viktor Orbáns Partei *Fidesz* setzt zentrale Inhalte anti-genderistischer Diskurse als Regierungspolitik um (Félix 2015). In seiner extrem rechten Variante findet der Anti-Genderismus seinen Hintergrund nicht in christlichen Moralvorstellungen, sondern in der völkisch-rassistischen Sorge um die demographische Entwicklung, die mit anti-muslimischen Argumentationsmustern verzahnt wird (Mayer/Šori/Sauer 2015). Hier liegt auch der Schlüssel zum Verständnis der auf den ersten Blick widersprüchlichen Konfiguration extrem rechter Diskurse, die einerseits gegenüber dem muslimisch 'Anderen' die Gleichstellung der Geschlechter als europäischen Wert propagieren und sich – in durchaus paternalistisch-sexistischer Manier – den Schutz 'unserer' Frauen auf die Fahnen heften, andererseits jedoch für eine patriarchale Geschlechterordnung eintreten. In vielen Fällen lässt sich die scheinbare 'Frauenfreundlichkeit' unschwer als bloße Legitimation für Rassismus erkennen, wenn etwa Gewalt gegen Frauen ausschließlich in externalisierter Form auf Flüchtlinge und Migranten projiziert wird (Dietze 2015). Sara Farris hat diese Argumentationsfigur als „Femonationalismus“ – in Anlehnung an Puars „homonationalism“ – bezeichnet (Farris 2011). Umgekehrt dienen beide Elemente – der rassistische Ausschluss der 'Anderen' und die Festschreibung der 'eigenen' Frauen auf ihre familiäre und reproduktive Rolle – in der Logik des Rechtsextremismus dem übergeordneten Ziel der Sicherung des Fortbestandes von Volk und Nation. Die extreme Rechte – zumindest in Mittel- und Westeuropa – hat sich in den letzten Jahren rhetorisch modernisiert und schließt geschickt an Gleichstellungsdiskurse an, die sie durch (nur) auf den ersten Blick minimale semantische Verschiebungen ihrem Weltbild anpasst, wenn etwa statt von der 'Gleichberechtigung' von der 'Gleichwertigkeit' der Geschlechter gesprochen wird. Auch weibliche Führungsfiguren in solchen rechten Parteien sind daher eine kalkulierte politische Strategie (Meret 2015). Der katholisch-konservative Diskurs des Anti-Genderismus ist damit auch für rechtspopulistische und rechts-extreme Artikulationen anschlussfähig.

'Gender-Ideologie' – geteilte Deutungen und neue Allianzen in Europa

Die oben dargestellten unterschiedlichen ideologischen Hintergründe, an die Anti-Genderismus anknüpft, spiegeln sich auf der Ebene konkreter Mobilisierungen in Allianzen zwischen religiösen und politischen Akteur_innen, die in anderen Fragen u.U. ganz gegensätzliche Positionen einnehmen. Ein deutliches Beispiel findet sich wiederum in Österreich, wo sich in Bezug auf 'Gender' der traditionell völkische, deutschnationale und antiklerikale Rechtsextremismus mit rechts-katholischen und rechts-konservativen Positionen trifft (Mayer/Sauer i.E.). Vergleichbar beteiligten sich auch an den französischen Protesten unter dem Label *La Manif Pour Tous* (LMPT) katholische Akteur_innen (die ihre kirchlichen Assoziationen allerdings oft in den Hintergrund stellten), rechtsextreme und -populistische Gruppen, wie die dem Umfeld der *Identitären Bewegung* zuzuordnende Frauengruppe *Antigones*, und Vertreter_innen des politischen Konservatismus, die den Kampf gegen die 'Gender-Theorie' vor allem als Kampf gegen die regierende sozialistische Partei (*Parti Socialiste*, PS) interpretierten (Brustier 2015; Stambolis-Ruhstorfer/Tricou i.E.). Während diese Gemengelage unterschiedlicher politischer Positionen als typisch für anti-genderistische Mobilisierungen in Europa und darüber hinaus betrachtet werden kann, variieren konkrete Ausdrucksformen je nach nationalem Kontext beträchtlich. Besonders deutlich zeigt sich das am jeweiligen Grad der Säkularisierung anti-genderistischer Diskurse: Während z.B. in Frankreich, Slowenien oder Kroatien die (starke) Unterstützung durch die katholische Kirche zugunsten eines säkularen Erscheinungsbildes strategisch in den Hintergrund gerückt wird (Kuhar 2015), spielt diese in Polen unumstritten die zentrale Rolle in der Mobilisierung gegen die 'Gender-Ideologie' (Graff 2014; Choluł 2015).

Für die transnationale Dimension anti-genderistischer Mobilisierungen spielen zum einen unmittelbare Kontakte und Gastaufenthalte von Wortführer_innen eine wichtige Rolle, zum zweiten die Weitergabe von Aktionsformen und -symbolen, wie sie etwa bei den deutschen *Demos für Alle*, die sich deutlich am französischen Vorbild orientieren, augenfällig werden (Blum 2015). Gemeinsamkeiten lassen sich – unbeschadet ihrer kontextspezifischen Artikulation – auch für grundlegende Deutungsmuster in den verschiedenen Diskursarenen nachweisen.

An erster Stelle ist hier die Definition des zentralen Begriffs 'Gender-Ideologie' bzw. 'Gender-Theorie' (auch: 'Genderismus', 'Genderwahn' u.ä.) zu nennen, die auf einer Fehlinterpretation queer-feministischer Theoriebildung basiert. Dabei wird häufig auf Judith Butlers Arbeiten (1991; 1995) Bezug genommen, deren

Analyse der Gewaltförmigkeit vergeschlechtlichter Subjektivierungsprozesse mittels einer „undifferenzierte[n], ja sinnverdrehende[n] Wahrnehmung des Begriffs Gender“ (wie es Marschütz 2014 mit Bezug auf die katholische Genderdebatte formuliert) als ‘Abschaffung’ von Geschlecht bzw. als Aufforderung zu einer individuellen, bedingungslosen freien Wahl des eigenen Geschlechts interpretiert werden. Einzelne Elemente aus der poststrukturalistisch-feministischen Theoriebildung – etwa die Kopplung von Geschlecht und Sexualität – werden darüber hinaus aus ihrem Kontext gerissen und in einer Form reartikuliert, die es u.a. erlaubt, Fragen der Sexualerziehung an Bildungseinrichtungen oder die Gleichstellung von LGBTIQ unter dem Begriff Gender zu subsumieren. In diesem Sinn lässt sich mit Sabine Hark und Paula-Irene Villa schließen, dass

„die Kritiker_innen von Gender gewissermaßen verstanden [haben], dass der Begriff auf die – im weitesten Sinn – soziale Beschaffenheit von Geschlecht zielt und damit eine naive simplifizierende Vorstellung von Geschlecht als naturhafte, unveränderliche, an-sich-so-seiende Tatsache jenseits sozialer, kultureller und spezifisch historischer Bedingtheiten überwindet“ (Hark/Villa 2015a: 7).

Darin liegt, wenn man so will, der wahre Kern des Anti-Genderismus, der allerdings absichtlich ins Groteske überzeichnet und auf eine Vielzahl von Gleichstellungspolitiken übertragen wird, die von einem dekonstruktivistischen Verständnis von Geschlecht weit entfernt sind. In der weiteren Analyse des Diskurses wird denn auch deutlich, dass es sich hier nicht um ein einfaches Missverständnis, sondern um eine strategische Fehlinterpretation handelt, die die Ablehnung von Gleichstellungs- und Anti-Diskriminierungspolitiken legitimieren soll.

Gegen das wissenschaftliche Verständnis des Konzepts Gender setzt der Anti-Genderismus das Alltagsverständnis ‘natürlicher’ Zweigeschlechtlichkeit und eine simplifizierte Vorstellung von (Natur-)Wissenschaft als einfaches Entdecken eindeutiger, faktisch gegebener Tatsachen. Die völlige Ignoranz gegenüber aktuellen biologischen Forschungen zum Thema Geschlecht (vgl. dazu Ainsworth 2015), die ein wesentlich komplexeres Bild als schlichte polare Zweigeschlechtlichkeit zeichnen, macht deutlich, dass es sich hier keineswegs um eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen wissenschaftlichen Ansätzen handelt. Vielmehr wird die biologische Wissenschaft als bloße Autorisierungsinstanz angerufen, um der alltagsweltlich und/oder religiös grundierten Argumentation höhere Legitimität zu verleihen (Kuhar 2015). In Verbindung mit der schlichten Negation komplexerer Auffassungen von Wissenschaft als sozialem, nicht zuletzt soziale Realität mit-konstituierendem Unterfangen wird hier die grundlegend anti-intellektuelle Ausrichtung der anti-genderistischen Argumentation deutlich, die sie als eine Form des rechts-populistischen Diskurses hervortreten lässt.

Zentrale Argumentationsfiguren, die sich in unterschiedlichen nationalen und lokalen Kontexten artikulieren, gruppieren sich um den ‘Schutz der Familie’ (sprich: der naturalisierten, heterosexuellen Kleinfamilie) und den ‘Schutz der Kinder’ (Schmincke 2015). ‘Die Familie’ stellt dabei einen ganz zentralen diskursiven Knotenpunkt dar, an den Akteur_innen mit unterschiedlichen ideologischen Hintergründen anknüpfen. Als ‘Keimzelle’ des Staates, der Gesellschaft oder der Nation lässt sie sich a) aus christlicher und rechts-konservativer Perspektive als Verkörperung christlich-konservativer Werte bestimmen, b) aus rechts-populistischer Sicht als notwendige Säule neoliberaler Nutzenlogik – so versteht etwa die AfD die Förderung von Familien als „Investition in unsere gemeinsame Zukunft und wesentliche[n] Teil des Generationenvertrages“ (AfD 2013) – oder c) vor dem Hintergrund rechtsextremer Weltdeutungen als völkisches Bollwerk. In Deutschland lassen sich diese unterschiedlichen Logiken etwa zu den Positionen der CDU (vor allem auf lokaler Ebene), der AfD und der NPD in Beziehung setzen (Blum 2015; Lang 2015). Am Beispiel anti-genderistischer Bedrohungsrhetoriken zum Thema Familie lässt sich besonders deutlich zeigen, dass es in diesem Diskurs um die Wahrung der ‘Selbstverständlichkeit’ heterosexueller und männlicher Privilegien geht, lässt sich doch eine Öffnung des Familien-Begriffs für andere Beziehungskonstellationen nur vor diesem impliziten Hintergrund als ‘bedrohlich’ verstehen. In vergleichbarer Weise kann die Anrufung der Figur des Kindes als bedroht in vielen Fällen offen homophobe Argumentationen ersetzen – wenn auch keineswegs alle Akteur_innen in allen Kontexten von Forderungen nach offener Diskriminierung Abstand nehmen.⁴ Die Figur des ‘Schutzes unserer Kinder’ erfüllt jedoch nicht nur die Funktion, Homophobie in einer Form zu artikulieren, die sich mit scheinbarer Liberalität verträgt, sie wird zudem in vielen Fällen – besonders dann, wenn es gegen Sexualerziehung geht – an vermeintliche ‘Elternrechte’ in Bezug auf die Erziehung von Kindern gekoppelt. Über die „Chiffre Kind“ (Schmincke 2015) wird hier also das Verhältnis von Staat und privatem Bereich verhandelt und einer Re-Privatisierung von Erziehung das Wort geredet.

Die in der Verteidigung der ‘Elternrechte’ bereits anklingende Argumentation, dass ‘Genderismus’ die Bürger_innen bevormunde, findet sich in zugespitzter

4 Als besonders deutliches Beispiel lässt sich hier der russische ‘Ani-Genderismus’ anführen, der die Diffamierung von LGBTIQ-Personen nicht zuletzt als Mittel der rhetorischen Abgrenzung von Europa einsetzt (Moss i.E.). Im Unterschied dazu versuchte etwa die französische LMPD auch LGBTIQ-Personen als Zeug_innen ihrer offenen Haltung zu gewinnen (Brustier 2015).

Form im Vorwurf eines neuen Totalitarismus. Häufig wird diese Unterstellung an inter- bzw. supranationale Organisationen – die EU, die UNO oder auch die WHO – adressiert, oft aber auch gegen nur vaguely definierte Eliten – ‘die Genderisten’ – gerichtet. Diese rhetorische Figur, wonach die ‘Gender-Ideologie’ in totalitärer Weise die Gesellschaft umgestalten möchte und das Leben jedes einzelnen zu dominieren beabsichtigt, lässt sich je nach nationalem Kontext unterschiedlich artikulieren: als anti-europäische Haltung (besonders in Russland zentral; vgl. Moss i.E.), als Anti-EU-Rhetorik (wie sie u.a. in rechtspopulistischen Diskursen eine zentrale Rolle spielt; vgl. Mayer/Sauer i.E.), als Anti-Amerikanismus (Ganz 2015) oder als Wiederkehr eines totalitären Sozialismus, seltener auch mit Bezug auf Faschismus oder Nationalsozialismus. Letztere Argumentationslinie wird vor allem aber nicht nur in post-kommunistischen Staaten eingesetzt. So bezeichnete etwa der ultrakonservative polnische Priester Dariusz Oko Gender als „an evil worse than Nazism and Communism“ (Graff 2014: 433). Hier wird auch die Bedeutung der Wortkreation ‘Gender-Ideologie’ deutlich, die durch ein dem Alltagsdiskurs entlehntes Verständnis von Ideologie – nämlich falsches Bewusstsein mit dem Zweck der Manipulation – diese Analogien plausibilisiert. In jedem Fall geht es im Vorwurf des Totalitarismus um die Betonung nationaler Souveränität und die Ablehnung staatlicher Eingriffe in die Privatsphäre.

Dem Anti-Genderismus gelingt es partielle Übereinstimmungen zwischen äußerst elitären, ultrakonservativen Organisationen wie etwa dem internationalen rechts-katholisch und auf ein adliges Klientel ausgerichteten Verband *Tradition, Familie, Privateigentum* (TFP) und rechtspopulistischen Gruppen, die sich als unmittelbare Vertretung der ‘kleinen Leute’ inszenieren, zu schaffen. Besonders die bereits erwähnten Diskursstränge des Anti-Intellektualismus und Anti-Elitismus stimmen mit rechtspopulistischen Argumentationslogiken überein. Rechtspopulismus ist durch die diskursive Konstruktion eines doppelten Antagonismus gekennzeichnet, der sich als Gegensatz zu Eliten (beispielsweise nationale Regierungen, internationale Organisationen) einerseits und Gruppen von ‘Anderen’ (beispielsweise LGBTIQ, Feministinnen, Alleinerziehende) andererseits fassen lässt (Reinfeldt 2000: 133). Umgekehrt beansprucht der Rechtspopulismus für sich, seine Adressat_innen – die ‘normalen Männer und Frauen’, die heterosexuellen Familien und ‘besorgten Eltern’ – unmittelbar zu vertreten, indem er diesen doppelten Kampf – gegen ‘die da oben’ und gegen ‘die da draußen’ – für sie führt. Diese Struktur liegt dem unversöhnlichen, einer Aushandlung von Interessen nicht zugänglichen Charakter anti-genderistischer Diskurse zu Grunde (Herrmann 2015), die – auch wenn sich der Protest an konkreten politischen Maßnahmen entzündet – immer auf die gesellschaftliche Re-

gulierung von Geschlechterverhältnissen und Sexualitäten insgesamt zielen. Im Anti-Genderismus konkretisiert sich damit – vergleichbar dem Antifeminismus an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert (Weiss 2015) – eine anti-moderne Haltung, die eine umfassende Bedrohung konstruiert. Über den Bezugspunkt Familie wird die ‘Gender-Ideologie’ zur Bedrohung des Individuums, des Staates und der Gesellschaft insgesamt. Insbesondere bei rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteur_innen wird dieser Argumentationsgang zu einer Bedrohung des ‘Volkes’ qua demographischem Verfall weitergeführt, womit der Anti-Genderismus an rassistische und insbesondere anti-muslimische Bedrohungsszenarien anschlussfähig wird (Mayer/Sauer i.E.). An dieser Stelle muss allerdings auch auf die Breite und Varianz der Positionen anti-genderistischer Akteur_innen verwiesen werden: Während sich u.a. im deutschsprachigen Raum, wo rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte zu wesentlichen Träger_innen des Diskurses zählen, diese Kopplung häufig nachweisen lässt, lassen sich in Frankreich auch Versuche beobachten, mit konservativen Positionen in Bezug auf Gender-Politiken gerade migrantische Arbeiterfamilien als Wähler_innen zu gewinnen (Brustier 2015).

Anti-Genderismus und Demokratie. Europäische Perspektiven

Die Analyse anti-genderistischer Narrative konnte einige der Bedingungen und Charakteristika von deren erfolgreicher transnationaler Verbreitung aufzeigen – auch wenn die jeweiligen, hier weitgehend ausgeblendeten, nationalen Kontexte konkrete Akteurskonstellationen, Themen und diskursive Strategien beeinflussen. Die Opposition gegen die ‘Gender-Ideologie’ vereint national wie auch international Akteur_innen mit ganz unterschiedlichen religiösen und/oder politischen Hintergründen, die bei anderen Fragen deutliche ideologische Differenzen aufweisen. Gerade die inhaltliche Unbestimmtheit anti-genderistischer Diskurse, die Funktion von ‘Gender’ als leerem Signifikanten (Laclau 1996: 36) erlaubt es diesen Akteur_innen, mit ihren je unterschiedlichen Anliegen daran anzuknüpfen und diese Anliegen als Teil eines umfassenden Bedrohungsdiskurses zu reartikulieren. Anti-Genderismus ermöglicht es somit, auf bestehende – etwa kirchliche oder parteigebundene – Netzwerke aufzubauen und diese vor allem im Kampf gegen die kulturrevolutionären Veränderungen der 1968er miteinander zu verbinden. Zudem bleibt der Diskurs beinahe unbegrenzt erweiterbar, da immer neue – vage mit Regulierungen von Geschlecht und Sexualität in Verbindung stehende – Themen adressiert werden können, die in der Perspektive der rechten Kräfte eine moralische, aber auch politische Wende nötig machen.

Der Diskurs des Anti-Genderismus erweist sich zudem – unbeschadet seines katholischen Hintergrunds – als anpassungsfähig und in mehrfacher Hinsicht anschlussfähig. Er bestätigt ‘Gewissheiten’, also Elemente von Alltagsdiskursen im Hinblick auf die ‘Natürlichkeit’ von Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität ebenso wie im Hinblick auf ein Alltagsverständnis von Wissenschaft als vermeintliche Entdeckung objektiver Wahrheiten. Der Kontrast zu den Gender Studies, die sich nicht zuletzt der De-Naturalisierung von Geschlecht und der Kritik simplifizierender ‘Wahrheiten’ verschrieben haben, könnte kaum größer sein. In anti-genderistischen Darstellungen wird die tatsächliche Komplexität geschlechterkritischer Ansätze in diffamierender Absicht betont. Dies erfolgt nicht zuletzt durch die konsequente Nutzung des englischen Begriffs ‘Gender’ – und zwar auch in Kontexten, in denen die kritische Geschlechterforschung selbst mit Übersetzungen arbeitet (Mađarova 2015). Jenseits der Alltagssprache angesiedelt und der breiten Öffentlichkeit meist nur in Umrissen bekannt, eignet sich ‘Gender’ für die Aufladung mit unterschiedlichen Inhalten und Assoziationen. Dieser Anti-Intellectualismus und die Anlehnung an Alltagsdiskurse sind auch Teil des Erfolgs von Anti-Genderismus als rechtspopulistische Argumentationsstrategie, die diesen Diskurs mit umfassenden, rassistischen Bedrohungsszenarien verknüpfen.

Die Anti-Genderismus-Debatte reformuliert und expliziert einen ‘alten’ sexistischen Rassismus in neuer Weise: In der Verbindung von Anti-Genderismus und vehementer Abgrenzung vom Islam – letztere nicht zuletzt als Antagonismus von Konstruktionen des vermeintlich gleichberechtigten und emanzipierten Okzidents und des frauenunterdrückenden, intoleranten Orients begründet – wird die Funktion von Geschlechterordnungen als ein Mechanismus nationaler bzw. europäischer Ab- und Eingrenzung besonders deutlich (Yuval-Davis 1997). Während die formale Gleichberechtigung als Abgrenzung gegenüber den ‘Anderen’ in Stellung gebracht wird, bestätigt der Anti-Genderismus traditionelle Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse als Bedingung für die biologische und kulturelle Reproduktion der jeweiligen nationalen Gemeinschaft nicht nur in neuartiger Weise, sondern gleichsam ‘modernisiert’ als Ablehnung nationaler Gleichstellungspolitiken sowie der Anti-Diskriminierungs-Richtlinien der Europäischen Union. Anti-Genderismus eignet sich somit als Fokus rechter Kräfte, um die Legitimations- und Repräsentationskrise liberaler Demokratie in Europa zu nutzen und ihr autoritäres Projekt voran zu treiben: Gender dient als Trägerteil dieses Prozesses.

Anti-Genderismus lässt sich schließlich auch als modernisierter Anti-Feminismus verstehen, der zumeist nicht offen die Unterordnung von Frauen propagiert,

sondern seine Gegnerschaft auf neuere queer-feministische Ansätze und die darin betriebene De-Naturalisierung von Geschlecht konzentriert. Auch wenn die inhaltliche Unbestimmtheit dieser Diskurse sie 'wuchern' lässt und durchaus auch Themen und Argumentationsfiguren des 'alten' Anti-Feminismus auftauchen, ist in vielen Fällen gerade die rhetorische Bestätigung der Gleichwertigkeit oder sogar der Gleichberechtigung der Geschlechter eine Erfolgsbedingung für den autoritären Anti-Genderismus. In vergleichbarer Weise – wenn auch weniger konsequent – arbeiten anti-genderistische Akteur_innen an der Transformation homophober Diskurse. Anstatt die Diskriminierung von LGBTIQ-Personen zu fordern, werden Schutz und (vermeintliche) Rechte von Kindern – etwa auf ein heterosexuelles Elternpaar – ins Zentrum gestellt. Durch diese argumentativen Verschiebungen kann sich Anti-Genderismus je nach kontextueller Notwendigkeit inszenieren und unterschiedliche Personengruppen adressieren.

Die vielfältigen Andockmöglichkeiten, die anti-genderistische Diskurse ganz unterschiedlichen Akteur_innen bieten, die Unterstützung durch kirchliche Institutionen und die thematische wie argumentative Wandlungsfähigkeit lassen es wahrscheinlich erscheinen, dass anti-genderistische Mobilisierungen in europäischen Ländern bis auf weiteres auf der Tagesordnung bleiben. Ja mehr, die diskursiven Logiken und Deutungsmuster fügen sich zu einem rechten politischen Projekt zusammen, das den neo-liberalen Umbau europäischer Gesellschaften mit pseudo-antikapitalistischen und vermeintlich anti-elitären Argumenten kritisiert, zugleich aber diesen Kulturkampf gegen kulturkritische und emanzipatorische Bewegungen seit den 1960er und 1970er Jahren zur Vertiefung ökonomischer und sozialer Ungleichheit nutzt.

Anti-Genderismus dient den sich europaweit organisierenden autoritären, rechtsextremen Kräften dazu, in ihrem Kampf um Hegemonie, Deutungsmacht und politische Macht Grundsätze der Gleichberechtigung, der Nicht-Diskriminierung und Selbstbestimmung radikal in Frage zu stellen. Dieser wieder belebte autoritäre Populismus (Stuart Hall) strebt die Re-Naturalisierung gesellschaftlicher Ordnung an, die Neuinstallierung natürlicher Ungleichheit des Menschen als Legitimation nicht allein dafür, dass liberale Demokratie als politisches System in Europa gescheitert sei, sondern dass Demokratie im Sinne von Selbstbestimmung aufgrund der fundamentalen Ungleichheit der Menschen prinzipiell unmöglich sei. Europäischen aber auch nationalen Gleichstellungspolitiken wird somit jegliche Legitimität angesprochen, aber mehr noch: Demokratie als „Kooperation und Selbstkoordination der Menschen, mit denen sie ihr alltägliches Leben organisieren und gemeinsam miteinander erhalten“ (Demirović 2016: 300) gerät ins Denkmögliche. Soziale Demokratie, verstanden als die

Durchsetzung von Gleichheit in allen Lebens- und Arbeitsverhältnissen, wird durch den anti-egalitären und exkludierenden Anti-Genderismus grundsätzlich diskreditiert. Demgegenüber erscheint die Idee einer autoritären Setzung des 'Volkes' im exklusiven rechtspopulistischen Sinne, eines Volkes, das nicht nur 'natürlich' homogen auf der Basis von pseudo-natürlicher Zweigeschlechtlichkeit und Heteronormativität sei, sondern das auch das Opfer von Eliten, Intellektuellen und äußeren Feinden sei und das daher Schutz und Führung brauche.

Gegen dieses dystopische Bild einer rechtsextremen Re-Organisation europäischer Demokratien (oder besser: dessen, was von ihnen geblieben ist) lässt sich Anti-Genderismus allerdings auch als Chance für eine (Re-)Politisierung von Gender im Rahmen von Gender Studies und Geschlechterpolitiken verstehen. Die diffamierende Rhetorik des Anti-Genderismus erinnert auf, wenn auch verquere Weise daran, dass Gender als Konzept mit dem Ziel der (wissenschaftlichen wie politischen) Verunsicherung starrer Geschlechterordnungen entwickelt wurde (Hark/Villa 2015b). Queer-feministische Politiken streben zwar mitnichten einen geschlechtslosen Menschen an – sehr wohl aber eine Welt, in der 'Geschlecht' keine relevante Kategorie im Sinne eines 'Platzanweisers' im sozialen Raum mehr darstellt und in der unterschiedlichste Formen von Geschlechtlichkeit, Sexualität und Beziehungen lebbar sind. Es gilt, den Kampf um Hegemonie in diesem Sinne weiterzuführen. Dies ist auch eine Perspektive für eine Demokratisierung einer im „autoritären Etatismus“ erstarrten EU (Kannankulam 2016) – eine Demokratisierung der Lebensweisen und aus den Lebenswelten der Menschen heraus, auch eine Demokratisierung von Geschlechter- und Sexualitätsverhältnissen.

Literatur

- AfD (2013): Programm für die Bundestagswahl 2013, online: [http://www.alternative-fuer.de/programm-hintergrund/programm/ \[02.05.2015\]](http://www.alternative-fuer.de/programm-hintergrund/programm/ [02.05.2015]).
- Ainsworth, Claire (2015): Sex redefined, in: Nature 518, online: [http://www.nature.com/news/sex-redefined-1.16943 \[28.04.2016\]](http://www.nature.com/news/sex-redefined-1.16943 [28.04.2016]).
- Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (2014): Bericht über den EU-Fahrplan zur Bekämpfung von Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität (2013/2183(INI)), A7-0009/2014, online: [http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2014-0009+0+DOC+XML+V0//DE \[02.05.2016\]](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2014-0009+0+DOC+XML+V0//DE [02.05.2016]).
- Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (2013): Bericht über sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte (2013/2040(INI)), A7-0426/2013, online: <http://www.europarl.europa.eu/sides/get->

- Doc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2013-0426+0+DOC+XML+V0//DE [02.05.2016].
- Blum, Alice (2015): Germany, siehe: Esther Kováts/Maari Põim (Hg.).
- Böll Foundation (2015) (Hg.): *Anti-Gender Movements on the Rise?*, Berlin.
- Brustier, Gaël (2015): France, siehe: Esther Kováts/Maari Põim (Hg.).
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*, Frankfurt am Main.
- (1995): *Körper von Gewicht*, Berlin
- Chołuj, Bożena (2015): ‘Gender-Ideologie’ – ein Schlüsselbegriff des polnischen Anti-Genderismus, siehe: Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hg.)
- Demirović, Alex (2016): *Demokratie – zwischen autoritären Tendenzen und gesellschaftlicher Transformation. Zur Kritik der politischen Demokratie*, in: Alex Demirović (Hg.): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*, Münster.
- Dietze, Gabriele (2015): *Anti-Genderismus intersektional lesen*, in: *Zeitschrift für Medienwissenschaft* 13(2).
- Engel, Jakon/Wodak, Ruth (2013): ‘Calculated ambivalence’ and Holocaust denial in Austria, in: Ruth Wodak/John E. Richardson (Hg.): *Analysing Fascist Discourse. European Fascism in Talk and Text*, New York u.a.
- Farris, Sara (2011): *Die politische Ökonomie des Femonationalismus*, in: *Feministische Studien* 29(2).
- Favier, Anthony (2015): *Catholics and gender. A Historical Approach*, online: http://www.booksandideas.net/IMG/pdf/catholiques_genre_en_relu_final.pdf [25.04.2016].
- Félix, Anikó (2015): Hungary, siehe: Esther Kováts/Maari Põim (Hg.).
- Ganz, Kathrin (2015): *PEGIDA gegen den Gender-Wahn: Rechte Mobilisierung und die Krise sozialer Reproduktion*, in: *Blog Feministische Studien*, online: <http://blog.feministische-studien.de/2015/02/pegida-gegen-den-gender-wahn-rechte-mobilisierung-und-die-krise-sozialer-reproduktion/> [13.04.2016].
- Goffman, Erving (1977): *The Arrangement between the Sexes*, in: *Theory and Society* 4(3).
- Graff, Agnieszka (2014): *Report from the gender trenches: War against ‘genderism’ in Poland*, in: *European Journal of Women’s Studies* 21(4).
- Grzebalska, Weronika (2016): *Why the war on ‘gender ideology’ matters – and not just to feminists. Anti-genderism and the crisis of neoliberal democracy*, in: *Visegrad/Insight*, online: <http://visegradinsight.eu/why-the-war-on-gender-ideology-matters-and-not-just-to-feminists/> [15.04.2016].
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2015) (Hg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld.
- (2015a): „Anti-Genderismus“ – Warum dieses Buch?, siehe: dies. (Hg.).
- (2015b): „Eine Frage an und für unsere Zeit“. *Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse*, siehe: dies. (Hg.).
- Herrmann, Steffen K. (2015): *Politischer Antagonismus und sprachliche Gewalt*, siehe Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hg.).

- Hodžić, Amir/Bijelić, Nataša (2014): Neo-Conservative Threats to Sexual and Reproductive Health & Rights in the European Union, CESI, online: http://www.cesi.hr/attach/_n/neo-conservative_threats_to_srhhr_in_eu.pdf [15.04.2016].
- Kannankulam, John (2016): Der Verfall der Demokratie: Autoritärer Etatismus. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas im Kontext der Finanz- und „Eurokrise“, in: Alex Demirović (Hg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation, Münster.
- Korolczuk, Elżbieta (2015): „The War on Gender“ from a Transnational Perspective – Lessons for Feminist Strategising, siehe: Böll Foundation (Hg.).
- Kováts, Esther/Pöim, Maari (2015) (Hg.): Gender as Symbolic Glue. The Position and Role of Far Right Parties in the Anti-Gender Mobilizations in Europe, Budapest.
- Kuby, Gabriele (2006): Die Gender Revolution – Relativismus in Aktion, Kisslegg.
- Kuhar, Roman (2015): Playing with science: Sexual citizenship and the Roman Catholic Church counter-narratives in Slovenia and Croatia, in: Women's Studies International Forum 49.
- Laclau, Ernesto (1996): Emancipation(s), London/New York
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): Hegemony and Socialist Strategy. [1st ed. 1985], London/New York.
- Lang, Juliane (2015): Familie und Vaterland in der Krise. Der extrem rechte Diskurs um Gender, siehe: Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hg.)
- Maďarová, Zuzana (2015): Love and Fear. Argumentative Strategies Against Gender Equality in Slovakia, siehe: Böll Foundation (Hg.).
- Maihofer, Andrea/Schutzbach, Franziska (2015): Vom Antifeminismus zum 'Anti-Genderismus'. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz, siehe: Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hg.).
- Marschütz, Gerhard (2014): Trojanisches Pferd Gender? Theologische Anmerkungen zur jüngeren Genderdebatte im katholischen Bereich, in: Kerstin Schlögel/Gunter M. Prüller-Jagenteufel (Hg.): Aus Liebe zu Gott – im Dienst an den Menschen: Spirituelle, pastorale und ökumenische Dimensionen der Moralthologie, Münster.
- Mayer, Stefanie/Sauer, Birgit (i.E.): Austria. 'Gender Ideology' – Building Coalitions around an Empty Signifier, siehe: David Paternotte/Roman Kuhar (Hg.).
- Mayer, Stefanie/Šori, Iztok/Sauer, Birgit (2015): Gendering 'the people'. Heteronormativity and 'ethnomasochism' in populist imaginary, in: Maria Ranieri (Hg.): Populism, Media and Education. Challenging discrimination in contemporary digital societies, London.
- Meret, Susi (2015): Charismatic female leadership and gender: Pia Kjærsgaard and the Danish People's Party, in: Patterns of Prejudice 49(1-2).
- Moss, Kevin (i.E.): Gender Ideology and Geopolitics: the Role of Russia, siehe David Paternotte/Roman Kuhar (Hg.).
- Päpstlicher Rat für die Familie (2000): Ehe, Familie und „faktische Lebensgemeinschaften“, online: http://www.vatican.va/roman_curia/pontifical_councils/family/documents/rc_pc_family_doc_20001109_de-facto-unions_ge.html [28.04.2016].

- (2007): *Lexikon Familie. Mehrdeutige und umstrittene Begriffe zu Familie, Leben und ethischen Fragen.* Paderborn u.a.
- Paternotte, David (2014): *Christian Trouble: The Catholic Church and the Subversion of Gender*, Council for European Studies, Reviews & Critical Commentary, online: <http://councilforeuropeanstudies.org/critcom/christian-trouble-the-catholic-church-and-the-subversion-of-gender/> [15.04.2016].
- Paternotte, David (2015): *Blessing the Crowds. Catholic Mobilisations against Gender in Europe*, siehe Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hg.).
- Paternotte, David/Kuhar, Roman (i.E.) (Hg.): *Anti-Gender Crusades in Europe*, Lanham, MD.
- Pohl, Rolf (2013): *Die feindselige Sprache des Ressentiments. Über Antifeminismus und Weiblichkeitsabwehr in männerrechtlichen Diskursen*, in: *L'Homme* 24(1).
- Reinfeldt, Sebastian (2000): *Nicht-wir und Die-da. Studien zum rechten Populismus*, Wien.
- Rosenkranz, Barbara (2008): *MenschInnen. Gender-Mainstreaming. Auf dem Weg zum geschlechtslosen Menschen*, Graz.
- Schmincke, Imke (2015), *Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzungen am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland*, siehe: Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hg.).
- Stambolis-Ruhstorfer, Michael/Tricou, Josselin (i.E.): *Resisting 'Gender Theory' in France: A Fulcrum for Religious Action in a Secular Society*, siehe: David Paternotte/Roman Kuhar (Hg.).
- Voss, Heinz-Jürgen (2016): *Geschlecht machen: Gender-Ideologie in Deutschland*, in: *Tagesspiegel* 25.04., online: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/geschlecht-machen-gender-ideologie-in-deutschland/13497620.html> [29.04.2016].
- Weiss, Alexandra (2013): *„Geschlechterkampf“ – Inszenierungen von Frauenmacht und Männerleid*, in: Birgit Riegraf u.a. (Hg.): *Geschlechterverhältnisse und neue Öffentlichkeiten. Feministische Perspektiven*, Münster.
- (2015): *Gefährdete Positionen. Antifeminismus als Reaktion auf Krise und Transformation*, in: *derdiedas bildende* (3).
- Wimbauer, Christine/Motakef, Mona/Teschlade, Julia (2015): *Prekäre Selbstverständlichkeiten. Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung*, siehe: Sabine Hark/Paula-Irene Villa (Hg.).
- Yuval-Davis, Nira (1997): *Gender and Nation*, London.

Cornelia Hildebrandt

Zur parteipolitischen Linken in Europa

Zu den entscheidenden Fragen der Linken gehört heute, ob sie in der Lage sind, in einer Zeit grundlegender sozialer, politischer und kultureller Polarisierungen Bedingungen zu schaffen, unter denen eine soziale, demokratische und ökologisch-nachhaltige Entwicklung heutiger Einwanderungsgesellschaften durchsetzbar wird. Welche Strategien entwickeln also die Linken in Europa gegen die fortgesetzten neoliberalen Politikansätze des Demokratie- und Sozialabbaus, gegen den drohenden autoritären, wertekonservativen und nationalistisch geprägten Umbau von Gesellschaften mitten in Europa? Welche Antworten haben sie auf ein mögliches Auseinanderbrechen der EU?

Die Siege Donald Trumps in den USA wie auch der Brexit-Befürworter in Großbritannien verweisen auf tiefe Krisen der politischen Systeme und über diese hinaus auf grundlegende gesellschaftspolitische Umbrüche. Einem „Weiter-so“ der gegenwärtig herrschenden politischen Eliten wird zunehmend die Zustimmung verweigert. An ihre Stelle treten jene, die neue Ausformungen eines „Autoritären Neoliberalismus“ vorantreiben und mit dem Anti-Establishment-Charakter ihrer Kritik, ihre Demokratiefeindlichkeit und mit der „nationalen“ Bindung von Gerechtigkeit, die ihre Menschenfeindlichkeit verdecken.

Gegen diese Politik der neuen nationalkonservativen Antidemokraten gehen europaweit Hunderttausende auf die Straßen, engagieren sich als freiwillige Helfer in der Flüchtlings- und Migrationsarbeit. Aber nur punktuell gelingt es den Linken, wie z.B. gegen das Freihandelsabkommen TTIP, erfolgreich Protest zu formieren. Warum ist das so? Wie steht es also um die Linken, die sich links von der Sozialdemokratie verorten und im politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch auch als „radikale“ Linke beschrieben werden? Zunächst ein Blick auf die politischen Kräfteverhältnisse.

Anmerkungen zu den politischen Kräfteverhältnisse in Europa

Betrachtet man die politischen Entwicklungen in Europa von den 1970er bis Mitte der 1990er Jahre so waren die Sozialdemokraten und Sozialisten in zahlreichen

Ländern der EU wie auch im Europaparlament (EP) die stärkste politische Kraft und stellten in dieser Zeit die Regierungen in Frankreich, Italien, Spanien, Portugal, in Österreich, Griechenland und in den meisten skandinavischen Ländern. In dieser Zeit – allerdings nur bis Mitte der 1980er Jahre – gab es in Europa auch starke kommunistische Parteien. Zu diesen zählten vor allem die italienischen Kommunisten (PCI) mit ihren ca. 1,6 bis 1,8 Millionen Mitgliedern und einem durchschnittlichen Stimmenanteil von rund 27 Prozent in den 1970er/1980er Jahren. Bei den ersten Europawahlen 1979 kamen von den 44 Abgeordneten der Linksfraktion 24 vom PCI und 19 von der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF). Das war auch so bei den Wahlen 1984, wobei die französischen Kommunisten infolge ihrer Regierungsbeteiligung mit den Sozialisten starke Einbußen hinnehmen mussten.

Es gab also zu dieser Zeit neben den starken sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien starke Linksparteien mit einem proeuropäischen Selbstverständnis, so dass Bündnisse zwischen diesen möglich gewesen wären, auch zur Gestaltung einer künftigen Europäischen Union. Zu solchen Bündnissen kam es nicht. Zu den vielschichtigen Gründen gehört auch der wirksame und die Politik prägende Antikommunismus; außerdem standen die schon damals stärksten Parteien der europäischen Sozialisten/Sozialdemokraten die britische Labour-Partei und die deutsche Sozialdemokratie (SPD) – beides Parteien, die auf nationaler Ebene keine linke Konkurrenz befürchten mussten – nicht für derartige Experimente zu Verfügung. Entscheidend für damalige Kräfteverhältnisse blieb das Verhältnis von Sozialdemokraten und Konservativen. Entsprechende Kompromisse spiegeln sich 1986 im Vertrag zur Einheitlichen Europäischen Akte, in dem erstmals eine Kohäsionspolitik formuliert wurde, die den Rückstand der am wenigsten begünstigten Gebiete in den Ländern der EG verringern sollte. Aber auf eine Festschreibung sozialstaatlicher Mindeststandards wurde verzichtet. Dieser Vertrag leitete die Herausbildung eines europäischen Binnenmarktes ein und trägt ebenso wie der Vertrag von Maastricht 1992 die Unterschriften von Sozialdemokraten, darunter jene der PASOK, der italienischen, französischen, portugiesischen und spanischen Sozialisten; d.h. von Beginn an waren neben den Konservativen auch die Sozialdemokraten als stärkste Kraft auf europäischer Ebene maßgeblich an der Konstituierung der heutigen EU-Architektur beteiligt.

All dies vollzog sich in einer Zeit, in der sich die Krise der radikalen Linken – Ost wie West seit Mitte der 1980er Jahre sichtbar – ankündigte und mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus auf die gesamte kommunistische und sozialistische Bewegung ausweitete und vertiefte. Also gerade zum Beginn der 1990er

Jahre, als es darum ging, den europäischen Integrationsprozess zu erweitern und zu vertiefen, waren die Linksparteien in Europa kaum handlungsfähig. Sie waren tief gespalten zwischen jenen, die nach einer Alternative zum sowjetischen Weg zum Sozialismus suchten, und jenen, die trotz Zusammenbruch am bisherigen Weg und entsprechenden Positionen festhielten. Dazu zählte die grundsätzliche Ablehnung zunächst der EG als imperialistisches Machtinstrument der Konzerne und Monopole (vgl. Hildebrandt 2010: 77ff).

Dies spiegelte sich auch in der Spaltung der linken Fraktion im Europaparlament 1989 in eine eher eurokommunistisch ausgerichtete Fraktion Vereinte Europäische Linke (VEL) und einer eher am bisherigen Entwicklungsweg und kommunistischen Selbstverständnis festhaltenden Koalition der Linken (KdL). In der letztgenannten Fraktion mit 14 Abgeordneten waren die kommunistischen Parteien aus Frankreich (PCF), Griechenland (KKE) und Portugal (PCP) sowie die Arbeiterpartei aus Irland vereint. In der Fraktion VEL arbeiteten zunächst 28 Abgeordnete der Sozialistischen Volkspartei (SF) aus Dänemark, der italienischen kommunistischen Partei (PCI), der Vereinten Linken Spaniens (IU) und dem Synaspismos (SYN) aus Griechenland zusammen. Diese Fraktion musste sich jedoch infolge der Transformation der italienischen Kommunistischen zum „Partito Democratico della Sinistra“ (*Demokratischen Partei der Linken*, PDS) und dessen Übertritt zur Fraktion der Sozialdemokraten auflösen. Bei den darauffolgenden Wahlen halbierte sich die Anzahl der Abgeordneten der Linksparteien. Anfang der 1990er Jahre zählen einerseits die spanische *Izquierda Unida* (IU), die französischen Kommunisten, der 1992 gegründete Synaspismos und andererseits die kommunistische Partei Griechenlands (KKE) sowie die portugiesischen Kommunisten zu den starken Linksparteien in Europa.

Zum Ende der 1990er Jahre kam es erneut zu einer Phase erstarkender sozialdemokratischer Parteien in Europa, darunter die britische Labour-Party, die deutschen Sozialdemokraten (SPD), die spanischen und portugiesischen Sozialisten, die PASOK. So wurden – für einen kurzen Moment – völlig unterschiedliche Projekte der Sozialdemokratie im politischen Raum sichtbar: Die französischen Kommunisten konnten am Beginn ihrer Regierungsbeteiligung mit den Sozialisten als „Gauche plurielle“ – der ersten Regierung von Jospin mit Martine Aubry – 1997 Forderungen sozialer Gerechtigkeit, der Umverteilung und Reduzierung der Arbeitszeit die 35-Stunden-Woche durchsetzen. Gleichzeitig erfolgte die Privatisierung nationalstaatlicher Unternehmen. Ein Jahr später war in Deutschland die SPD mit Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder erfolgreich, die beide unterschiedliche Projekte der Sozialdemokratie verkörperten: Lafontaine stand für die Fortsetzung klassischer sozialdemokratischer Politikansätze und forderte

Korrekturen der Kohlschen Politik: Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, sozialversicherungsabgesicherte Arbeitsverhältnisse oder staatliche Investitionspolitik. Gerhard Schröder begab sich mit Tony Blair auf den Weg zur neuen Mitte. Mit ihrem 1999 veröffentlichten Strategiepapier wurde im Namen der Modernisierung der Sozialdemokratie ein „Dritter Weg“ vorgeschlagen, der den Übergang von einer auf Ausgleich und weitgehenden Gleichheit der Lebensverhältnisse ausgerichteten Sozialstaatlichkeit zu neoliberaler Wettbewerbsstaatlichkeit vorbereitete. Mit der so geformten Modernität sollte auf die strukturellen gesellschaftlichen Umbrüche und die sich herausbildende Globalisierung reagiert werden. Es sollten angesichts der sich auflösenden sozialdemokratischen Milieus Wähler gewonnen werden, die sich eher in der Mitte der Gesellschaft positionierten.

Diese Neuausrichtung der Sozialdemokratie wurde trotz härtester Kontroversen zur bestimmenden Position in Europa, die ihre europäische Konkretion in der Strategie von Lissabon fand und deren nationale Übersetzung in Deutschland mit der Agenda 2010 von Sozialdemokraten heute als *das* Erfolgskonzept für die Stabilität Deutschlands innerhalb der EU gepriesen wird.

Der Rückbau sozialstaatlicher Sicherungen und Standards, die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsmärkte wurde bereits vor der Krise 2008/2009 von allen Regierungen betrieben und ggf. mit Verweis auf die europäischen Verträge – insbesondere der Schuldenbremse – durchgesetzt. Welche Partei auch immer die Bearbeitung der Krisen mit Maßnahmen der Kürzung von Sozialausgaben, des Rückbaus sozialstaatlicher Leistungen oder die Privatisierung der Daseinsvorsorge fortsetzte, wurde abgewählt oder musste zurücktreten; es kam zu vorgezogenen Wahlen oder zur Herausbildung von technokratischen Regierungen wie in Italien. Die Demokratie konstituierenden Prozesse des Wählens und Abwählens ohne Änderung der Politik, ergänzt um den Abbau demokratischer Institutionen zugunsten der Exekutive, vertieften die Krise der repräsentativen Demokratie. Die ohnehin als Postdemokratie verschriene parlamentarische Demokratie, deren Fassade kaum noch ihre grundlegenden Defizite verdecken konnte, wird nunmehr durch Vertreter sozialistischer Parteien abgebaut. Es ist der Sozialist Hollande, der den Ausnahmezustand nach dem Attentat von Nizza bis zum Januar 2017 verlängern lässt. Er, der Sozialist, setzt die Reform des Arbeitsmarktes unter Umgehung des Parlaments mittels Verfassungsklausel (Artikel 49, Abs. 3) durch. Der Vorsitzende des Partido Democratico (PD) in Italien, der sich den sozialdemokratischen Parteien in Europa zurechnet, wollte per Referendum das politische System zur Präsidialdemokratie umbauen. Zur gleichen Zeit setzt sich Jeremy Corbyn mit der neoliberalen Austeritätspolitik seiner Labour-Partei auseinander. Ob er jedoch den Kampf gegen das parteieigene Establishment

so führen kann, dass eine erneuerte mobilisierte und erweiterte Parteibasis die Parteiführung zum Politikwechsel zwingen wird, ist offen.

Derzeit ist das eigenständige Profil sozialdemokratischer/sozialistischer Parteien in Europa kaum noch erkennbar, ebenso wenig die Suche nach einem neuen Klassenkompromiss oder sozialer Gerechtigkeit als Ziel sozialdemokratischer Politik. In der Grundrichtung europäisch und national durchgesetzter Sparpolitiken und im Umgang mit den demokratischen Institutionen gibt es zwischen Konservativen oder Sozialdemokraten kaum Unterschiede.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass der Wähleranteil der Sozialdemokraten/Sozialisten auf europäischer Ebene von Mitte der 1990er von knapp 35 auf 25 Prozent 2009 schrumpfte. Dieser Wert bestätigte sich bei den Europawahlen 2014 und den darauffolgenden nationalen Wahlen. Dieser Rückgang vollzieht sich bei den skandinavischen sozialdemokratischen Parteien noch auf hohem Niveau. Dennoch sind auch dort diese Parteien längst dabei, ihre führende und politisch bestimmende Rolle zu verlieren. So kommen die schwedischen Sozialdemokraten, die bis Mitte der 1990er Jahre mit über 40 Prozent *die* politisch führende Kraft waren, 2016 „nur“ noch auf einen Anteil um 30 Prozent. Lediglich in 10 Ländern erreichen die Sozialdemokraten noch jeden vierten Wähler.

In den Kernländern der EU wie Deutschland, Frankreich und Österreich drohen sie abzustürzen. Seit der Krise 2008/2009 bleiben sie in Österreich und Deutschland unter 30 Prozent. Das gilt auch für Finnland seit 2011 und für die tschechischen Sozialdemokraten (CSSD) – die einzige sozialdemokratische Partei der postsozialistischen Länder, die sich nicht aus den Kadern der früheren kommunistischen Partei rekrutierte, sondern deren erste Generation aus der Bürgerbewegung kam. Die bulgarischen und slowakischen Sozialdemokraten taumeln und die polnischen Sozialdemokraten (SLD) sind erstmalig seit 1945 nicht mehr im Parlament vertreten.

Klar ist, dass das Festhalten an der Politik der Austerität, des Sozial- und Demokratieabbaus nicht nur sozialdemokratische oder sozialistische Parteien in Europa an den Rand ihrer Existenz bringt, indem sie das sozialdemokratische Kernprojekt – eine auf Ausgleich bezogene Sozialstaatlichkeit – preisgegeben haben, sondern inzwischen auch die konservativen Parteien in Bedrängnis bringt. Bereits bei den Europawahlen wie auch bei nachfolgenden nationalen Wahlen wird dieser Trend sichtbar. Die gemäßigten Konservativen verloren mehr als 6 Prozent, die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien wuchsen und stabilisieren ihre Positionen, zum Teil über die Werte der EU-Wahlen 2014 hinaus.

Die Frage ist, ob dieser Trend gestoppt werden kann. Kann eine radikale Linke auf Sozialisten und Sozialdemokraten derart Druck ausüben, dass sie ihre

Funktion als Parteien für soziale Gerechtigkeit und Demokratie wahrnehmen? Ist eine Abkehr von neoliberaler Austeritätspolitik möglich? Was sind die Bedingungen für einen Erfolg, und was bedeutet das Scheitern bzw. die Pasokisierung der Sozialdemokratie für die radikale Linke?

Betrachtet man die Parteien der radikalen Linken in den Ländern der EU, so stellt sich ihre Situation völlig unterschiedlich dar. Lediglich in Griechenland – und hier mit nachlassender Kraft – ist sie hegemoniefähig und versucht unter dem Diktat und der Kontrolle der Troika ihren Anspruch auf sozialen Ausgleich und Mindestabsicherungen aufrechtzuhalten. Der portugiesische Linksblock (Bloco) toleriert die sozialistische Minderheitsregierung unter den Bedingungen der Beendigung der Lohn- und Rentenkürzungen, einer Wiederherstellung von Leistungskürzungen und von Arbeitnehmerrechten (Tarifverträge) sowie eines Stopps von Privatisierungen. Ähnlich wie im Syriza-Programm von Thessaloniki, das auf die Verhinderung einer humanitären Katastrophe ausgerichtet war, steht auch für den Bloco ein Aktionsplan gegen Prekarisierung im Zentrum. Ein grundlegender Richtungswechsel ist weder in Griechenland noch in Portugal durchsetzbar.

Die Unterstützung durch soziale Bewegungen ist derzeit kaum gegeben; der Bewegungszyklus hatte seinen Höhepunkt zwischen 2010 und 2012. Der vereinten Linken in Spanien mit IU und Podemos steht eine gespaltene PSOE gegenüber, sodass ein Politik- und Regierungswechsel unmöglich wurde. In Finnland wollte das Linksbündnis die Austeritätsmaßnahmen nicht mehr mittragen und verließ 2011 die Sechs-Parteien-Koalition. Aus gleichem Grunde beendete die Rotgrüne Einheitsliste in Dänemark die Tolerierung. In allen anderen Ländern der EU stellt sich derzeit die Frage nach linken Allianzen mit Sozialisten/Sozialdemokraten oder Grünen nur partiell, zum Teil auf regionaler oder kommunaler Ebene wie in Spanien, in Deutschland, in Tschechien. Wobei gerade das Regieren in Kommunen Lernräume für Linke bietet und erlaubt, über die Grenzen von Parlamenten hinauszugehen und alternative, solidarische Praxen zu entwickeln.

In den Kernländern der EU stagniert die Entwicklung der Linksparteien. Immerhin stehen DIE LINKE in Deutschland und die SP der Niederlande stabil bei ca. 8 bis 10 Prozent. Als stabile Parteien gelten Sinn Fein in Irland und, mit Einschränkung vor dem Hintergrund der Überalterung, die KSCM mit Wahlergebnissen zwischen 10 und 15 Prozent. Im einstelligen Bereich bewegen sich zwischen 5 und 8 Prozent die dänische Einheitsliste, die schwedische Linkspartei, die finnische Linksalianz, die Front de Gauche – wobei diese mit ihrem Präsidentschaftskandidaten Luc Mélenchon bei Wahlumfragen bei ca. 15 Prozent liegt. Zu den kleineren stabilen Parteien zählt die Linkspartei in Luxemburg mit ca.

5 Prozent. Zu den interessanten Entwicklungen in postsozialistischen Ländern zählt neben der linken Allianz in Slowenien auch die polnische RAZEM, die sich stark an Podemos orientiert und sich der klassischen Links-rechts-Verortung verweigert. Bemerkenswert sind die Versuche zur Bildung von neuen Allianzen in Österreich u.a. mit „Aufbruch“ und Mosaik-Linken. In Italien scheitern diese Versuche immer wieder neu an der Bestimmung des Verhältnisses zum Partito Democratico.

Keine gesellschaftlich relevanten Linksparteien gibt es bis heute in Belgien, auf Malta, in den baltischen Ländern, in Ungarn, Bulgarien, Rumänien, wobei gerade in Polen und Rumänien gesellschaftliche Proteste seit 2015 zunehmen. In Großbritannien erschwert das Wahlsystem die Herausbildung neuer Parteien. Die schottische SNP muss aufgrund ihrer auf Schottland fokussierten Politikansätze trotz linker Politikangebote besonders betrachtet werden.

Zu den Akteuren radikalen Linken auf der europäischen Ebene

Die Parteien der radikalen Linken in Europa, und so auch ihr europäischer Zusammenschluss in der Europäischen Linkspartei (EL) profitieren nicht von der von ihnen vorhergesagten und sich gegenwärtig vertiefenden Krisen des Kapitalismus, der Krise des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Reproduktion der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen, der Legitimations- und Demokratiekrise und der Gewährleistung von Sicherheit vor Kriegen und Terror. Ihre Schwäche resultiert aus der fehlenden Strategie europäisch und global entwickelter Alternativen, einer fehlenden attraktiven und mobilisierenden Erzählung über ein alternatives Gesellschaftsprojekt. Das Scheitern des Staatssozialismus wirkt in den biographischen Brüchen nicht nur der Linken, sondern in einem Großteil der postsozialistischen Gesellschaften nach. Auch das lateinamerikanische Versprechen des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ war letztlich nicht einlösbar. Kein Sozialismus-Projekt im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation war bisher erfolgreich, keines besitzt derzeit wirkliche Ausstrahlungskraft.

Die in Europa vorherrschende Dynamik geht von den Parteien der politischen Rechten aus. Sie bestimmen maßgeblich die Agenda und verschieben diese sichtbar auf den Feldern der Außen-, Sicherheits-, Abschottungspolitik bei gleichzeitiger Verschärfung ordoliberaler Wirtschaftspolitiken. Gleichwohl gelang es, getragen durch anhaltende europaweite Proteste gegen die TTIP und CETA, zumindest die Verhandlungen zu TTIP zu stoppen.

Welche Rolle spielt in diesen Kämpfen die europäische politische Linke, d.h. die Europäische Linkspartei (EL) und die Fraktion der Europäischen Linken,

GUE/NGL? Wie gelingt es diesen, auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts programmatisch, strategisch mit konkreten Projekten zu antworten?

Zur Europäischen Linkspartei

Die 2005 in Rom gegründete Europäische Linkspartei (EL) vereint über die EU hinaus 31 Mitglieder- und Beobachterparteien. Sie lässt auch individuelle Mitgliedschaften zu, die jedoch keine Rolle spielen. Die EL vereint unterschiedliche, zum Teil gegensätzliche politische und soziale Formationen, verschieden in Politik, Programmatik, Weltanschauung, unterschiedlich in ihrer Verankerung und regionalen Bindung, ihren historischen Erfahrungen und Einstellungen zur EU. 12 der 25 Mitgliederparteien sind im Europaparlament vertreten und stellen 21 von 52 Mitgliedern der Linken Fraktion GUE/NLG. Die EL ist im Vergleich zur Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) mit 32 Mitgliederparteien und der Grünen Europäischen Partei mit 39 Mitgliederparteien ähnlich stark, nur ist ihre parlamentarische Verankerung im Vergleich zur SPE deutlich geringer: Mehr als die Hälfte (18) der EL-Mitgliederparteien ist national parlamentarisch nicht vertreten. Sie ähnelt darin den europäischen Grünen, deren stärkste Parteien aus Deutschland, Frankreich, Österreich und Schweden kommen. Auch bei den Grünen sind knapp die Hälfte ihrer Mitgliederparteien parlamentarisch nicht verankert. Allerdings ist die Zahl der linken Parlamentarier auf nationaler Ebene dank der griechischen SYRIZA mit 369 (Stand Oktober 2016) deutlich höher als bei den Grünen mit 210 Abgeordneten. SYRIZA allein stellt 145 Mandatsträger.

Zu den parlamentarisch starken Mitgliederparteien der EL gehören neben Syriza die spanischen Linken der Izquierda Unida (IU), die auf nationaler und europäischer Ebene mit PODEMOS kooperieren, der portugiesische Bloco de Esquerda (BE), die LINKE in Deutschland, die französischen Linken – gespalten in Parti Communiste Français (PCF) und Parti de Gauche (PG), die dänische Einheitsliste und das finnische Linksbündnis; unter den Beobachterparteien sind es die tschechische Kommunistische Partei Böhmen und Mährens (KSCM) und die zyprische AKEL. Darüber hinaus zählt auch die moldawische kommunistische Partei zu den parlamentarisch starken Parteien.

Aber ungeachtet der parlamentarischen Verankerung gibt es für die EL Parteien, deren politischer Einfluss für die Gesamtentwicklung der EL immer wichtig war und ist. Dazu gehören die österreichischen Kommunisten (KPÖ) und die italienische Rifondazione Comunista (PRC), die ihren Bedeutungsverlust seit Ende 1970er Jahre und ihr Scheitern im Mitte-Links-Olivenbündnis unter Romano Prodi bisher nicht verarbeiten konnte.

Die Europäische Linke vereint also eine Diversität von Linksparteien mit unterschiedlicher Geschichte, einem unterschiedlichen Verständnis von politischer Programmatik und strategischer Ausrichtung, der Analyse des Kapitalismus – und mit Blick auf Europa – auch unterschiedlichen Positionen zur Europäischen Union, die nicht nur ideologisch begründet werden, sondern ebenso Ergebnis europäischer Wettbewerbspolitiken des Sozial- und Demokratieabbaus sind.

Angesichts der Tatsache, dass europäische Parteien – einschließlich der EL – Zusammenschlüsse von Parteien sind und daher den Charakter von Dachorganisationen haben, hängt ihr politischer Einfluss maßgeblich von der Stärke ihrer Mitgliedsparteien und ihres zusammenführenden Zentrums ab. Damit steht die EL steht vor der Herausforderung, für alle, also auch für Kleinstparteien offen sein, zugleich aber auch über die Mitgliedsparteien Ressourcen für ein strategisches Zentrum der EL und europaweit wirksame Projekte bereitzustellen. Die EL muss also angesichts zum Teil geringer nationaler Ressourcen ihre europäischen Projekte so entwickeln, dass sie national und europäisch gesellschaftlich wirksam werden können. Dies ist jedoch nur dann möglich, wenn die EL mehr ist als eine Dachorganisation, wenn sie hierzu die notwendigen Strukturen schafft, wenn sie in ihren Mitgliedsorganisationen und im europäischen politischen Raum wirksam wird und wenn sie auf der Grundlage konkreter Analysen politischer, ökonomischer und sozialer Kräfteverhältnisse arbeitet.

Zur Arbeitsweise und Außenwirkung der EL

Die Arbeitsweise – festgeschrieben im Statut der EL – ist das Konsensprinzip. Erstmalig gab es jedoch auf dem Madrider Parteitag der EL 2013 ein davon abweichendes Verfahren zur Wahl von Alexis Tsipras als Spitzenkandidat der EL für die Europawahlen 2014. Zum ersten Mal traten die Linksparteien mit einem eigenen Kandidaten an, der für den Kampf von SYRIZA als Kampf der gesamten europäischen Linken gegen die Memoranden-Politik der europäischen Institutionen unter deutscher Hegemonie stand. Mit dieser Wahl hatten die in der EL vereinigten Linksparteien die Möglichkeit, deutlich zu machen, dass Tsipras' „Opposition zur neoliberalen Politik nicht anti-europäisch wie die der radikalen Rechten, sondern pro-europäisch ausgerichtet ist“ (Walter 2015: 9). Seine europaweite Ausstrahlung wurde vor allem von den spanischen Linken, insbesondere auch vom erfolgreichen PODEMOS genutzt, um einen Schulterchluss zwischen spanischer und griechischer Linke zu demonstrieren. Auch kleineren Parteienbündnissen half Tsipras Ausstrahlung wie der Vereinten Linken in Slowenien, die bei den Europawahlen aus dem Stand bei 5,5 Prozent erreichte

und seit den Parlamentswahlen im Juli 2014 mit 6 Sitzen im slowenischen Parlament vertreten ist. Auch die österreichischen Linken nutzten diese Kandidatur, um der Stimme „Europa anders“ ein größeres Gewicht zu verleihen und um für ein breites offenes linkes Bündnis zu werben und für neue Formen politischer Artikulation. Der italienischen Linken half die „Liste Tsipras“ zumindest, wieder auf europäischer Ebene parlamentarisch vertreten zu sein. Allerdings hatte diese keinen Bestand: Barbara Spinelli, eine von drei gewählten VertreterInnen, verließ die Fraktion, die beiden anderen italienischen Mitglieder der GUE/NGL vertreten kein gemeinsames Parteienprojekt.

In Ländern wie Deutschland wurde versucht, über nationale Themen auf die europäische Dimensionen von Politik zu verweisen. So stand auf den Plakaten der LINKEN: „Flüchtlinge nicht ertrinken lassen“, „Rüstungsexporte verbieten“, „Keine Steuergelder für Zockerbanden“ und „Mehr Lohn, mehr Rente, mehr Armut bekämpfen“. Die Ausrichtung dieser Wahlstrategie der LINKEN erfolgte nach Abwägung von Wahlchancen und das Wissen um die von weiten Teilen der Gesellschaft *nicht* mitgetragene Solidarität gegenüber Griechenland und noch weniger einer griechischen Linksregierung. Ähnlich wurde dies von Parteien wie der KSCM gehandhabt. Das allerdings verweist auf ein grundsätzliches Problem der Linken in Europa: Die gemeinsam beschlossene Kandidatur stieß auf völlig unterschiedliche nationale Kontexte, die wahlstrategisch primär national bestimmt werden. Es fehlte 2014 über die Kandidatur hinaus eine zusammenführende europäische Strategie für ein anderes, demokratisches, soziales und ökologisches Europa, welche die Spezifik der Länder aufnahm und zugleich gegen das weitere ökonomische und soziale Auseinanderdriften der Länder der EU wirksam werden konnte. Dies konnte die Kandidatur von Alexis Tsipras nicht leisten. Im Gegenteil, er, das Symbol des gemeinsamen Antritts wurde nach „seiner“ Unterwerfung unter die Bedingungen der Memoranden der Troika – trotz mehrheitlicher Ablehnung genau dieser Politik, vor allem für jene Linke eine Herausforderung, die politische Abwägungsprozesse unter gegebenen und derzeit nicht veränderbaren Bedingungen als Kompromiss oder als „Einknicken“ vor den Institutionen der Macht deuten, nicht aber als Ergebnis eigener Schwäche. Sichtbar wurde aber eben auch die von den europäischen Linksparteien kaum entwickelte Fähigkeit zu konkreter Solidarität. Andererseits zeigen sich auf Seiten der Linksregierung Schwierigkeiten, konkrete Hilfsangebote zur Unterstützung von SYRIZA zu formulieren, die über die Forderung zur Stärkung der Linken in den jeweiligen Ländern hinausging. Es gelang der europäischen Linken nicht, die Linksregierung SYRIZA zu einem europäischen Projekt zu entwickeln, das sich der neoliberalen Politik in Europa

und einem sich weiter vertiefenden und verbreiternden Rechtsruck in Europa wirksam entgegensetzt.

Dazu reichen die derzeit sieben Prozent, die Linksparteien EU-weit an sich binden können nicht aus, ebenso wenig die Stärke nur in einzelnen Südländern der EU. Insofern beschreibt die europäische Kritik gegenüber der SYRIZA -Regierung zu einem Teil auch die eigene Ohnmacht angesichts der realen nationalen wie europäischen Spielräume.

Natürlich sind die Linksparteien in Europa und ebenso die EL selbst bei der Organisierung politischer Proteste gegen die Austeritätspolitiken der EU auf europäischer und nationaler Ebene *ein* anerkannter Akteur. Sie sind Teil der Bewegung gegen TTIP und CETA, Teil der Proteste gegen G7 und G20. Sie sind auf den Großdemonstrationen in Europa präsent und ebenso auf großen Konferenzen. Die EL hat maßgeblich den „Alter Summit“ unterstützt so wie die LINKEN in Deutschland Blockupy. Aber von den Linksparteien gehen kaum mobilisierende Impulse aus. Eine solche Dynamik scheinen eher jene zu erzeugen, die das Projekt eines Plan B quer zu den Mitgliedsparteien der EL und zu einem Teil parallel zu dieser vorantreiben.

Deshalb wird erstmalig im Evaluationsbericht der EL an den 5. Parteitag 2016 in Berlin die mangelnde Handlungsfähigkeit und Ausstrahlung der EL mit einer Schärfe formuliert, die auf wachsende Unzufriedenheit innerhalb der EL und ihrer Mitgliedsparteien verweist und auf die Notwendigkeit zur Schaffung handlungsfähiger Strukturen. Dazu beschloss der Parteitag in Berlin die Schaffung eines „politischen Sekretariats“ und die Durchführung jährlicher Foren nach dem Beispiel des „Foro São Paulo“ in Lateinamerika.

Die Stärkung der Strukturen der EL angesichts des kleinen Brüsseler Büros mit weniger als zehn Mitarbeitern, der drei bis vier Treffen des Vorstands der EL und des Rates der Vorsitzenden durch ein kontinuierlich arbeitendes „Politisches Sekretariat“, war längst überfällig. Darüber hinaus aber ist es ebenso wichtig, die bestehenden Arbeitsgruppen der EL zu ergänzen um jene, die sich mit den drängendsten europäischen Fragen wie der Migrations- und Flüchtlingspolitik, der Friedens- und Sicherheitspolitik, der Finanz- und Wirtschaftspolitik, der Entwicklung europäischer Sozialstaatlichkeit auseinandersetzen, also zu jenen Themen, die für die Arbeit an einer alternativen Agenda für Europa erforderlich sind. Das richtet sich nicht gegen die vorhandenen Arbeitsgruppen oder Netzwerke zu Afrika, Lateinamerika und Karibik, das Balkan-Netzwerk, die AG zu Zentral- und Osteuropa, zum Mittleren und Nahen Osten, zu Bildung, Queer, Umwelt und Publik Service, sondern verlangt zu einem Teil deren veränderte Gewichtung und Neuausrichtung als „Werkstätten“ über die politische Sphäre

hinaus und zur Vernetzung mit gesellschaftlichen Akteuren. Dies müsste die Grundlage bilden für den Beschluss zur Durchführung eines jährlichen Forums, das – anders als die Sommeruniversität der EL – als Diskursforum zu den drängendsten Fragen europäischer Entwicklungen so breit wie möglich geöffnet und hierzu die „Eigentümerschaft“ mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Organisationen der Zivilgesellschaft bis hin zu Linken in Kirchen und Glaubensgemeinschaften geteilt werden müsste. Hierzu lassen sich die Erfahrungen der Sozialforen als Begegnungs- und Werkstätten einer breiten europäischen Linken nutzen, auf denen Parteien als Akteure zwar nicht zugelassen waren, deren Vertreter jedoch auch vor Ort die Debatten prägten.

Die Sommeruniversität der EL müsste ihren *universitären* Charakter stärken, der unter dem Druck notwendiger Aushandlungsprozesse: Nord-Süd-, Ost-West-Präsenz, große und kleine Parteien immer wieder verloren geht. Entwickelt werden müssen neue Methoden europäischer Lernräume. Ungeachtet dessen sollten die nationalen Räume wie die Fête de l’Humanité europäischer gestaltet und als solche ausgebaut werden.

Angesichts dieser Notwendigkeiten müssen neue Formen der Zusammenarbeit von EL und ihrer europäischen Stiftung „Transform Europe“ entwickelt werden. Die von Transform seit 2001 entstandenen Räume konstruktiv diskursiver Streitkultur werden von der EL zwar anerkennend gewürdigt, aber nur wenig genutzt, ebenso wenig Transform als Netzwerk mit seinen 29 Mitgliedsorganisationen aus 20 Ländern, die mehrheitlich organisch mit den Mitgliedsparteien der EL verbunden sind. Die EL sollte konkrete Bedarfe in Bezug auf europäische Gesellschaftsanalysen und Forschungsarbeiten zu europäischen Alternativprojektformulieren, die Transform in seiner Funktion als Think Tank für europäische Strategieentwicklungen stärken und herausfordern.

Zu den Veränderungen der Haltung der EL zur EU

Gegensätzliche Haltungen zur Europäischen Union prägen die EL von Beginn an. In ihr vereint sind Parteien die EU-kritisch stärker föderalistische europäische Positionen vertreten wie SYRIZA, Izquierda Unida, der Bloco, die KSCM, und Parteien, die eher souveränistische und zum Teil anti-europäische Positionen vertreten wie die Einheitsliste Dänemark, die Linkspartei in Schweden und die kommunistischen Parteien in Griechenland und Portugal. Betrachtet man die programmatischen Positionen und Formulierungen der gemeinsamen Dokumente der Parteitage der EL von ihrem ersten bis zum letzten Parteitag 2016 in Berlin, wird eine deutliche Verschiebung zugunsten souveränistischer Positionen erkennbar.

Das Programm der EL von 2005 – noch unter dem Eindruck starker sozialer Bewegungen und insbesondere der Sozialforumsprozesse -, beginnt mit dem Satz: „In Europa keimt neue Hoffnung auf. Eine neue Vision inspiriert immer mehr Europäer und vereint sie zu großen Aktionen des Widerstands gegen die Durchsetzung einer kapitalistischen Einbahnstraße mit der die Menschheit in die Falle neuen sozialen und kulturellen Rückschritts gelockt werden soll.“ (EL 2004) Weiter heißt es darin: „Für uns ist Europa in der internationalen Politik ein Raum für das Wiederentstehen des Kampfes um eine andere Gesellschaft. [...] Wir wollen den Entwurf für ein anderes Europa vorlegen, der EU einen anderen Inhalt geben: unabhängig von der Hegemonie der USA, offen zum Süden dieser Welt, ein alternatives soziales und politisches Modell zum Kapitalismus aktiv gegen wachsende Militarisierung und Krieg, für Umweltschutz und die Achtung der Menschenrechte einschließlich der Rechte auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet. Wir wollen, dass der Ausschuss der Regionen sowie der Wirtschafts- und Sozialausschuss als wesentliche Institutionen einer demokratischen Regionalpolitik der EU stärker an der Entscheidungsfindung der europäischen Institutionen beteiligt werden.“ (Ebd.)

Bei den Europawahlen 2009 gelingt es den Parteien der EL, eine gemeinsame Plattform zu verabschieden. Diese deutet die aktuelle Situation als finanzielle, wirtschaftliche und soziale Krise des Systems, verursacht vom neoliberalen globalisierten Kapitalismus, insbesondere der Hegemonialpolitik der USA und vor allem der Bush-Administration (EL 2009: 1). Diese Krise demonstriert das Scheitern der neoliberalen Globalisierung, der Maximierung der Profite der Hauptakteure der weltweiten Finanzmärkte ohne jede Kontroll- und Eingriffsmöglichkeit der Staaten. Das Beharren auf einer offenen Marktwirtschaft mit offenem Wettbewerb stelle die „neoliberalen Grundlagen der EU-Verträge in Frage“ (ebd.). Die Linke bekräftigte deshalb ihr Nein zum Lissabon-Vertrag. Die EU stehe an einem Scheideweg, d.h. entweder Fortsetzung dieses Weges und damit Vertiefung der Krisen oder aber sie „wandelt sich zu einem Raum von nachhaltiger Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Zusammenarbeit, Gleichberechtigung von Frauen und Männern, demokratischer Teilhabe und Solidarität, ein Europa, wo Antifaschismus, Antirassismus, bürgerliche Freiheiten und Menschenrechte gängige Praxis sind“ (ebd.: 2). Die EL fordert den Wechsel und will „den politischen Raum in Europa zurückerobern“ (ebd.: 3). Dazu müsse das Europäische Parlament das Recht auf Gesetzesinitiativen erhalten und darüber hinaus eine „direkte Teilhabe am europäischen Entscheidungsprozess wie die vom EP eingeführte Bürger-Agora, Referenden auf europäischer und nationaler Ebene über Grundsatzentscheidungen der EU“ möglich werden (ebd.:

9). „Ebenso müssen sich die EU-Institutionen (Rat, Kommission und Parlament) für die Beteiligung der Zivilgesellschaft öffnen, die so die Möglichkeit erhalten, deren Entscheidungen zu kontrollieren.“ (Ebd.: 9)

Im „Politischen Dokument“ der EL von 2013, beschlossen auf dem Madrider Parteitag, heißt es, dass sich Europa in der schwersten Krise seiner Geschichte seit den dreißiger Jahren und dem Zweiten Weltkrieg befindet. Die europäische Einigung verwandele sich in „einen Albtraum, bei dem der europäischen Bevölkerung als einzige Perspektive ein brutaler und allgemeiner Rückschritt angeboten wird; die Lage ist unerträglich geworden (EL 2014:7). Diese EU befinde sich in einer Sackgasse: „Über die Grenzen der EU hinaus erleben alle europäischen Länder politische und soziale Turbulenzen, die den Kontinent auf Jahrzehnte hin umgestalten werden.“ In Fortsetzung dieses Weges werde sich die EU „immer mehr in ein autoritäres Direktorium verwandeln, das soziale Rückschritte produziert, die jeden Gedanken der europäischen Solidarität und Gerechtigkeit bedrohen. Die europäischen Verträge machen einen sozialen und territorialen Zusammenhalt unmöglich.“ Die Linken in der EL kämpfen deshalb für die Neugründung Europas, für die Neudefinition seiner Ziele, seiner Politik, seiner Strukturen für ein produktives, soziales und ökologisches Wirtschaftsmodell, das völlig anders ist, das auf Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Souveränität der Völker basiert.

Das „Politische Dokument“, das vom 5. Kongress der EL 2016 in Berlin verabschiedet wurde, geht von der existenziellen Krise der EU aus: „Das europäische Haus hat Risse bekommen und könnte zusammenbrechen.“ (EL 2016: 1) Der Brexit wird als Wendepunkt in der Geschichte der EU beschrieben. Das Scheitern und die Weigerung der EU, die Flüchtlingsfrage auf der Grundlage der Prinzipien der Solidarität und des internationalen Rechts zu lösen, „bezeugen den Bankrott des gegenwärtigen Modells und verstärken den schwerwiegenden Trend zu einem Zerfall der EU“ (ebd.: 1). Deshalb müssen die europäischen Völker „dringend aus dem tödlichem Dilemma ausbrechen, in das die herrschenden Klassen sie bringen wollen: entweder die endlose Austeritätspolitik und unsoziale Konkurrenz akzeptieren oder sich autoritären Spielzügen unterwerfen, die sie aus der Eurozone oder gar der EU ausschließen wollen. [...] Der Kontinent steht vor einem Wendepunkt, an dem sich die Völker wieder in sich selbst zurückziehen könnten, mit all den Risiken von Spannungen, die Zerfall mit sich bringt.“ (Ebd.: 1) Deshalb müsse die EL die Offensive für ein solidarisches, feministisches, demokratisches und kooperatives Europa ergreifen.

Die EL lehnte von Anfang an den Vertrag von Lissabon ab. Auch 2016 spricht sie sich gegen die dem Vertrag von Lissabon zugrunde liegenden Prinzipien aus

und „somit auch gegen die der übrigen Verträge, die der Lissabonner Vertrag beinhaltet“ (EL 2016). Ziel ist die Aufhebung des Fiskalpaktes und explizit keine Reform der vorhandenen Vertragswerke. Denn die Forderung „Europa neu gründen“ stützt sich auf die Erfahrungen, dass eine Politik des sozialen Wandels ohne Bruch mit den EU-Verträgen nicht möglich ist. „Die Dogmen des freien und uneingeschränkten Wettbewerbs stellen das Recht der Völker und Nationen in Frage, sich selbst demokratisch zu regieren.“ (Ebd.: 8) Unter der Zwischenüberschrift „Für ein Europa, das die Souveränität der Völker respektiert“ wird darauf verwiesen, dass Europa sich nicht an die Stelle individueller Nationalstaaten setzen dürfe, sondern es solle zu „Kooperation bei gemeinsamen Projekten und globalen Herausforderungen ermutigen“. Dabei müsse jedoch die Souveränität eines jeden Staates respektiert werden und die demokratische Legitimität der Länder gegenüber den gegenwärtigen europäischen Verträgen Vorrang haben. Folgerichtig fordert die EL einen „Sozialvertrag zwischen souveränen und solidarischen Völkern in Europa“ (ebd.: 7). Souveränität und Solidarität sind für die EL 2016 zentrale Begriffe. Damit spiegelt das „Politische Dokument“ von 2016 die realen politischen Prozesse in der EU und im Vergleich zu den Dokumenten von 2013 und mehr noch zu 2009 eine Verschiebung von EU-kritischen zu euroskeptischen Positionen und eine stärkere Gewichtung souveränistischer Positionen.

Das Festhalten der EU-Institutionen am Fiskal- und Stabilitätspakt hat längst Auswirkungen auf den Alltag der Menschen. Diese Erfahrung und das Wissen um den erpresserischen Umgang der Troika, der Eurogroup mit der griechischen Regierung SYRZIA – prägen die zunehmend europaskeptischen Positionen der Linken vor allen in Frankreich, in Deutschland, in Portugal, in Griechenland und bestätigt die von Beginn an ablehnende Haltung der skandinavischen Linken. Was aber bedeutet die Stärkung souveränistischer Positionen für die Strategieentwicklung der europäischen Linken?

Wie stellt sich nun die Situation in der konföderalen Fraktion der GUE/NGL dar?

Die radikalen Linken in Europa bilden im Europaparlament die konföderale Fraktion der GUE/NLG. Diese ist nicht der „parlamentarische Arm“ der EL, sondern das Ergebnis weitgehend national angelegter Wahlkämpfe zum Europaparlament.

Derzeit gehören zur GUE/NLG 52 Mitglieder des Europaparlaments (MEP) aus 14 Ländern der EU. Sie ist mit 26 Frauen und 26 Männern die einzige EP-Fraktion mit einem ausgewogenen Geschlechterverhältnis. Die in ihr zusammengeschlossenen Parteien setzen sich für Frieden, Solidarität, soziale Gerechtigkeit,

Gleichheit, Demokratie und die Menschenrechte ein. Sie haben sich darauf verständigt, sich in der Wahlperiode von 2014 bis 2019 folgenden Themen zuzuwenden: „Sparkurs widersetzen, auf eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung hinarbeiten und versuchen, den gefährlichen Aufstieg der extremen Rechten einzudämmen und die Handelsgespräche über die TTIP zwischen der EU und den Vereinigten Staaten zu konterkarieren.“

Dabei versteht sich die GUE/NLG als eine konföderale Fraktion, d.h. die linken Abgeordneten der GUE/NGL respektieren die Vielfalt der Identitäten und Anschauungen ihrer Mitglieder. Das konföderale Prinzip steht „für eine hohe Autonomie jeder Mitgliedspartei, keinerlei Zwang zu irgendeiner Geschlossenheit oder gemeinsamen Position“ (Schirdewan 2010: 92). Es ist das einzig mögliche Prinzip vor dem Hintergrund fundamentaler inhaltlicher Differenzen in Bezug auf die eigene Geschichte, Erneuerungsprozesse der früher kommunistischen Parteien, ihrer Haltung zum Prozess der europäischen Integration. Das konföderale Prinzip ermöglicht also die Gegensätzlichkeiten und Konflikte innerhalb der Fraktion auszubalancieren, „indem man den wichtigsten zentralen und Identität stiftenden Fragen den notwendigen Spielraum in der Fraktion ließ“ (ebd.: 94). Erst auf dieser Grundlage gelang es, die GUE/NGL zu einem auch konsensfähigen Akteur vor allem in der Friedensfrage, auf dem Feld der Umwelt-, der Wirtschafts- und vor allem der Sozialpolitik zu entwickeln, während bei Themen, die mit dem Verständnis der EU und ihren Institutionen verbunden sind oder mit der Rolle der EU als außenpolitischer Akteur, die Differenzen bestehen bleiben.

Diese Vielfalt ist außerdem auch dadurch geprägt, dass aus manchen Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal mehrere Linksparteien eines Landes in das Europaparlament einzogen, die auf nationaler Ebene konkurrieren oder aber, wie im Falle Griechenlands, mit SYRIZA und Kommunistischer Partei Griechenlands (KKE) sich Parteien im Europaparlament gegenüberstehen, deren Auseinandersetzung konfrontativ – vor allem von Seiten der KKE – austragen werden. Dies betrifft jedoch nicht nur die griechische Situation; die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) ist nicht mehr Mitglied der GUE/NLG. Auf europäischer Ebene werden die nationalen Fragmentierungen reproduziert und erzeugen ihrerseits Spannungen und Konflikte. Diese erschweren oder blockieren die Herausbildung gemeinsamer Projekte und neuer Formen kooperativer Politikgestaltung. Das gilt ebenso, wenn die Fragmentierung wie bei der LINKEN in Deutschland die Form der Auseinandersetzung von Strömungen annimmt. So erklärte Lothar Bisky bei seinem Rücktritt als Fraktionsvorsitzender 2012 in Bezug auf die LINKE, das seit langem „sowohl in der gesamten Fraktion wie

auch in der Delegation der LINKEN teils heftige Kontroversen über die Haltung zur europäischen Integration und zur EU geführt werden“.

Die Zusammenarbeit innerhalb der GUE/NGL erfolgt auf einzelnen Politikfeldern wie der Arbeitsmarktpolitik, insbesondere Fragen des Arbeitsrechts, der Arbeitsbedingungen, der Ablehnung von TTIP, der EU-Partnerschaftsabkommen (AKP), der Rechte der LGBT, der Frauenrechte, insbesondere auf Gewaltfreiheit etc., erfolgreich. Sie ist schwierig oder unmöglich, wenn es um EU-konstitutionelle Fragen geht, oder aber, wenn die Entwicklung der GUE/NGL als eigenständiger europäischer Akteur im Widerspruch zum traditionellen Organisationsverständnis von Linksparteien und ihren Fraktionen steht.

Gerade bei den traditionellen kommunistischen Parteien bestimmt zu einem Teil das Zentral- oder Exekutivkomitee der *nationalen* Parteien das Abstimmungsverhalten ihrer Abgeordneten im EP. Mit Bezug auf die Parlamentsmitglieder kommunistischer Gruppen zitiert hierzu Schirdewan John Fitzmaurice mit den Worten: „Die Parlamentsmitglieder kommunistischer Gruppen sind gebunden an die von den Zentralorganen der Partei außerhalb des Parlaments vorgegebene Parteilinie.“ (Schirdewan 2010: 89) Dies gilt jedoch modifiziert ebenso für linkssozialistische Parteien, die erwarten – und so werden auch die Kandidaten für das EP aufgestellt und von den nationalen Parteien gewählt –, dass ihre Abgeordneten im Europaparlament die Positionen *ihrer* Parteien vertreten. Auf diese Weise produziert der nationale Charakter der Europawahlen, die keine europaweiten Wahllisten erlauben und so die Abgeordneten in erster Linie als „Diener“ ihrer nationalen Parteien wählen, Widersprüche, die sich in den Fraktionen des EP, insbesondere bei Fraktionszwang oder Fraktionsdisziplin, spiegeln können.

Für die Linken kann das bedeuten, über die eigene Fraktion hinaus Unterstützer für eigene Anliegen zu finden. Zugleich lässt sich der Anspruch zum geschlossenen Handeln in der eigenen Fraktion schwieriger durchsetzen. Zudem wird die Entwicklung und Formulierung gemeinsamer Standpunkte, die Transnationalität von Arbeitsweisen und Themensetzung sind – abgesehen von der ohnehin schwierigen Positionierung zur EU und ihren Institutionen – innerhalb der GUE/NGL durch die zum Teil konkurrierenden 19 Delegationen aus 14 EU-Ländern zusätzlich erschwert. Die stärksten Delegationen stellen DIE LINKE aus Deutschland, die griechischen, spanischen und portugiesischen Linken. Lothar Bisky kommentierte dies in Auswertung des 2. Kongresses der EL 2009 in Prag mit den Worten: „... auch ich bin nicht zufrieden. Natürlich ist der nationale Rock manchem näher als das internationale Hemd. Auch in Deutschland, da unterscheiden wir uns nicht.“ (Bisky 2009).

Allerdings lässt sich die Positionierung der nationalen Parteien nicht auf deren „ideologischen Verortungen“ reduzieren. Vielmehr bilden die national und europäisch durchgesetzten neoliberalen Politikansätze des radikalen Rückbaus von Demokratie und Sozialstaatlichkeit auch über unmittelbare Eingriffe in die staatliche Souveränität der EU-Länder, ggf. unter Missachtung ihrer Parlaments- und Regierungsentscheidungen, maßgeblich das Fundament der Positionierung von Linksparteien. Erschwert wird diese durch die auseinanderdriftenden Entwicklungen zwischen den Kernländern der EU und den Ländern des Südens oder Ostens der EU.

Diese komplizierte Situation ist bei den Parteien der radikalen Linken auch ablesbar in der Kohärenz der Abstimmungen im Europaparlament. Danach war die Linksfraktion GUE/NGL 2014 mit Ausnahme der Nationalisten „die heterogenste“ Fraktion im Europaparlament (Janssen 2013: 44). Sie verfügt über keinen kohärenten politischen Ansatz zur Gestaltung eines anderen Europas. Das 2013 auf dem Parteitag verabschiedete „Politische Dokument“ mit einer scharfen Kritik an der neoliberalen Krisenbewältigungspolitik wurde angenommen, die „Programmatischen Achsen“ – ein Dokument, in dem erstmals strategische Projektlinien entwickelt wurden, erhielt lediglich empfehlenden Charakter. Die inhaltlichen Kontroversen verlaufen vor allem zwischen EU-kritischen Linken, die einen Neustart der EU noch immer *auch* aus den EU-Institutionen vor allem dem Europaparlament anstreben; und jenen, die für einen Neustart nicht nur jedes Agieren unter den reaktionären Vertragsbedingungen der EU ablehnen, sondern ebenso das europäische Parlament nicht mehr als Kampffeld zur Veränderung der EU betrachten.

Einig ist man sich darin, dass auf der Grundlage bestehender Verträge eine Reform der EU nicht mehr möglich ist. Offen ist, wie ein Neustart der EU vollzogen werden kann. Der vorherrschende Diskurs in der europäischen Linken fokussiert sich auf Ausstiegsszenarien, insbesondere auf den Ausstieg aus dem Euro. Szenarien europäischer Entwicklungen über die Frage der Währung hinaus werden kaum diskutiert, obwohl sich mit dem Brexit, der Entscheidung die EU zu verlassen, eine europäische Linke nicht mehr nur auf die Frage eines Austritts aus der Währungsunion beschränken kann.

Auch der Verweis auf die Souveränität der Völker hinterlässt Fragen. Was ist gemeint mit Souveränität unter den realen politischen und vor allem ökonomischen Kräfteverhältnissen in Europa unter globalisierten Bedingungen? Was unterscheidet den Souveränitätsbegriff der Linken vom „Europa der Vaterländer“ der politischen Rechten? Wie wird Souveränität mit Solidarität verbunden? Klar ist, ohne konkrete Untersetzung dieser Diskurse wird sie leicht anschlussfähig nach rechts.

Worauf kann die EL aufbauen?

Die Menschen in Europa brauchen eine Linke, die die Entwicklung der EU in Richtung eines offen autoritären Konstitutionalismus stoppen kann, die sich den neuen Dimensionen des Sozial- und Demokratieabbaus widersetzt, dem Ausbau einer Sicherheitsarchitektur der Überwachung und Abschottung, der Militarisierung der EU und der Verallgemeinerung von Ausnahmezuständen. Dabei müssen die europäischen Linken die Fragen beantworten, wie sie ein soziales demokratisches und weltoffenes solidarisches Europa aufbauen wollen. Im Kampf gegen TTIP z.B. ist der Linken in Europa „der Schulterschluss und die direkte Zusammenarbeit mit Gewerkschaften sozialen Bewegungen, europäischen Initiativen oder Umweltverbänden“ gelungen (Scholz 2016).

Was bisher fehlt, ist ein Verständnis der Idee eines „Neustarts“ in Europa als Prozess des Nachdenkens und Diskutierens – angelegt als ein breiter demokratischer Konsultationsprozess in den Mitgliedsländern der EU und auf europäischer Ebene. Es geht um einen konkreten Fahrplan, eine „road-map“ für ein alternatives Europa, die sowohl die nationalen Bedingungen berücksichtigt, die Kräfteverhältnisse und die reale Verfasstheit der EU. Über eine solche „road-map“ wurde unter Linken in den Auseinandersetzungen um den Entwurf zur EU-Verfassung 2004/2005 gestritten. Doch diese Diskussionen wurden nach dem erfolgreichen Scheitern dieses Verfassungsentwurfs kaum weitergeführt. Derzeit ist von einem Diskussionsprozess über einen Neustart, der mehr als ist ein Grexit oder Lexit, „wenig zu bemerken“ (Scholz 2016), obwohl die Arbeit an einer alternativen Agenda auch im Parteiprogramm der EL von 2004 als Auftrag festgeschrieben wurde.

Seit 2016 versucht nun DIEM25 auf Konferenzen und öffentlichen Events diesen Diskurs zu führen. Für die EL wäre es wichtig, sich gestaltend in diese Räume einzubringen, um sie als europäische Räume einer pluralen Linken zu befördern, gerade weil ein Lexit als Marschroute oder ein Rückzug der Linken auf die nationale Ebene (der souveränen Völker) nicht die Fragen eines anderen Europas beantwortet. Völlig zu Recht warnt Yanis Varoufakis, das progressive Lager würde einen großen Fehler machen, wenn es den Kampf um die Union aufgäbe (Varoufakis 2016). Er fordert den Kampf um die Demokratisierung der EU und befürchtet, dass Linke den Austritt aus der EU und deren Auflösung zu einem „Ziel an sich“ machen und schlägt vor, dass Linke europaweit für eine demokratische Union gemäß internationalistischer und grenzüberschreitender Prinzipien eintreten, die Inkompetenz des autoritären EU-Establishment offenlegen, den zivilen Ungehorsam europaweit koordinieren und mit DIEM25 aufzeigen, wie eine paneuropäische Demokratie auf allen Ebenen unabhängig vom Rechtssystem

funktionieren kann. Allerdings bleibt auch er in Bezug auf die neu zu entwickelnden europäischen Strukturen unklar, die dann zu den Stützpfeilern einer paneuropäischen Demokratie gehören, zu Wegen und Akteuren der Umsetzung.

Wo aber kann eine europäische Linke ansetzen?

Helmut Scholz (2005) sieht als Gemeinsamkeiten der europäischen Linken vor allem ihre Hinwendung zur außerparlamentarischen Bewegung und weniger in der Ideologie und der geschichtlichen Verortung. Die Mitgliedsparteien der EL verbinde ein Nein zu Krieg und Aufrüstung, ein Ja zur Verteidigung und Erneuerung der Sozialstaaten; sie trete ein für Gerechtigkeit, für ein Europa der vielfältigen Kulturen, der Freiheit des Geistes und stehe für ein weltoffenes Europa. Die Parteien der EL verstehen sich kapitalismuskritisch oder antikapitalistisch und streben die Transformation der Gesellschaft an. Diese systemüberwindende Perspektive ist ihr gemeinsamer Kern, der sie auch von Sozialdemokraten unterscheidet. Auch unterhalb dieser gemeinsamen Zielbestimmung gibt es gemeinsame Forderungen, wie die Regulierung des europäischen Finanzmarktes, z.B. das Verbot bestimmter Finanzprodukte und ein internationales Vorgehen gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung, die demokratische Kontrolle der Europäischen Zentralbank sowie eine Neuaufrichtung ihrer monetären Politik auf ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum und Vollbeschäftigung.

Unterschiedliche Positionen gibt es bei Forderungen, die europäische Lösungen mit europäischen Instrumenten verbinden. Dazu gehören u.a. die Forderungen zu Eurobonds, die direkte Finanzierung von Mitgliedsstaaten durch die EZB oder die Finanztransaktionssteuer. Die Forderung zur Mindestbesteuerung von multinationalen Konzernen wird zwar von allen Parteien geteilt, Unterschiede gibt es jedoch zur Frage, ob dies durch bilaterale Verträge oder durch EU-Regelungen erreicht werden soll. Einigkeit gibt es bei sozialen Fragen, bei sozialen Rechten, dem Recht auf Streik, auf soziale Mindeststandards, Mindestrenten und Mindesteinkommen. Unterschiedlicher Meinung ist man darüber, ob dies europaweit oder über zwischenstaatliche Vereinbarungen abgesichert werden soll (vgl. Janssen 2013: 45).

Betrachtet man die Forderungen, die im Verlaufe der Jahre von der EL immer wieder neu genannt werden, so lässt sich daraus gut ein Arbeitsplan ableiten. Seit 2005 finden sich in den Dokumenten der EL folgende Forderungen: Tobinsteuer, europäische Sozialstandards, die nun auch für Flüchtlinge gelten sollen, die Auflösung von Frontex, die Wiederherstellung und Stärkung von Tarifverträgen und Arbeiterrechten, die Verteidigung oder Einführung der 35-Stunden-Woche,

europäische Mindestlöhne bei mindestens 60 Prozent der jeweiligen nationalen Durchschnittslöhne, armutsfeste Renten und flexible Renteneintrittsalter, Erhalt und Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge, Einhaltung der Klimaschutzziele und hierzu die Reduzierung der globalen Emission um 30 Prozent bis 2020, die Reduzierung des gesamten Energieverbrauchs in Europa um 20 Prozent bis 2020. Dazu gehören auch eine alternative Agrarpolitik, Nahrungssouveränität, die Gewährleistung des Rechts der Bauern auf eigenes Saatgut, eine Abrüstungsagentur statt europäischer Armee, die Auflösung der NATO, die Lösung des Nahostkonfliktes, eine Friedensstrategie für Europa, einschließlich einer neuen Nachbarschaftspolitik, die juristische Bindung der EU-Grundrechtecharta, eine Umkehrung des Bologna-Prozesses etc.

Alle diese Stichworte wurden von Dokument zu Dokument weitergeschrieben, nicht aber in eine umsetzbare Agenda zusammengeführt. Eine solche Agenda mit Partnern in neuen Allianzen, weit über bisherige hinaus gemeinsam zu bearbeiten, muss gleichermaßen energisch auf den Tisch der Linken wie Forderungen nach einem Ausstieg aus dem Euro – also einem Plan B, der bisher keine Antworten für die künftige Gestaltung Europas hat.

Was also braucht ein Mensch, um in Europa in Würde, sozialer Sicherheit und solidarisch leben zu können? Antworten auf diese Fragen müssten leitender Maßstab für eine alternative Erzählung für Europa sein. Die radikale Linke bleibt dabei: Es gilt alle Verhältnisse umzustoßen, in denen der Mensch ein *erniedrigtes*, ein *geknechtetes*, ein *verlassenes*, ein *verächtliches Wesen* ist (Marx). Für eine Assoziation der Freien und Gleichen in Europa gehören heute jene, die hier geboren wurden, wie auch jene, die nach Europa kommen, um hier zu arbeiten und zu leben. Eine solche europäische Assoziation braucht gleiche soziale, politische, ökonomische, kulturelle und eben auch gleiche weltanschauliche Rechte, mit der eigenen Überzeugung oder dem eigenen Glauben leben zu können. Gerade die neuen Verschränkungen von sozialer und kultureller Dimension sind ungewohntes Neuland und fordern Linke heraus, alte Glaubenssätze zu überprüfen. Ebenso ist zu prüfen, wie neue gesellschaftliche Allianzen über Gewerkschaften und soziale Bewegungen hinaus gebildet werden können, so dass sie gesellschaftlichen und politischen Druck auch auf Sozialdemokraten und Sozialisten entfalten und diese zwingen, sozial und demokratisch zu agieren.

Die politische Linke hat das Potential, sich als gesellschaftliches Projekt – als verbindende Partei neu zu erfinden und hierzu stärker als bisher, die Ressourcen ihrer Mitgliedsparteien in den Ländern und auf europäischer Ebene zu erschließen. Sie muss ihren Gebrauchswert als gesellschaftlich europäische Kraft strategisch herausarbeiten und strukturell untersetzen. Nicht zuletzt trägt sie über sich selbst

hinaus politische Verantwortung für die künftige Entwicklung in Europa – gerade in Zeiten wie diesen. Es wird Zeit, konsequent an einer alternativen *Agenda* zu Europa zu arbeiten und *europäische* Gegenentwürfe für ein demokratisches, auf Kooperation und Zusammenarbeit basierendes Europa zu „produzieren“.

Literatur

- Baier, Walter (2015): Linker Aufbruch in Europa? Wien.
- Bisky, Lothar (2009). Die linke muss Europa als Handlungsfeld sehen, in: Neues Deutschland vom 26. 11.2009, 2.
- Bisky, Lothar (2012) Neues Deutschland vom 8.3.2012. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/220576.ruecktritt-von-lothar-bisky.html?action=print>
- Europäische Linkspartei (2004). Programm. <https://www.die-linke.de/politik/international/europaeische-linke/kongresse/erster-kongress-der-el-in-athen/programm-der-partei-der-europaeischen-linken-el/>.
- (2009). https://www.die-linke.de/fileadmin/download/international/071125_el_politische_thesen_prag.pdf.
- (2013). https://www.die-linke.de/fileadmin/download/europaeische_linkspartei/madrid2013/parteitag_el_madrid_2013_reden_beschluesse_broschuere.pdf.
- (2016). <https://www.die-linke.de/politik/international/europaeische-linke/kongresse/fuenfter-kongress-der-el-in-berlin/>.
- Janssen, Thilo (2013). Linke Parteien in Europa. Ein Vergleich der europapolitischen Positionen vor den Europawahlen 2014. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_Linke_Parteien.pdf.
- Hildebrandt, Cornelia (2010). Europapolitische Positionen von Linksparteien in Europa, in: Birgit Daiber/Cornelia Hildebrandt/Anna Striehorst (Hg.): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, RLS Berlin.
- (2015). Linksparteien in Europa als Subjekte der Transformation, in: Michael Brie (Hrsg.): Lasst uns über Alternativen reden. Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 3, Hamburg, 190 – 219.
- Sattler, Uwe (2016). Zwischen Integration und Lexit. Im Gespräch: der EU-Abgeordnete Helmut Scholz, in: Neues Deutschland vom 30.6.2016. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1017077.zwischen-integration-und-lexit.html>.
- Schirdewan, Martin (2009): Links – kreuz und quer. Die Beziehungen innerhalb der europäischen Linken, Berlin.
- Scholz, Helmut (2005). Zu einigen aktuellen Aspekten der Entwicklung der Partei der Europäischen Linken (EL). http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Scholz_EntwicklungEL_d.pdf.
- Varoufakis, Yannis (2016). Eine andere EU. Für zivilen Ungehorsam, in: Neues Deutschland vom 9.4.2016. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1024372.eine-andere-eu-varoufakis-fuer-zivilen-ungehorsam.html>.

Kolja Möller

Revolutionäre Reform? – Auf der Suche nach einer europäischen Verfassungspolitik

Die EU ist in schlechter Verfassung – so lautet ein weitverbreitetes Credo progressiver politischer Kräfte in Europa. Die Rede von der „Verfassung“ bezieht sich dabei allerdings nicht nur auf den allgemeineren Zustand der EU, sondern auch sehr konkret auf ihre rechtlich-politische Verfassung. Längst hat sich eine Schicht höherrangigen Rechts auf europäischer Ebene herausgebildet. Die europäischen Organe selbst haben vor einigen Jahren versucht, ihr Vertragswerk symbolisch als Verfassung zu inszenieren. Sie sind damit bei den damaligen Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheitert. Das hat freilich niemanden davon abgehalten, die supranationale Konstitutionalisierung als Vertragsreform weiterzuverfolgen. Und nicht zuletzt die Konflikte um die Zukunft der Gemeinschaftswährung und dort insbesondere um die Griechenlandhilfen haben ein weiteres Mal verdeutlicht, wie stark die Handlungsspielräume nationalstaatlicher Regierungspolitik zwischenzeitlich eingeschränkt sind.

Dabei kann das Verhältnis von Mitgliedsstaaten und europäischen Organen nicht im Sinne einer einfachen Über- und Unterordnung verstanden werden: Weder sind die Nationalstaaten die alleinigen „Herren der Verträge“ und können jederzeit aus dem Vertragswerk aussteigen noch liegt eine eindeutige Überordnung der europäischen Institutionen vor. Zusätzlich hat sich das Feld, auf dem sich Verfassungsfragen stellen, vervielfältigt. Nicht nur die nationalstaatlichen Rechtsordnungen und die Europäischen Verträge sind Teil der beobachtbaren Verfassungskonflikte; vielmehr sind die europäischen Organe und die Mitgliedsstaaten ebenso an völkerrechtliche Verträge gebunden, beispielsweise an das Vertragswerk der Vereinten Nationen oder die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarats. In jüngerer Zeit sind auch andere internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds IWF als Teil der „Troika“ oder die OECD zu wichtigen Akteuren der europäischen Krise avanciert.

In dieser fragmentierten Verfassungskonstellation stellt sich die Frage, worin eine progressive Verfassungspolitik bestehen könnte. Während die nationalstaatlichen Verfassungen im Europa der Nachkriegszeit noch als soziale

Kompromisse zwischen Klassen darstellbar waren, die insbesondere die Frage nach der Wirtschafts- und Sozialordnung „zur Disposition demokratischer Willensbildung“ (Abendroth 2008, 346; Bauer 1970) stellten, so entbehrt die bisherige Konstitutionalisierung genau jener Offenheit (vgl. Dawson/De Witte 2016). In den letzten Jahren hat sich eine folgenreiche Verfestigung ergeben, die mit dem Fiskalvertrag und dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) nochmals verschärft wurde. In den zentralen Bereichen der Wirtschaft, der (Grund-)Rechtspolitik und der Sicherheitspolitik wurden politische Projekte derart hochrangig in die grundlegende Verfassungsdimension der Europäischen Union eingetragen, dass sie im normalen politischen Prozess kaum noch veränderbar sind.

- Im Bereich der Wirtschafts- und Finanzverfassung dominiert die Ausrichtung an einer alles überragenden Austeritätspolitik. Sie ist nicht durch einfache politische Entscheidung – sei es in den nationalstaatlichen Parlamenten oder im europäischen Parlament – rückgängig zu machen. Darüber hinaus ist eine Autoritarisierung der Wirtschafts- und Finanzverfassung festzustellen, die rechtliche Bindungsmechanismen und parlamentarische Mitentscheidungsanforderungen umgeht (Joerges 2012).
- Im Bereich der Grund- und Freiheitsrechte hat der Europäische Gerichtshof eine marktliberale Wende genommen. Er hat die liberalen Freiheitsrechte systematisch mit wirtschaftlichen Freizügigkeitsrechten in Verbindung gebracht und den sozialen Rechten der Unionsbürger, die sowohl im Unionsrecht, in den nationalstaatlichen Verfassungen als auch in der Charta der Grundrechte festgehalten sind, übergeordnet (vgl. Buckel/Oberndorfer 2009; Fischer-Lescano/Möller 2009).
- Im Bereich der entstehenden Sicherheitsverfassung sind ähnliche Tendenzen zu erkennen, die polizeiliche und militärische Logiken privilegieren (Tuori 2014). Obwohl sich bisher die EU-Kritik vor allem auf die Wirtschaftsverfassung richtete, erhält dieser Aspekt gerade durch die aktuelle Flüchtlingsfrage besondere Bedeutung. Es wird abzuwarten sein, inwieweit sich aus der Kooperation der Polizeibehörden und Sicherheitsapparate ein weiterer Konstitutionalisierungsschub ergibt.

Hier schließt sich der Kreis zu den jüngeren politikwissenschaftlichen Beobachtungen zur sog. Postdemokratie (Crouch 2004, Eberl/Salomon 2013). Gerade weil die inter- und transnationale Verrechtlichung konkrete politische Projekte höherrangig dignisiert, tritt die klassische Reformauseinandersetzung um gesellschaftliche Alternativen zunehmend zurück, erst recht schwinden realistische Durchsetzungschancen im Rahmen der parlamentarischen Gesetz-

gebung: Das, was überhaupt zur Entscheidung kommen kann, bleibt massiv eingeschränkt.¹

Eine progressive Verfassungspolitik, so die These, der ich im Folgenden nachgehe, muss zunächst auf diese spezifische Ausgangslage reagieren. Dabei gewinnt eine konfliktorientierte Herangehensweise an Attraktivität, die auf die Herausbildung von europäisierten Gegenmachtprozessen zielt: In Ordnungskämpfen langer Dauer treten dabei eine Politik der Rekonstruktion und Reform der bestehenden Verträge, progressive Regierungen auf der Ebene der Mitgliedsstaaten und die vielfältigen Ansätze einer außerinstitutionellen Neugründung Europas in ein Verhältnis gegenseitiger Verstärkung ein. So werden unterschiedlichste Ansatzpunkte – von der Uminterpretation der bestehenden Verträge bis zu den Platzbesetzungen durch soziale Bewegungen – als Teil *einer* Verfassungspolitik darstellbar. Sie muss sich nicht ständig vom Prinzip her fragen, wie eine ideale europäische Demokratie aussehen müsste oder wie sie sich grundsätzlich auf die bestehenden Verträge bezieht; vielmehr beginnt die Suche danach, welche Mechanismen und Handlungsoptionen auch tatsächlich die angemahnte Verfestigung zurückdrängen und demokratische und soziale Alternativen ermöglichen.

Die These arbeite ich in einer Auseinandersetzung mit den drei dominanten verfassungspolitischen Positionen aus, die bisher auf eine Öffnung des europäischen Konstitutionalismus zielen. In einem ersten Schritt stelle ich Ansatzpunkte für eine interne Korrektur, Reform oder Neuinterpretation der europäischen Verträge zusammen (I.). Diese Position gerät freilich gegenwärtig unter den starken Druck von radikaleren Verfassungspolitiken, die stets auf die schwierigen Umsetzungsbedingungen für Reformen verweisen. So orientiert eine zweite Position auf einen radikalen Neugründungsprozess, der nur aus der europäischen Gesellschaft, aus der Vernetzung von Basisinitiativen und Bürgerbewegungen hervorgehen kann (II.). Eine dritte Position optiert wiederum für eine De-Konstitutionalisierung, also den tendenziellen Rückbau der europäischen Verfassung auf ein intergouvernementales Vertragssystem, das die Handlungsspielräume für die Regierungen der Mitgliedsstaaten erweitern soll (III.).

In jedem dieser Schritte werde ich eine problematische Umschlagstendenz kennzeichnen. Werden die jeweiligen verfassungspolitischen Positionen zum einzig gangbaren „Königsweg“ erhoben, treten Schwierigkeiten auf. Dann mahnt die Reformorientierung zwar mögliche Veränderungsspielräume an, kann aber keine Gegenmachtprozesse mehr benennen, der gut gemeinte Ruf nach einer neuen

1 Zu den damit einhergehenden Problemen von Opposition und Oppositionspolitik: Ley 2015; Möller 2015a; Schink 2013; Thiel 2015; Volk 2013.

Verfassung „von unten“ versteigt sich in ohnmächtige Prinzipienorientierung; die Suche nach einer progressiven Regierungsmacht in den Mitgliedsstaaten schlägt in die Verteidigung eines nationalstaatlichen Souveränismus um, der Solidarität und Demokratie in Europa unterläuft. Demgegenüber würde eine progressive Verfassungspolitik danach fragen, wie sich alle drei Positionen wechselseitig verstärken und produktiv irritieren können. Schließlich haben in Prozessen des grundlegenden Verfassungswandels schon immer innere Verfassungsreformen mit radikaleren Bestrebungen der De-Konstitutionalisierung einer alten und der Gründung einer neuen Ordnung zusammengespielt (Brunkhorst 2014a; Berman 1991). Für die Europäische Union könnte sich in Anlehnung an Bruce Ackermans Studien zur amerikanischen Verfassungsgeschichte (Ackerman 1998) der Leitbegriff der revolutionären Reform als hilfreich erweisen, um die unterschiedlichen Mechanismen der Veränderung produktiv aufeinander zu beziehen.

II. Soziale Grundrechte und europäische Verfassung

Progressive politische Kräfte in Europa haben ihr Hauptaugenmerk immer wieder auf eine Reform der EU gerichtet. Demnach soll die Europäische Union von innen heraus von ihren Fehlkonstruktionen, hegemonialen Verfestigungen und demokratischen Defiziten befreit werden. Die Geschichte der Kämpfe für ein soziales Europa ist inzwischen lang.

Soziale Rechte im Unionsrecht: Ein zentraler Bezugspunkt war schon immer die Stärkung sozialer Rechte. Um der marktliberalen Integration entgegenzuwirken, sollten soziale Grundrechte verankert werden. Dann, so die Hoffnung, steht der marktliberalen Verfestigung der europäischen Wirtschaftsverfassung eine Arbeits- und Sozialverfassung gegenüber, die wenigstens eine Verhandelbarkeit der Liberalisierungspolitiken ermöglicht (zur Geschichte der europäischen Arbeits- und Sozialverfassung: Rödl 2009). Schon in den 1980er Jahren sollte das soziale Europa mit der „Gemeinschaftscharta der sozialen Rechte der Arbeitnehmer“ (1989) gestärkt werden. Daraus sind jedoch keine verbindlichen subjektiven Rechte erwachsen. Auch die im Lissabonner Vertrag erstmals rechtsverbindlich anerkannte Grundrechtecharta enthält eine Reihe an sozialen Grundrechten, etwa das Recht auf soziale Sicherheit und die Koalitionsfreiheit (Meyer/Engels 2000). Mit der Grundrechtecharta ist allerdings auch eine Unterscheidung von subjektiven Rechten und sog. Grundsätzen eingeführt worden. Aus letzteren sollen „in der Regel keine einklagbaren Individualrechte etwa im Sinne von Leistungsansprüchen, ja nicht einmal allgemeingültige Interpretationshilfen

abgeleitet werden“ (Giegerich 2008: 26). In den „Erläuterungen zur Charta der Grundrechte“ wird folglich auch eine Abgrenzung von Rechten und Grundsätzen vorgeschlagen. Sie schlägt die sozialen Grundrechte den Grundsätzen zu – und macht sie zu bloßen Programmsätzen, die kaum zwingende Bindungswirkungen entfalten (Erläuterungen zur Charta der Grundrechte 2007: insbes. zu Art. 52 ff.).

Spill-Over-Effekte: Progressive Anknüpfungspunkte wurden auch in „Spill-over-Effekten“ angesiedelt. Die Annahme war, dass die konsequente Anwendung wirtschaftlicher Freizügigkeit und Nicht-Diskriminierungsregeln zwangsläufig zu einer korrektiven Sozialdimension zurückführt. Das einschlägige Beispiel dafür ist eine Rechtsprechungslinie des Europäischen Gerichtshofs vom Ende der 1990er Jahre. In der Rs. C-85/96 Martinez Sala, 12.5.1998, hat der EuGH das erste Mal festgehalten, dass Unionsbürger_innen Zugang zu den Sozialsystemen ihres jeweiligen Lebensorts erhalten müssen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit. Damit haben Nichterwerbstätige ein europaweit geltendes Recht auf soziale Teilhabe erhalten. Der EuGH hat damit die „transnationalen sozialen Rechte nichterwerbstätiger UnionsbürgerInnen hervorgebracht“ (Buckel 2011: 637). Im Folgenden ist dieser Ansatz durch das Europäische Parlament vertieft worden. In einem Bericht fordern die Abgeordneten ein System sozialer Sicherung, das den Schutz vor Armut und gesellschaftliche Teilhabe europaweit durch Mindeststandards gewährleistet (Europäisches Parlament 2008, insbes. Ziff. 2a). Hier hat sich eine „Verselbstständigung sozialer Rechte“ (Kingreen 2009: 130) einen gewissen Raum verschafft.

Koordinierte Regierungsmacht: Darüber hinaus wurde auch auf eine Koordinierung der Mitgliedsstaaten gesetzt, um die Kräfteverhältnisse zu verschieben. So konnten beispielsweise sozialdemokratische Regierungen am Ende der 1990er Jahre ein „Beschäftigungskapitel“ in den Amsterdamer Vertrag manövrieren (Mosher/Trubek 2003). Das Gegengewicht zur reinen Liberalisierung sollte durch die Koordinierung und Förderung aktiver Arbeitsmarktpolitik in den Mitgliedsstaaten entstehen (ebd.: 67). Die daraus erwachsende europäische Beschäftigungsstrategie wurde jedoch am Leitbild einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik ausgerichtet, die sozial- und beschäftigungspolitische Fragestellungen in das Modell einer marktliberalen Wettbewerbsorientierung integrierte (Möller 2009). Ihr Fall ist insofern von Interesse, als dass hier ein Effekt eingetreten ist, der die Forderung nach einer stärkeren Sozialdimension in ihr Gegenteil verkehrt.

Demokratisierung der Union: Ein weiterer Ansatzpunkt für eine „interne“ Reform der europäischen Verfassung besteht in veränderten Modalitäten politischer Legitimation. Aus dem Europäischen Parlament könnte – so die Hoffnung – eine machtvolle Institution entstehen, aus der ein soziales Gegengewicht hervorgeht (vgl. Brunkhorst 2014b).

Darüber hinaus können weitere Verfahren identifiziert werden, die als Hebel für eine Reform genutzt werden können. So enthält der Lissabonner Reformvertrag beispielsweise das Mittel einer Europäischen Bürgerinitiative.

Ein sozialer Verfassungswandel wird darüber hinaus mit dem schon jetzt in den Verträgen enthaltenen Vertragsänderungsverfahren in Verbindung gebracht. Art. 48 des EU-Vertrags (EUV) sieht einen Konvent vor, wo Vertreter_innen und Vertreter der nationalen Parlamente, des Europaparlaments und der Europäischen Kommission sowie die jeweiligen Staats- und Regierungschefs zusammentreten. Fraglich bleibt, inwieweit diese Mechanismen als tatsächlicher Hebel für einen Verfassungswandel genutzt werden können.

Soziale Menschenrechte und Europäische Sozialcharta: Darüber hinaus wird auch eine Bindung der europäischen Institutionen wie der Mitgliedsstaaten an die sozialen Menschenrechte und die Europäische Sozialcharta angeführt, um der marktliberalen Verfassung entgegenzuwirken (vgl. Fischer-Lescano 2014). Denn sowohl die Mitgliedsstaaten als auch die EU selbst sind Teil völkerrechtlicher Sozial- und Arbeitsschutzregime wie der Internationalen Arbeitsorganisation und des UN-Sozialpakts. Mit der Europäischen Sozialcharta des Europarats liegt zudem ein Bestand an sozialen Grundrechten vor, der sogar individuelle und kollektive Klagerechte mitführt. Diese Ausgangslage eröffnet Spielräume für eine „Politik der Verträge“ (Möller 2015b), also einer internen Politisierung durch die Bezugnahme auf andere Bindungsmechanismen oder der alternativen Interpretation bestehender Rechtsnormen.

Nun haben sich fraglos in den letzten Jahren die Bedingungen für einen von innen her ansetzenden Kampf um die europäische Verfassung eher verschlechtert als verbessert. Durch den Fiskalvertrag und den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM wurden die Verhältnisse nochmals verschärft. Sie haben die Kräfteverhältnisse verschoben, die parlamentarischen Mitentscheidungsmechanismen geschwächt und die Spielräume für eine Sozialunion eingeschränkt. Und auch die neueren Konflikte um die Flüchtlingsbewegungen haben das Konfliktfeld derart weit geöffnet, dass die EU selbst als höchst prekäre Konstruktion gelten kann. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wo gegenwärtig überhaupt die (Gegen-)

Machtressourcen aufzufinden sind, die in der Lage wären, einer veränderten Verfasstheit zur Durchsetzung zu verhelfen. Vor diesem Hintergrund können die reformerischen Bestrebungen durchaus in eine schlechte Art des „wishful thinking“ übergehen: wenn sich nämlich das Nachdenken über mögliche Reformmechanismen von denjenigen Konfliktkonstellationen und Machtressourcen löst, die selbst überhaupt erst die politischen Spielräume eröffnen.

II. Verfassung gegen Verfassung?

Die schwindenden Spielräume innerer Reformen haben in jüngerer Zeit zu einer Wiederkehr sehr grundlegender Kritiken an der EU-Verfassung geführt (Negri/Cedillo 2015; Streeck 2015). Die Begründungslasten haben sich umgekehrt. Mussten linke Institutionen- und Eurokritiker früher zeigen, wieso eine Reformpolitik innerhalb der bestehenden EU aussichtslos erscheint, so gewinnen ihre Positionen im Lichte der hegemonialen EU-Verfassung an Plausibilität. Die Griechenlandkrise dient als eindrucksvolles Beispiel, um der EU und insbesondere der Euro-Zone eine grundsätzliche Reformunfähigkeit zu bescheinigen. Statt zu einer Neuverhandlung des europäischen Konstitutionalismus ist es zu einer folgenreichen Autoritarisierung gekommen, die formale Rechtsbindung und demokratische Mitentscheidung umgangen hat. Dadurch werden Szenarien der Gründung einer neuen Ordnung oder des Rückbaus der europäischen Integration stärker diskutiert. Dabei lassen sich zwei verfassungspolitische Herangehensweise unterscheiden.

II.1.

Die *erste Position* orientiert auf eine Neugründung der Europäischen Union (Negri/Cedillo 2015). Die bestehende Verfassung ist offenbar so weit von demokratischen und sozialen Spielregeln entfernt, dass nur ein kompletter Neuanlauf „von unten“ aus der Situation herausführen kann. Bisher wurde diese Position vor allem im Kontext der globalisierungskritischen Bewegung, der Europäischen Sozialforen, einzelner europäischer Linksparteien und Bürgerbewegungen formuliert. Erst ein demokratischer Gründungsprozess, der seinen Ausgang in der europäischen Gesellschaft hat, kann die demokratischen und sozialen Defizite überwinden. Erst eine umfassende Beteiligung und Beratung einer supranationalen Bürgerschaft kann eine legitime Verfassungsordnung hervorbringen. Hier sind sicherlich Perspektiven zu unterscheiden, die eher von einer veränderten ökonomischen Basis (etwa einem „sozialistischen“ Europa, vgl. schon Mandel

1968: 99) oder von einem partizipativen Anspruch („Europa der Bürger“, „Europa der Plätze“) her argumentieren, die Folge ist aber ähnlich: Den bestehenden Organen wird ein anderer Verfassungstyp entgegengesetzt.

In verfassungsgeschichtlicher Hinsicht können sich solche radikalen Entwürfe durchaus auf Vorläufer berufen. In Umbruch- und Krisensituationen reüssiert in der Regel auch immer eine radikale Institutionenkritik. Neuartige Partizipationsformen werden erfunden und eine Delegitimierung der alten Ordnung tritt ein. Erst jüngst hat Hauke Brunkhorst mit seiner Analyse von Rechtsrevolutionen gezeigt, wie grundlegende Veränderungen der Verfassung auch immer mit solchen antagonistischen Bestrebungen einhergingen (Brunkhorst 2014a: 39 ff.). In der französischen Revolution sprach man der alten Ordnung des *ancien régime* schlicht ab, überhaupt so etwas wie eine Verfassung zu besitzen. Die amerikanische Revolution profilierte die dezentralen „Townhall-Meetings“ als Ort der Beratung und Veränderung (vgl. Arendt 1994: 277). Und in der russischen Revolution traten die Räte als revolutionäre Institution auf (Negri 1999: 268 ff.).

Nun ist nicht recht absehbar, wie angesichts der aktuellen Spaltungslinien der Wirtschafts- und Migrationspolitik sowie des europäischen Rechtspopulismus ein Neugründungsprozess zu halbwegs akzeptablen Ergebnissen führen soll, doch grundsätzlich nimmt die radikale Kritik den Impuls auf, dass etwas „grundsätzlich“ nicht mit der europäischen Integration nicht stimmt – und sie verdichtet sich in eigenen Räumen der politischen Beratschlagung, Selbstorganisation und Entscheidung. Die jüngeren Erfahrungen in Spanien und Griechenland zeigen, dass dabei durchaus gesellschaftliche Machtressourcen entstehen, die sich gerade jenseits des etablierten politischen Systems bewegen. Ohne diese Ressourcen, wie sie etwa gegenwärtig in der „konstituierenden Initiative“ DiEM 25 als europäischer Bewegung zum Ausdruck kommen, sind selbst bescheidene Veränderungen an der bestehenden Verfassungsarchitektur Europas kaum vorstellbar.

Doch auch hier kann eine Umschlagstendenz eintreten, wenn die erneuernde Geste verabsolutiert wird und Veränderungen jenseits umfänglicher Neugründung kaum noch Berücksichtigung finden. Denn in welchen Formen sich ein möglicher Verfassungswandel in Europa vollzieht – durch die radikale Neuinterpretation bestehender Verträge, durch die Schaffung neuer Verträge, als Kräftegleichgewicht zwischen Staatenallianzen o.ä. – ist nicht absehbar und kann auch nicht einfach unmittelbar von einzelnen Akteursgruppen bestimmt werden. Versteigt sich die Neugründungsposition also in einen prinzipiellen Externalismus, steuert sie an Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten vorbei. Dann kann sie nur noch ein hehres Ideal gegen eine schlechte Realität mobilisieren. Aber auch im Falle einer realen Neugründung der EU kehren alle Probleme des

Konstitutionalismus auf erweiterter Stufenleiter wieder. Insgesamt, so hatte schon Hans Kelsen im Hinblick auf die entstehende Räteverfassung der Sowjetunion gezeigt (Kelsen 1920: 16; Kelsen 1965: 150 ff.), stellt sich auch für das Projekt einer revolutionären Neugründung die Frage nach der Repräsentation und nach den Regeln der Regelerzeugung. Ein ähnlicher Umstand taucht im Hinblick auf den Ausbau der Verwaltungsebene auf. Gerade ein sozial-ökologischer Umbau der europäischen Wirtschaft würde ja einen massiven Ausbau der Verwaltung bedeuten. Ein Verwaltungsapparat, der wie aktuell ungefähr dem einer europäischen Großstadt mittlerer Größe entspricht (Moravcsik 2008: 334), ist damit fraglos überfordert.

II.2.

Neben der Forderung nach einem konstituierenden Prozess hat sich eine verfassungspolitische Position herausgebildet, die auf einen Rückbau der europäischen Integration im Sinne einer De-Konstitutionalisierung zielt (Streeck 2013: insbes. 246 ff.; Nölke 2012). Grundlage dafür ist eine generelle Skepsis gegenüber der Funktionsfähigkeit der europäischen Gemeinschaftswährung und einer Transnationalisierung der Demokratie. Ist die Europäische Union erst einmal wieder auf das Niveau eines zwischenstaatlichen Vertrages zurückgebaut, soll es leichter werden, soziale Umverteilungspolitik in den Nationalstaaten zu verwirklichen. Die Rückkehr zum „embedded liberalism“ der Nachkriegszeit wird in Betracht gezogen (Nölke 2012). Ferner wird auf die sozialen und kulturellen Voraussetzungen der Demokratie abgestellt. Sie seien in den Nationalstaaten gegeben, während die EU als Ganzes genau dieser „lebensweltlichen Verhältnisse“ entbehre (Scharpf 2015: 22).² Die Regierungen der Mitgliedsstaaten avancieren hier zu verfassungspolitischen Akteuren ersten Ranges. Sie sollen sich der übergeordneten EU-Verfassung widersetzen und aus der Gemeinschaftswährung aussteigen. Es geht folglich um die (Wieder-)Herstellung eines Vorrangs der nationalen Staatsverfassung. Diese verfassungspolitische Position kehrt die bisherigen Perspektiven auf das Verhältnis von Mitgliedsstaaten und ökonomischer Liberalisierung um. Zeigte die Europaforschung bisher, dass die Mitgliedsstaaten selbst oft Triebfedern der marktliberalen Binnenmarktintegration sind und den Ausbau einer Sozialunion

2 Fraglich bleibt dabei natürlich, wie sich das Kriterium der historisch gewachsenen und geteilten Lebenswelt zur Demokratie in großen politischen Gemeinwesen verhält, wie bspw. in den USA, Brasilien oder Indien; vgl. zur Kritik der Homogenität: Hanschmann 2008.

blockieren (Ziltener 1999), so sollen sie jetzt zu Widerstandsbastionen gegen die EU-Verfassung werden. Man kann diese Position leicht entdramatisieren. Wenn sich einzelne Nationalstaaten der Liberalisierungspolitik widersetzen, können sie sich auf einen ganzen Bestand an sozialen Rechten auf inter- und transnationaler Ebene beziehen. Es handelt sich nicht um einen Konflikt zwischen „Europa“ und der „Nation“, sondern schlicht um einen Konflikt unterschiedlicher Logiken, sprich: zwischen neoliberaler Wirtschaftsverfassung und sozialer Demokratie.

Nun neigt die Position der De-Konstitutionalisierung allerdings dazu, sich in einen nationalstaatlichen Souveränismus zu versteigen, der das eigene Anliegen – nämlich die Verteidigung demokratischer und sozialer Standards – unterläuft. Die weitverbreitete Rede davon, dass die „Völker Europas“ wieder „souverän“ werden sollten (vgl. Mélenchon 2014), geht an den Widersprüchen unserer Zeit vorbei, denn die Solidaritäts- und Verteilungskonflikte haben längst eine transnationale Dimension. Wer einer europäisch koordinierten und humanitär orientierten Migrationspolitik zur Durchsetzung verhelfen will, kann gegenwärtig gerade nicht auf die Souveränität der Staatsvölker setzen.³ Wer Veränderungen in der Wirtschaftsverfassung anstrebt, beispielsweise die Koordinierung der Außenhandelsüberschüsse oder eine Steuerharmonisierung, muss die nationalstaatliche Souveränität auch entsprechend einschränken.

In der Demokratiepoltik wiederholt sich diese Beobachtung. Angesichts der zunehmenden Vernetzung zwischen den europäischen Gesellschaften zeigt sich gerade an den Forderungen nach national eingegrenzten Volksabstimmungen das demokratische Defizit der nationalen Demokratie. So hätte ein Plebiszit in der Bundesrepublik über die Rettung der griechischen Wirtschaft allen Bundesbürger_innen an einem Tag die Möglichkeit gegeben, über die Zukunft der Eurozone abzustimmen, ohne dass bspw. die Griech_innen eine Mitsprachemöglichkeit gehabt hätten. Dieses Defizit der nationalen Demokratie verschärft sich nochmals, wenn man in Rechnung stellt, dass sich auf europäischem Territorium zunehmend mehr Menschen bewegen, die keinen Bürgerstatus haben, sondern als geduldet gelten oder schlicht keinen legalen Aufenthaltsstatus aufweisen. Dass die Vertreter dieser verfassungspolitischen Optionen zwischenzeitlich von der Kritik an den sozialen Defiziten der europäischen Integration (Streeck 2013) zu einer rigiden Verteidigung der nationalen Grenzsicherung übergegangen sind (Streeck

3 Das ist auch ein Defizit von Klagestrategien vor nationalen Verfassungsgerichten gegen europäische Institutionen. Dort können diese Widersprüche oft nicht abgebildet werden, da das nationalstaatliche Verfassungsrecht oft noch am Dualismus von Staatsverfassung und Europarecht orientiert ist.

2016), zeigt nur deutlich, dass eine allein stehende Renationalisierungsposition durchaus problematische Effekte in Politikfeldern jenseits der Währungspolitik erzielen kann.

III. Revolutionäre Reform: Don't get high on your own supply

Auf der Suche nach einer progressiven Verfassungspolitik konnte gezeigt werden, dass alle drei der gegenwärtig diskutierten Optionen dann problematisch werden, wenn sie ihre Perspektive verabsolutieren: Dann geht der Ruf nach Reform in bloße Gedankenspiele über, der Ruf nach einer kompletten Neugründung in eine prinzipienschwangere Geste, der Ruf nach einer Neuverhandlung der europäischen Wirtschaftsverfassung in einen unsolidarischen Souveränismus. Demgegenüber wäre es die Aufgabe einer progressiven Verfassungspolitik, diese Quellen der Veränderung in ein Verhältnis gegenseitiger Verstärkung und produktiver Irritation zu bringen. Vom Standpunkt politischer Versammlungen her – seien es Parlamentssitzungen, basisdemokratische Assambleas oder Parteitage – lässt sich kein „Königsweg“ eines möglichen Verfassungswandels in Europa beschließen. Das sollte niemanden davon abhalten, die jeweiligen Veränderungsstrategien auch konsequent zu verfolgen. Man muss aber in jedem Fall berücksichtigen, dass die Rechts- und Verfassungsgeschichte von oft unvorhersehbaren Wendungen geprägt ist, von technokratischen Revolutionen ebenso wie von revolutionären Technokratien, die man nicht durch politischen Beschluss fein säuberlich voneinander trennen kann. Die radikalsten Revolutionäre sind oft nach kurzer Zeit wieder auf die „alten“ verfassungsrechtlichen Traditionen vor den Revolutionen zurückgekommen, während die technokratischen Rechtsarbeiter durch Rekonstruktion und Neuinterpretation der Verfassungen in vielen Fällen revolutionäre Effekte erzielt haben (Berman 1991: 41 ff.).

In diesem Sinne ist eine stärkere Strategisierung der Verfassungspolitik erforderlich, die in dieser fragmentierten Konstellation handlungsfähig bleibt.⁴ Eine solche Verfassungspolitik würde zunächst daran arbeiten, Gegenmachtprozesse in Gang zu setzen, um den europäischen Konstitutionalismus, dort wo es erforderlich ist, einer Neuverhandlung zu unterziehen. So könnten sich gesellschaftlicher Protest, progressive Regierungsmehrheiten und konkrete Ansatzpunkte im europäischen Recht gegenseitig verstärken und ein Gegengewicht zu Austerität und Abschottung aufbauen. Unterhalb einer EU-Verfassung aus einem Guss könnten

⁴ Zum grundsätzlichen Problem der Verarbeitung von Komplexität in Organisationsprozessen vgl. Schlemermeyer 2016.

sich auf diese Weise wenigstens Kompromisse oder Machtgleichgewichte ergeben, die längerfristig auf eine Veränderung der Verfassungsentwicklung hinauslaufen.

Der für Verfassungskämpfe typische historische Rückbezug würde dann allerdings nicht in der Übertragung des französischen Republikanismus auf die EU bestehen (so der Tendenz nach aber: Mélenchon 2014); vielmehr würde sich eine solche Verfassungspolitik auf Ordnungskämpfe langer Dauer einstellen müssen. Wenn man in der Verfassungsgeschichte nach Orientierungspunkten sucht, so kann am ehesten die Verfassungsrevolution des „New Deal“ in den USA der 1930er Jahre als Vorbild dienen. Hier sind über einen längeren Zeitraum verfassungsrechtliche Deutungskämpfe, soziale Klassenkämpfe und einfache politische Konflikte in eine grundlegende Verfassungsrevolution gemündet. Nicht nur dass massive Streik- und Protestbewegungen die Grundlage dafür legten, dass der New Deal mit seinem ökonomischen und sozialen Interventionismus eine Durchsetzungschance erhielt, auch das Verständnis grundlegender Verfassungsprinzipien revolutionierte sich in dieser Zeit. Geradezu spiegelbildlich im Verhältnis zur aktuellen Lage in der Europäischen Union hatte der US Supreme Court vor dem New Deal eine marktliberale Interpretation der amerikanischen Verfassung verfolgt. In dem prägenden Urteil *Lochner vs. New York* erklärte der Supreme Court 1905 die Einführung einer Arbeitszeitbegrenzung für verfassungswidrig und unvereinbar mit der Vertragsfreiheit. Am Ende der New Deal-Politik steht ein vollkommen verändertes Verfassungsverständnis. Der Supreme Court bestätigt in seinem Urteil „*National Labor Relations Board vs. Jones & Laughlin Steel Corporation*“ aus dem Jahre 1937 das Verbot, gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer zu kündigen, als verfassungsmäßig, ebenso wie regulierende Eingriffe in die Vertragsfreiheit. Schließlich erläutert Franklin D. Roosevelt in seiner Rede vor dem US-Kongress 1941 sein Programm der vier Freiheiten (Roosevelt 1941): Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Freiheit von Not (Soziale Rechte) und Freiheit vor Furcht (Abrüstung in internationaler Perspektive). Die unterschiedlichen politischen, ökonomischen und juristischen Konfliktlinien verdichteten sich zu einer „revolutionären Reform“, in der „siegreiche soziale Bewegungen zu Zeitpunkten hoher Mobilisierung an Kontrolle über bestehende Institutionen gewinnen, um Handlungen einzuleiten, die weit über die normale legale Autorität hinausgehen“ (Ackerman 1998: 384). Das amerikanische Verfassungsverständnis kehrte sich innerhalb eines Jahrzehnts von „laissez-faire“ zu „activist welfare state“ um (ebd.: 375).

In diesem Sinne wären eine Politik der Neuinterpretation und Korrektur der bestehenden europäischen Verfassung, progressive Regierungen und konstituierende Initiativen als komplementäre Ansätze einer europäischen Verfassungsopo-

litik darzustellen. Das wiederum ist auch nicht folgenlos für die innere, eigene Verfassung der europäischen Linken: Sie ist dann nämlich nur als „gemischte“ Verfassung denkbar, in der die Handelnden reflexiv prüfen, inwieweit die jeweiligen Handlungsstrategien auch zu realen Veränderungen beitragen – und dabei den Horizont eines solidarischen Europas offenhalten.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang (2008): Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtsstaates im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland (1954) in: Abendroth, Wolfgang (Hg.): *Gesammelte Schriften Band 2*, Hannover.
- Ackerman, Bruce (1998): *We the People 2. Transformations*, Cambridge/London.
- Arendt, Hannah (1994): *Über die Revolution*, München.
- Bauer, Otto (1970): *Das Gleichgewicht der Klassenkräfte (1924)*, in: Sandkühler, Hans-Jörg/De La Vega, Rafael (Hg.): *Austromarxismus. Texte zu „Ideologie und Klassenkampf“*, Frankfurt am Main.
- Berman, Harold J. (1991): *Recht und Revolution. Die Bildung der westlichen Rechts-tradition*, Frankfurt am Main.
- Brunkhorst, Hauke (2014a): *Critical Theory of Legal Revolutions*, London/New York – (2014b): *Das doppelte Gesicht Europas: zwischen Kapitalismus und Demokratie*, Berlin.
- Buckel, Sonja/Oberndorfer, Lukas (2009): *Die lange Inkubationszeit des Wettbewerbs der Rechtsordnungen - Eine Genealogie der Rechtsfälle Viking/Laval/Rüffert/Luxemburg aus der Perspektive einer materialistischen Europarechtstheorie*, in: Fischer-Lescano, Andreas/Rödl, Florian/Schmid, Christoph (Hg.): *Europäische Gesellschaftsverfassung. Zur Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa*, Baden-Baden.
- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*, Cambridge/Malden.
- Dawson, Mark/De Witte, Floris (2016): *From Balance to Conflict: A New Constitution for the EU*, in: *European Law Journal* 22 (2).
- Eberl, Oliver/Salomon, David (2013): *Postdemokratie und soziale Demokratie*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 3.
- Fischer-Lescano, Andreas (2014): *Human Rights in Times of Austerity Policy. The EU Institutions and the Conclusion of Memoranda of Understanding*, Baden-Baden.
- Fischer-Lescano, Andreas/Möller, Kolja (2009): *Europäische Grundrechte und die Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa*, in: Fischer-Lescano, Andreas/Rödl, Florian/Schmid, Christoph (Hg.): *Europäische Gesellschaftsverfassung. Zur Konstitutionalisierung sozialer Demokratie in Europa*, Baden-Baden.
- Giegerich, Thomas (2008): *Steuern Völker- und Europarecht die Globalisierung „im Geiste der Brüderlichkeit“?*, in: Giegerich, Thomas/Zimmermann, Andreas (Hg.): *Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im globalen Zeitalter*, Berlin.
- Grundrechte, Erläuterungen zur Charta der (2007): 2007/C303/02*, Brüssel.

- Hanschmann, Felix (2008): *Der Begriff der Homogenität in der Verfassungslehre und Europarechtswissenschaft*, Berlin/Heidelberg.
- Joerges, Christian (2012): *Recht und Politik in der Krise Europas*, in: *Merkur* (11).
- Kelsen, Hans (1920): *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Tübingen.
- (1965): *Sozialismus und Staat. Eine Untersuchung der politischen Theorie des Marxismus (1920)*, Wien.
- Kingreen, Thorsten (2009): *Die Europäisierung sozialer Rechte*, in: Fischer-Lescano, Andreas/Rödl, Florian/Schmid, Christoph (Hg.): *Europäische Gesellschaftsverfassung*, Baden-Baden.
- Ley, Isabelle (2015): *Opposition im Völkerrecht. Ein Beitrag zur Legitimation internationaler Rechtserzeugung*, Heidelberg/Dordrecht/London/New York.
- Mandel, Ernest (1968): *Die EWG und die Konkurrenz Europa-Amerika*, Frankfurt/Köln.
- Mélenchon, Jean-Luc (2014): *L'ère du peuple*, Paris.
- Meyer, Jürgen/Engels, Markus (2000): *Aufnahme von sozialen Grundrechten in die Europäische Grundrechtecharta?*, in: *Zeitschrift für Rechtspolitik*.
- Möller, Kolja (2009): *Gouvernementales Wahrheitsregime oder dezentrales Netzwerk-Regieren?*, in: *Leviathan* 37 (4).
- (2015a): *Formwandel der Verfassung. Die postdemokratische Verfasstheit des Transnationalen*, Bielefeld.
- (2015b): *Politik der Verträge. Internationale Politik als radikale Realpolitik*, in: *prager frühling* (2).
- Mosher, James S./Trubek, David M. (2003): *Alternative Approaches to Governance in the EU: EU Social Policy and the European Employment Strategy*, in: *Journal of Common Market Studies* 41 (1).
- Negri, Antonio (1999): *Insurgencies: Constituent Power and the Modern State*, Minneapolis.
- Negri, Antonio/Cedillo, Raúl Sánchez (2015): *Für einen konstituierenden Prozess in Europa*, Wien.
- Nölke, Andreas (2012): *Rettet Europa! Ohne den Euro?*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (3).
- Parlament, Europäisches (2008): *Bericht über die Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut A6-0364/2008*, Brüssel.
- Rödl, Florian (2009): *Arbeitsverfassung*, in: von Bogdandy, Armin/Bast, Jürgen (Hg.): *Europäisches Verfassungsrecht: Theoretische und dogmatische Grundzüge*, Dordrecht/Heidelberg/New York/London.
- Roosevelt, Franklin D. (1941): *Four Freedoms Speech, Annual Speech to congress on the state of the union*, in: <http://www.fdrlibrary.marist.edu/pdfs/fftext.pdf>.
- Scharpf, Fritz W. (2015): *Das Dilemma der supranationalen Demokratie in Europa*, in: *Leviathan* 43 (1).

- Schink, Philipp (2013): Freedom, Control and the State, in: Niederberger, Andreas/Schink, Philipp (Hg.): Republican Democracy: Liberty, Law and Politics, Edinburgh.
- Schlemermeyer, Jan (2016): Komplexes Mosaik. Ansätze linker Bündnispolitik im neoliberalen Kapitalismus und das Problem gesellschaftlicher Differenzierung, in: Hawel, Marcus/Kalrmring, Stefan (Hg.): Wie lernt die Mosaik-Linke? Die plurale Linke in Bewegung, Hamburg.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertage Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.
- (2015): Warum der Euro Europa spaltet statt es zu einigen, in: Leviathan 43 (3).
- (2016): Scenario for a Wonderful Tomorrow, in: London Review of Books 38 (7).
- Thiel, Thorsten (2015): Opposition verfassen. Demokratie, Republikanismus und die Etablierung von Gegenmacht, in: Llanque, Markus/Schulz, Daniel (Hg.): Verfassungsidee und Verfassungspolitik, Berlin.
- Tuori, Kaarlo (2014): A European Security Constitution?, in: Jenkins, David/Jacobsen, Amanda/Henriksen, Anders (Hg.): The Long Decade: How 9/11 Changed the Law, Oxford.
- Volk, Christian (2013): Zwischen Entpolitisierung und Radikalisierung – Zur Theorie von Demokratie und Politik in Zeiten des Widerstands, in: Politische Vierteljahresschrift 54 (1).
- Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration: die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit, Münster.

Frieder Otto Wolf

Wie kann aus der gegenwärtigen Krise heraus ein konstitutiver Prozess der EU erkämpft werden?¹

Die gegenwärtige Krise gibt zu denken. Gerade auch in Bezug auf die EU – und insbesondere die Eurozone –, für die von vielen Beobachter*innen diese Krise bereits das Ende eingeleitet zu haben scheint (vgl. Balibar 2016).

Es wäre deswegen sicherlich nicht machbar, eine theoretische Kurzdiagnose der Weltlage und des Entwicklungsstandes der EU als „Staatenverbund eigener Art“ der Erörterung der gegenwärtigen Lage und der durch sie eröffneten Handlungsmöglichkeiten voranzustellen. Aber es dürfte doch nützlich sein, zumindest daran zu erinnern, dass die EU

- a) ein zentrales Element einer globalen politischen und ökonomischen Konstellation mit starken herrschaftlichen Ausprägungen (sowie in diesen Ausprägungen auch von gesellschaftlich tragenden führenden Kapitalgruppen) ist, dass
- b) die gegenwärtige sog. „Flüchtlingskrise“ – d.h. die unvorhergesehene und immer noch kaum kontrollierbare Immigration von auf Sicht noch wachsenden Zahlen von Menschen, die massenhaft aus Gebieten flüchten, in denen ihnen Krieg, Hunger, Erwerbslosigkeit und extreme Verarmung ein weiteres Verbleiben unerträglich gemacht haben, noch lange nicht beendet ist. Sie ist nicht erst zuletzt ein „backlash“ (also eine prozessuale Rückwirkung und eine antwortende Initiative) auf von der EU ausgelöste bzw. von ihr nicht präventiv verhinderte langfristige destruktive Fernwirkungen² und

1 Ich danke Judith Dellheim für ihre gründliche und konstruktive Kritik an früheren Versionen dieses Textes.

2 Auch wenn jeder Versuch zurückzuweisen ist, Attentate des IS mit dem Handeln der Flüchtenden – die ja zum großen Teil vor eben dem IS flüchten – in Verbindung zu bringen, kann doch nicht gelehnet werden, dass das Aufkommen des IS als terroristische Organisation strukturell mit der Flüchtlingskrise in Zusammenhang steht: Auch der Terror des IS ist zwar eine eigene Initiative seiner menschenverachtenden Träger, aber der IS wäre nie zustande gekommen ohne die destruktive Politik, die die führenden Mächte des Westens seit den 1920er Jahren im Mittleren Osten verfolgt und in den 1950er Jahren bzw. im 'Kalten Krieg' nicht nachhaltig korrigiert haben. Die Art

c) trotz des Fehlens eines expliziten Verfassungsdokuments längst eine „Verfassungswirklichkeit“ aufzuweisen hat, in der sich vertragliche Regelungen mit faktischen Kräfteverhältnissen auf eine nachhaltige, längst schwer auflösbare Art und Weise miteinander verbunden haben.

Jedenfalls hat diese gegenwärtige Krise EU-weit (ganz abstrakt betrachtet) in ähnlicher Weise einen Ausnahme-Zustand herbeigeführt, wie dieser 2008 von der zunächst globalen „Finanzkrise“ in der EU ausgelöst wurde: Das beginnt mit den unmittelbar und primär Betroffenen – damals waren es die ärmeren Darlehensnehmer (dies waren nicht die Allerärmsten), die in großer Zahl zahlungsunfähig geworden sind und aufgrund ihrer schieren Masse eine Finanzkrise hervorgerufen haben. Heute sind es die Vielen (zumeist in Familienverbänden), die sich zur Flucht nach Europa entschlossen haben (und zwar im Bewusstsein der bestehenden Hindernisse und auch der hohen Kosten), welche dann die Regierungen der Mitgliedstaaten, aufgrund der ihnen zugeschriebenen Garantiefunktion, zur Reaktion zwingt.

Die Differenz liegt aber in dem, was gleichsam dazwischenliegt: Denn die sekundär Betroffenen waren damals die Banken als zentrales Segment des Finanzkapitals und heute sind es vor allem die Kommunen und die aktivierten zivilgesellschaftlichen Netzwerke – und das macht politisch offenbar einen gewaltigen Unterschied. Zwar hat Angela Merkel den aufgrund der massenhaften Initiative der Flüchtenden faktisch eingetretenen Ausnahmezustand als solchen erklärt und ihn dann dazu benutzt, um bis dahin unerhörte Maßnahmen zu ergreifen und dann EU-weit durchzusetzen, aber: Im Fall der Finanzkrise war die Bankenrettung eben ein unstrittiger Imperativ und dieser konnte auch mit einer Reihe von zentral getroffenen Maßnahmen umgesetzt werden – woran sich dann stabilisierend das neu definierte Handeln der EZB anschloss, so dass die Krise erst einmal abgewendet war.

Der Imperativ, die Menschenrechte der Geflüchteten zu respektieren, ist hingegen ein nur durchsetzungsschwaches – und von dem gleichsam „überraunten“ vorherigen EU-Grenzregime vollständig ignoriertes Postulat. Sekundär ist die Rettung von Kommunen (oder gar von zivilgesellschaftlichen Netzwerken) zwar letztlich auch unumgänglich, aber ihre Durchsetzung kann nicht auf mit der

und Weise, wie in Westeuropa die Integration muslimischer Migranten versäumt und wurde und wie dann der „arabische Frühling“ ohne nachhaltige Entwicklungsperspektive gelassen wurde, hat dem Terror spezifisch günstige Entwicklungsbedingungen geboten. Diese falsche Politik des Westens hat einen entscheidenden Beitrag zu den destruktiven Entwicklungen und Kriegen geleistet, vor denen heute die Flüchtenden fliehen.

Bankenrettung vergleichbare politische Mächte zurückgreifen. Schließlich ging es da um eine zentrale Forderung des politisch ohnehin bereits hegemonialen Finanzkapitals. Daher ist es offenbar weder einfach möglich, zentrale Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zu ergreifen, noch ist bisher eine solche Beruhigung der Lage absehbar, aufgrund derer es möglich würde, sie zumindest im Ansatz zu bewältigen.

Dennoch ist als gemeinsamer Nenner beider Krisenprozesse festzuhalten, dass es sich beide Male um eine Konstellation von Ereignissen handelt, die eine Ausnahmesituation ausgelöst haben, aufgrund derer dann ein Handeln weit jenseits bestehender Institutionen und Regeln erforderlich wird bzw. als solches legitimiert werden kann.³

Hier sollten wir aber auch beide Male genauer hinschauen. Dabei wird uns dann der zumindest im Ansatz „passiv-revolutionäre“ Charakter der bisher insgesamt erfolgreichen Politik Angela Merkels deutlich: Sie ist nämlich *zum einen* dazu bereit und in der Lage, „alles zu verändern, damit alles gleich bleiben kann“ und sie kann dies auch immer wieder unter Berufung auf den Ausnahmezustand legitimieren. Sie kann die eigene Handlungsfähigkeit immer wieder mit ihrer Fähigkeit beweisen, jenseits der geltenden institutionellen Regelungsmuster zu agieren. *Zum anderen* stellt sie diese Art von schöpferischer Nutzung von Ausnah-

3 Die grundlegende Gemeinsamkeit dieser Prozesse liegt sicherlich darin, dass die anhaltende Krise der Kapitalakkumulation seit den 1980er Jahren weder durch neoliberale Wirtschaftspolitik noch durch Finanzialisierung überwunden werden konnte. Damit konnte auch kein mit dem vom „New Deal“ in den USA eingeleiteten „Fordismus“ vergleichbares neues Akkumulationsmodell „gefunden“ werden, das eine Erneuerung der technologischen Grundlagen mit einem neuen, kapitalistischen „Klassenkompromiss“ hätte verbinden können. Die neueren Versuche der EU-Kommission, eine „europäische Industriepolitik“ zu entwickeln, oder der IG Metall, von Deutschland aus eine „Industrie 4.0“ auf den Weg zu bringen, reagieren offenbar auf dieses Problem. Sie sind aber offenbar noch nicht dazu in der Lage, ein kohärentes Modell der Kapitalakkumulation zu entwickeln, das einem neuen kapitalistischen „Klassenkompromiss“ zur Grundlage dienen könnte. Damit wächst allerdings nicht zugleich die Aussicht, dass linke Transformationsprogramme populär würden. Vielmehr erweist sich erneut die Fähigkeit des strukturell rechten Populismus, durch Appelle an eine imaginierte Volksgemeinschaft exkludierende und repressive Politiken zu legitimieren. Die hier stattfindende imaginäre Identifikation mit der Staatsmacht wird genutzt, um eine Umverteilung der Krisenlasten von oben nach unten zu bewirken, wodurch keinerlei substanzieller Beitrag zur Krisenlösung geleistet werden kann.

mezuständen beständig und unverbrüchlich in den Dienst der Reproduktion der bestehenden ökonomischen, sozialen und politischen Herrschaftsverhältnisse.⁴

Demgegenüber ist insbesondere die Frage zu stellen, warum es offenbar unmöglich ist, in derartigen Ausnahme-Situationen eine „aktiv-revolutionäre“ oder doch zumindest „transformatorische“ Politik zu initiieren.

Als erster Faktor ist hier ein kognitiver Mangel festzustellen: Es wird überwiegend weder angemessen begriffen, worin die spezifische Ausnahme-Situation besteht und worauf sie sich bezieht, noch wird erkannt, welche ‘alternativen’ Handlungsmöglichkeiten durch sie eröffnet werden. Verdinglichte Vorstellungen darüber, wie eine ‘revolutionäre’ und eine ‘reformistische’ Politik zu unterscheiden wären, verdecken kognitiv die Ambivalenzen und ‘Widersprüche’, auf die sich radikale politische Initiativen beziehen müssten. Das gilt erst recht für den Unterschied zu einer Politik der Transformation, welche zur Überwindung der bestehenden strukturellen Herrschaftsverhältnisse führen kann und sich von einem bloßen ‘trasformismo’ (vgl. Perrone 2009) unterscheidet, der durch ein Spielen mit den bestehenden politischen Differenzen die beständig modifizierte Reproduktion eben dieser Herrschaftsverhältnisse betreibt, und dadurch die Herrschaft der Kerngruppe der herrschenden gesellschaftlichen Kräfte verteidigt.

Demgegenüber ist es bisher nicht gelungen, auch nur einen Horizont der Einheit der linken Gegenkräfte, geschweige denn ein in Grundzügen geteiltes linkes Alternativprojekt zu definieren und in die Praxis umzusetzen. Ein solches Projekt müsste es erlauben, auf die wirklichen Herausforderungen durch die passiv-revolutionäre Weiterentwicklung der Strategien der Herrschenden offensiv zu reagieren. Insbesondere das geschickte Agieren auf mehreren Ebenen (insbesondere der mitgliedstaatlichen „nationalen“ und der gemeinschaftlichen „europäischen“) der herrschenden Gruppen und der führenden Politiker*innen setzt immer wieder Handlungsnotwendigkeiten, welchen die linken Kräfte nicht oder nur mühsam und lückenhaft entsprechen können. Stattdessen erschweren gerade in kritischen Situationen immer wieder organisatorische Abspaltungen von vor allem parteipolitisch organisierten politischen Kräften als möglichen Subjekten gesellschaftlichen Lernens (wie dies jüngst im Fall von Syriza mit geringem

4 Die Frage, aus welcher Perspektive die deutsche Kanzlerin die Fähigkeit zu einem derartigen „passiv-revolutionären“ Handeln gewinnt, ist durchaus spannend. Ich denke, die Antwort ist in der Tatsache zu suchen, dass diese neue Konstellation von deutschen Kapitaleliten nicht mehr nur europäisch vernetzt ist, sondern dass diese begonnen haben, mit ihren vernetzten Partnern ein europäisches Hegemonieprojekt zu entwickeln und zu verfolgen.

politischem Erfolg, wenn auch mit großem politischen Schaden versucht worden ist) die nötigen Lernprozesse: Anstatt aus Niederlagen subalternen Perspektiven gemeinsam subversiv zu lernen, um eine neue Runde der Kämpfe aussichtsreicher anzulegen, wird nach den „Verrätern“ als den „Schuldigen“ gesucht und auf dieser imaginären Grundlage dann die organisatorische Spaltung vollzogen. Dadurch drohen dann die auf die konkrete Situation bezogenen ‘Pragmatiker’ mit ihrem nicht zu vernachlässigenden situativen, ‘taktischen’ Agieren allein und ohne kritisch intervenierende, vor allem aber auch ohne jede strategisch vorantreibende (oder eben auch nur defensive) Perspektive zu bleiben, während umgekehrt die „radikalen Linken“ von der Anforderung entlastet bleiben, sich überhaupt noch spezifisch eingreifend auf die realen Situationen zu beziehen bzw. dies überhaupt erst einmal zu lernen.

Damit tritt dann allerdings ein zweiter Faktor in den Blick: Anstatt unvermeidliche Differenzen und Gegensätze auszuhalten und deliberativ weiter auszutragen, ziehen sich viele politisch Aktive in (nicht nur politische) Organisationen von Gleichgesinnten zurück, welche miteinander nur noch propagandistisch umgehen können. Sie sind dann zu einer ernsthaften gemeinsamen Deliberation über ihren kommunikativen Binnenraum hinaus nicht mehr in der Lage. Dieser Faktor liegt nun allerdings durchaus innerhalb der Reichweite linker Politik – auch wenn die Entwicklung einer neuen, die Probleme aktiv angehende Politik der linken Kräfte⁵ sicherlich alles andere als einfach sein wird.

Die gegenwärtig bestehenden (und oft nur noch Minderheiten der Bevölkerung signifikant ansprechenden) politisch-parlamentarischen Systeme der Mitgliedsstaaten (und durchaus auch das auf subalterne Formen der parlamentarischen und korporativistischen Beteiligung angelegte und die ‘nationalen’ politischen Systeme einrahmende und überlagernde transnationale politische System der EU) verstärken diese Tendenz zur kommunikationslosen Einigelung organisierter politischer Apparate und Strömungen noch weiter: Indem sie faktisch Prämien auf eine erfolgreiche propagandistische Profilierung der innerhalb dieses subalternen Parlamentarismus miteinander konkurrierenden politischen Parteien setzen. Dabei grenzen sie alle Versuche, in Richtung einer ‘basisdemokratischen’

5 So kann einerseits die gegenwärtige linke EP-Fraktion GUE/NGL aufgrund ihrer Heterogenität keine herausgehobene Rolle übernehmen, während andererseits das zu aktivierende politische Spektrum weit über die gegenwärtige Reichweite der Parteien der Europäischen Linken hinausreichen muss.

politischen Deliberation⁶ voranzukommen als ‘unpolitisch’ aus, während die technokratisch-bürokratische Konzertation der Regierungen und ihrer Verwaltungen, die à la Thatcher daran arbeiten, jede Art von politischer Alternative auszuschließen, die reale Entwicklung der EU beherrscht.

Diese Organisationen von Gleichgesinnten sind in aller Regel politische Parteien (bzw. darauf bezogene Strömungszusammenhänge), die sich im nationalen Rahmen der einzelnen Mitgliedstaaten gebildet haben und sich immer noch in diesem Rahmen reproduzieren (und nicht etwa im Rahmen von ‘Sprachgemeinschaften’ oder ‘Kulturgemeinschaften’). Die formell gebildeten „europäischen politischen Parteien“ sind bis heute bloße Mechanismen zur Verteilung von EU-Fördergeldern geblieben. Sofern sie in der grenzübergreifenden Herausbildung von Netzwerken alternativer Bewegungen überhaupt noch eine Rolle spielen, ist dies jedenfalls keine führende Rolle. Führungsfunktionen werden durchaus wahrgenommen, aber dies haben längst politische Netzwerke ganz anderer Art zu leisten begonnen.

Vor allem die Regierungen der Mitgliedstaaten haben inzwischen eine darauf zurückgreifende gemeinsame Handlungsfähigkeit aufgebaut, welche die EU mit ihren offiziellen Strukturen bisher noch nicht hat entwickeln können. Dies ist zwar noch keine routinierte Normalität, kann aber offenbar zumindest in Krisensituationen immer wieder erfolgreich mobilisiert werden.

Staatlichkeit und Handlungsfähigkeit

Es wäre ein strategischer Fehler, die EU, welche ein politisches Gemeinwesen neuen Typs darstellt, als einen klassischen modernen Staat im Werden, der bloß noch nicht mit seiner Herausbildung fertig ist, zu begreifen. Sie stellt vielmehr (immer noch und soweit künftig absehbar) eine politische Herrschaftsstruktur ‘sui generis’ dar, so wie dies das Bundesverfassungsgericht zu Recht festgestellt

6 An dieser Stelle wird deutlich, dass der hier verwendete Begriff der Deliberation (der sich aus der Unterscheidung zwischen Verständigungs- und Erkenntnisprozessen begründet) weder die naive liberale Unterstellung macht, dass jederzeit und unter allen Voraussetzungen jede und jeder eine Deliberation in Gang setzen können, noch der etatistischen Ideologie huldigt, dass allein der Staat Räume der Deliberation konstituieren könne. Allerdings knüpft er durchaus an die Voraussetzung an, dass auch unter ungünstigen Voraussetzungen Menschen sich selber zu Subjekten gemeinsamen Handelns machen können, indem sie „ihre Köpfe zusammenstecken“, wie dies Marx für die Arbeiter beschrieben hat, die den Kampf um den „Normalarbeitstag“ aufgenommen haben.

hat: *Zum einen* ist sie ein „Halbstaat“, der nicht als „Souverän“ auftritt, der im Zweifelsfall für sich die letzte Zuständigkeit beansprucht. D.h. die EU ist keineswegs „für alles“ letztlich politisch kompetent und sie kann nicht einmal alle 'Konflikte' ihrer Mitgliedstaaten entscheiden oder auch nur schlichten. Sie hätte auch gar nicht die Mittel, um gegen einen Mitgliedstaat ihren erklärten Willen durchzusetzen, außer in den „vergemeinschafteten“ Bereichen der EG, wo sie dies zumindest über die Rechtsprechung des EuGH vermag.

Dieser „Halbstaat“ steht allerdings nun nicht etwa, wie dies Lenin mit diesem Begriff zu denken versucht hatte, in einem Prozess der Überwindung der Verselbständigung staatlicher Herrschaftlichkeit, indem er seine spezifische Funktion als ein Staat „im Absterben“ ausfüllt. Im Gegenteil: Die EU als „Halbstaat“ ergänzt vielmehr eine durch Prozesse der Globalisierung und Europäisierung geschwächte Regulierungsfähigkeit ihrer Mitgliedstaaten durch eine zusätzliche, gegenüber der gewöhnlichen Verselbständigung staatlicher Tätigkeit auf der Ebene der Mitgliedstaaten noch einmal weiter vorangetriebene transnationale Verselbständigung.

Diese neue Art der transnationalen Verselbständigung lässt sich ausgehend von dem Konzept und der Praxis des im britischen Parlamentarismus klassisch entwickelten, aber auch in anderen modernen Staaten grundsätzlich befolgten Modells der Prärogative der Regierung in der Außenpolitik begreifen: in Gestalt der gemeinsam wahrgenommenen Prärogative der im Europäischen Rat versammelten Staats- und Regierungschefs (die gleichsam jeder für sich betrachtet „Außenpolitik“ betreiben, dies aber eben alle zusammen tun).

Die EU ist demgemäß also kein Staat und auch nicht auf dem Wege dahin, einer zu werden. Aber sie ist auch keine bloße internationale Organisation (wie etwa die UNO) bzw. keine transnationale Institution (wie WTO, Weltbank oder IWF), die zwar verbindliche Verpflichtungen ihrer Mitgliedstaaten generieren kann, welche unter dem Vorbehalt ihrer souveränen Ignorierung bzw. Aufkündigung bleiben. Sie verbindet eine beträchtliche eigenständige Macht zentraler Institutionen, denen die Mitgliedstaaten insoweit faktisch unauflösbar unterworfen sind – die technokratische Macht der Europäischen Kommission, die juristische Macht des EuGH und für die Euro-Staaten die finanzpolitische Macht der EZB. Hinzu kommt der Europäische Rat mit seiner faktisch kaum begrenzten, allenfalls durch die Unfähigkeit, zu gemeinsamen Entschlüssen zu kommen, eingeschränkten kooperativen Macht. Hier können die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten je nach Lage und Bedarf als konstituiertes Organ der EU oder aber als kooperatives bzw. sogar als konstituierendes Organ internationaler Entscheidungsstrukturen und Institutionen agieren .

Daneben fällt die (durchaus vorhandene) legitimierende, ko-legislative und kontrollierende Macht des Parlaments der EU keineswegs zufällig stark ab – so dass es heute jedenfalls nicht mehr vorstellbar ist, dass es sich eines Tages in eine Konstituante der EU verwandeln könnte.

Seit Beginn neoliberalen Entwicklung der EU, der politisch mit dem Cassis-de-Dijon-Urteil des EuGH (1978) begonnen hat und dann mit der Einheitlichen Europäischen Akte (1986) und letztlich mit dem Vertrag von Maastricht (1992) durchgesetzt worden ist, hat sich in der EU ein spezifisches Politikmuster durchgesetzt: Zum einen wird Entpolitisierung durch Vermarktlichung betrieben und zum anderen wird staatliches Handeln – wo immer es erforderlich bleibt oder wird – auf die Exekutive konzentriert, während die Legitimation durch Wahlen auf die Akzeptanz eines politischen Systems reduziert wird, welches möglichst keine politischen Alternativen mehr zur Wahl stellen kann. Das hat dann in der Konsequenz dazu geführt, dass die Europäische Kommission gegenüber dem Europäischen Rat überall dort ins Hintertreffen geraten ist, wo tatsächlich noch politische Entscheidungen zu fällen waren – d.h. insbesondere in allen Krisen, in denen dann allein der Rat sich als dazu in der Lage zeigte, entstandene Ausnahmesituationen zum Handeln zu nutzen und damit auf Sicht zumindest die institutionelle Vermutung der Handlungsfähigkeit für sich zu monopolisieren.

Die EU als real über faktisch unkündbare internationale Verträge verfasstes politisches Gemeinwesen jenseits der Mitgliedstaaten, aber durch sie zustande gekommen, war immer schon eine Realität außerhalb der Reichweite demokratischer Politik (sofern es dieser nicht gelang, das Regierungshandeln in einem Mitgliedstaat entscheidend zu prägen, wie dies in der Vergangenheit in Dänemark der Fall gewesen ist und wie dies heute in Griechenland – trotz aller Versuche der herrschenden Kräfte der EU, diese Situation zu „bereinigen“ – immer noch einen strukturellen Konflikt erzeugt).

Die neoliberale Umgestaltung der Verfasstheit der EU war einerseits ein Ergebnis veränderter gesellschaftspolitischer Kräfteverhältnisse und hat andererseits die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nachhaltig zugunsten konkreter immer noch mitgliedstaatlich verankerter, aber transnational und europäisch vernetzter neoliberaler Kapitaleliten verschoben. Diesen Kapitaleliten geht es strategisch um Gewinn an globaler Konkurrenzstärke und an Handlungsfähigkeit, um Sicherheit und Stabilität im eigenen Interesse organisieren zu können. Zu diesem Zwecke haben sie den Prinzipien der wirtschaftlichen Liberalisierung, der Deregulierung und des Freihandels bzw. der Privatisierung öffentlicher Aufgaben, der

Finanzialisierung sowie der Überwachung, Repression und Militarisierung von Verhältnissen geradezu einen übergeordneten Verfassungsrang verliehen, durch die dann wiederum auch faktisch bereits anders akzentuierte Bestimmungen der Verfassungen von Mitgliedstaaten aufgehoben bzw. zumindest relativiert werden.

Dies ist schlagend und exemplarisch in Gestalt der sogenannten Maastricht-Regeln deutlich geworden, deren Erfüllung die Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) erlauben sollte:

Maastricht-Regeln

- Preisniveaustabilität: Die Inflationsrate darf maximal 1,5 Prozentpunkte über jener der drei preisstabilsten Mitgliedsländer liegen.
- Haushaltsstabilität: Das jährliche Haushaltsdefizit darf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten; der staatliche Schuldenstand muss unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen bzw. stark rückläufig sein.
- Wechselkursstabilität: Mindestens zwei Jahre lang darf im Rahmen des EU-Wechselkursmechanismus keine Währungsabwertung stattgefunden haben.
- Zinsstabilität: Der langfristige Nominalzinssatz darf jenen der drei zinssatzstabilsten Länder um maximal 2 Prozentpunkte übersteigen.

Nach dem Beitritt zur WWU entfällt folgerichtig das Kriterium der Wechselkursstabilität. Die anderen bestehen aber weiterhin.

Von entscheidender Bedeutung ist hier die Einsicht, dass der Maastrichter Vertrag mit dem Einstieg zur WWU kein einmaliger – einmal durchgesetzter und dann endlich abgeschlossener – Konstituierungsprozess gewesen ist, sondern dass er vielmehr der letztendliche Einstieg in eine immer weiter vorangetriebene neoliberale Dynamik der EU-Verfassungsentwicklung war. Die damit etablierte Dynamik eines immer weiter vorangetriebenen realen, eher unerklärten Verfassungsprozesses der EU als ein faktischer Konstitutionalisierungsprozess von oben wird an der Entwicklung der EU-Politik bzw. der EU seit Maastricht deutlich, wie sie Judith Dellheim rückblickend prägnant zusammengefasst hat:

„Mit dem Amsterdamer Vertrag 1997 wurde verschärfend zur Überwachung der Haushaltspolitik der Länder der Wachstums- und Stabilitäts-Pakt mit dem Recht der Rats, Ländern Direktiven zu erteilen und Sanktionen zu verhängen, eingeführt.“

Die Orientierung an den expansiven TNC, die in der EU sehr ungleich verteilt sind, erklärt dann einen weiteren relevanten politischen Schritt: Im März

2000 einigten sich die Spitzen der EU-Mitgliedsländer in Lissabon auf einen Strategierahmen für die nächsten zehn Jahre: Bis zum Jahre 2010 sollte die EU „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ werden (Europäischer Rat 2000). Mit der EU-Osterweiterung entstanden EU-Mitglieder zweiter Klasse: Ihnen wurden trotz der dramatischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme im Vergleich zu den alten EU-Mitgliedern wesentlich geringere Ansprüche auf Förderung zugestanden.⁷ (Dellheim/Brangsch 2015)

Das Lissabon-Projekt hatte weitgehend vom globalen und geopolitischen Kontext abgesehen, sich demgemäß in seinen globalen Zielen als nicht umsetzbar erwiesen, aber es hat dennoch EU-Politik und Entwicklung entscheidend geprägt: „2006 mussten die Regierenden sich dann große Rückstände in der Umsetzung der Lissabon-Strategie eingestehen. Sie beschlossen auch daher die Außenwirtschaftsagenda *Global Europe*. Diese zielt auf die ‘weitere Liberalisierung des internationalen Handels, um Märkte zu öffnen’, auf denen TNC mit Sitz in einem EU-Mitgliedsland in der globalen Konkurrenz bestehen können und ‘neue Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen‘“ (Dellheim/Brangsch 2015). Denn: „Eine kohärente Politik auf dem Gebiet der Außenbeziehungen ist entscheidend für die Stärkung der Rolle Europas in der Welt.“ (Kommission der EG 2006: 3) Entsprechend dieser Logik heißt es dann, nach gescheiterter Europäischer Verfassung, im 2009 in Kraft getretenen Lissabonner Vertrag: „Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Union ... beruht auf dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb.“ (Ebd.: C 83/96) Damit wird die Wirtschaftspolitik im neoliberalen Sinne festgeschrieben, ungeachtet etwaiger späterer Wahlentscheidungen in den EU-Mitgliedsländern. Analog gilt dann auch noch die Pflicht zur militärischen Rüstung: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ (Ebd.: C 83/38) Der Lissabonner Vertrag ist also das Ergebnis einer erneuten Forcierung der neoliberalen Weiterentwicklung der Europäischen Union, die vor allem den Interessen der politisch und ökonomisch Stärksten dient. Als er Gesetzeskraft erlangte, war die globale Finanzkrise, die in die sogenannte „Griechenland-Krise“ mündete, bereits ausgebrochen. Es waren vor allem Strauss-Kahn und Merkel, die im Interesse ihrer Klientel bzw. der

7 Dennoch bildeten die neuen EU-Mitglieder in Osteuropa bei aller Unterschiedlichkeit im Einzelnen gerade aufgrund ihres subalternen Status insgesamt einen Raum der dauerhaften Verstärkung der neoliberalen Wendung der EU-Politik in Richtung auf Privatisierung und Vermarktlichung.

Banken/Finanzinstitutionen, der mächtigen Kapitaleigner bzw. reichen Kunden ihrer Länder, die Schuldtitel auf die griechischen Steuerzahlenden schoben. Mit der „Griechenland-Krise“ wurden die Machtpositionen der Herrschenden mit Sitz in Deutschland, Frankreich und in kleineren exportlastigen Euroländern wie den Niederlanden gestärkt. Das schließt Interessenwidersprüche nicht aus, zumal zwischen den politischen Kräften an der Regierung und den herrschenden Kapitaloligarchien durchaus Unterschiede bestehen können. Und selbstverständlich gibt es Interessenunterschiede zwischen den in Deutschland und Frankreich Regierenden wie zwischen den Kapitaleliten mit Sitz in beiden Ländern. Jene, die die Rolle der ordoliberalen Denkschule dabei analysieren, lassen meist außer Acht, dass die führenden deutschen Wirtschaftspolitiker nicht vor allem Anhänger des Ordoliberalismus sind, sondern dass dieser ihre Interessen bedient. Mit dem Fiskalpakt, dem Six- und Two-Pack wurde unter dem Motto „Stabilisierung und Reform der WWU“ der Lissabon-Vertrag selektiv konsequent angewandt. (Dellheim/Brangsch 2015)⁸

Diese Dynamik der Weiterentwicklung der neoliberalen Konstitutionalisierung eines EU-weiten und dem Anspruch nach auch durch Krisenprozesse nicht mehr reversiblen und außerhalb des politischen Streits gestellten institutionellen Rahmens lässt sich prägnant an den bisher letzten Schritten dieses Prozesses herausstellen:

„Beim 2012 beschlossenen Six-Pack handelt es sich um fünf Verordnungen und eine Richtlinie zur verstärkten haushaltspolitischen Überwachung und Vermeidung übermäßiger ‘makroökonomischer Ungleichgewichte’. Sanktionen greifen früher und konsequenter als beim Wachstums- und Stabilitäts-Pakt. ‘Präventiv’ müssen die Mitgliedstaaten jährlich Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme vorlegen. Diese haben zu zeigen, wie mittelfristig, bei drohenden Folgen der demographischen Alterung, eine ‘solide Haushaltslage’ erreicht und gesichert werden kann. Diese ‘Mittelfristziele’ bestehen in einem ausgeglichenen oder nahezu ausgeglichenen Haushalt. Die Kommission prüft, ob die Programme der Länder umgesetzt und die ‘Mittelfristziele’ erreicht werden. Bei einer erheblichen Abweichung von ‘solider Haushaltspolitik’ leitet sie ein Verfahren ein: Sie veröffentlicht eine Frühwarnung und gibt eine Empfehlung an den Rat. Der entscheidet über Maßnahmen und Fristen, die das Mitgliedsland korrigierend umzusetzen hat. Die Kommission überwacht die Realisierung und konzipiert Sanktionen im Falle der Nicht-Umsetzung. Der

8 Dies wurde über die EU hinaus wirksam: Die mit dieser Erweiterung verknüpfte Schaffung und Entwicklung einer neuartigen EU-Nachbarschaftspolitik setzten in gleicher Weise von Beginn an auf Freihandel, Zurückdrängung des „Öffentlichen“, und flankierend auch mehr „Sicherheit“ in einem von der EU beherrschten gesamt-europäischen Raum.

Rat entscheidet darüber. Bei übermäßigem Defizit (Excessive Deficit Procedure – EDP) bzw. bei Überschreitung der Haushaltsdefizitgrenze von drei Prozent des BIP oder bei unzureichendem Abbau des über 60 Prozent des BIP hinausgehenden Schuldenstands kommen nach Empfehlungen der Kommission und Entscheidungen des Rates 'Korrekturmaßnahmen' zur Anwendung. Bei ausbleibender Umsetzung greifen Sanktionen schneller. Sie können verschärft werden. Das jährliche Defizit darf nunmehr höchstens 0,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Mit dem seit 2013 geltenden Fiskalpakt müssen die einzelnen Staaten Schuldenbremsen einführen und diese bis 2018 in das Landesrecht umsetzen. Werden die Defizitgrenzen überschritten, kann die EU-Kommission automatisch Sanktionen gegen das entsprechende Land verhängen und Geldstrafen bis zu 0,1% der Wirtschaftsleistung festlegen, die in den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM eingezahlt werden. Das Two-Pack verstärkt nochmals die Haushaltsüberwachung der Euro-Länder. Dabei stehen drei einheitliche Haushaltsfristen und der Eingriff in das Budgetrecht der Länder im Mittelpunkt: Bis zum 30. April eines jeden Jahres muss jedes WWU-Mitglied über die mittelfristige Finanzplanung (Stabilitätsprogramm) und seine vorrangigen Wachstums- und Beschäftigungsziele für die folgenden 12 Monate (Reformprogramm) informieren. Bis zum 15. Oktober hat der Haushaltsentwurf für das Folgejahr bei der Kommission vorzuliegen. Sie prüft und weist ggf. zurück, was zu Überarbeitung nötigt. Bis zum 31. Dezember muss jedes WWU-Mitglied seinen Haushalt für das Folgejahr in seinem Landes-Parlament verabschiedet haben.“ (Dellheim/Brangsch 2015)

Meine zentrale These ist: Angela Merckels Politik des Krisenmanagements ist noch einen entscheidenden Schritt über den bisherigen Prozess einer dynamischen neoliberalen Konstitutionalisierung der EU als politisches Gemeinwesen hinausgegangen. Schließlich hat sie den „Ausnahmestand“ der großen Finanzkrise von 2008 und auch die Ausnahmelage der sich seit Anfang des laufenden Jahres abzeichnenden sog. Flüchtlingskrise als großer politischer Krise systematisch und nicht etwa nur zufällig dazu genutzt, um eine Politik der gemeinsamen Ausübung der Prerogative der Regierungen der Mitgliedstaaten weit über die EU-Verträge hinaus durchzusetzen. Diese gemeinsame politische Ausübung der Prärogative geht bewusst und eindeutig über diesen dynamisierten neoliberalen „acquis communautaire“ hinaus. Mit ihrer eigenen Regierung als eindeutig dominanter Kraft unter den nur innerhalb der EU grundsätzlich (fast) gleichberechtigten Mitgliedstaaten⁹ – wirkt Angela Merkel auch weit über die Grenzen der EU hinaus. Da diese Tatsache dann nicht nur dem Eigeninteresse der jeweils teilnehmenden

9 Außerhalb der Institutionen der EU gibt es bekanntlich kein Veto-Recht und nicht einmal eine Regel, welche verlangt, dass alle Mitgliedstaaten zumindest „irgendwie“ mitmachen: Es gibt nur faktische „Koalitionen der Willigen“, deren Handlungsfähigkeit schlicht durch die von ihnen zu mobilisierende Macht bestimmt wird.

Staaten dient, sondern eben auch der Wahrung der strategischen Interessen der in der EU und Europa führenden Kapitaleiten, insbesondere des Finanzkapitals, kommt ein erneuerter Konsens zur Wirkung.¹⁰

Dass die EZB unter Draghi dies als Gelegenheit hat nutzen können, auch die Handlungsfähigkeit der Zentralbank sprunghaft und nachhaltig auszuweiten – gleichsam als normalisierte Fortsetzung der außerordentlichen Handlungsmöglichkeiten der Regierungschefs in der Ausnahmesituation der akuten Krise – mindert die Tragfähigkeit dieser neuen „Ausnahmestandsgemeinschaft“ keineswegs: Sie ist ja als eine über die EU-Verträge hinausgreifende gemeinschaftliche Dimension der Mitgliedstaaten des politischen Gemeinwesens EU zustande gekommen und so zwar eine paradoxe, aber eben partielle Form der von den Mitgliedstaaten selbst hervorgebrachten Souveränität jenseits von ihnen.

Dass diese neue Dimension existiert und nicht nur einmal aktiviert worden ist (und vielleicht bald auch schon noch einmal angesichts der katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise wieder in Anspruch genommen werden wird), führt m.E. nur eindringlich vor Augen, wie weit die Verselbständigung der EU als ein „Halbstaat“ passiv-revolutionären Typus gegenüber ihren Mitgliedstaaten schon vorangekommen ist: *Den 'dynamisierten' Prozessen der EG ist mit der „Methode Merkel“ (bisher erfolgreich) eine über die bloße „Intergouvernementalität“ der EU noch hinausreichende Dimension einer gemeinsamen, selektiven Souveränität der formell „ad hoc“ zusammenwirkenden Mitgliedstaaten an die Seite gestellt worden. Diese Methode hat durch die gezielte Nutzung der souveränen Handlungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten auf Dauer gestellte außerordentliche gemeinsame Handlungsmöglichkeiten geschaffen und wird sie voraussichtlich auch weiterhin schaffen.*

Diese Diagnose einer neoliberalen Verfassungsdynamik der EU, welche sich auf drei Ebenen entfaltet – auf der des regulären Rahmens der EG, auf der einer 'ordentlichen Gouvernementalität' der EU und auf der einer außerordentlichen, wenn auch selektiven gemeinsamen Ausübung von Souveränität durch die Mitgliedstaaten – sollte nun nicht dahingehend missverstanden werden, dass nur auf den Kommandohöhen von Politik und Wirtschaft etwas geschehen wäre. Auch in den alltäglichen Lebensumständen der Bürger*innen und Einwohner*innen der EU haben sich damit tiefgreifende Veränderungen vollzogen – insbesondere eine

10 Angesichts der mit der Wahl von Trump schwer kalkulierbar gewordenen globalen Entwicklung ist davon auszugehen, dass dieser erneuerte Konsens ebenso potenziell wirksam wird, wie er schwer zu halten sein dürfte.

Auflösung der „bergenden Fesseln“ nationalstaatlicher Sozialregime sowie eine durch bestehende Grenzen und Sozialräume „hindurchgreifende“ Mobilisierung. Damit sind zwar durchaus neue Chancen für Einige, aber auch massenhafte Prekarisierungs- bzw. Marginalisierungstendenzen geschaffen worden. Das gilt nicht nur für den Binnenraum der EU (oder auch der Eurozone): Sowohl die Bankenrettung als auch die außerordentliche Politik der Aufnahme der „nicht mehr zu kontrollierende Massen“ von ‘nach Europa’ oder insbesondere ‘nach Deutschland’ Flüchtenden sind deutlich erkennbar weit über die EU-Grenzen hinaus wirksam gewesen.

Angesichts dieser Fähigkeit der herrschenden (oder, genauer, der regierenden) Politik (wie sie Angela Merkel gegenwärtig verkörpert), aus Ausnahme-Situationen heraus eine – nach Möglichkeit sogar erweiterte – Reproduktion der bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu betreiben, ist daran zu erinnern, dass dadurch noch keine Überwindung der Krisen erreicht werden kann. Dafür wären ganz andere, tiefer greifende Entscheidungen nötig. Während also einzelne ausgewählte Interessen der von Krisenprozessen betroffenen Gruppen berücksichtigt und zumindest ansatzweise befriedigt werden, kommt es daher ganz unvermeidlich zu politischen Differenzen und vor allem zu einer Ausdifferenzierung von Interessenlagen: Die Artikulation von übergreifenden gemeinsamen Interessen und die Organisation von Solidarität zwischen den Trägern unterschiedlicher derart artikulierter Interessen wird demgemäß zur Aufgabe entsprechend spezialisierter gesellschaftlicher Organisationen. Diesem Zwecke dienen vielfältige Organe und Apparate der Konzertation, zwischen Unternehmen, Branchen unter sich ebenso wie im Verhältnis zu den Mitgliedstaaten und zur EU. Das gilt aber auch für Gewerkschaften oder andere Formen einer zivilgesellschaftlich organisierten Interessenvertretung, die sich nicht länger von politischen Organisationen (und schon gar nicht von ‘parlamentarischen Parteien’) in eine ‘Stellvertreter-Politik’ einbinden lassen.

Die immer noch nicht bewältigte sog. Flüchtlingskrise in der EU ist strukturell mit der sog. Finanzkrise von 2008 vergleichbar: Denn auch hier hat erst eine massenhafte Reaktion von Betroffenen deutlich werden lassen, dass es so wie bisher nicht mehr weitergeht. Einst hatte die Politik der Expansion der Finanzanlagen (rein quantitativ und zugleich in immer weitere Anlegerschichten hinein) darauf spekuliert, dass es möglich sein würde, die reale Kapitalproduktivität durch neoliberale Deregulierung nachhaltig zu steigern (was sich aufgrund vielfältiger und struktureller ‘Widerstände’ als nur in deutlich geringerem Umfang als möglich erwies, als dies euphorisch antizipiert worden war). Als dann dauerhaft eine

weitere sprunghafte Erhöhung der Kapitalprofite ausgeblieben war, hat dies dann letztlich zu Reaktionen der Panik geführt – zu einer Panik, die dann nur das exceptionelle Eingreifen der EU-Regierungschefs stoppen und das „quantitative easing“ der EZB wieder beruhigen konnte.

In der gegenwärtigen Krisenlage tritt diese Grundstruktur jedoch aus der Sphäre der einfachen Abstraktionen des Finanzkapitals heraus: Es handeln die Menschen, die wirklich davon betroffen sind, dass die EU seit Jahrzehnten eine Politik der Entwicklung von Abhängigkeit und damit der internationalen Verunsicherung betreibt¹¹ und zumindest nichts unternommen hat, um in den letzten Jahren, die mit der globalen Finanzkrise forcierte Destabilisierung der politischen Strukturen im südlichen Mittelmeerraum und Nahen Osten zu vermeiden (vom subsaharischen Afrika gar nicht erst zu reden) bzw. ihnen tragfähige Perspektiven einer demokratischen Entwicklung zu eröffnen. Sie entscheiden sich letztlich einfach selber dafür, sich auf den Weg aus ihren verelendeten, von Krieg und Bürgerkrieg verwüsteten Ländern „nach Europa“ (bzw. nach Deutschland) zu machen. In den Zeiten medialer Omnipräsenz von Informationen und Bildern erscheint ihnen das schließlich als Teilnehmer an flexiblen und mobilen Kommunikationsnetzwerken mit gewissem Recht als ein „sicherer Hafen“. Sie hoffen hier (etwas) Raum für ein besseres Leben zu finden.

Es ist immer noch nicht klar, ob es überhaupt gelingen wird, über Ad-hoc-Absprachen hinaus eine gemeinsame Reaktion der EU auf diese neuartige Ausnahmesituation zustande zu bringen. Immerhin häufen sich die – deutlich weit über die Grenzen der EU hinaus reichenden – Gipfeltreffen. Und es ist sicherlich nicht zu erwarten, dass sich hier im Hintergrund ein vergleichbar massives Interesse aktivieren lässt, wie es das Finanzkapital vermochte, um nämlich einen Zusammenbruch der Finanzmärkte zu vermeiden. Auch das Interesse der führenden Kapitalgruppen an billig zu erwerbenden hoch qualifizierten Arbeitskräften, das Prekarisierung befördern wird, wird kaum dafür ausreichend sein. Erst recht ist kein der EZB vergleichbarer Akteur in Sicht, der einen eventuell einmal gefundenen Ausweg aus der Krise verstetigen könnte. Dennoch bleibt diese sog. Flüchtlingskrise eine Herausforderung, welche den Rahmen auch der neoliberal transformierten EU-Kompetenzen sprengt und eine neuartige gemeinsame bzw. koordinierte Politik der Mitgliedstaaten erforderlich machen wird.

11 Noch ganz abgesehen von den Erblasten des europäischen Kolonialismus im subsaharischen Afrika und der destruktiven Politik der europäischen Großmächte im Nahen Osten und am südlichen Mittelmeerufer seit der gezielten Sabotage des Modernisierungsprogramms von Mehmed Ali in Ägypten (vgl.

Die „Methode Merkel“ als Kombination von Entscheidungen der EU-Organe mit weitergehenden Vereinbarungen der Regierungen der Mitgliedstaaten wird jedenfalls auch hier erforderlich sein. Und die deutsche Öffentlichkeit wird für die absehbare Mischung von selektiv repressiven und integrativen Maßnahmen innerhalb der EU, an ihren Grenzen und in ihren „Vorfeldern“ von entscheidender Bedeutung sein, um diese Krise zu bewältigen. Die Stärkung derjenigen gesellschaftlichen und politischen Kräfte in Deutschland, die für integrative Lösungen stehen, hat daher auch für mögliche europäische Lösungen eine große Bedeutung.¹²

Hier kann sich linke Politik in Deutschland gerade in dieser Krise auf Ansätze zu einer mehrheitsfähigen Haltung stützen, die Mauern und Diskriminierung ablehnen und inzwischen auch bewusst dem Rassismus entgegentreten.¹³ Allerdings fehlen für eine Politik in Richtung einer integrativen EU-Lösung dieser sog. Flüchtlingskrise immer noch umfassende, über naheliegende Einzelforderungen hinausgehende und transnational verankerte Konzeptionen. Das ist noch gravierender, als dies in der Vergangenheit gewesen war bzw. wäre: Denn aufgrund des Standes der Ausarbeitung weitgehender politischer Konzepte zur Problemlösung in der Gestalt einer primär administrativ gestalteten Politik in der EU und ihren Mitgliedstaaten ist längst eine Sphäre der durchaus schon politisch artikulierten Expertise entstanden. Diese reicht von der Propagierung fachwissenschaftlich längst ausgearbeiteter „technischer“ Lösungen über die Aktivierung von spezifischen Bündnismöglichkeiten bis hin zur Propagierung weitreichender Transformationskonzepte für einzelne Bereiche wie für die Gesellschaft. Dementsprechend haben sich längst unterschiedliche Organisationsformen dieser

12 Wie sich die Auslösung einer „Terrorismus-Krise“ durch die barbarischen Anschläge des IS in Paris und die strategische Reaktion Frankreichs, welche die Einforderung der Solidarität der Mitgliedstaaten der EU explizit einschließt, auf die weitere Behandlung der „Flüchtlingskrise“ unter deutscher Führung auswirken wird, ist gegenwärtig noch nicht absehbar. Unübersehbar besteht die Gefahr, dass die Logik von Rache und Krieg in den Vordergrund rückt und jede Rationalität der Strategie zerstört. Gegenwärtig (nach dem Anschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz) besteht auch in Deutschland die Gefahr, zwar nicht in einen imaginären „Krieg gegen den Terror“, aber doch in eine Deformierung des Rechtsstaates in einen „Sicherheitsstaat“ (vgl. Hirsch 1980) zu verfallen.

13 In Deutschland kann sich die immer noch bestehende Mehrheit gegen rassistische Hetze gerade auch auf den Friedenswunsch einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung stützen – und sie wird dringend darauf angewiesen sein, auch weiterhin die ganz große Mehrheit der muslimischen Bevölkerung für eine Kultur der wechselseitigen Anerkennung und des friedlichen Umgangs zu aktivieren.

eindeutig über die reine Interessenvertretung hinausgehenden Forderungen in 'zivilgesellschaftlicher' Selbstorganisation herausgebildet.

Bisher ist es der herrschenden Politik immer wieder gelungen, diese unterschiedlichen Faktoren 'hegemonial' auf ihr Projekt der Herrschaftsreproduktion zu beziehen (wenn auch immer wieder unter Abspaltung und Ausgrenzung bestimmter Interessen und Anliegen) und sie damit zur Grundlage erfolgreicher „Volksparteien“ bzw. „Regierungskoalitionen“ oder sogar (in Gestalt der Methode Merkel) zu einer Gelegenheit für souveräne und geradezu neue Handlungsmöglichkeiten generierende Ausnahmeentscheidungen zu machen. Allerdings erfährt zugleich eine dazu gegenläufige Politik der Befreiung immer wieder ihre eigene Zersplitterung – nicht nur in unterschiedliche politische und strategische Konzeptionen, sondern auch in auf diese einzelnen Faktoren konzentrierte Kräfte, welche zunehmend die Fähigkeit zu verlieren scheinen, gerade in Krisenlagen zu gemeinsamen politischen Projekten zusammenzufinden.

In derartigen Prozessen der politischen Reproduktion bestehender Herrschaftsverhältnisse gelingt es den politischen Repräsentanten der herrschenden Gruppen allerdings – wie sich in sinkender Wahlbeteiligung und einer zunehmenden Stimmgabe für politische Scheinalternativen zeigt – offenbar immer weniger, sich die Zustimmung und Gefolgschaft einer großen Mehrheit der gesellschaftlichen Akteure zu sichern – worauf diese dann mit einer zunehmenden „Rückbesinnung“ auf die „nationale Identität“ reagieren. Zugleich vollzieht sich eine weitere Ausdifferenzierung zwischen 'citizen' und 'denizen', zwischen politisch wenigstens minimal zu gewinnenden Vollbürger*innen und bloß noch zu 'kontrollierenden' Bevölkerungen (bis hin zu den Slumbewohner*innen, den 'Illegalen' bzw. den Insassen der Gefängnisse und anderen Wegsperr-Anstalten).

Das wirft dann die zunehmend schwieriger werdende Frage auf, wie – entgegen diesen zunehmend an Durchschlagskraft gewinnenden Spaltungsprozessen – neue Impulse aufgreifende Prozesse einer EU-weiten transnationalen Solidarisierung in Gang gebracht, mit älteren Impulsen verknüpft und auf längere Sicht politisch wirksam organisiert werden können. Dabei kommt zweifellos der EU-weit bedingten und wirksamen Dimension der Politik innerhalb der Mitgliedstaaten eine zentrale Bedeutung zu: Während die Kommunen und Regionen diejenigen Räume bilden, in denen Probleme des Alltags in politische Themen und Forderungen übersetzt werden können, sind bisher die Mitgliedstaaten faktisch die alleinigen Räume einer staatlich konstituierten demokratischen Politik innerhalb der EU geblieben. Die damit verknüpften Beschränkungen sind in der faktischen Blockade des politischen Systems in Frankreich (und mit

dem kaum noch aufzuhaltenden Aufstieg der bisher ausgeschlossenen Partei des *Front National* zur führenden politischen Partei) und in der Zersetzung und Neuzusammensetzung des italienischen Parteiensystems exemplarisch sichtbar geworden. Gegenläufig ergeben sich in einigen Mitgliedstaaten aber auch ganz neue Möglichkeiten, wie sie sich im Wahlsieg und Regierungsantritt von Syriza in Griechenland zum ersten Mal gezeigt haben und wie sie vielleicht in Portugal zu einer dauerhaften sozialdemokratischen Mäßigung der EU-weit herrschenden Austeritätspolitik führen werden.

Die vertraglich postulierten und institutionell geförderten „europäischen Parteien“ haben selbst im Europäischen Parlament oder bei den Europawahlen bisher keine erkennbare politische Rolle entwickeln können. Es wäre aber ein gravierendes Missverständnis der strategischen Lage, wenn die linken Kräfte deswegen glauben würden, sie müssten sich aus der europäischen und erst recht aus der EU-Politik zurückziehen und wieder eine ‘nationale Politik’ machen.

Schon seit langem hat das Beispiel Dänemark strukturell gezeigt, dass auch im Rahmen eines Mitgliedstaates europäische und EU-Politik durchaus zum Thema demokratischer Politik gemacht werden kann. Trotz entsprechender Regelungen (etwa der Stärkung des Europa-Ausschusses des Deutschen Bundestags und der Einbeziehung des Bundesrates bei der letzten Verfassungsreform) ist dies in den allermeisten Mitgliedstaaten bis heute kaum der Fall. Das Beispiel Griechenland unter der überwiegend von Syriza gestellten Regierung hat zwar gezeigt, dass es durchaus möglich ist, politische Alternativen zu den herrschenden neoliberalen Mustern der europäischen Politik innerhalb des öffentlichen Raumes eines Mitgliedstaates zum Gegenstand der Deliberation zu machen, dass aber eine Durchsetzung derartiger alternativer Optionen dann an den Kräfteverhältnissen zwischen den Mitgliedstaaten scheitern kann und sich damit auf eine möglichst minimale Modulierung der in und von der EU aufgezwungenen Austeritätspolitik reduziert.

Eine ganze Reihe von transnationalen Basisbewegungen hat seit den 1990er Jahren gezeigt, dass transnationale Mobilisierungen und Solidarisierungen auch innerhalb der EU möglich sind. Das reichte von den Konferenzen für Alternativen zu den Diktaten von IWF und Weltbank über die Euromärsche und die Europäischen Sozialforen bis hin zur Blockupy-Bewegung. Es ist aber auch deutlich geworden, dass ohne eine parteipolitisch erfolgreiche ‘Übersetzung’ in die Politik der Mitgliedstaaten derartige Bewegungen darauf reduziert bleiben, EU-Gesetzgebungsprozesse (meist eher marginal) zu beeinflussen oder transnationale Verhandlungsprozesse – von der WTO-Gründung bis zu TTIP

– überhaupt erst innerhalb der mitgliedstaatlichen Öffentlichkeiten thematisierbar zu machen.

Eine demokratische Gegenstrategie zur gegenwärtig die EU beherrschenden und bis in Details hinein prägenden Politik muss zunächst erst einmal europäische und EU-Politik innerhalb der demokratischen Öffentlichkeit möglichst vieler Mitgliedstaaten zum Thema machen. Und sie muss in dieser Thematisierung hegemoniefähige, EU-weit verallgemeinerbare Alternativen aufzeigen. Aber das kann nur dann zu positiven Ergebnissen führen, wenn zumindest eine kleine Gruppe von Regierungen dies dann im Europäischen Rat deutlich verlangt.

Unabhängig davon wird es aber nötig sein, an bestehende transnationale Bündnisstrukturen anzuknüpfen und sie weiter auszubauen, um zumindest öffentlich dazu in der Lage zu sein, Probleme zu thematisieren und alternative Problemlösungen zu propagieren. Sie könnten dann ihre Perspektiven auch in mitgliedstaatlichen Öffentlichkeiten zur Geltung zu bringen und über politische Parteien hinaus in die jeweiligen Regierungen hineinwirken.

Auch die immer noch anhaltende Schwäche und die mangelnde Kampffähigkeit der Gewerkschaftsbewegung innerhalb der EU sollte nicht als irreversibel hingenommen werden, sondern vielmehr als eine strategische Herausforderung, angesichts von vielfältigen Spaltungen sowie von Konkurrenz und Migration neue Möglichkeiten solidarischen Handelns über die Grenzen der lokalen, regionalen und staatlichen Gemeinschaften hinaus aufzubauen. Hier können gerade transnationale Bündnisse wichtige Möglichkeiten einer Verständigung zwischen 'neuen sozialen Bewegungen' und Gewerkschaften eröffnen und zugleich dazu beitragen, die Aufspaltung zwischen *citizen* und *denizen* unter den abhängig Beschäftigten und in der Gesellschaft zurückzudrängen.

Damit derartige Prozesse transnational politisch begleitet und übersetzt werden können, wird es erforderlich sein, auch auf der EU-Ebene öffentliche politische Verständigungsprozesse zu organisieren, welche das EP (und ECOSOC) aktiv und nicht subaltern nutzen, ohne sich darauf beschränken zu lassen. Es wird nötig sein, bewusst und gezielt dafür Sorge zu tragen, dass diese europäischen Prozesse sich in engem und wechselseitigem, kommunikativem Zusammenhang mit politischen Deliberationsprozessen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten entwickeln. Das ist eine große Herausforderung für die kommunikativen und organisatorischen Fähigkeiten – aber angesichts des Standes der erreichten Vernetzung innerhalb der EU sollte es sich um lösbare Aufgaben handeln.

Ein europäischer Verfassungsprozess „von unten“

Gegenwärtig ist ein neuer konstitutiver Moment der EU praktisch nicht absehbar: Das politische Gebilde ‘sui generis’, das die EU in der Tat ist, wird sich selbst mittelfristig nicht durch eine explizite ‘Verfassungsgebung’ strukturieren können¹⁴, auf die aber eine demokratische ‘Politik von unten’ angewiesen wäre. Diese könnte sich nicht so einfach (wie die Regierenden) auf eine bloß faktisch bestehende ‘Verfasstheit’ als *fait accompli* stützen. Auch die gegenwärtig vorherrschende Politik der Nutzung von Ausnahmesituationen für eine ‘Erneuerung des *status quo*’ in ausgewählten einzelnen, aber zentralen Bereichen staatlicher Politik (Geldpolitik/Währungspolitik; Grenzregime/Staatsbürgerschaftsrecht) wird nicht automatisch zu einem derartigen konstitutiven Moment führen, in welchem die Verfasstheit der EU insgesamt zur Disposition gestellt würde: Gerade das fragmentarische Vorgehen garantiert den in dieser Dimension handelnden Staats- und Regierungschefs weitgehend die Herrschaft und Kontrolle über die von ihnen ausgelösten Prozesse, so dass sie sich faktisch weiterhin im Bereich der Prerogative der Regierungspolitik bewegen können, welche sie jetzt eben nur gemeinsam für sich in Anspruch nehmen.¹⁵

Das idealistisch-technokratische Projekt, die EU von oben, durch die Regierungen der Mitgliedstaaten, und aufgrund eines Verfassungsentwurfs ‘europäischer Experten’ mit einem Verfassungsvertrag zu versehen, ist daher heute – vermutlich mit historischer Notwendigkeit – historisch gescheitert. Es wäre ein strategischer Fehler, wenn linke Politik den Versuch machen würde, dieses „unpolitische Politikprojekt“ zu „beerben“.

Aber auch die Perspektive einer unvermittelten, auf die Schaffung eines Staates zielenden EU-Verfassungsgebung ‘von unten’ (durch das „EU-Volk“ per Plebiszit bzw. seine parlamentarischen Repräsentant*innen), die darauf zielen würde, die EU mit einer als solche erklärten Verfassung auszustatten, ist weder

14 Das ist eine Diagnose der bestehenden Lage und keine programmatische These: Es ist durchaus nicht auszuschließen, dass die politische Entwicklung, insbesondere die Auseinandersetzung um den Prozess der faktischen Verfassungsentwicklung in der EU, in Zukunft zu einer veränderten Lage führt, in der auch ein expliziter Prozess der Verfassungsgebung ‘von unten’ auf die historische Tagesordnung gesetzt werden kann.

15 In dieser Hinsicht ist der Versuch der Regierung Frankreichs, die EU für ihr eigenes militärischen Vorgehen in Anspruch zu nehmen, sicherlich als ambivalent zu beurteilen: Einerseits eine Anerkennung der europäischen Dimension der „Terrorismus-Krise“, andererseits aber auch deren Inanspruchnahme für eine klassische Gestalt nationalstaatlichen Agierens – nämlich den Krieg als Fortsetzung der nationalstaatlichen Politik mit anderen Mitteln.

legitimatorisch überzeugend noch realitätstüchtig: *Zum einen* geht sie schlicht an der Realität der immer noch mitgliedstaatlich organisierten politischen Öffentlichkeiten, Bewegungen und Parteien vorbei; *zum anderen* verfehlt sie auch die spezifische Struktur der EU-Institutionen und -Regeln als Institutionen und Regeln 'zweiter Ordnung', welche immer das Bestehen und Funktionieren der (mitgliedstaatlichen) Strukturen und Regeln als 'erster Ordnung' voraussetzen.

In dieser gegenwärtigen historischen Lage bleibt aber noch eine durchaus interessante Möglichkeit grundsätzlich offen: Die Möglichkeit, diejenigen fragmentarischen Konstitutionsprozesse, wie sie die Staats- und Regierungschefs der EU jeweils zur selektiven Krisenbewältigung vorantreiben, dafür zu nutzen, diese selektiven Neukonstitutionsprozesse über ihre immer schon konzeptionell mitgedachten Beschränkungen auf bestehende Regelungsstrukturen hinaus zu treiben. Dabei wäre durchaus zu berücksichtigen, dass im Ringen der Herrschenden bzw. Regierenden Ausnahme-Zustände heraufbeschworen werden. In diesen Ausnahme-Zuständen können wiederum Gelegenheit und Kraft zum konstitutiven Handeln entstehen und Basisbewegungen könnten durch öffentlich mit Aktionen hervorgebrachte Forderungen in Politik eingreifen. Allerdings setzt dies die Existenz und zunehmende Politikwirksamkeit derartiger intervenierender Basisbewegungen voraus.

In der Finanzkrise ist durch die faktische Handlungsfähigkeit der EZB gegenüber der europäischen Öffentlichkeit, wie sie eigentlich das EP hätte vermitteln müssen bzw. können, ein für den Fortbestand der WWU entscheidendes wirtschaftspolitisches Eingreifen real geworden. In der sog. Flüchtlingskrise könnte in Gestalt einer Öffnung der Unionsbürgerschaft über die Staatsbürgerschaften der Mitgliedstaaten hinaus eine wiederum für die Entwicklung der EU entscheidendes Eingreifen real werden. Dies muss und kann mit dem Eintreten für soziale, ökonomische und politische Rechte der Geflüchteten hier und heute anfangen.

Die erfolgreiche Durchsetzung derartiger Forderungen im Feld der EU- Politik¹⁶ ist bei den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen sicherlich nicht absehbar – allenfalls absehbar ist deren umfunktionierende Übernahme durch die Herrschenden.¹⁷ Es ist aber damit zu rechnen, dass weitere Momente einer „großen Krise“

16 Das schließt begrenzte Erfolge auf kommunaler, regionaler und mitgliedstaatlicher Ebene nicht aus. Diese Erfolge können sogar die Voraussetzungen für eine europaweite Durchsetzung notwendiger Reformschritte erheblich verbessern.

17 Als deren Exempel kann noch immer der deutsche „Atomausstieg“ dienen – in seiner unübersehbaren Aufweichung, aber auch in seiner grundsätzlichen Entschiedenheit.

aufzutreten, welche nur durch Ausnahme-Maßnahmen außerhalb der europäischen Verträge zumindest einigermaßen bewältigt bzw. entschärft werden können.¹⁸ Interessant aber wird es, wenn in mehreren Mitgliedstaaten – möglichst auch in zumindest einem der großen – in einer Ausnahme-Situation von gesellschaftlich verankerten sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Parteien Forderungen erhoben werden, die bestehende Strukturen angreifen, und wenn ein in der europäischen Öffentlichkeit artikulationsfähiges transnationales und auch sozio-kulturell breites zivilgesellschaftliches Bündnis dafür eintritt und wenn – über eine entsprechende Parteipolitik vermittelt – mehrere Regierungen im Europäischen Rat derartige Forderungen erheben. Vermutlich wird es nicht in dem Sinne interessant, dass hier sofort ein europäisches konstitutives Moment ‘von unten’ entsteht – aber doch zumindest in dem Sinne, dass die bisherige Praxis der EU-Staats- und -Regierungschefs verhindert werden kann, nach jeder Krise (und den für sie praktizierten Ausnahme-Maßnahmen) wieder zum ‘*business as usual*’ zurückzukehren. Damit könnte dann, als ein allererster wichtiger Schritt, die ebenso elementare wie radikale politische Frage nach dem konstitutiven Impuls der jeweiligen Krise für die EU offen als solche gestellt werden. Sie könnte dann vor allem in den politischen Räumen der Mitgliedstaaten zum wirklichen Thema gemacht werden – so dass dann dort tatsächlich erste Elemente eines EU-Verfassungsprozesses ‘von unten’ politisch definiert und vorangetrieben könnten.

Das ist noch längst keine politische Transformationsstrategie – aber es begründet zumindest eine Hoffnung darauf, dass ein ebenso unvermeidlicher wie tragfähiger Ansatzpunkt für eine solche Strategie gefunden und auch wirksam werden kann. Und das ist ein Hinweis darauf, wie dringend notwendig es angesichts der Krise der EU (und der globalen Krise, welche sich in ihr Ausdruck verschafft) ist, endlich die Scheuklappen traditioneller partei- oder staatspolitischer Politikmodelle abzulegen.

Literatur

Balibar, Etienne: Europa: Krise und Ende?, Münster 2016.

Dellheim, Judith/Brangsch, Lutz (2015): *Griechenland bleibt für links zentral. Lese-material zur Griechenland-Krise*, Online-Publikation: <http://www.rosalux.de/publication/41823>.

18 Die Tendenz der französischen Öffentlichkeit (nicht nur der Regierung), in Bezug auf die „Terrorismus-Krise“ auf das Modell der Kriegführung zurückzugreifen, verdeckt vermutlich eher diese Krisenstruktur, da es sich hier um ein (national)staatlich bereits eingeschliffenes Modell handelt.

- Dellheim, Judith u.a.: *Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation*, Berlin 2012.
- Fahmy, Khaled: *Mehmed Ali: From Ottoman Governor to Ruler of Egypt*, Oxford 2008.
- Hirsch, Joachim (1980): *Der Sicherheitsstaat*, Frankfurt am Main
- Perrone, Nico: *L'inventore del trasformismo. Liborio Romano, strumento di Cavour per la conquista di Napoli*, Rubbettino 2009,
- Wolf, F. O.: *Rückkehr in die Zukunft*, Münster 2012

Giuseppe Caccia/Sandro Mezzadra

Desintegration Europas oder konstituierender Prozess?

Krise, Notstandsregierung und die Aussicht auf eine demokratische Neuerfindung

1. Europa/Welt: der globale Kapitalismus und seine Räume

Der globale Kapitalismus hat sich unter dem Gesichtspunkt der Organisation seiner Räume und der Festlegung seines Verhältnisses zu den politischen und rechtlichen Räumen bei weitem noch nicht stabilisiert. Während sich in anderen historischen Epochen spezifische Formen eines Gleichgewichts zwischen dem Kapitalismus und dem „Territorialismus“ herausgebildet hatten, um einen innerhalb der Weltsystemtheorie verwendeten Terminus wieder aufzunehmen (vgl. z.B. Arrighi 2007), erscheint dieses Gleichgewicht heute ausgesprochen problematisch. Es häufen sich die Anzeichen einer Krise der US-amerikanischen Hegemonie, doch bildet sich keine lineare „hegemoniale Transition“ mit einer neuen Territorialmacht heraus, die in der Lage wäre, das Erbe der Vereinigten Staaten anzutreten und den Kapitalismus in der Gesamtheit seiner Verhältnisse zwischen Zentrum und Peripherie zu reorganisieren. Der „Weltmarkt“ ist – entsprechend der großen Intuition von Marx – heute mehr denn je der Bezugspunkt der Gesamtheit der „Operationen des Kapitals“. Dies gilt im Besonderen für solche strategischen Sektoren wie das Finanzwesen, die Logistik oder den Rohstoffextraktivismus (vgl. Mezzadra/Neilson 2015). Die Räume des Kapitals verknüpfen sich mit rechtlichen und juristischen Räumen auf eine komplexe und punktuelle Art und Weise, geben jedoch stabilen Synthesen keinen Ort – wie im Fall der Logistik besonders deutlich wird (vgl. Cowen 2014). Das Konzept der „Territorialität“ selbst wird durch jene Prozesse herausgefordert, die den zeitgenössischen Kapitalismus über das Industriezeitalter hinaus führen (vgl. z.B. Sassen 2013). Die Finanzkrise von 2007/08 ist weiterhin wirksam; sie gibt der Zeitlichkeit der „Entwicklung“ einen stockenden und nicht greifbaren Charakter und lässt die Krise zu einem Moment eben dieser Entwicklung werden.

Es ist ratsam, diese hier notwendigerweise nur kurz angedeutete Reihe von Problemen bei der Betrachtung der europäischen Krise im Gedächtnis zu behal-

ten. Denn der Zweifel ist mehr als berechtigt, ob überhaupt ein „europäischer Kapitalismus“ existiert. Die Prozesse der Finanzialisierung haben das Verständnis nationaler „Kapitalismen“ in Frage gestellt. Dies führt zu diversen Problemen bei der Deutung der sogenannten „Spielarten des Kapitalismus“, die die Grundlage für die Unterscheidung der verschiedenen institutionellen Gliederungs- und Organisationsmodelle des Kapitalismus und für die Vergleichbarkeit zwischen den nationalen Ökonomien waren. Der durch die globalen Finanzmärkte und durch die Vervielfältigung von Abkommen und Regulierungsinstanzen ausgeübte Druck zur Vereinheitlichung geht einher mit den Diversifikationsprozessen der Ökonomien, die die nationalen Territorien transversal durchschneiden und die ökonomische und soziale Heterogenität verstärken (vgl. Peck/Theodore 2007). Auch wenn man nur die kapitalistischen Akteure in den Blick nimmt, lässt sich eine Reihe von Widersprüchen und Divergenzen bestimmen, die darauf hinweisen, dass die Marx'sche Vorstellung vom „Gesamtkapital“ auf nationaler Ebene immer problematischer wird. Es lässt sich, sehr allgemein ausgedrückt, behaupten, dass der vom Maastricht-Vertrag angestoßene Schub einer weiteren europäischen Integration ein Versuch war – im Einklang mit spezifischen Kapitalinteressen und im Gegensatz zu anderen (die beide in allen Mitgliedsländern der EU anzutreffen sind) – das „Gesamtkapital“ auf kontinentaler Ebene zu reorganisieren. Dieser Versuch, dem es nicht gelingt, die tiefe ökonomische Heterogenität zu überwinden, die den europäischen Raum kennzeichnet, sondern der im Gegenteil zu dessen differenzieller Ausnutzung zum Zwecke der Kontinuität der Verwertungs- und Akkumulationsprozesse des Kapitals beiträgt, erscheint heute in einer tiefen Krise.

Die Kriege, die die Grenzen Europas im Osten, Süden und Südosten markieren, sind die dramatische, aber auch durchschlagende Manifestation der wahren und eigentlichen Zustände des „Interregnums“, das heute die Weltpolitik charakterisiert (vgl. Caccia/Mezzadra 2015). Die Schwächung der Vereinigten Staaten, die auch bedingt ist durch ihre Umorientierung auf den pazifischen Raum, bewirkt eine Patt-Situation, in der sich alte und neu aufstrebende Mächte (Russland, Türkei, Saudi-Arabien, Ägypten, Iran) ohne die Aussicht gegenüber stehen, stabile Herrschaftsgebilde und regionale „Ordnungen“ durchsetzen zu können. Die Probleme, die sich in ökonomischer Hinsicht abzeichnen, sind offenkundig; im Besonderen gilt dies für die Energieversorgung. Die immer wieder geforderten und praktizierten militärischen Interventionen des Westens und Europas bewirken nichts anderes, als die Ursachen der Kriege, des Terrors sowie der Flüchtlings- und Migrationsbewegungen zu vervielfältigen. In einer früheren Phase der Globalisierung erschien Europa vielen Beobachtern als ein perfekter

Kandidat für einen jener kontinentalen Räume, von denen man annahm, dass sich um sie herum ein neues „Weltsystem“ reorganisieren könnte. Heute müsste eine europäische Weltpolitik nichts anderes tun, als mit einer mutigen und bedingungslosen Öffnung den Flüchtlingen und Migranten gegenüber zu beginnen. Aber wie man weiß, bewegen sich die Dinge genau in die entgegengesetzte Richtung. Es empfiehlt sich, von diesem Punkt auszugehen, um die europäische Krise historisch einzuordnen, ihre „verfassungsmäßige“ Ursache zu untersuchen und einige Überlegungen zu den zukünftigen Szenarien sowie zu den Aussichten für die Bewegungen und die Linke auf kontinentaler Ebene anzustellen.

2. Innen/Außen: die umstrittenen Grenzen

Es ist nicht paradox, dass in den Zeiten der Globalisierung die Grenzen einen besonders aufschlussreichen Blick auf die aktuellen Transformationen und die sie begleitenden Konflikte erlauben (vgl. Mezzadra/Neilson 2013). Das gilt besonders in Bezug auf die Geschehnisse seit dem Sommer 2015. In ihrer Nachdrücklichkeit emblematisch, erreichten uns zahlreiche Bilder von der großen Krise der Europäischen Union – Bilder von Orten an den „Außen“-Grenzen wie Lesbos, Idomeni, Lampedusa oder den Mittelmeerstränden, aber auch Bilder von den „Innen“-Grenzen, den vielen europäischen Bahnhöfen und Plätzen, auf denen sich die Flüchtlinge und Migranten auf ihren Reisen sammeln, der Grenzregion von Ventimiglia oder vom „Dschungel“ von Calais. Die Bilder zeigen oft die kaum zu ertragenden Härte, mit der die Gewalt der Grenze und deren Bewacher nicht selten tödlich auf die Körper der Frauen und Männer in Bewegung ausgeübt wird. Aber uns erreichen auch Bilder der Solidarität, der Entschlossenheit und des Widerstands – sowohl der Flüchtlinge und Migranten als auch der Unterstützungsnetzwerke, die sich an diesen Grenzen und vielen anderen Orten Europas gebildet haben. In dem, was als „Flüchtlingskrise“ oder „Krise der Migranten“ definiert wurde, stehen sich zwei Gestalten Europas gegenüber: ein Europa, das sich abschottet und Mauern und Zäunen errichtet, und ein anderes, das offen dafür ist, neue Formen des Zusammenlebens und der Zusammenarbeit auszuprobieren. Das Missverhältnis im Kräfteverhältnis dieser beiden Gestalten Europas ist offensichtlich, und trotzdem muß die zweite der fundamentale Bezugspunkt für alle sein, die auf die Möglichkeit einer Neuerfindung der Demokratie im europäischen Raum setzen.

Die „Flüchtlings- oder Migrantenkrise“ ist nichts anderes als die Krise des europäischen Systems der Kontrolle der Grenzen, der Mobilität und der Migration (Bojadžijev/Mezzadra 2015; Kasperek 2016). Dieses System nahm Form an in

der Verknüpfung der Bewegungsfreiheit innerhalb des „Schengen-Raumes“ mit einer variablen Geometrie der Kontrolle der „Außengrenzen“, die sich auch auf Prozesse der Externalisierung und die Mitwirkung von „Drittstaaten“ stützt (vgl. z.B. Hess/Kasperek 2010). Im Kontext der Wirtschaftskrise ist das europäische System der Grenzkontrollen sowohl innerhalb des „Schengen-Raumes“ (mit schrittweisen Beschränkungen der Freizügigkeit für EU-Bürger in Ländern wie Belgien, Holland und England) als auch an den „Außengrenzen“ (mit einer immer deutlicheren Tendenz zu deren Schließung und der Zugangsbeschränkung) verschärft worden. Diese Verschärfung mit all dem dadurch verursachten Leid und den Menschenopfern hat die Prozesse der Hierarchisierung der EU-Staatsbürgerschaft und des Arbeitsmarktes in Europa verstärkt. Für einen Kontinent, der – wie viele nationale und europäische Policy-Agenturen nicht müde werden zu betonen – auf Immigration angewiesen ist, stellt dies ein Problem dar.

Unter diesem Gesichtspunkt kann die Politik Angela Merkels im Spätsommer 2015 als ein Versuch interpretiert werden (nicht ausschließlich, aber eben auch), die „Gelegenheit“ einer durch die Entwicklungen des Krieges in Syrien verursachten Migrationsbewegung außergewöhnlichen Ausmaßes zu nutzen, um die angesprochenen Rigiditäten zu verstärken. Die Entwicklungen der folgenden Monate haben sie noch weiter zunehmen lassen, um schließlich zu einer Krise des Schengen-Systems zu führen – mit dem Domino-Effekt, dass ausgehend von der Schließung der Grenzen auf der „Balkan-Route“ die Freizügigkeit im Schengen-Raum insgesamt eingeschränkt wurde. Um es zu wiederholen: Die Flüchtlings- und MigrantInnenbewegung hat ab dem Sommer 2015 den europäischen Raum in seiner Gesamtheit erschüttert und den Anlass gegeben, ihn zu reorganisieren. Der noch immer ungewisse Ausgang dieser Reorganisation ist eine doppelte Krise: einmal auf der Ebene der europäischen Staatsbürgerschaft (indem mit der Freizügigkeit eines der Grundrechte der europäischen BürgerInnen in Frage gestellt wird); und zweitens auf der Ebene der Beziehungen Europas mit seinem „Äußerem“ (bis zu dem Punkt, der Türkei eine Schlüsselrolle in der Kontrolle der europäischen Grenze zuzuweisen und damit ihre nationalistische und militaristische Politik innerhalb des Kriegsgeschehens in Syrien zu legitimieren).

Mehr noch: wenn die griechische Krise eine Bruchlinie zwischen dem Norden und dem Süden Europas sichtbar werden ließ, so hat sich durch die „Flüchtlingskrise“ mit großer Macht erneut ein Bruch zwischen Ost und West bemerkbar gemacht, der zu den Konflikten um die Position Englands innerhalb der Europäischen Union nach dem Sieg des Brexit hinzukommt. In Wirklichkeit hat die „variable Geometrie“, die durch das europäische Grenzregime betont wurde, für eine lange Phase und ganz allgemein die Geografie des Integrationsprozesses

charakterisiert, die sich nach Rhetorik seiner institutionellen Protagonisten auf die „virtuose“ Mischung von unterschiedlichen räumlichen Ebenen gründete und zum Beispiel der Währungsintegration, dem Schengen-Raum, den differenziellen Fortschritten bei der „Erweiterung“, aber auch den vielfältigen Prozessen der „Regionalisierung“ und der logistischen Integration entsprach (vgl. Beck/Grande 2004; Bialasiewicz u.a. 2013; Opitz/Tellmann 2015). Diese variable Geometrie scheint heute einer regelrechten Lähmung und Desartikulation der Integrations-Geografie Platz zu machen. Dies ist ein besonders deutliches Bild der Radikalität und Tiefe der europäischen Krise. Es zeichnet sich – auch aufgrund der Zunahme der alten und neuen Rechten in verschiedenen Mitgliedsländern der Union – das Szenario einer weiteren Vertiefung der Renationalisierung der Politik in Europa ab, ohne dass die entschieden neoliberale Ausrichtung des Integrationsprozesses in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in Frage gestellt wird.

Der Sieg des Brexit im Referendum im Juni 2016 ist, unabhängig von der notwendigen Analyse seiner sozialen Ursachen, in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel. Er hat zur unmittelbaren Folge eine mittel- bis langfristige Vereinbarung, deren Gegenstand nicht die Zurückgewinnung der nationalen Identität, sondern vielmehr die Umgestaltung der differenziellen Beziehungen zwischen dem Finanzmarkt der „atlantischen Insel“ und dem gemeinsamen europäischen Markt für Güter und Dienstleistungen sein wird – selbstverständlich mit einem hohen Preis für die Freizügigkeit und die Anerkennung gleicher sozialer Rechte. Es handelt sich um eine Dynamik, die einige Ähnlichkeiten mit der Vereinbarung zwischen der deutschen Regierung und der sogenannten „Višegrad-Gruppe“ aufweist, bei der der Vorschlag zur Verteilung von Geflüchteten im Rahmen des europäischen Krisenmanagements der Logik des nationalen Konsenses gewichen ist.

3. Die lebendige Materie einer konstitutionellen Krise

Wie andere auch spricht Etienne Balibar (2016: 7) von einer „existenziellen Krise der europäischen Konstruktion“ – und fügt hinzu, dass diese Krise nicht auf die „institutionelle Krise der Europäischen Union“ reduziert werden kann. Von ihrer „Desintegration“ spricht nicht nur DiEM 25, die von Yanis Varoufakis in Berlin im Februar 2016 initiierte „paneuropäische“ Bewegung, sondern auch ein erfahrener EU-Forscher wie Jan Zielonka (2015). „Es ist die Desintegration, nicht die Integration, die als das vorherrschende Motiv der aktuellen Ereignisse in Europa sichtbar wird“, heißt es im Editorial der *European Papers*, einer neuen, dem Europarecht gewidmeten Zeitschrift (Cannizzaro 2016: 3). Es scheint heute die Legitimität des Integrationsprozesses selbst in Frage zu stehen, und

es deuten sich die Unterbrechung seiner inkrementellen Kontinuität und eine Reihe von Blockaden innerhalb der „materiellen Verfassung“ an, die in einem langen historischen Prozess festgelegt wurde. Gerade dieser Begriff der materiellen Verfassung, wie er zum Beispiel vom italienischen Juristen Costantino Mortati definiert wurde (1998), bietet sich an, einige der wesentlichen Merkmale der europäischen Krise zu beleuchten (vgl. Mezzadra 2013; Balibar 2016: 220f). Er erweist sich als besonders geeignet, um die Realität einer politischen Konstruktion wie die der Europäischen Union zu analysieren, die trotz des Fehlens eines Verfassungstextes (einer „formalen Verfassung“) zweifellos Themen von grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Bedeutung prägt und gleichzeitig eine spezifische verfassungsmäßige Wirklichkeit definiert. Die materielle Verfassung der Europäischen Union setzt sich zusammen aus der Gesamtheit ihrer Regeln und Institutionen, die – beginnend mit den vertraglichen Kodifizierungen – jene Elemente definieren, die Mortati als „jene organisatorischen Elemente“ bezeichnet hat, die notwendig sind, um die „Handlungsfähigkeit“ der EU denken zu können (Mortati 1998: 61). Jedoch beschränkt sie sich nicht auf diese Elemente; sie schließt weiter mit ein: eine Reihe juristischer Prinzipien, die auf unterschiedlichen Geltungsniveaus fixiert wurden (im Besonderen durch die Rechtsprechung der Gerichte); die in der im Jahr 2000 in Nizza verabschiedeten Charta festgelegten Grundrechte; eine gouvernementale Interventionspraxis, die Handlungen verschiedener (öffentlicher wie privater) Akteure auf einer Vielzahl von Ebenen kombiniert; sowie eine Gesamtheit von „grundlegenden Normen“, die diesen Handlungen programmatisch eine Richtung geben (wobei die auf den Markt und den Wettbewerb ausgerichteten im Integrationsprozess von vornherein eine absolut herausragende Rolle eingenommen haben). Die materielle Verfassung der Europäischen Union verknüpft also eine Reihe von Machtverhältnissen zwischen den Subjekten, aus denen sie sich zusammensetzt (darunter die Mitgliedsstaaten), und sie gründet sich auf präzisen sozialen Machtverhältnissen, aus denen sich ihr Klassencharakter ableitet.

Diese komplexe Einrichtung von Normen und Macht wurde in den vergangenen Jahrzehnten ausführlich von Juristen und Politologen diskutiert, die die grundlegenden Kriterien für die Erforschung des „europäischen Verfassungsrechts“ festgelegt haben (vgl. z.B. Weiler 1999). Eine besonders einflussreiche Richtung innerhalb dieser Studien, auf die sich lange Zeit auch die offizielle Rhetorik der EU-Institutionen gestützt hat, ist die sogenannte „Integration durch Recht“ (vgl. Weiler 1981). Eine zentrale Rolle spielt hier der Europäische Gerichtshof, der seit den 1960er Jahren mit seiner Rechtsprechung eine Reihe von Prinzipien durchgesetzt hat – die unmittelbare Geltung, der Vorrang, die ausschließliche Kompetenz

–, die unter einem juristischen Gesichtspunkt Merkmale eines föderalen Systems sind; das Gleichgewicht zwischen der progressiven Ausweitung dieses juristischen Supra-Nationalismus und der Gesamtheit der Prozesse der politischen Verhandlungen, auf dem das europäische Verfassungskonstrukt sozusagen als Schlussstein die „Integration durch Recht“ aufliegt. Von einem föderalistischen Blickpunkt aus sollte sich das Gleichgewicht fortschreitend bis dorthin entwickeln, wo es zu einem qualitativen Sprung auch auf spezifisch politischem Terrain führen würde. Die Annahme der *Charta der Grundrechte* im Jahr 2000 wurde in diesem Sinn häufig als Vervollständigung des Gestaltungsprozesses der „Unionsbürgerschaft“ interpretiert, wie sie ausdrücklich im Vertrag von Maastricht in Kraft gesetzt worden war (vgl. z.B. Bronzini 2010).

Zu Beginn des neuen Jahrhunderts erschien das europäische Verfassungssystem strukturell als ein Mehrebenensystem, das auf der Basis nationaler Verfassungen fortschreitend eine „supranationale Ebene öffentlicher Gewalt“ institutionalisierte: ein „geteiltes Machtsystem, um Herausforderungen der Globalisierung in der post-nationalen Ära zu begegnen“, wie Ingolf Pernice schrieb (2002: 514f). Die Ebenen hatten sich vervielfacht, die Governance-Prozesse überschritten sich ständig mit ihnen, ihre Gliederung war nicht immer harmonisch – und umso weniger war es die Integration der „zwei Gesichter“ Europas, von denen Hauke Brunkhorst (2014) spricht: dem „Kantian constitutional mindset“ und dem „managerial mindset“. Offen blieb im Besonderen die Frage des „Demokratie-Defizits“ der Europäischen Union. Aber das, was wir als „inkrementelle“ Kontinuität des Integrationsprozesses bezeichnet haben, wurde nicht zur Diskussion gestellt. Doch fingen zwischen den 1990er und den 2000er Jahren soziale Bewegungen (zu Themen wie Migration, Arbeitslosigkeit, Prekarisierung oder Medienaktivismus) an, den europäischen Raum als bevorzugtes Terrain von Meinungsäußerung, Kampagnen und Kampf zu betrachten. Unter theoretischen Gesichtspunkten standen die Bürgerschaft, die Mehrebenenverfassung oder die europäische Governance im Mittelpunkt lebhafter theoretischer Debatten, die die Potenziale und die mögliche Öffnung hin zu Prozessen einer neuen Demokratie sondierten (vgl. Balibar 2003). In diesem Sinne sind Neil MacCormick und andere soweit gegangen, von einem „europäischen Commonwealth“ zu sprechen. Er will damit andeuten, dass zu den positiven Konsequenzen der Konsolidierung einer „normativen Körperschaft“ der Union gehört, dass sie von außen zur Erosion der staatlichen Souveränität und gleichzeitig von innen zu einer wachsenden Rolle der lokalen Gemeinschaften und Institutionen in Mitgliedsstaaten beiträgt, die bereit seien, immer weitergehende Befugnisse zu fordern. Die doppelte Arbeit an der Souveränität führte zu der Aussicht auf die Entstehung einer „Neuen Welt“, die

durch institutionellen Pluralismus und verteilte Mächte, einer ihnen folgenden Öffnung und Vervielfältigung autonomer Räume sowie territorialer und sozialer Selbstbestimmung in einer von der modernen Figur des souveränen Staats befreiten politischen Gemeinschaft gekennzeichnet ist (MacCormick 1999).

4. Ein atlantisches Europa?

Unabhängig von der Beurteilung der Inhalte des Vertrags über eine Verfassung für Europa (und seiner Beziehung zum nachfolgenden Vertrag von Lissabon) war der Sieg des Neins bei den in Frankreich und Holland abgehaltenen Referenden sicherlich ein wichtiges Ereignis in der Geschichte der europäischen Integration. Am Vorabend des Ausbruchs der Wirtschafts- und Finanzkrise, die mit der Erschöpfung des Zyklus der Bewegungen für „globale Gerechtigkeit“ zusammenfiel, die auch auf der europäischen Ebene eine bemerkenswerte Fähigkeit zum Engagement gezeigt hatten, haben die Referenden von 2005 einen Wendepunkt und in gewisser Hinsicht eine Rückentwicklung in jener Debatte innerhalb der europäischen Linken markiert. Sie repräsentierten zweifellos ein Moment der Blockade jener Teleologie, die sowohl in den Doktrinen der „Integration durch Recht“ als auch in den Doktrinen des „Mehrebenen-Konstitutionalismus“ impliziert war. Damit wurden die Grenzen der Linearität offengelegt, die für den ganzen Prozess kennzeichnend waren. Denn ganz allgemein muß man festhalten, dass diese Doktrinen einige Aspekte der spezifischen Beschleunigung durch den Maastricht-Vertrag im neuen internationalen Kontext nach dem Ende des Kalten Krieges außer Acht gelassen haben.

Entscheidend ist in dieser Hinsicht ein anderer von Balibar aufgezeigter Punkt (2016: 7): nämlich das Verhältnis, das die europäische Konstruktion mit der Formierung und der „Auflösung“ dessen unterhält, was der französische Philosoph den „nationalen und sozialen Staat“ nennt, den demokratischen Wohlfahrtsstaat. Seit den späten 1950er Jahren hat die europäische Integration zweifellos den Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen sich auf nationaler Ebene verschiedene Varianten dieser Staatsform und einer damit verbundenen „Sozialbürgerschaft“ entwickelt haben. Das Ende des Kalten Krieges ereignete sich zu einem Zeitpunkt, als der „national-soziale Staat“ sich auf nationaler Ebene aufgrund einer Reihe von Transformationen der spezifischen Form des Kapitalismus und der Klassenverhältnisse, auf denen er beruhte, bereits in einer Krise befand. Die Konstruktion der Einheitswährung und die Statuten der Europäischen Zentralbank hätten sich für jedes Projekt einer „expansiven“ Weiterentwicklung des *Wohlfahrtsstaats* und der Sozialbürgerschaft auf europäischer Ebene als mächtige Blockaden erwiesen.

Wie Fritz Scharpf (1999) deutlich machte, musste die Integration der Sozialpolitik in der Europäischen Union aufgrund der im Maastricht-Vertrag festgelegten Bedingungen auf einem 'negativen' Niveau stecken bleiben, nämlich bei einer Reihe von „Begrenzungen“ und restriktiven Regulierungen.

Es handelt sich um ein tiefgreifendes Problem, das sich unmittelbar auf die Qualität der Bürgerrechte und der Demokratie der Mitgliedsländer der Europäischen Union auswirkt, also dort, wo diese Konzepte nicht nur eine formale Bedeutung haben. Die Genealogie dieses Problems ließe sich skizzieren, wenn man den „ordoliberalen“ Ursprung des europäischen Integrationsprozess rekonstruieren würde (vgl. z.B. Dardot/Laval 2010). Auch könnte man den Blick auf die „lange Dauer“ lenken und so die „verschiedenen Europas“ hinterfragen, die die politische Geschichte seit 1945 gekennzeichnet haben (vgl. Negri 2003). Es wäre im Besonderen nötig aufzuzeigen, wie die demokratische und föderative Idee der Vereinigten Staaten von Europa, wie sie im antifaschistischen Manifest von Ventotene entworfen wurde, von Anfang an mystifiziert und im Konstruktionsprozess der Gemeinschaft, der in den Römischen Verträgen gipfelte, nicht weiter verfolgt wurde (vgl. Spinelli u.a. 1941). Von der anderen Seite des Atlantiks wurde sie mal mit Sympathie, mal mit Skepsis gesehen und stand seit dem Marshallplan unter dem sie bestimmenden Vorzeichen der Teilung des Kontinents in zwei Blöcke (vgl. Varoufakis 2016): die europäische Konstruktion („Westeuropa“) blieb für Jahrzehnte eine Funktion der Konfrontation zwischen dem kapitalistischen Westen und dem sowjetischen Lager. Sie konnte sich zuerst als „Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ und dann des „Atoms“ entwickeln und blieb insofern auf wechselhafte Weise abhängig von der multinationalen Entwicklung und der unangefochtenen Hegemonie des US-Kapitals: als Raum der Produktion und des Handels mit einer Süd-Nord Binnenmigration, in dem die politisch-diplomatischen und die Verteidigungsfunktionen den Beziehungen zwischen nationalen Eliten und imperialen Dispositiven vorbehalten sind, in erster Linie natürlich der NATO. Es handelt sich deswegen um ein „atlantisches Europa“, das sich zwischen den 1950er und 1980er Jahren strukturiert. Ungeachtet mehr oder weniger episodenhafter Versuche einer eigenständigen Wirtschafts- und internationalen Politik wäre es dabei auch geblieben, wenn die Berliner Mauer nicht gefallen wäre.

Die Implosion der sozialistischen Systeme und die entfesselte Gewalt der ökonomischen Globalisierungsprozesse, die durch eine neue ursprüngliche Akkumulation im Zeichen der Finanzialisierung der Kapitalverhältnisse gekennzeichnet sind, bahnen ein neues Europa an oder besser noch: erzwingen es – ein Europa, das innerhalb der komplexen Beziehungen mit Washington als einziges

explizites Ziel hat, einen einheitlichen „Markt“ zu schaffen, der in der Lage ist, „auf Augenhöhe“ mit der US-amerikanischen Wirtschaftsmacht und den neuen aufstrebenden Mächten zu konkurrieren. Seit dem Maastricht-Vertrag 1992 setzte sich diese Perspektive durch, indem die vorhandenen Gemeinschaftsinstitutionen umstrukturiert und ein Fahrplan für die „Einheitswährung“ festgelegt wurde, der alles andere als immun gegenüber den kontingenten Notwendigkeiten ist, die die geopolitischen Veränderungen hervorbringen (vgl. Ungerer 1997). Auch wurde die Gründung einer eigenen Zentralbank eingeleitet und auf eine eigene, von strengsten Dogmen der monetaristischen Doktrinen inspirierte wirtschaftspolitische Linie festgelegt, die allerdings ihre Grenzen und Widersprüche hat, die sich im Verlauf der Krise 2007/08 zur Geltung brachten (Howarth/Loedel 2003). Die Eckpfeiler des Vertrags entsprechen der Logik der europäischen und nationalen Stabilitätspakte: die „Eindämmung“ der öffentlichen Ausgaben und hier vor allem jener als „unproduktiv“ angesehen Ausgaben der Wohlfahrtssysteme; die „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes durch die Beseitigung aller „Rigiditäten“ sowohl auf dem Gebiet der Löhne als auch der Rechte; die „Liberalisierung“ der Märkte und damit auch die Privatisierung der öffentlichen Dienste und der Gemeingüter.

5. Die Konstitutionalisierung der Austerität

Der weltweite Ausbruch der Finanzkrise hat dieses neue Europa, das mit dem Maastricht-Vertrag begann, Form anzunehmen, auch aus der Sicht der herrschenden kapitalistischen Interessen, unvorbereitet getroffen. Immer noch war es viel zu abhängig von der ökonomischen und politisch-militärischen Macht der Vereinigten Staaten und befand sich inmitten einer umfassenden Neuausrichtung; es litt unter fehlenden Investitionen in Bildung, Forschung und Wissen im Allgemeinen; verelendet durch eine Logik, die die Herstellung „globaler Wettbewerbsfähigkeit“ ausschließlich mittels Prekarisierung und Druck auf die Einkommens- und Reproduktionsbedingungen der lebendigen Arbeit verfolgt; es war abhängig von der Kontrolle über die Rohstoffe, die vor allem im Energiesektor vom nahegelegenen Russland und den Golfstaaten ausgeübt wird; es hatte keine angemessenen Instrumente zur differenzierten Steuerung der Migration. Aber die ökonomischen und politischen Eliten der Europäischen Union waren gleichzeitig entschlossen, ihren privilegierten Status in einer sich schnell verändernden Welt zu verteidigen, auch wenn sie der Logik des Finanzkapitals, seinen Kapitalflüssen und seiner strukturellen Tendenz zur Kapitalisierung kurzfristiger Spekulationsgewinne unterworfen waren (Demirović/Sablowski 2012).

Nach unserem Verständnis ist es unumgänglich, sich mit der Zäsur, die die „Staatsschuldenkrise“ darstellt, auseinanderzusetzen, d.h. mit dem Modus, in dem sich die Krise von 2007/08 in Europa manifestiert, und mit dem neuen Modell ökonomischer *Governance*, das sich seit 2010 (im Zeichen eines „Krisenmanagement“, das bis heute einige Grundzüge der Krise reproduziert) entwickelt hat. Vom Standpunkt der materiellen Verfassung der Europäischen Union aus stellt dieses Modell ökonomischer *Governance* eine erhebliche Unterbrechung der Kontinuität dar, die man nicht auf die Doktrinen der „Integration durch Recht“ und der „Mehrebenen-Verfassung“ zurückführen kann (vgl. Joerges 2012). Um den *Fiskalpakt*, den *Europäischen Stabilitätsmechanismus* und das „europäische Semester“ herum hat sich ein Moment des Finanzkommandos und des Notstands kristallisiert: Ein „Exekutivföderalismus“ (Habermas 2011), eine weitgehende Zentralisierung, ein Machtzuwachs an der Spitze der „exekutiven“ Institutionen Europas sowie eine zusätzliche Verschiebung hin zu bürokratischen Legitimationskriterien charakterisieren das, was der italienische Jurist Stefano Rodotà (2015: 6) „eine Art Gegen-Verfassung“ Europas genannt hat, die „jenen ‘konstitutionellen’ Reformansatz blockiert und umkehrt, der zur Charta der Grundrechte und einigen bedeutenden Neuerungen im Vertrag von Lissabon führte“. Das „Demokratiedefizit“ der Europäischen Union wird durch das „Erstarken der europäischen Gewalten“ intensiviert (Joerges 2016: 9), es nimmt die Form eines „Demokratie-Default“ (Majone 2012: 21) und einer programmatischen Neutralisierung und „Verhütung“ der Demokratie an (Scharpf 2011) bzw. vertieft die „elitären“ oder „post-demokratischen“ Züge des europäischen Konstrukts (Streeck 2012).

Ab 2010 und in besonderer Weise seit der heftigen Konfrontation mit der Regierung Tsipras in der ersten Jahreshälfte 2015 wurde die griechische Angelegenheit offensichtlich das Versuchslabor par excellence für das Modell der ökonomischen *Governance* – die auch eine spezifische Form der Verwirklichung eines „deutschen Europas“ ist (Beck 2015). Die Verkettung der Griechenland-Krise mit der „Flüchtlingskrise“ veranschaulicht jedoch die grundsätzlichen Grenzen dieses Modell auch aus Sicht eines nicht unbedeutenden Teils der herrschenden Klassen in Europa (und im besonderen Maße in Deutschland). Einfacher gesagt: Die finanzpolitische Rigorosität, die Konkurrenz und Marktdisziplin können nicht von sich aus jenes Legitimationsprinzip festlegen, das notwendig ist, um den Integrationsprozess in Europa im Sinne eines Projektes der kapitalistischen Stabilisierung zu steuern. Das Eingreifen der europäischen Institutionen in der „Migrationskrise“ ebenso wie in der Griechenland-Krise wird durch den Notstand legitimiert (und für die Reaktion auf den islamistischen Terrorismus könnte

man analog argumentieren (siehe Kasperek 2016)). Aber wir wollen hier nicht der These von Carl Schmitt folgen, wonach die Entscheidung über den Ausnahmezustand die Souveränität begründet bzw. wiederbegründet (Böckenförde 2010). Die Situation des Notstands wird eher kontinuierlich von Neuem reproduziert, bis sie zu einer Gestalt der *Governance* wird. Wir werden im abschließenden Teil dieser Abhandlung auf diesen Punkt zurückkommen.

Wenn seit 2010 innerhalb der materiellen Verfassung der EU eine Zäsur im Zeichen einer „Revolution von oben“ stattfand (vgl. Balibar 2016), so haben die Entwicklungen seit 2015 gänzlich die Zerbrechlichkeit der neuen Lage demonstriert. Die aktuell sich vollziehenden Tendenzen sind durch eine Desartikulation des europäischen Verfassungsrahmens charakterisiert, obwohl spezifische Verdichtungen der Macht fortbestehen, also längst in der nationalen Gesetzgebung und Politik verwurzelte neoliberale Integrationsprozesse und Begrenzungen, Zwänge und technokratische Verselbständigungen der *Governance*. Es ist unsere Überzeugung, dass die Renationalisierung der Politik in Europa innerhalb dieses Szenarios ihren Ort finden und – im Zeichen einer gar nicht so paradoxen Allianz aus „managerial mindset“ und „Populismus“ – bislang unbekannte Kombinationen von Nationalismus und Neoliberalismus hervorbringen kann. Die *konstituierende* Hypothese einer Neuerfindung der Demokratie innerhalb des europäischen Raums kann nur innerhalb dieses Szenarios und im Bewusstsein der Brüche, die sich *schon* vollzogen haben, sowie der vor uns liegenden Risiken formuliert werden. Das frühzeitige Bestimmung der Kräftekonstellation, die diese Hypothese stützen kann, und der Aufbau einer politischen Form, die geeignet ist, sie zu verwirklichen, sind die Aufgaben, die vor uns liegen.

6. Der Souveränismus: *Doppelgänger* der technokratischen Kristallisation

Eine solche Notwendigkeit wird noch viel offensichtlicher in dem Augenblick, in dem es zu einem wirklichen Komplementaritätsverhältnis von Prozessen der Konstitutionalisierung der Austeritätspolitik, die immer mehr zum Kern der gegenwärtigen europäischen Institutionen zu werden scheint, und den zunehmenden politisch-elektoralen Erfolgen des „Rechtspopulismus“ auf dem ganzen Kontinent kommt. Die Definition des Populismus selbst sollte im Übrigen an diesem Punkt tiefgreifend problematisiert und diskutiert werden. Eine unkritische Übernahme dieses Begriffes birgt das Risiko, ihn voreilig auch auf jene sozialen und politischen Prozesse anzuwenden, die auf eine Neuordnung der Koordinaten von Unten und Oben auf dem Feld der Kämpfe um die Emanzi-

pation hinweisen – im Rahmen einer Einschätzung, der gemäß sich die Klassenverhältnisse polarisieren, heißt dies, den radikalen, gegen das „Establishment“ gerichteten Charakter dieser Proteste hervorzuheben.

Der Begriff „Souveränismus“ ist vielleicht besser geeignet, um den Gehalt der reaktionären Tendenzen zu beschreiben. Die Forderung nach einer wiederherzustellenden nationalen Souveränität, sei es ökonomisch-monetär, sei es durch die strenge Kontrolle der nationalstaatlichen Grenzen, stellt in der Tat das Wesensmerkmal einer Reihe von Erscheinungen dar, die sich in anderen Aspekten extrem voneinander unterscheiden. In der Rhetorik der alten und neuen politischen Rechten Europas erweist sich der Appell an das Volk im Vergleich zur ausschlaggebenden Insistenz auf einer um jeden Preis zu erneuernden „nationalen Souveränität“ als zweitrangiger und instrumenteller Aspekt (vgl. z.B. Wodak 2015). Heraufbeschworen wird diese Souveränität in einem mehr oder minder organistischen und identitären Vokabular und auf eine Art und Weise, die nicht selten auf das reichhaltige historische Archiv des europäischen Rassismus zurückgreift, gegen stets nebulös bezeichnete Eliten gerichtet ist und sorgfältig darauf achtet, präzise Begriffe zu vermeiden, die soziale und politische Verhältnisse und Interessen benennen könnten. Das „Volk“ ist hier nichts anderes als ein trostspendendes Bild, das Trugbild einer fantasmatischen sozialen Homogenität, das die Forderung nach einer „Wiederherstellung“ einer verlorenen nationalstaatlichen Souveränität unterstützen soll.

Diese imaginäre Sichtweise und das Trugbild der sozialen Homogenität dienen dazu, eben jene Homogenität selbst zu stützen. Jedoch zieht sie überhaupt nicht die Kraft jener ökonomischen Prozesse – von der Finanzialisierung bis zur Reorganisation der Logistik der Produktionsprozesse oder der Zulieferungsketten – in Erwägung, die jede territoriale und insbesondere die nationale Ebene überrollen und durchqueren, sie zerschneiden und synchronisieren. Schon heute ist jede Politik, die Europa renationalisieren will, dazu gezwungen, sich mit diesen Entwicklungen zu arrangieren. Das beginnt damit, jene Kombination aus Nationalismus und Neoliberalismus vorweg zu nehmen, die der Druck des „Souveränismus“ nur verstärken kann. Die Risiken, die sich daraus ergeben, sind erheblich: Die Antwort auf die Krise wird ausschließlich in Begriffen einer illusorischen Abschottung zur Verteidigung der „Sicherheit“ gegeben; hinzu kommt die Einschränkung der Räume einer realen Demokratie, die begleitet ist von differenziellen Einschränkungen der politischen und sozialen Bürgerrechte und außerordentlich gewalttätige Züge gegenüber den Migranten annimmt. Das ist eine Dynamik, die sich bereits in verschiedenen Ländern Osteuropas manifestiert, die aber droht, sich auf dem gesamten Kontinent zu verbreiten,

wie die jüngeren Wahlergebnisse in Frankreich, Deutschland und Österreich andeuten (Cas Mudde 2016).

Auf jeden Fall ist darauf hinzuweisen, wie die verschiedenen Erscheinungsformen des „Souveränismus“ von der Rigidität der Austeritätspolitik genährt wurden, die zur neuen Norm für die Regulierung des Arbeitsmarktes und zum mächtigen Mittel für die polarisierende Verteilung des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums wurde. Letztlich besteht zwischen den technokratischen Kristallisationen und den zunehmenden Souveränismen (die aus steigender Wählerzustimmung und der Fähigkeit resultieren, die politische Debatte zu beeinflussen und die politische Agenda den eigenen Prioritäten gemäß zu setzen) kein Widerspruch. Der entscheidende Antrieb rührt aus der Konstitutionalisierung der Austerität. Sie hat wesentlich zur umfassenden Renationalisierung des europäischen politischen Raumes beigetragen, die sich auf das *pactum sceleris*¹ zwischen den technokratisch-bürokratischen Strukturen – hervorgegangen aus einer Artikulation verschiedener Ablagerungen – und den dominanten kapitalistischen Oligarchien gründet, die entsprechend in den nationalen Exekutiven repräsentiert sind.

Es ist kein Zufall, dass in den vergangenen fünf Jahren die wichtigsten Schritte zur Konstitutionalisierung der Austerität die Form einer fortwährenden Dialektik zwischen intergouvernementalen politischen Entscheidungen (fallweise entweder im Europäischen Rat oder in vorhergehenden bilateralen Verhandlungen zwischen den wichtigsten Regierungen getroffen) und ihrer Umsetzung durch nicht gewählte Organe der Union Gestalt angenommen haben (Kommission, EZB, Eurogruppe bzw. ihre „Experten“). Wir lehnen deshalb die geläufige Vorstellung von einer kontinentalen Politik ab, die von zwei gleichberechtigten, aber doch gegensätzlichen Optionen geprägt sei, die einerseits von „Nationalisten“ und andererseits von „Europaaanhängern“ vertreten werden, die eine weitere Vertiefung der Integration befürworten. Eine solche Vorstellung führt zu schwerwiegenden Missverständnissen. Denn beide Optionen kommen uns vielmehr wie monströse Zwillingbrüder vor, die zusammen ihr zerstörerisches Werk betreiben. Konservative und sozialdemokratische politische Kräfte haben eine unbestreitbare politische Verantwortung dafür, indem sie im Zuge der Bildung von Regierungen der *Großen Koalition* um die Mitte konkurriert haben und subaltern und erfolglos den von der souveränistischen Rechten vorgegeben Parolen hinterhergehechelt sind.

1 *pactum sceleris*: lateinischer Fachbegriff des italienischen Strafrechts zur Definition krimineller Vereinigungen (Anm. Übers.).

7. Szenarien: zwischen „Kettenreaktion“ und organisierter Entropie

Wenn wir uns an die offizielle Lesart der Europäischen Institutionen halten würden, so würden wir die Beschreibung der kommenden Szenarien auf den Seiten des als „Bericht der fünf Präsidenten: Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden“ bekannten Dokuments finden (Europäische Kommission 2015). Dieser Bericht zielt darauf ab, einen Legimitationsrahmen für den Konstitutionalisierungsprozess der Austerität anzubieten, der sich auf einer Linie mit einem wichtigen früheren Dokument bewegt, nämlich dem von Hermann van Rompuy zur Vorbereitung des Treffens des Europäischen Rats im Dezember 2012 vorgelegten „Towards a Genuine Economic and Monetary Union“. Die Verstärkung der Mechanismen der Aufsicht über die nationalen Bankensysteme wurde hier als das Ziel vorgestellt, das zusammen mit der Kontrolle der Haushalte der einzelnen Mitgliedsstaaten der Union eine „zentralisierte Fiskalkompetenz“ in Aussicht stellte. Der zusätzliche Druck, der den Abbau der „strukturellen Rigiditäten“ auf dem Arbeitsmarkt, d.h. die Prekarisierung der Arbeit, beabsichtigte, war hier von der Emphase auf der Notwendigkeit einer Neudefinition der „vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Institutionen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten“ begleitet. Angekündigt wurde ein „Vertragliches Verfahren“, das die fundamentale Asymmetrie zwischen den Vertragspartnern bekräftigen und gleichzeitig jeden möglichen Konflikt neutralisieren sollte. Das sich konkret auf eine schonungslose europäische „Überprüfung“ der Fiskal-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der einzelnen Mitgliedsstaaten gründende Vertragsverhältnis mündet auf diese Weise in einen Widerspruch mit den Prinzipien der formalen Demokratie: Die vom Rat auf Vorschlag der Kommission festgelegten „länderspezifischen Empfehlungen“ sollten in detaillierte „Reformpläne“ umgesetzt werden; der Kommission sollte es obliegen, so liest man im Dokument, „die nationalen Parlamente und das Europaparlament über die Notwendigkeit dieser Reformen im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion zu informieren“ (European Council 2012: 15). Es ist die Rede von der „Notwendigkeit“ – sie ist die Grundlage für die Information und Konsultation der Parlamente der verschiedenen Ebenen .

Mit ihrem Dokument folgen die Fünf Präsidenten dieser zentralen Position: eine Governance, durch die Politik und Strukturen noch weiter technisiert und gegenüber demokratischen Verfahren verselbständigt werden. Ergänzend zur Vertiefung der Bankenunion würde eine „Behörde für Wettbewerbsfähigkeit“ geschaffen, die zusammen mit ebenso „unabhängigen“ nationalen Stellen die Effizienz der notwendigen Reformen auf nationaler Ebene bewerten würde und das Recht besäße, auch direkt in Lohnfragen einzugreifen, um sicher zu stellen,

„die Entwicklung der Löhne sich im Rahmen der Produktivitätsentwicklung bewegte“. Dem stellen sie die einheitliche Außenvertretung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) in den internationalen Finanzinstitutionen zur Seite (es wird auf die Probleme Bezug genommen, die durch den Mangel einer einheitlichen Position im IWF verursacht werden); gefordert wird auch die Schaffung eines Schatzamtes für den gesamten Euroraum, das die fiskal- und haushaltspolitischen Entscheidungen trifft. Hinter der obligatorischen Rhetorik hinsichtlich der grundsätzlichen Bedeutung der nationalen Parlamente und des Europaparlaments zeichnet sich auch hier mit deutlicher Klarheit eine Hybridisierung der Regierungsformen von Rat (mit 28 Mitgliedern), Euro-Gruppe und ESM ab. Wird das, was hier vorgeschlagen wird, zu einem *fait accompli*, und werden diese Institutionen im rechtlichen Rahmen der Union formal geschaffen, dann handelt es sich um eine wirklich neue kontinentale Exekutive (Europäische Kommission 2015: 9, 19).

Die vorgeschlagene Logik ist die einer „Kettenreaktion“, die bis 2025 zu einer nicht näher präzisierten „politischen Union durch authentische demokratische Kontrolle, Legitimität und Stärkung der Institutionen“ führen soll. Mit einem impliziten Verweis auf Tommaso Padoa-Schioppa (2004) – der in Hinblick auf die Einführung der gemeinsamen Währung bemerkte, dass „jeder Schritt ein bestehendes Problem löste und gleichzeitig ein neues schuf ...“ – hat kürzlich der Präsident der Bundesbank (und Vizepräsident der EZB) Jens Weidmann es auf sich genommen, das Szenario eines mechanischen Fortschritts zu weiteren Integrationsebenen zu problematisieren. Er bekräftigte unverfroren alle Rigiditäten im Umgang mit den Staatsschulden und rechtfertigte diese strikte Vorgehensweise, indem er die neoliberale Rhetorik von der „Tragödie der *Commons*“ nutzte, der zu Folge die fortwährende hohe öffentliche Verschuldung einiger Mitgliedsländer das Risiko in sich berge, auf europäischer Ebene den Zustand einer Vernachlässigung der „Allmende“ herbei zu führen (Weidmann 2016). Die Reduzierung der Schulden, der Angelpunkt des im Namen des Zusammenhangs von „Handeln und Haften“ einzuhaltenden „Stabilitäts“-Prinzips, bleibt das unverzichtbare Ziel des Chefs der Bundesbank. Will man einem solchen Ziel gerecht werden – wenn man von der Notwendigkeit eines mit den politischen Entscheidungen der Euro-Zone beauftragten einheitlichen Subjekts ausgeht –, dann gibt es laut Weidmann zwei Möglichkeiten. Die erste bestünde in der Verwirklichung einer wirksamen „Fiskalunion“, die aber ohne umfassende Änderungen der Europäischen Verträge und ohne Referenden in den Mitgliedsstaaten nicht möglich wäre. Es handelte sich – so Weidmann – um einen unter den derzeitigen Bedingungen einer abnehmenden Legitimität des Integrationsprozesses ungangbaren Weg. Er schlägt

alternativ eine „funktionsfähige dezentrale Koordination“ vor, die europäische fiskalpolitische Aufgaben übernimmt und die öffentlichen Haushalte innerhalb eines gestärkten bestehenden Rahmens überwacht, ohne die Souveränität der einzelnen Staaten in Frage zu stellen.

Weidmann hat die Ambivalenzen der aktuellen Geldpolitik der Europäischen Zentralbank im Blick. Er beurteilt sie als „sehr locker“ und ist der Ansicht, dass die von ihr gebotenen Möglichkeiten von einigen Mitgliedsstaaten „nicht angemessen genutzt werden“, um die strukturellen Probleme des gemeinsamen Marktes anzugehen. Nach unserem Verständnis sind die Grenzen dieser Geldpolitik evident, deren enorme Liquiditätsspritzen fast ausschließlich den Bilanzen der Banken zu Gute kamen und deren Rendite gewährleistete, ohne substanziiell zur Überwindung der ökonomischen „Stagnation“ beizutragen. Die Mitverantwortung der EZB an der Austeritätspolitik der letzten Jahre und bei der Durchsetzung gegenüber Regierungen, die Widerstand leisteten, steht außer Zweifel (vgl. Petrella 2016).

Es würde jedoch an Blindheit grenzen, die Tragweite der Spannungen zu ignorieren, die durch die Entscheidungen von Draghi und der Mehrheit des Direktoriums hervorgerufen werden und die in Anbetracht der unmittelbar bevorstehenden Überprüfung und Neuverhandlung der Schulden Griechenlands jederzeit wieder aufzubrechen drohen. Zu diesen Spannungen kommen noch die Dissonanzen zwischen dem Internationalen Währungsfond und den vor allem im Berliner Bundesfinanzministerium sitzenden „Tempelrittern der Austerität“ hinzu, die auf eine gewisse Unduldsamkeit und Interessendivergenz der umsichtigsten globalen kapitalistischen Eliten gegenüber den sehr kurzfristigen herrschenden Klassen Europas hindeuten.

Sicherlich bestehen alle diese Spannungen innerhalb der kontinentalen Oligarchien und ihrer technokratischen staatlichen Strukturen, aber auf eine im Grunde nicht paradoxe Weise spiegeln sie die darunterliegenden ungelösten Widersprüche zwischen finanzpolitischen Paradigmen und sozialen Dynamiken wieder. „Objektiv“ weisen sie auf die Möglichkeit einer anderen Politik der Zentralbank hin: die von einer effizienten Kampagne – „Quantitative Easing for the People“ (<http://www.qu4people.eu/>) – vorgeschlagene Alternative, die im Laufe weniger Monate Vertreter eben der EZB dazu veranlasste, in der öffentlichen Diskussion die tabuisierte Hypothese des „Helikoptergeldes“ zu erwähnen. Diese Konzeption entstammt dem neoliberalen ökonomischen Denkens Milton Friedmans (1969), der sie als letztes Mittel ansah, Wachstum mittels Konsum und Investitionen anzuregen. Doch beinhaltet sie das Risiko, dass letztlich „das Finanzwesen mittels des Finanzwesens gerettet wird“. Wenn diese Konzeption

jedoch unter Umgehung der Banken direkt in eine Erhöhung der Liquidität in Form der Einkommen der europäischen Bürger und der Finanzierung „gesellschaftlich notwendiger Infrastrukturen“ umgesetzt würde, dann könnte man versuchen, „in die anscheinend uneinnehmbare Festung des Finanzsystems“ einzudringen und dessen höchst politischen Charakter aufzudecken, um es zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen (wie Bertorello/Marazzi 2016 vorschlagen).

War es übrigens nicht diese Europäische Zentralbank, die – indem sie seine Regeln brach und übergang – das strenge Modell des Managements der Staatsschuldenkrise „vor sich selber rettete“, das Gefahr lief, die Gemeinschaftswährung zu versenken? Statt sich abzumühen, einen mehr oder weniger unrealistischen „Plan B“ zu suchen, sollte die Diskussion der europäischen Linken die riesige Lücke eines einheitlichen „Plan A“ auf der Seite des Kapitals zum analytischen Ausgangs- und zum Ansatzpunkt eigener strategischer Möglichkeiten nehmen. Ist nicht das „whatever it takes“ Draghis das Zeichen einer unerreichbaren Stabilität, des strukturellen und dauerhaften Charakters der Krise, oder genauer noch: einer Verkettung von Krisen, auf die die herrschenden Oligarchien sich vorbereiten, mit einer „zu organisierenden Entropie“ zu begegnen?

8. Für einen „konvergenten“ und „Mehrebenen“-Verfassungsprozess

Verbinden wir einige der Gedankengänge, die wir dargelegt haben. Wir haben die „existenzielle Krise der europäischen Integration“ in den Kontext verschiedener globaler Szenarien gestellt, die von tiefgreifenden Veränderungen und lang anhaltenden Spannungen im Verhältnis zwischen dem Raum der kapitalistischen Akkumulation und den Räumen der Politik und des Rechts gekennzeichnet sind. Die zwei großen Krisen, in denen Europa sich heute befindet – jene des Austeritätsregimes und jene des Regimes der Kontrolle der Freizügigkeit und der Grenzen –, erlangen in diesem Zusammenhang ihre volle Bedeutung. Sie überschneiden sich zudem mit anderen Krisen – von der Bedrohung durch den Terrorismus dschihadistischer Prägung bis zur Frage der Kontrolle der Energie- und Rohstoffversorgung einschließlich der militärischen und ökologischen Konsequenzen. Mit diesen multiplen Krisen konfrontiert, scheint Europa eine Regierungsrationale aufgezungen zu werden, die sich um das Management des Notzustands dreht. Wir haben gezeigt, wie ab 2010/11 die „materielle Verfassung“ der Europäischen Union tiefgreifend verändert wurde, nachdem Spekulationsattacken auf den globalen Finanzmärkten drohten, die Staatsschuldenkrise in eine Krise der Einheitswährung dadurch übergehen zu lassen, dass der Spread

zwischen den Zinsen auf Staatsanleihen verschiedener Länder der Euro-Zone sich unverhältnismäßig vergrößerte. Das Notzustands-Management ist keineswegs auf die Geld- und Haushaltspolitik begrenzt, sondern stellt die grundlegende Regierungsrationalität dar.

Eine analoge Rationalität lässt sich im europäischen Umgang mit den wiederkehrenden Erschütterungen der Warenmärkte, im Besonderen im Fall der Energiequellen erkennen. In diesem Fall sind die Preisschwankungen größtenteils von den Finanzialisierungsprozessen und den anwachsenden Problemen bestimmt, die sich aus der Regierung der Ströme, der Kontrolle der Transport- und Verteilungsnetze, der Öl- und Gasleitungen, kurzum der Logistik der Pipelines ergeben (De Micco 2015). Wir haben auch darauf bestanden, dass eben jenes Krisenmanagement des europäischen Regimes der Kontrolle der Mobilität und der Grenzen begann, sich mit der „Ausrufung des Notfalls“ zu entfalten (vgl. Kasparek 2016). Unter diesem Blickpunkt ist der Hotspot, der im Mittelpunkt des Projekts einer umfangreichen Umgestaltung der Infrastrukturen und der Logistik der Migrationskontrolle steht, besonders bedeutsam. Der benutzte Begriff erscheint uns als emblematisch: Abgesehen von seiner Bedeutung in der Informatik beschreibt ein Hotspot in der Geologie einen Punkt in der Erdkruste, wo ein anomales Aufsteigen von Magma vulkanische Aktivitäten hervorruft; in der Genetik werden mit diesem Ausdruck die Regionen der DNA bezeichnet, wo die Rate von Rekombinationen und Mutationen der Strukturen viel größer ist als im Durchschnitt. Es läßt sich hier ein Symptom der in Europa dominanten Regierungsrationalität erahnen: Es ist die magmatische Eruption der Flüchtlings- und Migrationsbewegungen, ihre konstitutive Anomalität und Unvorhersehbarkeit, die eine Reihe von Maßnahmen motivieren, die weitreichend die Rechtsgrundlagen des Asylrechts belasten. Es wird dadurch in der Substanz verändert und auf eine Notstandsverwaltung begrenzt.

Mit Blick auf die in Europa anzutreffenden Regierungsentwicklungen erscheint uns das Bild des Notzustands schlüssiger zu sein als das zum Verständnis der aktuellen Herrschaftsformen vorgeschlagene komplexe Paradigma des „Ausnahmestands“, das eine Reaktion auf die Angriffe des dschihadistischen Terrorismus in den europäischen Hauptstädten darstellt (vgl. Agamben 2016). Wir sollten die Risiken nicht unterschätzen, die in dem Regierungsdispositiv des „Ausnahmestands“, das „Terror“ und „Sicherheit“ miteinander verbindet, die in der Reorganisation der Politik entsprechend einem spezifischen Bild vom äußeren und inneren Feind, die in der Erzeugung von Angst zum Zweck der politischen Subjektivierung des Bürgers enthalten sind. Uns erscheint es auch aufgrund anderer von uns angeführter Beispiele zum „Notstands-Management“

geboten, auf die Risse und Widersprüchen dieser Regierungsrationalität hinzuweisen, die eine Verabsolutierung des Konzepts des „Ausnahmestandes“ riskiert, aus dem Blick zu verlieren und damit zu Ohnmacht und Handlungsunfähigkeit beizutragen. Gerade in Frankreich hat sich übrigens auf dem Höhepunkt des „Ausnahmestandes“ im Frühjahr 2016 eine großartige soziale Bewegung gegen die Austeritätspolitik entwickelt, die von Anfang an eben gegen jenen „Ausnahmestand“ protestiert hat.

Trotz all dieser Risiken erscheint uns die europäische politische Situation dadurch charakterisiert, dass sich die herrschenden Klassen und ihre Fähigkeit, Projekte zu entwerfen, in einer Sackgasse befinden. Dies eröffnet der Politik der Transformation und einer generellen Reorganisation der Initiativen der Bewegungen und der Linken möglicherweise große Spielräume. An welchen Perspektiven auf einen Wechsel lohnt es sich, in diesem Zusammenhang weiter zu arbeiten?

Mit Blick auf die von uns analysierten multiplen Krisen sind vielfältige und heterogene soziale Subjekte als aktive Protagonisten konfliktgeladener Dynamiken in Erscheinung getreten, die sich dem „Notzustands“-Management entgegengestellt und es beeinflusst haben: Ausgehend von Südeuropa treffen in vielen europäischen Ländern die Veränderung der Arbeit in der Industrie und im Dienstleistungsbereich mit neu entstehenden Formen der kognitiven Arbeit, mit dem großstädtischen Prekariat und den in Ausbildung befindlichen Jugendlichen in den Kämpfen gegen die Austeritätspolitik und gegen die verschiedenen „Reformen“ des Wohlfahrtsstaats und des Arbeitsmarktes zusammen; Flüchtlinge und MigrantInnen stoßen weiterhin hartnäckig mit den Verwaltungsdispositiven und den verschlossenen Grenzen zusammen. Dabei begegnen sie einem Netz von Kooperation, Solidarität und Aufnahmestellen, dessen Wirkungsradius weit über Aktivistenkreise hinausreicht. Die Erfahrungen des Widerstands gegen die großen Infrastruktur- und Energieprojekte in vielen Teilen Europas haben zu einer sozialen Neubewertung der Umweltfrage geführt; sie vereinen die Forderung nach einer kollektiven Verwaltung der Commons und der öffentlichen Dienstleistungen mit der Aneignung von Räumen und Ressourcen, um Formen der Selbstverwaltung und, im metropolitanen Umfeld, eines wirksamen „Rechts auf die Stadt“ zu praktizieren.

Damit ist zumindest in Grundzügen die soziale Zusammensetzung der Kräfte gezeichnet, die sich gegenüber den Regimes der Notstandsverwaltung, die sich in den vergangenen Jahren formierten, als unbeugsam erwiesen haben. In den Bewegungen, in den Kämpfen und den Initiativen kommen unumgängliche Forderungen der Demokratie und der Gleichheit zum Ausdruck, die diese Regime

nicht erfüllen können. Demokratie und Gleichheit verweisen notwendigerweise auf die zentrale Frage nach der kollektiven politischen Entscheidung über das Gemeinsame und die soziale Verteilung des Reichtums, der gemeinsam erzeugt wird. Sobald diese Initiativen Alternativen zum Bestehenden fordern, sehen sie sich mit Begrenzungen und Fesseln, mit Rigiditäten und Schließungen konfrontiert, die unmittelbar auf das dramatische Ungleichgewicht in den Kräfteverhältnissen auf europäischem Niveau verweisen. Das gilt auch für die eher in spezifischen lokalen und nationalen Zusammenhängen verankerten Kampf- und Kooperationserfahrungen, die alle – in unterschiedlicher Weise, aber in letzter Instanz doch zusammenhängend – von der Ausübung des kapitalistischen Kommandos und von den Maßnahmen des Krisenmanagements im Rahmen der EU betroffen sind (Mezzadra/Neumann 2016). Auch für die Initiativen, die sich mit Blick auf eine sei es kommunale, sei es nationale Regierung an Wahlen beteiligen, stehen die Dinge nicht anders (Candeias 2016).

Ein vollständiges Bewusstsein dieser relativ stabilen Merkmale der aktuellen gesellschaftlichen Dynamiken und aktuellen politischen Prozesse in Europa müsste dazu führen, einen Ansatz zu wählen, der gleichzeitig die Konvergenz und das Mehrebenensystem im Blick hat. Versuchen wir, das etwas genauer auszuführen: Von einem „Mehrebenen“-Ansatz zu sprechen bedeutet, die strukturelle Artikulation der Elemente der Heterogenität und der Homogenität zu begreifen, die im Inneren jedes Kampfes und oft auf widersprüchliche Weise koexistieren und die also jeden einzelnen Kampf oder jede einzelne Initiative beeinflussen. Das offene Europa, das neue Formen des Zusammenlebens und der Kooperation ausprobiert, von denen wir in Bezug auf die „Migrationskrise“ gesprochen haben, veranschaulicht diese Kombination aus lokalen Besonderheiten und einer sich entwickelnden gemeinsamen Sprache, die transversal die verschiedenen Ebenen durchzieht, auf denen die Initiative artikuliert ist.

Auf der Notwendigkeit einer europäischen Politik zu bestehen, ist weder eine Abstraktion noch eine erzwungene Verallgemeinerung, die die sorgfältige Differenzierung dieser Elemente der Heterogenität und Homogenität ersetzen könnte. Auf verschiedenen Skalen und Ebenen drängt sich eher die Anwendung von Methodologien, Sprachen, Organisationsformen und breitgefächerten praktischen Modalitäten auf, ohne dass es möglich wäre, abstrakt den „Vorrang“ einer spezifischen Ebene des Kampfes oder der politischen Initiative vor anderen festzulegen. Entscheidend ist vielmehr die sorgfältige und konkrete Abwägung von Fall zu Fall: auf welchem Terrain kann es zur wirksamsten Herausbildung und Strukturierung von gesellschaftlicher Gegenmacht kommen; um welche Gegenmacht handelt es sich; welche spezifische Praxis des Bruches kann auf

dem fortgeschrittensten Stand der Entwicklung das Kräfteverhältnis in Europa verschieben? Bewegungen und Initiativen auf „nationaler“ Ebene können in diesem Sinne eine entscheidende Rolle spielen, wie zum Beispiel die Möglichkeit eines Regierungswechsels in einem so wichtigen Land wie Spanien 2015 ebenso gezeigt hat wie die Stärke der sozialen Bewegung in Frankreich, die mit ihren Interventionen die Politik der Europäischen Zentralbank beeinflussen kann.

Aber der Mehrebenen-Ansatz kann sich als unproduktiv und letztlich in strategischer Hinsicht als aussichtslos erweisen, wenn er nicht parallel und spannungsreich von der „Konvergenz“ angetrieben wird. Das wäre so, wenn die Aktivitäten auf jeder Ebene des Kampfes und der Initiative nicht subjektiv ausgerichtet wären, um mit denen auf den anderen Ebenen zu konvergieren, indem ihre jeweiligen Sprachen und Praktiken miteinander verflochten und gekreuzt werden. Dies beginnt mit einer präziseren Ausarbeitung der ihnen innewohnenden radikal-demokratischen und egalitären Orientierung. Konvergenz bedeutet: wenn nötig die spezifischen Möglichkeiten jeder Ebene auszuschöpfen, um die anderen damit zu fördern und zu verstärken; die Unterschiede in die Entwicklung einer gemeinsamen Perspektive einzubringen; zu entscheiden, wo die vielfachen Kräfte dann, wenn es unerlässlich ist, konzentriert werden sollten, um die gemeinsame Macht zur Geltung zu bringen.

Diese erneuerte Dialektik zwischen „Mehrebenen“-Ansatz und „Konvergenz“ – wie sie in den realen gesellschaftlichen Prozessen und nicht von den Entwürfen angestoßen wird, die lediglich die klassischen Verfassungsmodelle reproduzieren –, kann einen unbekanntem Prozess fördern, der einen europäischen politischen Raum der Veränderung konstituiert – im schnellen Wechsel der Wege zur Bildung von Kräften, Selbstverwaltungsexperimenten, punktuellen Eroberungen und Momenten des Bruchs. Es scheint uns, dass diese Perspektive von einem grundlegenden Realismus charakterisiert ist in einem Augenblick, in dem die Vermittlungen, die eine lange Geschichte von Arbeiterkämpfen dem Kapitalismus abgerungen hatte, zerstört und gleichzeitig die Institutionen und Verfahren der repräsentativen Demokratie von einer neuen Regierungsrationallität kontinuierlich gestört und übergangen werden. Objektiv ergibt sich heute ein offenes „konstituierendes“ Terrain aufgrund der Kräfte, die Gleichheit und Demokratie fordern und in der gegebenen Verfassungsordnung keine Möglichkeit der Artikulation finden. Die Politik, die fähig ist, „Mehrebenen“-Handeln und „Konvergenz“ zu vereinbaren, muß dazu anregen, in wechselseitiger Abstimmung aufeinander neue Institutionen von der Basis her zu schaffen, dort, wo dies möglich ist, die bestehenden zu erobern und zu transformieren und schließlich alle diese Momente subjektiv zu synchronisieren. Eine kritische Einschätzung

der europäischen Krisen zeigt, dass der Raum existiert, um in diesem Sinn aktiv zu sein. Es geht darum, mutig und verständig mit dieser Aktivität zu beginnen.
Juli 2016

Übersetzer: Bodo Acker, Alex Demirović

Literatur

- Agamben, Giorgio (2016): 'Vom Rechtsstaat zum Sicherheitsstaat', in Zeitschrift *luXemburg*, 1, 'Hart an der Grenze': 8-13.
- Arrighi, Giovanni (2007): *Adam Smith in Beijing. Lineages of the Twenty-First Century*, London.
- Balibar, Etienne (2003): *Sind Wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen*, Hamburg.
- (2016): *Europe, crise et fin?*, Paris.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2004): *Das kosmopolitische Europa*, Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich (2012): *Das deutsche Europa: Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise*, Berlin.
- Bertorello, Marco/Marazzi, Christian (2016): 'Un nuovo Quantitative Easing: for the people', in *Alternative per il Socialismo*, Nr. 40 (Juni–Juli).
- Bialasiewicz, Luiza/Giaccaria, Paolo/Jones, Alun/Minca, Claudio (2013): 'Re-scaling 'EU'rope: EU macro-regional fantasies in the Mediterranean', in *European Urban and Regional Studies*, 20, 3: 59-76.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (2010): 'Kennt die europäische Not kein Gebot?', in *Neue Zürcher Zeitung*, 21/6.
- Bojadžijev, Manuela/Mezzadra, Sandro (2015): "'Refugee crisis" or crisis of European migration policies?', in *Focaalblog*, <http://www.focaalblog.com/2015/11/12/manuela-bojadzijeve-and-sandro-mezzadra-refugee-crisis-or-crisis-of-european-migration-policies/>.
- Bronzini, Giuseppe (2013): 'Il plusvalore giuridico della Carta di Nizza', in R. Cosio e R. Foglia (Hg.), *Il diritto europeo nel dialogo tra le Corti*, Milano, 111-165.
- Brunkhorst, Hauke (2014): *Das doppelte Gesicht Europas*, Berlin.
- Caccia, Giuseppe/Mezzadra, Sandro (2015): 'Unterm Himmel des "Interregnums,"', in *LuXemburg*, <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/unterm-himmel-des-interregnums/>.
- Candeias, Mario (2016): 'Diem und Co. Demokratiebewegungen in Europa – Jeder seins oder verbindende Praxen?' in *Zeitschrift luXemburg online*: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/diem-und-co/>.
- Cannizzaro, Enzo (2016): 'Disintegration Through Law?', in *European Papers*, 1, 1, <http://europeanpapers.eu/en/e-journal/disintegration-through-law>.
- Cowen, Deborah (2014): The Deadly Life of Logistics: Mapping Violence in *Global Trade*, Minneapolis.

- Dardot, Pierre/Laval, Christian (2010): *La nouvelle raison du monde. Essai sur la société néolibérale*, Paris.
- Dawson, Mark: 'The euro crisis and its transformations of EU laws and politics', in *The Governance Report 2015*, Oxford, 41-68.
- De Micco, Pasquale (2015): 'Changing pipelines, shifting strategies: Gas in south-eastern Europe and the implications for Ukraine', Brussels: Directorate-general for External Policies – Policy Department of the European Parliament, [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/549053/EXPO_IDA\(2015\)549053_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/549053/EXPO_IDA(2015)549053_EN.pdf).
- Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2012); *Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa*, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung
- Europäische Kommission (2015): 'Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden', vorgelegt von J.-C. Juncker mit D. Tusk, J. Dijsselbloem, M. Draghi und M. Schultz, Brussels: https://ec.europa.eu/priorities/sites/beta-political/files/5-presidents-report_de_0.pdf.
- European Council (2012): 'Towards a genuine Economic and Monetary Union', report by H. Van Rompuy with J. M. Barroso, J.-C. Juncker and M. Draghi, Brussels: http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ec/134069.pdf.
- Friedman, Milton (1969): *The Optimum Quantity of Money*, London.
- Habermas, Jürgen (2011): *Die Verfassung Europas. Ein Essay*, Berlin.
- Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.) (2010): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin.
- Howarth, David/Loedel, Perter (2003): *The European Central Bank. The New European Leviathan?*, London.
- Joerges, Christian (2012): 'What is left of the Integration through Law Project? A reconstruction in conflicts-law perspectives', in E. Chiti, A.J. Menéndez, und P. Gustavo Teixeira (Hg.), *The European Rescue of the European Union? The Existential Crisis of the European Political Project*, ARENA Report No 3/12 RECON Report No. 19, Arena, Oslo: 37-67.
- (2016): 'A Disintegration of European Studies?', in *European Papers*, 1, 1, <http://europeanpapers.eu/en/e-journal/disintegration-european-studies>.
- Kasperek, Bernd (2016): 'Routes, Corridors, and Spaces of Exception: Governing Migration and Europe', in *Near Futures Online*, 1 "Europe at a Crossroads", <http://nearfutureonline.org/routes-corridors-and-spaces-of-exception-govern-ing-migration-and-europe/>.
- Laclau, Ernesto (2005): *On Populist Reason*, London.
- MacCormick, Neil (1999): *Questioning Sovereignty: Law, State, and Nation in the European Commonwealth*, Oxford – New York.
- Majone, Giandomenico, 2012: 'Rethinking European integration after the debt crisis', Working Paper No. 3/2012, European Institute, University College of London, <http://www.ucl.ac.uk/european-institute/publications>.

- Mezzadra, Sandro (2013): 'Seizing Europe – Crisis Management, Constitutional Transformations, Constituent Movements', in Ó.G. Agustín/Ch. Ydesen (Hg.), *Post-Crisis Perspectives. The Common and Its Powers*, Frankfurt a.M., 99-118.
- Mezzadra, Sandro/Neilson, Brett (2013): *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*, Durham, NC.
- (2015): 'Operations of Capital', in *South Atlantic Quarterly*, 114, 1: 1-9.
- Mezzadra, Sandro/Neumann, Mario (2016): 'Der demokratische Aufstand', in *luXemburg*, <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/der-demokratische-aufstand/>.
- Mortati, Costantino (1998): *La costituzione in senso materiale*, Milano.
- Mudde, Cas (2016): *On Extremism and Democracy in Europe*, London and New York.
- Negri, Antonio (2003): *L'Europa e l'Impero. Riflessioni su un processo costituente*, Roma.
- Opitz, Sven/Tellmann, Ute (2015): 'Europe as Infrastructure: 'Networking the Operative Community'', in *South Atlantic Quarterly*, 114, 1: 171-190.
- Padoa-Schioppa, Tommaso (2004): *The Euro and Its Central Bank: Getting United After the Union*, Cambridge, MA.
- Peck, Jamie/Theodore, Nick (2007): 'Variegated Capitalism', in *Progress in Human Geography*, 31, 6: 731-772.
- Pernice, Ingolf (2002): 'Multilevel Constitutionalism in the European Union', in *European Law Review*, 27, 5: 511-529.
- Petrella, Riccardo (2016): 'The Fall of Europe and the Ceding of Sovereign Power to the European Central Bank', in W. Baier, E. Canepa und E. Himmelstoss, *the Enigma of Europe* (Transform! Yearbook), London, 57-68.
- Rodotà, Stefano (2015): *Solidarietà. Un'utopia necessaria*, Roma.
- Sassen, Saskia (2013): 'When Territory Deborders Territoriality', in *Territory, Politics, Governance*, 1, 1: 21-45.
- Scharpf, Fritz (1999): *Governing in Europe: Effective and Democratic?*, Oxford.
- (2011): 'Monetary union, fiscal crisis and the preemption of democracy', Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion paper 11/11, <http://www.zse.nomos.de/archiv/2011/heft2/>.
- Spinelli, Altiero, und andere (1941): Manifest von Ventotene. http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Geschichte/bis1950/Pdf/Manifest_Ventotene.pdf
- Streeck, Wolfgang (2012): 'Das Ende der Nachkriegsdemokratie', *Süddeutsche Zeitung*, 27/7.
- Ungerer, Horst (1997): *A Concise History of European Monetary Integration*, Westport – London.
- Varoufakis, Yanis (2016): *And the Weak Suffer What They Must? Europe's Crisis and America's Economic Future*, New York.
- Weidmann, Jens (2016): 'Solidität und Solidarität in der Europäischen Währungsunion', Rede bei der deutschen Botschaft in Rom, 26/4: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Reden/2016/2016_04_26_weidmann.html 2016.

- Weiler, Joseph H.H. (1981): 'Dual Character of Supranationalism', in *Yearbook of European Law*, 1: 268-306.
- (1999): *The Constitution of Europe: Do the New Clothes Have an Emperor? And Other Essays on European Integration*, Cambridge.
- Wodak, Ruth (2015): *The Politics of Fear: What Right-wing Populist Discourses Mean*, London.
- Zielonka, Jan (2015): *Disintegrazione. Come salvare l'Europa dall'Unione Europea*, Roma.

Mario Candeias

Den Dritten Pol sichtbar machen Autoritäres Europa und die Reorganisation der europäischen Linken

Linke Politik heute dreht sich darum, das
„Boot zu rekonstruieren,
während du dich bereits in rauen Gewässern
befindest“. *Panagiotis Sotiris 2015*

Europa ist immer noch eine Hoffnung. Europa ist trotz gegenteiliger Entwicklungen Hoffnung auf Schutz vor Krieg und Verfolgung. Jeden Tag halten jene, die unsere militarisierten Grenzen überschreiten, die Frage einer anderen Zukunft Europas offen. Europa sind auch all jene Millionen von Menschen, die die Geflüchteten willkommen heißen. Sie erheben damit einen Anspruch auf eine solidarische und demokratische Lebensweise – ein politisches Statement gegen eine individualisierte Konkurrenzgesellschaft und Postdemokratie. Europa sind all jene, die sich gegen ein alternativloses und autoritär zugerichtetes Austeritätsregime wenden, für Wohnraum, Gesundheit und Bildung für alle streiten, sich engagieren. Die Überwindung von Grenzen und gewaltförmiger Konfrontation und Krieg innerhalb Europas war auch Gründungsimpuls einer Integration nach 1945, wie sie mit dem Namen Spinelli verbunden ist (Spinelli 1943) und für viele, die nach wie vor ein soziales und friedliches Europa, statt ein neoliberales und imperiales Europa anstreben. Dieses Europa ist in der Polarisierung zwischen dem autoritär regierenden Machtblock und einem sich radikalierenden Rechtspopulismus aus dem Blick geraten. Diesen „dritten Pol“ gilt es wieder sichtbarer zu machen.

„Vielen Menschen ist das Nationale zu eng. Auch für uns“, heißt es im Programm der LINKEN zu den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014. Insbesondere für Linke steht eine „nationale“ Identität einer internationalistischen und klassenorientierten, solidarischen Haltung entgegen. Doch lässt sich mit der EU ein solches Gefühl nur schwer verbinden, denn die Regierenden in Europa betrieben zunehmend eine Politik der dramatischen Entdemokratisierung, des

Abbaus sozialer Rechte und der gewaltförmigen Sicherung von Interessen innerhalb und v.a. außerhalb der Grenzen der EU. Mühsam erstrittene europäische Errungenschaften stehen zur Disposition.

Doch generell müssen wir offen bleiben für rasche gesellschaftliche Verschiebungen. Die europäische Krise ist keineswegs gelöst. Immer wieder ereignen sich dramatische Wendepunkte: der Coup gegen die griechische Regierung im Sommer 2015, die Reaktion auf den Sommer der Migration und die Etablierung einer mindestens rechtspopulistischen Partei in der Bundesrepublik etc. Immer wieder kommt es aber auch zu überraschenden positiven Entwicklungen: von der sozialdemokratischen Brise in Großbritannien und den USA, über die Anti-Austeritätsregierung in Portugal, die Willkommensinitiativen oder die neuen Empörten in Frankreich. Der „dritte Pol“ bleibt aktiv.

Es gibt nichts schönzureden. Aber die Lage bleibt offen. „Our defeat is not their victory“, spitzt Sandro Mezzadra zu. Die europäische Krise ist keineswegs gelöst. Immer wieder ereignen sich dramatische Wendepunkte: der Coup gegen die griechische Regierung im Sommer 2015, die Reaktion auf den Sommer der Migration und der Aufschwung der radikalen Rechten, der Brexit, das verlorene Referendum in Italien. Die Fliehkräfte nehmen zu, ein Zerfall der EU ist zum ersten Mal seit Beginn der Europäischen Einigung nicht mehr undenkbar. Immer wieder kommt es aber auch zu überraschenden positiven Entwicklungen: von der Stärkung der Linken in Spanien und Griechenland (auch wenn letztere wieder unterworfen wurden), über die sozialdemokratischen Brise in Großbritannien und den USA, die Anti-Austeritätsregierung in Portugal, die Millionen in den Willkommensinitiativen oder die neuen Empörten und militanten Arbeitskämpfe in Frankreich, die Women's marches. Auch wenn diese noch keine Erfolge im Sinne einer Richtungsänderung mit sich brachten: Der „dritte Pol“ bleibt aktiv. Unsere Strategiebildung muss entsprechend reaktionsfähig sein und zugleich eine eigene Agenda entwickeln können.

Strategisches Dilemma

Europa ist mehr als die Europäische Union und die EU mehr als ihre neoliberale und zunehmend undemokratisch-autoritäre Gestalt. Doch ist Letztere die gegenwärtig existierende. Simple Bekenntnisse zu Europa oder gar 'mehr Europa' verfehlen den zu Recht skeptischen Alltagsverstand. Immer wieder wurde die europäische Ebene als Hebel genutzt, um Sozial- und Arbeitsrechte auszuhöhlen sowie Kapital- und Marktlogik zu stärken – und zwar nicht erst seit der Krise

2008, sondern spätestens seit dem ab Mitte der 1980er Jahre forcierten Projekt des europäischen Binnenmarktes.

Hieraus die Rückbesinnung auf die Verteidigung nationaler Errungenschaften abzuleiten, ist ebenso kurzschlüssig. Zentrale Richtungsentscheidungen fallen nach wie vor im europäischen Rat, also durch nationale Regierungen, aber jenseits nationaler Parlamente. Die Prekarisierung der Arbeit wurde durch europäische Entscheidungen zwar erleichtert, vorangetrieben wurde sie jedoch über nationale Parlamente: die Workfare-Programme in Großbritannien ebenso wie die Agenda 2010 in Deutschland. Die Privatisierung kommunaler Stadtwerke ist von der EU gewünscht, betrieben wurde sie von klammen Kommunen, die sich schnelle Einnahmen und Effizienzgewinne versprachen. Dienstleistungen müssen laut EU-Recht europaweit ausgeschrieben werden, doch niemand hat die Kommunen gezwungen, darauf zu verzichten, diese Dienste selbst anzubieten. Gerade die Bundesregierung nützt das europäische Krisenmanagement, um die Interessen der deutschen und transnationalen Export- und Finanzindustrie durchzusetzen: Neoliberale Politik wird in der ganzen EU verallgemeinert und durch Recht auf Dauer gestellt.

Von rechts bedienen rechtspopulistische und neofaschistische Parteien im Chor die Rückkehr zum guten alten Nationalstaat und den Traum von der Rückkehr zu einer nationalen Währung. Indem sie zur Krisenbewältigung „imaginäre Gemeinschaften“ (Benedict Anderson) beschwören – ‘wir Deutschen’ oder ‘wir Franzosen’ ohne Klassen oder andere gesellschaftliche Gegensätze – bedienen sie die Sehnsucht nach einem überschaubaren politischen und einem beeinflussbaren Währungs- und Wirtschaftsraum. Sie malen das Bild einer „imaginären Ökonomie“, von Volkswirtschaften, die es längst nicht mehr gibt. Transnationalisierte Produktionsnetze und liberalisierte globale Finanzmärkte bestimmen die Realität.

Im Ensemble von Institutionen und Abkommen der EU sind lokale, regionale, nationale, supranationale und internationale Ebenen zu einem komplexen Geflecht verwoben. Zwar hat dieser Umstand keineswegs zur Überwindung der Nationalstaaten geführt. Vielmehr spielen nationale Wettbewerbsstaaten eine entscheidende Rolle im Prozess der Transnationalisierung. Doch übersieht die Forderung nach einem geregelten Euro-Austritt eben diese transnationale Qualität: Wie soll auf nationaler Ebene die Reregulierung internationaler Finanzmärkte erfolgen? Wie soll das Gegeneinander-Ausspielen von Standorten in transnationalen Produktionsnetzen verhindert werden? Wie soll angesichts globaler Märkte eine national ausgerichtete keynesianische Strategie greifen? Sie würde in kürzester Zeit mit der Transnationalisierung von Kapitalströmen und Machtstrukturen kollidieren. Nationalstaatlich beschränkte Politik würde

nicht einmal zur Verteidigung sozialer Errungenschaften ausreichen. Und auch für Griechenland unter einer Linksregierung außerhalb der Euro-Zone gilt: Sozialismus in einem Land war schon in weniger transnationalisierten Zeiten ein unmögliches Unterfangen. Es gibt keine Möglichkeit des Exodus.

Dabei ist nicht jeder Euroskeptiker gleich ein Nationalist. Es gibt ein wachsendes Unbehagen gegenüber der EU, auch innerhalb linker Parteien, das nicht dumpf nationalistisch, sondern erfahrungsgesättigt ist. Dem kann mit der Predigt eines hilflosen Internationalismus nicht begegnet werden. Schließlich war in den letzten Jahrzehnten fast jeder Schritt zur europäischen Integration ein Mittel zur Durchsetzung neoliberaler Politiken. Die EU gleicht immer mehr einem wirtschaftsnahen Lobbyverein, der angesichts eines schwachen Europäischen Parlaments kaum der politischen Kontrolle oder der Beeinflussung durch zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen unterliegt. Die Linke bewegt sich also in einem strategischen Dilemma, das im Europa-Wahlprogramm der LINKEN auf den Punkt gebracht wird: „Für DIE LINKE stellt sich keine Entscheidung für oder gegen das eine oder andere – wir führen die Kämpfe dort, wo sie stattfinden, in der EU, in Deutschland, weltweit. Nicht, indem wir uns zurückziehen auf den Nationalstaat, in der Hoffnung, dass sich Löhne und Sozialstandards leichter verteidigen lassen. Nicht, indem wir uns Illusionen machen über die neoliberale Europäische Union.“

Fragmentierung der Linken in Europa

Europa ist nicht mehr wie zuvor. Die Idee der europäischen Einigung liegt am Boden. Von links kann dieses Projekt europäischer Einigung kaum noch verteidigt werden, ohne in blanken Illusionismus umzuschlagen.

Die Forderung nach einer weiteren Vertiefung und Demokratisierung der EU ist idealistisch, nicht weil sie falsch wäre, sondern weil sie keinerlei Chance auf Realisierung unter den gegebenen Verhältnissen hat. Die Erfahrung breiter Teile der Bevölkerung ist eine entgegengesetzte: mehr EU hieß bisher mehr neoliberale Reform. Eines verdeutlicht der Brexit besonders deutlich: Die Linke in Europa hat weite Teile der populären Klassen verloren, nicht nur für eine europäische Perspektive, sondern für linke Perspektiven an sich. Das Votum für den Brexit war für Owen Jones (2016) „eine Revolte der Arbeiterklasse. Vielleicht ist es nicht die Art von Revolte gegen das politische Establishment, die viele von uns sich gewünscht hätten. Zweifelsohne ist dieses Ergebnis aber den Stimmen einer wütenden und politisch entfremdeten“, weißen, vorwiegend männlichen Arbeiterklasse zu verdanken. Dies gilt nicht nur für Großbritannien, sondern auch für die BRD, Frankreich, Österreich, Skandinavien, aber speziell auch Polen oder

Ungarn (weniger Griechenland, Spanien und Portugal). Dies ist ein existenzielles Problem für die Linke: Wenn die Linke eine Art Lifestyle einer gut ausgebildeten, urbanen kosmopolitischen Klasse wird, wird sie nur als eine weitere der etablierten politischen Kräfte wahrgenommen, nicht so anders als die anderen, die „Elite“.

Eine Vertiefung der europäischen Integration ist in diesem Moment der Krise und der Zersetzung des europäischen Gedankens nicht sinnvoll. Um nicht missverstanden zu werden: das umgekehrte Argument, nun einen linken Exit, den Lexit, anzustreben, ist ebenso idealistisch. Zunächst ist die Erreichung einer Position, in der wir einen wirklich linken Exit realisieren könnten ebenso unrealistisch wie unsere 20-jahrelange Forderung für ein Soziales Europa. Und wenn wir derzeit in der Lage wären, dann nur weil wir ein entsprechendes Referendum – dort, wo es zulässig ist – zusammen mit den Rechtspopulisten und Rassisten, etwa Wilders, Le Pen etc., gewinnen würden. Dies ist eine vergiftete Kooperation, die es nicht nur extrem schwierig macht, sich von den Rechten zu unterscheiden, sondern in der Regel profitiert die Rechte, die Linke wird gescholten und angeklagt, von den Bürgerlichen wie von den eigenen Anhängern.

Schon vor der Krise fragte sich: mit welcher Durchsetzungsstrategie verfolgen wir diese Alternativen? Die Sozialunion war 20 Jahre lang Leitbild und schließlich Illusion geworden. Umso größer die Niederlage – die Unterwerfung der griechischen Regierung, umso radikaler blüht nun der Trotz: Ob wir nun einen LExit (linken Exit) befürworten, eine radikale Demokratisierung der EU oder eine Arbeitslosenversicherung für alle. Nichts davon ist realistisch, nichts davon wird mit einer Strategie verfolgt, mit der sich das Ziel erreichen lässt. Es handelt sich um eine Politik, die sich in Erklärung und Gedankenspielen fern der Macht erschöpft. Es gibt kein politisches Subjekt ihrer Durchsetzung. Als organisierende Weltauffassung und politische Orientierung taugen diese verzweifelten Versuche der Selbstbehauptung nicht. Ich zumindest bin verunsichert, wie es weitergehen kann mit Blick auf eine gesellschaftliche Transformation.

Also was ist zu tun? Die Mindestforderung lautet schon seit dem letzten Europawahlkampf im Jahr 2014: Keine weitere Kompetenzübertragung von der nationalen Ebene an *diese* EU. Unzweifelhaft zutreffend. Und weiter?

Wir haben nichts beigetragen zur Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Unsere Solidarität mit Griechenland war symbolisch wichtig. Doch Demonstrationen für gesunde Lebensmittel bspw. erreichen ein Vielfaches an Teilnehmer_innen als jene für Solidarität und gegen die Krisenpolitik der deutschen Regierung.

Die Lage der Linken ist durchwachsen: Im Osten ist die Situation der Linken meist hoch prekär. Im Norden von Skandinavien über Deutschland bis Frankreich fehlt es an gesellschaftlicher Dynamik für eine Linkswende, während die radikale

Rechte reüssiert. In den von der Krise betroffenen Ländern von Griechenland über Spanien und Portugal bis Irland wurde die politische Landschaft erschüttert, etablierte Parteien geschwächt, während Bewegungen und/oder linke Parteien einen neuen Frühling erleben. Doch die herrschenden Gruppen und Regierungen setzen ungerührt ihre Politik der perspektivlosen Kürzungen fort. Sie stützen sich auf ihre strukturelle, transnationale Macht. Sowohl die breiten und bunten Ströme zivilgesellschaftlicher Organisierung als auch die neuen Regierungen in Griechenland oder Portugal erreichen die „soliden Institutionen“ der Herrschaft nicht.

In Europa sind die Kämpfe zurückgekehrt. Aber eine europäische Bewegung gibt es nicht, trotz der vielen Ansätze dazu. Der Kampf verbleibt meist auf nationalstaatlicher Ebene und wird nur langsam und punktuell grenzüberschreitend entwickelt. Die Bedingungen sind von Ungleichzeitigkeiten geprägt, die Dynamiken zu unterschiedlich, die Kräfte sind meist zu gering. Die Lernprozesse auf dem Weg hin zu einer praktischen Solidarität sind schwierig, wenn auch nicht ohne Aussicht auf Erfolg. Auf unzähligen kleinen und größeren Treffen findet ein Austausch über Widersprüche und Probleme, Thematisierungsweisen und Strategien statt. Offen bleibt, was Verdichtungspunkte einer transnationalen Organisierung sein könnten?

Die stärkste europäische Orientierung scheint in jenen Ländern dominant, die eher von schwacher Dynamik geprägt sind, etwa Deutschland und Italien. In Italien etwa erhofft man sich über den Umweg Europa Dinge in Bewegung zu bringen, von stärkeren Initiativen zu profitieren oder wenigstens als Teil von etwas größerem sichtbar zu werden. Dies hatte sich eine zeitlang mit der „Liste Tsipras“ auch bewahrheitet, etwa bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament – seither hat sich mit dem Erstarken der Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo viel verändert (vgl. Revelli 2016). Auf der anderen Seite spielten in Ländern mit starker Dynamik von links europäische Perspektiven eher eine untergeordnete Rolle bzw. spiegelten mit dem Wirken der Troika das Negativbild der EU, von Griechenland bis Spanien. Vor allem mit Blick auf die Organisierung und die Frage des „Mehr werden“ erscheint die lokale und nationale Ebene günstiger. Zwar erweist sich zugleich die europäische Organisierung als nötiger denn je, um auch die soliden Institutionen transnationaler Herrschaft zu erreichen. Doch die Linke in Europa ist geprägt von harten Gegensätzen in der Frage der Haltung zu EU und Euro. „Unsere Vielfalt ist unsere Stärke... und unsere Schwäche“, meint Gabi Zimmer anlässlich der Europäischen Strategiekonferenz der RLS im Mai 2016.

Dramatisch erweist sich der Zustand der Solidarität unter europäischen Gewerkschaften. Der Europäische Gewerkschaftsbund ist für eine europäische

Koordination kaum geeignet, zu stark sind die Eigeninteressen der Mitgliedsverbände und Gewerkschaften, zu unterschiedlich die Bedingungen in den jeweiligen Ländern. Am 14. November 2012 kam es zu einem in der Geschichte des Europäischen Gewerkschaftsbunds einmaligen historischen Schritt: zu einem gemeinsamen Generalstreik in mehreren europäischen Ländern beziehungsweise zu gemeinsamen Solidaritätsaktionen. Insbesondere deutsche Gewerkschaften wie die IG Metall sind jedoch zerrissen zwischen ihrer Kritik an der neoliberalen Kürzungspolitik und den Vorteilen, die sie aufgrund ihrer Einbindung in das deutsche Krisenmanagement genießen, zulasten anderer Gruppen von Lohnabhängigen in Deutschland und Europa. Sie beteiligten sich praktisch kaum an den europäischen Krisenprotesten (vgl. Bierbaum 2013). Öffentlichkeitswirksam wurden Kritik an der Troika und Solidarität mit Griechenland erst relativ spät formuliert, insbesondere mit dem Aufruf „Europa neu begründen“ und dem DGB-Vorschlag für einen „Marshall-Plan für Europa“. In der Praxis bleiben diese Erklärungen noch weitgehend folgenlos. Die Debatte in den Gewerkschaften ist durchaus vorhanden, nur übersetzt sie sich nicht in politisches Handeln. Zu groß ist die Furcht auf ein falsches, weil erfolgloses Pferd zu setzen: etwa eine rot-rot-grüne Bundesregierung.

Was ist also zu tun? Auf europäischer Ebene ist die gesellschaftliche Linke (Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften) fragmentiert. Die Konvergenz der Perspektiven und Kämpfe ist begrenzt durch eine enorme Heterogenität und Ungleichzeitigkeit der jeweiligen politischen Situation in den unterschiedlichen Ländern. Es gibt keine Abkürzung für eine direkte europäische Organisation. Zudem ist die Linke gespalten in ihrer Haltung gegenüber EU und Euro. Die Frage ist also eher, was *kann* getan werden?

Mehr werden

Von der Linken in Europa war und ist nicht allzu viel zu erwarten. Deswegen richteten und richten sich so viele Hoffnungen immer wieder auf die Krisenländer im Süden und ihre großen gesellschaftlichen Mobilisierungen.

Der Wahlsieg von Syriza in Griechenland glich der lang erwarteten Notbremse des dahin rasenden Zuges autoritärer Kürzungsmaßnahmen in Europa. Zumindest re-politisierte dieser inspirierende Sieg die europäische Politik und macht eine Transformation in Europa überhaupt erst wieder denkbar. Die Herrschenden allerdings taten alles, um die neue Regierung Griechenlands zu isolieren, denn auch in anderen Ländern drohten Regierungen des europäischen

Austeritätsregimes abgewählt zu werden – und wurden es. Ein mögliches linkes „Krisenbündnis“ in Europa gewann realistische Konturen. Solche Bündnisse würden sich nicht nur auf die linken Kräfte der Bewegungen und Parteien beziehen, sondern böten auch einer in Bedrängnis geratenen Sozialdemokratie die Chance, sich zu erneuern. Dafür stehen die überraschenden Entwicklungen der Sozialdemokratie in Großbritannien und Portugal (aber auch in den USA). Dies könnte die Kräfteverhältnisse in Europa verschieben und auch Bewegung in sozialdemokratische Parteien bringen, die sich bislang nicht aus der alten neoliberalen Welt zu lösen vermögen.

Die öffentliche Niederwerfung der griechischen Regierung schwächt die Hoffnungen auf Erfolge transformatorischer Kräfte in anderen Ländern. Der Grund für diese Entwicklung „ist nicht das Versagen der Syriza-Regierung, sondern ihre Isolation gegenüber anderen europäischen Regierungen“ (Baier/Gauthier 2015). „Wir haben ihre Macht unterschätzt“, berichtet ein Insider von Syriza bei den Verhandlungen der Eurogruppe (Salmon 2015). Aber die konkrete Hoffnung besteht weiter – sofern es den transformatorischen Kräften gelingt, Lehren aus der Niederlage zu ziehen.

„SYRIZA hat nicht reformistische Wünsche geweckt, sondern sie in einem praktischen Anschauungsunterricht zerstört – ob gewollt oder nicht.“ (Blockupy goes Athens v. 12.7.2015) Damit ist allen vor Augen geführt worden, ein Bruch ist notwendig. Doch wie kann dieser aussehen bzw. bewirkt werden? In jedem Fall braucht es dazu verbindender Praxen aller transformatorischen Kräfte. Wir müssen viele werden.

Was wäre eine strategische Position – nicht nur eine programmatische –, die tatsächlich Kräfteverhältnisse ändert? Das bringt die Organisationsfrage wieder auf die Tagesordnung. Und hier lässt sich immer noch extrem viel von den Erfahrungen in Griechenland und Spanien seit 2011 lernen. Wir haben es mit unserer Solidarität nicht geschafft, einen Unterschied zu machen, weil wir viel zu wenige sind, keine auch nur annähernd ausreichende Verankerung bei den subalternen Gruppen haben, keine auch nur annähernd ausreichenden verbindenden Praxen entwickeln konnten. Das gilt natürlich auch für die Linke in Portugal, Irland, Frankreich, Italien usw. Hier könnten wir ansetzen: mit einer Strategie, die sich stärker der Intervention in konkrete soziale Alltagsverhältnisse durch zivilgesellschaftliche Organisation zuwendet (vgl. Candeias/Völpel 2014).

Die Verschiebung der Prioritäten in der Strategie kann als Wechsel vom Symbolischen (den Platzbesetzungen und Protesten) und Diskursiven (den programmatischen und medial vorgetragenen Argumenten) zum Materiellen (den

Interventionen in konkrete soziale Verhältnisse) bezeichnet werden. So konnte in Spanien wie in Griechenland die Basis verbreitert werden, weit über die üblichen Milieus der Linken und der bereits Aktiven hinaus. Deren Elementarteile sind lokale Einheiten, in denen Mitglieder nicht einfach nur über Politik diskutieren, sondern darüber hinaus Alltagspraxen teilen, Zwangsräumungen verhindern, Mieter organisieren, Arbeitskämpfe unterstützen, Flüchtlingsarbeit leisten etc. Solidarnetzwerke, die so mehr Menschen in die politische Organisation einbeziehen, die sich freilich selbst entsprechend verändern muss. So konnten auch jene prekarierten und oft migrantisch geprägten Klassenfraktionen erreicht werden, die sich nichts mehr von Wahlen und Demokratie versprechen. Vielversprechend wären auch langfristig Pilotprojekte eines Transformative Organizing in sog. sozialen Brennpunkten. Diese solidarischen Praxen in der „Mitte und Unten“ lieferten die Grundlagen für den Erfolg von Syriza, oder der spanischen Kommunalbewegungen in Barcelona, Madrid und vielen anderen Städten. Podemos allerdings hat seine Bewährungsprobe immer noch vor sich. Um vielleicht „Scheitern“ zu können wie Syriza, müssten wir erst einmal so erfolgreich sein, so weit kommen. Das wäre vielleicht die wichtigste Lehre aus dem Scheitern.

Es war mehr als klar und immer wieder formuliert worden, auch von Tsipras, dass ein Land alleine es eigentlich unmöglich schaffen kann. Sie haben das Unmögliche versucht, haben Zeit gewonnen und die Frage der Demokratie in Europa politisiert. Damit war Syriza ein „großer Katalysator“ (Strohschneider 2015), der den Charakter des derzeitigen europäischen Projekts eines autoritären Neoliberalismus demaskierte und zugleich wieder Hoffnung auf ein anderes Europa weckte. Künftig wird über vieles in der EU „anders gesprochen werden müssen“ (ebd.). Dies hatte auch mobilisierende Effekte, etwa in Italien, wo sich unter dem Eindruck des Erfolgs von Syriza die zersplitterte Linke unter dem Namen „Ein anderes Europa mit Tsipras“ auf eine gemeinsame Plattform für die Wahlen zum europäischen Parlament einigen konnte (Amato 2014). Auch eine enorme Solidarität wurde mobilisiert. Eine Solidarität für Griechenland, die aber nicht an die Alltagsprobleme in der BRD oder in Frankreich anknüpfen konnte, sondern im Stile alter Solidaritätsbewegungen (bspw. Nicaragua) für andere eintritt. Die Hoffnungen wiederum waren zum Teil mit Projektionen und übertriebenen Erwartungen verknüpft, die von der Unfähigkeit herrühren, in den „Kernländern“ Europas, im Herzen des Austeritätregimes, die Kräfteverhältnisse zu verändern.

Wird die Linke in den „Kernländern“ der EU „nicht erfolgreicher, was die Fähigkeit zur Radikalität ebenso einschließen müsste wie die zu neuer Bündnisfähig-

keit, wird sich die in Berlin (und Brüssel) verfolgte Strategie weiter durchsetzen“ (Strohschneider 2015). Die gar nicht so kleine Linke, Parteien wie Bewegungen, Intellektuelle und Gewerkschaften in der BRD als auch in der EU, hat es an keinem Punkt geschafft eine gemeinsame Initiative zu starten, um jenseits aller Grabenkämpfe einem geteilten Ziel, dem Ende der Austerität und der autoritär-neoliberalen Zurichtung Europas, etwas näher zu kommen.

Wie im Brennglas zeigt sich an Griechenland bzw. der Politik aller Linken in der BRD, dass die eingefahrenen Formen der Politik, ob bewegungs-, gewerkschafts- oder parteiseitig nicht taugen. Daher benötigen wir eine andere Strategie der Organisierung um mehr zu werden. Wie erwähnt: auf Grundlage einer Erneuerung einer Präsenz der Linken im Alltag, den Nachbarschaften, am Arbeitsplatz, dort zu unterstützen, Initiativen zu starten, mit zu organisieren, wo Menschen ihre Interessen in die Hand nehmen, um mit anderen zusammen die Verhältnisse zu verbessern. „Wir müssen Partizipation und Selbstorganisation verbreitern und materielle Macht aufbauen – nicht nur bessere Forderungen und Programme formulieren“, fordert Christos Giovanopoulos von Solidarity4all auf der Europäischen Strategiekonferenz der RLS im Mai 2016.

Wenn es eine Art Konsens auf dieser Strategiekonferenz gab, unabhängig von den sehr unterschiedlichen Positionen und Gegensätzen innerhalb der gesellschaftlichen Linken in Europa, dann war es Folgendes: Unabhängig davon, ob wir für einen Plan A oder B sind, scheint es ein gemeinsames Verständnis davon zu geben, einen Plan C jetzt anzugehen: eine stärkere soziale Basis zu organisieren, Solidarstrukturen und eine solidarische Ökonomie aufzubauen, rebellische Nachbarschaften und rebellische Städte zu schaffen, mehr zu werden, unsere eigenen Institutionen aufzubauen, all dies ist unverzichtbar, um auch nur irgendeine unserer Alternativen durchzusetzen. Die konkrete und praktische Arbeit der Organisierung, raus zu gehen, reale Verbindungen mit den populären Klassen zu knüpfen, besonders in benachteiligten Gebieten, jenseits der üblichen Verdächtigen, ist die Voraussetzung, um wirkliche Macht für die Erreichung unserer Ziele aufzubauen. Zu oft beschränken wir unsere Debatte auf programmatische Fragen und verbesserte Konzepte, statt die Organisationsfrage ernst zu nehmen. Dies ist nicht der Weg, um die politische Polarisierung zwischen autoritärem Projekt der Regierenden und den sich radikalierenden Rechten zu durchbrechen. So, first things first: Wiederaufbau einer im Alltag präsenten gesellschaftlichen Bewegungs- und Parteilinken.

Auch wenn bei uns eine Dynamik wie in Griechenland oder Spanien fehlt, gilt es jetzt Fähigkeiten zu entwickeln, Dinge vorzubereiten, Organisationsprozesse zu stärken, um sowohl bei mangelnder Dynamik wirken zu können wie auch für

eine kommende Dynamik vorbereitet zu sein. „Im Inneren einer grundlegenden zeitlichen Diskontinuität zu wirken, heißt zum einen Kräfte zu sammeln und zu entwickeln und zum anderen für das Unvorhergesehene, das ‘Unzeitgemäße’ offen zu sein. In der Sprache der ‘Politik des Ereignisses’ bedeutet dies eine Haltung, die bereit ist, ‘die Gelegenheit beim Schopfe zu packen’, in jene temporären Öffnungen einzugreifen: die im Konflikt und im Bruch, den Sprung nach vorn und das Erzwingen eines günstigeren Kräfteverhältnisses erlaubt.“ (Caccia/Mezzadra 2015) Doch verbindende Praxen entwickeln sich nicht automatisch. Frankreich war das jüngste Beispiel: „Wir erleben eine ‘Konvergenz der Kämpfe’ in Frankreich ... aber es ist nicht selbstverständlich, dass sich diese Kämpfe und die existierenden politischen Organisationen verbinden lassen. Die alte Arbeitsteilung zwischen Partei, Bewegung und Gewerkschaft ist Geschichte. Alle müssen sich verändern und über ihre alten Praxen hinaus gehen“, konstatiert Maurilio Pirone von der Coalizione dei centri sociali auf der Europäischen Strategiekonferenz der RLS im Juni 2016.

Natürlich braucht es neben der Priorität einer populären Verankerung solidarischer Praxen auch eine programmatische Position und diskursive Strategien, die den Zusammenhang dieser Alltagsnöte mit der europäischen Krise transportieren können – einen Linkspopulismus sozusagen, der klar die Verursacher bezeichnet und das Unbehagen aufgreift: Ein Unbehagen gegenüber einem Bedrohungsszenario „von außen“ – Griechenland- und Eurokrise, Ukraine, Flüchtlinge, Überwachung/NSA, Terrorismus – in erster Linie auf die Verhältnisse im Inneren bezogen ist und mit solidarischen Praxen verbindet. Und selbstverständlich geht es nicht darum, jetzt nur noch lokal zu organisieren – mit der Gefahr im Lokalismus stecken zu bleiben. Wir brauchen eine intelligente, flexible und der jeweils sich verändernden Situation angepasste multi-skalare (oder Mehrebenen-) Strategie.

Neugründung Europas – Für ein gemeinsames Lager des „Oxi“

Europäische Plattformen – DiEM & Co

Seit 2011 setzen sich Demokratiebewegungen zur Wehr, zunächst vor allem in Griechenland und Spanien. Nun, nach der griechischen Erfahrung, der Unterwerfung der Syriza-Regierung unter ein neues Memorandum, versuchen unterschiedliche Initiativen, auch auf europäischer Ebene eine Demokratiebewegung voranzubringen – bevor es zu spät ist und der Zerfall zum Rücksturz in die 1930er Jahre führt.

Yanis Varoufakis und Srečko Horvat schlagen zu diesem Zweck die Gründung einer europäischen Plattform vor. Mit großer Medienaufmerksamkeit ist am 9. Februar 2016 in Berlin ihre Initiative „DiEM25“ vorgestellt worden. Das Interesse war groß, die Räume in der Volksbühne konnten den Andrang nicht fassen, Videoübertragungen in Räume der Rosa-Luxemburg-Stiftung und andere sowie ein Lifestream im Netz schufen Abhilfe. Die Initiative traf eine Stimmung, endlich etwas tun zu wollen. Dabei zielen Varoufakis und Horvat nicht auf die üblichen Verdächtigen, sondern wollen auch sozialdemokratische und liberaldemokratische Kräfte gezielt ansprechen. DiEM25 möchte Selbstorganisation, lokale Arbeit und ein transnationales Projekt miteinander verbinden. „Dass das gelingen wird, darf man bezweifeln. Bewegungen werden tatsächlich nicht auf Pressekonferenzen gegründet. Aber die Varoufakis-Initiative ist trotzdem wichtig“, meint Raul Zelik treffend. Sie erzeugt Aufmerksamkeit für die Hoffnung auf ein anderes Europa. Das ist viel in diesen Zeiten. Seither gab es einige mehr oder weniger gelungene Folgeveranstaltungen. Doch ein entscheidendes Kriterium wird sein: „Wenn nicht auf lokaler Ebene Organisationsprozesse stattfinden, die das Leben und das Denken des frustrierten Sofamenschen im Alltag verändern, wird die rechte Revolution auf der Straße weitergehen. Genau diejenigen, die sich nicht repräsentiert fühlen, diejenigen, die wütend auf das „demokratische Establishment“ sind, müssen eine Perspektive jenseits des rechten Mobs erhalten, und diese können sie nur durch die eigene demokratische Praxis erfahren“, so Margarita Tsomou. In zahlreichen Städten und im Internet wurden Versammlungen zu einzelnen Themen abgehalten. Die Ergebnisse wurden im März 2017 zu einem ersten kohärenten Vorschlag zusammengefasst.¹

Auch die Initiative um den sogenannten „Plan B“ (Mélanchon, Zoe Konstantopoulou, Lafontaine u.a.) verfolgt eine Debatte über die Neuausrichtung des Prozesses europäischer Integration und nicht nur eine Debatte über einen linken Exit aus dem Euro, den „Lexit“ (Owen Jones). Der strategische Fokus zielt auf ein alternatives Währungs- und Finanzsystem und bündelt die Enttäuschung und die Ablehnung der Europäischen Union. Das Spektrum des ersten Treffens vom 23.

1 Vielleicht muss DiEM sich entscheiden, ob sie eine gut gemachte und durchaus notwendige Kampagne mit Events und viel Aufmerksamkeit verfolgen wollen oder weiter versuchen von oben eine Bewegung zu schaffen. Doch Versammlungen im Stile des 15M als Event zu organisieren, ein kurze Stunde zu diesem oder jenem Thema kann kaum als ernsthaft wahrgenommen werden, kommt der Simulation eines partizipativen Prozesses gleich. (Vor diesem Hintergrund wirkt eine normale Partei wie Die LINKE demokratischer organisiert als DiEM – oder auch Podemos.) Die Methodologie ist noch unausgereift.

und 24. Januar 2016 in Paris bleibt allerdings eng, ist von prominenten Politikern und Ökonomen getragen. Die Absage an Reformen von Euro und europäischen Institutionen beschränkt die Ausstrahlung der Initiative wirkt wie ein Spaltpilz in der europäischen Linken. Einen Tag nach dem britischen Referendum zum Brexit ist aus dem Plan-B-Zusammenhang die europäische Initiative für einen Lexit entstanden. Der Fokus wird enger.

Ein Plan B muss breiter werden, verfiicht die Initiative um Miguel Urban von Podemos, die für den 19. bis 21. Februar 2016 zu einem zweiten Treffen für einen „Plan B“ in Madrid aufrief. Annähernd 2500 Menschen kamen. Deutlich bewegungsorientierter sollte es ein, auch wenn die großen Bewegungen aus dem spanischen Staat wie die PAH weitgehend abwesend waren, die Formen sehr traditionell, gar nicht dem Charakter der neuen Bewegungen entsprechend. Breiter wurde es – vor allem thematisch: Währung und Institutionen, Schulden, Ökologie, Arbeit und nicht zuletzt die Grenzregime und Bewegung der Geflüchteten rückten ins Zentrum der Debatte. Es wirkte mehr wie ein Sozialforum, das auch vor längerer Zeit hätte so stattfinden können: einige europäische Zusammenhänge wie das Schuldennetzwerk trafen sich – was gut ist, aber das hätten sie ohnehin getan. Anderes hatte nicht einmal einen Bezug zu Europa, etwa der Abbau von Arbeitsrechten und Gesundheitsversorgung oder die ökologische Krise. Von wenigen Momenten abgesehen war die dramatische Zuspitzung der europäischen Krise nicht einmal präsent. War Plan B in Paris zu eng, endete der Plan B in Madrid in einer recht beliebigen Aufzählung von Wünschbarem und Deklarationspolitik. Doch spürbar war auch der Wille, Dinge zusammenzubringen: DiEM25 wie Pariser PlanB-Initiative, als auch Blockupy und die GUE/NGL waren eingeladen. Zurückgenommen wurde dieser Wille immer wieder durch wechselseitige Vereinnahmungsversuche und die einseitige Erklärung gegen Euro und EU, wie sie etwa in den prominenten Interventionen von Zoe Konstantopoulou – direkt nach Verlesung der mühsam formulierten Konsensdeklaration – unternommen wurden.

Auch das Netzwerk des AlterSummit versucht sich weiter an einer europäischen Koordinierung von Aktivitäten – mit begrenzter Wirkung. Linksradikale Bewegungen wie Blockupy setzen eher auf vielfältige Prozesse der Intervention in konkrete Alltagsorganisation in Verbindung mit transnationalen Versammlungen und Aktionen zivilen Ungehorsams, sind aber noch in einem strategischen Klärungsprozess, wie und ob es weitergehen kann. Die vor allem gewerkschaftlich getragene Initiative „Europa neu begründen“ zielt ebenfalls auf die Situation in der Bundesrepublik, um die Verhältnisse in Europa zu thematisieren, denn es reicht nicht, auf Bewegung der europäischen Peripherie zu setzen – es muss auch im Herzen des autoritären Krisenregimes gelingen.

Die Notwendigkeit, europäische Kräfte zu bündeln, wird offenbar mit größerer Dinglichkeit verstanden und verfolgt. Verschwendet wäre die Anstrengung, wenn am Ende zahlreiche Initiativen miteinander konkurrieren, unterhalb einer kritischen Masse bleiben, wirkungslos verpuffen. Es wird viel über „Was tun?“ (Lenin) diskutiert, was alles geändert werden müsste, selten wird die Frage gestellt, „wer es verdammt noch mal tut“ und wie (Harvey)? Debatten über die politische Form der Organisation und über den Prozess zur Findung verbindender Praxen werden kaum geführt. Die Debatte ist programmatisch verstopft – kontrafaktisch nach dem Coup gegen Syriza: hätten wir nur die besseren Alternativen, würde es schon klappen. Am deutlichsten aber ist, dass den meisten Initiativen der Unterbau fehlt. So drohen sie zu einem aktivistischen europäischen Jetset zu werden, der eine Luftblase aufgeregter Debatte produziert, ohne die realen Kräfteverhältnisse in der EU zu berühren.

Alltagsorganisation und Municipalismus in Rebel Cities

Einen etwas anderen strategischen Schwerpunkt legen jene Kräfte, die man als Bewegungen eines neuen Municipalismus bezeichnen könnte: Sie gehen davon aus, dass weitergehende Versuche europäischer Organisation vergebens sind, wenn es nicht eine Basis der Organisation im Alltag der Einzelnen gibt, in den Nachbarschaften, am Arbeitsplatz, in den Kommunen. Im spanischen Staat konnten verbindende Plattformen die meisten großen Städte im Land gewinnen. Nicht nur in Barcelona und Madrid stellen nun die neuen Linken Kommunalregierungen die Bürgermeisterin. Auch in den USA sind die vielfältigen Erfolge nach dem Niedergang der Occupy-Bewegung meist auf lokaler und kommunaler Ebene zu verzeichnen (Bsp. Mindestlohn). In Italien gibt es eine lange, linke Tradition sozialer Zentren als Orte der Organisation. Die Kommune soll als Ort der Politik, der (Selbst)Organisation und Beteiligung zurückgewonnen werden.

Mit Syriza erwiesen sich die Grenzen nationaler Linksregierungen in einem autoritären Europa. Dies gilt in anderer Weise natürlich auch für einen neuen Municipalismus. Daher geht es auch um ein jumping scale, zur Übersetzung auf und Verknüpfung solcher Politiken und Organisationen mit einer europäischen Ebene – für ein Netzwerk von Städten und Regionen oder, emphatischer, die Perspektive einer europäischen Kommune als konstitutiver Prozess für ein anderes Europa von unten. Entsprechend haben sich die verbindenden kommunalen Plattformen auffällig bei der Gründung von DiEM25 engagiert. Das Netzwerk der Ciudades Rebeldes (Rebellischen Städte) der seit Mai linksregierten Großstädte steht exemplarisch dafür, wie eine Demokratisierungsbewegung aussehen könnte.

Eine Praxis, die zunehmend auch in der Bundesrepublik an Bedeutung gewinnt, von den Willkommensinitiativen über stadtpolitische Organisationen und Plattformen bis zu neuen Initiativen zur Organisation in sogenannten sozialen Brennpunkten. Und die rebellischen Städte bilden transnationale Verbindungen als Willkommensstädte für Geflüchtete von Barcelona über Lampedusa bis Lesbos und vor allem im Netzwerk der Städte gegen TTIP (Shea Baird 2016).

Es ist kein Zufall, dass sich die neuen Bewegungen vor allem auf der Ebene von Nachbarschaften und Städten herausgebildet haben. Dies ist bei geringen Ressourcen der notwendige – wenn auch nicht hinreichende – Ort politischer Organisation einer populären Bewegung, um „mehr zu werden“, wo sich die partizipativen Formen der Organisationen, der Versammlungen verbinden lassen mit glaubwürdiger Repräsentation von Interessen und institutionellen Praxen, die die Apparate für „die Massen“ öffnen, Konsultationen und Entscheidungen in die Zivilgesellschaft zurück verlagern. Es muss jeweils konkret die Frage gestellt werden, wo je nach Situation der geeignete Ort linker Organisation sein kann.

In Portugal, wo die Organisation im Alltag bisher nur unzureichend gelang und nicht auf europäische Organisation gewartet werden kann, bot im Oktober 2015 die Tolerierung einer Minderheitsregierung der Sozialistischen Partei gegen die Austerität durch Kommunisten und Linksblock eine Perspektive. Währenddessen versucht die Syriza-Regierung in Griechenland Zeit zu gewinnen und sich nach Kräften gegen die europäischen Zumutungen von Kürzungen und Grenzschließungen zu wehren, während Solidarstrukturen und Bewegungen konkrete Hilfe und Organisation leisten. In Italien wiederum ist der lokale Raum der Ort des Überlebens linker Strukturen gewesen, von wo aus, wesentlich getragen von der Metallgewerkschaft FIOM und diversen zivilgesellschaftlichen Organisationen, sich die landesweite Plattform der Coalizione Sociale entwickelt. Parallel wird an der Gründung einer neuen linken Partei gearbeitet, um bei anstehenden Kommunal- und landesweiten Wahlen agieren zu können. Es geht also nicht um ein Entweder-Oder, sondern um situationsspezifische Prioritätensetzungen.

Ohnehin ist die staatliche Ebene nach wie vor der – schon quantitativ – wichtigste, wenn auch unzureichende Raum demokratischer Prozesse. Auch linke Organisation spielt sich größtenteils auf dieser Ebene ab, auf Seiten der Bewegungen wie linker Parteien. Die staatliche Ebene bleibt auch mit Blick auf die Perspektive linker Regierungen ein zentrales Kampffeld. Würde es im spanischen Staat doch noch zu einer Mitte-Links-Regierung kommen, bestünde zumindest die Möglichkeit des Umschlags von Quantität in Qualität: mit Griechenland, Portugal und dann Spanien könnten drei Anti-Austeritätsregierungen die Kräfteverhältnisse innerhalb der europäischen Institutionen zumindest partiell in

Frage stellen. Die spanische Ökonomie bringt dabei ein anderes Gewicht in die Verhandlungen: sie ist mit Blick auf die Eurozone definitiv „too big to exit“ und daher nicht so leicht unter Druck zu setzen wie die kleinen Länder. Doch im spanischen Staat drückt sich die Krise derzeit als politische Unregierbarkeit aus.

Auf europäischer Ebene ist ein effektiver Bruch unmittelbar nicht zu erwarten. Bruch mit dem bestehenden autoritären europäischen Projekt auf kommunaler und nationaler Ebene und Neugründung sind keine Gegensätze, sie verweisen aufeinander.

Souveränität, Bruch und konstitutiver Prozess

Die Plan-B-Initiativen betonen den Anspruch auf Rückgewinnung der Souveränität. Mit der Verbindung des Fokus auf Verteidigung der Errungenschaften auf nationaler Ebene wird dieser Anspruch auf „nationale Souveränität“ eines Staates verkürzt. Dies ist durchaus so gemeint – muss aber nicht so sein. Es ist kaum zu erwarten, dass wir in Zeiten transnationaler Produktionsnetze und Finanzmärkte auf nationaler Ebene allein Souveränität wieder erlangen können. Ohnehin müsste gefragt werden, für wen diese Souveränität sein soll? Doch nicht für einen Staat. Was Menschen beklagen ist, dass sie keinen Einfluss mehr auf ihre unmittelbaren Lebensbedingungen haben, diese selbst gestalten wollen. Es geht also nicht um Rückfall in einen nationalistischen Diskurs, sondern um eine Souveränität der populären Klassen. Das bezieht sich auf alle Ebenen der Politik, kommunal, regional, national wie supranational – im engen Sinne des Wortes also transnational, quer zu allen Ebenen. Ein solcher Souveränitätsdiskurs könnte von Plan B bis DiEM25 eine verbindende Perspektive sein. Die Neugründung Europas müsste also eine Stärkung des Souveräns, der jeweiligen Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten als Mittel und Zweck haben, jenseits der Staatsbürgerschaft. Auf diese Weise könnte der Impuls zur Renationalisierung zu einem Impuls zur Dezentralisierung und Europäisierung umgearbeitet werden. In diesem Sinne hat auch Miguel Urban von Podemos und Organisator der Konferenz PlanB Madrid seine Position bei der Europäischen Strategiekonferenz der RLS im Mai 2016 weiterentwickelt: „What we want is a popular sovereignty, political and social, on every scale, not national sovereignty.“ Von links sind daher gleichermaßen Kritik der realen Entwicklungen des europäischen Herrschaftsprojekts wie emanzipative Vorstellungen einer alternativen europäischen Architektur zu entwickeln. Dem autoritären Konstitutionalismus wäre ein progressiver Konstitutionalismus entgegenzusetzen, der mit einer Wiederaneignung der Souveränität einhergeht.

Tatsächlich wäre zu überlegen, ob bestimmte Kompetenzen von der europäischen auf andere Ebenen „zurück“ gegeben werden. Es ginge um eine neue Verbindung von Dezentralität mit transnationalen Vermittlungen: Was kommunale Belange betrifft, soll auch auf dieser Ebene entschieden werden, was über die Kommune oder eine bestimmte Region hinaus Auswirkungen auf andere hat, muss überregional oder national unter Beteiligung der Betroffenen geregelt werden – bis hin zu Fragen, die nur europäisch angegangen werden können, etwa europäische Infrastrukturen, Klimapolitik, Regulierung der Finanzmärkte, Finanzausgleich oder Ähnliches. Welche das im Konkreten sein sollen, wäre in einem konstituierenden Prozess zu klären, der auf eine grundlegende neue institutionelle Verfassung und Staatlichkeit des europäischen Projekts zielt. Dies bezieht sich auch auf die Neugründung existierender Institutionen, ohne sich darauf zu beschränken.

Die Frage nach der Neugründung kann sich nicht auf die Institutionen einer sozialen Demokratie beschränken. Sie muss ergänzt werden durch eine Wirtschaftsdemokratie von der betrieblichen Ebene bis zu Branchenräten und transnationalen Planungsgremien, die sich nicht nur auf Tarifpartner, ergänzt durch Verbraucher- und Ökoverbände, beschränken, sondern potenziell allen zugänglich sind. Die Demokratisierung und der besondere europaweite Schutz öffentlicher Unternehmen im Bereich grundlegender Dienste wie bspw. Energie- und Wasserversorgung oder die Versorgung mit Wohnraum sind ein erster wichtiger Schritt. Erforderlich ist eine Abkehr vom Wettbewerbsimperativ der neuen Europäischen Economic Governance (Wirtschaftsregierung) hin zu einer kooperativen und solidarischen Koordination von Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik in einer europäischen „Ausgleichsunion“ (Axel Troost) mit einer gemeinsamen sozial-ökologischen Industrie- und Dienstleistungspolitik für eine solidarische europäische Arbeitsteilung.

Angesichts der hochgradig vermachteten EU-Institutionen müssen linke Parteien in Europa scheitern, wenn sie nicht darauf hinarbeiten, die Anordnung der Strukturen selbst zu verändern und das Terrain des Kampfes zu verschieben: Ohne grundlegende Infragestellung und Schaffung neuer Institutionen bliebe jede Initiative chancenlos. Auch wäre die alleinige Konzentration aufs Parlament innerhalb des europäischen Ensembles von Staatsapparaten eine Selbstbeschränkung auf ein nahezu hoffnungslos vermachtetes Terrain. Es gälte daher, einen Terrainwechsel zu vollziehen und demokratische Gegeninstitutionen aufzubauen. Ein partizipativer, lokal und überregional verknüpfter verfassungsgebender Prozess der Beratung und Organisierung in Rätestrukturen – von den Vierteln bis

zur europäischen Ebene – hätte die enorme Aufgabe zu bewältigen, vielfältige Positionen der gesellschaftlichen Linken zu einer gemeinsamen Alternative zu verdichten. Dabei muss man nicht darauf warten, dass die Institutionen einen solchen Prozess erlauben, man kann ihn „einfach“ organisieren.

Nicht nur auf zivilgesellschaftlicher Ebene, auch auf der der EU-Institutionen wären „öffentlich politische Verständigungsprozesse zu organisieren, die z.B. das Europäische Parlament und die Idee eines Europäischen Konvents aktiv nutzen, ohne sich darauf beschränken zu lassen“ (Wolf 2016b). Am Ende stünde vielleicht eine verfassungsgebende Versammlung für Europa, die zumindest durch allgemeine und gleiche Wahlen zusammengesetzt sein müsste – eine Strategie, die schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Eindringen der Massen in die Politik ermöglicht hat und nun u.a. von DiEM aktualisiert wird. Welches Europa wollen wir? Wie wollen wir darin leben?

Für die Kämpfe sind aber immer auch institutionelle Bedingungen entscheidend. Insofern gilt es, auch konkrete institutionelle Vorstellungen für eine alternative politische Architektur zu entwickeln, die die Bedingungen für die dauerhafte Verschiebung von Kräfteverhältnissen in Zukunft verbessern helfen. Kämpfe ermöglichen eine neue institutionelle Gestalt, letztere wiederum dient der Absicherung und Weiterentwicklung des Er kämpften.

Wie könnte eine solche Architektur aussehen? Im Zentrum muss die Ausweitung materieller demokratischer, sozialer, ökologischer und individueller Rechte stehen, sozusagen im umfassenden Sinn der Menschenrechte. Hierzu gibt es vielfältige Vorschläge für eine Durchsetzung entsprechender europäischer Mindeststandards, die Einrichtung von Sozialkorridoren als institutioneller Mechanismus für eine behutsame Angleichung der Lebensbedingungen in Europa, Vorschläge für Steuergerechtigkeit oder die Einschränkung der Macht von Finanzmärkten und Konzernen etc. (vgl. Candeias 2013).

Die Stärkung der Partizipation von der Kommune bis zur europäischen Ebene wäre weiteres Leitmotiv hin zu einer nicht nur formellen und repräsentativen, sondern „wirklichen Demokratie“. Dies schließt Volksbegehren von der kommunalen bis hin zur europäischen Ebene ebenso ein wie die institutionalisierte Partizipation bei der alltäglichen politischen Entscheidungsfindung in kommunalen oder regionalen Räten. Die Parlamente sind gegenüber den Exekutiven zu stärken, Bürgerplattformen und Räte institutionell in die Entscheidungsfindungen zu integrieren. Das Europäische Parlament ist mit den vollen parlamentarischen Rechten einer Legislative auszustatten und wird in direkten europäischen Wahlen gewählt – nicht nach nationalen Wahllisten, sondern eben mit europäischen Listen.

Der aktuelle Regierungsföderalismus, der in Wirklichkeit ein Regierungszentralismus ist, der die Parlamente umgeht, würde von einem echten europäischen Föderalismus und einem Europa der Kommunen als Basis politischer Partizipation und Selbstorganisation abgelöst. Neben dem Parlament als erster Kammer werden der Europäischen Rat und die Ministerräte durch einen Senat als zweite Kammer abgelöst. Zu prüfen wäre, ob eine solche zweite Kammer eine Repräsentation der Nationalstaaten oder sich neu entwickelnder Regionen und kommunaler Netze werden sollte. Aus dem Europäischen Parlament hervor geht eine wirkliche europäische Regierung, die die Richtlinien der Politik aus den beiden Kammern umsetzt, welche sich aber nur auf zentrale übergeordnete und durch einen öffentlichen Prozess zu definierende Anliegen beziehen. Eine europäische Regierung wäre keine Instanz, die sich selbst Kompetenzen zuweist, denn es wird immer Fragen geben, für die nicht festgelegt ist, wer sie zu entscheiden hat. Ein solcher konstituierender Prozess zielt auf eine grundlegende neue institutionelle Verfassung und Staatlichkeit einer Europäischen Union, die die Errungenschaften der europäischen Einigung aufhebt und verallgemeinert.

Bislang werden Änderungen der bestehenden Verträge zwischen Regierungen als vermeintlichen Souveränen vorgenommen. Diese technokratische, entdemokratisierende Methode der Vertragsschließung wird weiter fortgeführt, so auch im jüngsten Verfassungsentwurf der Spinelli-Group – eher ein dramatischer Bruch mit den Anliegen Spinellis (Wolf 2016a). Stattdessen gälte es, die EU als politisches Gemeinwesen der „Unionsbürger“ zu betrachten.

Wo die Grenzen eines solchen geeinten Europa sind, muss offen bleiben. Die permanente Ausdehnung der EU ist dabei nicht die Perspektive, sondern die Permeabilität der Außengrenzen durch engere solidarische und faire Kooperation mit anderen Ländern, frühzeitige Konfliktprävention und offene Grenzen. Denn die demokratischen, sozialen, ökologischen und individuellen Rechte, denen wir in Europa zur Realisierung verhelfen wollen, damit die freie Entwicklung eines Jeden zur Voraussetzung der Entwicklung aller werden kann, beschränken sich nicht auf Menschen mit europäischer Staatsangehörigkeit. Die lassen sich ohnehin nicht durch Grenzen aufhalten oder nur zum Preis der inneren Verrohung und autoritärer Entwicklungen in Europas. Es geht um die Realisierung Globaler Sozialer Rechte.

Aber das ist der dritte Schritt. Eine Alternative ist nicht abstrakt-idealistisch zu formulieren, sondern ausgehend von den Alltagsproblemen der Menschen und den realen Kräfteverhältnissen. Ein konstitutiver Prozess beschreibt zunächst nicht einen verfassungsgebenden Prozess, sondern zuallererst die Produktion eines

politischen Subjekts der Vielen, sonst bleibt die Diskussion eben abstrakt und tendiert dazu technokratisch zu werden ohne Aussicht auf Durchsetzungsfähigkeit.

Ein solcher konstitutiver Prozess kann und muss auf allen Ebenen ansetzen: von den Kommunen bis zur europäischen Ebene, „*in und gegen*“ die existierenden Institutionen. Ein Beispiel sind die rebellischen Kommunen im spanischen Staat, die gegen den Nationalstaat versuchen, Kompetenzen neu auszufeuchten oder etwa über Schuldenaudits eine Neuverhandlung und Streichung von Schulden zu erzwingen. Ein weiteres Beispiel ist der katalanische Unabhängigkeitsprozess, aber auch die Debatte der Madrider-Plan-B Initiative über eine Mitte-Links-Regierung (bzw. einen Block südeuropäischer Mitte-Links-Regierungen), um über eine „einseitige“ Neudefinition des Verhältnisses zur EU einen Neukonstitutionsprozess in der EU zu erzwingen – eine Neugründung, die die positiven Elemente der EU verteidigt und aufhebt. Brüche mit den geltenden Regeln der EU sind quasi als ein staatlicher ziviler Ungehorsam aus Notwehr zu bewerten und können durchaus auf Zustimmung in breiten Teilen der Bevölkerung setzen, ohne formell einen Austritt aus den europäischen Projekt zu fordern (Candeias 2013; Husson 2012). Auf der Europäischen Strategiekonferenz der RLS im Mai 2016 rief Steffen Lehndorff aus: „Wir brauchen nicht nur zivilen Ungehorsam, sondern auch ungehorsame Regierungen.“ Solche Maßnahmen wären zu ergänzen mit einem europäischen Verständigungsprozess, wie ihn die unterschiedlichen europäischen Plattformen begonnen haben.

Wildes Referendum

Zu kompliziert? Vielleicht hilft es, sich den konstitutiven Prozess als *Dach* zu denken, mit dem Anspruch auf wirkliche Demokratie als Fluchtpunkt. In diesem „leeren Signifikanten“ können unterschiedlichste Gruppen und Initiativen ihre Interessen und Projekte einschreiben, ihre jeweilige Praxis verfolgen und zugleich ihre wichtigen Themen (von TTIP über Schulden, Anti-Austerität bis zu Willkommensinitiativen, katalanische Unabhängigkeit oder Eurodebatten) fortführen – aber als Teil eines konstitutiven Prozesses von unten, diesen immer als Referenzpunkt, als Perspektive thematisierend. Bei jedem dieser Themen und Bewegungen geht es um eine eminente Frage der Demokratie und der Verfasstheit eines anderen Europas.

Und es hat sich gezeigt: Europäische Kampagnen können als Neubegründung des politischen Raumes eines Europas von unten dienen. Inzwischen gibt es diverse Erfahrungen etwa mit Kampagnen zu Wasser, Acta, Häfen, TTIP und Co.

In der allgemeinen Ratlosigkeit wird häufig auf die Anti-TTIP-Kampagne als neuem, verbindenden Projekt verwiesen. Doch wäre das viel zu eng. Die Anti-

TTIP-Kampagne ist unverzichtbar, aber aus welchem Grund sollten die Refugee Welcome Aktivist_innen, Anti-Austeritätsbewegungen oder die Schuldenkampagne jetzt auf TTIP umschwenken? Mit dem selben Argument versucht jeder sein Projekt mit guten Argumenten als zentrales zu setzen: Plan B den Euro-Exit, das Schuldennetzwerk die Schuldenkonferenz bzw. die Audits oder NoBorder-Aktivist_innen die Solidarität mit Geflüchteten. Keines dieser Projekte ist breit und zugleich fokussiert genug. Es braucht also neben diesen ein verbindendes Anderes.

Ein Element einer europäischen Verständigung von unten könnte eine organisierende Kampagne für eine europäische Bürgerinitiative sein, die einige wenige, noch zu definierende Kernziele benennen würde: vielleicht a) für ein Ende der Kürzungspolitiken, der Privatisierungen und des Abbaus von Sozial- und Arbeitsstandards und für Investitionen in eine europaweite soziale Infrastruktur (Gesundheit, Bildung, Wohnen, Energie) sowie b) einen solidarischen Umgang mit Geflüchteten: Eine „soziale Unionsbürgerschaft“ (Kipping) unabhängig von der Staatsbürgerschaft in einem europäischen Mitgliedsstaat. Es darf gern konkreter und besser formuliert sein, nicht mehr als zwei oder drei Punkte. Dass europäische Kampagnen möglich sind, hat zuletzt die Anti-TTIP-Kampagne vorgemacht. Diesmal dürfte es noch etwas anspruchsvoller werden.

Zugleich bieten sich damit Möglichkeiten für aktives Engagement der Vielen. Zu komplizierte Konzepte und Strategien sind dabei gar nicht angebracht – nicht, weil die Menschen sie nicht verstünden, sondern weil ein begründeter Zweifel an der Realisierung besteht. Let's concentrate on very simple things right now und den Gegner ins Auge nehmen: die europäische und die nationale „Kaste“ an der Macht sowie den Rechtspopulismus. Dagegen rufen wir den „State of solidarity“ aus.

Immerhin sprachen sich in einer Umfrage von Emnid die europäischen Bürger_innen deutlich für eine solidarischere und sozialere EU aus. Die Auftraggeberin der Umfrage, die Bertelsmann-Stiftung (im Verbund mit anderen Trägern, vgl. Vision Europe Summit 2015), zeigte sich nach eigener Aussage überrascht von den Ergebnissen: demnach sprachen sich in Belgien, Finnland, Frankreich, Italien, Polen, Portugal und Großbritannien jeweils 63 bis 86 Prozent der Befragten für verbindliche Mindeststandards sozialer Sicherung aus, in der BRD 77 Prozent. Überall wird mit Sorge auf den Erhalt der Zukunft der sozialen Sicherung geblickt. „Die Umfragedaten stützen eine bedeutend wichtigere Rolle für die EU als derzeit, um durch Einforderung von Reformen die Überlebensfähigkeit der nationalen Sozialsysteme zu garantieren und durch verbindliche Standards in allen Mitgliedsstaaten ein Mindestmaß an sozialer

Sicherheit festzuschreiben.“ (ebd., 2f) Zugleich sprachen sich Mehrheiten in den fraglichen Nettozahlerstaaten (außer Finnland) klar für Transferzahlungen zugunsten der ärmeren Mitgliedsstaaten aus – selbst in Deutschland immerhin zwei Drittel der Befragten (ebd.). Gegen das Regieren mit dem Ausnahmezustand gilt es „to call for a state of solidarity“, so Katerina Anastasiou von change4all auf der Europäischen Strategiekonferenz der RLS im Juni 2016.

Der anti-demokratische Hegemonismus europäischer Krisenpolitik stößt auch in der BRD bei einer relevanten Minderheit von 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung auf Kritik, bis weit in die links-liberale, grüne und bürgerliche Mitte: Jürgen Habermas, Gesine Schwan, Reinhard Bütikofer u.v.a. stehen für dieses „dissidente Drittel“. Das Drama der Geflüchteten verschärft dieses Unbehagen noch erheblich. „Mehr denn je geht es jetzt um die Überschreitung der bisherigen Grenzen der Proteste und die Bildung eines gesellschaftlichen Lagers des Neins zur Kürzungspolitik und Zerstörung der Demokratie, das über klassisch linke Kreise hinausgeht“ (Rixinger, Neues Deutschland vom 11.8.2015). Im Rest Europas ist der Unmut insbesondere gegenüber der deutschen Regierung ohnehin enorm angewachsen. Es würde nicht schaden, wenn linke Parteien, soziale Bewegungen und kritisch GewerkschafterInnen sich europaweit auf einige wenige Mindestforderungen einigen könnten um eine solche Kampagne auf den Weg zu bringen.

Die europäischen Institutionen würden eine solche Initiative mit Sicherheit ablehnen. Wie bei TTIP könnte aber gerade dies einen mobilisierenden Effekt haben – wenn man so will für ein wildes Referendum (Werner 2015) für ein Europa von unten, als Beginn einer Selbstermächtigung für einen konstituierenden Prozess.

Neben den politischen Inhalten geht es darum, die richtigen politischen Formen zu finden bzw. ihre Verknüpfung sowie eine Strategie der Verbindung der unterschiedlichen Ebenen – lokal/kommunal, national, europäisch – angesichts knapper Ressourcen der gesellschaftlichen Linken: Wo ist jeweils die richtige Ebene politischer Intervention und Organisation? Ziel ist es – trotz unterschiedlicher bestehender Positionen und Zielvorstellungen –, verbindende Perspektiven und Praxen zu finden, die keine vereinheitlichte Vorgehensweise, aber doch eine Synchronisierung widerständiger Politiken für ein anderes Europa ermöglichen. Dieses Mal gemeinsam! Der erste Schritt jedes konstitutiven Prozesses ist die Schaffung eines politischen Subjekts.

„Es bleibt bedeutsam, zu beobachten, zu analysieren und zu erklären, was unsere Gegner tun, welche Strategien und Techniken sie nutzen. Dennoch müssen wir darüber nachdenken, wie wir an die gegenwärtigen Hausforderungen und

Probleme entsprechend unserer eigenen Logik heran gehen“. (Karitzis 2015) Andernfalls lassen wir uns weiter von der Logik des herrschenden Krisenmanagements treiben, rennen ihm hoffnungslos hinterher, lassen uns auf ungünstige Terrains der Auseinandersetzung führen, immer im Versuch, die letzte und die vielleicht nächste Wendung des Gegners nachzuvollziehen. Wir müssen uns Zeit und Räume schaffen, um die mühevoll Organisationsarbeit einer eigenen gesellschaftlichen (Macht)Basis und eigener, verbindender Perspektiven für ein anderes Europa zu realisieren, um den „dritten Pol“ zur Wirksamkeit zu verhelfen.

Literatur

- Amato, Fabio (2014): Liste Tsipras. Um die Zersplitterung zu überwinden, in: Europa hat eine andere Zukunft, Beilage von *ND* und Zeitschrift *LuXemburg*, hgg. v. M.Candeias u. T.Strohschneider, Februar 2014, www.rosalux.de/publication/40222.
- Baier, Walter, Gauthier, Elisabeth (2015): Für ein anderes Europa: Ganz Europa braucht einen Plan B, in: *Transform! Europe*, 16. Juli, www.transform-network.net/de/blog/blog-2015/news/detail/Blog/we-need-a-plan-b-for-all-of-europe.html.
- Balibar, Etienne, Mezzadra, Sandro, Wolf, Frieder Otto (2015): Das Dilemma von Syriza, in: *ND* v. 21.7.2015, www.neues-deutschland.de/artikel/978608.das-dilemma-von-syriza.html.
- Bierbaum, Heinz (2013): Eingebunden. Jenseits des Krisenkorporatismus, in: *LuXemburg*, H.1, 6-13.
- (2015): Wie weiter mit der Europäischen Linken, in: *Sozialismus*, H.10, 36-39.
- Blockupy goes Athens (2015): *Die Niederlage verstehen heisst den Sieg vorbereiten*, v. 12.7.2015, <http://athens.blockupy.org/post/123881416885/die-niederlage-verstehen-heisst-den-sieg>.
- Caccia, Beppe, Mezzadra, Sandro (2015): Unterm Himmel des Interregnums. Anmerkungen zur politischen Methode der Veränderung heute, in: *Luxemburg-online*, www.zeitschrift-luxemburg.de/unterm-himmel-des-interregnums/.
- Candeias, Mario, Völpel, Eva (2014): *Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland*, VSA, Hamburg, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Candeias-Voelpel_Plaetze-sichern.pdf.
- Candeias, Mario (2015): Ein gemeinsames Lager des OXI in: *ND* v. 4.8.2015 bzw. *LuXemburg-online*, www.zeitschrift-luxemburg.de/zerfall-des-europaeischen-gedankens/.
- (2014): Weltumordnung, in: *LuXemburg*, H. 3, 20-23, www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2015/01/LUX_1403_E-Abo.pdf.
- (2013): Wo bitte geht's zum Winterpalast? Transnationale Resonanzen und blockierte Transformation, in: *LuXemburg*, H.3, www.zeitschrift-luxemburg.de/wo-bitte-gehts-zum-winterpalast/.

- (2011): Handlungsfähigkeit und Transformation, in: *LuXemburg*, H. 2, 6-13, www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2009/09/LUX_1102_komp.pdf.
- (2010): Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: *LuXemburg*, H. 1, 6-17, www.zeitschrift-luxemburg.de/wp-content/uploads/LUX1-2010-Candeias.pdf.
- Husson, François (2012): Zur Wiederbegründung Europas, in: *LuXemburg-online*, Juli, www.zeitschrift-luxemburg.de/zur-wiederbegrundung-europas/.
- Jones, Owen (2016): Brexit: Wenn du trauern musst, tu es jetzt – aber rüste dich für die immensen Herausforderungen die anstehen, in: *LuXemburg-online*, Juni, www.zeitschrift-luxemburg.de/brexit-wenn-du-trauern-musst-tu-es-jetzt-aber-rueste-dich-fuer-die-immensen-herausforderungen-die-anstehen/.
- Karitzis, Andreas (2015): The Dilemmas and Potentials of the Left: Learning from Syriza, in: *Socialist Register 2016*, hgg. v. L.Panitch u.a., via: *Socialist Project, The Bulletin* No. 1183, v. 6.11.2015, www.socialistproject.ca/bullet/1183.php.
- Luxemburg, Rosa (1974ff): *GW – Gesammelte Werke*, Bd. 1.2, Berlin.
- Mezzadra, Sandro (2015): Die europäische Perspektive. Offene Lage, bleibende Chancen, in: *ND*, v. 2.1.2016, www.neues-deutschland.de/artikel/996392.die-europaeische-perspektive.html.
- Revelli, Marco (2016): Populismus von oben. Die Regierung Renzi in Italien, in: *LuXemburg*, H. 3/16.
- Riexinger, Bernd (2015): Möglichst viele sammeln, in: *ND* v. 11.8.2015, www.neues-deutschland.de/artikel/980799.moeglichst-viele-sammeln.html.
- Salmon, Christian (2015): „Wir haben ihre Macht unterschätzt“: Ein Insider der griechischen Regierung legt Details aus fünf Monaten „Erniedrigung“ und „Erpressung“ offen, in: *LuXemburg-online*, Juli, www.zeitschrift-luxemburg.de/wir-haben-ihre-macht-unterschaetzt-ein-insider-der-griechischen-regierung-legt-details-aus-fuenf-monaten-erniedrigung-und-erpressung-offen/.
- Shea Baird, Kate (2016): Auf dem Weg zu einem Europa der rebellischen Städte, in: *LuXemburg-online*, (im Erscheinen).
- Sotiris, Panagiotis (2015): First Thought On the Greek Elections, in: *Jacobin* v. 22.9.2015, www.jacobinmag.com/2015/09/tsipras-syriza-austerity-september-20-election-anel/.
- Strohschneider, Tom (2015): Der griechische Katalysator, in: *ND* v. 5.8.2015, www.neues-deutschland.de/artikel/980173.der-griechische-katalysator.html?sstr=strohschneider.
- Troost, Axel (2014): *Troika-Politik: Hoffnung für Griechenland?*, www.die-linke.de/nc/die-linke/nachrichten/detail/zurueck/nachrichten/artikel/troika-politik-hoffnung-fuer-griechenland/
- Tsomou, Margarita (2016): Kick it like Varoufakis, in: *ak – analyse & kritik* Nr. 613, v. 16.2.16, www.akweb.de/ak_s/ak613/42.htm.
- Vision Europe Summit (2015): *Zukunft und Reform des Sozialstaats. Ergebnisse einer Umfrage in acht europäischen Ländern*, November 2015, www.bertelsmann-stiftung.de/

fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_IFT_VES-Survey-Results-Summary_dt_2015.pdf.

Wainwright, Hilary (2012): Griechenland: Syriza weckt Hoffnungen, in: *LuXemburg* 3/2012, 118-125.

Werner, Alban (2015): Für ein wildes Referendum gegen Merkels Europa, in: *ND* v. 13.8.2015, www.neues-deutschland.de/artikel/981073.fuer-ein-wildes-referendum-gegen-merkels-europa.html.

Wolf, Frieder Otto (2016a): *Keine Verfassung für Europa – Neoliberale Festschreibung per Verfassungsoktroi*, Studie der RLS, Berlin, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studie_07-2016_Keine_Verfassung_für_Europa.pdf.

– (2016b): *Wie kann aus der gegenwärtigen Krise ein konstitutiver Moment erkämpft werden?*, in: ders., *Keine Verfassung für Europa*, Berlin, 7-16.

Zelik, Raul (2016): Ernste Lage, nächster Versuch. Zur Gründung der DiEM, in: *Neues Deutschland* v. 11.2.2016, www.raulzelik.net/kritik-literatur-alltag-theorie/475-ernste-lage-naechster-versuch-zur-gruendung-der-diem-in-der-berliner-volksbuehne.

Autor_innen

Hans-Jürgen Bieling, lehrt Politik und Wirtschaft an der Universität Tübingen mit dem Schwerpunkte: Internationale Politische Ökonomie, Europäische Integration, Politik-, Staats- und Gesellschaftstheorie. Neuere Publikationen: mit Daniel Buhr (Hrsg.): *Europäische Welten in der Krise. Arbeitsbeziehungen und Wohlfahrtsstaaten im Vergleich*, Frankfurt/New York 2015; Martin Große Hüttmann (Hrsg.): *Europäische Staatlichkeit. Zwischen Krise und Integration*, Wiesbaden 2016.

Beppe Caccia ist graduiert in Philosophie (Universität Padua) und promovierte in europäischer und euro-amerikanischer Politikwissenschaft (Universität Turin). Sein Arbeitsgebiet ist die Geschichte des politischen Denkens. Er ist Mitglied des Kollektivs EuroNomade und im Transnational Board von European Alternatives. Von 2001 bis 2005 war er stellvertretender Bürgermeister in Venedig. Er ist in sozialen Bewegungen aktiv, unter anderem bei Blockupy International.

Judith Dellheim, Politökonomin, wissenschaftliche Referentin für solidarische Ökonomie am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Neuere Publikationen: *Kapitaloligarchien und Transformation. Zur Entwicklung der Europäischen Union*, in: Michael Brie (Hrsg.) *Futuring, Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster 2014, 332-367; mit Frieder Otto Wolf (eds.): *Rosa Luxemburg: A Permanent Challenge for Political Economy. On the History and the Present of Luxemburg's „Accumulation of Capital“*, Palgrave Macmillan, 2016.

Frank Deppe, bis 2006 Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Arbeitsschwerpunkte: Politische Theorie, Marxismus und Arbeiterbewegung; Soziologie der Gewerkschaften, Europäische Integration. Letzte Veröffentlichungen: *Autoritärer Kapitalismus* 2013, *Niccolo Machiavelli* 2014, *Imperial Realismus* 2014.

Andreas Fisahn, lehrt an der Universität Bielefeld Öffentliches Recht. Neuere Publikationen: *Die Saat des Kadmos – Staat, Demokratie und Kapitalismus*, Münster 2016; *Ambivalenzen des Neoliberalismus. Überlegungen bei der Lektüre von O. Nachtweys „Abstiegsgesellschaft“ & B.C. Hans „Psychopolitik“*, in: *Sozialismus* 11/2016, 30-34.

Thomas Händel ist Mitglied des Europäischen Parlaments (DIE LINKE), Vorsitzender des Ausschusses für Beschäftigung und Soziales im EP sowie stv. Vorstandsvorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Seine Schwerpunkte liegen in

der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, in der Wirtschafts- und Industriepolitik und im Verbraucherschutz. Er ist Autor etlicher Publikationen zur Beschäftigungs- und Arbeitszeitpolitik und Mitherausgeber der Bücher *Was ist – was bleibt* und *Von der Sozialstaatspartei zur neuen Linken*, erschienen bei VSA in Hamburg.

Cornelia Hildebrandt, Diplom-Philosophin, wissenschaftliche Referentin für Parteien und soziale Bewegungen am Institut für Gesellschaftsanalyse der RLS und stellvertretende Direktorin des Institutes; Vorstandsmitglied der Stiftung der Europäischen Linkspartei (EL) Transform!

Bernd Kasperek, Mathematiker und Migrationsforscher mit Schwerpunkt border studies und Europäisches Grenzregime. Gründungsmitglied des Netzwerks Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung (kritnet) und Mitglied des Vorstands der Forschungsassoziation bordermonitoring.eu. Neuere Publikationen: mit Sabine Hess, Stefanie Kron, Mathias Rodatz, Maria Schwertl, Simon Sontowski (Hg.): *Grenzregime 3. Der lange Sommer der Migration*, Berlin 2016; mit Kijan Espahangizi, Sabine Hess, Juliane Karakayali, Simona Pagano, Mathias Rodatz, Vassilis Tsianos (Hg.): *Rassismus in der postmigrantischen Gesellschaft. movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung*. Ausgabe 2(1) 2016, Bielefeld.

Stefanie Mayer, Politikwissenschaftlerin, FH Campus Wien, Fachbereich Public Management. Arbeitsschwerpunkte sind Frauenbewegungen, Anti-Rassismus, Rechtspopulismus. Neuere Publikationen: *Making Differences. Racism and anti-racism in white feminist activism*, in: Beate Littig/Michael Jonas (eds.): *Praxeological Political Analysis*, London 2016; mit Birgit Sauer: *Austria. „Gender Ideology. Building Coalitions around an Empty Signifier*, in: David Paternotte/Roman Kuhar (eds.): *Anti-Gender Crusades in Europe: Mobilizations against Equality*. Lanham 2017, i.E.

Sandro Mezzadra, lehrt Theorie der Politik an der Universität von Bologna und ist „adjunct fellow“ am Institute for Culture and Society, University of Western Sydney; einer der Gründer des Projekts Euronomade (www.euronomade.info). Neuere Publikationen: *Nei cantieri marxiani. Il soggetto e la sua produzione* (Manifestolibri, 2014); (mit Brett Neilson) *Border as Method, or, the Multiplication of Labor*, Duke University Press, 2013.

Kolja Möller, wiss. Mitarbeiter am Exzellenzcluster „Normative Orders“, Universität Frankfurt, arbeitet in den Bereichen: Internationale Politische Theorie und Rechtstheorie, politische Soziologie. Publikationen: *Formwandel der Verfassung. Die postdemokratische Verfasstheit des Transnationalen*, Bielefeld 2015; *A Cri-*

tical Theory of Transnational Regimes. Creeping Managerialism and the Quest for a Destituent Power, in: Kerstin Blome/Andreas Fischer-Lescano/Hannah Franzki/Nora Markard/Stefan Oeter (eds.): *Contested Collisions. Interdisciplinary Inquiries into Norm Fragmentation in World Society*, Cambridge University Press 2016, 255-280.

Lukas Oberndorfer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Arbeiterkammer Wien; er arbeitet derzeit insbesondere zur Hegemoniekrise des Neoliberalismus und ihrer autoritären Bearbeitung. Neuere Publikationen: *Der neue Konstitutionalismus in der Europäischen Union und seine autoritäre Re-Konfiguration – WWW 2.0, Economic Governance, Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit*, in: Hans-Jürgen Bieling/Martin Große Hüttmann (Hrsg.): *Europäische Staatlichkeit. Zwischen Krise und Integration*, Wiesbaden 2016; *Europa und Frankreich im Ausnahmezustand? Die autoritäre Durchsetzung des Wettbewerbs*, in: *Prokla* 185, Nr. 4, Dezember 2016, 561-581.

Frank Puskarev, Mitarbeiter im Europäischen Parlament und Vorstand des Forum demokratischer Sozialismus. Arbeitsgebiete sind Europa-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Neue Veröffentlichungen: *Europa: Gestern, Heute, Morgen – Geschichte progressiver Europa-Ideen*, in: Für ein demokratisch-sozialistisches Europa, fds Brandenburg Schriftenreihe 1/2016; Thomas Händel/Frank Puskarev: *Solidarität statt Konkurrenz*, in: *Zeitschrift Sozialismus* Heft 11/2012.

Thomas Sablowski, Dr. phil., Politikwissenschaftler, wiss. Referent für politische Ökonomie der Globalisierung des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Redakteur der Zeitschrift PROKLA, Fellow des Berliner Instituts für kritische Theorie (InkriT), Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac, der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG), des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di).

Birgit Sauer, Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien. Forscht zu Politik und Geschlecht, Affekte, Emotionen und Politik. Neuere Publikationen: mit Otto Penz: *Affektives Kapital. Die Ökonomisierung der Gefühle im Arbeitsleben*, Frankfurt a.M./New York 2016; *Demokratie, Geschlecht und Arbeitsteilung*, in: Alex Demirović (Hg.): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*, Münster 2016, 156-173.

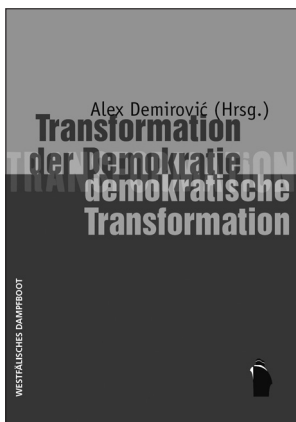
Matthias Schmidt-Sembdner promoviert am Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Georg-August-Universität Göttingen mit einer Dissertation zu den Kämpfen um Mobilität im Schengenraum. Neuere Publi-

kationen: (mit anderen) *Italien: Vai Via! Zur Situation der Flüchtlinge in Italien. Ergebnisse einer einjährigen Recherche*, München 2013: bordermonitoring.eu; *Zwischen Moral und Skandal. Humanitarismus und Menschenrechte in der Migrations- und Grenzpolitik Marokkos*, in: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1 (1), 2015.

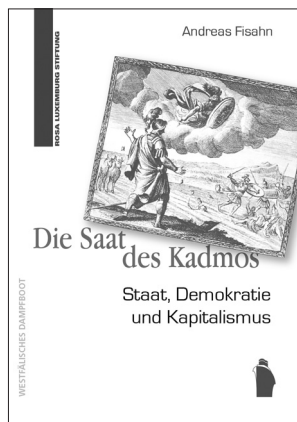
Etienne Schneider, Assistent am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Mitglied der Redaktion der Zeitschrift PROKLA, Arbeitsgebiet ist linke Wirtschafts- und Industriepolitik in der EU. Publikationen: gem. mit Tobias Boos: *Lateinamerikanisiert Europa!? Einige vorläufige Schlussfolgerungen zur Frage eines linken Populismus in Europa*, in: Ulrich Brand (Hg.): *Lateinamerikas Linke. Ende des progressiven Zyklus?* Hamburg 2016, 96-112; *Raus aus dem Euro – rein in die Abhängigkeit? Perspektiven und Restriktionen alternativer Wirtschaftspolitik außerhalb der Währungsunion*, Hamburg 2017 (i.E.).

Juliane Spitta, lebt in Berlin und unterrichtet Philosophie und Politikwissenschaften. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Politische Philosophie, Poststrukturalismus und Dekonstruktion. Neuere Publikationen: *Das soziale Band in Europa zwischen Krise und beredtem Schweigen*, in: Thomas Bedorf/Steffen Hermann (Hg.): *Das soziale Band*, Frankfurt am Main 2016, 183-202; *Persönlichkeit*, in: Canicik/Groschopp, Wolf (Hg.): *Humanismus: Grundbegriffe*, Berlin 2016, 297-307.

Frieder Otto Wolf, Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin. Geb. 1943, seit 1966 in unterschiedlichen Funktionen in Lehre und Forschung, sowie von 1982 bis 1999 hauptberuflich in der Politik tätig, von 1994 bis 1999 als MdEP. Ausgewählte Publikationen: *Radikale Philosophie*, Münster 2003; *Rückkehr in die Zukunft*, Münster 2012. Herausgeber einer deutschen Ausgabe der Schriften Louis Althusser.



Alex Demirović (Hrsg.)
**Transformation der Demokratie –
 demokratische Transformation**
 2016 – 305 Seiten – 29,90 €
 ISBN 978-3-89691-843-7



Andreas Fisahn
Die Saat des Kadmos
 Staat, Demokratie und Kapitalismus
 2016 – 421 Seiten – 39,90 €
 ISBN 978-3-89691-853-6



Heide Gerstenberger
Markt und Gewalt
 Die Funktionsweise des
 historischen Kapitalismus
 (Theorie und Geschichte der bürgerlichen
 Gesellschaft Band 25)
 2017 – 739 Seiten – 49,90 €
 ISBN 978-3-89691-125-4

Daniel Keil
**Territorium, Tradition und
 nationale Identität**
 Eine staatstheoretische Perspektive
 auf den Wandel nationaler Identität
 in der europäischen Integration
 2015 – 279 Seiten – 29,90 €
 ISBN 978-3-89691-730-0

Jens Wissel
Staatsprojekt EUropa:
 Grundzüge einer
 materialistischen Theorie der
 Europäischen Union
 2015 – 288 Seiten – 29,90 €
 ISBN 978-3-89691-859-8

**WESTFÄLISCHES
 DAMPFBOOT** 

e-mail: info@dampfboot-verlag.de
<http://www.dampfboot-verlag.de>